

Widerstand gegen staatliche Unterdrückung und Kampf ums Recht bei den alten Griechen

Dissertation

der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich

**zur Erlangung der Würde
eines Doktors beider Rechte**

vorgelegt von

Daniel Roth

von Teufen AR und Zürich

Genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. H. Nef

1959

Widerstand gegen staatliche Unterdrückung und Kampf ums Recht bei den alten Griechen

Dissertation

der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich

**zur Erlangung der Würde
eines Doktors beider Rechte**

vorgelegt von

Daniel Roth

von Teufen AR und Zürich

Genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. H. Nef

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 29. November 1952.

Der Dekan:
Prof. Dr. W. Bickel



Curriculum vitae.

Ich wurde am 18. Februar 1920 als Sohn des Dr.-Ing. Arnold Roth, von Teufen (Kt. App. A. Rh.) und Zürich, und der Marguerite, geb. Zinsstag, in Baden (Kt. Aargau) geboren. Anfangs 1925 zog ich mit den Eltern nach Lyon (Frankreich). Zunächst besuchte ich im Vorort Bron die „école communale“, dann in der Stadt das „lycée“. Die Familie zog 1934 wieder nach Aarau, wo ich Bezirks- und Kantonsschule besuchte. An dieser erwarb ich im Februar 1939 das Maturitätszeugnis. Im Sommersemester desselben Jahres immatrikulierte ich mich an der Universität Zürich, wo ich mich zur Hauptsache dem Studium der Rechtswissenschaften zuwandte, daneben aber auch zahlreiche Vorlesungen in Nationalökonomie, Geschichte, Sprachwissenschaften, Journalistik, Psychologie usw. besuchte. Im Sommersemester 1942 studierte ich an der Universität Bern. Das durch insgesamt rund drei Jahre Militärdienst immer wieder unterbrochene Studium schloß ich am 25. Januar 1947 vorläufig mit dem nach den Interimsbestimmungen abgelegten zweiten mündlichen Teilexamen ab. Meine Dissertation, an der ich lange Zeit neben juristischer und journalistischer Praxis arbeitete, wurde im Herbst 1952 genehmigt, worauf ich am 29. November promoviert wurde.

Vorwort

Anlaß für die vorliegende Arbeit war das innere Erlebnis der Bedrohung unserer freiheitlichen Demokratie durch den totalitären Staat, wie er in unserer Zeit in brutalster Ungeheuerlichkeit im deutschen Nationalsozialismus und im russischen Bolschewismus Gestalt angenommen hat. Der Widerstand gegen diese Gefahren und die sinnvolle Erneuerung unseres staatlichen Lebens bildeten das Grundthema zahlreicher Diskussionen im Schoße der Jungliberalen Bewegung, des Schweizerischen Zofingervereins und vor allem mit meinen Freunden der Hochschulgruppe für freiheitlich-demokratische Politik. In den Vorlesungen wurde ich ergriffen von dem in der heutigen Rechtswissenschaft verbreiteten Gefühl des Ungenügens der auch in der Schweiz während vielen Jahrzehnten vorherrschenden positivistischen Betrachtungsweise des geltenden Rechts. Sind nicht auch die Diener des Rechts als solche berufen und verpflichtet, in dessen Namen, wo immer es auch sei, gegen die Feinde des Rechtsstaats den Kampf aufzunehmen?

Vor allem die Vorlesungen und Werke, in denen ich Prof. Dr. Karl Meyers einzigartige Schau geschichtlicher Zusammenhänge kennenlernte, lenkten sodann meinen Blick auf die Versuche vergangener Zeiten, eine ähnliche Problematik zu meistern. In der Frage nach dem Widerstandsrecht, wie sie, u. a. auch anläßlich des Freiheitskampfes der eidgenössischen Bundesgründer, im Mittelalter, aber auch später immer wieder in der politischen Diskussion auftauchte, schien mir alles enthalten zu sein, was mich so leidenschaftlich bewegte. Mein Plan, darüber in einer rechtshistorischen Arbeit Klarheit zu gewinnen, fand wohlwollende Unterstützung und freundlichste Förderung durch Prof. Dr. Werner Kägi (Zürich).

Doch mein ursprüngliches Vorhaben, den Untergang des Widerstandsrechts seit der Französischen Revolution im Verlaufe der Schaffung des modernen Rechtsstaats als den Sündenfall der Rechtstheorie seit Rousseau darzustellen, scheiterte zunächst an der Fülle des Materials, das ich zu diesem Zweck in ganz neuem Sinn hätte bearbeiten müssen. Zudem wurde ich mir durch philosophische Studien, insbesondere des Werks Prof. Dr. Paul Häberlins, der Problematik jeder einzelne Normen verabsolutierenden Naturrechtslehre bewußt. Indessen hatte ich eine Reihe rechtstheoretischer und historischer Abhandlungen zum Thema des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung entworfen. Der menschlichen Anteilnahme und dem klugen Rat meiner Eltern sowie

meiner Freunde und Bekannten, insbesondere auch Dr. Fortunat Hubers vom „Schweizer Spiegel“ und Seminardirektor Dr. Willy Schohaus', verdanke ich es, daß ich schließlich einen kleinen Teil des gesammelten Materials mit besseren sichtbaren Resultaten bearbeitete. Danken möchte ich meinen Freunden auch für die zahlreichen literarischen Hinweise und den Angestellten der Kantonsbibliothek in Aarau und der Universitätsbibliothek in Basel für die Zuvorkommenheit, mit der sie meine Arbeit erleichterten.

Vor allem aber bin ich Prof. Dr. Hans Nef dafür dankbar, daß er nun die Fertigstellung dieser Arbeit, obwohl sie zu seinen eigenen Auffassungen teilweise in Widerspruch steht, hilfsbereit und klärend mit energischer Konsequenz zu einem guten Ende geleitet hat. Dabei hatte sich nun doch auch noch eine weitgehende Lösung der Probleme ergeben, die mich zur Wahl meines Themas getrieben hatten, so daß ich in den begrifflichen Erläuterungen dieser Arbeit bereits eine zum Teil neue Antwort auf die Frage nach der rechtstheoretischen Würdigung des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und nach der Geltung des Rechts überhaupt andeuten konnte. Ich hoffe, diese Auffassung noch in rechtsphilosophischen und weiteren rechtshistorischen Arbeiten näher darstellen zu können.

Aarau, 15. Juni 1954.

D. Roth.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	
I. Das Widerstandsrecht seit dem Frühmittelalter	1
II. Das Thema unserer Arbeit im Rahmen der Probleme, welche die Widerstandsliteratur dem heutigen Betrachter stellt	5
III. Begriffe	8
A. Der Begriff des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung	8
B. Gerichtsbarkeit, Ungehorsam und Widerstand im engeren Sinne	8
C. Revolution, Restauration und Widerstand	9
D. Landesverteidigung und Widerstand	11
IV. Das Verhältnis des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung zum Recht	12
A. Das Recht als Schranke der Staatsgewalt und das Widerstands- recht	12
B. Widerstand für altes Recht und Widerstand für neues Recht ..	13
C. Naturrechtliche Begründung und ethische Bewertung des Widerstandes	15
1. Ethische Richtlinien für das Verhalten gegenüber dem Staat und ihre Anerkennung als Naturrecht	15
2. Naturrecht als Grundlage des Widerstandes bei fehlendem positivem Recht	16
3. Naturrecht als Grundlage des Widerstandes für neues Recht	17
4. Naturrecht als Grundlage des Rechts überhaupt und daher auch des im positiven Recht vorgesehenen Widerstands- rechts	17
5. Naturrechtliche Beurteilung und ethische Bewertung des Widerstandes	18
D. Widerstand gegen staatliche Unterdrückung als Widerstand gegen die Tyrannis	18
1. Staatliche Unterdrückung, Revolution und Tyrannis	18
2. Die Arten der Tyrannis und der Widerstand gegen staat- liche Unterdrückung	19
V. Das Widerstandsrecht gegen den tyrannischen Gebrauch der Staatsgewalt in seinem Verhältnis zu den verschiedenen Staats- formen	20
A. Widerstandsrecht und Herrschaft eines Einzelnen	20
B. Widerstandsrecht und Herrschaft einer „Regel des Rechts“	21
1. Monistischer Widerstand für die „Regel des Rechts“	21
2. Pluralistische Fortsetzung des Widerstands für die „Regel des Rechts“	22
3. Pluralistischer Widerstand gegen die „Regel des Rechts“	22

VI. Widerstand gegen staatliche Unterdrückung als Gegenstand der Rechtstheorie.....	23
VII. Ideeller Hintergrund, Schranken und Aufbau unserer Untersuchung.....	24

Erstes Kapitel

Die Verhinderung staatlicher Unterdrückung in früheren Zeiten, insbesondere in Israel

I. Frühzeitliche Formen der Beschränkung willkürlicher Herrschermacht	26
II. Der Widerstand für das Gesetz GOTTES in Israel.....	29

Zweites Kapitel

Herrschaftsrecht und Widerstand im „Altgriechischen Mittelalter“

I. Die sagenhafte Vorzeit	37
II. Die Gewalt des frühgriechischen Königs und ihre Schranken...	40
III. Staatsrecht und Widerstandsrecht in frühgriechischer Zeit.....	44
IV. Vertragliche Festsetzungen des Widerstandsrechts	48

Drittes Kapitel

Sparta

I. Erste dauerhafte Beschränkungen der königlichen Macht	49
II. Das Ephorat	51
III. Die Bedeutung des im Ephorat institutionell verankerten Widerstandsrechts für die Bewohner des spartanischen Staates.....	56
IV. Die spartanische Hegemonie und der Widerstand der Bundesgenossen	59

Viertes Kapitel

Athen

I. Alt-attischer Widerstand.....	64
II. Das Werk des Solon.....	67
III. Widerstand gegen die Tyrannis der Peisistratiden.....	71
IV. Das Werk des Kleisthenes	75
V. Widerstand gegen die von Persien unterstützte Tyrannis und gegen die autoritären Tendenzen Spartas als ideelle Grundlage des „ersten attischen Seebundes“	80
VI. Die Unterdrückung der Bundesgenossen und die Überspannung der Volksherrschaft	81
VII. Separatistischer Widerstand der „Bundesgenossen“ und oligarchische „Reaktion“ bei zunehmendem spartanischem Druck..	83
VIII. Demokratischer Widerstand führt zur Restauration freiheitlicher Institutionen	86
IX. Die institutionellen Früchte des Widerstandes der Bundesgenossen	90

Fünftes Kapitel

Griechischer Widerstandsgeist

I. Der aristokratische Widerstandsgeist	92
II. Harmodius und Aristogeiton	92
III. Die „Antigone“ des Sophokles und Euripides	94
IV. Sokrates	95

Sechstes Kapitel

Der Kampf für den gerechten Staat bei Plato

I. Platos Stellung zum Staat	101
II. Die Kritik des herrschenden Staatsgedankens durch Plato und sein Bild des Tyrannen	102
III. Platos Staatsidee	104
IV. Plato und die Widerstands Idee	110
V. Die Bedeutung Platos für die Widerstandslehre	120

Siebentes Kapitel

Die Vermeidung staatlicher Unterdrückung bei Aristoteles

I. Der Standort des Aristoteles	121
II. Die rechtsstaatliche Tendenz in den Auffassungen des Aristoteles	122
III. Die Freiwilligkeit als Prinzip der Monarchie und der Widerstand gegen die Willkür eines Einzelnen	126
IV. Verfassungsstaat und Gewaltenteilung	131
V. Verfassungsstaat und Verhinderung unterdrückerischer Herrschaft	139
VI. Der Tyrannenbegriff des Aristoteles	145

Achstes Kapitel

Die letzten Versuche zum Widerstand und zur rechtlichen Sicherung der Freiheit bei den alten Griechen

I. Der Untergang des „klassischen“ altgriechischen Freiheitsgeistes	149
II. Das „Widerstandsrecht“ des korinthischen Bundesvertrages und der Widerstand gegen die von Alexander eingeführte Herrschaftsweise	152
III. Widerstand gegen „unterdrückerische“ Versuche zur „Einigung“ des griechischen Mutterlandes und gegen die davon profitierenden Tyrannen	155
IV. Letzte Versuche zur rechtlichen Sicherung der Freiheit	159

Neuntes Kapitel

Begegnung griechischer Politik mit jüdischem Widerstandsgeist und mit den im Widerstand für die Bürgerfreiheit gefestigten, aber im Imperialismus entartenden römischen Rechtsauffassungen

I. Die Begegnung mit dem jüdischen Widerstandsgeist	164
II. Der Widerstand für die Bürgerfreiheit bei den alten Römern und die Begegnung der griechischen Politik mit den römischen Rechtsauffassungen	173
A. Revolutionäre Vorgänge und Widerstand in frühester Zeit ..	173

B. Der Widerstand gegen staatliche Willkür in der Republik und die institutionelle Verkörperung des Widerstandsrechts im Volkstribunat	177
C. Die Schaffung des Römischen Reiches und die Widerstandsfrage	182
D. Die Begegnung zwischen Griechenland und Rom und die Bedeutung ihrer Kontaktnahme für die Entwicklung der Widerstandsidee und der rechtlichen Sicherung der Freiheit.....	187

Schlußbetrachtung

I. Überblick	198
II. „Moral“	201
III. Ausblick	201

Anhang

Die Einstellung Plutarchs zur Widerstandsfrage

I. Plutarch und das Widerstandsproblem	204
II. Die Merkmale der Tyrannis.....	204
Zeichenerklärung	X
Verzeichnis der verwendeten Sammelwerke.....	208
Literatur- und Autorenverzeichnis I (zur Einleitung)	209
Literatur- und Autorenverzeichnis II (zum Hauptteil und zu den Schlußbetrachtungen)	217
Literatur- und Autorenverzeichnis des Anhangs	228

Zeichenerklärung

- [] in eckige Klammern sind Zusätze oder Veränderungen gesetzt, die sich bei Zitaten aus ihrer Stellung in unserem Satz ergeben oder ihren Sinn verdeutlichen sollen, ebenso die Literaturstellenangaben, die sich mitten in Sätzen befinden.
- a. a. O. = (am angeführten Ort) bezieht sich auf die letzte vorangehende Zitierung desselben Autors.
- do. = (dito) bezieht sich auf die letzte vorangehende Zitierung überhaupt.
- V S. 8 = Band V Seite 8.
- V Kap. 8 = Buch V Kapitel 8.

Im übrigen sind in den Literaturangaben der Autor, der Werktitel und die Stellenangabe je durch ein Komma getrennt, ebenso verschiedene Stellenangaben (z. B. Seitenzahlen) desselben Werkes; die einzelnen Teile einer Stellenangabe sind, wo nötig, durch ' (Apostrophe) getrennt; Verdeutlichungen von Stellenangaben in einem anderen System sind mit — (Trennungsstrich) hinzugefügt. Verschiedene Werke sind in der Regel durch ; (Strichpunkt) getrennt.

Einleitung

I. Das Widerstandsrecht seit dem Frühmittelalter

Die bei den mittelalterlichen Krönungszeremonien bekräftigten Garantien zugunsten der Vasallen und der Kirche¹, die Bindung der Staatsgewalt, welche im deutsch-römischen Reich unter die verschiedensten Instanzen geteilt war, an „das Recht“², sowie die Verträge, die in West- und Mitteleuropa vorab im 13. und 14. Jhd. vielfach zwischen Herrscher und Untertanen (Adel, Kommunen, Stände) abgeschlossen wurden³, gaben gegen unrechtmäßige Ausübung der Herrschaft nach zeitgenössischer Auffassung der Gegenseite ein z. T. sogar ausdrücklich stipuliertes Recht zum *bewaffneten Widerstand*. Dieses Widerstandsrecht war einerseits in England (Magna Charta) die Grundlage, auf der der *Ständestaat*, dann der Parlamentarismus und der Schutz der Rechte der Einzelnen sich etappenweise durchsetzten⁴, es stand anderseits an der Wiege der kommunalen Freiheit der Eidgenossen⁵; auf dem übrigen europäischen Kontinent wurde es in den Kämpfen zwischen Kaiser und Papst, sowie in den Auseinandersetzungen um das französische Königtum und die Beherrschung der norditalienischen Republiken, zwar ebenfalls weiter ausgebildet, aber

¹ Kern, WR, S. 19 f., 50, 87, 93, 99 f., 143 f., 148—151, 153 f., 157—160, 164, 195 (Anm. 360), 317—327, 328 ff., 339 f. u. dort zit. Lit.; Wolzendorff, WR, S. 37—45, 138—140, 275 f., 302 f.; Fehr, WR, S. 5—9; Heyland, WR, S. 8—15; Gierke, Genossenschaft, u. a. I S. 110 f. (m. Anm.), III S. 624 f.

² Kern, Mittelalter, insb. S. 61—64; WR, S. 177, 183—185, 202 f. u. dort zit. Lit.; Gierke, a. a. O., I S. 121—130, 143—146, 153—210, insb. 153 f., 168—171, 194 (m. Anm. 3 f.), 285—287, II S. 417—421; Gasser, Landeshoheit, passim insb. S. 22 f., 145—151. Der damalige Zustand entsprach rechtlich weitgehend dem Idealbild Hallers [Restauration, II, passim].

³ Wolzendorff, WR, S. 23—94, 137—158, 164—169; Fehr, WR, S. 12—16; Heyland, WR, S. 15—31; Gierke, a. a. O., I S. 536 ff.

⁴ Dazu u. a.: Kern, WR, S. 187 f. (Anm. 347 f.), 275—280; Wolzendorff, WR, S. 27, 62—64, 78 f., 371 f.; Schmidt, Vorgeschichte, S. 151—157, 159—161, 165 (Anm. 2), 172 (Anm. 1); Gneist, Parlament, S. 93—198, insb. 100—102, 107—116, 122, 160—171, 172 f., 177, 179—183, 193; Spoendlin, Freiheit, S. 21 f.

⁵ So u. a. Fehr [Thesen, S. 4; Entstehung, S. 19], aber auch dessen Gegner Meyer [Befreiungstradition, S. 40, 222 ff.; Ursprung, S. 350, 377, 500 f., 568 f.; Luzern, S. 393 f., 490—496; Südschweiz, insb. 245 f., 249]. Vgl. Weisz, Eidgenossen, S. 23 f., 72 f., 91 f.

auch abgenützt, im Osten gar von der despotischen Macht der Türken und Mongolen verdrängt; schließlich versank es weitgehend in den Kriegen des 15. Jhd. und in der Zuchtlosigkeit der Renaissance⁶.

Erneut spielte es jedoch in den Bauernkriegen eine Rolle⁷ und wurde in den religiösen Kämpfen der Reformation und Gegenreformation von beiden Parteien sowohl *in das bestehende Staatsrecht hineininterpretiert*, als auch zum allgemein, selbst gegen anderslautende Bestimmungen geltenden *Naturrechtsinstitut* erklärt⁸. Oft ist es von den Niederländern in ihrem erfolgreichen Freiheitskampf angerufen worden⁹. Es geriet dann freilich außer in England¹⁰ abermals, diesmal fast vollkommen, in Vergessenheit, als die des Streitens müden Völker Kontinentaleuropas sich mit Ausnahme einiger eidgenössischer Gebirgsorte mehr oder weniger eindeutig dem Absolutismus verschrieben¹¹. Doch, sobald der Geist der Freiheit zu neuem Leben erwachte, wurde das Institut auch von neuem ans Licht gezogen: zunächst noch im alten Sinn, z. B. von den Neuenburgern¹², bald aber mit erneuertem Inhalt, zuerst von Einzelgängern wie dem waadtländischen Major Davel¹³ und von führenden Köpfen in Amerika, wo es stets lebendig geblieben war und nun auch der Kampf um die Unabhängig-

⁶ Dazu u. a.: Sismondi, Républiques, insb. I S. 210—213, 302, II S. 44—64, 66—69, 174; Burckhardt, Renaissance, insb. I Kap. 1—4, 6, II Kap. 1, VI Kap. 5 — S. 3—25, 42—47, 99—102, 408 f.; Lossen, Tyrannenmord, S. 17—21, 46 f.; Schmidt, Vorgeschichte, S. 142—160, 165; Fehr, WR, S. 8—11; Kern, WR, S. 196—200; Schoenstedt, Tyrannenmord, insb. S. 109—112; Ercole, de tyranno, insb. S. 48—61, 68—76, 153—173.

⁷ So z. B. in der Eidgenossenschaft im Waldmann-Handel und in den Unruhen des zweiten Jahrzehnts des 16. Jhd. mit teilweisem, im darauffolgenden deutschen und im schweizerischen Bauernkrieg des 17. Jhd. ohne Erfolg. Eine Untersuchung der Bauernkriege unter widerstandsrechtlichem Gesichtspunkte würde sich gewiß lohnen.

⁸ Wolzendorff, WR, S. 95—247 und dort zit. Lit.; Fehr, WR, S. 16—26; Heyland, WR, S. 31—48; Schmidt, Tyrannenmord, S. 60—63, 77—86. Ferner: Cardauns, WR, S. 1—23, 33—120; Schlosser, WR, passim; Kreutzer, Zwingli, 81—88, 95 f.; Farner, Zwingli, S. 62—67; Müller, Luther, passim; Doumergue, Calvin, S. 107 ff. insb. 115 f.; Troeltsch, Soziallehren, S. 683—696; Gierke, Genossenschaft, IV S. 344—350.

⁹ Schiller, Abfall, passim; Wolzendorff, WR, S. 147—149, 278—286, 379—381; Gierke, a. a. O., IV S. 345.

¹⁰ Wolzendorff, WR, S. 262—277, aber auch 292—308 (der Franzose Jurieu); Hans Fehr, WR, S. 28—30; Gross, WR, S. 24 ff.; Heyland, WR, S. 54—58; Gneist, Parlament, S. 231—246, 251—253, 271—282; Hundeshagen, Calvinismus, S. 39—45; Josef Fehr, Theorien, S. 222—230; Spöndlin, Freiheit, S. 22.

¹¹ u. a. Wolzendorff, S. 247—261, 308—350; Fehr, WR, S. 26—28, 30—32; Heyland, WR, S. 49—54.

¹² Recueil, Neuchâtel, insb. S. 19, 24 f., 153 f.

¹³ Verschiedene, Davel, insb. S. 84 f., 105—109, 111 f., 126 f., 179, 220 f., 231 ff.

keit damit rechtlich untermauert wurde¹⁴, schließlich von kontinentalen Dichtern und Denkern sowie von französischen Revolutionären, welche es sogar zu kodifizieren versuchten¹⁵.

Im 19. Jhd. verschwand dann das Widerstandsrecht in Kontinentaleuropa wiederum fast vollständig von der Bildfläche; indem nun der *Rechtsstaat* an seine Stelle trat, war es anscheinend „institutionell überflüssig geworden“, und der Rechtspositivismus betrachtete es gleichzeitig im Anschluß an Immanuel Kant als „rechtslogisch unmöglich“¹⁶. Ignaz Paul Vital Troxler erschien es freilich noch als zur „coerzirenden Gewalt“ der Untertanen gehörig, weshalb er auch seine positivrechtliche Ausgestaltung nach englischem Muster befürwortete¹⁷; und auch Johann Caspar Bluntschli widmete dem „Recht des Widerstandes das letzte, zwölfseitige Kapitel seines „allgemeinen Staatsrechts“, worin er es als ein „Notrecht der Regierten“ mit dem „Notrecht der Regierung in äußerster Gefahr des Staates“ vergleicht und erklärt, das Staatsrecht könne „diese äußersten Fälle nicht weg-

¹⁴ Wolzendorff, WR, S. 360, 365—382; Heyland, WR, S. 57, 59 f.; Jellinek, Erklärung, insb. S. 10 f., 32—40, 46 ff., insb. 81.

¹⁵ Wolzendorff, WR, S. 351—429; Fehr, WR, S. 32—34; Heyland, WR, S. 58 f., 61—69; Voegelin, Erklärung, insb. S. 95; Doumergue, Origine, passim, insb. S. 732 (m. Anm.). Auch der konservative Albrecht von Haller bejahte in einem seiner Staatsromane (1773) das Widerstandsrecht: vgl. Fehr, Dichtung, S. 393—396. Vgl. auch Lavater, Werke, S. 171—176, aber S. 177—188, 242—248, insb. S. 184—186, 246 f. (Pred. v. 12. 8. 1798, 7. 4. 1799, und Neujahrsbl. z. 1. 1. 1801). Entschiedener Befürworter ist Schiller [Tell; Don Carlos; Räuber; Fiesco usw.]. Pestalozzi riet ab vom Widerstand, weil er im „raffinierten Verkünstlungsverstand“ seiner Zeit die Form des „Krieges aller gegen alle“ annehme, verurteilte ihn aber nicht für ursprünglichere, kräftigere Zeiten [u. a. in: Werke, II Fabel 193 — S. 170—173]. Für Benjamin Constant ist ein Recht, das der Gerechtigkeit völlig widerspricht, zwar nichtig, aber wegen der Folgen nur Ungehorsam, nicht bewaffneter Widerstand zu empfehlen [Freiheit, S. 61—85, insb. 83, aus Politique I, S. 173 ff., 306 ff.; vgl. Usurpation, S. 189—196].

¹⁶ Dazu vor allem Fehr, WR, S. 34—38; Wolzendorff, WR, S. 420 bis 422, 453—535; Heyland, WR, S. 69—79; Haensel, WR, passim. Kant, Rechtslehre, II Abschn. 1 (Allg. Anm. A) — S. 175—182; diesem stimmt in diesem Punkt auch sein Gegner Carl Ludwig von Haller teilweise zu [Restauration, I Kap. 15 — S. 415—443, vgl. Kap. 6 — S. 44, 48 f., 70 f., 73], aber nur sofern es um Widerstand gegen den legitimen obersten Herrn geht.

¹⁷ Rechtslehre, II 7a — S. 175 f.; vgl. auch ders., Fürst, Einl. u. passim; Hundeshagen [Calvinismus, S. 38, 46—51, 58—61] will zwar die protestantische Widerstandslehre weiterhin anerkennen, aber die „jesuitische“ und die „aufklärerische“, sowie „Meuchelmord“ scharf ablehnen; unbedingt verdammt Josef Fehr [Theorien, S. 248—251, 300—305] die Ermordung des noch so tyrannischen Fürsten durch einen Untertanen, nimmt aber umgekehrt die Rechte der Kirche in Schutz und verurteilt vorab die protestantische Widerstandslehre.

leugnen, aber ebensowenig näher normieren¹⁸. Doch auf diese vorsichtige Anerkennung folgte lange Zeit überhaupt keine mehr¹⁹, während Nietzsche erklärte, das Staatsoberhaupt, das „Großes schaffe“, trage seine Legitimation in sich, wobei insbesondere die moralischen und juristischen Gründe der Erwerbung der Herrschaft nicht weiter in Betracht kämen²⁰.

So konnte denn vor dreieinhalb Jahrzehnten Josef Kohler²¹ die „moderne Anschauung“ dahin umschreiben, „jede Erwerbung der Herrschaft [sei] legalisiert, sobald der Herrscher zur wirklichen Regierung gelangt [sei] und die Staatsaufgabe wirksam an die Hand genommen [habe]“; kurz darauf meinte Kurt Wolzendorff²², „die Widerstandslehre“ sei „zu ihrem Ende gelangt“, und vier Jahre später erklärte Hans Fehr²³, „die ganze Struktur und das Wesen des modernen Staates verb[ö]ten das Widerstandsrecht“.

In neuester Zeit wird nun aber angesichts der gefährlichen Fortschritte totalitärer Staatsideale nicht nur wieder betont, daß „der Gedanke des Widerstandes gegen ungerechte Bedrückung schon so lange existiert hat, wie es überhaupt geordnete Staatswesen gibt“²⁴, sondern gar leidenschaftlich die naturrechtliche Existenz eines Widerstandsrechts und gleichzeitig die Möglichkeit seiner genaueren Positivierung auch für die Gegenwart verfochten²⁵.

¹⁸ Staatsrecht, IX Kap. 10 — S. 679—690, insb. 689.

¹⁹ So verurteilt Lossen [Tyrannenmord, S. 40—43] nicht nur den Tyrannenmord, sondern auch das Widerstandsrecht; sogar Huber [Recht, S. 65f., 113f.] geht nur andeutungsweise auf das Widerstandsrecht ein, obwohl er die Grundlage des Rechts in der Überzeugung der Gemeinschaftsglieder sieht [a. a. O., S. 194—197, 226f., 255—257, 336f.]; er erörtert immerhin etwas eingehender den Tyrannenmord, den er als unter Umständen sogar rechtlich geboten, aber als sittlich problematisch ansieht [a. a. O., S. 69—72]. 1905 tritt für das Recht des Widerstandes und insb. des Tyrannenmordes, wie es katholische Theoretiker öfters vertraten, vorbehaltlos Böhme [Tyrannenmord, insb. S. 28f. u. 36f.] ein: doch die Schrift wird von der Wissenschaft kaum beachtet.

²⁰ Ercole, de tyranno, S. XI [Kohler, Einl.].

²¹ do., vgl. S. 170—173.

²² WR, S. 535.

²³ WR, S. 38; trotz seines späteren Bekenntnisses zum Naturrecht [Ausstrahlungen, S. 21—30], dessen Ablehnung er als Übertreibung des 19. Jhd. wertet [do., S. 14—17], bleibt Fehr bei seiner Ablehnung des Widerstandsrechtes im heutigen Staat [Tragik, S. 89f.].

²⁴ Gross, WR, S. 1. Gasser [Volksfreiheit, insb. S. 5—7, 215f.] sieht in der großen bürgerlichen Freiheitsbewegung seit 1789 den Versuch, „das alt-europäische Widerstandsrecht auf dem Wege einer liberal-demokratischen Verfassung in den neuen omnipotenten Staatsapparat einzubauen“. Anderseits warnte aber der regentenfreundliche Nobel [Mord, S. 32—39, 280f.] 1931 wieder vor Tyrannenmord.

²⁵ Heyland, WR, S. 111—124 und dort zit. Lit.; Kägi, Verfassung, S. 158—160; Guisan, droit naturel, S. 17—19. Vgl. auch: Jouvenel, Pouvoir, S. 345ff., insb. 346—351, 380f., 388—393, 410, 437f. (beruft sich u. a.

II. Das Thema unserer Arbeit im Rahmen der Probleme, welche die Widerstandsliteratur dem heutigen Betrachter stellt

Daß die Widerstandsidee eine *ewig-menschliche* ist, das dürfte wohl als a-priorische Wahrheit kaum ernsthaft bestritten werden können. Ob daraus auf ein entsprechendes Naturrecht geschlossen werden darf, ob ein Widerstandsrecht notwendigerweise in einer positiven Rechtsordnung enthalten sei oder auch nur ohne logischen Widerspruch²⁶ positiv formulierbar sei, das sind Fragen der Rechtsphilosophie, die hier nicht zur Diskussion stehen. Hingegen mag vor allem die Beantwortung der Frage, in welcher Form die Widerstandsidee heute rechtlich wieder (stärker) zum Ausdruck gelangen könnte, auch durch die Erweiterung der historischen Forschung erleichtert werden.

Dabei können wir nun die interessante Feststellung machen, daß, während die moderne Forschung hauptsächlich den germanisch-rechtlichen Ursprung der mittelalterlichen und nach-mittelalterlichen Widerstandslehre²⁷ oder doch ihren „Zusammenhang mit altem deutschen Rechts- und Staatsempfinden“²⁸ betont, die Vertreter dieser Lehre selber, von Hincmar von Reims²⁹, Johannes von Salisbury³⁰, Thomas von Aquin³¹, Aegidius Romanus³², Marsilius

auf Duguit); Hauriou, Principes, S. 44, 429f.; Hippel, Staatsakt, S. 79. Ebenso Brunner, Rechtsstaat, I S. 236, 253—257. Über die Problematik des Widerstandes gegenüber der nationalsozialistischen Willkürherrschaft vgl. u. a. Busche, Eid, und Zwirner, Gehorsam, passim.

²⁶ Ein solcher müßte sich jedenfalls nach Burckhardt [System, S. 258f.] ergeben.

²⁷ Kern, WR, passim; Fehr, WR, S. 5—8; Heyland, WR, S. 5—9; Gierke, Althusius, S. 264—266, 275—277.

²⁸ Wolzendorff, WR, S. 68—71, 515—520.

²⁹ Aber „heidnische“ Quellen fehlen meines Wissens hier noch. Kern, WR, S. 245 (m. Anm. 449) und dort zit. Lit.: Andelfinger, Tyrannenbegriff, S. 26f.

³⁰ Policraticus, III Kap. 15, IV Kap. 1—5, V Kap. 2—6, VI Kap. 21, 24—28, VIII Kap. 17—24; Gierke, Genossenschaft, III S. 563—566 (insb. Anm. 123f., 126, 130); Althusius, S. 134f. (insb. Anm. 40), 211 (Anm. 1); Lossen, Tyrannenmord, S. 12f.; Wolzendorff, WR, S. 8, 12. Schmidt, [Vorgeschichte, S. 125] verneint einen Einfluß des Aristoteles; dessen „Politik“ dürfte in der Tat, im Gegensatz zu verschiedenen anderen politischen Schriften der Alten, so Platos und Ciceros, dem Johannes v. Salisbury [vgl. Policraticus, z. B. VI Kap. 2] auch nicht auszugsweise direkt bekannt gewesen sein, wohl aber andere Werke des Aristoteles [vgl. do., Prolog, I Kap. 4, II Kap. 19, III Kap. 5, V Kap. 6, VII Kap. 12, VIII Kap. 2, 8, 11, 14; ebenso: ders., Metalogicus, insb. IV Kap. 7, 27; ferner Schiele-Zscharnak, Religion, III Sp. 604f. (Johann, 27. Salisbury)]. Ständig werden die *Bibel* und die verschiedensten antiken Autoren herangezogen [vgl. dazu insb. auch Andelfinger, a. a. O., S. 39, 46].

³¹ Thomas, de regimine, I 1, 3—6, 10f., III 7 (eventuell z. T. von einem Schüler); die bei Tischleder [Staatsgewalt, S. 104—112, insb. S. 106—110] und Schilling [Thomas, S. 100—112] zitierten Stellen. Vgl. die Erläute-

von Padua³³ und Bartolus³⁴ bis zu Zwingli³⁵, Calvin³⁶, den Monarchomachen³⁷, Johannes Althusius³⁸ und Milton³⁹ sowie auch Bluntschli⁴⁰, vielfach auf Beispiele und Lehren aus dem *Alten und Neuen Testament* sowie aus dem *römischen und griechischen Staatsleben* verwiesen haben⁴¹, um ihre Auffassung von der Erlaubtheit und Rechtmäßigkeit des Widerstandes gegen eine „tyrannische“ Staatsgewalt zu belegen.

rungen dieser beiden Autoren, sowie: Schmidt, Vorgeschichte, S. 125—130; Lossen, Tyrannenmord, S. 14—17; Schmidt, Tyrannenmord, S. 30—38; Kirn, Saul, S. 35—37; Troeltsch, Augustin, S. 161f.; Ercole, Tyranno, S. 46f. (m. Anm. 127), 91f. u.a.; Andelfinger, a.a.O., S. 48f., 56—61 und dort zit. Lit.

³² De regimine, III 2 Kap. 2, 9—14. Vgl. Andelfinger, a.a.O., S. 61—66; Schoenstedt, Tyrannenmord, S. 72—75, insb. 73f. (m. Anm. 52f.); Ercole, Tyranno, S. 46f., 62, 84f.

³³ Defensor, I Kap. 1, 8f., 11f., 14f., 18f. Vgl.: Schmidt, Vorgeschichte, S. 131—134, 138; Andelfinger, a.a.O., S. 71f., 75.

³⁴ De tyrannia, passim; bibl. Quellen werden, außer in Guelphis [Bl. 151 — Nr. 4—11], wenig verwendet; vgl. immerhin: Ad reprimendum, Bl. 95 — Totius Orbis, Hostilis Animo (Nr. 8, 10f.): Rebelli, Bl. 104 — Tenore (Nr. 5); De regimine, Bl. 152f. — Nr. 11, 27—29. Vgl. zu dieser Tyrannenlehre ferner: Schoenstedt, Tyrannenmord, S. 46—56; Schmidt, Vorgeschichte, S. 135—140; Ercole, Tyranno, insb. S. 84—91, 143f.; Andelfinger, a.a.O., S. 87.

³⁵ Zum Beispiel, S. 483—489 — Epistola. Vgl., Kreutzer, Zwingli, S. 4f., 9f., 82—85; Farner, Zwingli, S. 66 (m. Anm. 2).

³⁶ Institutio, CR XXX Sp. 1098—1100, 1115—1118/Institution, CR XXXII Sp. 1133—1137, 1159—1162 — IV Kap. 20 § 8f., § 30—32. Vgl. Doumergue, Calvin, S. 108f., 116; Origines, S. 683; Wolzendorff, WR, S. 95f.; Kirn, Saul, S. 40f.

³⁷ Wolzendorff, WR, S. 99f. (insb. Anm. 4), 108 m. Anm. 3; Lossen, a.a.O., S. 23f., 26; Gross, WR, S. 5; Schmidt, Tyrannenmord, S. 53; Hundeshagen, Calvinismus, S. 31—35. Vgl. alle im folgenden aus „Brutus“ [Vindiciae] zit. Stellen.

³⁸ Politica, S. 15—19, 128f., 131, 134, 143—145, 147—150, 155f., 164, 166, 169f., 184—188, 226—228, 367, 376—402 — 1 § 2—5, § 11—13, § 22—24, § 30f., § 33, 17 § 30, § 43, § 61, 18 § 48—61, § 67, § 73f., § 84, § 89, § 110, 19 § 27, § 33—37, § 55—69, 20 § 20—22, 21 § 2—10, 37 § 63—67, 38 passim.

³⁹ Troxler, Fürst, passim. Vgl.: Schmidt, Tyrannenmord, S. 87f. (Anm.), vgl. 98, 104 (Sidney); Kirn, Saul, S. 45.

⁴⁰ Staatsrecht, S. 680—683.

⁴¹ Auch die kirchlich-päpstlichen und die kaiserlichen Ansprüche, mit welchen die Widerstandslehren verknüpft waren, sowie die von den Ketzern geltend gemachten Rechte, wurden z.T. auf das Recht des römischen Volkes zurückgeführt; für die Begründung aus dem Volkswillen wurde auch auf das A. T. verwiesen. Vgl. dazu: Gierke, Genossenschaft, III S. 511, 520f., 540f. (m. Anm. 50, 52), 541f. (m. Anm. 54f.), 569—572 (m. Anm. 138f. u. 146), 621f. (m. Anm. 283); Althusius, S. 77f.; Cardauns, WR, S. 25f.; Vinogradoff, Medieval, insb. S. 68f., 104f., 149; Böhme, Tyrannenmord, S. 6—14. Bei den z.B. in den Basler Dissertationen um 1600 herum oft wider-

Da entsteht nun die Frage, ob und gegebenenfalls inwiefern sich das Mittelalter hier zu Recht auf das doch so ganz anders geartete *Altertum* berufen hatte, wobei zu untersuchen wäre, ob etwa eine Parallelität der Entwicklung vorliege, ob gar ein Weiterwirken antiker Rechtstraditionen festzustellen sei oder ob vielleicht gerade die Wiederentdeckung der erwähnten Beispiele und Lehren aus der Antike an einer Neubelebung der Widerstandsidee im Mittelalter mitgewirkt hätte. Schließlich wird man sich aber auch fragen können, ob in jener älteren, uns aber geistig oft viel näher stehenden⁴² und zudem für uns leichter überblickbaren Zeit nicht auch Hinweise für die Bewältigung der modernen Widerstandsproblematik zu finden wären.

Auch diese Fragen sollen in der nachfolgenden Untersuchung nicht beantwortet werden; sie sind für uns nur der Anlaß, um die für sich allein schon genügend interessante wissenschaftliche Aufgabe in Angriff zu nehmen, die *Bedeutung einiger bemerkenswerter Formen*, welche die *Widerstandslehre* im *Altertum*, insbesondere bei den *alten Griechen*, angenommen hat, abzuklären. Jene Fragen sollen dabei immerhin in dem Sinn berücksichtigt werden, daß unsere Untersuchung als Vorarbeit für einen Vergleich mit der späteren Widerstandsproblematik verwendet werden könnte. Wir werden unseren Stoff demgemäß auch z. T. mit *mittelalterlichen*, vor allem aber mit *modernen Begriffen* bearbeiten, was zugleich das Verständnis erleichtern mag.

Gilt unsere Untersuchung also der Frage nach den Formen, die die Widerstandslehre bei den alten Griechen angenommen hat, so erscheint uns diese Frage gemäß der Problematik, welche der späteren Widerstandsliteratur innewohnt, in dreifacher Gestalt:

kehrenden Erörterungen „an princeps legibus solutus sit“, „de Principis iuribus“ usw., wobei sogar hie und da die „spinosa controversia“ über das Widerstandsrecht angeschnitten wurde, wurden klassische und biblische Quellen zitiert. Dasselbe tut der Berner Johann Friedrich Steiger in der unter der Leitung seines Griechisch- und Philosophieprofessors Samuel Henzi im Jahr 1673 (!) publizierten Schrift gegen die Tyrannis [Politicae, passim]. Über den Einfluß der Antike vgl. auch: Burckhardt, Renaissance, I Kap. 6, III Kap. 1, VI Kap. 5 — S. 44—46, 129—132, 408f.; Andelfinger, Tyrannenbegriff. passim; Grabmann, Einfluß, insb. S. 5—7, 17f., 29—33, 37f., 41, 48f., 60, 117; Troeltsch, a. a. O., S. 158—160, 168f.; Josef Fehr, Theorien, S. 301; sowie Weisz, Erziehung, S. 17. Constant [Freiheit, S. 27—60, aus Politique, IV S. 238ff.] betont den Unterschied zwischen den politischen Idealen des staatsfreundlichen *Altertums* und der individualistischen Neuzeit. Gasser [Volksfreiheit, S. 5—7] nimmt ein Widerstandsrecht bei allen europäischen Urdemokratien einer bestimmten Entwicklungsstufe an.

⁴² So Meyer, Staat, S. 9f; Barker, Plato, S. 16; vgl. dazu auch die prägnanten Vergleiche zwischen antiker und moderner, sowie mittelalterlicher und moderner Staatsauffassung bei Bluntschli [Staatslehre, S. 60—68].

1. Wie wurde der Widerstand gegen staatliche Unterdrückung *ethisch bewertet*?
2. Wurde irgendwie ein allgemeines *ungeschriebenes* Widerstandsrecht im Sinn eines *Naturrechts* anerkannt?
3. Wurde ein *Widerstandsrecht* *positiv* formuliert?

III. Begriffe

A. Der Begriff des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung

Den Begriff *Staat* verwenden wir hier im *kategorischen* Sinn, nicht im soziologischen einer bestimmten Entwicklungsstufe gesellschaftlicher Organisation⁴³. Es soll also in dieser Arbeit unter Staat jedes mit der Anwendung physischer Mittel drohende Auftreten, das im Sinne einer obersten Gewalt einer gesellschaftlichen Verbindung erfolgt, verstanden werden. Darunter fällt z. B. auch das Auftreten des Paterfamilias⁴⁴, soweit er nicht als Privater eine eigene Gewalt geltend macht, über deren Geltung er aber einer übergeordneten Gewalt die endgültige Entscheidungsbefugnis überläßt, sondern entweder direkt *zum Zweck* der Durchsetzung dieser *übergeordneten* Gewalt oder aber im Namen einer *eigenen* Gewalt, die ihre *Geltung* an die Entscheidung *keiner andern* endgültig bindet, handelt.

Unter dem Begriff *Unterdrückung* verstehen wir jede Behandlung eines oder mehrerer Menschen, die als gegen das objektiv Gerechte (Gerechtigkeit) verstoßend erscheint, wobei im einzelnen Fall die Feststellung, ob ein solcher Verstoß tatsächlich vorliegt oder nicht, stets an subjektive Gesichtspunkte gebunden bleiben wird.

Unter *Widerstand gegen staatliche Unterdrückung* verstehen wir nun jede Haltung, durch die jemand eine Anordnung eines andern, der ihm gegenüber als übergeordnetes Staatsorgan auftritt, im Dienst der Gerechtigkeit durchkreuzt, und zwar vom einfachen Ungehorsam bis zur bewaffneten Gegenwehr, soweit es sich (noch) nicht um eigentliche Revolution (oder auch Restauration) oder gewöhnliche Ausübung staatlicher Gewalt handelt.

B. Gerichtsbarkeit, Ungehorsam und Widerstand im engeren Sinn

Angenommen, ein Verfassungsgerichtshof würde ein seiner Auffassung nach verfassungswidriges Gesetz, das sich seinerseits auf die Verfassung beruft, aufheben, so wäre, sofern diese Verfassung für diesen Fall die Kompetenz des Verfassungsgerichtshofes vorgesehen hätte, dessen Entscheid kein Widerstand, da der Gesetzgeber hier gegenüber dem Verfassungsgerichtshof nicht als vorgesetztes Organ auftritt. Würde sich aber der Gesetzgeber auf ein Notrecht berufen,

⁴³ Dazu Huber, Staatsbegriff, passim; Völkerrecht, S. 17—19.

⁴⁴ Vgl. dazu z. B. Meyer, Staat, S. 32f.

das ihm gegenüber niemanden als Richter anerkennt, so würde der Verfassungsgerichtshof, wenn er dennoch versuchen würde, ein „Notgesetz“ aufzuheben, *Widerstand* leisten.

Solcher Widerstand wäre zunächst bloßer *Ungehorsam*, freilich in einer qualifizierten Form, indem dadurch auch alle andern zum Ungehorsam gegenüber dem betreffenden Gesetz aufgerufen würden; er wäre hingegen *Widerstand in engerem Sinn*, wie wir hier die *bewaffnete* Gegenwehr bezeichnen wollen, sofern der Gerichtshof versuchen würde, diejenigen, die das „Notgesetz“ nicht beachten würden, mit Hilfe der *Polizei* gegen die Repressalien des Gesetzgebers zu schützen. Widerstand (in jeder Form) kann natürlich auch von einem anderen Organ oder einem gewöhnlichen Einzelnen ausgehen⁴⁵; wir haben hier das Beispiel eines Gerichts nur gewählt, um den Unterschied zur eigentlichen *Gerichtsbарkeit* an einem Grenzfall klarzulegen.

C. Revolution, Restauration und Widerstand

Überaus heikel ist sodann die Abgrenzung des Widerstandes gegenüber der *Revolution*⁴⁶ und insbesondere der *Restauration*. Gegenüber dem Willen der bedrückenden Staatsgewalt will der Revolutionär sowie auch der „Restaurator“, eine (vermeintlich oder wirklich) bessere Ordnung herstellen bzw. wiederherstellen. Eine solche entspricht aber auch dem Willen des Widerstehenden, ohne daß dieser freilich sich für eine einzige, ganz bestimmte Gesamtordnung einsetzen müßte, da es ihm genügen kann, wenn in der kommenden Ordnung das einzelne Gut, für das er Widerstand leistet, geschützt ist. Aber auch wenn eine ganz bestimmte Gesamtordnung verteidigt wird, kann es sich um Widerstand handeln: sobald und soweit jedoch die nötigen Organe die volle Verantwortung für die zwangsweise Verwirklichung einer Ordnung — gemäß deren (wenn auch nur vorläufigen) Bestimmungen — öffentlich auf sich nehmen, wobei diese Verwirklichung an sich an keinen Entscheid eines fremden Organs gebunden ist, haben wir es mit Revolution oder Restauration zu tun, sofern nicht einfach „gewöhnliche Ausübung staatlicher Gewalt“ vorliegt. Diese will die bisher herrschende Ordnung weiterführen, unter Umständen sogar auf dem Weg der Evolution weiterentwickeln; Revolution und Restauration wollen die gerechtere Gestalt des Staates unter prinzipieller Veränderung der durch die zuvor herrschende Ordnung vorgesehenen Verantwortlichkeiten verwirklichen; Widerstand will die allzu ungerechte Betätigung des Staates verhindern.

Der Widerstehende überläßt die Aktion, durch die ein die Verantwortung übernehmendes Organ dem Widerstand erst zum Erfolg verhilft, entweder der nun an der Unterdrückung behinderten Staats-

⁴⁵ Zu den verschiedenen Formen des Ungehorsams vgl. auch Rolland, Gandhi, S. 42—44, 54—57.

⁴⁶ Über den Begriff Revolution vgl. auch: Nef, Schranken, S. 123 f. Vgl. ferner unten Anm. 54 f. und dort zit. Lit.

gewalt selber bzw. einem von dieser als vorgesetzt anerkannten Organ, oder Dritten, oder auch *späterem* eigenen Handeln. Wird diese *ergänzende Aktion* durch den Widerstehenden selber oder durch einen Dritten vorgenommen, so ist sie ihrerseits Revolution oder Restauration. Wenn aber die an der Unterdrückung behinderte Staatsgewalt selber dem Widerstand gegenüber nachgibt, oder ein von ihr als vorgesetzt anerkanntes Organ sie zurückruft, obwohl dieses ihre Handlungsweise zunächst generell oder im einzelnen soweit zugelassen hatte, daß sie nicht ohne weiteres als nichtig erscheinen kann, könnte dies freilich als gewöhnliche Ausübung staatlicher Gewalt erscheinen; doch liegt auch in einer solchen Handlungsweise ein unverkennbarer revolutionärer oder „restaurativer“ Zug, da die Staatsgewalt eine zeitweise nicht mehr anerkannte Beschränkung unter Verzicht auf einen zuvor erhobenen weitergehenden Durchsetzungsanspruch wieder anerkennt. Wir werden daher hier auch das Nachgeben der bedrückenden Staatsgewalt unter den Begriffen der Revolution und der Restauration im weiteren Sinn subsumieren. Eine solche den Widerstand ergänzende Restauration oder Revolution im weiteren Sinn kann, so wie wir hier diese Begriffe verwenden wollen, den ganzen Staat umgestalten oder auch nur eine einzige kleine Verfügung rückgängig machen.

Die *Absetzung* des in seiner ungerechten Haltung verharrenden Inhabers der behinderten Staatsgewalt durch ein von jenem nicht als dazu kompetent anerkanntes Organ, auch die Gefangennahme jenes Inhabers, soweit sie Kampfhandlung und nicht Maßnahme im Dienst der Gestaltung der neu entstehenden Ordnung (Verhaftung) ist, sowie z. T. der *Tyrannenmord*, sind als äußerste Formen des Widerstandes zu betrachten, während die Ausfüllung der durch die Absetzung oder das „unschädlich Machen“ entstandenen Lücke, d. h. die *Ersetzung* jener Staatsgewalt, als der Beginn der Revolution oder Restauration anzusehen ist. Diese Einsetzung einer neuen oder Wiedereinsetzung einer alten Staatsgewalt muß nicht unmittelbar auf die Absetzung der bedrückenden folgen, der Vorgang kann sich nicht nur in Form einer allmählichen Ablösung, z. B. parallel zu einem Truppenvormarsch oder zur Besetzung einzelner Regierungsämter, abspielen; es kann auch zunächst der bloße Widerstand, der ja auch einer nie als eingesetzt anerkannten Staatsgewalt gegenüber möglich ist, weitergehen, bis Organe auftreten, welche die volle Verantwortung für die Durchsetzung einer anderen Ordnung übernehmen; es kann schließlich auch zunächst eine Periode der *Anarchie* entstehen, in der gleichsam jeder gegenüber jedem abwechselnd „Staatsgewalt“⁴⁷ und Widerstehender ist.

Verhaftung, Verurteilung und Bestrafung der fehlbaren Staatsgewalt erscheinen hingegen in der Regel als Maßnahmen der Restauration oder der Revolution, sofern es sich dabei nicht um die *gewöhnliche Ausübung polizeilicher Gewalt* seitens eines Staates handelt, dessen Organe bis dahin durch den Fehlbaren, der sich ihnen gegen-

⁴⁷ Mindestens in dem weiteren Sinn, den wir hier dem Begriff Staat geben.

über als übergeordnete Staatsgewalt betätigen wollte, nicht wesentlich an der normalen Ausübung ihrer Funktionen gestört werden konnten. Im Rahmen seiner Ziele wird freilich auch der Widerstand vor der Aburteilung und Bestrafung jener, die das von ihm verteidigte Gut angreifen, nicht zurückschrecken: in diesem Sinne sind „*Maquis*“- und *Femegerichte*, sowie oft auch der *Tyrannenmord* zu verstehen.

Eine Kombination von Widerstand einerseits und Revolution oder Restauration anderseits bildet der *Aufstand*, indem dabei die Widerstehenden gleichzeitig auf einem sachlichen Teilgebiet oder in bezug auf einen (z. B. geographisch oder ständisch) bestimmten Personenkreis, also auf einem personellen Teilgebiet, die volle Verantwortung für die Verwirklichung der von ihnen erstrebten Ordnung übernehmen; dabei überlassen sie die Gutheißung dieser Ordnung durch eine sie respektierende Gesamtordnung, sei es der Staatsgewalt, die derjenigen übergeordnet ist, die sie umgestaltet haben, sei es dem Vorgehen Dritter, sei es *späterem eigenen* Handeln. Ein „allgemeiner Aufstand“ kann alles erfassen, außer der Ordnung der obersten Gewalt: regelt er auch diese, so wird er notgedrungen zur Revolution (oder Restauration). Der Widerstand kann aber auch mit der gewöhnlichen Ausübung staatlicher Gewalt verkoppelt sein, indem diese auf einem Teilgebiet normal weitergeführt wird und diese Ordnung als Ausgangspunkt, sei es für eine Restauration, sei es für einen (revolutionären) Kompromiß mit der bedrückenden Staatsgewalt, verteidigt wird.

D. Landesverteidigung und Widerstand

Wenn wir die „*gewöhnliche Ausübung staatlicher Gewalt*“ nicht zum Widerstand gegen staatliche Unterdrückung zählen, so schließen wir hiervon auch die „*Landesverteidigung*“ aus. Nun ist aber Landesverteidigung (mit militärischen oder anderen Mitteln) geradezu der Normalfall des Widerstandes gegen Übergriffe einer Staatsgewalt: der seinen Angehörigen entsprechende und die Freiheit, wie *sie* sie verstehen, schützende eigene Staat soll den fremden Staat mit seinen für das eigene Wesen gefährlichen Einrichtungen und Methoden fernhalten. So betätigen sich denn auch in der Völkerwelt die Organe der einzelnen Staaten abwechselnd gleichsam als „Staatsgewalt“ der *internationalen Ordnung* und als Widerstehende, wie die Einzelnen in der „Anarchie“.

Der Widerstand, der im Rahmen des Einzelstaates als vorübergehende Rückkehr zum „alten Urstand der Natur“⁴⁸ erscheint, ist so die normale Ordnung des noch nicht fest organisierten Völkerlebens: nicht ohne Grund hat denn auch John Locke⁴⁹ (u. a. gerade zur Begründung des Widerstandsrechts⁵⁰) gesagt, das gegenseitige Verhältnis der Regierungen entspreche dem „Naturzustand“, der auch die un-

⁴⁸ Vgl. Schiller, Tell, II 2 V. 1282.

⁴⁹ Gouvernement, Kap. 1, insb. Ziff. VI, IX—XI — S. 8f., 12—16.

⁵⁰ do., Kap. 12, insb. Ziff. I u. III — S. 190—194.

sichtbare Grundlage bilde, auf der erst die zwischenmenschlichen Beziehungen sich zu staatlicher Organisation gestalteten.

So kann uns denn einerseits in der Tat das Wesen des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung innerhalb einer einzelstaatlichen Ordnung gerade an der normalen Haltung der Organe eines Einzelstaates gegenüber der Bedrohung seiner Ordnung seitens eines andern deutlich werden; so müssen wir aber andererseits auch versuchen, mindestens andeutungsweise eine Abgrenzung zwischen dem normalen staatlichen Widerstand gegen Eingriffe seitens einer fremden Staatsgewalt und dem von uns in dieser Arbeit untersuchten (außerordentlichen) Widerstand gegen staatliche Unterdrückung vorzunehmen.

Wie die normale Abwehr eines internen Unterdrückungsversuchs, wird im Gegensatz zum Widerstand gegen staatliche Unterdrückung die *Landesverteidigung* von Organen geführt, welche erstens bereit sind, eine Ordnung voll zu verwirklichen, die sich für ihre Geltung in keiner Weise auf eine andere staatliche Ordnung beruft, und zweitens (noch) nicht wesentlich in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigt sind, weil der fremde Staat (noch) nicht da ist, wo der *eigene* stehen soll, so daß die Organe des letzteren die volle Verantwortung nicht nur tragen sollen, sondern auch tatsächlich auf sich nehmen können.

Nun kann freilich ein Staat sich bei einem Angriff auf einen andern als Organ einer übernationalen Ordnung oder eines auch den angegriffenen Staat umfassenden neuen Staates ausgeben; aber erst, wenn er dabei tatsächlich an die Stelle einer Organisation tritt, die von Organen geleitet wurde, an deren Entscheidung auf dem betreffenden sachlichen oder personellen (z. B. territorialen) Gebiet der sich verteidigende Staat sich bereits vorher als an sich gebunden erachtete⁵¹, erst dann handelt es sich bei der Abwehr dieses Staates *auch* um *Widerstand* gegen staatliche Unterdrückung im Rahmen einer übergeordneten Organisation und nicht mehr allein um Landesverteidigung innerhalb eines gewöhnlichen internationalen Verhältnisses.

IV. Das Verhältnis des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung zum Recht

A. Das Recht als Schranke der Staatsgewalt und das Widerstandsrecht

Haben wir nun den Begriff des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung nach verschiedenen Seiten hin abgegrenzt, so müssen wir noch die prinzipiellen Möglichkeiten des Verhältnisses solchen Widerstandes zum Recht andeuten⁵².

Das Recht begründet die Staatsgewalt und beschränkt sie zugleich. Daß es bestimmte Schranken der Staatsgewalt vorsieht, bedeutet nun

⁵¹ Im Sinn von Huber, Staatsbegriff, S. 10f.

⁵² Vgl. dazu: Bluntschli, Staatsrecht, S. 679—681, 688—690; Wolzendorff, WR, S. 1—5, 515—535; Heyland, WR, S. 1—4, 111—120; Fehr, WR, S. 2—5.

freilich an sich nicht, daß ihm ein Widerstand zur Aufrechterhaltung dieser Schranken unter allen oder auch nur unter gewissen Umständen mit Sicherheit entspricht. Der Staatsakt, der die Schranken eines Rechts durchbricht, ist von diesem aus gesehen unrechtmäßig, aber der Widerstand dagegen deshalb nicht stets rechtmäßig. Übernimmt eine Staatsgewalt, der die Wahrung eines Rechts anvertraut ist, z. B. eine Regierung, die volle Verantwortung dafür, daß ein Rechtssatz, der jenes Recht verletzt, gegenüber jedermann (auch gegenüber den Gerichten) durchgesetzt werde, so kann man sich beispielsweise fragen, ob das Mitglied eines gegen diese Verletzung angerufenen *Gerichts* hier noch versuchen soll, als Richter korrigierend einzugreifen, oder aber einfach demissionieren soll, wenn es die Zustimmung zu jener Rechtsverletzung als mit seinem Gewissen unvereinbar betrachtet.

Es kann nun implicite oder explicite eine *rechtliche Bestimmung* vorliegen, die einem Gericht die Wahrung der Unverletzlichkeit gewisser Rechte gegen jedermann durch die Kassation entgegenstehender Staatsakte, was gleichzeitig eine Aufforderung zum Ungehorsam bedeutet, anvertraut; zum Ungehorsam in bestimmten Fällen kann auch, z. B. durch ein Gesetz, das als göttliches Gebot angesehen wird⁵³, von vornherein *jedermann* aufgefordert sein. Es kann aber darüber hinaus in einem Recht ein eigentliches auch für die Gerichte maßgebliches *Widerstandsrecht* vorgesehen sein, das für bestimmte Fälle bestimmten Organen oder jedermann den bewaffneten Widerstand nahelegt.

Auch ohne solche rechtliche Bestimmungen mag freilich die staatliche Verletzung einer Rechtsschranke jemanden aus *ethischen* Gründen dazu bestimmen, Widerstand zu leisten; sein Entscheid ist aber in diesem Fall ein nicht-rechtlicher und er kann insbesondere auch nicht als Organ des vom verletzten Recht vorgesehenen Staates auftreten, obwohl solcher Widerstand auch *für* dieses Recht erfolgt.

Aber auch beim eigentlichen *Widerstandsrecht* handelt es sich um einen Extremfall, bei dem man sich tatsächlich fragen kann, ob er überhaupt noch zum Gebiet des Rechts gehöre oder nicht vielmehr „metajuristisch“ sei.

B. Widerstand für altes Recht und Widerstand für neues Recht

Widerstand kann sowohl für ein früheres oder ein bisheriges Recht, das von einer Staatsgewalt nicht (mehr) beachtet wird, wie im Namen eines zu schaffenden neuen Rechts für ein Gut, das bisher nie positiv-rechtlich geschützt war, gegen eine auf bisheriges Recht sich stützende Staatsgewalt⁵⁴ geübt werden. Widerstand im letzteren Sinn wird seltener gewagt werden, da jemand, der nicht weiß, ob andere die Ver-

⁵³ S. unten Kap. 1'II, 9'I.

⁵⁴ Vgl. dazu Laserson [Revolution, S. 564—570], der nur diese die Revolution verlangende Art des Widerstandes, den in diesem Sinn „revolutionären“ Widerstand in Betracht zieht. Vgl. aber unten Anm. 55.

antwortung für die Durchsetzung einer entsprechenden Ordnung übernehmen werden, sich nur in seltenen Fällen für etwas wehren wird, das noch nie so festgelegt war; eben deshalb verlangt diese Art des Widerstandes auch den raschen Übergang zur Revolution.

Umgekehrt ist der Widerstand für altes Recht (für ein bisheriges oder auch für ein früheres Recht) etwas Naheliegendes: jedermann vertraut leicht darauf, daß etwas, das lange Zeit existiert hat, sich wieder durchsetze, auch wenn es vorübergehend daran verhindert ist. Die Richtung des Widerstandes ist hier genau vorgezeichnet durch eine frühere oder die bisherige Ordnung. So kann sich ein solcher lange am Leben erhalten, ohne daß die notwendige Ergänzung durch eine Restauration stattfinde.

Anderseits *kann* auch der *Übergang* vom Widerstand zur Restauration, weil eine solche ja eine ganz bestimmte überkommene Ordnung verwirklichen und von den in dieser Ordnung vorgesehenen Organen durchgeführt werden muß, nur spät erfolgen, während in einer Revolution, wo die Gestalt der zu verwirklichenden Ordnung und damit ihre anfängliche Organisation relativ frei geplant werden können, die Führer des Widerstandes frühzeitig als Organe die volle Verantwortung für die Verwirklichung übernehmen können.

Oft wird denn auch, bevor eine Restauration zustande gekommen ist, eine Revolution den Widerstand für altes Recht ausnützen und für ganz andere Zwecke mißbrauchen. Oft wird freilich auch eine Revolution einzelne Rechte, für die vorher Widerstand geleistet worden ist, restaurieren und so einen dem Widerstand entsprechenden Abschluß bilden. Ja, eine reine Restauration, ohne jeden revolutionären Einschlag, gibt es streng genommen gar nicht, da nichts genau wiederkehren kann, was einmal zer- oder auch nur gestört worden ist⁵⁵. Aber relativ gesehen gibt es Möglichkeiten der Wiederkehr von Altem: so kann denn einmal eine Ordnung entgegen einzelnen ihrer eigenen grundlegenden Bestimmungen von einer andern abgelöst werden, welche, wenn vielleicht auch nur in einzelnen Belangen im Rahmen eines im Ganzen gesehenen revolutionären Vorgangs, wieder mehr einer dritten gleicht, die früher an derselben „Stelle“ gegolten hatte; ebenso kann eine Ordnung unter Verzicht auf einen zeitweise geltend gemachten weitergehenden Durchsetzungsanspruch eine zeitweise nicht mehr anerkannte Beschränkung wieder anerkennen. Das ist es, was wir hier *Restauration* nennen; eine solche kann demnach selbständig oder als Bestandteil einer Revolution durchgeführt werden, sie kann die Grundlage des Staates betreffen oder eine einzige kleine Verwaltungsmaßnahme rückgängig machen. *Sie* bildet den sinnvollen Abschluß des berechtigten Widerstandes für *altes* Recht.

⁵⁵ Insofern ist denn auch Laserson beizupflichten, wenn er [a. a. O., S. 568—570] generell dem Widerstandsrecht einen „revolutionären“ Charakter zumißt. Vgl. dazu Anm. 54 und das dort im Text Gesagte, sowie auch unten C'3, D'1; ferner u. a. Kap. 3'III passim, Kap. 4 (III) b. Anm. 44, Kap. 9 (II'A) b. Anm. 53, 55 f.

Der Widerstand für altes Recht kann in diesem ausdrücklich als Widerstandsrecht vorgesehen sein, was den Vorteil hat, daß ihn die bestehenden staatlichen Organe als solche führen und unterstützen können; anderseits kann dies natürlich auch ein Hemmschuh für notwendige Neuerungen sein. Es kann aber auch ein neues Recht den Widerstand für ein altes, aber bisher durch kein Widerstandsrecht geschütztes Recht vorsehen; dadurch wird dieses alte mit erhöhter Kraft in das neue hineingenommen, und das letztere knüpft zwar nicht rechtlich, aber doch tatsächlich an jenes an; dieser Widerstand für ein neues Recht bleibt aber gleichzeitig ein solches für altes, und die notwendige Ergänzung ist auch z. T. als Restauration zu qualifizieren. Das Umgekehrte, daß Widerstand für ein neues Recht im alten vorgesehen wäre, ist nicht möglich, da dieses sich sonst selbst aufheben würde. Natürlich kann hingegen neues Recht den Widerstand für sich selbst als Vorstufe zur Revolution vorsehen.

C. Naturrechtliche Begründung und ethische Bewertung des Widerstandes

1. *Ethische Richtlinien für das Verhalten gegenüber dem Staat und ihre Anerkennung als Naturrecht*

Möglicherweise wird sich aber ein Widerstand, der einem als notwendig erscheint, nicht auf ein eindeutig formuliertes *positives* Recht stützen lassen, oder es mag einem eine solche Abstützung nicht genügen. In einem solchen Fall wird man nun zunächst auf den *Sinn* des in Frage kommenden positiven Rechts und, sofern auch das nicht ausreicht, direkt auf die Richtlinien, die sich für das Verhalten gegenüber dem Staat aus der hinter *allem* positiven Recht stehenden und diesem jenen Sinn verleihenden Idee der *Gerechtigkeit* ergeben, zurückgehen, um die Angemessenheit eines Widerstandes für sich selbst zu beurteilen und vor anderen zu begründen.

Als solche Richtlinien kommen in Betracht: entweder direkt das aus der Idee der Gerechtigkeit fließende *allgemeingültige Prinzip*, daß jedem ständig das Seine gewährt und deshalb Gleiches gleich, Ungleiches aber ungleich behandelt werden, insbesondere die im Prinzip gleiche Menschenwürde aller Angehörigen einer Gesellschaft im Recht gleich berücksichtigt⁵⁶ und so wahre Gemeinschaft angestrebt werden solle⁵⁷; oder aber ein *konkreterer Normenkomplex*, der sich

⁵⁶ Über die damit in Zusammenhang stehende „Gleichheit vor dem Gesetz“ vgl. Frick, Gleichheit, S. 125—128.

⁵⁷ Thomas v. Aquin spricht hier einerseits vom „*bonum commune*“ anderseits vom „*bonum divinum*“ (Tischleder, Staatsgewalt, S. 104—107), Locke [Gouvernement, Kap. 8, insb. Ziff. X — S. 160—167, insb. 166f.] vom öffentlichen Wohl, von der Wohlfahrt des Volkes (vgl. Schmidt, Tyrannennord, S. 108f.), Stammler [Rechtsphilosophie, S. 194—211, insb. 200 und dort zit. Lit.] von der „freien Gemeinschaft freier Menschen“. Vgl. zum Gerechtigkeitsproblem neuestens: Nef, Gerechtigkeit, passim, und dort umfas-

als politische Moral aus dem Niederschlag jenes Prinzips in einer bestimmten Zeit und einer bestimmten Kultur herausgebildet und weitestgehende Geltung erlangt hat⁵⁸.

Damit nun solche Richtlinien dem von einer Staatsgewalt behaupteten Recht gegenüber ebenfalls als *Recht*, und zwar als mindestens gleichwertiges, angerufen werden können, müssen sie als „*Naturrecht*“ oder „*ius divinum*“ anerkannt und muß ihnen in dieser Eigenschaft zudem unmittelbare Verbindlichkeit zuerkannt werden⁵⁹.

2. *Naturrecht als Grundlage des Widerstandes bei fehlendem positivem Recht*

Auf „das Naturrecht“ wird man also den Widerstand gegen eine unterdrückende Staatsgewalt zu stützen versuchen, wenn man sich dabei (noch) nicht für ein bestimmtes neues positives Recht einsetzt und altes gar nicht oder doch nicht unbestreitbar durch die betreffende Staatsgewalt verletzt worden ist. Ebenso wird, sowohl in diesem Falle, als auch dann, wenn zwar eine staatliche Verletzung positiven Rechts zweifellos vorliegt, aber die Frage, ob aus dem positiven Recht allein ein eigentliches Widerstandsrecht abgeleitet werden darf, zum mindesten zweifelhaft ist, derjenige, der ein solches geltend machen möchte, eine Ableitung aus „dem Naturrecht“ versuchen⁶⁰.

Durch ein solches Naturrecht kann das alte positive Recht einer Staatsgewalt als *seit alters her*, ungeachtet eventueller noch so häufiger tatsächlicher Verletzungen, eingeschränkt, oder auch, weil es sich angesichts des menschlichen „Fortschritts“ im allgemeinen oder der Ent-

send zit. Lit. A-priorisch: Häberlin, *Gerechtigkeit*, passim; *Ethik*, S. 189 bis 203, insb. 203.

⁵⁸ Über die Entwicklung solcher Normenkomplexe vgl. z. B. Fehr, *Ausstrahlungen*, passim; *Tragik*, insb. S. 4—7, 48—95. Einem solchen Normenkomplex entspricht jeweilen auch die Sitte, die jedoch vom Recht kategorisch verschieden (so Huber, *Recht*, S. 40—42; anders Westermarck, *Moralbegriffe*, I S. 144) ist; wir sehen den entscheidenden Unterschied in der Art der Sanktion, nicht in der dazu vorgesehenen Organisation (anders Schönfeld, *Struktur*, S. 80, und Huber, *Völkerrecht*, S. 43; vgl. dazu Schindler, *Verfassungsrecht*, S. 17—19, 24); s. unten Kap. 1 (I) Anm. 4.

⁵⁹ Ob und inwiefern dies „rechtslogisch“ möglich ist, soll hier nicht untersucht werden, da wir in diesem Rahmen nicht näher auf die ganze Naturrechtsproblematik und die unzählige Werke durchziehende Kontroverse über Rechtspositivismus und Naturrechtslehre eingehen können. Vgl. dazu z. B. Thieme, *Naturrecht*, passim, und die dort zit. umfangreiche Literatur; Fehr, *Ausstrahlungen*, S. 11f., 21f.; *Tragik*, a. a. O.; ebenso die in Anm. 60 und 76 zit. Stellen; ferner als Gegner eines mehr als nur formalen Naturrechts und ohne Verständnis für die freiheitliche Grundeinstellung gewisser Richtungen des Naturrechts: Kelsen, *Naturrechtslehre*, passim.

⁶⁰ Vgl. dazu die ganze Widerstandsliteratur, neuerdings insb. Heyland, *WR*, S. 111—115 (insb. Anm. 1); Kägi, *Verfassung*, S. 158—160; Guisan, *droit naturel*, passim; sowie die bei allen diesen zit. Lit.; ferner Brunner, *Rechtsstaat*, I S. 191—199. Vgl. auch Fehr, *Ausstrahlungen*, S. 16f.

wicklung einer bestimmten Gesellschaft im besonderen „überlebt“ hat, als *neu* eingeschränkt erscheinen. Im letzteren Fall wirkt das Naturrecht, das an sich, weil am direktesten in der ewigen Gerechtigkeit wurzelnd, „das ältestmögliche“ ist, trotzdem wie neues positives Recht gegenüber altem; im ersteren aber wirkt es wie altes positives Recht gegenüber neuem, wobei zwar dieses, z. B. in Form von Verordnungen, Verwaltungsbefehlen usw., auf Grund von bisherigem erlassen wurde, eine solche Ableitung aber wegen der seit jeher bestehenden Einschränkungen durch jenes Naturrecht von diesem aus gesehen eben nicht zulässig gewesen wäre.

So füllt das Naturrecht die Lücke, wo die eindeutige Abstützung eines Widerstandes auf ein positives Recht nicht in Frage kommt oder doch aus einem solchen kein Widerstandsrecht abgeleitet werden kann.

3. *Naturrecht als Grundlage des Widerstandes für neues Recht*

Aber auch derjenige, der für ein neues (positives) Recht eintreten will, wird sowohl für den eigenen Entschluß als auch andern gegenüber nach einer tieferen Begründung suchen. So neigten die Revolutionäre stets dazu, an frühere oder früheste bessere Zustände anzuknüpfen; erst recht wird das Bedürfnis zu einer solchen Begründung im Stadium des bloßen Widerstandes, wo noch niemand die volle Verantwortung für die Durchführung des Neuen übernommen hat, vorhanden sein.

In der Tat steckt in jener Anknüpfung an ältere Zeiten ein wahrer Kern: Wir sehen den Zusammenhang mit der Idee der Gerechtigkeit bei den damaligen Zuständen, ob diese nun tatsächlich besser waren oder nicht, besser ein, als bei den bekämpften; so appellieren wir für die Begründung neuen Rechts an das in jener ewigen Idee wurzelnde und daher stets „alte“ Naturrecht.

Haben wir oben festgestellt, daß in jeder Restauration ein Stück Revolution enthalten ist, so sehen wir nun, daß auch umgekehrt bei jeder Revolution in den Augen derer, die von ihr einen Beitrag zur Verwirklichung eines höheren Grades der Gerechtigkeit erwarten, durch die Anknüpfung an das Naturrecht ein „restauratives“ Element beteiligt sein kann; ganz besonders gilt dies für den bloßen *Widerstand* für neues Recht⁶¹.

4. *Naturrecht als Grundlage des Rechts überhaupt und daher auch des im positiven Recht vorgesehenen Widerstandsrechts*

Wird die Möglichkeit anerkannt, daß Naturrecht positives Recht breche, so bedarf schließlich jedes positive Recht einer besonderen Begründung, um dagegen zu bestehen; diese Begründung kann dann aber ebenfalls nur von der Gerechtigkeitsidee in ihrem „rechtlichen Aspekt“, d. h. eben vom Naturrecht her kommen. So wird die bedrückende Staats-

⁶¹ Vgl. oben (B) Anm. 55 und unten Kap. 9 (IIB) b. Anm. 63.

gewalt, wenn sie sich auf Naturrecht beruft, denjenigen, der ihr widerstehen will, auch dann zu einer naturrechtlichen Begründung zwingen, wenn er aus eindeutig feststehendem alten Recht ein Widerstandsrecht ableiten kann; immerhin schafft für die naturrechtliche Betrachtungsweise die Tatsache der Positivität des Rechts zwar eine je nach der Gerechtigkeit der Gesamtordnung, der das betreffende Recht angehört, verschieden starke, aber eben doch eine generelle Vermutung zugunsten dieses Rechts, da in ihm ein gewisses Vertrauen auf Rechtssicherheit und das Bedürfnis nach Grundsätzlichkeit investiert sind und es als Produkt ethischer Erfahrung zudem eine mehr oder weniger sinnvolle Tradition verkörpert.

5. Naturrechtliche Beurteilung und ethische Bewertung des Widerstandes

Werden die aus der Idee der Gerechtigkeit für den Widerstand ableitbaren ethischen Richtlinien gesamthaft als Naturrecht anerkannt, so bleibt für eine besondere ethische Bewertung des Widerstandes kein Raum.

Aber man wird sich im allgemeinen doch davor hüten, auch das „*suum cuique*“ als einen Naturrechtssatz anzusehen, der entgegen konkretem Recht durch den Richter anwendbar wäre, da sonst dieser die Möglichkeit erhielte, sein eigener Gesetzgeber zu werden. So wird man sich für gewöhnlich damit begnügen, aus der anerkannten politischen Moral einen Teil als Naturrecht herauszuheben.

Was an ethischen Richtlinien übrigbleibt, das bildet dann die Grundlage für die ethische Bewertung eines allfälligen Widerstandes, stütze sich dieser im übrigen auf eine der angeführten Rechtsarten oder nicht.

D. Widerstand gegen staatliche Unterdrückung als Widerstand gegen die Tyrannis

1. Staatliche Unterdrückung, Revolution und Tyrannis

Der Widerstand muß, um Erfolg zu haben, wie wir gesehen haben⁶², in eine Restauration (bzw. Revolution) übergehen. Andererseits besteht aber auch zwischen der staatlichen Unterdrückung, gegen die sich der Widerstand richtet, und der Revolution (bzw. „Reaktion“) mindestens eine gewisse Verwandtschaft. Unter staatlicher Unterdrückung verstehen wir bekanntlich⁶³ jede als staatlich auftretende Behandlungsweise, die als gegen die Gerechtigkeit verstoßend erscheint; Revolution will bisheriges Recht auf einem dem eigenen Durchsetzungsanspruch dieses Rechts widersprechenden Weg verändern⁶⁴. Soweit also eine solche Veränderung bisherigen Rechts als ungerecht erscheint, decken sich sogar staatliche Unterdrückung und Revolution; soweit die Revo-

⁶² Vgl. oben III C passim, IV B passim.

⁶³ Vgl. oben III A.

⁶⁴ Vgl. oben III C.

lution aber als gerecht erscheint, können wir nicht von Unterdrückung sprechen, und, wo die Gerechtigkeit als verletzt erscheint, ohne daß ein Recht verletzt ist, haben wir es nicht mit Revolution zu tun.

Die Herrschaftsart nun, die jeder solchen sich gegen ein ethisches Gebot, ein gutes oder auch ein „überlebtes“, „schlechtes“ Recht richtenden und dabei als staatlichen auftretenden Handlungsweise entspricht, ist die *Tyrannis*, wenn wir diesen Begriff so weit fassen, daß er sowohl das in sich schließt, was Bartolus⁶⁵, als auch, mit Ausnahme der gewöhnlichen Herrschaft eines Reichen, alles, was je die *alten Griechen*⁶⁶ darunter verstanden haben. Die Revolution würde dann mit einer gegen das bisherige Recht verstoßenden, die staatliche Unterdrückung mit einer verwerflichen Tyrannis verbunden sein.

2. Die Arten der Tyrannis und der Widerstand gegen staatliche Unterdrückung

Die Tätigkeit des *Usurpators*, ob es sich dabei um einen Einzelnen oder um eine Gruppe handelt, verletzt die bisherige Kompetenzordnung. Er kann keinerlei Rechtstitel geltend machen und wird deshalb in der mittelalterlichen Terminologie „*tyrannus titulo*“ oder genauer „*ex defectu tituli*“⁶⁷ genannt. Seine Herrschaft ist in persönlicher Hinsicht, aber je nach dem angemessenen Amt und der Art, wie er es ausübt, auch materiell revolutionär. Obwohl sie nicht ohne weiteres unterdrückerisch ist, wird ihr gegenüber der Widerstand am leichtesten zu begründen sein⁶⁸.

Demgegenüber stützt sich die Tätigkeit des „*tyrannus quoad usum*“ oder genauer „*quantum ad usum praelationis*“⁶⁹ mindestens teilweise auf bisheriges Recht, verletzt aber gleichzeitig entweder positives Recht oder etwas, das als eine naturrechtliche oder ethische Pflicht erscheint. Im ersteren Fall sprechen wir von einem „*tyrannus propter titulum*“⁷⁰; dieser maßt sich eigenmächtig die *zeitliche* oder *sachliche Ausdehnung*

⁶⁵ Vgl. die oben II in Anm. 34 und unten in Anm. 67, 69—71 zit. Stellen sowie hinten Anh. 'II.

⁶⁶ Vgl. unten Kap. 5 (III) b. Anm. 18 und dort zit. Stellen, Kap. 6 II u. 7 VI.

⁶⁷ Vgl. zu diesem z. T. auch anders umschriebenen Begriff u. a.: Lossen, Tyrannenmord, S. 14, 17; Tischleder, Staatsgewalt, S. 103f., 105—107; Schoenstedt, Tyrannenmord, S. 38, 50f.; Ercole, Tyranno, S. 24—27, 64—68, 72f., 76—89, 95—103 u. a. und dort zit. Lit.

⁶⁸ Über die moralische Beurteilung des Usurpators vgl. Constant, Usurpation, S. 75—82.

⁶⁹ So die Bezeichnung des Thomas v. Aquin; dazu Ercole, Tyranno, S. 95—97. Der thomistische Begriff deckt sich freilich nicht ganz genau mit dem hier von uns umrissenen.

⁷⁰ Dieser von Bartolus [vgl. Ercole, a. a. O., S. 67ff., 84] herausgearbeitete Begriff ist hier ebenfalls der Grundidee unserer Untersuchung angepaßt und dementsprechend leicht verändert worden; vgl. auch die in Anm. 34 u. 67 zit. Lit.

einer ihm an sich rechtlich bisher zustehenden Staatsgewalt an; das Vorgehen ist ebenfalls revolutionär und ein allfälliger Widerstand wird mit der Verletzung des bisherigen Rechts begründet werden. Im Falle, daß hingegen allein eine naturrechtliche oder ethische Pflicht als verletzt erscheint, spricht man von einem „*tyrannus exercitio*“ oder genauer „*ex parte exercitii*“⁷⁰. Diese Art der Tyrannis ist besonders schwer festzustellen, weil der positivrechtliche Maßstab fehlt. In Anlehnung an Aristoteles hat das Mittelalter zu diesem Zweck zehn „*cautelae tyrannicae*“⁷¹ aufgestellt, nach denen man auch die allfällige Berechtigung eines Widerstandes beurteilte. Ein solcher Maßstab wird aber nie ganz genügen.

V. Das Widerstandsrecht gegen den tyrannischen Gebrauch der Staatsgewalt in seinem Verhältnis zu den verschiedenen Staatsformen

A. Widerstandsrecht und Herrschaft eines Einzelnen

In der *absoluten Monarchie*, wozu wir hier auch das, was man heute „Diktatur“ nennt, zählen, kann sich in der Regel (an sich) niemand gegenüber dem König als solchem auf ein positives Recht berufen. Aber auch hier bleibt eine Möglichkeit für das *Widerstandsrecht*: da auch hinter dem positiven Recht der absoluten Monarchie die Idee der Gerechtigkeit steht, so kann man, wenn der Herrscher die sich aus dieser Idee ergebenden Richtlinien offensichtlich auf krasseste Weise mißachtet, sich direkt auf diese oder einen Teil davon beziehen, indem man sie als *Naturrecht* auffaßt⁷².

In der *beschränkten*, aber doch nicht im engeren Sinn konstitutionellen“, sondern dualistisch oder pluralistisch aufgefaßten *Monarchie* ist zwar der König im Prinzip auch alleiniger Träger der obersten Gewalt, aber doch ausdrücklich an die Respektierung gewisser, freilich nicht gerichtlich gesicherter einzelner Regeln und „Freiheiten“ gebunden. Auf diese Rechte können sich dann und sollen sich vielleicht auch die übrigen Staatsgewalten, unter Umständen auch die Einzelnen, selbst *gegen* den König berufen und, wenn dieser sie mißachtet, bewaffnet gegen ihn vorgehen. Das ist das klassische *positive Widerstandsrecht*, das solange einwandfrei im Prinzip feststeht, als man, wie im früheren Mittelalter, eine absolute Bindung an „das Recht“ im Sinn der je ältesten, nur durch Einstimmigkeit der Beteiligten abänderbaren Festsetzung anerkennt. Hier ist das eigentlich Problematische nicht die Erhaltung, sondern die Abänderung bestehender Rechte: diesen müssen sowohl der Herrscher, um über sein Herrschaftsrecht hinausgehende Neuerungen durchzusetzen, als auch die Untertanen, um einem bestehenden Herrschaftsrecht widersprechende Freiheiten gel-

⁷¹ Vgl. dazu unten Kap. 6 (V) b. Anm. 109, 7 (VI) b. Anm. 127, 9 (II) b. Anm. 176, sowie hinten Anh. 'II.

⁷² Vgl. Anm. 56—60.

tend zu machen, ältere (wirkliche, uninterpretierte oder gar gefälschte) Rechte entgegenhalten. Erst insofern der Herrscher, wie vielerorts am Ende des Mittelalters, vom positiven Recht befreit und nur noch direkt dem Naturrecht unterstellt ist, hängt dann die Verbindlichkeit eines Staatsaktes nicht mehr von der Einhaltung bestimmter positiver Rechte durch den König⁷³ ab; dafür wird sich nun aber, wie wir gesehen haben⁷⁴, auch der Widerstand auf dasselbe Naturrecht⁷⁵ berufen⁷⁶.

B. Widerstandsrecht und Herrschaft einer „Regel des Rechts“

1. Monistischer Widerstand für die „Regel des Rechts“

In allen *übrigen Staatsformen* (mit Einschluß der im engeren Sinn konstitutionellen und der parlamentarischen „Monarchie“), welche in sich selbst „monistisch“ auf die Herrschaft einer „Regel des Rechts“, sei diese auch rein organisatorischer Natur, gegründet sind⁷⁷, verdoppelt sich das Problem. An sich sind hier normalerweise staatliche Erlasse, die der auf jener Regel des Rechts gegründeten Rechtsordnung widersprechen, entweder vor bestimmten Organen (Gericht) anfechtbar oder von allen Organen als nichtig⁷⁸ zu behandeln.

Aber es besteht stets die Möglichkeit, daß die maßgebenden Organe entsprechende Klagen abweisen oder die Nichtigkeit nicht anerkennen, sei es, daß sie hiefür auf andere Bestimmungen derselben Rechtsordnung verweisen, sei es auch, daß sie einfach ein *Notrecht* geltend machen. Man wird solchem Vorgehen nicht wiederum jede Rechtmäßigkeit absprechen können; die verantwortlichen Organe haben dabei mindestens einen Teil des formellen Rechts, d. h. des Organisationsrechts, der bisherigen Ordnung auf ihrer Seite: selbst beim extremsten Fall eines solchen Verhaltens, beim sogenannten „Staatsstreik“, fehlt ihnen vielleicht nicht *jeder* Rechtstitel, mag ihr Vorgehen im ganzen gesehen noch so revolutionär sein. Aber, wenn sich die verantwortlichen Organe willkürlich, leichtsinnig, ohne triftigen Grund über einen Teil der Rechtsordnung, auf die sie sich stützen, hinwegsetzen, so wird es doch jeweilen einen Punkt geben, wo man sich wieder

⁷³ In der Aristokratie und Demokratie bleibt einzig die Bindung an die Rechtsregel, welche die regierende Körperschaft organisiert, bestehen: vgl. unten Anm. 77.

⁷⁴ Vgl. vorhergehenden Absatz.

⁷⁵ Dieses erscheint dann als pluralistisch in seiner Anwendung, indem sich letztendlich ein jeder darauf berufen kann, gerade weil es in seinem Ziel, der Verwirklichung der Gerechtigkeit, monistisch ist.

⁷⁶ Vgl. zum ganzen Absatz: Kern, Mittelalter, S. 61—76.

⁷⁷ Aristoteles, Politik, III Kap. 7, 11f., V Kap. 1; vgl. unten Kap. 7 II, IVf. Vgl. über die Bedeutung solcher „Regeln des Rechts“ im heutigen Staatsleben: Nef, Schranken, S. 118f., 120—123, 125f., 128f., 131, 134—147.

⁷⁸ Vgl. dazu z. B. Imboden, Staatsakt, S. 82f., insb. 83, 148 und die S. XI f. zit. Lit.

fragen kann, ja muß, ob nicht an sich untergeordnete Instanzen oder Einzelne sich auf die verletzte „*Regel des Rechts*“ oder auf diejenigen Bestandteile derselben berufen dürfen, die das Wesentliche an ihr enthalten und sie so eigentlich fortsetzen, um gegen an sich höhere Instanzen bewaffneten Widerstand zu leisten. Sie wachen damit über die Einhaltung der Verfassung⁷⁹ mindestens in ihrem wesentlichen Teil⁸⁰.

2. Pluralistische Fortsetzung des Widerstands für die „*Regel des Rechts*“

Aber dieser monistisch aufgefaßte Widerstand kann als Schutz der alten Rechtsordnung versagen. Da erhebt sich nun schon die zweite Frage, ob eine Fortsetzung des Widerstands für *einzelne Rechte* kleinerer Gemeinschaften oder Einzelner sowie vor allem auch für die durch jene Verfassung einem jeden garantierten „*Menschenrechte*“, sich nun dualistisch oder pluralistisch jedem gegenüber, der seine Kompetenz irgendwie aus einem Teil jener alten Verfassung ableitet, auf jene Rechte stützen lasse. So könnte ein und dasselbe Widerstandsrecht monistisch als Schutz einer Verfassung und gleichzeitig als darüber hinausgehender Schutz der hinter der betreffenden Verfassung stehenden dualistischen und pluralistischen Einzelverhältnisse aufgefaßt werden.

3. Pluralistischer Widerstand gegen die „*Regel des Rechts*“

In dieser zweiten Form wird nun aber schließlich auch unter Umständen Widerstand nicht als Fortsetzung desjenigen für die grundlegende „*Regel des Rechts*“, sondern *gegen* diese notwendig werden. Denn selbst die strengste Einhaltung einer noch so guten Regel schützt nie für alle Zukunft gegen Ungerechtigkeit der Staatsgewalt, nicht einmal gegen die Möglichkeit krassester Ungerechtigkeit. Für den Fall, daß eine solche „*Regel des Rechts*“ nur die *Organisation einer regierenden Körperschaft* (Aristokratie oder Demokratie, aber auch parlamentarische Monarchie) bestimmt, sagt Benjamin Constant⁸¹: „Die Zustimmung der Mehrheit genügt keineswegs, um ihre Handlungen in allen Fällen für gesetzmäßig zu erklären. Es gibt Taten, denen nichts Gesetzeskraft verleihen kann. Wenn irgendeine Behörde eine solche Handlung begeht, so ist es unwichtig, von welchem Ursprung diese Behörde ausgegangen ist, es ist unwichtig, ob sie sich Individuum oder Nation nennt; selbst wenn *die ganze Nation so handelte, mit Ausnahme des einen Bürgers, den sie unterdrückt*, so wäre sie *um nichts rechtmäßiger*.“

⁷⁹ So Troxler, Rechtslehre, a. a. O.

⁸⁰ Insb. über die Einhaltung der in dieser Verfassung enthaltenen Schranken der Verfassungsrevision; zu dieser Frage vgl. Nef [Schranken, S. 125 f.] und Haug [Schranken, S. 241—243], wo zwar das Widerstandsrecht nicht direkt erörtert wird, aber die ihm zugrunde liegende Problematik deutlich sichtbar wird.

⁸¹ Freiheit, S. 64, aus Politique, IV S. 238 ff. Sperrungen von mir.

Gegen diese Gefahr will der im engeren Sinn „konstitutionelle“ Staat gerichtlich gesicherte, absolute *materielle Schranken der Verfassungsrevision* errichten. Aber, abgesehen davon, daß dies nun auf der andern Seite leicht zu einer Beschränkung auch der notwendigen Neuerungen führen könnte, so wird auch die strengste Einhaltung solcher Schranken nicht immer genügen, um sogar nur allergrößten Ungerechtigkeiten auf längere Zeit jeden Weg zu versperren⁸². Auch im besten System können größere oder kleinere Tyrannen eine Lücke finden.

So kann denn gegenüber jeder staatsbegründenden Regel des Rechts, wie gegenüber dem König in der Monarchie, noch einmal ein Widerstandsrecht behauptet werden, sei es direkt auf Grund des Naturrechts, sei es (dualistisch oder pluralistisch) auf Grund positiver Formulierung (zum Schutz der Autonomie eines Teilstaates⁸³ oder unveräußerlicher Rechte gewisser oder aller Einzelnen, für die kein monistisch gedachter, in der „Regel des Rechts“ selber vorgesehener Schutz besteht). Ein solches Widerstandsrecht wird man um so eher als vorhanden annehmen dürfen, je weniger andere Mittel dem ungerecht Behandelten einer Staatsgewalt gegenüber zur Verfügung stehen.

VI. Widerstand gegen staatliche Unterdrückung als Gegenstand der Rechtstheorie

Es gibt, wie wir sehen, verschiedene Maßstäbe zur Beurteilung eines Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Uns interessiert hier primär nicht das *Verhältnis* solchen Widerstandes zu *irgendeiner Ordnung*, sei es auch allgemein das Verhältnis zu „der bestehenden“ Ordnung, sondern die *Begründbarkeit* des Widerstandes *gegenüber dem ethisch verwerflichen Tatbestand der Unterdrückung*, welche gegen die Gerechtigkeit als eine überpositive Idee verstößt. Zu einer solchen Begründung müßte an sich der Widerstand gegen diese Unterdrückung seinerseits direkt an jener Idee „gemessen“ werden; aber die Rechtstheorie kann vielleicht doch einer ethischen Begründung des Widerstandes unter Umständen bis zu einem gewissen Grad zu Hilfe kommen, indem sie die oben⁸⁴ entwickelten Maßstäbe zu einem *System* zusammenfügt und so die verschiedenen *Anhaltspunkte* klassifiziert, die sowohl das positive Recht als auch das hinter diesem versteckte Naturrecht für die Beantwortung der Frage nach der Berechtigung eines Widerstandes liefern können. Dabei wird sie mit Vorteil von den verschiedenen Möglichkeiten des Verhältnisses zwischen staatlicher Unterdrückung und altem Recht bzw. Naturrecht ausgehen und innerhalb der dadurch gewonnenen Hauptkategorien eine Einteilung nach der Begründbarkeit des Widerstandes vornehmen.

⁸² Zu diesem Fragenkomplex: Nef, Schranken, passim und die dort umfassend zit. Lit.; Haug, Schranken, insb. S. 169–184, 190–241.

⁸³ Vgl. dazu Huber, Staatsbegriff, S. 10–21.

⁸⁴ In Abschn. IV und V.

Wir sind uns bewußt, daß eine wirkliche Abklärung der damit angeschnittenen Problematik nur im Rahmen einer umfangreichen rechtstheoretischen Untersuchung möglich wäre, müßte man dabei doch eingehend auf verschiedene Kernprobleme der Rechtswissenschaft, so das Problem des Verhältnisses von positivem Recht und Naturrecht und das Souveränitätsproblem, eingehen. Nicht ohne Grund hat eben August Ludwig Schlözer im Jahr 1793 gesagt, daß „aus der Frage von dem *jure resistendi* in der Folge das Staatsrecht erwachsen mußte“⁸⁵!

So könnte denn die theoretische Betrachtung der rechtlichen Problematik des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung vielleicht auch heute wieder zu wertvoller Bereicherung der Staatslehre führen; hier mußten wir uns aber damit begnügen, die für das Verständnis des Nachfolgenden unerläßlichen Erläuterungen anzubringen.

VII. Ideeller Hintergrund, Schranken und Aufbau unserer Untersuchung

Wenn wir nun einige Aspekte des Widerstandsproblems bei den *alten Griechen* untersuchen werden, so wollen wir nicht etwa bisher unbekannt gebliebenes historisches Material zutage fördern, sondern im Gegenteil uns auf die bekanntesten Lehren und Ereignisse dieses Zeitraums, welche mit unserer Frage in Zusammenhang stehen, beschränken, dieselben jedoch unter den in dieser Einleitung dargelegten Gesichtspunkten untersuchen: *dadurch* soll in der nachfolgenden Untersuchung „*Neues*“ aufgezeigt werden. Wir werden dabei oft nicht mehr als besondere Fragestellungen herausarbeiten können, sei es, daß sichere Antworten nur auf Grund umfangreicher Spezialstudien gegeben werden könnten, sei es, daß das Material dafür überhaupt fehlt. Wir hoffen aber doch, einige interessante Lösungen, die das Widerstandsproblem im Altertum gefunden hat, insbesondere auch bezüglich des Inhalts, für den der Widerstand bei den alten Griechen erlaubt oder gar geboten sein sollte, in den Hauptzügen aufzeigen zu können.

Dabei werden wir aber neben der Benützung antiker Quellen gerade die neueren Publikationen über antike Geschichte manchmal mehr zur besseren Beleuchtung der in der älteren Literatur (16. bis 19. Jhd.)⁸⁶ hervorgehobenen Ereignisse und der dort vertretenen Auffassungen verwenden. Die letzteren sind für uns besonders wertvoll, weil damals die Bedeutung partikulärer Gewalten als Stützen der Freiheit und der Volksrechte gegenüber der Willkür Einzelner nicht selten besser erfaßt wurde als heute, wo man sich mehr für die großräumige Politik und den sozialen Ausgleichsprozeß der mächtigeren Reiche des Alter-

⁸⁵ Zit. nach Wolzendorff, WR, S. 2.

⁸⁶ So wurden Auffassungen von „Brutus“, Althusius, Montesquieu, Johannes v. Müller, Bluntschli u. a. im Hauptteil dieser Arbeit mitverwendet, ohne daß jedesmal darauf verwiesen wurde.

tums interessiert⁸⁷. Das Widerstandsrecht aber hat in zentralistischen Machtstaaten keinen Platz; es lebt aus der *Verbindung des demokratischen und individuellen Freiheitsstrebens mit der Kraft selbständiger lokaler, ständischer oder konstitutioneller Gewalten*: es steht so stets mit föderalistischen Tendenzen im weitesten Sinn des Wortes in Zusammenhang.

Damit wollen wir nicht sagen, daß nicht auch andere Ordnungen ihre Vorzüge haben. Ja, oft setzen sich sogar auch Demokratie und Liberalismus gerade im Zuge zentralistischer Bewegungen gegen den Widerstand feudaler Teilgewalten durch⁸⁸; aber Freiheit und Volksherrschaft werden selbst in diesem Fall nicht durch die zentralistische Autorität an sich, sondern durch das *Spannungsverhältnis* zwischen dieser und der partikularistischen Opposition ermöglicht⁸⁹. Wo die letztere völlig verschwindet, da mag sich noch eine Zeit lang ein gewisser egalitärer Individualismus am Leben erhalten, bald einmal werden jedoch die unbewaffneten Untertanen der Willkür eines Tyrannen ausgeliefert sein; damit aber gerät die betreffende Gesellschaft nun doch eindeutig auf eine falsche Bahn. Ohne ein *Minimum* an (liberaler) Rechtssicherheit und (demokratischer) Mitbestimmung dürfte es wohl keine gesunde Gesellschaftsordnung geben. Das bedingt aber ein wenn auch noch so kleines Minimum an Aufteilung der staatlichen Gewalt, damit der Errichtung einer Tyrannei unter Umständen Widerstand geleistet werden könnte.

Es wird freilich in dieser Arbeit die Sympathie für eine weit über ein solches Minimum hinausgehende Aufteilung der öffentlichen Gewalt zum Ausdruck kommen. Wenn wir so stets die Schattenseiten der von der heutigen Geschichtswissenschaft oft wohl allzu positiv gewerteten⁹⁰ gleichmacherischen Einheitssucht betonen, so halten wir uns in doppeltem Sinn an *schweizerische Tradition*: wir verteidigen eidgenössische Lebensprinzipien und versuchen gleichzeitig, an unserem Ort einen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten, daß kulturelle Werte vor völliger Mißachtung in der Gegenwart eher bewahrt und späteren Generationen überliefert werden, die für die Mannigfaltigkeit echten politischen Lebens wieder größeres Verständnis haben mögen.

⁸⁷ Das gilt nicht etwa nur für Vertreter totalitärer Staatssysteme, sondern auch für objektive Forscher wie Pirenne [Courants, passim] und auch Kahrstedt [Altertum, Vorwort], der bewußt „mehr Raum auf die Großmächte des Hellenismus als auf die Stadtstaaten der klassischen Zeit“ verwenden will und dementsprechend manchmal wenig Verständnis für die Widerstandsidee zeigt [vgl. do., S. 67f., 91f. u. a.].

⁸⁸ Darin hat z. B. Pirenne [a. a. O., S. XVII, 14–16, 18, 32f., 62, 100 bis 103, 109f., 115f., 124f., 141f., 200–205, 238f., 441f., 448f.] sicher recht.

⁸⁹ Das übersieht z. B. Pirenne [a. a. O., insb. S. 21, 25, 31–33, 41, 63–67, 109f., 196, 198, 261–263, 281–290, 320–325, 339–351 u. a.] und lobt das Gottkönigtum.

⁹⁰ Vgl. z. B. Pirenne, a. a. O., S. XVI, 32f., 41, 63–67, 189, 196–198, 204f., 281–290, 320–325, 339–342, 502f.

Vor allem wird unsere Einstellung es uns aber auch *erleichtern*, uns in verschiedene Auffassungen einzelner Menschen und Menschengruppen einzufühlen, die bei den alten Griechen und den Völkern, mit denen sie sich auseinandersetzen mußten, im Sinne des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung den Kampf ums Recht geführt haben. Das mag den Wert dieser Arbeit etwas erhöhen; denn, wodurch wird eine wissenschaftliche Untersuchung mehr gefördert als durch die Liebe zum Gegenstand?

Unsere Darstellung schließlich werden wir mit einem kurzen Überblick über die vorgriechischen Auffassungen von Staat und Recht, insbesondere diejenigen der alten Juden, die sich am stärksten gegen staatliche Willkür zur Wehr gesetzt haben, einleiten. Dann werden wir uns den Griechen zuwenden, die im Altertum den Kampf ums Recht am bewußtesten erlebt und am meisten logisch durchdrungen haben. Schließlich werden wir aber auch noch kurz auf die Geschichte der alten Römer eingehen müssen, weil diese einerseits den fruchtbarsten Versuch gemacht haben, die Freiheit rechtlich zu sichern, so daß sie u. a. zum Vorbild für die späteren Stadtrepubliken Italiens werden konnten, und andererseits die Grundlage für ein direktes Weiterleben ihrer Kultur, sowie für das Weiterwirken der durch sie vermittelten griechischen und biblischen Lehren, geschaffen haben⁹¹.

So wird uns denn das rechtstheoretische Gesicht des Altertums wie eine Landschaft erscheinen, die wir von einem hohen, an der Wende zwischen Altertum und Mittelalter sich erhebenden Grat aus mit Hilfe von aus späterer Zeit stammenden Atlanten, Fernrohren und anderen Instrumenten betrachten, wobei die Morgensonne erst einige Gipfel, und diese noch einseitig bescheint, so daß ein ganz anderes Bild entsteht, als wenn auch die Talgründe bekannt wären. Die beschienenen Hänge, insbesondere des mittleren Gebirges, die hoffen wir freilich genauer zu erkennen.

Erstes Kapitel

Die Verhinderung staatlicher Unterdrückung in früheren Zeiten, insbesondere in Israel

I. Frühzeitliche Formen der Beschränkung willkürlicher Herrschermacht

Blicken wir von dem einleitend umrissenen Standort in die „geschichtliche Landschaft“ des „Altertums“, so sehen wir, daß auf jene gewaltigen Höhenzüge, von denen wir Einiges näher erkennen können, verschiedene Kreten hinaufführen, und ahnen so, daß in deren Schatten jene kunstvollen Formen staatlicher Organisation, welche die

⁹¹ Vgl. dazu Meyer, Staat, S. 7—10.

„Gipfelleute“ dann vollendet haben, von den Ureinwohnern des späteren Römerreichs vorbereitet worden sind. Von diesen können wir freilich nur vermuten, daß sie sich in *magischen Formen* vor allem an den *Volksgemeinden* ihrer Sippen- und Stammesverbände mit genossenschaftlich organisierten „Staatsgewalten“ auseinandersetzen, wobei anscheinend neben dem *Allmendbesitz* früh *Privatbesitz* der einzelnen Hausgemeinschaft existierte¹. Das Dunkel beginnt sich allmählich aufzuhellen, wo sich solche Familienverbände oder Teile davon zu etwas willkürlicheren Gemeinschaften zusammengeschlossen haben; dabei zeigt sich uns sowohl bei den ältesten Israeliten als auch anfänglich bei den Griechen, vor allem aber bei den Römern sowie den Kelten, weniger bei den Germanen, eine *patriarchalische* Ordnung, wobei freilich auf kleinasiatischem Boden manchmal auch *Frauen* zu einer höheren Stellung haben gelangen können.²

Entsprechend dieser stärkeren Gewalt des Familienhauptes scheinen in früheren Zeiten südlich der Alpen die *Richtersprüche* zunächst allgemein auf die geheimnisvolle Eingebung *eines Gottes* zurückgeführt worden zu sein; wie im Norden betrachtete man sich aber auch hier allmählich als an ein *Gewohnheitsrecht* gebunden, welches sich nicht nur mittels *Fiktionen*, sondern auch durch *unangefochtene* abweichende Praxis wandeln konnte; bereits war auch die Vorstellung bestimmter *Rechtsschöpfung*, ja ungeschriebener Gesetzgebung, als Resultat *politischer* Entscheidung, mindestens in Ansätzen vorhanden.³ So hob sich nun das *Recht*, das ursprünglich, obwohl durch die Art der Strafe von der *Sitte* verschieden, mit dieser eng vermenget war, schon deutlich von ihr ab⁴.

¹ Müller, Allg. Geschichten, I Kap. 1 (S. 9); Gomme, Primitive, S. 59; Maine, Law, S. 12, 28 / Droit, S. 13, 24f.; Jouvenel, Pouvoir, S. 95; Gasser, Volksfreiheit, S. 1—3. Fustel de Coulanges betrachtete, was Griechen und Römer anbelangt, sogar das Sondereigentum jeder ein besonderes Haus bewohnenden Familie als das Ursprüngliche [Staat, S. 64f., 69, 71, 74f. / Cité, S. 65f., 69f., 71f., 74f.]; ebenso unrichtig wie diese Auffassung könnte aber die oft vertretene gegenteilige sein. Für das Gebiet der heutigen Schweiz vgl. Heierli, Urgeschichte, S. 191, 300f.

² Vgl. Fustel, Staat, S. 93f., 115f., 126f., 148, 280—284, 291—311 / Cité, S. 92—94, 115, 126, 146, 271—276, 283—303; Mommsen, Geschichte, I S. 25, 35—39, 58f., 60—62, 325—335 (etwas abweichend); Wilamowitz, Griechen, S. 32, 35, 41f., 51; Berve, Geschichte, I S. 20—23, 27—31, 37f., 47, 70f., 73, 80—83; Dubnow, Geschichte, I S. 10—17, 36f.; Gasser, Volksfreiheit, S. 6f., 15f., 26; Meyer, Staat, S. 14f. Vgl. auch unten Kap. 2 (I) bei Anm. 2, 5.

³ Fustel, Staat, S. 3, 93f., 103, 115f., 148, 207, 211—213, 231 / Cité, S. 3f., 92—94, 102f., 115, 146, 203f., 207—209, 226; Maine, Law, S. 3—5 / Droit, S. 3—8; Westermarck, Moralbegriffe, I S. 141f.

⁴ Westermarck, a. a. O., I S. 144. Dieser erkennt aber die kategorische Verschiedenheit von Recht und Sitte [do., I S. 140—143]; zutreffend dagegen Huber, Recht, S. 40—42. Wer sich nicht an eine Sitte hält, der muß gewärtigen, daß er aus einer bestimmten Gesellschaft (oder auf Grund der

Dabei blieben aber Sitte und altes Recht, verbunden mit religiösen Vorstellungen, ein starker *Damm gegen* „staatliche“ Willkür, und die staatliche Organisation erneuerte sich gleichsam auf konservative Art. Wie heutige „Primitive“ trotz despotischer Verfassung Könige, welche die altüberlieferten Sitten und Gebräuche antasten, absetzen oder die durch den Drang der Zeit notwendigen Verordnungen ihrer Häuptlinge nur im Rahmen von „Sitte und Gewohnheit“ zulassen, so waren auch bei den alten Germanen nicht nur die republikanischen Magistrate, sondern auch die Könige an „das Recht“ gebunden, in dessen Namen das Volk gegen die letzteren sogar gewaltsam vorgehen durfte, so war bei den alten Iren außer dem versammelten Volk „keine souveräne Autorität befugt, ein neues Gesetz zu erlassen“, während der König nur als Vorsitzender auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Sitten zu sehen hatte, so war in Gallien die absolute Gewalt eines Einzelnen in der Regel verpönt, da gerade in den Monarchien „das nach Vorschrift versammelte Volk nicht weniger Gewalt über den König, als dieser über jenes“ hatte, so mußte in Kleinasien das „Volk“ bei den Hettitern über das Begräbnis einer Fremden, bei den Hevitern über die Eingehung eines Bündnisses befragt werden. Dies wissen wir aus den Aufzeichnungen von Zeitgenossen, die bereits zivilisierten Völkern angehörten; von den Italikern und Griechen haben wir keine so genaue urkundliche Überlieferung aus dem entsprechenden Frühstadium ihrer Geschichte, wir dürfen jedoch, dem heutigen Stand der Forschung gemäß, annehmen, daß auch dort in den ursprünglichen Sippenverbänden die versammelten Freien und im Rahmen der Völkerschaften wohl ebenfalls eine allgemeine Versammlung, jedenfalls aber ein Rat der Sippenältesten die Macht derjenigen einschränkten, die an sich die „staatliche“ Gewalt innehatten. Die Geschlossenheit der Organisation der einzelnen Geschlechter, die sich u. a. im Institut der *Blutrache* äußerte, verunmöglichte darüber hinaus jede dauernde Herausbildung starker Zentralgewalten, indem sie den Widerstand im Namen des alten Rechts erleichterte.⁵

Moral aus der „anständigen Gesellschaft überhaupt“) durch den Entzug der für seine Mitwirkung notwendigen Achtung ausgeschlossen wird; wer das Recht übertritt, der soll an seinen physischen Möglichkeiten (oder am Seelenheil) bestraft werden. Hier ist eine besondere organisatorische Veranstaltung die Regel, dort die Ausnahme, das ist aber nicht das Unterscheidungsmerkmal (anders: Schönfeld, Struktur, S. 80, und Huber, Völkerrecht, S. 43; richtiger: Schindler, Verfassungsrecht, S. 17—19, vgl. aber 24).

⁵ Westermarck, a. a. O., I S. 138f., 142 und dort zit. Lit. (heutige „Primitive“, alte Iren); Tacitus, Germania, Kap. 7, 43, vgl. 12, 15, 22; Schröder, Lehrbuch, S. 16—20, 21—23, 35, 70—78 / 7. A., S. 23, 26—31, 32—34, 45f., 78f. (alte Germanen); Caesar, Gallicum, V Kap. 27, und Fustel, Gaule, S. 12f. (Gallische Monarchie); A. T., „Moses“, I Kap. 23f. (Hettiter, Heviter); Mommsen, Geschichte, I S. 37—40; Piganiol, Rome, S. 3, 10f., 28—33, und Meyer, Staat, S. 15f. (Italiker); unten Kap. 2 (I) bei Anm. 11 und 13 (Griechen). Allgemein: Aristoteles, Politik, III Kap. 14 (v. K. S. 100); „Brutus“, Vindiciae W. S. 74f., 79; Althusius, Politica,

II. Der Widerstand für das Gesetz Gottes in Israel

Den Hintergrund unseres geschichtlichen Panoramas bilden die Höhen, welche die „ersten Kulturvölker“ erstiegen haben: Indien, das Zweistromland und Ägypten. Wenn wir dorthin blicken, so gewahren wir nun, wie mit dem Zurückweichen der Bedeutung der Familienverbände vor der zentralistischen Struktur einer arbeitsteiligen Gesellschaft gleichzeitig die *rechtliche Bindung* der obersten staatlichen Gewalt und damit die Grundlage für jede *Sicherung* der Untertanen vor staatlicher Unterdrückung in weitgehendem Maße überhaupt *verschwunden* ist, weil für diese Aufgabe keine neuen Formen gefunden worden sind. Aber, hinter dem Sattel, der links vom griechischen und rechts vom römischen Massiv begrenzt wird, ragt eine schlankere, aber um so steilere Gipfelkette hervor, die sich zwischen dem vorderen Teil einerseits der mesopotamischen, anderseits der ägyptischen Gebirge hin und her windet, sodann mit beiden zusammen hinten herum einen großen Bogen um die Griechenberge macht und von diesen fast ganz verdeckt wird, ehe sie links von ihnen in den Vordergrund tritt: auf diesem eigenartigen Höhenzug ist ein Volk lange Zeit vor den Griechen aus dem Halbschlaf der frühzeitlichen Entwicklung zu kühner sozialer Gestaltung erwacht; da haben die *alten Israeliten* sich immer wieder mit Erfolg absolutistischer Versuche zu *erwehren* gewußt.⁶

Zwar stehen uns auch hier keine genügenden Zeugnisse fremder Beobachter zur Verfügung, aber das Alte Testament läßt uns, obwohl es aus verschiedenen Überarbeitungen der Quellen im Sinne einer gewaltigen theokratischen Geschichtsdeutung hervorgegangen ist, doch auch vieles von der besonderen Leistung erahnen, welche das „Volk Jahwes“ im Kampf um die *Bändigung staatlicher Willkür* schon in frühesten Zeiten vollbracht hat; zudem ist der Geist, in dem die Priester und Propheten das ihnen zur Verfügung stehende Material in der Zeit vom 8. bis 5. Jhd. v. Chr. umgestalteten, selber das Zeugnis für einen vor der Entstehung umfassender griechischer Staatslehren unternommenen, einzigartigen Versuch, eine Überzeugung festzuhalten, welche die Menschen instand setzen sollte, auch den Staat den Geboten **GOTTES** zu unterwerfen. Nun ist freilich ein irgendwie bestimmender Einfluß der jüdischen Lehren auf die griechischen Rechtsauffassungen vor dem Alexanderzug unseres Wissens bisher nicht nachgewiesen worden; aber wir glauben doch, daß es in einer Arbeit wie der vorliegenden um so notwendiger ist, diese bedeutenden vorgriechischen Widerstandsauffassungen kurz zu umreißen, als sie die Staatsrechtslehre und weit-

Kap. 18, insb. Abschn. 74; Fustel, *Staat*, S. 31—40, 61—75, 83—116, 119—137; Jouvenel, *Pouvoir*, S. 99; Gasser, *Volksfreiheit*, S. 5—7 (Hinweis auf ein Widerstandsrecht); u. a. Vgl. auch unten Kap. 2 *passim*.

⁶ Vgl. zur allgemeinen Entwicklung der damaligen Welt: Pirenne, *Courants*, I S. 6f., 14—16, 18, 20f., 23—25, 31—33, 38, 41, 47, 53f., 62—69, 71, 77f., 80, 87, 91—96, 100—105, 109—111, 114—116, 119, 121—126, 128—130, 133, 147, und Gasser, *a. a. O.*, S. 7—13. Vgl. auch die folgende Anm.

gehend auch die Geschichtswissenschaft seit der französischen Revolution fast ganz übergangen hat, während vorher von allen abendländischen Widerstandslehren einzelne Beispiele aus der *biblischen Geschichte*, zum Teil sogar als „göttliche Rechtsquellen“, herangezogen wurden; eine eingehendere Würdigung kann freilich im Rahmen unserer Untersuchung, die sich vor allem auf Dubnows „Geschichte des jüdischen Volkes“ stützt, noch nicht erfolgen.⁷

Alle Kulturen des Altertums beruhten, wie vor allem Fustel de Coulanges⁸ lehrt, ursprünglich auf dem „Kultus einer bestimmten Gottheit oder Göttergruppe“⁹. Nur dann konnte sich ein Volk „als einer *geistigen und moralischen Einheit* bewußt werden“⁹, wenn es „sich zu einer bestimmten göttlichen Macht bekannte“⁹, von der es den Schutz seiner besonderen Verbindung erwartete und daher auch die Anweisungen für „einen besonderen Lebensweg unter den anderen Völkern“⁹ entgegennahm: so war das Volk Hamurapis und der ägyptischen Gesetzgeber beschaffen gewesen, so schufen später die griechischen Städtegründer und Romulus ihre Staaten, so wurde auch der Bund der Israeliten begründet; das Besondere und für alle Zeiten so Bedeutsame aber ist es, daß in jenem Jahwe, von welchem Moses und seine Gefährten ergriffen wurden, schon weitgehend der GOTT sich ausdrückte, der dann weder im Bild dargestellt noch durch einen *König* oder eine Behörde vertreten, sondern nur verkündigt werden sollte, dies aber von jedem, dem er sich offenbarte. Mochten die monotheistische Tendenz und der moralische Grundzug gewisser religiöser Strömungen in Ägypten die neue israelitische Lehre auch entscheidend mitbestimmt haben, so wurden doch hier jene Vorstellungen, die dort meist eine Stütze des Absolutismus bildeten, als Bausteine einer Religion verwendet, die immer wieder eine feste Schranke gegen unterdrückerische staatliche Willkür bilden sollte. Anscheinend hat freilich Moses selber, der Rolle gemäß, die ein Gesetzgeber im Altertum spielte, durchaus selbstherrlich regiert; auch sein Nachfolger Josua dürfte als Oberbefehlshaber bei der kriegerischen Landnahme umfassende Kompetenzen gehabt haben. Doch hatte jener das ihm geoffenbarte *Gesetz*

⁷ Die Besonderheiten der jüdischen Entwicklung, die vor allem von Dubnow [a. a. O.], passim betont werden, treten auch bei Pirenne [a. a. O.] kaum in Erscheinung; Gasser [a. a. O.] weist immerhin auf die besondere Bedeutung der *Juden* hin, befaßt sich aber trotzdem nicht näher mit ihnen. Zur eingehenden Beachtung der jüdischen Leistung als einer Manifestation des *göttlichen* Willens vor der französischen Revolution vgl.: z. B. noch Althusius, *Politica*, passim; sowie sämtliche oben [Einl. Anm. 29–41] wiedergegebenen Stellen. Zur Frage der historischen Zuverlässigkeit des A. T. für die in ihm dargestellten Ereignisse und seiner Bedeutung für die Erkenntnis der geistigen Strömungen der verschiedenen Zeiten zu denen es abgefaßt wurde, vgl. Dubnow, a. a. O., I S. 453–456 (Anhang, Note 1) und dort zit. Lit., sowie I S. 11–17, 37f., 288–294 u. a. Zur Bedeutung der israelitischen Widerstandsauffassungen vgl. folgendes.

⁸ Staat, insb. S. 164 ff. / Cité, insb. S. 161 ff.

⁹ Dubnow, a. a. O., I S. 21f.

GOTTES verkündigt und eine ganze *Lehre* geschaffen, ehe er auch nur die ersten Anstalten zu dauernder staatlicher Organisation getroffen hatte; in dieser Hinsicht ließ er es anscheinend überhaupt bei wenigen Rudimenten bewenden, so daß, als Josua gestorben und das Land verteilt war, die Stammesfürsten, sodann die Vornehmsten unter den Priestern und Laien, ferner diejenigen, die man als Nachfolger der am Sinai bestellten Richter betrachtete, aber auch die unter das Volk als Priester zerstreuten Leviten und schließlich die Gemeinde aller Israeliten *besondere Rechte* und bald auch die Propheten *das allgemeine Recht der freien im Namen Jahwes geübten Kritik* wohl nicht ganz zu Unrecht auf den Willen des großen Religionsstifters zurückführen konnten, obwohl die direkte Ableitung meist nachträgliche Konstruktion gewesen sein dürfte. Das gilt besonders auch von der Stelle¹⁰, wo für den Fall, daß die Israeliten einmal einen *König* würden über sich setzen wollen „wie alle Völker ringsumher“, die eventuelle Wahl eines Königs GOTT, dessen Einsetzung aber dem Volk zugesprochen, dem präsumtiven Herrscher ferner nebst dem Verbot, viel Rosse oder viel Frauen zu halten oder Gold und Silber in Masse aufzuhäufen, die strengste Bindung an das Gesetz auferlegt wird, das ihm von den Priestern zur Abschrift übergeben werden und dessen Verletzung ihm oder seinen Nachkommen die Macht kosten sollte.¹¹

So kam es dazu, daß der Glaube an den neuen Nationalgott nicht nur verschiedentlich die Befreiung von fremdem Joch fördern sollte, sondern sich auch mit der Anerkennung der Rechte zunächst mannigfaltiger partikulärer „staatlicher“ Gewalten, später gesamtstaatlicher Schranken der Herrschermacht verbinden konnte und damit zur Herausbildung eines Schutzes der Rechte der Einzelnen führte.

Schon bei den Kämpfen unter der Führung hervorragender „Richter“, allen voran der Heldin Deborah, handelte es sich nicht nur um *Befreiung* gegen außen, sondern jedesmal auch um *eigentlichen Widerstand*, da die Israeliten eben die eigene Staatlichkeit zeitweise aufgegeben hatten und erst zum Schwert griffen, nachdem jeweiligen eine Greueltat des fremden Herrschers das Blutracherecht wieder aufleben und seinen zuvor nicht mehr bestrittenen Rechtstitel sogar generell als verwirkt erscheinen ließ; dabei war z. B. der „Richter“ Gideon ein gewöhnlicher Privatmann gewesen, als er den Aufstand begann. Dessen halbisraelitischem Sohn aber, der mit Hilfe von Söld-

¹⁰ A. T., Moses, V Kap. 17 V. 14ff., vgl. Kap. 18; vgl. dazu „Brutus“, Vindiciae, W. S. 66 / Z. S. 61.

¹¹ A. T., Moses, passim, insb. I Kap. 49 V. 7, II Kap. 18 (V. 13–26), 24 (V. 7f.), IV Kap. 1 (V. 48ff.), 3f., 11 (V. 16f., 24–30), 16, 18, 27 (V. 12ff., 19, 21f.), 32, 33 (V. 50ff.), 34, 35 (V. 1–34), V. Kap. 16 (V. 18ff.), 31; Althusius, Kap. 38, insb. Abschn. 31 u. 44 (S. 382, 386) u. a.; Dubnow, a. a. O., I S. 22–24, 39, 61–64, 66–69, 221, 225ff.; Kirn, Saul, S. 34f. Für die allgemeinen Zusammenhänge vgl. Fustel, Staat, insb. S. 164ff. / Cité, insb. S. 161ff., und Pirenne, a. a. O., S. 13–16, 20f., 54, 65f., 78, 80, 123, vgl. 188f.

nern regierte und so zum ersten *Gewaltherrscher* aus einheimischem Geschlecht wurde, warfen die Israeliten vor, es *fehle ihm zur Herrschaft* über sie *jeder Rechtstitel* und empörten sich gegen ihn; aber auch die Halbisraeliten und Kanaaniter, die ihm das Königtum übertragen hatten, unterstützten denjenigen, der davon einen so schlechten *Gebrauch* machte, nicht mehr; schließlich zerbrach ihm, als er gerade einen Aufstand niederwarf, ein *unbekanntes Weib* mit einem Mühlstein den Schädel, was die Bibel mit berechtigter Genugtuung vermerkt.¹²

Als es nun unter dem Richter und Propheten Samuel doch zur Errichtung einer *Monarchie* kam, da blieben mindestens die Rechte der Priester und diejenigen der Volksältesten bis zu einem gewissen Grad gewahrt; der von Samuel anscheinend in Pflicht genommene erste König Saul anerkannte auch das Widerstandsrecht der Heeresversammlung, indem er darauf verzichtete, seinen Sohn zu opfern; als er aber seine Beschränktheit immer häufiger durch Gewalttätigkeit zu kompensieren suchte, gab der Prophet dem David seine göttliche Erwählung kund. Das vermittelte diesem zwar kein Recht, Hand an Saul anzulegen, wohl aber, sich gegen dessen Verfolgung zur Wehr zu setzen; David mußte, zum Throne gelangt, freilich bald seinerseits die Zurechtweisung eines Propheten einstecken, weil er den Gemahl der schönen Batseba in den Tod hatte schicken lassen; als „Strafe GOTTES“ kam es nun auch gegen ihn zu einem Aufstand unter der Führung seines eigenen zum *Gegenkönig* ausgerufenen Sohnes Absalom, angeblich, um das *rechtliche Gehör*, und anscheinend auch, um die *Rechte der Einzelstämme* besser zu gewährleisten; aus letzterem Grund kam es dann nach der Niederwerfung jener Rebellion zu einer zweiten unter Seba; als auch diese unterdrückt war, mußte der endlich allgemein als Herrscher *anerkannte* David abermals vor einem Propheten zu Kreuze kriechen, weil er durch eine Volkszählung (!) die *Steuererhebung* und die *staatliche Zentralisation* erleichtert hatte. Die Unterdrückung des Volkes und die Begünstigung fremder Kulte durch den prachtliebenden Salomon scheinen dann zu jener *Warnung vor der absoluten Monarchie* als einer notwendigerweise unterdrückerischen Regierungsform geführt zu haben, die das Alte Testament¹³ dem Samuel in den Mund legt; schließlich führte denn auch Jerobeam den vom Propheten Ahia inspirierten Widerstand gegenüber Salomos noch tyrannischerem Sohn Rehabeam zum Erfolg und beschränkte dessen Herrschaft auf Juda

¹² A. T., Richter, passim, insb. Kap. 3—7, Kap. 8 V. 22—28, Kap. 9 V. 1—15, 21—57. „Brutus“, Vindiciae, W. S. 142f., 151 / Z. S. 156f., 168; Müller, Allg. Geschichten, IX Kap. 4 (S. 172); Pirenne, Courants S. 78—80; Dubnow a. a. O., I S. 36—45, 56—61, 65f., vgl. 206; Triepel, Hegemonie, S. 314—319 und dort zit. Lit.

¹³ Samuel, I Kap. 8 V. 10—18. Dazu: „Brutus“, a. a. O., W. S. 114f. / Z. S. 122—124; Kirn, Saul, S. 29—32, 37, 40f., 43—45; Althusius, Politica, Kap. 19'55—57 (in der Harvard-Ausg. leider ausgelassen), 38'25'4 (S. 381); Dubnow, a. a. O., S. 51, 130f., 226, 287.

und Benjamin, während er die übrigen Stämme unter seinem Zepter vereingte.¹⁴

Wie stark die so im Widerstandskampf gerettete freiheitliche Ordnung z. B. das *Eigentumsrecht* der Einzelnen, u. a. durch die Öffentlichkeit aller Gerichtsverhandlungen, auch gegen königliche Willkür schützte, erhellt daraus, daß geraume Zeit später selbst der tyrannische Ahab sich nicht getraute, den Nabot, einen friedlichen Bürger, zu zwingen, ihm seinen Weinberg, das Erbe seiner Väter, zu verkaufen, und nur dadurch in dessen Besitz gelangte, daß sein „im Geiste des orientalischen Despotismus aufgewachsenes“¹⁵ phönizisches Weib falsche Zeugen gegen jenen Eigentümer dang, so daß er der Todesstrafe verfiel; kaum war die Tat vollendet, verwünschte der Prophet Elias den König, sein Weib Isebel und alle seine männlichen Nachkommen; nachdem Ahab in der Schlacht gestorben war, schritt der vom Propheten Elischa inspirierte Jehu zur *Restauration der „Gesetzesherrschaft“* und vollendete die Vollstreckung des „göttlichen Todesurteils“, während er selbst das Königtum erwarb.¹⁶

So haben zuerst im Gesamtreich, später in Nordisrael die *Propheten* immer wieder als eine Art *Volkstribunen*, die freilich erst nachträglich eingreifen konnten, aber dafür auch keiner formellen Wahl zu ihrem Amt bedurften, gegenüber staatlicher Unterdrückung den Widerstand für das „Gesetz GOTTES“ und damit auch für die Rechte der Einzelnen inspiriert.

Im Süden zeichnete sich nun aber eine Entwicklung ab, die zur Entstehung eigentlicher Widerstandsinstitutionen führen sollte. Gegenüber der Raserei von Ahabs und Isebels Tochter, welche die ererbte Regentschaft über Juda *auf tyrannischste Art ausübte*, trat nämlich jetzt der Hohepriester Jojada an die Spitze des Widerstandes, ließ mit Hilfe der Befehlshaber des königlichen Korps und „des Volkes“ das Weib hinrichten, und setzte, nachdem er auf Grund eines gemeinsamen Bundes mit Jahwe einen solchen zwischen dem Volk und dem

¹⁴ A. T., Samuel passim, insb. I Kap. 8 (V. 1—5, 10—18, 20f., Schlußv.), 10 (V. 17—25), 12 (V. 2, 12—25), 14 (V. 38—45), 16 (V. 1—13), 28 (V. 3ff.), II Kap. 2, 5 (insb. V. 3), 6, 7 (V. 20—29), 15f., 19 (V. 9ff.), 20 (V. 1—22), 24 (insb. V. 17); Könige, I Kap. 1, 11 (V. 14—40), 12; Chronik, I Kap. 11 (V. 3), 13, 21, 28f., II Kap. 10, 11 (V. 1—4), 12 (V. 6—12); Augustin, Gottesstaat, XVII Kap. 21; „*Brutus*“, a. a. O., W. S. 67f., 74f., 114—117 / Z. S. 62f., 71f., 122—126; Althusius, Politica, Kap. 16'11 (S. 121), 16'52—57, 16'60—69 (in der Harvard-Ausg. leider ausgelassen), 38'11, 38'19, 38'25, 38'44, 38'56 (S. 379—381, 385f., 389); Kirn, Saul, insb. S. 29—38; Dubnow, a. a. O., I S. 45—51, 53, 79—81, 85—88, 91, 93, 97, 105—116, 131—133, 142 bis 146, 214—218, 226; Triepel, a. a. O., S. 319f.; Pirenne, a. a. O., S. 80, 87.

¹⁵ Dubnow, a. a. O., I S. 217.

¹⁶ A. T., Könige, I Kap. 21, 22 (V. 5—38), II Kap. 9 (V. 5, 11, 15), 10 (V. 1—28); Chronik, II Kap. 22 (V. 1—9); vgl. Micha, Kap. 3 (V. 5). „*Brutus*“, a. a. O., W. S. 151 / Z. S. 169. Dubnow, a. a. O., I S. 153—161, 168—175, 217f., 227f.

künftigen König abgeschlossen hatte, den siebenjährigen Prinzen Jehoasch, anscheinend unter Mitwirkung der Volksältesten, in die Herrschaft ein. Als jedoch der so Erkorene später den gegen ihn auftretenden Hohepriester Sacharja hatte umbringen lassen und auch als sein Nachfolger Amazia, nachdem er einen Propheten aus Juda verbannt und einen Bruderkrieg gegen Nordisrael geführt hatte, ebenfalls immer tyrannischer regierte, kam es nun zu eigentlichen *Tyrannenmorden* im Sinne isolierter, für sich stehender Widerstandstaten seitens der von der Priesterschaft beeinflussten Gesetzesanhänger; dabei blieben schon das erste Mal die Kinder der Täter wegen des Verschwindens der Blutrache, das zweite Mal sogar die im „Volk“ untergetauchten Mörder selber von Strafe verschont; so war hier der Kampf gegen unterdrückerische Herrschaft im Vergleich zu der im Nordreich üblich gebliebenen „Praxis“ gerade durch das Aufkommen des Tyrannenmordes, der von den moralisierenden Verfassern des Alten Testaments freilich etwas weniger laut gepriesen wurde, wenn auch für die Herrscher noch ungemütlicher, so doch im ganzen genommen *humaner* geworden. Nun zeigt aber Jahwe, daß auch diese Stufe überwunden werden konnte: als der neue König Usia auch die Rolle eines Priesters spielen wollte, da gingen ihm der Hohepriester und „achtzig ansehnliche Geistliche“ nach, „standen wider ihn“ und wiesen ihn aus dem Tempel, so daß er zürnte und ihm der „Aussatz“ an der Stirn „ausfuhr“¹⁷; so konnte man ihn dann anscheinend internieren und inskünftig „stand sein Sohn Jotam dem königlichen Palast vor und sprach dem Volk Recht“^{18, 19}.

Dieselbe Konzentration des Gottesdienstes auf den Tempel von Jerusalem, die die Zentralisation der judaischen Staatsgewalt begünstigt hatte, hat somit zugleich eine *kirchliche Organisation* ins Leben gerufen, deren Leitung die im Norden noch den Propheten zustehende Funktion der Zusammenfassung aller durch einen Despoten verletzten Rechte im Namen GOTTES nunmehr in festeren Formen und auf unblutigere Weise erfüllen konnte; zugleich kam es aber zu einem in der biblischen Urkunde freilich bloß angedeuteten Anwachsen des Einflusses des *Ältestenrates*, der anscheinend zunächst mehr von der Kirche mobilisiert worden war, verschiedentlich jedoch gewiß auch im Kampf gegen diese von den Königen zu Hilfe genommen wurde.

¹⁷ A. T., Chronik, II Kap. 26, V. 17—20. Dazu Dubnow, a. a. O., I S. 185 f.

¹⁸ A. T., a. a. O., V. 21. Dazu Dubnow, a. a. O., I S. 186.

¹⁹ A. T., Könige, II Kap. 8 (V. 18—22, 26 f.), 11 (V. 1—18), 14; Chronik, II Kap. 21 (V. 4), 22 (V. 10), 23 (V. 2 f., 17, 20 f.), 24 (V. 20—27), 25 (V. 3 f., 14 ff.), 26 (V. 1—5); Althusius, Politica, Kap. 38/44 (S. 386); Dubnow, a. a. O., S. 176—178, 183—187, 215. Die Auffassung Schmidts [Tyrannenmord, S. 19 f.], das A. T. rechtfertige den eigentlichen Tyrannenmord gegen den „tyrannus exercitio“ nicht, ist nicht ganz richtig; es wird darin nur ein anderes Vorgehen noch mehr „empfohlen“.

Im 8. Jhd. traten, angesichts der assyrischen Bedrohung, einerseits die politischen Behörden, anderseits die Propheten wieder mehr in den Vordergrund. Letztere begannen nun in Jahwe den GOTT *aller Menschen* zu erkennen, dem die Israeliten nur dadurch besonders nahe bleiben könnten, daß sie seine Gebote besonders gut erfüllen würden. Indem zugleich die Propheten Amos und Hosea die Katastrophe „Nordisraels“ als Strafe GOTTES erklärten, halfen sie mit, in Juda eine religiöse Erneuerungsbewegung zu wecken, welche der Prophet Jesaja zum Erfolg führte, indem er zunächst, wohl unter Ausnützung der wachsenden Macht des Ältestenrates, die Opposition gegen König Ahas anführte und dann einen maßgebenden Einfluß auf die Politik König Hiskias (= Ezechias) gewann. Und als Hiskias Nachfolger eine entgegengesetzte Politik betrieben, die freilich ihrerseits u. a. eine Krönung des Widerstandes für größere Toleranz und lokale Autonomie war, da griffen schließlich die Gesetzesanhänger zum alten Mittel des *Tyrannenmordes*. Konnte diesmal das Volk in der Provinz aber die Hinrichtung der Täter erwirken, so kam es doch unter Josia zum entscheidenden Sieg der *Theokratie*: dem König war eine im Tempel „aufgefundene“, vom ethischen Geist der Propheten erfüllte Umarbeitung der „Bücher Moses“, das heutige fünfte („*Deuteronium*“), von seinem Schriftführer, dem es der Hohepriester insgeheim übergeben hatte, vorgelesen worden; tief beeindruckt, verpflichtete sich der Herrscher an einer Volksversammlung zusammen mit dieser auf die so geoffenbarten *göttlichen Gebote*, u. a. auf das „*mosaische*“ *Königsgesetz* (621 v. Chr.). Nun wollte freilich König Jojakim eine solche Beschränkung der königlichen Rechte nicht hinnehmen und beantwortete die Ermahnung des Propheten Uria, sogar mit dessen Ermordung; ja, als Jeremias den Herrscher nur desto stärker anklagte, erreichte es der letztere sogar, daß das Volk, aufgestachelt durch königsfreundliche Priester und „falsche“ Propheten, den unbequemen Mahner zum Tod verurteilen wollte; trotzdem wagte es aber der König nicht, den Jeremias anzutasten, nachdem der Ältestenrat ihn mit der Begründung freigesprochen hatte, den *Propheten* stünde seit altersher die *Redefreiheit* zu. Daß damals ein judaischer König gegen die Ältesten „nichts vermochte“²⁰, hat dann der folgende Herrscher, Zedekia, wörtlich bestätigt; immerhin gelang es diesem nun umgekehrt, den diesmal vom *Rat* wegen seines „Defaitismus“ zum Tode verurteilten Jeremias zu retten.²¹

²⁰ A. T., Jeremias, Kap. 38 V. 49; „Brutus“, a. a. O., W. S. 74f. / Z. S. 72f.; Dubnow, a. a. O., S. 314.

²¹ A. T., Moses, V = Deuteronium, insb. Kap. 17, vgl. 15f., 23f.; Jeremias, Kap. 26 (V. 7–24), 38 (V. 24–27); „Brutus“, a. a. O., W. S. 74f., 117 / Z. S. 72f., 125f. Dubnow, a. a. O., I S. 189f., 265, 268f., 272f., 275–278, 280, 287–291, 300–303, 314f.; Pirenne, a. a. O., S. 91–107. Vgl. betr. die Entwicklung der Volksvertretung: A. T., Samuel, I Kap. 10 V. 25, II Kap. 5 V. 3; Könige, I Kap. 20 V. 7f., II Kap. 6 (V. 32), 10 (V. 1), 11 (V. 17–19), 23 (V. 3); Chronik, I Kap. 11 (V. 3), II Kap. 23 (V. 3); Dubnow, a. a. O., S. 97, 214–217.

So hatte sich kurz vor dem Untergang des alten Juda eine Art *Rechtsverhältnis* zwischen Volk und König herausgebildet, so daß dieser auf Grund seines Herrscherrechtes tyrannische Maßnahmen des Ältestenrates vereiteln konnte, aber auch der letztere das Recht hatte, *Willkürakte* des Herrschers im Namen des Volkes, das er nach der Auffassung einer starken Partei sogar zum *bewaffneten Widerstand* heranziehen durfte, zu verhindern; als Garant des „*göttlichen Gesetzes*“ durfte ferner der Hohepriester eingreifen, während die Waffe des Tyrannenmörders den duldenden, aber um so beredteren Ungehorsam der Propheten ergänzte.

Hatte angesichts der Macht Babylons insbesondere Jeremias vor bewaffnetem Widerstand *abgeraten*, so führten doch seine und Jesajas Anklagen gegen die Ungerechtigkeit der Mächtigen zu einer Vertiefung auch der jüdischen *Widerstandsauffassungen*; darüber hinaus kam es nun aber im *Exil* durch die Festigung der „Lehre“ dazu, daß die Geschichte des „Volkes Israel“ auf der neuen Grundlage in genialer Weise überdacht und darin nach dem Walten der *göttlichen Gerechtigkeit* geforscht wurde: da traten die Zusammenhänge, die wir nachzuzeichnen versucht haben, erst richtig zutage. So wurde nun in den letzten Kapiteln des Buches „Jesaja“ Jahwe, „der . . . uranfänglich und bei den Letzten noch immer derselbe ist“, als Erwecker des „Rechts“ gefeiert, dem er „Völker unterwirft“ und vor dem er „Könige stürzt“; diese „verfolgt“ er, macht „ihre Schwerter dem Staube gleich“ und zieht doch „unversehrt daher“, obwohl er „keinen Pfad betritt auf seinem Marsche“²². Zu Israel, dem „Knecht des Tyrannen“, spricht er: „Fürsten sollen niederfallen um des HERRN Willen“²³! Hatte in der babylonischen „Gefangenschaft“ der Prophet Daniel das Beispiel des *duldenden Ungehorsams* gegeben, so erhielten unter den Persern die Juden mehr Bewegungsfreiheit, nicht zuletzt, weil ihnen, wie das Buch „Esther“ anzudeuten scheint, die Rücksicht der Herrscher auf die babylonischen Nationalkulte auch das Widerstandsrecht für *ihren Glauben* gegen die vom bösen Geist Ariman (= Haman) besessenen extremistischen Anhänger der ebenfalls moralisch betonten, aber dualistischen Religion des Zoroaster gab; ja, sie durften sich nun unter *persischer Oberhoheit* wieder im „Heiligen Land“ ansiedeln, wo es in der Blütezeit Athens zur definitiven Festigung der jüdischen Lehre durch das Wirken Esras, Nehemias und ihrer Nachfolger kam; zugleich verpflichtete sich das gesamte Volk durch ein laut ausgesprochenes *Gelöbnis* auf jene gleichzeitig gegenüber allem, was den jüdischen Glauben gefährdete, so *intolerante* und in bezug auf das *Recht* der Einzelnen gegenüber staatlicher Willkür so *freiheitliche Gesetzesherrschaft*, welche dem Streben der Propheten entsprach; sie wurde von einer „großen Versammlung“ unter Führung des Hohepriesters im Rahmen der von Artaxerxes I. erstmals *verbrieften* und später durch das Recht

²² A. T., Jesaja, Kap. 41 V. 2—4, vgl. 10—14.

²³ A. T., a. a. O., Kap. 49 V. 7. Dazu Dubnow, a. a. O., S. 349.

selbständiger Befestigung der Stadt verstärkten *Autonomie* aufrecht-
erhalten, bis das jüdische Volk durch den Alexanderzug in eine äußere
und innere Auseinandersetzung mit der *griechischen Welt* geriet.²⁴

Da vermengt sich nun aber für unser Auge der jüdische Bergrücken
eine Zeit lang mit den östlichen Ausläufern des griechischen Gebirgs-
komplexes.

Zweites Kapitel

Herrschaftsrecht und Widerstand im „Altgriechischen Mittelalter“

I. Die sagenhafte Vorzeit

Von dem beständig festen, dunklen Gestein der schmalen „jüdischen
Gebirgskette“, die sich in einem großen Bogen vom mittleren Hinter-
grund unseres rechtshistorischen Panoramas nach links vorne schwingt,
hebt sich nun im Zentrum des so gebildeten Halbrundes die mannig-
faltige, zerklüftete, in allen Farben schillernde, über ein weites Gebiet
gleichsam hingestreute „griechische Bergwelt“ ab, in harmonischem
Gegensatz zu dem auf der rechten Seite unseres Bildes gegen uns zu
sich mächtig und regelmäßig erhebenden, schließlich alle andern in
sich aufnehmenden, festgefügtten Block der „Römeralpen“. Weniger
konsequent als in „Israel“, aber ebenso leidenschaftlich und mit kriti-
scherem Geist haben da die alten Griechen gegen staatliche Unter-
drückung gekämpft: so mag es denn als gerechtfertigt erscheinen, wenn
wir die in diesem Kampf entwickelten Widerstandsformen etwas ein-
gehender betrachten, wobei wir uns auf die Arbeiten Swobodas,
Kahrstedts, Berves und Knauss¹ stützen wollen. Dabei müssen
wir, wie man in der europäischen Geschichte die typischsten wider-
standsrechtlichen Satzungen im tiefsten Mittelalter vorgefunden hat,
uns zunächst in die sagenhafte Vorzeit, in das, was man das „*alt-
griechische Mittelalter*“ nennen könnte, „zurück“wagen. Wir tun das

²⁴ A. T., Jesaja, passim, insb. Kap. 1 V. 21—23, 3 V. 12—15, 7 V. 4,
10 V. 5—15 (J. I); do., Kap. 41, 49 V. 17 (J. II); Jeremias, insb. Kap. 15
V. 10, Kap. 20 V. 8f., 14—18, Kap. 26—29; Ezechiel, passim; Daniel, passim;
A. T. und Ap. A. T., Esther, passim; Dubnow, a. a. O., I S. 232—236,
263—276 (insb. 265, 268f., 272f.), 306—321, 326—331, 333—382 (insb.
340—342, 345—350, 371f., 379—381), 387f., 392—394, 405—410, 424, 466—471.
Vgl. Pirenne, Courants, S. 110f., 114f., 123, 133, 146, 189; Kahrstedt,
Altertum, S. 16. Die anregende Kraft des Jesaja-Textes für spätere Wider-
standslehren wird z. B. bei Zwingli [Isaiae, S. 483—489 — Epistola]
sichtbar.

¹ Vgl. die in den folgenden Anmerkungen zit. Arbeiten.

mit allen Vorbehalten, die die Unsicherheit der heutigen Wissenschaft auf diesem Gebiet² und der Umfang dieser Arbeit nahelegen.

Kleiner und verhältnismäßig zahlreicher als bei den übrigen Kulturvölkern des Altertums waren anscheinend die gruppenweise zu lockeren *Eidgenossenschaften* verbundenen „Staaten“, welche nach der Aufsplitterung der Stämme von den einzelnen Geschlechterverbänden gebildet wurden, die während langer Zeit so in größter Unabhängigkeit die Buchten und Talgründe der gebirgigen griechischen Halbinsel bewohnten. Auch hier bestimmte weitgehend die *Religion* das Leben und schützte den Einzelnen vor allzugroßer Willkür der Familienhäupter und die Gruppen vor derjenigen ihrer gemeinsamen Vorsteher; auch hier erhielt das Eigentum der Familien durch Ahnenkult ein heiliges Fundament.³

Dieser Gesellschaftszustand entspricht aber nur *einer* Phase der langen Entwicklung, die zu den leichter erkennbaren Verhältnissen der „klassischen“ Zeit geführt hat. Es handelt sich um den Hauptteil der dunklen Periode, die vom Untergang der mykenischen Kultur bis zur Herausbildung eigentlicher Stadtstaaten (12. bis 8. Jhd.) reicht. Da bildeten „die... einfachen Formen des Herkönigtums, der uralten Geschlechtsverbände, die für alle Dorier in den drei Phylen der Hylleer, Dymanen und Pamphylen, für alle Ioner in ihren vier Stammesphylen, für die Nordwestgriechen in anderen Bindungen dauernd wirksam sind, ... das Fundament des Gemeinschaftslebens“⁴.

Dieser Zeit war eine andere vorangegangen, in der anscheinend die ursprünglich lockeren Gauverbände unter der Einwirkung der kretischen Kultur von kraftvollen Herrschern zu größeren mehr oder weniger absolutistisch regierten Einheiten zusammengefaßt wurden. Dieser Einbruch einer fremden Kultur erfolgte „wie bei den Germanen der der römischen oder... wie das Einströmen des römischen Staatsformalismus und der römischen Staatsprinzipien in die Höfe der Territorialherren des späten Mittelalters“⁵.

² Vgl. z. B. die Gegensätze der Auffassungen von Kahrstedt [Sparte, S. 381 und S. 378 (insb. Anm. 1) (Anh. III)] zu denjenigen von Berve [Geschichte, I S. 43—48] und Swoboda [Staatsaltertümer, S. 45 ff.].

³ Vgl. Fustel, Staat, S. 31—37, 38—40, 61—75, 83—110, 111—116, 119—124 / Cité, S. 31—38, 39—41, 62—75, 92—110, 110—115, 119—124; Wilamowitz, Griechen, S. 40—43, 47 f.; Knauss, Hellas, S. 5—26, 57—60; Scheffer, Griechen, S. 76—163, insb. 96—120; Berve, Geschichte, I S. 1—3, 5—8. Vgl. das folgende, sowie oben Kap. 1 Abschn. I. Das Eigentum der einzelnen Familien an Grund und Boden scheint aber entgegen Fustels [a. a. O.] Meinung das Sekundäre, das Stammes- und Phyleneigentum das Primäre gewesen zu sein. Vgl. unten bei Anm. 21.

⁴ Berve, a. a. O., I S. 47, vgl. 90—93.

⁵ Kahrstedt, Sparta, S. 381 (Anh. III). Vgl. Berve, a. a. O., I S. 16, 28 f., 34—36. Der letztere zeigt aber, daß auch damals wohl nicht alles rein absolutistisch gewesen sein dürfte, so in *Kreta* [a. a. O., S. 16, 28 f.], in *Mykenai* [do., S. 31 f., 35], in *Jonien* [do., S. 36 f., 41] u. a. Auf die ursprüng-

Ob nun der Übergang von diesem Absolutismus zu den gemäßigten Herrschaftsformen und dem Partikularismus der von uns eingangs geschilderten Zeit mehr durch allmähliche Rückbildung der königlichen Rechte, mehr durch die Erhebung von Vasallenfürsten im Bunde mit den Geschlechtsverbänden selber oder schließlich mehr durch gewaltsame Einbrüche neuer, „unverdorbener“ Einwandererscharen stattfanden, dies können wir hier natürlich nicht entscheiden. Als unwahrscheinlich erscheint uns nur, daß die Entwicklung in einer regelmäßigen „Kurve“ vom alten Gauverband zu einem „Kulminationspunkt“ monarchischer Einheit und von da wieder „hinunter“ zur aristokratisch-demokratisch-partikularistischen Welt des 6. Jhd. hätte verlaufen können; es muß, wie das ja gerade auch in dem von Kahrstedt immer wieder zum Vergleich herangezogenen europäischen Mittelalter der Fall war, aus dem Entfaltungswillen der Griechenstämme bei einem unterschiedlichen Zustrom neuer Einwanderer unter dem unterschiedlichen Einfluß und den stark fluktuierenden Nachwirkungen der kretischen Kultur eine Fülle partikularistischer und zentralistischer, volksrechtlicher, feudalrechtlicher und königsrechtlicher, verschiedener religiöser sowie „geschlechtsgenossenschaftlicher“ und „familienwirtschaftlicher“ Tendenzen entstanden sein, aus denen sich ein recht unregelmäßiges Auf und Ab der Entwicklung ergeben dürfte. Wohl machten sich die Menschen damals solche Tendenzen nicht so bewußt⁶ wie später oder gar heute, aber das heißt nicht, daß sie sie nicht doch kraftvoll verfolgten.⁷

So scheint sich auch in der mit dem 12. Jhd. v. Chr. anhebenden Zeitperiode im jonischen Attika die zentralisierende Kraft zunächst Hand in Hand mit der Autorität einer schöpferischen Königsmacht verstärkt zu haben⁸, während die Dorier in kleine und kleinste Gemeinschaften zerfielen, die erst im 9. und 8. Jhd die Herren der aufstrebenden

lichen Gauverbände weisen u. a. Wilamowitz [Griechen, S. 26 ff.] und Berve [a. a. O., S. 31 f., 34 f.] hin.

⁶ Vgl. Berve, a. a. O., I S. 102 ff.

⁷ Eine allmähliche Rückbildung der königlichen Rechte nimmt z. B. Kahrstedt [a. a. O., S. 369—382 (Anh. III), vgl. 13 f., 258 ff.] an, für das Ende der *mykenischen* Zeit anscheinend auch Berve [a. a. O., I S. 40—42]; der letztere betrachtet aber [a. a. O., I S. 43—48; deutlicher: Sparta, S. 14—16] im Gegensatz zu Kahrstedt [a. a. O., insb. S. 381] doch die *nordwestgriechischen* Einwanderungen und vor allem die „*dorische*“ als entscheidend für die Entwicklung der *Frühzeit*; das macht natürlich einen gewaltigen Unterschied aus, aber unsere grundsätzlichen Betrachtungen gelten dennoch für beide Eventualitäten. Auch im *europäischen Mittelalter* haben übrigens solche Bewegungen noch im 11. Jhd. und darüber hinaus stattgefunden (insb. *Normannen*, *Walser*).

⁸ Berve, Geschichte, I S. 80—82; hier scheint denn auch die Schilderung, die Fustel, Staat [S. 144—153 / Cité, S. 143—151] von der antiken Staatsbildung gibt, am ehesten zuzutreffen. Vgl. Wilamowitz, Griechen, S. 46 f., 49 f.; Knauss, Hellas, S. 60—62.

den Staaten von Argos und Sparta wieder zu größeren Komplexen vereinigten⁹.

Wie dem auch sei, nun wurde die griechische Welt im 8. Jhd. v. Chr. von jenem helleren Bewußtsein ergriffen, das sich uns „im leuchtenden Spiegel der *Gesänge Homers*“ offenbart. Diese wollen zwar von viel früheren Zeiten berichten, beschreiben aber wohl in der uns überlieferten Fassung, insbesondere, was die politischen Verhältnisse anbelangt, zur Hauptsache die Zustände der letzten zwei- bis dreihundert Jahre vor dem Beginn der eigentlichen städtischen Entwicklung *Athens*, wobei vor allem die Lebensformen der *ionischen Adelswelt* zur Darstellung gelangen.¹⁰

Für unsere Untersuchung ist aber auch *das* Problem nicht von zentraler Bedeutung, welche Zeit sich vor allem in den homerischen Epen widerspiegelt; unser Hauptinteresse kann sich auf die Frage konzentrieren, ob sich in ihnen Hinweise auf frühgriechische Widerstandsauffassungen finden.

II. Die Gewalt des frühgriechischen Königs und ihre Schranken

Sogar aus späteren Quellen geht hervor, daß der frühgriechische König zugleich der *einzigste Priester* war, dessen Funktionen sich über sein *gesamtes Land* erstreckten¹¹. Er muß aber nach Homer auch umfassende Rechte an *Grund und Boden* seines Landes gehabt haben, so daß er z. B. unter Umständen von sich aus die Herrschaft mit einem andern teilen durfte, ja von einem bestimmten Gebiet alle unterworfenen Bewohner vertreiben und es darnach ihm näher Stehenden zuweisen konnte und offenbar auch durfte¹².

Die Einnahmen des Königs, ob sie nun dem Staate oder privaten Zwecken dienten, bestanden aus *Abgaben* der persönlich gebundenen Inhaber der Landlose, der Vasallen und Hintersassen; dieses eigentliche Lehnungsverhältnis scheint auch die Grundlage eines selbstherrlichen *Aufgebotsrechts* des Monarchen gewesen zu sein, der der *einzigste Feldherr* und zugleich zumindest der *oberste Gerichtsherr* in seinem „Gau“ war¹³.

Nicht entscheiden können wir hier die Frage, inwieweit dem König auch die *legislativen* Befugnisse zustanden; es scheint, daß auf diesem Gebiet seine Gewalt weiter ging, als diejenige der Herkönige des europäischen Frühmittelalters. Im Prinzip mochte sie ihm sogar voll zu-

⁹ Berve, Geschichte, I S. 66 f., 71—73.

¹⁰ do., I S. 92—102, 135.

¹¹ Fustel, Staat, S. 206 f., 209 / Cité, S. 202—205; Kahrstedt, Sparta, S. 374.

¹² S. dazu: Swoboda, Staatsaltertümer, S. 45; Kahrstedt, a. a. O., S. 372 f. Vgl. Homer, Ilias, Z 193, vgl. aber 194, I 149—156 vgl. 616; Odysee, δ 174—177 vgl. ζ 9 f.

¹³ Kahrstedt, a. a. O., S. 373 f.

gestanden haben, denn das damalige Recht bestand ausschließlich aus vom König gesetzten Regeln, „Theteis“¹⁴.

Im Gegensatz dazu mußte später im allgemeinen der altgermanische und oft auch der mittelalterliche Herrscher mindestens seine direkten Untergebenen befragen, wenn er gesetzgeberisch tätig sein wollte; mochten sie dabei oft auch unter erheblichem Druck stehen, so war doch in jenen Ordnungen die *Änderung* des Rechts das Problematische und galt dementsprechend der Widerstand gegen sie als etwas im Prinzip Erlaubtes, wenn nicht alle oder doch mindestens die Mehrheit ihr zustimmten. Dieses Widerstandsrecht blieb nun aber weitgehend erhalten, wenn sich, was doch auch in dieser Geschichtsperiode häufig vorkam, vorübergehend einzelne Herrscher, ja zeitweise sogar die meisten mehr oder weniger offen über jene Schranke hinwegsetzten¹⁵. Ob das letztere aber nicht auch in der frühgriechischen Zeit zum Teil der Fall sein mochte?

Jedenfalls gab es auch hier *Grenzen* der königlichen Gewalt. Vor allem durfte sich ein Herrscher nicht in das einmischen, was auch hier Privatsache war, in einen Streit, der keine besonderen Friedenspflichten verletzte: so unterlag der Mörder nur der Blutrache, nicht dem Königsgericht. Aber auch dem König selbst gegenüber galt, wenn er aus eigensüchtigen Motiven handelte, das Recht der Blutrache; es wäre sogar eine Schande gewesen, diese zu versäumen: daher rief denn auch der Freiermord des *Odysseus* einen allgemeinen Aufstand hervor¹⁶. Überhaupt konnte der griechische König nie seinen Ratgebern einfach die Köpfe abhauen lassen wie ein Sultan¹⁷.

Auch sonst erscheinen im *Epos* die Rechte der Monarchen auf dem Gebiete der Rechtspflege als auffallend gering¹⁸. „Man *wehrte sich* in diesem Bereich“, wo jeder Staatsangehörige Mißgriffe des Königs am empfindlichsten spüren mußte, „durch Einschränkung der Königsgewalt seiner Haut schon, als auf anderen, den Einzelnen nicht so vital berührenden Gebieten die Tradition noch unangetastet stand“¹⁹. Vielleicht beruhte aber diese Abwehr, dieser *Widerstand* auch seinerseits auf einer noch älteren, nie ganz unterbrochenen Tradition aus der vorabsolutistischen Zeit.

¹⁴ So Kahrstedt, a. a. O., S. 374 (Anm. 4), 376 (m. Anm. 3). Immerhin ist zu beachten, daß Aristoteles [Politik, III Kap. 14 — 1285 b 4—23 / v. K. S. 100] das Königtum der heroischen Zeiten nicht nur als „freiwillig“ hingenommen, sondern auch als auf feldherrliche, richterliche und priesterliche Funktionen beschränkt betrachtete. Vgl. unten Kap. 7 (III) bei Anm. 36—44 u. 53.

¹⁵ Vgl. oben Einl. b. Anm. 1—6.

¹⁶ Homer, *Odyssee*, ω 433 ff.; vgl.: Ilias, N 696, II 573 f., ψ 85—90: *Odyssee*, σ 224 f., π 425 f. φ 118 ff. Dazu: Kahrstedt, a. a. O., S. 374, 377: Knauss, *Hellas*, S. 46 f. Vgl. Berve, *Geschichte*, I S. 92.

¹⁷ Kahrstedt, a. a. O., S. 377. Vgl. Homer, *Ilias*, A 80 ff.

¹⁸ Swoboda, *Staatsaltertümer*, S. 45 ff. Vgl. oben Anm. 14.

¹⁹ Kahrstedt [a. a. O., S. 379 (Anm. 1)] (Auszeichnung von mir). Vgl. Berve, *Sparta*, S. 18.

Nun dürfte freilich in der Tat die Einsetzung von Mannen, um den Göttern zu opfern und auch um Recht zu sprechen, ebenso die Berufung eines „Umstands“, um mit ihm etwas Wichtiges zu beraten, und im allgemeinen sogar die Besammlung aller Mannen lange Zeit im Ermessen des Königs gestanden und von den Bedürfnissen des Augenblicks abgehangen haben²⁰.

Aber mit der Zeit wurden die Lehen erblich und schon in der *Ilias* heißen gelegentlich auch die *Vornehmsten*, die nach unten freilich ihrerseits Bauern belehnten und sie allmählich sogar in ein Hörigkeitsverhältnis hinabdrückten²¹, nach oben aber gleichzeitig die Macht des Herrschers einengten, selbst „Basileis“; sie wurden dann auch bald da und dort Mitregenten und schreckten nun jedenfalls, „wenn nötig“, selbst vor einem Königsmord nicht mehr zurück²². Auch die *Gerontenwürde* wird erblich, und „es wird Gewohnheit, daß [ihre Träger] bei allen wichtigen Akten, bald auch bei jedem Rechtsspruch hinzugezogen werden“, ja „die Ignorierung ihrer Meinung [wird] unvorstellbar“²³. Schließlich wird der Herrscher in den Rat berufen, statt ihn anzuberaumen, und dessen Mitglieder reden mit jenem in einem selbstbewußten Ton, wie mit ihresgleichen²⁴.

Andererseits machte die Mehrung der Geschäfte auch eine ständige Vertretung der Könige bei Teilung der an Umfang wachsenden Rechtspflege nötig. So entstand vielleicht in Sparta das ständige *Ephorat* und damit eine außerkönigliche Gerichtsbarkeit, die sich das Vertrauen der Lehensnehmer zu gewinnen suchte; auf deren Meinung mußte der König auf diesem den Einzelnen am stärksten berührenden Gebiet auch bei den neuen Ernennungen immer mehr Rücksicht nehmen, bis er ihnen schließlich das Recht zugestand, die Ephoren an ihrer Versammlung auf seinen Vorschlag hin zu wählen.²⁵

Aber die Versammlung aller Freien kam vor allem dann zur Geltung, wenn die Vornehmen uneins waren. So appellierte der oberste König Agamemnon mit Hilfe des Odysseus an die Heeresgemeinde, damit sie ihn trotz des Abfalls des „Feudalherrn“²⁶ Achilleus noch unterstütze. „Wäre Agamemnon absoluter König, wie die orientalischen Könige seiner Zeit, so hätte er eine solche Maßnahme nicht

²⁰ Kahrstedt, a. a. O., S. 375f.

²¹ Vgl. Berve, Geschichte, I S. 91—93, 98f.; Wilamowitz, Griechen, S. 37f., 61f. Aber die Entwicklung des Privateigentums führte dann, wo sie über diese Stufe hinaus geführt wurde, doch wieder zu Bauernbefreiungen.

²² Kahrstedt, a. a. O., S. 378f.; Wilamowitz, a. a. O., S. 54f., 56—58; Berve, a. a. O., I S. 92—94. Vgl. Homer, *Ilias*, B 85, 98. H 344, I 346, 710, K 195, T 309, Ψ 36; *Odyssee*, α 394, γ 480, η 49, θ 41, 390f., ξ 211, π 401f., σ 64f., χ 52f.

²³ Kahrstedt, a. a. O., S. 378 (Anm. 2).

²⁴ Kahrstedt, a. a. O., S. 378 (insb. Anm. 2); Wilamowitz, Griechen, S. 54f. Vgl. Homer, *Ilias*, A 176, 225, 277 ff., Σ 503—506; *Odyssee*, β 85, ζ 54f.

²⁵ Kahrstedt, a. a. O., S. 378. Vgl. zum langsamen Abbröckeln der königlichen Rechte auch Aristoteles [Politik, III Kap. 14 — 1285b 13—20].

²⁶ So Knauss, Hellas, S. 45. Diese Formulierung geht wohl etwas weit.

nötig. Denn daß es ein nicht ungefährliches Unterfangen ist, die Heeresgemeinde zu befragen, das zeigt der anfängliche Erfolg, der im Gegensatz zu den Plänen des Heerfürsten steht²⁷. Immerhin hatte Agamemnon dies eben selbst provoziert, indem er, um ihre Meinung zu erforschen, den Soldaten die Heimkehr vorgeschlagen hatte. Andererseits scheint zunächst auch die Heerfolge „*keine unbedingte Bindung*“²⁸ geschaffen zu haben: „Achilleus [konnte] mit seinen Mannen dem Kampf fern bleiben, keiner der andern Fürsten [empfand] diese Gehorsamsverweigerung als ehrlos oder treulos“²⁷. Bei der späteren Verstärkung gesamtstaatlicher Bande wurde ein solches Vorgehen *Einzelner* schwieriger, dafür gewann aber die *Gesamtgemeinde* eine stärkere Stellung, so daß es z. B. zur *Wählbarkeit des Feldherrn* kommen konnte²⁹.

Auch zu Hause platzten mit der wachsenden Macht der „Herren“ in ihrem Rat die Meinungen schärfer und häufiger aufeinander; auch hier suchte nun jede der Parteien jeweils einen Rückhalt in der öffentlichen Meinung, und man gewöhnte sich immer mehr daran, die „Allgemeinheit“ der freien Bürger, die reich genug waren, um aus den Einkünften ihrer Ländereien um des Königs Burg herum wohnen zu können, der *Politai*³⁰, entscheiden zu lassen, welche Meinung die richtige sei³¹, während grollende Vornehme auf dem Lande blieben und die ärmeren Bauern nur außerordentlich erscheinen konnten und es geschehen lassen mußten, daß sie ebenfalls Hörige wurden³².

Indem die Lehen erblich wurden, wurde nun aber auch die beim Regierungsantritt des Königs abgehaltene Versammlung, die bisher diesem zur Anerkennung seiner Vasallen, Bestätigung ihrer Lehen und Entgegennahme ihres Treueides gedient hatte, umgekehrt als eine Anerkennung des Herrschers durch das „Volk“ angesehen, „so daß man bald... von dem Königtum wie von einem durch das Volk dem Träger zugebilligten Amte redet[e] und daß die Trennung von Temene [königlichem Staatsgut] und Kleroi [Lehen]... nicht mehr als eine Bestätigung der Vasallen in ihrem Besitz, sondern als erneute Garantierung der Temene ersch[ien]: schon [in der Ilias] klingt die Idee durch,

²⁷ Knauss, a. a. O.

²⁸ do. Auszeichnung von mir.

²⁹ Homer, Ilias, B 50 ff.; Odyssee, § 238 f.; sowie Knauss, Hellas, S. 43—45. Vgl. Kahrstedt, a. a. O., S. 378 f. Aristoteles, a. a. O., III Kap. 14 — 1285 a 8—17 / v. K. S. 99 sieht im Königtum des Agamemnon schon den Beginn der verfassungsmäßigen Monarchie, wie sie zu seiner Zeit in Sparta bestand, wo dem König nur noch für den Kriegsfall im Feldherrenamt eine selbständige und anfänglich sogar absolute Gewalt vererbt wurde. Vgl. unten Kap. 7 (III) b. Anm. 53.

³⁰ Vgl. z. B. Homer, Odyssee, η 131. Vgl. Knauss, Hellas, S. 47—55

³¹ So begegnete uns denn diese Versammlung, hier Agora genannt, schon häufig in der Odyssee [β 6 f., γ 127, 137 ff., θ 5 ff., ζ 114 u. a.]. Vgl. Knauss, Hellas, S. 43—47, 50—55.

³² Kahrstedt, a. a. O., S. 378, 380. Vgl. Homer, Ilias, A 490; Odyssee, λ 187 f.

daß das Volk die Reservationen dem Könige stiftet, nicht mehr dieser sie einbehält“, wie man auch schon glaubte, daß er die Beute, die er als Feldherr im Kriege für sich behielt, vom Volk erhielt und ein Priestertum, das von einem Mitglied der königlichen Familie verwaltet wurde, diesem vom Volk übertragen sei³³.

So sehen wir, daß jedenfalls in der „homerischen Zeit“ die Staaten gewöhnlich nicht absolute Monarchien waren, obschon es anderseits auch etwas übertrieben³⁴ sein dürfte, daß sie sich „dem homerischen vollfreien Manne... gar nicht fühlbar machten“³⁵.

III. Staatsrecht und Widerstandsrecht in frühgriechischer Zeit

Nun wird freilich gesagt, man dürfe an die griechischen Staaten der Frühzeit gar nicht mit der Frage herantreten, ob sie „absolut oder gemäßigt“, ob sie „patriarchalisch, legitim oder sonst etwas“ seien: solche Fragen seien „für diese Zeit, die kein eigenes Staatsrecht habe, Anachronismen genau wie für die Merowinger und Karolinger“ und sie können „durch ja und nein keine adäquate Antwort finden“³⁶. Diese Ermahnung erscheint uns denn auch in der Tat gegenüber allen Versuchen als berechtigt, einfach die herrschenden Begriffe des modernen Staatsrechts unbesehen auf jene Zeit zu übertragen.

Aber man ist hier doch versucht, den vielgebrauchten Vergleich mit jenem armen Kindlein anzuwenden, das da einst von seiner Mutter mitsamt dem Bade ausgeschüttet worden sein soll. Jedenfalls muß mit aller Entschiedenheit daran festgehalten werden, daß für jede Herrschaft die Frage, ob sie in einem *kategorischen* Sinn mehr oder weniger absolut sei, in einer rechtswissenschaftlichen Untersuchung nicht nur gestellt werden *darf*, sondern im allgemeinen auch zu allererst gestellt werden *sollte*³⁷.

Das freilich ließe sich wiederum hören, daß es in jener Zeit kein eigentliches Staatsrecht gab, indem sich alles, was als solches erscheinen könnte, auf ein überall wirksames Herrschaftsrecht des Königs reduzieren ließe; das würde dann auf eine zwar juristisch absolute, in einem allgemeineren Sinn aber doch möglicherweise keineswegs absolute, sondern durch die *Sitte* stark beschränkte Monarchie hinweisen.

Als Schranken der königlichen Gewalt würde dann der Verlust der *Ehre* erscheinen, den einerseits der König bei Verletzung seiner sitt-

³³ Kahrstedt, a. a. O., S. 379f. Vgl. Homer, Ilias, A 123ff., 166f., 366f., Z 194, 299f., I 329ff., Y 184. Dazu: Wilamowitz, Griechen, S. 53f.; Knauss, a. a. O.

³⁴ S. oben bei Anm. 12—14 (Druck der Königsmacht), 29—33 (Druck der Allgemeinheit).

³⁵ So Wilamowitz, a. a. O., S. 41. Vgl. Knauss, a. a. O., S. 50—55.

³⁶ So Kahrstedt [a. a. O., S. 376f.] für den *spartanischen* Staat.

³⁷ In der Tat tut dies denn implicite gerade hier auch Kahrstedt [a. a. O., S. 369—382] in ausgiebigem Maße und gebraucht sogar das Wort „Absolutismus“ [do., S. 381].

lichen Pflichten und andererseits auch diejenigen, die sich dann gegen ihn nicht zur Wehr setzen würden, erlitten, wobei die Handlungsweise der letzteren bei dieser Gegenwehr aber nicht etwa als das Herrschaftsrecht tangierend angesehen werden dürfte. So sieht denn auch Kahrstedt offenbar den frühgriechischen Staat, wenn er feststellt: „Es gibt gewiß eine Fülle von Dingen, die der homerische König nicht tun kann und nicht tun darf, aber nicht, weil es ihm ein festes, durch Präzedenzfälle gewordenes oder gar beschworenes Übereinkommen verbietet, sondern weil er mit solchem Tun den Gedanken verletzt, daß er der *Hüter des Rechts* sein soll, die Idee, auf der seine Macht, das persönliche *Treueverhältnis* seiner Mannen zu ihm aufgebaut ist.“ Deshalb nämlich gehe es nicht an, daß ein König seine Ratgeber, ja überhaupt irgendwelche Freien einfach umbringe, „weil es eine *Schande* wäre, die Blutrache zu versäumen“. Es werde also „die Grenze königlicher Macht... gerade durch etwas, was außerhalb des staatlichen Organismus liegt, gesetzt“; „die Tötung von Mannen ohne Recht und Gericht“ gehe „eben nicht, genau wie es nicht geht, daß Karl der Große eines Tages zum Heidentum oder zu einer ketzerischen Sekte übertritt, ohne daß hier oder da Regeln vorhanden“ seien, „die gerade diesen Akt als illegal brandmarken“; es sei dadurch „nur die Grundlage des Respektes und der Treue verletzt“ worden, „der König“ habe „aufgehört, das zu sein, was man in dem Lehensherrn sah und sehen muß[te], der Vertreter des Rechts oder ... der rechten Religion“.³⁸

Demnach gab es also im frühgriechischen Staat jedenfalls feststehende moralische Schranken der Staatsgewalt und wäre auch das, was wir eine moralische Berechtigung zum Widerstand gegen staatliche Willkür genannt haben³⁹, ja sogar eine Verpflichtung dazu, unter gewissen Umständen gegeben gewesen. Aber, gab es nicht darüber hinaus eine eigentliche Rechtsschranke der Gewalt des Herrschers und auch ein diese Schranke sicherndes eigentliches Widerstandsrecht?

Jedenfalls war der Konflikt zwischen dem sein Herrschaftsrecht mißbrauchenden König und dem sein Blutracherecht ausübenden Bürger doch auch ein solcher zwischen *zwei Rechtsinstituten*, und dies mochte, wenn auch die *moralische* Entscheidung für die Beteiligten noch so sehr im Vordergrund stand, dabei doch ebenfalls irgendwie bewußt werden. War das aber der Fall, so mußte man auch nach der Formel suchen, um die Kluft zwischen den beiden Instituten durch eine ebenfalls *rechtliche* Vorstellung zu überwinden⁴⁰.

³⁸ Kahrstedt, a. a. O., S. 377.

³⁹ Vgl. oben Einl., Abschn. IV C 1 (b. Anm. 58) u. 5, Abschn. V (passim).

⁴⁰ Auf alle Fälle mußte dies bei der staatlichen Ordnung der Blutrache, die Wilamowitz [Griechen, S. 61f.] sehr früh ansetzt, geschehen. Seit je mußte aber auch die Tatsache, daß normalerweise zumindest in Sparta „derjenige, der sich vermaß, den Königen bei Ausübung ihrer Gewalt in den Weg zu treten, ... jedes Rechtsschutzes verlustig ging“ [Berve, Sparta, S. 18], zu einer Lösung drängen.

Nun unterschied man bei den Griechen nicht zwischen Staats- und Zivilrecht, die man später beide als „Nomoi“ bezeichnete; dementsprechend wurden in der Frühzeit, da „die Regelung des Verhältnisses von Mensch zu Mensch“ von selbst im Mittelpunkt auch des politischen Denkens stand, für all das, „wofür wir staatsrechtliche Termini und Gründe suchen würden“, Formen verwendet, die wir zunächst als zivilrechtliche betrachten würden, wie das „auch für den Staat des frühen deutschen Mittelalters charakteristisch ist“⁴¹.

Die innere Konsequenz aus dieser „zivilrechtlichen“ Form, auch der staatlichen Verhältnisse, war aber, so will uns scheinen, nicht, daß dem König auch die Gesetzgebungskompetenz zustand⁴²; jene innere Konsequenz bestand vielmehr darin, daß, wenn er legislative Befugnisse hatte, was hier offenbar der Fall war, er den Gehorsam gegenüber den bestehenden und den von ihm noch zu erlassenden Gesetzen „jedem einzelnen Einwohner bei dessen Belehrung, die dessen Zugehörigkeit und dessen Sicherheit begründete, einzeln und individuell auferlegte“⁴³, deutlicher ausgedrückt, auferlegen *mußte*, wenn er überhaupt eine rechtliche Verpflichtung entstehen lassen wollte. Dieser „leibliche Eid des Lehnsmanne“ war natürlich auch „mit dem Tode des Lehnsherrn dahin“, weshalb seit je beim Antritt eines neuen Königs gewöhnlich alle Mannen berufen worden sein dürften, um mit ihnen das Treueverhältnis gleichzeitig zu erneuern⁴⁴.

So ruhte die Herrschaft auf einem vertragsähnlichen Verhältnis, das freilich, da es die Kompetenz zum Erlaß von an sich zwingend sein sollenden Normen begründete, nur scheinbar zivil-, in Wirklichkeit aber staatsrechtlichen Charakter hatte, sofern wir uns an unsere kategorischen⁴⁵ Begriffe halten wollen. In diesem Rechtsgrund des Herrschaftsverhältnisses konnte nun derjenige, der nach einer (staats-) rechtlichen Begründung suchte, um den König zur Einhaltung der sittlichen Hauptgrundsätze zu zwingen und zudem seinem Herrschaftsrecht gegebenenfalls das eigene Blutracherecht entgegenzuhalten, auch die stillschweigende Anerkennung jener Grundsätze durch den König als einer auch rechtlichen Schranke seiner Macht erblicken; daraus mochte er dann unter Umständen ein Widerstandsrecht des freien Bürgers, besser gesagt einer genügend starken Gruppe, oder des „Volkes“ ableiten⁴⁶. Indem aus dem Zusammentreffen von Herrschaftsrecht, Blutrache und gegenseitigem Treuegelöbnis ein „embryonales“ staats-

⁴¹ Dies nach Kahrstedt [a. a. O., S. 372], wobei wir aber mit seiner Formulierung nicht einig gehen können, daß es sich tatsächlich um „eine Reduktion auf Zivilrechtliches“ gehandelt habe, denn es war nach heutiger Terminologie trotzdem kein Zivilrecht. Vgl. das folgende.

⁴² Anders Kahrstedt, a. a. O., S. 374 (Anm. 4).

⁴³ So auch Kahrstedt, a. a. O., S. 376.

⁴⁴ So auch Kahrstedt, a. a. O., S. 375, vgl. S. 379f.

⁴⁵ Für den Begriff des Staates s. oben Einl. (III, A) b. Anm. 43f. Staatsrecht setzt eben Kompetenzen der Inhaber staatlicher Gewalt fest.

⁴⁶ Wilamowitz [Griechen, S. 53, 58f.] betrachtet sogar die Volks-

rechtliches Verhältnis entstanden war, das noch deutlich erkennbar einen für unsere Begriffe am ehesten als völkerrechtlich zu bezeichnenden Einschlag hatte, war eben hier diejenige Konstellation vorhanden, die wir noch verschiedentlich als die Grundlage des Widerstandsrechts erkennen werden.

Wo immer der Herrscher jenes Maß der Verantwortung, das er als solcher nach der Sitte auf sich nehmen durfte, überschreiten wollte, dürfte es daher für ihn ratsam gewesen sein, sich die Zustimmung möglichst vieler Untertanen zu gewinnen, wodurch diese mindestens ihr Widerstandsrecht verloren; durch die Teilnahme an einer Versammlung unterwarf sich dann jeder, wenn sie sich als ganze dem Herrscher fügte.

Gerade auch im *Heer* scheint dieses „Verfahren“ etwa notwendig geworden zu sein. Hier hatte zwar der König weitestgehende Kompetenz, aber, wenn irgendwie die inneren Grundlagen eines Feldzuges sich veränderten, dann wurde die weitere Verpflichtung zur Heerfolge zweifelhaft; in diesem Fall mochten die Unzufriedenen gruppenweise ein *Sezessionsrecht* geltend machen. Wollte der König sie mit Gewalt hieran verhindern, so führte hier nicht die Blutrache, sondern die Pflicht gegenüber dem sich aus dem Feldzug zurückziehenden Anführer, dem sie unterstellt waren oder sich angeschlossen hatten, zu geschlossener Gegenwehr, wobei wiederum die Annahme einer rechtlichen Verpflichtung des Königs den Keim zur Ausbildung eines eigentlichen Widerstandsrechts in sich schließen mochte. In diesem Sinne könnte vielleicht auch schon der Beginn des zweiten Gesanges der *Ilias* verstanden werden: es ist ungewiß, ob Agamemnon und seine Unterführer ihre Mannen ohne weiteres zur Fortsetzung des Kampfes gegen Troja hätten zwingen dürfen, wenn ein Teil der Vornehmen nicht mehr mitmachen wollte. So wandten sie sich denn *zuvor* an das Volk. „Von einem eigentlichen Beschluß- und Beratungsrecht der Versammlung wird zwar nichts berichtet, aber es ist doch ersichtlich, daß ohne ihre Bewilligung es schwierig [war], Entscheidendes zu unternehmen“⁴⁷. Ein solcher Appell wäre auch sinnlos gewesen, „wenn nicht der Heeresgemeinde ein *Recht* mindestens der passiven Zustimmung oder Ablehnung“ zugestanden hätte oder „gefühlsmäßig zuerkannt“⁴⁸ worden wäre.⁴⁹

So mochte seit frühester Zeit gelegentlich dem *vollen* Recht des Herrschers gleichsam „instinktiv“ ein in gewissem Sinn ebenso *volles* Widerstandsrecht der Untertanen entgegengestellt worden sein, das

souveränität als das eigentliche Prinzip auch der griechischen Monarchie. Knauss [Hellas, S. 43—47] sieht im Volk *ein* wichtiges Element des überaus lockeren frühgriechischen Staates; gleichzeitig habe u. a. auch ein starker Selbständigkeitswille des Einzelnen bestanden [do., S. 50—55].

⁴⁷ So Knauss, Hellas, S. 44.

⁴⁸ do., S. 45.

⁴⁹ do., S. 43—45.

gewiß nicht auf „Paragraphen“⁵⁰, sondern auf eben jenem „persönlichen Verhältnis“ beruhte, dessen „Basis“ der König zerschlug, wenn er etwas für ihn *besonders* Unerlaubtes tat. Aus diesem Spannungsverhältnis mußten sich dann später im einzelnen königliche Rechte, solche der Einzelnen und der Gruppen sowie solche des „Volkes“ herausbilden, wobei das Schwergewicht, das sich, soweit wir Genaueres erkennen können, in der Reihenfolge unserer Aufzählung verschob, freilich in Griechenland jeweilen besonders stark an *einem* Orte liegen mochte⁵¹, so daß das Widerstandsrecht der Beherrschten zeitweise völlig in Vergessenheit geriet.

IV. Vertragliche Festsetzungen des Widerstandsrechts

Ob nun aber bereits zuvor längere Zeit ein eigentliches Widerstandsrecht bestand oder nicht, jedenfalls weisen eine Stelle im Homer und eine Aussage des Plato darauf hin, daß ein solches zur Zeit, als Griechenland eben von hellerem Bewußtsein ergriffen wurde, anscheinend da und dort, bei Ioniern und Doriern, zumindest implicite gelegentlich durch einen formellen Vertrag gewährleistet wurde.

So soll nach der bewaffneten Erhebung, die nach Homer die Ermordung der Freier durch den heimkehrenden Odysseus hervorgerufen hatte, dessen Königtum „durch einen regelrechten *contrat social* festgelegt“ worden sein. Aus der Problematik des Verhältnisses von Blutrache und Herrschaftsrecht geboren, mußte diese bedingte Anerkennung des *Königs* doch wohl ein Widerstandsrecht enthalten.⁵²

⁵⁰ Im Sinne von „Paragraphen“ gab es damals in der Tat kein Staatsrecht, wie Kahrstedt [a. a. O., S. 377] überzeugend betont; aber auch das Gewohnheitsrecht besteht ja in der Regel nicht aus Paragraphen; so meist auch das Widerstandsrecht nicht. Dieses verlangt nicht einmal „bestimmte Rechte“, wie sie Berve [Sparta, S. 20f.] der *alten Volksversammlung* abspricht. Das wird erkennbar bei Knauss [Hellas, S. 43f.]. Das Widerstandsrecht wird denn ja auch oft als „metajuristisch“ bezeichnet; eben deshalb kann man es häufig von der moralischen Berechtigung gar nicht unterscheiden, weil in der betreffenden Zeit selbst das (noch) niemand oder erst wenige taten. In dieser Beziehung bleibt denn auch das im Text Gesagte hypothetisch.

⁵¹ Es ist möglich, aber doch wohl nicht gesichert, daß die Macht so lange so vollkommen in den Händen der *Könige* lag, wie das Kahrstedt [a. a. O., S. 12—14, 371, 377f.], obwohl der von ihm zum Vergleich herangezogene *mittelalterliche Kaiser* auch nie *unbestrittenermaßen* volle rechtsändernde Gewalt besaß, anscheinend annimmt; Berve [Sparta, S. 17—21] übernimmt Kahrstedts Vorstellung für den *spartanischen Herrscher*, führt dessen Machtstellung aber auf das Heerkönigtum zurück. Knauss [Hellas, S. 42—46] streitet aber dieser *nachmykenischen Monarchie* eine „gestaltende politische Kraft“ ab. Noch weiter sind in dieser Richtung Swoboda [Staatsaltertümer, S. 45] und Wilamowitz [Griechen, S. 53—60] gegangen.

⁵² Homer, *Odyssee*, ω 483, 546, vgl. 433ff. Dazu: Wilamowitz, *Griechen*, S. 54; Kahrstedt, a. a. O., S. 380; Knauss, *Hellas*, S. 46f. Formulierung in „“ von Kahrstedt. Der Übersetzer Voss spricht hier von „Erneue-

Dasselbe gilt aber auch von jenen *Verträgen*, die nach Plato die Völker von Argos, Messene und Sparta mit ihren Königen *beschworen* haben sollen, um die Herrschaftsrechte „gleichzeitig zu sichern und zu beschränken“, wobei sich zur Garantie ihrer Rechte sowohl die drei Völker wie auch die drei Könige noch untereinander verbündet haben sollen⁵³.

Beide Nachrichten erscheinen uns nach allem, was wir bisher zu sehen geglaubt haben, keineswegs als überraschend, und wir dürfen wohl annehmen, daß in ihnen ein wahrer Kern steckt, so daß es im „altgriechischen Mittelalter“ ganz ähnlich wie im Europa des 13. Jhd. eine Art Verträge zwischen einzelnen Fürsten und ihren (wichtigeren) Untertanen gegeben haben dürfte, durch welche die gegenseitigen Pflichten rechtlich festgelegt wurden und ein eigentliches Widerstandsrecht mindestens implicite anerkannt wurde, wodurch bei den Ionern auch die vornehmen und bald alle freien Individuen⁵⁴, bei den Doriern die Gesamtheit⁵⁵ besonders geschützt wurden. So konnte es auch dazu kommen, daß es schließlich im alten Griechenland „überall eine Instanz [gab], die den König zur Rechenschaft ziehen und absetzen [konnte]“⁵⁶. Diese unsere Erkenntnisse lassen es übrigens zudem als möglich erscheinen, daß auch die Festlegung der Gewalt der ersten römischen Könige⁵⁷ in ähnlichen Formen vor sich gegangen ist.

Drittes Kapitel

Sparta

I. Erste dauerhafte Beschränkungen der königlichen Macht

Bis ins 18. Jhd. hinein haben die meisten europäischen Widerstands- und Staatstheorien auf die bemerkenswerten Institutionen der alten Spartaner zurückgegriffen. Insbesondere das „Ephorat“ gab, wo nicht das Muster, jedenfalls den Gattungsnamen für die Institutionen ab, mit

— — —
 rung“ eines Bundes; ein solcher hätte also nach seiner Auffassung schon vorher bestanden. Das mag stimmen; aber im Text ist hier nur vom Abschluß einer (neuen) eidlichen Verbindung die Rede; durch diese dürften die gegenseitigen Rechte und Pflichten erst deutlicher festgelegt worden sein.

⁵³ Plato, *Gesetze*, III — St. 681 (S. 112f.); vgl. auch Wilamowitz, *Griechen*, S. 54f.

⁵⁴ Über den individuellen Selbständigkeitswillen in *Griechenland* schön: Knauss, *Hellas*, S. 50—55.

⁵⁵ Berve, *Geschichte*, I S. 96f., 99f.; vgl. Wilamowitz, a. a. O., S. 61f.

⁵⁶ Wilamowitz, a. a. O., S. 54.

⁵⁷ Vgl. unten Kap. 9, Abschn. I, sowie Wilamowitz, a. a. O., S. 51. Meyer [Tribunat, S. 369f.] setzt die Entwicklung *Roms* im 6. u. 5. Jhd. (und die dortigen Widerstandskämpfe) ausdrücklich in Parallele mit derjenigen der „homerischen Zeit“.

denen man die Beschränkung der monarchischen Gewalt in die Wege zu leiten suchte¹.

Der Widerstandsbund des spartanischen „Volkes“ mit denjenigen von Argos und Messene² scheint einer autoritäreren Strömung nicht standgehalten zu haben; wegen der „verderblichen Lüsternheit nach dem Übermäßigen“, dem „Hochmut“, in welchen Könige so gerne verfallen, kam es nach Plato dazu, daß die Eide nicht genügten³.

Besondere Umstände fügten es aber, daß die *spartanischen* Herrscher dennoch auf die Dauer nicht *mehr* erhielten, „als die angenommenen ‚Gesetze‘ ihnen bestimmt hatten“. Aus uns unbekannten Ursachen, möglicherweise, um einen Streit der mächtigsten Vornehmen beizulegen, vielleicht im Zusammenhang mit einer Vereinigung bisher getrennter Stammesverbände, möglicherweise aber auch, wie Plato meint, weil „ein Gott... die königliche Macht... unter Zwillinge teilte“, war in Lakedämonien ein *Doppelkönigtum* entstanden, so daß keine unbeschränkte oberste Gewalt im Staate bestand, sondern vielmehr die wachsende Rivalität zwischen den beiden Königshäusern den Widerstand Dritter für die gemeinsame Staatsidee begünstigen mußte.⁴

Um 800 v. Chr., ein halbes Jahrhundert vor dem Zeitpunkt, den die Sage für die allerersten Anfänge Roms angibt, kam es zu jener eigentlichen, dem Lykurg zugeschriebenen *Verfassung*, in der die Widerstandsidee nun eine feste institutionelle Verkörperung fand. Der Gesetzgeber berief sich dabei auf jenen Apollo, der von *Delphi* aus „alle Helden, Gesetzgeber, die edelsten Weisen Griechenlands... unterstützte“ und dessen Orakel man nachsagen muß, „daß Erhaltung der Freiheit und Ordnung... gemeiniglich der Geist seiner Antworten war“⁵. Demgemäß wurden die Könige nun von dem mächtig gewordenen Adel gezwungen, „neben sich andere maßgebende Faktoren im Stammstaat anzuerkennen“⁶. Der Herrenrat, die (spätere?) Gerusia, sollte von nun an „nicht mehr nach Gutdünken ... von den Königen ... größer oder kleiner gehalten werden“⁷; die Mitgliederzahl wurde auf 28 festgesetzt⁷. Ebensowenig konnten sie inskünftig mehr die Versammlung des „Volkes“, das jetzt freilich nur noch den ortsansässigen weiteren Adel umfaßte, die „*Apella*“, „nach Belieben ... berufen oder auf ihre Berufung verzichten, sondern von Vollmond zu Vollmond [hatte] es zu geschehen, und auch der Ort [war] ausdrücklich festgelegt“⁸.

¹ Vgl. die oben zur Einl. in Anm. 30—41 zit. Widerstandsliteratur.

² Vgl. oben Kap. 2 bei Anm. 53.

³ Gesetze, III — St. 691 (S. 126f.).

⁴ do., III — St. 691f. (S. 127—129); Berve, Sparta, S. 17, vgl. aber S. 15, 22; Geschichte, I S. 71f., 74; Knauss, Hellas, S. 131f.

⁵ Müller, Allg. Geschichten, II Kap. 4 (S. 24); vgl. Wilamowitz, Griechen, S. 80f.; Berve, Geschichte, I S. 73f., 100—102; Sparta, S. 21f., 30.

⁶ So Berve, Sparta, S. 21.

⁷ do.; ebenso Plato, Gesetze, III — St. 691f. (S. 128f.). Vgl. Wilamowitz, a. a. O., S. 81.

⁸ Berve, Sparta, S. 22, vgl. 21.

Nach Plato gewinnt man den Eindruck, daß damit für zivile Staatsakte, soweit nicht besondere Kompetenzen bestanden, die Zustimmung der Gerusia erforderlich wurde⁹; anderseits wird gesagt, daß die Könige verpflichtet wurden, „bestimmte Angelegenheiten der Apella vorzutragen, an deren Beschluß sie fortan gebunden waren“¹⁰.

Es scheint, daß, jedenfalls nachdem sich die neue Ordnung eingestellt hatte, die Könige gezwungen waren, für jeden erheblicheren Rechtsakt zuvor die Zustimmung des Herrenrats zu gewinnen, wobei für die Gesetzgebung Einstimmigkeit erforderlich war; drangen die Könige in der Gerusia nicht durch, so mußten sie ans „Volk“ gelangen, das damit praktisch die Legislative gewonnen hätte, wenn nicht die Könige nun ihrerseits, wohl im Zuge einer Reaktion¹¹, das Recht durchgesetzt hätten, „schiefe“ Beschlüsse der Apella in Gemeinschaft mit den offenbar nach wie vor durch sie berufenen Geronten außer Kraft [zu setzen]“¹¹, was einfach auf dem Wege der Verweigerung ihrer Ausführung geschehen sein mochte.¹² Da dem Volk, wie später in Rom, die Initiative gänzlich fehlte¹³, konnte es dagegen zunächst nichts unternehmen.

So hatte nun der alte Widerstandsgeist, der sich zuerst zu einer Art Widerstandsrecht verdichtet hatte, zur Ausbildung und Abgrenzung von Kompetenzen der einzelnen Organe des neuen Staates geführt; dessen wohlabgewogene Verfassung, durch die sich Volk, König und Rat gegenseitig in Schach hielten, wurde denn auch zur Grundlage einer bedeutenden politischen Entwicklung¹⁴.

II. Das Ephorat

Das im Widerstandsrecht stets mindestens implizite mitenthaltene Recht, den Träger der obersten Gewalt abzusetzen, das war nun freilich offenbar noch nicht geregelt worden: hier blieb wohl der alte unentschiedene Zustand zwischen der Gewalt der Könige und ihrer Beschränkung durch die Untertanen im Namen des Rechts irgendwie bestehen. Interessanterweise entstand die institutionelle Lösung der hiermit aufgeworfenen Problematik dadurch, daß die alten, in Religion und Sitte verwurzelten Vorstellungen in eine dem spartanischen Volk wohl weitgehend von oben herab, wenn auch ganz in *seinem* Geiste, mit der erwähnten „Verfassung“ gegebene Form eindrangen. Es wurden nämlich in fünf „Oben“ (diejenigen Freien zusammengefaßt, die in fünf einander benachbarten Siedlungen ohne Mauerringe in unmittelbarer Umgebung des Königs Wohnung genommen hatten; mit dieser Ordnung war jetzt das anscheinend ältere, nun jedenfalls auch

⁹ a. a. O.

¹⁰ Berve, a. a. O., S. 21f.; so auch Wilamowitz, a. a. O., S. 82. 83 unten.

¹¹ Berve, a. a. O., S. 22.

¹² Zum ganzen Abs. vgl. Kahrstedt, Sparta, S. 246—269, 264f.

¹³ Wilamowitz, a. a. O., S. 83; Kahrstedt, a. a. O., S. 259, vgl. 380.

¹⁴ Vgl. dazu z. B. Schiller, Gesetzgebung, S. 67—69 („Lykurg“).

aus fünf Mitgliedern bestehende Ephorat verknüpft. Die *Ephoren* hatten, zunächst vielleicht jeder in einer Obe, richterliche Funktionen; darüber hinaus mußten sie aber u. a. „in jedem neunten Jahr den Himmel beobachte[n], um etwaige Götterzeichen festzustellen. Traten solche ein, so konnte das Kollegium die Könige suspendieren, bis Antwort von Delphoi oder Olympia eingetroffen war, welche eine Deutung des Zeichens und entsprechende Weisungen brachte“.¹⁵

Mit dem Jahr 754 v. Chr., welches um eines vor der sagenhaften Gründung Roms liegt, beginnt die Liste der Vorsitzenden des Ephorenkollegiums, die, wie dort später die Konsuln, dem Jahr den Namen gaben. Das Kollegium wurde, seit wir hierüber etwas wissen, vom Volk, d. h. von den in Sparta ansässigen Freien, die meist Herren über Hörige waren, auf ein Jahr gewählt; alle mindestens dreißigjährigen Bürger waren passiv wahlberechtigt; jener „*Protos-Ephoros*“ war *primus inter pares*.¹⁶

Im 7. Jhd. kam es nun in weiten Teilen der griechischen Ägäiswelt zu einer schweren sozialen Krise; allenthalben wurde „die bisher für natürlich erachtete Macht des Adels in Frage gestellt“, und so geriet die aristokratische Ordnung Lakedämoniens in große Gefahr. „Die erst vor einem Jahrhundert unterworfenen und helotisierten Messenier standen, angeregt von revolutionären Bewegungen, die sie damals an manchen Stellen von Hellas vollzogen, in einer gewaltigen Revolte gegen ihre Bezwinger auf, denen für fast ein Menschenalter der [dortige] Landbesitz verloren ging.“ Das hatte zur Folge, daß auch in Lakonien selbst „revolutionäre“ Strömungen entstanden, bei denen „der Ruf nach Neuaufteilung des Landes“ im Vordergrund stand. Doch hat sich „der lakedämonische Adel in einem einzigartigen Akt der Selbstformung . . . nach innen und außen durchgesetzt“.¹⁷

Bei dieser Reform, deren Abschluß erst um die Mitte des 6. Jhd. v. Chr. erfolgt sein soll und mit dem Namen *Chilon* in Verbindung gebracht wird¹⁸, haben nun die *Ephoren* eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Hand in Hand damit haben sie, wohl seit der Mitte des 7. Jhd.¹⁹, als weitere „Geburtshelfer der Verfassung“²⁰, vielleicht zunächst mit Hilfe „einer geheimen Verbrüderung, dieses mächtigen Revolutionsmittels“²¹ der von uns beschriebenen Regierung, die sie „noch zu mutig und zu heftig“²⁰ fanden, durch die Verstärkung der eigenen Kompetenzen „gleichsam einen Zaum angelegt“²⁰, und, „weil

¹⁵ Berve, Sparta, S. 22f., 30. Vgl. Wilamowitz, Griechen, S. 81f.

¹⁶ Wilamowitz, Griechen, S. 81, 84; Kahrstedt, Sparta, S. 237, 369f.; Berve, Sparta, S. 30f.

¹⁷ Berve, Sparta, S. 31f.

¹⁸ So Pirenne, Courants, I S. 137f.

¹⁹ Nach Cicero [De republica, II Kap. 23 u. Anm. (I S. 218f., 386)] geschah ein entschiedener Schritt zirka 130 Jahre nach der Festlegung des Herrenrates und der Volksrechte.

²⁰ Plato, Gesetze, III — St. 692.

²¹ So Müller, Allg. Geschichten, II Kap. 4 (S. 24).

nun auf diese Weise die königliche Gewalt . . mit den gehörigen Bestandteilen gemischt und in die rechten Schranken gesetzt wurde, so hat dies nicht nur sie selbst, sondern mit ihr auch den ganzen Staat aufrecht erhalten“²⁰. Nun hinderten einander also die beiden Könige unter sich, ferner Königtum, Ephorat und Rat gegenseitig an der Errichtung tyrannischer Macht; so hatte im Laufe der Zeit „der Gott gezeigt, wie eine Regierungsform damals sein mußte und noch immer sein muß, wenn sie am ehesten dauern soll“^{20, 22}.

Die Ephoren hatten sich nämlich nun eine mächtige Stellung zwischen dem Volk und den Königen errungen²³. Als Vertreter der letzteren konnten sie durch Mehrheitsentscheid jeden Nichtmagistraten selbst zum Tode verurteilen, wozu immerhin mehrere Tage Verhandlungen nötig waren, wenn es sich um einen Spartaner handelte²⁴. Aber nicht nur gegen die Privaten waren die Ephoren nun zu den eigentlichen *Hütern der Verfassung* geworden, sondern auch gegen die andern Magistrate und selbst gegen die Könige, indem sie diesen übrigen Trägern der Staatsgewalt gegenüber als Vertreter des „Volkes“, das sie ja wählte, auftraten. Sie waren der vorbereitende und ausführende Ausschuß der Volksversammlung und damit die Anklagebehörde im *Magistratsprozeß*, der vor jener stattzufinden hatte; sie überprüften ferner die Amtsführung der abgetretenen Beamten.²⁵

Dabei schuf sich das Ephorat die Stellung eines eigentlichen *Widerstandsinstitutes*, indem es des öfters selbst der königlichen Gewalt entgegentrat. Es scheint zwar, daß sein Recht an sich weiterhin unter demjenigen der vereinigten Könige stand; aber diese waren fast nie einig, und, wenn sie es einmal waren, konnten sich die Ephoren auf den Herrenrat und die Bürgerschaft stützen, um als außerordentliche Gewalt den Respekt vor dem zu erzwingen, was man jeweilen als die ungeschriebene Verfassung des Landes ansah. So konnten sie in der uns genauer bekannten Zeit seit je auch gegen den Willen der Könige den Herrenrat berufen, der um 600 v. Chr. zur eigentlichen Gerusia wurde, deren Mitglieder nun ebenfalls von der Volksversammlung aus den mindestens 60jährigen Bürgern bestellt wurden. Allmonatlich nahmen die Ephoren aber auch den Königen den Eid auf das Gewohnheitsrecht ab; das gab ihnen die rechtliche Grundlage, um dem Volk, das auch bei umstrittener Erbordnung seit alters her die Entscheidung zu fällen hatte, die Absetzung eines Königs zu beantragen, wenn dieser die Schranken seiner Gewalt überschritt, und den Volksbeschluß zu

²² Plato, a. a. O., III — St. 681—692 (S. 112—130); „Brutus“, *Vindiciae*, W. S. 75, 92 / Z. S. 73, 95; Müller, a. a. O. (S. 24f.). Kahrstedt [Sparta, S. 369f.] zeigt, wie sich ein Recht um das andere in einem langen Prozeß entwickelt hat, sieht aber dabei die Entwicklung im Gegensatz zu den unserer Darstellung hier zugrunde gelegten Quellen als eine geradlinige und dem Volke unbewußte an.

²³ Berve, Sparta, S. 50f.

²⁴ Kahrstedt, a. a. O., S. 237—240.

²⁵ do., S. 241—244, 259.

vollstrecken; mit der Zeit konnten die Ephoren einen König sogar von sich aus vorladen und verhaften sowie über ihn, freilich anscheinend nur auf Grund einer speziellen Vollmacht des Volkes²⁶, mit dem andern König und der Gerusia zusammen zu Gericht sitzen.²⁷ Ebenso brachten sie den Entscheid über Krieg und Frieden sowie darüber, wer als Kommandant einer neu aufgestellten Heeresmacht eingesetzt werden sollte, vor das Volk; schließlich zwangen sie dem Feldherrn die Begleitung durch zwei Ephoren und die Kontrolle durch die oben erwähnten vereinigten Oberbehörden auf.²⁸

So konnte nun den Königen Widerstand geleistet werden, sobald die Verfassung in Gefahr kam. Das mußte z. B. Kleomenes erfahren, der den Tyrannen Hippas aus Athen hatte vertreiben helfen; seine Versuche, die Entwicklung der andern wichtigen Griechenstadt zur allgemeinen Demokratie zu verhindern, scheiterten zwar, zunächst am Widerstand der Athener selber, dann an demjenigen des Mitkönigs Demaratos und der korinthischen Bundesgenossen, schließlich noch einmal am Widerspruch der verbündeten Aristokratien, insbesondere Korinths (um 506 v. Chr.). Nun setzten aber die Ephoren den Königen auch auf dem Gebiet der Heeresleitung und der Außenpolitik die oben skizzierten Schranken, da sich gezeigt hatte, daß sonst die überkommene Ordnung Spartas durch das eigenmächtige Schalten eines Königs in Gefahr gebracht werden könnte, wenn einmal der Mitkönig nicht widersprechen oder die Bundesgenossen sich zu einem kühnen Zug würden verlocken lassen. Das Gericht, vor welches Kleomenes von den Ephoren gezogen wurde, weil er den Krieg gegen Argos in hochverräterischer Absicht zu wenig energisch geführt hätte, sprach ihn freilich frei, und es gelang ihm sogar, einen Spruch des delphischen Orakels zu erwirken, auf Grund dessen der Mitkönig Demaratos, der sich seinem Vorgehen gegen die Begünstigung Persiens durch Ägina widersetzt hatte, abgesetzt werden mußte. Aber, als nach Marathon die Persergefahr schwand, erregten „seine Gegner, die ihn wohl nicht mit Unrecht tyrannischer Gelüste verdächtigten, . . . einen neuen Sturm“; und, als er nun nach Thessalien, später nach Arkadien ging, „um von dort mit Heeresmacht sein Königtum in Sparta zu wahren und zu stärken“, ja, anscheinend „selbst mit den Heloten“ Verbindungen anknüpfte, „auch darin den Tyrannen ähnlich, die mit Hilfe der . . . unter-

²⁶ Dies gilt nach Kahrstedt [a. a. O., S. 150—155] jedenfalls für den Beamtenprozeß; anderer Auffassung ist anscheinend Berve [Sparta, S. 51, 65].

²⁷ Plato, Gesetze, III — St. 181—192 (S. 112—130); „Brutus“, Vindiciae, W. S. 75, 118 / Z. S. 73, 127; Wilamowitz, Griechen, S. 83f. Kahrstedt, Sparta, S. 122, 134f., 150—155, 241—245, 259, 261, 369f.; Berve, Sparta, S. 50f., 65. Vgl. auch Althusius, Politica, Kap. 18 Abschn. 61, 89, 110, Kap. 38 Abschn. 45 (S. 145, 151, 156, 386).

²⁸ „Brutus“, a. a. O., W. S. 86 / Z. S. 87; Müller, Allg. Geschichten, II Kap. 4 (S. 25); Wilamowitz, a. a. O.; Kahrstedt, a. a. O., S. 260, 369; Berve, a. a. O., S. 66f., 89f.

drückten Volksschichten ihre herrscherliche Macht zu begründen pflegten“, da mußte man sich seiner irgendwie entledigen, wenn man die rechtliche Ordnung wahren wollte. Der neue Mitkönig Leotychidas war dem Kleomenes zu sehr verpflichtet, als daß man ihn gegen diesen hätte ins Feld schicken können; so lenkten die Ephoren zum Schein ein und man rief den König zurück; bald darauf starb dieser. Offiziell hieß es, er sei dem Wahnsinn verfallen und habe durch Selbstmord geendet. In Wahrheit dürfte hier der Widerstand des Ephoratsregiments, da er anders nicht durchdrang, im geheimen „gearbeitet“ haben, wie es später auch „Hunderte von Heloten, denen man in der Not des Peloponnesischen Krieges als Mitkämpfern die Freiheit versprochen hatte, stillschweigend beseitigen ließ“.²⁹

Auch König Pausanias, der Führer des gesamtgriechischen Landheeres, das im zweiten Krieg gegen die Perser diese bei Platäa entscheidend schlug, trug sich „mit Machtgedanken . . ., welche wenig den Wünschen der Ephoren entsprachen“, die sich denn auch „nicht scheuten, die selbstherrliche Aufschrift, mit der Pausanias das Weihgeschenk aus der Siegesbeute nach Delphoi versehen hatte, beseitigen und durch die Namen der an der Schlacht beteiligten Staaten ersetzen zu lassen“. Die Hüter der spartanischen Verfassung empfanden mit Recht „die panhellenischen Herrschergelüste des Regenten als abträglich der hergebrachten, die Autonomie der anderen Gemeinden währenden Führerstellung Spartas“; in der Tat meuterten denn auch „die für lake-dämonische Härte wenig empfänglichen Ionier“ gegen den „herrischen Mann“, als diesem der Oberbefehl über die griechischen Seestreitkräfte übertragen wurde, und trugen die Führung der Flotte den Athenern an, während Pausanias nun von den Ephoren abberufen wurde. Etwa zur gleichen Zeit gingen diese aber gegen den letzten Mitkönig des Kleomenes, Leotychidas, vor, da seine Kriegführung in Thessalien ihren Verdacht erweckte; er wurde „vor Gericht gezogen, zum Tode verurteilt und, als er sich diesem Schicksal durch Flucht ins Asyl des Atheneheiligtums von Tegea entzog, geächtet und des Königtums für verlustig erklärt“. Pausanias anderseits, der die Beengung, welche er nun in Sparta seitens des Ephorates erdulden mußte, auf die Dauer nicht ertrug, verließ eigenmächtig den Staat, dem er vorstand, um sich in Byzanz an der Spitze einer dort zurückgelassenen spartanischen Besatzung zum Stadtherrn aufzuschwingen und sich einen Hofstaat nach orientalischem Muster zu schaffen. Als er jedoch Verbindungen mit den „Barbaren“ suchte, vertrieben ihn die Athener und ihre Bundesgenossen aus der Stadt, und es gelang den Ephoren, ihn „aus einem Ort in der Troas, wo er glaubte, sich mit persischer Hilfe behaupten zu können“, heimzuberufen. Wegen dieser „Privataktion“ geschah freilich dem unternehmungslustigen König nichts, aber „als er . . . auch

²⁹ Berve, Sparta, S. 64—67, 69—71, 73 f. Vgl. z. B. Althusius, Politica, Kap. 38 Abschn. 45 (S. 386). Dieses Vorgehen erinnert an dasjenige der Jerusalemer Priesterschaft gegen König Usia [oben Kap. 1 (Abschn. II) bei Anm. 17 ff.].

in Lakonien vom Streben nach tyrannischer Herrschaft nicht ließ, vielmehr begann, die Heloten aufzuwiegeln“, da wurde er bekanntlich um 470 v. Chr. ebenfalls zur Verantwortung gezogen und, als er sich durch Flucht in einen spartanischen Tempel retten wollte, ließen die Ephoren dessen Eingang zumauern.³⁰

Solcher Widerstand der Ephoren führte im Laufe der Zeit zu einer weitgehenden Umgestaltung des ganzen Staates, obwohl er stets im Namen „alten Rechts“ geführt worden sein dürfte. Das letztere war übrigens insofern berechtigt, als es stets derselbe spartanische Geist war, den die Ephoren schützten, und die Verschiedenheit der Formen, in denen er sich äußerte, weniger von seiner Wandlung als von der Veränderung der Zeit und der Umstände herrührte. So ist es auch durchaus verständlich, daß jeder neue Zustand der spartanischen Rechtsordnung „durch Usus“ — und, wie es uns Heutigen erscheint, „durch abusive Abwandlung“ — „aus einem nie abgeschafften älteren entstanden“³¹ ist. Das hatte umgekehrt auch zur Folge, daß die seit uralten Zeiten dem Volk zustehende Wahl der Ephoren, in der Spätzeit Spartas plötzlich wieder einmal ausgelassen und durch gemeinsame königliche Ernennung ersetzt werden konnte, ohne daß man dies anscheinend als unbestreitbaren Rechtsbruch betrachtete; immer noch hatte ein solches Vorgehen nicht die *Nichtigkeit* des betreffenden Aktes, wohl aber das *Widerstandsrecht* der Gemeinde zur Folge³².

III. Die Bedeutung des im Ephorat institutionell verankerten Widerstandsrechts für die Bewohner des spartanischen Staates

So kam jede Erneuerung des spartanischen Staates wegen dessen dualistischer Grundlage gleichsam auf konservative Art zustande, wobei sie sich meist auf das Widerstandsrecht der Bürger, hie und da aber auch auf das Herrschaftsrecht der Könige stützen mochte. Das ist der Grund, weshalb „Volks- und Gerontenbeschlüsse [nicht dazu] nötig“ waren, damit es z. B. „für den Spartaner um 450“ als „ein Skandal, sicherlich sogar ein Bruch dessen, was er als altväterlichen Nomos kannte,“ erschienen wäre, „wenn die Könige rücksichtslos von jedem Wurfe jedes Muttertieres und jeder Korn- und Weinernte ihren Anteil eingetrieben hätten“, während es umgekehrt „dem um 600“ als „Revolution“ erscheinen mußte, „wenn ein Gutsbesitzer sich weigerte, ihn abzuliefern“³³. So wäre auch „der König, der ein durch den Tod

³⁰ Berve, a. a. O., S. 88—90. Vgl. Althusius, a. a. O., Kap. 18 Abschnitt 110, 38 Abschn. 45 (S. 156, 386). Kahrstedt [Sparta, S. 150 ff.] wundert sich darüber, daß der *spartanische König* abgesetzt werden konnte; brächte nicht das von uns vermutete uralte Widerstandsrecht als Grundlage der Gewalt der *Ephoren* und des *Volkes* eine Lösung dieses Problems?

³¹ Kahrstedt, a. a. O., S. 369.

³² Vgl. Kahrstedt [a. a. O., S. 149, 369 f.], der dies aber nicht ausdrücklich widerstandsrechtlich erklärt und das Nebeneinander der Rechte als bedauerlich ansieht.

³³ do., S. 370 (m. Anm. 1).

des Besitzers erledigtes Landgut hätte einziehen wollen und zu diesem Zweck die vom kinderlosen Besitzer vorgeschlagene Adoption verweigert hätte, schon um 500 auf einen allgemeinen *Widerstand* gestoßen, der die altheilige Satzung auf seiner Seite zu haben glaubte, der vielleicht um 600 noch gar nicht oder nur als leises Murren hervorgetreten wäre. Und um 600 wäre dieser Widerstand auch schon in aller Stärke erwacht, wenn der König einen vorhandenen Sohn ignoriert und das Landgut eingezogen hätte ...“. Was Kahrstedt³⁴ hier beschreibt, ist aber nichts anderes als eben das Funktionieren des in Sparta besonders lang am Leben gebliebenen Widerstandsrechts.

Durch dieses Widerstandsrecht waren auch die relativ alten Rechte der Volksversammlung gesichert. Diese wählte die Beamten, konnte ihnen gegenüber im Gegensatz zum Prozeß gegen Private als Volksgerichtshof tätig werden und sie absetzen; die Vollmacht der Volksversammlung war notwendig, wo die Beamten keine eigene Kompetenz besaßen; die Volksversammlung entschied, wo Einstimmigkeit einer Beamtenkategorie erforderlich, aber nicht erreicht war; sie war kompetent für die Erteilung des Bürgerrechts, die Entlassung aus ihm und dessen Entzug; schließlich war sie mit Hilfe der Ephoren Repräsentant Spartas im spartanischen Bund.³⁵

Indem es so unter dem Schutz des Widerstandsrechts schließlich zu einer weitgehenden Umkehrung der Machtverhältnisse im spartanischen Staat kam, blieb interessanterweise dasjenige königliche Recht am längsten wirksam, das nun z. T. seinerseits in gewissem Sinn einen widerstandsrechtlichen Charakter erhielt: das Eigentum des Königs an den Temene, wozu das Atheneheiligtum gehörte, in welchem die Könige Zuflucht vor der Verfolgung durch die Ephoren finden konnten³⁶.

Im Sinne eines dualistischen Gewohnheitsrechts galten also „die Gesetze und die gesetzlichen Magistrate“ als die eigentlichen Vorsteher des spartanischen Staates, und, wo den Königen Gewalt blieb, da sollten sie sie nach der angeblich eigenen Aussage eines solchen, „wie Väter über ihre Kinder“, nicht nach Tyrannenart „wie Herren über Sklaven“, gebrauchen³⁷.

Nun war freilich der Inhalt, den auf Grund dieses dualistischen Verhältnisses das im Ephorat institutionell verankerte Widerstandsrecht schützte, eine streng monistische, zudem durch und durch kollektiv organisierte Gesellschaftsordnung des spartanischen Herrenvolkes, so daß selbst innerhalb dieser allein mit politischen Rechten ausgestatteten Schicht alles andere als persönliche Freiheit herrschte! Nicht vergebens war eben die spartanische Ordnung im Kampf gegen die aufständischen Messenier entstanden, indem der Adel Lakedämons zur Erhaltung seiner politischen Stellung vom Pferde stieg und aus sich

³⁴ do., S. 370, vgl. 371.

³⁵ Kahrstedt, Sparta, S. 258—265, vgl. S. 122, 134 f., 150 ff.

³⁶ do., S. 12—14, 371.

³⁷ So weit übernehmen wir die prägnanten Feststellungen des „Brutus“ [Vindiciae, W. S. 92, 100 / Z. S. 95, 104].

selbst ein Elite-Fußheer bildete, das den Hoplitenscharen der Aufständischen und bald auch der überall aufkeimenden Demokratien die Stange halten konnte³⁸. So hielt man denn in Sparta „Gehorsam für die erste Bürgertugend“; „der *Sieg des Staates* und die Überlegenheit über seine Feinde“ wurde „für den letzten Zweck und ... die Ausbildung menschlicher Fähigkeiten und Tugenden bloß als ein Mittel dazu“, und nicht „die Tugend ... , wie sie es wirklich ist, als das höchste Gut selbst“ betrachtet³⁹. Wenn immerhin die Frauen, als Lykurg sie „ebenfalls aller Strenge seiner Gesetzgebung unterwerfen wollte“, „zu harten Widerstand“⁴⁰ leisteten, so daß er von seinem Vorhaben abstecken mußte, so hat das jenem Übel nicht abgeholfen, sondern nach der Meinung des Aristoteles nur dazu geführt, daß sie nun „in aller Art der Ausgelassenheit und Schwelgerei“ lebten⁴¹!

Während aber die Angehörigen des in sich ziemlich demokratisch organisierten Herrenvolkes eben doch vor staatlicher Willkür geschützt waren und sich auf ihre Art glücklich entfalten konnten, gewährten sie den Periöken keinerlei politische Rechte sowie keinen besonderen institutionellen Rechtsschutz und ließen, wie wir wissen, ihre Ländereien von den unterjochten Heloten, die sie als Sklaven behandelten, bebauen. Das aber schien schon dem Aristoteles „im Grunde eine gefährliche Methode“ zu sein. „Solche leibeigenen Bauern sind als Feinde anzusehen, die nur auf Unglücksfälle des sie beherrschenden Staates lauern, um alsdann über ihn herzufallen“; werden sie gelinde behandelt, so verlangen sie aus Übermut „gleiche Rechte mit ihren Herren“, werden sie aber streng und hart gehalten, so fassen sie „gegen ihre Gebieter einen tödlichen Groll“. Zudem fühlen sich freie Nachbarn, die den Standpunkt des Herrenvolkes nicht teilen, von diesem bedroht und daher ebenfalls als dessen Feinde. „Republiken, welchen dieses widerfährt, haben gewiß nicht die beste Methode gewählt, ihre Äcker anbauen zu lassen“. Von einer Gehorsamspflicht der Heloten oder einer Friedenspflicht der Nachbarn ist bei Aristoteles in solch rechtlosen Verhältnissen überhaupt nicht die Rede; ihm wäre es wohl umgekehrt als richtig erschienen, wenn die Spartaner, sei es aus besserer Einsicht, sei es unter dem Drucke eines zielbewußten Widerstandes der Heloten, diesen ein eigenes Gebiet zu freier Bebauung überlassen hätten.⁴²

³⁸ Berve, Sparta, S. 34—39. „Entgegen seiner nächsten Bestimmung“ hätte hingegen nach Bluntschli [Staatsrecht, S. 683] das *Ephorat*, während es als Widerstandsorgan gegründet worden wäre, mit der Zeit die Freiheit unterdrückt.

³⁹ Vgl. Aristoteles, Politik, II Kap. 9 (passim); Müller, Allg. Geschichte, II Kap. 4 (S. 27); Formulierungen von letzterem. Vgl. dazu auch Schiller, Gesetzgebung, S. 78—82 (Lykurg).

⁴⁰ Die Formulierung entstammt einer älteren Aristoteles-Übersetzung. Vgl. Aristoteles, a. a. O. — 1270a6—8 / v. K. S. 55.

⁴¹ S. Politik, II. Kap. 9 (S. 54f. — andere Übersetzung).

⁴² do. (S. 53f.). Vgl. Schiller, Gesetzgebung, S. 80f.

Trotz aller Vorsicht des Gesetzgebers konzentrierte sich übrigens auch innerhalb der Herrschicht das Vermögen im Laufe der Zeit in wenigen Händen, und da hiegegen das starre Grundgesetz, gemäß welchem das Staatswesen entstanden und gediehen war, machtlos war, ist dieses schließlich doch auch innerlich zerfallen⁴³.

Beides, sowohl die Unterdrückung der Heloten, wie die zunehmende finanzielle Ungleichheit der Bürger, hing damit zusammen, daß in Lakedämonien die Handhabung des Widerstandsrechtes immer mehr von einer *einzig* Behörde und nur im Sinne der Erhaltung der Stellung einer besonderen Schicht betätigt wurde, wobei dieser Widerstand zudem noch mit einer Unterdrückung aller individuellen Sonderbedürfnisse verbunden war⁴⁴. So kann man wohl sagen, daß das Ephorat, obwohl und vielleicht gerade weil es mehr als irgendeine uns bekannte Behörde der Erhaltung eines Staatsprinzips diene, in doppeltem Sinn keine reine Widerstandsinstitution war, indem es um des Widerstandes für das Gesetz des Herrenvolkes willen den kollektiven Widerstand der Heloten und den individuellen der eigenen Bürger unmöglich machte; das Widerstandsrecht verlor hier seinen positiven Gehalt, indem es in ein geschlossenes System gebracht wurde⁴⁵.

IV. Die spartanische Hegemonie und der Widerstand der Bundesgenossen

Die vornehmlich auf die Erhaltung der lakedämonischen Staatsstruktur gerichtete Tätigkeit der Ephoren erfüllte freilich in dem Sinne eine echte *Widerstandsfunktion*, als sie lange Zeit auch der Erhaltung der vollen Autonomie der Bundesgenossen und Verbündeten diene, da man von einer Einmischung in deren innere Angelegenheiten mit Recht Rückwirkungen auf die eigene Innenpolitik, insbesondere eine Stärkung der königlichen Macht befürchtete. So ergänzte denn das Ephorat den Widerstand der Athener und der eigenen Bundesgenossen, insbesondere Korinths, gegen Kleomenes und denjenigen der Ionier gegen Pausanias durch *restaurative* Maßnahmen.⁴⁶ In diesem Sinne wurde auch noch am Ende des 5. Jhd. v. Chr. sogar der Korinther Anaxilaos, der in seinem Widerstand gegen das tyrannische Regiment des spartanischen Feldherrn Klearch, als dieser sich für kurze Zeit entfernt hatte, den *Feind*, die belagernden Athener unterstützt hatte und deswegen später in Sparta einen Prozeß zu bestehen hatte, freigesprochen, da jener sich gegen die Stadt „unbilliger als Feinde“ benommen hätte; so anerkannten die Spartaner die Rechtmäßigkeit eines Widerstandes,

⁴³ Aristoteles, a. a. O. (v. K. S. 55f., 58).

⁴⁴ Vgl. Schiller, Gesetzgebung, S. 78—81 (Lykurg).

⁴⁵ Vgl. die Bemerkung Bluntschlis [a. a. O., S. 683], das Ephorat habe seine „nächste Bestimmung“ verfehlt, was wohl zeitlich, aber anscheinend zugleich auch inhaltlich, in bezug auf die *Idee* des Widerstandsrechts gemeint ist. (Vgl. oben, Anm. 38).

⁴⁶ Vgl. oben b. Anm. 29f.

der zur Übergabe einer verbündeten Stadt an ihre Feinde geführt hatte! Unterdessen waren freilich die Athener besiegt und u. a. auch zur Aufgabe ihrer Stellung in Byzanz gezwungen worden. Als dessen Bürger nun „gegen die Thraker und die in der Stadt herrschende Uneinigkeit“ wieder einen spartanischen Feldherrn erbaten, sandten ihnen die Ephoren merkwürdigerweise abermals den Klearch, der sofort sein „Schreckensregiment“ erneuerte, wohl hauptsächlich gegen die Partei, die 408 v. Chr. die Stadt in seiner Abwesenheit „verraten hatte“. Daraufhin ermahnten ihn die Ephoren und schickten schließlich ein Heer gegen ihn aus, um ihn mit Gewalt zu vertreiben, worauf er sich zurückzog und zuguterletzt zu Kyros nach Persien flüchtete, um dem Tod, den die Spartaner wegen Ungehorsams gegen ihn verhängt hatten, zu entgehen.⁴⁷

Die rechtliche Grundlage des Widerstandes der Bundesgenossen selber war freilich insofern an sich über jeden Zweifel erhaben, als es sich für diese zunächst um die Wahrung dessen, was wir heute Souveränität nennen, und demgemäß um die gewöhnliche Ausübung staatlicher Tätigkeit gegen „außen“ handelte. Dabei bestand ja im Altertum — mindestens ursprünglich — nicht die Annahme eines über den einzelstaatlichen Rechten stehenden eigentlichen internationalen Rechtssystems. Das, was wir heute *Völkerrecht* nennen, war damals eine im Bereich des *Religiösen* verbleibende Verpflichtung. Das hatte den Vorteil, daß, solange ein Volk sich noch irgendwie selbständig wehren konnte, man ihm das Recht dazu nicht absprechen konnte, gleichzeitig aber auch den Nachteil, daß, soweit eine selbständige Gegenwehr nicht mehr möglich war, seine Angehörigen der Willkür eines andern Volkes an sich restlos preisgegeben waren. Das „Recht des Stärkeren“ wurde zwar durch religiöse Vorstellungen und insbesondere durch stets auf religiöser Grundlage beruhende *Bündnisse* beschränkt; da aber jeder Teil sich nur vor den eigenen Göttern für die Einhaltung der von ihm eingegangenen internationalen Verpflichtungen verantwortlich fühlte, lag deren willkürliche Auslegung seitens des Stärkeren noch näher, als dies z. B. in der Gegenwart der Fall ist; insbesondere konnten an sich weder den Magistraten noch gar etwa den Bürgern eines Staates außerhalb desselben Rechtsmittel gegen einen andern Staat zustehen: dessen Behörden konnten nicht verpflichtet werden, solche Klagen an die Hand zu nehmen, und gemeinsame Instanzen konnten keine geschaffen werden, da die Götter, vor denen der eine Staat sich verpflichtet hatte, von Angehörigen des andern nicht angerufen werden konnten und umgekehrt.⁴⁸

⁴⁷ „Brutus“, a. a. O., W. S. 148 / Z. S. 164f.; Pauly-Wissowa, *Altertum*, I Sp. 2084 (Anaxilaos 4 — Judeich), XI Sp. 575f. (Klearchos 3 — Lenschau) und dort zit. Stellen.

⁴⁸ Vgl. Fustel, *Staat*, S. 247—254 / Cité, S. 241—248; sowie Althusius, a. a. O., Kap. 17 Abschn. 30, 43, 48—50 (S. 128f., 131f). Für das „Recht des Stärkeren“ im *Altertum* vgl. z. B. auch Mommsen, *Geschichte*, I S. 98f. u. a.

Diesem Übelstand war nun freilich für die Verträge, die die *Griechen unter sich* abschlossen, durch die Verehrung gemeinsamer Gottheiten, welche sich insbesondere in den Beziehungen zu Delphoi und dem Besuch der olympischen Spiele äußerte, sowie durch eine allmählich sich anbahnende rationalere Rechtsauffassung weitgehend abgeholfen. Zudem konnte man aber einen besonderen gemeinsamen Kultus schaffen und sich dadurch einem gemeinsam anerkannten Gott gegenüber zur Einhaltung eines *Bundesvertrages* verpflichten. Das ermöglichte dann einerseits die Schaffung eines Organs, dessen Herrschaftsrecht an sich vom Willen des einzelnen Kontrahenten unabhängig war; dadurch mußte aber anderseits dessen Recht zur Verteidigung seiner Selbständigkeit, soweit diese durch die Ausübung jenes Herrschaftsrechts illusorisch zu werden drohte, automatisch zu einem *Widerstandsrecht* werden, wie das eben stets der Fall ist, wo ein Rechtsverhältnis zugleich eine staatsrechtliche und eine völkerrechtliche Komponente aufweist. Freilich war damit noch keine Garantie für die Respektierung des schwächeren Teiles der betreffenden Verbindung durch den stärkeren geschaffen, solange jenes Widerstandsrecht nicht in den Institutionen des *Bundes* oder seiner Vormacht irgendwie verankert war.⁴⁹

Ob man nun den sogenannten „peloponnesischen Bund“ als einen eigentlichen *Bund* mit den Ephoren als Leiter der spartanischen Volksversammlung einerseits und der Versammlung der Vertreter der Bundesgenossen anderseits an der Spitze oder aber mit Triepel als bloßen unter der Hegemonie Spartas stehenden Verband ansehen will⁵⁰, jedenfalls war den Bundesgenossen, anscheinend im Gegensatz zur Vormacht Sparta, für den Normalfall die Befolgung der mit Zustimmung ihrer *Mehrheit* gefaßten Beschlüsse vorgeschrieben; hatten sie sich einem gemeinsamen Krieg angeschlossen, so waren sie zu diesem Zweck dann dem Willen des führenden *Sparta* unterworfen. Oft haben sich aber einzelne Bundesgenossen einer kriegswilligen Mehrheit widersetzt und sind unbehelligt zu Hause geblieben; daß der Widerstand gegen den Mißbrauch der militärischen Führerstellung spartanischer Befehlshaber verschiedentlich sogar die Unterstützung spartanischer Behörden und seine restaurative Ergänzung durch das Eingreifen der Ephoren fand, indem diese die Fehlbaren absetzten, haben wir bereits am Anfang dieses Abschnittes^{46 f.} gesehen. Der Bund selbst

⁴⁹ Vgl. zur religiösen Begründung dieser Verhältnisse die Auffassungen Fustels [a. a. O., S. 250 f., 254—258, 437—442 / Cité, S. 244—246, 248—252, 426—431], die heute freilich stark umstritten (statt vieler: Triepel, Hegemonie, S. 441—443) sind.

⁵⁰ Die erstgenannte Auffassung vertreten Wilamowitz [Griechen, S. 90 f.] und Busolt [Bundesgenossen, S. 2 ff., 8 f.]; von einer Bundesversammlung mit dem Recht zu Mehrheitsbeschlüssen spricht aber auch Kahrstedt [Sparta, S. 265—273, 277], dessen Meinung sonst der zweitgenannten (Triepel, Hegemonie, S. 365—372) nahekommt; letzterem stimmt auch Nef [Polis, S. 263] zu.

begünstigte die Selbständigkeit der Glieder, indem er für Streitigkeiten zwischen zwei Bundesstädten die *Schiedsgerichtsbarkeit* einer dritten vorsah. So hielt sich Sparta bis 404 v. Chr. an eine milde Form der Hegemonie, bei der das Widerstandsrecht der Bundesglieder weitgehend anerkannt war; eine stärkere Verankerung desselben im Bundesrecht wäre wohl von den Bundesgenossen selber abgelehnt worden, da sie ja beinahe volle *Unabhängigkeit*, also *mehr* zu haben glaubten.⁵¹

Seit der Bezwingung Athens genügten nun aber diese insbesondere von seiten Spartas mehr oder weniger freiwillig eingehaltenen Garantien der Selbständigkeit der Gliedstaaten nicht mehr; nun, da das machtpolitische Gegengewicht, welches die demokratische Metropole gegen allfällige Machtgelüste der Spartaner gebildet hatte, weggefallen war, sollte es sich rächen, daß die Bundesgenossen sich bisher im großen und ganzen auf die freiwillige „Hilfe“ der Ephoren verlassen und *keine* effektive *institutionelle Verankerung* ihres Widerstandsrechts in der Bundesorganisation durchgesetzt hatten. So konnte es Sparta zunächst erreichen, daß Athen und ebenso einige Zeit später Olynth abrüsten und sich zur unbedingten Heeresfolge verpflichten mußten. Deren Stellung färbte aber bald auf diejenige der alten Symmachoi ab. Nicht nur hat Sparta nun Kriege ohne Befragen der Bundesgenossen als solche des Bundes durchgeführt, auch sonst verwandelte sich seine Hegemonie immer mehr in umfassende Herrschaft; es kam mit einer kurzen Unterbrechung nach dem Sturz des besonders gewalttätigen und eigenmächtigen Lysander zu einer sich mehr und mehr steigernden Unterjochung der Bundesgenossen. Dies äußerte sich weniger in Tributforderungen als in Einmischungen in die *Autonomie* der Glieder; darin hat Sparta nun einen völligen Bruch mit seiner politischen Vergangenheit vollzogen. Die Städte des Bundes „wurden mit Zehnmännerregierungen beglückt, die aus den Städten verbannten oder geflüchteten Oligarchen mußten zurückberufen werden; die Besatzungen, die während des großen Krieges aus militärischen Gründen in Bundesstädte gelegt worden waren, wurden nicht zurückgezogen, sondern vermehrt“; deren Befehlshaber, die Harmosten, wurden wahre Staatthalter; sie übten das Recht der Mobilmachung und kontrollierten die betreffenden Regierungen. Der Königsfriede von 386, der Sparta und Athen die Pflicht auferlegte, ihren Bundesgenossen wieder die Autonomie zu gewähren, und damit den Inhalt ihres Widerstandsrechts klarlegte, wurde „recht weitherzig“ ausgelegt; vor allem faßte Sparta im allgemeinen diese Verpflichtung „so auf, daß die Autonomie nur das Recht enthalte, die der Hegemonialmacht entsprechende, d. h. eine nichtdemokratische Verfassung zu besitzen“. So kam es nun zur Besetzung der Burg von Theben und zum Justizmord an Ismenias, zur Erzwingung der Rückberufung verbannter Oligarchen

⁵¹ Vgl. Triepel, a. a. O., S. 369 f., 372—374; Kahrstedt, a. a. O., S. 266, 277, 286. Dazu Nef, a. a. O., S. 262 f.

durch die Phleiasier und der Veranstaltung einer Exekution wegen „schlechter Behandlung“ der Zurückgekehrten und zur Vierteilung der Stadt Mantinea.⁵² So wirkte schließlich doch die im Innern herangereifte „Herrenvolk“-Gesinnung auf die Behandlung aller, die unter Spartas Vormachtstellung gerieten, zurück, ein Vorgang, der sich später in umgekehrter Reihenfolge und in langsamerem Tempo in Rom wiederholen sollte.⁵³

Diese Ausartung der spartanischen Hegemonie in *tyrannische Herrschaft* erschien nun aber vielen Bundesgenossen nicht mehr „einfach“ als *Mißbrauch* einer an sich anerkannten Vormachtstellung, sondern als *Anmaßung* einer Gewalt, für die den Spartanern *keinerlei Rechtstitel* zustand, so daß sie nun ihrerseits das „Widerstandsrecht“ in der Absicht, nicht etwa bloß ihre Autonomie wiederzugewinnen, sondern sich von Sparta völlig unabhängig zu machen, auszuüben suchten. Da kam es ihnen zustatten, daß das bis dahin so ruhige Theben nun gerade deshalb zu größter äußerer Machtentfaltung befähigt wurde, weil Sparta mit Persiens Hilfe den lockeren boiotischen Bundesstaat, dem Theben angehört hatte, mitsamt seinem kunstreichen proportionalen *Repräsentativsystem* zerstört und so die Entstehung eines zwar anscheinend ähnlich organisierten, aber doch stärker *zentralisierten Machtstaates* an der leer gewordenen Stelle begünstigt hatte. So kam es nach der Niederlage der Spartaner bei Leuktra zum Zusammenbruch ihres ganzen Staates. Die Bundesgenossen rächten sich jetzt für die drückende Behandlung, welche ihnen immer mehr zuteil geworden war, schritten unter thebanischer Führung zum Widerstand und entmachteten das tyrannisch gewordene Sparta. In Scharen verließen aber auch die Heloten ihre Gehöfte; insbesondere dort, wo er sich jahrhundertlang stets von neuem besonders heftig geäußert hatte, in *Messenien*, fand der helotische Widerstand endlich die notwendige restaurativ-revolutionäre Ergänzung; des Epaminondas „Aufruf zur Freiheit“ fand hier leidenschaftlichen Widerhall, und der autonome messenische Staat, den er jetzt ins Leben rief und dem er in der Stadt Messene auf dem Ithomberg, der alten Feste der Freiheitskämpfer, ein Zentrum gab, war nicht eine Augenblicksschöpfung, sondern als Erfüllung des jahrhundertlangen Freiheitsringens eines geknechteten Volkes von Dauer“⁵⁴. Auch *Mantinea* wurde wiederhergestellt.⁵⁵

Die *Arkader* beschlossen gar, um fortan ihre Selbständigkeit wahren zu können, sich zur Stadt Megalopolis zu vereinigen; dabei stießen sie

⁵² Der ganze Absatz nach Triepel [a. a. O., S. 375—377], dessen Formulierungen z. T. übernommen sind. Vgl. die dort zit. Xenophon-Stellen, sowie Kahrstedt, a. a. O., insb. S. 265 f., 277, 286, und Berve, Sparta, S. 131—140.

⁵³ Vgl. Berve, a. a. O., S. 134 f. Bezüglich *Rom* vgl. unten Kap. 9 II C und D.

⁵⁴ Berve, Sparta, S. 145.

⁵⁵ Vgl.: Triepel, a. a. O., S. 375, 377; Berve, a. a. O., S. 139—145; Wilamowitz, Griechen, S. 82—86, 128—130, 134 f.; Knauss, a. a. O., S. 90 f.

freilich ihrerseits auf den Widerstand für das alte Recht seitens dreier kleiner Ortschaften, deren Bewohner sie daher in einem Fall mit *Gewalt* in die neue Stadt führten, im zweiten, soweit sie sie nicht „in der ersten Aufwallung des Zornes *umgebracht* hatten“, *auswandern* ließen, im dritten aber deshalb nicht behelligten, weil sie im Schutz eines Heiligtums *Zuflucht* gefunden hatten⁵⁶.

Nach Spartas Niederlage kam jetzt aber auch in seine innere Entwicklung eine etwas humanere Note; andererseits nahm freilich die Entartung der politischen Formen zu, obwohl im Prinzip die alte Verfassung bis ins 2. Jhd. hinein bestehen blieb. Sollen wir nun deren über 600jährige Dauer im Hinblick auf das Widerstandsrecht mit Johannes Müller⁵⁷ bewundern oder mit Friedrich Schiller⁵⁸ bedauern? Das kommt auf den Gesichtspunkt an, von dem aus wir sie betrachten. Diese Verfassung hat wohl eine wirklich freiheitliche Entfaltung der spartanischen Menschen verhindert; der in ihr enthaltene widerstandsrechtliche Gehalt ist zum Ungeist der bloßen Erhaltung entartet; insofern kann *Sparta* nicht als Vorbild einer allgemein dem Schutz der Einzelnen dienenden widerstandsrechtlichen Gestaltung betrachtet werden. Hingegen hat seine Verfassung dazu beigetragen, daß der alte Widerstandsgeist in „kollektivierter“ Form im „spartanischen Geschlecht“ noch lange erhalten blieb und sich teilweise sogar noch zu echtem individuellem Freiheitsgeist entfaltete: als einzige haben sich die Spartaner geweigert, sich Philipp von Makedonien durch den Abschluß eines Friedens und eines „Bündnisses“ zu unterwerfen, und ... „als Lakedämon selbst unterging, vermochten weder die römische Kraft, noch die ... Erniedrigung unter dem ... Reich von Konstantinopel, noch die Waffen der osmanischen Türken die Bürger Lykurgs gänzlich zu unterjochen“; noch zur Zeit Johannes Müllers lebte anscheinend ein Teil ihrer Nachfahren „in Unabhängigkeit im Gebirge von Maina unter zwei Fürsten“; andere hätten sich „auf Corsica, einige nach dem nordamerikanischen Florida geflüchtet ..“⁵⁹.

Viertes Kapitel

Athen

I. Alt-attischer Widerstand

Während in Sparta das Widerstandsrecht der Erhaltung einer straffen kommunalen Ordnung des Herrenvolkes galt, so schützte es in

⁵⁶ do., S. 90. Vgl. Wilamowitz, a. a. O., S. 130.

⁵⁷ Allg. Geschichten, II Kap. 4 (S. 28).

⁵⁸ Gesetzgebung, S. 78f., 82 (Lykurg).

⁵⁹ Zitiert nach Müller, a. a. O. Vgl. Berve, a. a. O., S. 146f.

Athen bis zu einem gewissen Grad die *Freiheit der Einzelnen*, mindestens soweit sie nicht Sklaven waren¹.

Seit Theseus dauerten nach der Überlieferung die Kämpfe um die Beschränkung der allzu großen Macht *Einzelner* im „Staatswesen der Athener“. Die Oberhäupter der gentilizischen Verbände, die Eupatriden, bildeten eine immer mächtiger werdende Körperschaft und erlangten feste Rechte. Der König war in gewissem Sinn das Oberhaupt eines föderativen Staates. Es heißt, Theseus habe die Prytaneen der einzelnen Marktflecken zu zerstören versucht; deshalb hätte er denn auch viele Kämpfe auszuhalten, viele Aufstände mit Geschicklichkeit oder mit Gewalt zu unterdrücken gehabt; zuletzt soll er dann doch noch besiegt, aus Athen vertrieben worden und im Exil gestorben sein. Daraufhin wäre es zur *Wahl* eines Königs aus einer andern Familie durch die Eupatriden gekommen. Die Familie des Theseus sei dann wieder zur Macht zurückgekehrt, aber schließlich durch diejenige der Medontiden verdrängt worden. Wir besitzen keine zuverlässige Überlieferung von diesen Bürgerkriegen, aber soviel dürfte nach dem heutigen Stand der Forschung gewiß sein, daß ein fortwährender Kampf um die Rechte der Herrschaft bestand.²

Immer mehr wurde das Königtum zurückgedrängt. Nun verlor es die reine Erblichkeit, indem die Adligen es zwar dem Geschlechte der Medontiden beließen, sich aber die Auswahl der Herrscherperson durch ihre Versammlung vorbehielten; dann wurde die Würde auf zehn Jahre beschränkt, bald wurden auch alle Adligen dazu wählbar; schließlich (683—682 v. Chr.) wurde die Jahreswahl eingeführt und die königliche Gewalt auf ein politisches (Archon), ein militärisches (Polemarchos) und ein religiöses (Archon-König) Oberhaupt aufgeteilt. Zu diesen drei höchsten Beamten traten seit Drakons Zeit sechs *Thesmotheten* als Hüter der aufgezeichneten Gesetze und bildeten mit jenen zusammen das *Kollegium* der Neun. Die Häupter der Geschlechter vereinigten sich zu einem *Adelsrat* auf dem Areopag, der über Sitte und Herkommen zu wachen hatte, den wichtigsten Teil der Verwaltung besorgte und nach eigenem Eressen denjenigen, der sich gegen die Staatsordnung verging, mit Bußen und Strafen belegte und vielleicht später auch schon die Beschwerden eines jeden gegen die Beamten zur Beurteilung entgegennehmen mußte; auch die Wahl der Beamten dürfte ihm anfänglich zugestanden haben. Mit der Zeit scheint aber diese letztere Kompetenz, sowie der definitive Entscheid über gewisse Beschlüsse des Rats und über Krieg und Frieden an eine allgemeine Versammlung der Phratrienangehörigen, d. h. des Adels, übergegangen zu sein.³ Alles dies dürfte, obwohl damit organisatorische

¹ Vgl. Müller, Allg. Geschichte, II Kap. 5 (S. 30); Berve, Geschichte, I S. 135—137, vgl. 96f.; Knauss, Hellas, S. 33, 53—57.

² S. vor allem Fustel, Staat, S. 296f. / Cité, S. 288f.; Berve, a. a. O., I S. 82.

³ Vgl. Aristoteles, Athener, Abschn. 3f. (S. 2—6), und Berve, a. a. O., I S. 82, 168f.; ferner Fustel, Staat, S. 298f., 306 / Cité, S. 289—291, 299.

Neuerungen eingeführt wurden, nicht zuletzt mit dem besseren Schutz alten (materiellen) Rechts vor königlicher Willkür begründet worden sein.

Eindentig auf einer *rechtlichen* Grundlage konnte man nun aber den Widerstand gegen Kylon, der sich durch einen Staatsstreich der Burg bemächtigte (um 630 v. Chr.)⁴, ausfechten, da es sich ja darum handelte, die Ausübung und Fortführung einer soeben errichteten „Tyrannis titulo“⁵ zu verhindern. Die attische Landbevölkerung folgte denn auch bereitwillig dem Aufgebot der bisherigen Machthaber gegen die Usurpatoren; als politisch rechtloser Volksteil bekundete sie freilich auch kein übergroßes Interesse an einem erfolgreichen Abschluß des Widerstandes, so daß sie, als sich eine regelrechte Belagerung als notwendig erwies, diese dem Adel überließ und nach Hause zurückkehrte. Ungeachtet dieses nun auch gegen *ihr* Unternehmen sich bemerkbar machenden, zumindest passiven Widerstandes, gelang den Adligen die Vollendung ihres Widerstandes, wobei die Alkmaioniden mit bisher unerhörter Hintanstellung aller herkömmlichen religiösen Bindungen gegen die „Kyloneer“ vorgingen. Der Tyrann selber konnte zwar rechtzeitig fliehen, aber seine Anhänger wurden „in wilder Leidenschaft, unter Bruch des Geleitversprechens und unter Verletzung des Asylrechts der Götteraltäre ... ermordet“.⁶

Damit begnügte man sich aber nicht. Sei es durch die „Neun“, sei es durch den Areopag⁷, wurde gegen die Kyloneer in einem eigentlichen gerichtlichen Verfahren die *Verbannung* verhängt, was die archaische Strafe für den offensichtlichen und wissentlichen Mord war und den Ausschluß des ganzen Geschlechts auf alle Zeiten aus dem staatlichen Verband bedeutete⁸. Damit wurden sie gleichzeitig auch „atim“, d. h. sie verloren ihre bürgerliche Rechtsstellung und durften im Falle des Bannbruchs, aber vielleicht erst nach Ansetzung einer Frist zum Verlassen des Landes, wohl von jedermann getötet werden⁹.

So hatte also der attische Adel, gewarnt durch die Unterdrückung der Oberen in Korinth und Sikyon seitens der dortigen Tyrannen und insbesondere in Megara seitens des Theagenes, Kylons Schwiegervater, die notwendige Geschlossenheit und Tatkraft aufgebracht, um sein

⁴ So Friedel, Tyrannenmord, S. 12 (m. Anm. 38 und dort zit. Lit.); Berve, a. a. O., I S. 170. Cornelius [Tyrannis, S. 36—40, 44] setzt den Putsch des Kylon ins Jahr 552 v. Chr., glaubt aber doch [a. a. O., S. 38], daß auch vor Solon schon eine Tyrannis aufgekommen und gestürzt worden sein dürfte.

⁵ Nach mittelalterlicher Terminologie. Vgl. oben Einl. b. Anm. 67 und dort zit. Lit.

⁶ Friedel, a. a. O., S. 12—14 und dort zit. Stellen, sowie Lit.

⁷ Dazu Friedel, a. a. O., S. 15—19 und dort umfassend zit. Lit.; vgl. Aristoteles, Athener, Abschn. 3 (am Ende) und 4 (am Ende) (S. 4—6); Kahrstedt, Athen, S. 91.

⁸ Friedel, a. a. O., S. 19f.

⁹ Friedel, a. a. O., S. 20—26; vgl. Kahrstedt, Athen, S. 106—122.

Widerstandsrecht durchzusetzen. Dieses dürfte damals weder in einem speziellen Gesetz vorgesehen, noch einer besonderen Institution übertragen, sondern einfach allgemein auf das selbstverständliche Recht der rechtmäßigen bisherigen Behörden, der traditionellen Staatsgewalt, sich gegen *Usurpation*, d. h. eben Tyrannis titulo, zu wehren, zurückgeführt worden sein.¹⁰

Die Verletzung der heiligen Asylrechte durch die Alkmaioniden wurde freilich, als diese ihrerseits ihre beherrschende Stellung verloren — die Schätzungen über den Zeitpunkt gehen hier weit auseinander —, nach Aristoteles von 300 Geschworenen aus den vornehmsten Geschlechtern, als Blutfrevel gerichtlich abgeurteilt, wobei ebenfalls das ganze Geschlecht verbannt wurde¹¹; dies mochte nicht zuletzt mit Rücksicht auf die religiösen Gefühle der der Adelherrschaft gegenüber skeptischen Bauernschaft geschehen sein.

II. Das Werk des Solon

Bei den Bauern hatte sich ja, wie wir sahen, bei diesen Vorgängen ein anderer, gegen die allzu stark gewordene Gewalt des Adels gerichteter Widerstand angekündigt, der sich gleichzeitig auf die Erinnerung an einen besseren noch älteren Zustand und auf neue revolutionäre Strömungen stützte; was würde geschehen, wenn dieser Widerstand sich einmal verschärfen und einem Teil des ebenfalls noch politisch rechtlosen Mittelstands mit Hilfe der Armen die aktive Unterstützung eines die Volksstimmung geschickt ausnützenden neuen Tyrannisanwärters erlauben würde? Die „*Isonomia*“, die rechtlich gesicherte Gleichheit im Staat, die der Adel für sich selbst den Königen gegenüber durchgesetzt hatte, mußte nun auf weitere Volkskreise ausgedehnt werden, wenn sich der Staatsgedanke der Polis weiter entfalten und auch gegenüber dem Machtwillen ehrgeiziger Individuen behaupten sollte. Die attischen Geschlechter sahen nun allmählich die Unhaltbarkeit der Zustände ein und entschlossen sich, „selbst den Ausgleich herbeizuführen, indem sie ... nach ionischem Vorbild einen „*Versöhner*“ bestellten, doch nicht wie ihre kleinasiatischen Stammesgenossen von auswärts, sondern aus ihrem eigenen Kreis“; so wählten sie denn zum Archon mit außerordentlichen Kompetenzen einen aus dem alten Königsgeschlecht der Medontiden, der „längst warnend seine prophetische Dichterstimme erhoben hatte“, den Solon (594—593 v. Chr.).¹²

¹⁰ Vgl. Friedel, a. a. O., S. 13—15.

¹¹ Aristoteles, Athener, Abschn. 1 (S. 1); vgl. Friedel, a. a. O., S. 14, 18.

¹² Berve, Geschichte, I S. 170; Heintzeler, Tyrann, S. 1—4, 8f.; Friedel, a. a. O., S. 7, 12—14, 32, 52. Vgl.: Aristoteles, a. a. O., Abschn. 2, 5 (S. 1f., 6f.); Fustel, Staat, S. 323 / Cité, S. 314f.; Knauss, Hellas, S. 103f., 111; Verdroß, Grundlinien, S. 5.

Dieser schuf nun, „nicht [wie die andern Staatsschöpfer seiner Zeit], als selbstherrlicher, durch sein Werk zugleich die eigene Herrschaft sichernder *Tyrann*, sondern vom Boden des Gesetzes aus, als gewählter, nach Vollendung seiner Aufgabe zurücktretender *Diener* des Ganzen“, im Auftrag der schlichtenden und der gestaltenden Gerechtigkeit ein großartiges Werk der Versöhnung und des Ausgleichs: die nach ihm benannte *Verfassung*¹³.

Solon selbst ging nach vollbrachtem Werk bekanntlich ins Exil; den daraufhin erfolgten Ausbruch neuer Kämpfe hätte er freilich seinerseits durch eine Tyrannis verhindern oder doch hinausschieben können, was ihm anscheinend seine Freunde nahelegten. In einem seiner Gedichte zeigt er, wie tatsächlich diese Versuchung auch an ihn herangetreten sei: „Herrschen wollt' ich einen Tag nur, Reichtum unermeßlich häufen, und Tyrann sein von Athen — einen einz'gen Tag lang nur! Martern dürften sie mich nachher und vertilgen meine Spur!“ Er habe aber nicht nach Alleinherrschaft und grausamer Gewalt gegriffen, durch die er eben nur seinen Ruf schandvoll besudelt hätte, sondern die Vaterstadt geschont; dessen habe er sich wahrlich nicht zu schämen.¹⁴ So ging für Solon das moralische Recht, gegen einen Tyrannen vorzugehen, noch weiter als das bisherige „gesetzliche“.

Wie wichtig ihm die Aufrechterhaltung dieses gewohnheitsrechtlichen Schutzes gegen die Tyrannis war, das geht anscheinend zunächst einmal daraus hervor, daß auf Grund des ihm zugeschriebenen Amnestiegesetzes außer den verbannten Mördern und Totschlägern nur gerade die wegen aktiver Teilnahme an einer Tyrannis Verbannten „atim“ blieben, d. h. nicht amnestiert wurden¹⁵.

Solons Verfassungs- und Gesetzgebungswerk war eine Vermittlungstat. Die Einwohnerschaft wurde nach dem Vermögen eingeteilt, wobei den Großen doch eine starke *Vormachtstellung*, vor allem wirtschaftlicher Art, blieb, während einerseits der Mittelstand mit Einschluß der Gewerbetreibenden in die vier Phylen aufgenommen wurde und das *volle Bürgerrecht* mit dem Recht der Teilnahme an der Volksversammlung erlangte, andererseits die hörigen Bauern das Eigentum an ihrem Land, sowie, durch das Verbot der Schuldknechtschaft und eine Begrenzung des Erwerbs von Grundbesitz seitens der Großen, weitestgehende *Freiheit* erhielten.¹⁶

¹³ Berve, a. a. O., S. 170f.; Heintzeler, a. a. O., S. 8; Knauss, a. a. O., S. 104f.; Verdroß, a. a. O., S. 23—25. Über den bewundernswert menschlichen Geist der *solonischen* Gesetzgebung vgl. Schiller [Gesetzgebung, S. 99ff. (Solon)]. Vgl. auch folgende Anm.

¹⁴ Friedel, a. a. O., S. 7f. Vgl. Heintzeler, Tyrann, S. 8f. (vgl. 2f.): Solon tritt für „Dike“ und „Eunomia“ gegenüber „Bia“ und „Hybris“ des Tyrannen ein; vgl. hiezu auch Verdroß, a. a. O., S. 17f., 23—25.

¹⁵ Friedel, a. a. O., S. 15.

¹⁶ Aristoteles, Athener, Abschn. 6—10 (S. 7—13); Fustel, Staat, S. 321—325 / Cité, S. 312—317; Berve, a. a. O., I S. 170—176; Verdroß, a. a. O., S. 5, 24f. Die *demokratische* Kultordnung, wie sie *innerhalb* der ein-

Wir können hier nicht auf Details dieses bewundernswerten Rechtsgebäudes eingehen; hingegen sei noch kurz angedeutet, wie die *Widerstandsseite* darin ihre Verwirklichung fand. Daß die Verfeinerung der Tyrannis beibehalten und anscheinend zumindest indirekt bestätigt wurde, haben wir bereits gesehen; zum *Wächter über die neue „Verfassung“* wurde der Areopag bestimmt, der jetzt, vielleicht schon früher, aus lauter gewesenem Archonten bestand; schließlich wurde der *Schutz vor staatlicher Unterdrückung* auch weitgehend dem Volke und den die Rechte der Volksteile währenden Parteien aufgetragen, während weitestgehende *Assoziationsfreiheit* die freie Meinungsbildung und die Wahrung berechtigter Sonderbedürfnisse erleichtern sollte. Zur Bekräftigung ihrer „Verfassungstreue“ legte die ganze Bürgerschaft einen *Eid* auf die neuen Gesetze ab, deren Schutz nun auch im alljährlichen Eid der neu in sie eintretenden Jünglinge enthalten und im periodischen Amtseid der Behörden spezifiziert war.¹⁷

Die Rechte des Volkes wurden durch einen *Rat* von je 100 aus jedem der vier Stämme und durch die *Volksversammlung* wahrgenommen, die die Behörden zu wählen hatte und ihnen, wenn ihr die Aufsicht des Rates nicht genügte, anscheinend Rechenschaft abfordern konnte, also jene zwei Rechte besaß, die für das Volk nach Aristoteles die notwendigsten sind, da es sonst der *Sklave* und zugleich der *Feind* seiner Oberen ist. Zudem konnte aber hier jeder gegen die Entscheide der Behörden an das Volk appellieren, das nun, wohl zur Hauptsache in dem durch das Los bestellten *Volks- oder Gemeindegerecht*, in politischen Dingen aber anscheinend auch an der Volksversammlung selber, mit Ausnahme einzelner dem Areopag auf dem Gebiete des Strafrechts verbliebenen Gegenstände auch die Zivil- und Strafsachen, die letzteren gegebenenfalls auf *Popularklage* hin, beurteilte. Durch die Bildung dieser Körperschaften, wo jeder als *Gleichberechtigter* neben dem andern stand und sich entsprechend dem ionischen Zug zum Individuellen *initiativ* betätigen durfte, wurde der athenische Demos „bereits durch Solon zum bewußten und verantwortlichen Träger des Gemeinwesens gemacht“; in jedem Einzelnen, der fähig war, sich für ihn aus eigenen Kosten zu wehren, sollte der attische Staat ruhen; „wie er richtend für die Ordnung des Gemeindelebens sorgt, so kann, so soll der Athener jederzeit vor dem richtenden Volke im Namen der Gesamtheit als Ankläger auftreten gegen alle Schädiger oder Verletzer des Staats-

schonen Geschlechtsverbände wohl allgemein weitgehend den autoritären Strömungen des *gesamstaatlichen* Lebens widerstanden hatte, durchdrang nun auch die umfassendere Ordnung der *neugegliederten Phylen* und den Staat selber: vgl. Wilamowitz, Griechen, S. 48, 51, 53; Barker, Plato, S. 26f., 43.

¹⁷ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 7–9 (S. 9, 12f.). Vgl.: „Brutus“, *Vindictae*, W. S. 134 / Z. S. 145; Müller, a. a. O., II Kap. 5 (S. 31); Kahrstedt [Athen, S. 73], der einen gewissen Zweifel bezüglich des Volkseides ausdrückt; Wilamowitz, Griechen, S. 50f., 70f., 96; Barker, Plato, S. 43, vgl. 26f.; Knauss, a. a. O., S. 111. Vgl. auch unten Anm. 20.

wesens“, ja eigentlich des hinter diesem stehenden *Nomos*, der sich im Handeln der *Menschen* verwirklicht.¹⁸

Darin, daß dem Gemeindegericht schon damals die *authentische Interpretation* der Gesetze zugestanden habe, lag nach Aristoteles¹⁹ die Quelle der späteren Allmacht der Volksversammlung; damals bestand aber, wie wir soeben gesehen haben, noch der Verfassungsschutz durch den Areopag²⁰; auf das genaue Verhältnis der beiden Instanzen und dessen Wandlungen kann hier nicht eingetreten werden. Hingegen müssen wir noch auf die „staatsrechtliche“ Anerkennung einer damals im Volk selbst liegenden Schranke der Allmacht einer eventuellen Mehrheit hinweisen: die als Bestandteil der neuen „Verfassung“ freilich nicht ganz sicher verbürgte, unseres Erachtens aber doch nicht unwahrscheinliche Bestimmung, daß inskünftig jeder „atim“ sein sollte, der während einer Bürgerfehde nicht eine der „Parteien“ unterstützen würde²¹; ein von den Streitenden bestellter Schiedsrichter konnte natürlich hievon nicht betroffen werden. Diese Verpflichtung zur Parteinahme dürfte gewissermaßen die Legalisierung einer Beistandspflicht, ähnlich wie sie für die Geschlechtsgenossen früher und, wo der öffentliche Rechtsschutz fehlte, wohl noch damals bei der Privatrache und damit auch beim Widerstand gegen Vertreter der „Staatsgewalt“ galt, im Rahmen der neueren größeren Gruppierungen des zeitgenössischen Staatswesens gewesen sein: jede „Partei“ — das dürfte die Idee dieser Bestimmung gewesen sein — sollte sich geschlossen gegen eine Beeinträchtigung der „*Nomoi*“, die die Grundlage des gegenseitigen Einvernehmens bildeten, durch die andere zur Wehr setzen, so daß ein Zwist, wie normalerweise ein Krieg zwischen zwei Völkern, nicht leicht durch den völligen Sieg der einen Partei, es sei denn, diese bilde eine erdrückende Mehrheit, sondern eher durch ein gegenseitiges Übereinkommen überwunden werden könnte, welches die alte Verfassung ergänzen und damit die Herrschaft der Gesetze wiederherstellen würde; dabei mochte auch die Erinnerung an jene

¹⁸ Aristoteles, Politik, II Kap. 12 — ARB. 1273f., insb. 1274a 16ff. / v. K. S.66 (andere Übers.); Müller, a. a. O., II Kap. 5 (S. 30f.); Berve, a. a. O., I S. 172f.; Knauss, Hellas, S. 51—55, 105—111, 113—116. Über die Ordnung der richterlichen Kompetenzen vgl. Schulthess, Volksgericht, S. 4f. Über die Förderung des Individuellen durch die *solonischen* Gesetze vgl. Schiller, a. a. O., S. 99f. (a. a. O.) Knauss, [a. a. O., S. 52—54] geht noch weiter und spricht den „*Parteien*“ jede Bedeutung ab, Formulierungen zwischen „ „ im Text von Berve. Vgl. unten Anm. 21.

¹⁹ Athener, Abschn. 9 (S. 13). Schulthess [a. a. O.] übt freilich Kritik an der Auffassung des Aristoteles.

²⁰ Schulthess, a. a. O., S. 5; Berve, a. a. O., I S. 173: vgl. Aristoteles, a. a. O., Abschn. 8 (S. 12). Vgl. oben bei Anm. 18.

²¹ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 8 (a. E. — S. 12); Berve, a. a. O.; dazu Friedel, a. a. O., S. 24. Vgl. auch Burckhardt, Kulturgeschichte, S. 218f. Diese Bestimmung entsprach doch wohl jenem *solonischen* Streben, das Verdroß [a. a. O., S. 10f.] als Aufruf zur Selbstverantwortung der Bürger bezeichnet.

Passivität weiter Kreise, die den Freunden der Freiheit der Gemeinde beim Vorgehen gegen Kylon, sowie bei anderen politischen Händeln, als Begünstigung allfälliger Tyrannis erschienen sein dürfte, mitgespielt haben.

Die Erwartung von *Vergleichen*, wenn jeder im innenpolitischen Kampf sein Recht verteidigte, war durchaus nicht unberechtigt; im Gegensatz etwa zur Erbitterung, mit der oft die späteren griechischen und die modernen Bürgerkriege geführt wurden und werden, da es hier von vornherein um die Erringung der totalen Herrschaft über den Gegner ging und geht, verband damals anscheinend noch ein starkes gemeinsames Ethos gerade auch die einander in der Fehde Gegenüberstehenden, wobei sie überzeugt waren, daß gerade in solchem Kampf das wahre Recht gefunden werden könnte. Das zeigte sich denn auch in den Ereignissen, die sich nun nach Solons Abreise abspielten. Die Adligen wehrten sich gegen die timokratische Ordnung, insbesondere gegen die entsprechende Besetzung des obersten Amtes, des Archontats, so daß diese mehrmals überhaupt verhindert wurde und schließlich ein gewisser Damasias die Stelle über zwei Jahre bekleidete, bis er zuguterletzt mit Gewalt daraus entfernt werden mußte. Daraufhin einigte man sich auf die Einsetzung eines Zehnmännerkollegiums von fünf Eupatriden, drei Grundbesitzern und zwei Zunftleuten — die ärmeren Bauern und Städter blieben natürlich ausgeschlossen — an Stelle des Archonten. Es scheint, daß schließlich die mittelständische Mehrheit der Bürger wieder die Inkraftsetzung der solonischen Ordnung erzwang, wobei aber vielleicht jetzt auch einzelne Bestimmungen in Kraft traten, die durch jene Kommission hinzugefügt worden sein mochten^{22, 23}.

III. Widerstand gegen die Tyrannis der Peisistratiden

Nun verlangten aber die *Armen*, vom Bürgerrecht noch Ausgeschlossenen, deren „Partei“ von „unzufriedenen Elementen aller Art, namentlich auch durch Solons Schuldenerlaß benachteiligten Gläubigern“, sowie solchen, die wegen unreiner Abkunft keiner Phyle angehören durften, Zuzug erhielt, ebenfalls eine gewisse *politische* Stellung. So konnte es nun trotz allem zu einer Tyrannis kommen: der reiche Peisistratos, der Anführer dieser Partei, hatte sich im Kriege einen großen Namen gemacht und brachte nun, so lautet bekanntlich die Überlieferung, trotz des alten Solons Protest, die Gemeinde dazu, ihm eine Leibwache zu gewähren, indem er ihr eine Menge Wunden zeigte, die er angeblich von den Anhängern der Gegenpartei erhalten, in Tat und Wahrheit aber sich selbst beigebracht hatte. Jedenfalls stand er nun mit einer bewaffneten Parteigarde gegen die Bürger-

²² Man könnte z. B. an die Festlegung eines Turnus für die Besetzung des Archontates oder an die Minderung der Gewalt des Archonten denken.

²³ Vgl. für den ganzen Absatz: Aristoteles, a. a. O., Abschn. 13 (S. 18 f.); Berve, a. a. O., I S. 196.

schaft auf, bemächtigte sich der Akropolis und gewann so die Gewalt über Athen.²⁴

Seine Herrschaft habe er dann freilich „mehr in verfassungsmäßigen Formen als mit despotischer Willkür“²⁵ ausgeübt. Immerhin stieß er auf die wachsende Opposition der Parteien der Großgrundbesitzer und der Mittelklasse; ihrer vereinten Kraft gelang es denn auch, den Tyrannen wieder zu vertreiben; doch bald schien es dem Alkmaioniden Megakles, dem Führer der Mittelklasse, er könne sich gegen die zunehmende oligarchische Reaktion nicht mehr allein wehren; daher schloß er mit Peisistratos „einen förmlichen Vertrag“ und verhalf ihm nun zur Rückkehr. Nach kurzer Zeit erschien jedoch das so zustande gekommene Recht als verletzt, die beiden rechtlicher gesinnten Parteien fanden sich wieder zum Widerstand zusammen und der Tyrann verließ aus Furcht vor ihnen heimlich abermals die Stadt.²⁶

Nun sammelte der unbeirrbar nach der Herrschaft Strebende eine große Söldnerschar und machte sich in offenem Feldkampf an die Eroberung der Stadt. Nachdem er diese gewonnen, nahm er jetzt allen Einwohnern, wie es heißt, durch eine „berühmt“ gewordene List, die Waffen ab. So hielt er sich bis zu seinem Lebensende an der Macht, obwohl inzwischen die Bestimmung, daß ein Tyrann und seine Helfer jeder mit seinem ganzen Geschlecht „atim“ sein sollten, erneuert und gesetzlich verankert worden war.²⁷

Bekanntlich soll die Regierung des Peisistratos keineswegs besonders drückend gewesen sein; das Los der Armen soll er sogar grundlegend gebessert haben; das einzige, was ihm nach Aristoteles, außer der Art, wie er seine Herrschaft erwarb, vorgeworfen werden kann, ist, daß er nicht nur um der sozialen Gerechtigkeit willen, sondern auch für große öffentliche Bauten die Wohlhabenden, deren Verarmung — dies aber mehr nebenbei — ebenfalls seine eigene Machtstellung stärken sollte, mit großen Abgaben belastet hätte²⁸.

²⁴ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 13f. (S. 20); Berve, a. a. O., I S. 197f. Vgl.: Ure, *Tiranny*, S. 33ff.; Cornelius, a. a. O., S. 10—21; Friedel, a. a. O., S. 27. Auf die Streitfrage, ob es sich bei den Anhängern des Peisistratos vornehmlich um Minenarbeiter (Ure), Städter (Cornelius) oder Kleinbauern (Friedel) handelte, können wir hier nicht eingehen.

²⁵ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 14 (S. 21).

²⁶ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 14f. (S. 21f.).

²⁷ do., Abschn. 15f. (S. 22f., 26). Über die damalige Bedeutung der Atimie sind die Ansichten verschieden. Vgl. Friedel, a. a. O., S. 24—26, sowie dort zit. Lit., insb. Kahrstedt, *Athen*, S. 119.

²⁸ Aristoteles, *Athener*, Abschn. 16 (S. 24—26); Politik, ARB V Kap. 5, 10—12 — 1305a, 1310b, 1313b, 1315b / v. K. VIII Kap. 5, 10—12 — S. 235, 251 („Andere mehr“), 259, 264. Vgl. Schiller, *Gesetzgebung*, S. 103f. (Solon); Endt, *Tyrann*, S. 54f.; Fustel, *Staat*, S. 343 / Cité, S. 333f.; Burckhardt, *Kulturgeschichte*, S. 185f.; dem Tyrannen sehr gewogen Wilamowitz, *Griechen*, S. 96; Berve, a. a. O., I S. 198—203; Cornelius, *Tyrannis*, S. 1—78 insb. 47f., 51ff.; Friedel, a. a. O., S. 27f.; Ure, a. a. O., S. 62f.

Auch den älteren Söhnen des Peisistratos wird für den Anfang ihrer Herrschaft eine im allgemeinen gute Regierungsweise nachgesagt²⁹. Immerhin zeigten sich die Brüder in der Politik als weniger geschickt, zu größerer Prachtentfaltung und zu fühlbareren Eingriffen in die Rechte der Bürger geneigt als ihr Vater³⁰, vor allem wird den Peisistratiden die bald nach ihrem „Regierungsantritt“ erfolgte Ermordung des Stiefbruders von Miltiades dem Älteren, des Philaiden Kimon, zugeschrieben³¹; der junge Thessalos soll in seiner Lebensführung überhaupt zu Übermut und Gewalttat geneigt haben³².

Während die Philaiden sich im Exil dadurch schadlos hielten, daß sie selbst eine Tyrannis über die griechischen Chersonesiten errichteten³³, versuchten die Alkmaioniden, die inzwischen zu Führern der Tyrannengegner geworden waren, immer wieder, die Peisistratiden zu stürzen, doch alle ihre Unternehmungen schlugen fehl³⁴. Da wurde die Beleidigung der Schwester des Harmodios durch einen der regierenden Brüder (Hipparchos oder Thessalos), der in jene verliebt war, aber von ihr zurückgewiesen wurde, zum Anlaß für den Beginn des Umschwungs. Der Beleidigte und sein Freund Aristogeiton verständigten sich mit den Freiheitsfreunden, mit denen sie wohl schon vorher in Verbindung gestanden hatten, über einen Anschlag zur Ermordung der Tyrannen; einzig der mildeste der Brüder, dem anscheinend sonst am wenigsten eine direkte Unterdrückungsmaßnahme nachgesagt werden konnte, Hipparch, konnte aber ermordet werden. Von den Tätern wurde Harmodios sofort durch die Leibwache niedergestochen, während Aristogeiton vor seiner Tötung gefangen gesetzt und gefoltert wurde; es scheint, daß er dabei vor allem Freunde der Tyrannen als *Mitverschworene* angab, so daß Hippias nun gegen jedermann Mißtrauen empfand, während die offizielle Version die persönlichen Momente in den Vordergrund schob.³⁵

Nun wurde das Tyrannenregiment um vieles härter, wirklich ganz „tyrannisch“ in dem Sinn, den dieses Wort seither erhalten hat;

²⁹ Aristoteles, Athener, Abschn. 18 Abs. 1 (S. 27f.); Cornelius, Tyrannis, S. 75f., 81f.; Berve, a. a. O., I S. 203—211; auch Friedel, a. a. O., S. 28f.

³⁰ Für Einzelheiten: Cornelius [a. a. O., S. 50f., 54, 56—58, 65, 82f.] und dort zit. Stellen; Ure [a. a. O., S. 63f.], der das mit Wirtschaftskrisen in Verbindung bringt.

³¹ Cornelius, Tyrannis, S. 81; Berve, Miltiades, S. 9—12.

³² Aristoteles, Athener, Abschn. 18 (S. 28); vgl. aber Cornelius, a. a. O., S. 79, 86.

³³ Berve, Miltiades, S. 21—23.

³⁴ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 19 (S. 30); Friedel, a. a. O., S. 27f.

³⁵ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 18 (S. 28—30); Politik, ARB. V Kap. 10 — 1311a, 1312b / v. K. VIII Kap. 10 — S. 252f., 256; Schmidt, Tyrannenmord, S. 5; Cornelius, a. a. O., S. 83—88 u. dort zit. Stellen; Friedel, a. a. O., S. 28—30; Nobel, Mord, S. 19—22. S. auch unten Kap. 5 II.

Hippias nahm Rache für seinen Bruder, indem er viele Athener auf bloßen Verdacht hin umbringen oder verbannen ließ³⁶. Doch immer noch schlugen die Unternehmungen der Alkmaioniden fehl; während Hippias Munichia zu befestigen begann, um sich dorthin zurückzuziehen, da er sich in der Stadt unsicher fühlte, gelang es ihm, die von seinen Feinden zur Vorbereitung einer Restauration der Verfassung angelegte Festung Leipsydion, wohin sich auch neue Flüchtlinge aus Athen begeben hatten, einzunehmen, wobei ein Teil der wohl zumeist adligen Freiheitsfreunde den Tod fand, ein anderer Teil in ein entfernteres Exil fliehen mußte³⁷. Nun wandten sich aber die Alkmaioniden an den *delphischen Apollo*, dem sie einen neuen Tempel erbauten; dieser Gott, der sich stets auf der Seite des Rechts befand, hat auch hier nicht versagt: seine besonders treuen Diener, die Spartaner, die damit zudem die Freunde ihrer argivischen Erbfeinde zu beseitigen hofften, eilten zu Hilfe und vertrieben den Hippias aus Athen, nachdem sie die Gastfreundschaft, welche sie mit diesem verband, gelöst hatten, weil man dem Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen³⁸.

Nach dieser Befreiung war es aber mit der staatlichen Unterdrückung in Athen noch nicht vorbei, indem der spartanische König Kleomenes die Begründung eines demokratischen Regimes unter Einbezug der gemäß der wiederhergestellten solonischen Verfassung an sich noch politisch rechtlosen Armen zu verhindern suchte und deshalb den dem Mittelstand entstammenden Isagoras unterstützte, der mit einem Teil des Adels zusammen eine oligarchische Gewaltherrschaft zu errichten versuchte; diese „Reaktionäre“ spielten gegen die adligen Alkmaioniden, denen die Führer der neuen Volkspartei, insbesondere Kleisthenes, angehörten, wiederum deren alte „Blutschuld“ aus, so daß dieser mit wenigen Begleitern fliehen mußte, worauf sie, nach Aristoteles, weitere 700 Familien verbannten! „Nach diesem Erfolge versuchte [Kleomenes] den Rat³⁹ aufzulösen und Isagoras nebst dreihundert seiner Freunde zu Herren des Staates einzusetzen. Der Rat leistete aber *Widerstand*, und da sich auch [die meisten aus dem] Volke um ihn scharte[n], mußten Kleomenes und Isagoras mit ihren Anhängern auf die Akropolis flüchten. Nachdem das Volk zwei Tage lang in *regelrechter Belagerung* vor der Burg gelegen, gewährte es am dritten Tage dem Kleomenes und allen seinen Genossen vertragsmäßig

³⁶ Aristoteles, Athener, Abschn. 19 (S. 30); Cornelius, a. a. O., S. 88.

³⁷ Aristoteles, a. a. O. (S. 30f.); Cornelius, a. a. O. (m. Anm. 19f.); Friedel, a. a. O., S. 28.

³⁸ Aristoteles, a. a. O. (S. 31f.); Cornelius, Tyrannis, S. 88–90 u. dort zit. Stellen; Berve, Geschichte, I S. 211f. Vgl. Ure, a. a. O., S. 64–66.

³⁹ Es mag sich dabei um eine *Körperschaft* gehandelt haben, auf deren Bildung sich die verschiedenen *Gruppen* der *Tyrannenfeinde* zunächst geeinigt hatten. Dazu Cornelius [Tyrannis, S. 98], der aber hier eine Sonderaufassung vertritt.

freien Abzug und rief zugleich den Kleisthenes nebst den übrigen Verbannten zurück“.⁴⁰

Selbstverständlich waren die 510 v. Chr. abgezogenen Peisistratiden ohne Verzug als atim erklärt und auf ewig verbannt worden⁴¹. Harmodios und Aristogeiton aber erhielten nun von Staats wegen Totenopfer, während ihren Nachkommen durch Verleihung der Prohedrie, der Atelie und der Speisung im Prytaneion zugleich Belohnung und Auszeichnung zuteil werden sollte⁴². Ferner wurden den beiden Helden Statuen errichtet, die als ein Symbol der Bürgerfreiheit gegenüber jeder despotischen Willkür im ganzen Altertum immer wieder höchste Anerkennung fanden; schließlich verbot man durch ein eigenes Gesetz, Sklaven nach den Freiheitshelden zu benennen⁴³.

Die *Widerstandstat* der beiden wurde anscheinend, gerade auch in Verbindung mit dem privaten Rachemotiv, bald als Verteidigung des die Grundlage der Polis bildenden Nomos gegen die unrechtmäßige Gewalt Einzelner und eben deshalb als durchaus rechtmäßig empfunden. So wurde sie auch von den Vertretern des alten Rechts als höchster Dienst an diesem gepriesen, während die Vertreter des neuen Rechts, dessen Ära sie indirekt einleitete, begreiflicherweise das Lob noch steigerten. Auch die übrigen Versuche, sich den Tyrannen zu widersetzen, wurden wohl mehr oder weniger als rechtmäßig empfunden; dabei schwang beim Adel noch etwas vom Ideal der pluralistischen Wahrung der eigenen Standesehre mit, während die übrigen nur noch das in die Alternative Willkür-Gesetzmäßigkeit einmündende monistische Widerstandsrecht hervorhoben.⁴⁴

IV. Das Werk des Kleisthenes

Gleichzeitig trafen nun die Athener, „durch die Erfahrung belehrt, auch allgemeine Vorkehrungen für die Zukunft“. Zur bisherigen Atimieerklärung trat zirka 507 v. Chr. die Polemioseklärung, die volle *Ächtung* des Betroffenen als eigentlichen Landesfeindes, der zugleich mit den Göttern nicht im reinen und von allen Banden des Blutes abgeschnitten ist. Zudem sollten nun sowohl jeder, der die *Demokratie* stürzen, als auch jeder, der ein Amt bekleiden würde, während sie gestürzt wäre, gleich wie die Tyrannen und ihre Helfer behandelt werden; in dieser Bestimmung kamen die Erfahrungen, die man mit Peisistratos, der die Ämter durch seine Freunde hatte bekleiden lassen, und mit der Oligarchengruppe des Isagoras gemacht hatte, zum Aus-

⁴⁰ Aristoteles, Athener, Abschn. 20 (S. 32f.). Dazu Cornelius, Tyrannis, S. 91f., 97–99; Berve, Sparta, S. 64f.

⁴¹ Friedel, Tyrannenmord, S. 39f. u. dort zit. Lit.

⁴² do., S. 38f. u. dort zit. Stellen.

⁴³ do., S. 34–39. Vgl. unten Kap. 5 Abschn. II.

⁴⁴ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 19f. (S. 30–33); Friedel, a. a. O., S. 28, 30–33. Vgl. unten Kap. 5 Abschn. If. Als Beispiel des Widerstandsrechts ist die Vertreibung der Peisistratiden z. B. auch bei Althusius [Politica, Kap. 38 Abschn. 45 (S. 386)] erwähnt.

druck. Der Tyrannenmörder sollte inskünftig die Hälfte der verkauften Habe des Ermordeten erhalten; jedem Bürger, der im Kampf gegen die Feinde der Demokratie fallen würde, sollte es auf gleiche Weise gelohnt werden, wie dem Harmodius und Aristogeiton und ihren Nachkommen. Dem entsprach ein Eid, den wohl seit 501 die Ratsmitglieder periodisch zu leisten hatten, während ein entsprechender Fluch zu Beginn jeder Volksversammlung vom Herold dem Eröffnungsgebet beigefügt wurde; älter mochte jener Eid sein, mit dem sich jeder neu ins politische Bürgerrecht eintretende junge Mann im Tempel verpflichtete, für die Götter, die Gesetze, Haus und Herd selbst *allein* kämpfen zu wollen. So war nun der „Nomos“, der die Gemeinschaft der Athener erhalten sollte, schon weitgehend geschützt.⁴⁵

Doch trotz all dieser Einrichtungen fühlten sich die Athener noch immer durch Männer, „die gewaltiger wurden als die Gesetze“, bedroht. Mittels des *Ostrakismos* sollte daher ein Mächtiger durch eine gewisse Anzahl Stimmen auf zehn Jahre der Stadt verwiesen werden können, ohne daß er eines Verbrechens angeklagt oder ihm erlaubt worden wäre, sich zu rechtfertigen, was sich als Mittel, nicht nur zur Verteidigung der Freiheit, sondern auch zu ihrer willkürlichen Unterdrückung erweisen sollte⁴⁶: wenige große Athener sind im Vaterland natürlichen Todes gestorben⁴⁷.

Die neue Ordnung, die durch alle diese Maßnahmen geschützt werden sollte, war nun freilich weitgehend monistisch aufgebaut, indem Kleisthenes die ganze Bevölkerung in zehn neue, gewillkürte Phylen einteilte, quer zu den auf religiösem Gebiet weiterbestehenden vier Stammesphylen, um deren Angehörige „untereinander zu vermischen“ und die Beteiligung einer größeren Anzahl an den politischen Rechten zu ermöglichen; die Unterschiede der Abstammung und der „Partei“-Zugehörigkeit sollten zudem dadurch verwischt werden, daß der Bereich jeder neuen Phyle von je einem Bezirk aus dem „demokratischen“ und bisher weitgehend rechtlosen Bergland, der oligarchischen Ebene und der gemäßigten Küste gebildet wurde; die unterste Gliederung bildeten etwa hundert mit eigenem Landbesitz und Kult, sowie mit einer gewissen Autonomie ausgestattete *Demen*, deren Bezeichnung fortan jeder Athener seinem Eigennamen beifügte.⁴⁸

⁴⁵ Friedel, a. a. O., S. 39—46; vgl. „Brutus“, a. a. O., W. S. 134/Z. S. 145; Müller, Allg. Geschichte, II Kap. 5 (S. 30f.); Wilamowitz, Aristoteles, II S. 348; Swoboda, Staatsaltertümer, S. 81 (m. Anm. 3 u. 4); Kahrstedt, Athen, S. 73; Knauss, Hellas, S. 110f.; Nef, Polis, S. 260.

⁴⁶ Müller, a. a. O., II Kap. 5 (S. 31f.); Burckhardt, Kulturgeschichte, S. 222; Berve, Geschichte, I S. 228f.; Knauss, Hellas, S. 111—113; Verdroß, Grundlinien, S. 6.

⁴⁷ Müller, a. a. O. (S. 33); Burckhardt, a. a. O.; Heintzeler, Tyrann, S. 23.

⁴⁸ Aristoteles, Athener, Abschn. 21 (S. 34f.); Fustel, Staat, S. 345/Cité, S. 335—337; Cornelius, a. a. O., S. 93; Berve, Geschichte, I S. 226f.; Verdroß, a. a. O., S. 5f.

Ohne Unterschied der Abstammung und des Vermögens waren nun alle freien Bewohner von Attika im Prinzip *gleichberechtigte Glieder* des athenischen Gemeinwesens. Jeder konnte an der Volksversammlung teilnehmen, sowie durch die in den Demen, die die früheren Kapitänschaften ersetzten, jedes Jahr vorgenommene Losung Mitglied des 6000-köpfigen *Volksgerichtes* und des neuen *Rates der 500* werden, die an die Stelle der solonischen 400 traten, wobei die aus einer Phyle stammenden 50 je ein Zehntel des Jahres die Geschäfte führten.⁴⁹

Da die Demen innerhalb der Phylen anscheinend von Anfang an proportional zu ihrer Größe berücksichtigt wurden⁵⁰, verhinderte ihr Bestehen auch nicht die direkte Auswirkung künftiger Veränderungen in der Struktur der Bevölkerung, z. B. durch die Vergrößerung der eigentlichen *Stadt*, auf die Politik des Gesamtstaates. Eine gewisse konservative Bremse⁵¹ bedeutete es, daß die Demenmitgliedschaft sich nun trotz ihrer territorialen Grundlage persönlich weitervererbte, so daß manch völlig verstädterter Athener auch späterhin noch eine gefühlsmäßige Bindung an die ländliche Gemeinschaft bewahrte, innerhalb derer er die Erledigung der Aufgaben des einzelnen Demos mitbestimmen durfte⁵²; anderseits wurden dadurch, daß auch diese Gebilde ihre territoriale Grundlage bald wieder verloren, das Interesse an ihrer Autonomie allmählich geringer und zudem die Möglichkeit, einen allfälligen Widerstand pluralistisch auf sie abzustützen, weitgehend verunmöglicht⁵³. Eine Erschwerung struktureller Veränderungen der Gesamtgemeinde hätte hingegen nur durch zahlenmäßig konstante Berücksichtigung der einzelnen Demen bei der Bestellung des Rates und in der Volksversammlung erreicht werden können; in diesem Fall hätte aber dann freilich eine Einführung des Territorialprinzips noch eine weitere Verstärkung der Stellung der zugleich demokratischen und konservativen Bauern mit sich gebracht⁵⁴, indem die Landflucht dann weder die Struktur noch das stimmenmäßige Gewicht ihrer Demen vermindert hätte und diese zudem zu Widerstandszentren hätten werden können. Von einer solchen Ordnung unterschied sich aber die kleisthe-

⁴⁹ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 21f., 43 (S. 34, 36, 73); Berve, a. a. O., I S. 227f.; Knauss, Hellas, S. 116—119; vgl. Verdroß, a. a. O., S. 6f. Das Verlangen nach Beteiligung am Staat durch Teilnahme an der *Volksversammlung* war ein Grundzug des *griechischen* Charakters; hervorgehoben durch Nef, Polis, S. 256—258 (Besprechung des zit. Werkes von Knauss).

⁵⁰ So Wilamowitz, Griechen, S. 101; Berve, a. a. O., I S. 227.

⁵¹ Anders Cornelius [a. a. O., S. 49f.], der glaubt, die *Demen* hätten ohne dieses Personalprinzip als „Wahlkörper“ konservativer gewirkt. Vgl. das Folgende.

⁵² Besonders anschaulich schildert Wilamowitz [a. a. O., S. 99f.] die Selbstverwaltung der Demen.

⁵³ Insofern stimmen unsere Überlegungen auch mit denjenigen von Cornelius [a. a. O.] überein. Vgl. auch Wilamowitz, a. a. O., S. 100.

⁵⁴ So wie sich das offenbar Cornelius [a. a. O.] vorstellt.

nische nicht nur durch das Personalprinzip, sondern, wahrscheinlich schon von Anfang an, durch dasjenige der proportionalen Berücksichtigung der Demen, so daß jenes in Griechenland wohl überhaupt zunächst selbstverständliche Personalprinzip doch längere Zeit eher eine gewisse konservative Wirkung hatte, wenn es auch einen eigentlichen Widerstand der ländlichen Bezirke erschwerte.⁵⁵

Eine timokratische Komponente blieb auch in dieser neuen Verfassung dadurch bestehen, daß die hohen Ämter den Angehörigen der beiden oberen Schatzungsklassen vorbehalten blieben; bei der Besetzung dieser eine selbständige Gewalt immer mehr verlierenden Ämter schritt man übrigens bald von der Wahl zur Verlosung, während schon vorher für die anfänglich anscheinend ernannten 10 Feldobersten die Volkswahl eingeführt worden war.⁵⁶

Von größerer Bedeutung war die Beschränkung der Gewalt der Volksversammlung durch den Rat der 500. Zwar entsprach dessen Zusammensetzung weitgehend derjenigen des Gesamtvolkes, wobei immerhin das Ablegen einer Prüfung und zunächst eine Vorwahl, später ein Vorrecht der sich freiwillig meldenden Kandidaten⁵⁷ einen gewissen Unterschied bewirkten; zudem waren die Ratsherren besonders auf die Verfassung vereidigt, was sicher ins Gewicht fiel. Dieser Rat berief die Volksversammlung ein; er hatte die Aufsicht über die Ämter, die Staatskassen und das Archiv. Kein Antrag durfte in der Gemeindeversammlung zur Verhandlung gelangen, der nicht dem Rat, dem dabei wohl die Thesmoteten zur Verfügung standen, zuvor vorgelegen hatte sowie von ihm durchberaten und in einem „Probuleuma“ formuliert worden war; Anregungen aus der Mitte der Volksversammlung konnten von dieser nur in dem Sinne erheblich erklärt werden, daß sie den Rat beauftragte, ihr darüber, unter Umständen innert bestimmter Frist, ein Probuleuma zugehen zu lassen; sowohl die Einzelnen, als auch die Beamten konnten, wie die Gesandtschaften fremder Staaten, mit der

⁵⁵ Vgl. zum Ganzen: Wilamowitz, *Griechen*, S. 99f.; Berve, a. a. O., I S. 227; Knauss, *Hellas*, S. 60—64, 117—119. Der „*Demarch*“ hatte als der leitende Beamte des einzelnen Demos dessen Vertretung in Rechtssachen, auch gegenüber der Gesamtgemeinde, übte aber, entsprechend dem im Text Gesagten, keine eigentliche Widerstandsfunktion aus; hingegen mag dies in Neapel und Kyme der Fall gewesen sein, wo er, was eben aus diesem Grund im Zuge demokratischer Umwälzungen geschehen sein mag, zu einem leitenden Beamten des Gesamtstaates wurde, sonst wäre es jedenfalls schwer erklärlich, daß dies später die offizielle *griechische* Bezeichnung für den *römischen* Volkstribunen wurde; mit diesem hatte indessen der *athenische* Demarch kaum etwas gemein; dazu unten Kap. 9 (Abschn. II'B) Anm. 64, sowie vor allem Pauly-Wissowa, *Altertum*, IV'2 Sp 2706—2712 (Demarchos 1—3 — Schoeffer).

⁵⁶ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 22, 26 (S. 36f., 44); Berve, a. a. O., I S. 228; Swoboda, *Staatsaltertümer*, S. 137—139. Vgl. Verdroß, a. a. O., S. 6ff.

⁵⁷ So Wilamowitz, a. a. O., S. 101; Swoboda, a. a. O., S. 139, insb. Anm. 3.

Volksgemeinde nur durch das Medium des Rates verkehren, bei dem sie ihre Anträge vorbringen mußten, um ihn zur Vorlage eines Probuleuma zu bewegen; immerhin konnten die Bürger dann Zusatz- und Abänderungsanträge stellen, wobei aber gewisse Grenzen bestanden, die dem Rat die Wahrung seiner Kompetenzen und insbesondere die Aufsicht über die Einhaltung der wichtigsten Gesetze ermöglichten. Um diese abzuändern, bedurfte es eines speziellen Verfahrens, bei dem eine besondere Kommission von zehn Syngrapheis den Text auszuarbeiten hatte und das Volk über diesen erst beraten und beschließen durfte, nachdem es in einem zuvor noch speziell diskutierten und gefaßten Beschluß für den vorliegenden Fall die Strafen und Flüche beseitigt hatte, die mit der Aufhebung von Gesetzen verbunden waren. Dabei mußten, wie auch für andere wichtige Beschlüsse, z. B. für die Verleihung des Bürgerrechts, mindestens 6000 Bürger an der Abstimmung teilnehmen.⁵⁸

Ein zusätzlicher Schutz der Verfassung erstand nun aber auch wieder im Rat der gewesenen Archonten auf dem Areopag, der naturgemäß nach dem Sturz der Peisistratiden, soweit seine Mitglieder nicht vertrieben wurden, sich kaum zu regen wagte, dank dem Beharrungsvermögen alter Gestaltungsprinzipien aber wieder ständig an Bedeutung gewann, als er sich allmählich mit den demokratischen Archonten auffüllte und sich überdies in den Perserkriegen bewährte; dies war die einzige Behörde, in der sich im neuen attischen Staatswesen noch ein gewisses dualistisches Element verkörperte und von deren Stellung aus ein Widerstand auf einer eigenen Rechtsgrundlage möglich war, während ein solcher im übrigen nur noch im Namen der *monistisch* aufgefaßten Gesamtordnung mit der Unterstützung einer mächtigen Bürgerschaft unternommen werden konnte, da Rat und Volksversammlung in einem ähnlichen Verhältnis zueinander standen wie die zwei Kammern eines Einheitsstaates und das alte bewaffnete Widerstandsrecht der einzelnen Gruppen definitiv verschwunden waren, indem es in der *Herrschaft der Nomoi* aufging.⁵⁹

⁵⁸ Zum ganzen Abs.: Aristoteles, Athener, Abschn. 22, 25, 29, 43, 45—49 insb. 45 (S. 36, 43, 73f., 76—84 insb. 77); Knauss, Hellas, S. 118 bis 121; Menzel, Soziologie, S. 142 und die in Anm. 2 zit. Untersuchung. Für Einzelheiten vgl. insb.: Swoboda, a. a. O., S. 116—118 (Probuleuma), 122—125 (Gesetzgebungskompetenzen der Volksversammlung) insb. 123 (Anm. 6: quorum) und 123—125 (m. 124 Anm. 4: Syngrapheis), 131—135 (Ratskompetenzen); Wilamowitz, a. a. O., S. 102 (Rat); Cornelius, a. a. O., S. 96. Für die *Syngrapheis* vgl. auch unten Abschn. VIII bei Anm. 78. Rarker [Plato, S. 34f.] weist darauf hin, daß der Rat, obwohl in einem beschränkten Rahmen, ein *repräsentatives* Organ war, während nach Swoboda [Staatsaltertümer, S. 272f.] die Griechen schon damals auch ein eigentliches Repräsentativsystem ausgebildet hatten, zwar nicht in den einzelnen *Poleis*, aber in größeren Zusammenschlüssen, so jedenfalls im *boiotischen Bund*. Vgl. oben Kap. 3 (Abschn. IV) b. Anm. 54 und Kap. 8 (IV) b. Anm. 44.

⁵⁹ Vgl. Aristoteles, a. a. O., Abschn. 23, 25 (S. 38f., 41—43). S. auch

V. Widerstand gegen die von Persien unterstützte Tyrannis und gegen die autoritären Tendenzen Spartas als ideelle Grundlage des „ersten attischen Seebundes“

Nach der Befreiung ihrer Stadt vom Joch der Tyrannen haben die Athener zunächst auch in ihrer Außenpolitik im Sinne des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung gewirkt. Die Bedrückung vieler Ionier durch einheimische, aber von den Persern unterstützte Tyrannen waren Anlaß und mit ein Grund zur Hilfeleistung an die kleinasiatischen Griechen in ihrem Aufstand gegen den Perserkönig, zu dem diese in einem Vasallenverhältnis standen; vor kurzem war nun sogar auch Athen selber formell in ein solches Verhältniß zu den Persern getreten, um sich gegen die Versuche Spartas, ihm die Oligarchie mit Gewalt aufzuzwingen, zu wehren; da aber jetzt die Perser von ihnen die Wiedereinsetzung des vertriebenen Hippias verlangten, hatten die Athener Grund genug, jenen den Gehorsam auch formell aufzusagen und zugleich die Ionier zu unterstützen.⁶⁰

Der Aufstand scheiterte und rief umgekehrt die Perser ins griechische Mutterland, wo sie die „Rebellen“ zu züchtigen gedachten; das ist ihnen bekanntlich dank der Tapferkeit mißlungen, mit der die Athener ihre Freiheit, nachdem sie auch die Freilassung ihrer Sklaven beschlossen hatten, verteidigten (490 v. Chr.). Nicht besser erging es, wie man weiß, dem Versuch der Perser, sich für diese Niederlage zu rächen und nicht nur Athen, sondern auch sämtliche andern Städte unter ihre Herrschaft zu zwingen, die ihm z. T. schon damals Hilfe geleistet hatten, sich ihm jedenfalls jetzt unter der Führung Spartas durch einen regelrechten, zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr errichteten Bundesvertrag an die Seite stellten.⁶¹

Nun hatten sich nach der Vernichtung der persischen Flotte bei Mykale (479 v. Chr.) die kleinasiatischen Ionier abermals gegen den Großkönig erhoben, und der Krieg wurde nun dort fortgesetzt. „Aber die Ionier, gereizt durch das brutale Auftreten des spartanischen Oberbefehlshabers und empört über die unerhörte, zum Glück durch Athen vereitelte Zumutung der Spartaner, sie unzusiedeln, boten Athen die

Swoboda, a. a. O., S. 123 (m. Anm. 4), 135f.; Berve, a. a. O., I S. 228; Knauss, Hellas, S. 121f. Zum „Gesetz“ als der idealen Grundlage des griechischen Gemeinwesens vgl.: Swoboda, a. a. O., S. 13—15 (m. Anm. und der zit. Lit.); Nef, Polis, S. 259—261 (Besprechung des hier zit. Werkes von Knauss).

⁶⁰ S. hiefür insb.: Cornelius, a. a. O., S. 99f.; Friedel, Tyrannennmord, S. 46f. und dort zit. Lit.; Berve, Miltiades, S. 68—72, vgl. S. 90; vgl. Geschichte, I S. 213—222. Über die Verwurzelung der griechischen Perserfeindschaft im Freiheitsgefühl vgl. Knauss, Hellas, S. 28ff.

⁶¹ Berve, Geschichte, I S. 223f., 230—233, 244—255; Sparta, S. 72f., 75 bis 84; Miltiades, S. 77f.; Triepel, a. a. O., S. 356f., 365 (m. Anm. 45). Vgl. Kahrstedt [Sparta, S. 81ff.] und Cornelius [a. a. O., S. 100—102], die aber den Bund gegen die Perser einfach als Erweiterung der spartanischen Symmachie betrachten.

militärische Hegemonie [zur See] im Perserkriege an“. Athen gewährte seine Hilfe gegen den spartanischen Unterdrückungsversuch und benützte die Gelegenheit zur Begründung eines besonderen Bundes.⁶²

Zu den Grundlagen des Bundes gehörte der Kampf gegen die Tyrannen, so wie die Athener diesen verstanden. Das zeigt sich z. B. in einem Beschluß des athenischen Volkes über das soeben beigetretene Erythrai (zirka 465), wo es u. a. heißt: „Wenn aber jemand bei dem Versuch betroffen wird, den Staat der Erythraier an die Tyrannen zu verraten, so soll er ungestraft getötet werden und ebenso seine Kinder, es sei denn, es erwiese sich, daß seine Kinder sich gegenüber dem Demos der Erythraier und Athener loyal und wohlgesinnt verhielten. Von dem sichergestellten gesamten Vermögen des Betroffenen sollen die Kinder die Hälfte haben, das Übrige soll zugunsten des Staates eingezogen werden.“ In gleicher Weise sollte auch derjenige behandelt werden, der versuchen würde, am Volk der Athener oder ihrer dort stehenden Besatzung Verrat zu üben ...⁶³

VI. Die Unterdrückung der Bundesgenossen und die Überspannung der Volksherrschaft

Schon in dem soeben erwähnten Beschluß über die Verfassung eines Bundesgenossen schimmert aber der „demokratische“ *Herrschaftswille* durch die freiheitliche Hülle hindurch. Kein Wunder, daß fast zur gleichen Zeit in Athen selbst die demokratischen Kräfte das letzte nicht auf völkischer Grundlage stehende Widerstandszentrum, den „Areopag“, entmachteten, worauf sie das Archontenamt auch für die dritte Vermögensklasse zugänglich machten, während gleichzeitig die Möglichkeit der Appellation vom Rat an den Volksgerichtshof auf immer mehr Gegenstände ausgedehnt wurde, während ihm nun anscheinend anderseits auch die auf einen Vorentscheid der 7 Nomophylakes oder auf Klage durch einen Bürger hin auszuübende, vorher dem Areopag zustehende Kontrolle der Gesetze und Volksbeschlüsse, sowie die Mitwirkung bei den vom Rat getätigten internationalen Vertrags-schlüssen übertragen wurde.⁶⁴

Straffer zog nun Athen im Seebund die Zügel an, vor allem seit der Verlegung des Bundesschatzes von Delos in die eigene Stadt (454—453), so daß sich deren Hegemonie in eine „ganz echte *Herrschaft*“ verwand-

⁶² Aristoteles, a. a. O., Abschn. 23 (S. 40); Friedel, a. a. O., S. 47; Triepel, a. a. O., S. 378 und dort zit. Lit. Zitierte Formulierung von letzterem.

⁶³ Friedel, Tyrannenmord, S. 46—50.

⁶⁴ Aristoteles, Athener, Abschn. 24—27 (S. 40—45); Schulthess, Volksgericht, S. 6f., 22, 25; Berve, Geschichte, I S. 271—277; Verdroß, Grundlinien, S. 6. Auch die Heliasten (= Volksrichter) waren also in gewissem Sinn Repräsentanten, die in einzelnen Fällen an Stelle des Gesamtvolkes als *zweite Kammer*, in andern über Rat und Volksversammlung als eine Art *Verfassungsgericht* fungierten: vgl. Schulthess, a. a. O., S. 21f., 24f.

delte⁶⁵. Das kommt nun auch in der von ihm diktierten Umgestaltung der Verfassung im Sinne der Demokratie in Milet zum Ausdruck⁶⁶. Das wirkte allmählich auf die athenische Verfassung zurück. Diese hatte, selbst nach der Beseitigung des Areopag, eine Zeitlang noch jeder Bürgerklasse Rechte zuerkannt, die ihren Möglichkeiten entsprachen, wenn man sich auch immer mehr einem Zustand näherte, wo das ärmere Volk die Reichen einseitig beherrschte. Daß nun sogar die Sklaven, von der Sittenpolizei geschützt, nicht geschlagen werden durften und, nur noch an der Art der Bekleidung erkenntlich, auf der Straße nicht einmal mehr auswichen, das will uns Heutigen freilich nicht als ein Merkmal des Zerfalls, sondern als ein Höhepunkt jener freiheitlichen inneren Entwicklung erscheinen, die aus dem Widerstand für die Rechte des Volkes herausgewachsen ist; der noch viel stärkere Rechtsschutz, den die Sklaven im alten Israel genossen⁶⁷, entsprach denn auch jener durchaus gesunden sozialen Entwicklung, die dort dank des immer wieder einsetzenden Widerstandes für das Gesetz GOTTES vor sich gegangen war; eine so starke *moralische* Grundlage fehlte freilich in der griechischen Welt, und so war denn hier ein Wagnis, was dort in einem kräftigen religiösen Ethos verankert war. Eine eindeutig verderbliche Folge der immer gewalttätigeren Reaktion der Athener auf „den geringsten Widerstand“⁶⁸ ihrer „Untertanen“ (z. B. *Samos*) war es nun aber, daß das Volk auch im Innern begann, seine Achtung vor dem *überlieferten Recht* zu verlieren und fast nur an möglichst weitgehende Ausübung seiner *Herrschaft* zu denken; zugleich lebte die Stadt immer mehr von den „Bundesgenossen“ und verwendete deren Beiträge zur Entlohnung der athenischen Bürger für ihre politische Betätigung!⁶⁹

Der unbesonnene Ausdehnungswille der athenischen Demokratie führte nun zum *Peloponnesischen* Krieg. Die Rede, die Thukydides den Perikles anlässlich der Bestattung der ersten Gefallenen halten läßt, zeugt freilich noch von einem hohen politischen Ethos der Athener. Da wird die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz hervorgehoben. Nur persönliche Tüchtigkeit geben den Vorzug im Gemeinwesen, „wie auch Armut und bescheidene Herkunft einen leistungsfähigen Bürger nicht vom politischen Erfolg ausschließen“. In freiem Geist würden

⁶⁵ Triepel, Hegemonie, S. 382f.

⁶⁶ Friedel, a. a. O., S. 50 (m. Anm. 108).

⁶⁷ A. T., Moses, II Kap. 21 V. 2—11, 26f., V. Kap. 15 V. 7—19, 16 V. 9—12; dazu Dubnow, Geschichte, I S. 60. Vgl. ferner oben Kap. 1 (II) b. Anm. 11 (ganzer Abs.).

⁶⁸ Müller, Allg. Geschichten, II Kap. 5 (S. 33).

⁶⁹ Aristoteles, Athener, Abschn. 24, 26f. (S. 40f., 43—46); Politik, II Kap. 12, III Kap. 13, IV Kap. 11, V Kap. 7 — 1274a9—15, 1284a37—40, 1296a33—b2, 1307b22—26 / v. K. II Kap. 12, III Kap. 13, VI Kap. 11, VIII Kap. 7 — S. 66, 97, 190, 242; Müller, a. a. O.; Schiller, Gesetzgebung, S. 101 (Solon); Berve, a. a. O., I S. 294—296; Triepel, Hegemonie, S. 381ff.

die Athener das öffentliche Leben gemeinsam gestalten, wie das Privatleben eines jeden unbehelligt lassen. Ebenso hüteten sie sich auch im öffentlichen Leben vor Rechtsbruch, „hauptsächlich aus heiliger Scheu, da wir auf die jeweilige Obrigkeit und auf die Gesetze hören, am meisten auf die, die zu Nutz und Frommen der Unterdrückten gegeben sind, sowie auf jene ungeschriebenen, deren Übertretung nach allgemeinem Urteil Schande bringt“ ... *Offenheit*, selbst in Wehrfragen, sei eine Maxime des Staates, und eine *zwanglosere* militärische Erziehung mache die Bürger im Kriege nur um so entschlossener ... Wenn auch die Wirklichkeit den so gepriesenen Grundsätzen nicht immer entsprach, so waren sie doch das von vielen verfolgte Ideal, und selbst die Volksversammlung betrachtete sich weiterhin formell an die *grundlegenden Gesetze*, bzw. an das oben skizzierte *Revisionsverfahren* gebunden. Die *unversöhnliche* Kritik vieler „Rechtskreise“ an der damaligen Demokratie entsprang wohl meist noch subjektiveren Beweggründen als die freilich immer häufiger werdenden Mißbräuche der Macht durch den Demos.⁷⁰

Aber — so sieht es Jakob Burckhardt⁷¹ — „der allgemeine Zustand war ins Unmögliche geschraubt“, und es „war ... ein Widersinn von derjenigen Art, welche sich immer rächt, daß eine Demokratie über andere Poleis herrschen wollte, ... denn diese empfanden mit der Zeit ihre Abhängigkeit und Ausbeutung schon deshalb auf das Bitterste, weil Athen mit ihrem Gelde nicht nur mächtig war ..., sondern sich prächtig schmückte und dabei sich so erstaunlich laut machte, während sie zu schweigen hatten.“

VII. Separatistischer Widerstand der „Bundesgenossen“ und oligarchische „Reaktion“ bei zunehmendem spartanischem Druck

Schon vor dem Ausbruch des Peloponnesischen Krieges waren verschiedene „*Bundesgenossen*“ gegen den Mißbrauch der athenischen Vormachtstellung zum *Widerstand* geschritten, was u. a. zur Lösung der oligarchisch umgestalteten und nun zu einem engen *Bunde*

⁷⁰ Unsere Darstellung beruht auf der Annahme, daß Thukydides [Geschichte, II Kap. 37—41 vgl. 60—65] in den von uns nach Knauss [Hellas, S. 33f.] zitierten Stellen die Auffassungen des Perikles und der damaligen Demokraten adäquat wiedergibt. Vgl. Arnim, Theorien, S. 21f.; Barker. Plato, S. 5 (m. Anm. 3), 16, 27, 29—31, 53, 130 (Anm. 2), 184, 250 (m. Anm. 2), 254, 256, 326; Verdross, Grundlinien, S. 40—49, insb. 45f. Für das Verfahren zur Revision der „Verfassung“ vgl. oben (Abschn IV) b. Anm. 58f., sowie b. Anm. 64. Schulthess tritt [a. a. O., S. 26—28] gegen die durch die Kritik von Plato und Aristoteles (vgl. unten Kap. 6f.) noch verstärkte Voreingenommenheit in der Beurteilung der griechischen Demokratie auf. Barker [a. a. O., S. 16] weist darauf hin, daß die im Text wiedergegebenen Gedanken moderner klingen als manche Äußerung des 18 Jhd.

⁷¹ Kulturgeschichte, S. 225f., vgl. 352—354 (Bemerkungen zur Behandlung der Bundesgenossen nach Pseudo-Xenophon); vgl. auch Berve, Geschichte, II S. 2—9, 12f.; Scheffer, Griechen, S. 190.

vereinigten boiotischen Gemeinden geführt hatte; weniger Glück hatten 440 v. Chr. die Samier, deren Aufstand zur radikalen Unterwerfung führte. Angesichts der Härte der Athener richtete sich übrigens der Widerstand unzufriedener Glieder des „Seebundes“ immer mehr von vornherein in *separatistischer* Absicht gegen die Zugehörigkeit zum Bund an sich und nicht nur gegen den Mißbrauch der durch ihn den Athenern zugestandenen Führerstellung; man beschränkte sich also zunächst noch weniger als in der spartanischen Symmachie auf die (damals wohl aussichtslose) Erlangung einer Sicherung des Widerstandsrechts, das auch hier wieder durch die Ausbreitung eines *Herrschaftsrechts* innerhalb eines *völkerrechtlichen* Gebildes entstanden war, sondern suchte, gestützt auf das eigene Herrschaftsrecht, jenes andere, das die vom Hegemon egoistisch betätigte „Zentralgewalt“ beanspruchte, einfach für das eigene Gebiet wieder völlig zu beseitigen. So hatte sich Megara 448 v. Chr. mit Erfolg von Athen loslösen können; so führte nun auch einige Jahre, nachdem 431 v. Chr. der Krieg wegen athenischer Repressalien gegen jene abgefallene Stadt ausgebrochen war, vor allem auf Lesbos das Eintreten Spartas für die *Autonomie* der Einzelstädte zu einer Abfallbewegung, deren blutige Unterdrückung der Sache Athens innerlich kaum förderlich gewesen sein dürfte; immer wieder mußte der demokratische Hegemon gewaltsam eingreifen, um Bundesgenossen bei der Stange zu halten, die gegenüber einem Feind, der den seinen mehr *Freiheit* gewährte, schwach zu werden drohten, oder, um abgefallene in den Bund zurückzuzwingen; oft gelang dies aber auch nicht, und ein Versuch, die nun seit Jahren losgelösten Boioter zu unterwerfen, führte nur zum Beginn der später im Widerstand gegen die spartanische Unterdrückung vollendeten, strafferen Zusammenfassung der boiotischen Eidgenossenschaft unter thebanischer Führung. Obwohl dann eine Zeitlang sogar Sparta selbst durch den Frieden von 421 v. Chr. den Athenern zur Möglichkeit, gegen die während des Krieges Abgefallenen erfolgreicher vorzugehen, verholfen hatte, setzte nach der Erneuerung des Kampfes auch die Abfallbewegung abermals ein, diesmal u. a. sogar zugunsten der Perser, bis schließlich jetzt allein die Samier der ionischen Vormacht treu blieben, von der sie doch vor dreieinhalb Jahrzehnten so schlecht behandelt worden waren, nun aber sogar das attische Bürgerrecht erhielten; damit konnte Athen freilich seine Kapitulation (404 v. Chr.) nicht mehr abwenden.⁷²

Schon mit den ersten Rückschlägen Athens war aber auch die Kritik in seinem *Innern* schärfer geworden. Sogar die „Isonomia“, die Gleichberechtigung einer Vielheit im Staate, die bisher von allen

⁷² Vgl. Thukydides, Geschichte, passim, z. B. I'76f., II'63, III'36, V'89f., 104f. (Athener pochen auf das Recht des Stärkeren), III'82—84 (Bürgerkrieg im wankelmütigen Korkyra); Berve, Geschichte, I S. 280f., 294f., II S. 19f., 24—28, 42—44, 47f., 52, 54—56; Triepel, Hegemonie, S. 383—387; ferner oben in Anm. 69 u. 71 zit. Stellen. Dazu Nef, Polis, S. 263f.

Kreisen, wenn auch in stark verschiedenen Varianten, verherrlicht worden war, wurde als *absolute Gleichheit* zum Parteiprogramm der radikalen Demokratie und war nicht mehr ein unangefochtenes, allgemein als verpflichtend anerkanntes Prinzip. Es schien nun auf alle Fälle vielen, in einer Aristokratie wäre „weniger Überspannung und Ungerechtigkeit“; wo ein Volkshaufe herrscht, „wer will ihn zur Rechenschaft ziehen?“⁷³. Damit aber war die Frage des *Widerstandes gegen eine ungerechte, tyrannische demokratische Mehrheit*, gegen eine Tyrannis „quoad usum“ des Volkes, aufgeworfen. Soweit man nicht mit gewissen Sophisten aus dem Kult der Gewalt heraus sogar *jede Tyrannis* verteidigte, verurteilte man vielfach nur noch diejenige im *moralischen Sinn*, die man zu diesem Zweck allzu absolut von der „bloß“ *rechtswidrigen* Herrschaft zu trennen begann.⁷⁴

Gegenüber der immer intoleranter werdenden Volksherrschaft hatte solche Kritik freilich eine gewisse Berechtigung. Aber das, was nun die bornierten Geheimklubs der oligarchischen „Reaktion“ ins Werk setzten, das war keineswegs besser, sondern *reinste Willkürherrschaft*, so bis zu einem gewissen Grad schon das „*Regiment der 400*“, die die Stadt 411 v. Chr. nach dem ersten Sturz der Demokratie einige Monate lang selbstherrlich regierten. Führte der demokratische Widerstand bald zur Wiederherstellung der „*solonischen*“ *Verfassung*, so kam dann mit der völligen Niederlage gegen Sparta eine eigentliche, wirklich schreckliche oligarchische Tyrannis in Athen zur Macht: die sogenannten „dreißig Tyrannen“. Im Anfang beseitigten diese zwar nur die gewerbsmäßigen Ankläger in Populärprozessen und diejenigen, „die der Menge wider ihr eigenes Bestes nach dem Mund redeten“, also „lauter hinterlistige und gewissenlose Kerle“, aber bald „dehnten sie ihre Angriffe auch auf die besseren Bürger aus und machten denen, die durch Vermögen, vornehme Geburt und persönliches Ansehen eine Stellung einnahmen, den Prozeß, den einen, um sich die Furcht vor ihnen vom Halse zu schaffen, den andern, um ihr Vermögen einzuziehen“, so daß sie anscheinend „in kurzer Zeit ... nicht weniger als 1500 Bürger [hatten] hinrichten lassen“.⁷⁵

⁷³ Müller, allg. Geschichte, II Kap. 5 (S. 33) n. Xenophon, Memorabilia, I Kap. 2'40 ff.

⁷⁴ Friedel, a. a. O., S. 50—56, insb. 52 (m. Anm. 112 und dort zit. Arbeit). Vgl. Plato, Gorgias, St. 466—473, 483 f., 515—522; Burckhardt, Kulturgeschichte, S. 178, 227 f.; Arnim, Theorien, S. 12—14; Scheffer Griechen, S. 212—217; Heintzeler, a. a. O., S. 22—29, 44 f., 47 f.; Verdroß, a. a. O., S. 7 f., 50—53, 55 f., 59 f. Vgl. auch unten Kap. 5 (Abschn. 111 f.) bei Anm. 18—20.

⁷⁵ Thukydides, Geschichte, VIII 65 f. (Regiment der 400); Aristoteles, Athener Abschn. 28—35, insb. 33 u. 35 (am Ende) — S. 45—60 insb. 56 u. 59 f.; vgl. Politik, V Kap. 9 — 1310a / v. K. VIII Kap. 9 — S. 249; Berve, a. a. O., II S. 47 f., 58 f.; Arnim, Theorien, S. 15; Friedel, a. a. O., S. 56, 58 f.; Verdroß, a. a. O., S. 8, 59.

Diese zweite Reaktion kann angesichts des äußeren Zusammenbruchs und ihrer direkten Förderung durch Sparta nur ganz indirekt u. a. auch als Folge der *überspannten Volksherrschaft* betrachtet werden; aber bedenklich rasch hatte die letztere doch schon sieben Jahre vorher eine Zeitlang einer oligarchischen Usurpation Platz gemacht. Beide Male *dachten* dabei anscheinend die Vornehmen zunächst nicht einmal an die Erzwingung eines *Kompromisses* durch das Mittel des bloßen Widerstandes; freilich verstanden es dann jeweilen einzelne von ihnen, so Alkibiades, wenn der Wind wiederkehrte, die notwendigen *Konzessionen* zu machen, um an der Macht zu bleiben, aber an sich wollten gerade die gesinnungstreueren Oligarchen stets „aufs Ganze“ gehen. Das mochte nicht zuletzt daher rühren, daß der Widerstand gegen die Staatsgewalt, den die *freiheitliche* Demokratie unnötig gemacht hatte, von der *egalitären*, der gegenüber er neuerdings nötig geworden wäre, fast ganz unmöglich gemacht worden war, wie das vorher schon in den Untertanengebieten geschehen war; so gewöhnte man sich daran, dem *jeweiligen Träger der obersten Gewalt*, wer es auch sei, zu *gehorschen*, oder aber ihn zu *beseitigen*⁷⁶. Anscheinend war wohl der Machtzuwachs zu rasch erfolgt, als daß er von den Athenern hätte „ethisch verdaut“ werden können: so hätte sich denn hier gezeigt, daß die rechtlichen Formen, die den einzelnen Menschen und Gruppen in ihren Sonderlagen gerecht werden und in deren Namen deshalb ein legitimer Widerstand ausgeübt werden könnte, nur langsam als Frucht eines allseitigen vernünftigen Gerechtigkeitsstrebens heranreifen.

VIII. Demokratischer Widerstand führt zur Restauration freiheitlicher Institutionen

Vom reineren, freiheitlicheren Ethos waren anscheinend trotz allem noch die Demokraten erfüllt. Dies verlieh denn auch ihrem *Widerstand für das alte Recht* eine starke innere Kraft; und, selbst wenn sie nach völliger Wiederherstellung der Demokratie strebten, so gewährte diese doch im Gegensatz zu den beiden oligarchischen Regimes an sich schon auch den Unterlegenen gewisse Rechte. So trugen denn die demokratischen Aktionen auch in erheblicherem Maße *widerstandsrechtliche* Züge.

So betrachtete sich schon 411 v. Chr. infolge des in Athen zur Macht gelangten „Regiments der 400“ die Flotte eine Zeitlang als „der Demos“ und damit als das eigentliche Athen, so daß der Staat der Athener in ihr lebte; „zwar wollte die Flotte Athen natürlich wieder besetzen, die Vierhundert verjagen und die alte Verfassung wiederherstellen; sollte dies aber nicht gelingen oder ratsam erscheinen, so stünden

⁷⁶ Vgl. Müller, a. a. O. (S. 33). Auch nach Knauss, [Hellas, S. 219f.] hat es sich beim Prozeß gegen die Offiziere, die die Schiffbrüchigen nicht gerettet hatten (unten Kap. 5 IV bei Anm. 25), gerächt, daß es beim griechischen Staatssystem „keine *Zwischenschaltungen* ... zwischen dem *Einzelnen* und der *staatlichen Willensbildung*“ gab.

ihnen in Ansehen einer so mächtigen Flotte noch tausend Wege offen, wo sie Städte und Land finden könnten“⁷⁷. So erschien hier, umgekehrt als früher, aus dem Widerstandsrecht (gegen Tyrannis titulo einer Oligarchie) ein Sezessionsrecht abgeleitet, was den trotz allem noch lockeren Aufbau des damaligen Staates aufzeigt.

Schließlich gelang es den Demokraten auch, den Widerstand gegen die Oligarchen zu organisieren und sie wieder abzusetzen, worauf schließlich ein Kollegium von zehn Syngrapheis bestellt wurde, das Gesetze zum Zweck der völligen Wiederherstellung der Demokratie ausarbeiten hatte. Zu diesen gehört anscheinend auch das sogenannte „Psephisma des Demophantos“, das nun von Tyrannis nur noch in dem Schwur spricht, den es aus früherer Zeit übernimmt und sonst einfach den Schutz der Demokratie verstärken will. Jetzt sollte zudem die Tötung eines Feindes der Demokratie nicht nur keine Strafe, nicht nur sogar Belohnung, sondern überdies auch keinerlei Trübung des Verhältnisses zu den Göttern zur Folge haben. Ob freilich ein Gesetz diesbezügliche Zweifel erledigen konnte, ist doch fraglich; der damalige Demos glaubte es wohl!⁷⁸

Und als nun die „Dreißig“ in Athen zu wüten begannen, da kam es abermals zu tapferem Widerstand der Demokraten für das alte Recht. Zunächst erhob Theramenes öffentlich Einspruch, worauf die Dreißig sich immerhin zu dem Versprechen genötigt sahen, einer Versammlung von 3000 Bürgern einen gewissen Anteil an der öffentlichen Gewalt zu gewähren. Dies geschah in der Form, daß sie Theramenes hinrichten und allen denen, die nicht zu den 3000 gehörten, die Waffen abnehmen ließen, sowie Hilfe von den Spartanern erbaten, die denn auch 700 Mann auf der Akropolis installierten. Daraufhin besiegten demokratische Kräfte, die sich vom Exil aus an verschiedenen Stellen Attikas festgesetzt und von dort aus den Widerstand organisiert hatten, die Anhänger der zum Gewaltregime entarteten Oligarchie; nun setzten diese selber die Dreißig ab und wählten eine Zehnerkommission, die den Bürgerkrieg beenden sollte; auch diese wurde, als sie versagte und die Volksstimmung sich immer mehr den weiter vordringenden Emigranten zuneigte, abgesetzt und durch eine andere ersetzt, „deren eifrigem Bemühen und tätiger Beihilfe es in der Tat gelang, die Parteien zu versöhnen und dem Demos die Rückkehr in die Stadt zu ermöglichen“, wozu auch der spartanische König Pausanias nun seine Hilfe lieh.⁷⁹

Diejenigen, die unter der Führung des Thrasybul die Befreiung der Stadt von der Herrschaft der „Dreißig“ eingeleitet hatten, erhielten nun Ehrungen und Belohnungen, ähnlich denen, die den Befreiern des

⁷⁷ Knauss, Hellas, S. 55 f. (n. Thukydides).

⁷⁸ Friedel, a. a. O., S. 40—42, 56—58.

⁷⁹ Aristoteles, Athener, Abschn. 36—38 (S. 60—63); Friedel, a. a. O., S. 59 f.

Demos von jeglicher Tyrannei in Aussicht gestellt worden waren. Zunächst wurden nur die Bürger, und zwar nur diejenigen, die von Anfang an dabei waren, berücksichtigt. Über zwei Jahre später erhielten aber auch die Metoeken und sogar die Sklaven, soweit sie bei Phyle mitgekämpft hatten, eine für sie überaus vorteilhafte Belohnung: das athenische Bürgerrecht, während die späteren Mitkämpfer Abgabefreiheit und verschiedene andere Rechte erhielten.⁸⁰

Im übrigen war es zu einer allgemeinen „Aussöhnung“ gekommen, indem ein zwischen den Parteien abgeschlossener *Vertrag* bestimmte, daß Vergangenes nicht zum Gegenstand einer gerichtlichen Verfolgung gemacht werden dürfte; als einer dies dennoch versuchte, wurde er vom Rat kurzerhand hingerichtet. Von der Bevormundung seitens der Spartaner löste man sich, indem man sämtliche, auch die unter der Führung der *Dreißig* ihnen gegenüber eingegangenen Schulden von Staats wegen zurückzahlte.⁸¹

Diese Art der Erledigung durch ein *Übereinkommen* zwischen den Parteien entsprach nun wieder echter Widerstandsrechtlicher Auffassung; aber auch hier war nur der monistische Widerstand im Namen einer das Ganze umfassen sollenden Ordnung und nicht derjenige für die Rechte einer besonderen Gruppe anerkannt worden.

Als „unumschränkter Herr der Lage“ richtete nun der Demos eine Verfassung ein, in der „die ganze Verwaltung durch Mehrheitsbeschlüsse und gerichtliche Entscheidungen bestimmt“ wurde; den Ausschlag gab aber in beiden das Volk, da jetzt auch die bisher zur Kompetenz des Rates gehörige Gerichtsbarkeit fast ganz auf die Volksgemeinde, vor die nun die Thesmotheten die Klage über politische Verbrechen zu bringen hatten, überging, während im übrigen auch stets Appellation an das *Volksgesicht* möglich wurde. Diesem wurden jetzt auch die Nomotheten (durch Volkswahl?) entnommen, die im 4. Jhd. die Stelle der früheren Syngrapheis einnahmen, dabei aber auf einen entsprechenden Beschluß der Volksversammlung hin nach der Verteidigung des alten Gesetzes durch fünf Synegoroi, eine Art Staatsanwälte, anscheinend selber die *Gesetzesänderung* oder das *neue Gesetz* endgültig in Kraft setzen konnten.⁸² Dabei wurde nun auch ein neuer *Richtereid* festgesetzt, der eine lange Liste von Verpflichtungen enthielt, die alle eine staatliche Unterdrückung verhindern sollten; da nun jeder zum Richten gehen konnte, wenn es ihm paßte, mußte auch jeder den Eid leisten. So ist es doppelt verständlich, daß er auch Bestimmungen gegen die Vertreibung von Bürgern ins Exil, die Errichtung der Tyrannis, die Einführung der Oligarchie, überhaupt jede Beseitigung

⁸⁰ do., S. 60—63.

⁸¹ Aristoteles, a. a. O., Abschn. 39f. (S. 64—67).

⁸² do., Abschn. 41, 59, 61 (S. 67—69, 101, 107f.); Schulthess, Volksgesicht, S. 8, 18, 22—25, insb. 24f.; Swoboda, Staatsaltertümer, S. 124—126 (m. Anm.), 134 (m. Anm. 10), 148, 156—160. Vgl. auch oben (Abschn. IV) bei Anm. 58, (VI) bei Anm. 64, (VIII) bei Anm. 78.

der Demokratie, ebenso gegen eine allgemeine Veränderung der privatrechtlichen Eigentums- und Vermögensverhältnisse enthielt.⁸³

Das *Vermögen* war überhaupt das am stärksten geschützte Recht des Bürgers in der attischen Demokratie; stark war auch die *persönliche Freiheit* vor dem Eingriff der Beamten geschützt, vor allem auch deshalb, weil diese nicht wie in Rom als erst nachträglich anklagbare „Imperium“-Träger, sondern als *auch jetzt vor dem Gesetz gleiche* Bürger mit Hilfe anderer Bürger gegen den Mithürger vorgehen mußten, wie das indirekt aus der Art und Weise erschlossen werden kann, wie Sokrates für die „dreißig Tyrannen“ einen mißliebigen Athener hätte verhaften sollen; daraus dürfte sich wohl bei einem unrechtmäßigen „behördlichen“ Vorgehen, das sich nicht auf den klar ausgedrückten Volkswillen berufen konnte, normalerweise ein *Notwehrrecht* ergeben haben. Zudem bestanden eine weitgehende *Vereinsfreiheit*, welche aus dem Schutz herausgewachsen war, den der Staat den um ihren Sondergott gruppierten kleineren Gemeinschaften gewähren mußte, wenn er nicht die eigene religiöse Existenzgrundlage vernichten wollte, und, als Sicherung aller übrigen „Freiheiten“, ein starker Schutz der *Redefreiheit* und der *politischen Rechte*. Gegenüber der Willkür der Volksversammlung und des Gemeindegerichts, die sich oft nicht scheuten, für geringfügige Delikte *Todesurteile* zu fällen, war der Einzelne freilich machtlos.⁸⁴

So war die Verfassung des damaligen Athen vielleicht besser als ihr Ruf; aber, das ganze Staatsrecht war nun bei einem ständig sich verstärkenden Übergewicht der Volksversammlung und der dort „herrschenden“ Redner, trotz der z. B. in der mannigfaltigen Vereinsbildung noch zum Ausdruck kommenden *pluralistischen* religiösen Grundlage der Gesellschaft, immer mehr *monistisch* aufgebaut. So konnte denn auch ein Widerstand allenfalls gestützt auf den Eid, den der Beamte, das Ratsmitglied, der Volksrichter oder der Jungbürger jeweils ablegten, im Namen der allen gemeinsamen *Rechtsordnung*, aber kaum mehr zum Schutze besonders garantierter *Einzelrechte* oder eines besonders geschützten *Rechtskomplexes* unternommen werden. Ob diese

⁸³ Müller, a. a. O., II Kap. 5 (S. 31); Kahrstedt, Athen, S. 73—76; Knauss, Hellas, S. 126f.

⁸⁴ Zum ganzen Abs.: Kahrstedt, a. a. O., S. 132—191; Wilamowitz, Griechen, S. 113f. vgl. 48—51. Vgl. zum Freiheitsgeist: Scheffer, Griechen, S. 217f.; Knauss, Hellas, passim. Zu „Grundrechten der Individuen“ ist man im damaligen Griechenland auch in Athen nie gelangt: vgl. Verdross, a. a. O., S. 11f. Zum Auftrag der „Dreißig“ an Sokrates: vgl. unten Kap. 5 (IV) bei Anm. 26 und dort zit. Stellen. Zur Vereinsbildung: vgl. auch Aristoteles, Ethik, VIII Kap. 11 — 1160a9ff. / v. K. S. 178f.; Politik, I Kap. 2f. — 1252b27 / v. K. S. 3; Barker, Plato, S. 235f. Gegen die übliche Kritik an der damaligen athenischen Demokratie tritt Schulthess [a. a. O., S. 26—28] auf; ähnlich in bezug auf den Sokratesprozeß [vgl. unten Kap. 5 (IV) Anm. 23—35 u. 6 (I) Anm. 2]: Guardini, Sokrates, S. 67, 75f., 92—96, 98. S. aber Verdross, a. a. O., S. 57f.

Ordnung die Freiheit weiterhin aufrechterhielt, das hing zur Hauptsache von der Mäßigung der Menge an der *Volksversammlung* und im *Gericht* ab. Vielleicht war dies aber kein unerreichbares Ziel mehr, nachdem keine Untertanengebiete mehr da waren, deren Beiträge man unter sich verteilen konnte.

IX. Die institutionellen Früchte des Widerstandes der Bundesgenossen

Die wiederhergestellte Demokratie nahm freilich auch wieder ihre Aspirationen zur See auf. Dabei stieß die Stadt, anders als später Sparta nach seinem 371 v. Chr. erfolgten Zusammenbruch, bei vielen ihrer ehemaligen Bundesgenossen auf ein Entgegenkommen, welches zeigte, daß die seinerzeitige alleinige Abstützung des Widerstandes auf das eigene Herrschaftsrecht und der daraus sich ergebende gänzliche Abfall nicht freudig, sondern aus der Not heraus geschehen waren, welche durch die tyrannischen Maßnahmen hervorgerufen worden war, mit denen die den Bund beherrschende Polis die Kriegslasten der Glieder vermehrt hatte; schon damals hätte sich vielleicht mancher mit dem zufrieden gegeben, was ihm jedenfalls jetzt als einzige *conditio sine qua non* für die Neugründung des Bundes erschien: eine hinlängliche *institutionelle Sicherung* seiner Autonomie. Da der äußeren Machtenfaltung Athens nun Grenzen gesetzt waren und der äußere Zusammenbruch seine Bürger doch auch zur Besinnung auf die Ungerechtigkeit egoistischen Großmachtstrebens geführt hatte, bequerten sich denn diese auch dazu, annehmbare Vertragsbedingungen in Aussicht zu stellen, so daß es schließlich zur Gründung des „zweiten attischen Seebundes“ kam (378 v. Chr.).⁸⁵

Nun war fast ein *echter Bund* entstanden, dessen Synedrion mit ständigem Sitz in Athen bei allen sich auf ihn beziehenden Beschlüssen des Hegemons mitzuentcheiden hatte. Das eigentliche Ziel jedes echten *föderalistischen Widerstandes*, der stets darnach strebt, die Rechte der Glieder in einem Bund zu sichern, ohne diesen zu sprengen, wurde jetzt nachträglich doch noch erreicht, indem durch einen athenischen Volksbeschluß, dessen dauerhafte Gültigkeit gegenüber den einzelnen Poleis wohl durch den jeweiligen Vertrag effektiv gesichert erschien, die föderative Organisation der Bundesgenossen auf seltsame Weise in den *Verfassungsbau* des hegemonialen Staates eingefügt war. Insbesondere wurde sowohl den einzelnen Athenern, als auch dem athenischen Staat jeder *Grundbesitzerwerb* auf Bundesgenossengebiet verboten, da dies früher zur Bildung einer Art Kolonien geführt hatte, die gleichsam als *athenische Besatzungstruppen* oder, moderner ausgedrückt, als „fünfte Kolonne“ gewirkt hatten; nun durfte jedermann gegen ein solches Unternehmen in Athen eine Klage einreichen, die

⁸⁵ Vgl. Plato, Gorgias, St. 515c ff.; ferner: Heintzeler, Tyrann, S. 49f.; Triepel, a. a. O., S. 387–393.

vom Synedrion zu entscheiden war.⁸⁶ So schien es, als ob die *Stadt* als Mittelpunkt einer friedlichen Gemeinschaft einer neuen Ära der Freiheit entgegengehen könnte.

Aber die *Freiheitsidee* konnte im Innern, wenn überhaupt, nicht so rasch die alte Kraft wiedererlangen; dazu wäre vor allem eine dauerhafte Selbstbescheidung der Stadt notwendig gewesen. Schon andert-halb Jahrzehnte nach der Gründung des neuen Seebundes wurde jedoch der Demos schon wieder übermütig und ließ nach außen die alte *Machtpolitik* wiederaufleben, so daß zunächst Byzanz, Chios und Rhodos zu Theben abfielen und sodann die Städte am Bosphorus und Hellespont sich wieder selbständig machten; die krasse Vertragsverletzung durch Athen hatte abermals dazu geführt, daß man nicht etwa einfach gegen die mißbräuchliche Art und Weise, in der der Hegemon das ihm im Sinne des Vertrages an sich zustehende Herrschaftsrecht ausübte, ein Widerstandsrecht geltend machte, sondern sich wiederum auf das eigene „Souveränitätsrecht“ zurückzog; wo man weiterhin an einem bundesmäßigen Zusammenschluß interessiert war, da suchte man immerhin, die Verbindung mit Hilfe anderer Mächte unter sich aufrechtzuerhalten, so die drei erstgenannten Poleis im Anschluß an die thebanische Macht und dann sechs Jahre später sogar durch Abschluß einer gegen Athen gerichteten *Symmachie* mit einem karischen Satrapenfürsten! So waren um die Mitte des 4. Jhd. nur noch die Kykladen und einige wenige Punkte auf der Chersones den Athenern „treu“ geblieben; als sich ihnen dann im Abwehrkampf gegen Mazedonien wieder fast die ganze griechische Halbinsel anschloß, da war es zu spät zum Aufbau einer starken Bundesmacht ... und, nachdem die äußere Freiheit verlorengegangen war, machte bald genug die Volksherrschaft niedrigster *Schmeichelei* gegen Tyrannen Platz.⁸⁷

Die Niederlage gegen einen mächtigeren Feind ist freilich kein Maßstab für den *inneren Wert* eines Staates und bei fremder Besetzung finden sich stets „*Kollaborationisten*“. Es ist also schwer zu sagen, ob Athen wirklich politisch so krank war, wie das seine eigene „geistige Elite“ damals behauptete. Es scheint, daß jedenfalls der allzu stark durchorganisierte Staat das volle Gleichgewicht nicht mehr gefunden hatte und der echte Widerstandsgeist weitgehend von der Herrschsucht erstickt worden war; anscheinend war damals in großen Gebieten des eigentlichen Griechenlands der Sinn dafür z. T. nicht mehr, z. T. noch nicht vorhanden, daß sowohl zwischen dem Einzelnen und dem Staat, als auch zwischen der Einzelpolis und der an sich berechtigten Herrschaft einer Bundesmacht *Zwischenglieder* notwendig sind, die eine allfällige Unterdrückung verhindern können, ohne daß deshalb die ganze *Staatsverfassung* über den Haufen geworfen oder der

⁸⁶ Triepel, a. a. O., S. 388f., 391, 412; Berve, a. a. O., II S. 97—99.

⁸⁷ Müller, a. a. O., II Kap. 5 (S. 33); Berve, a. a. O., II S. 110, 112f. Vgl. die oben in Anm. 69 zit. Stellen (insb. Aristoteles, Politik).

Bundesvertrag aufgegeben wird⁸⁸. Wie sahen es aber die großen Staatstheoretiker an, welche damals die Rechtsauffassungen ihrer Mitbürger an der ewigen ethischen *Idee* zu messen begannen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir zunächst einen Gesamtüberblick auf das, was man „altgriechischen Widerstandsgeist“ nennen könnte, zu gewinnen versuchen und uns dann etwas eingehender mit den Gedankengängen des Plato und des Aristoteles befassen.

Fünftes Kapitel

Griechischer Widerstandsgeist

I. Der aristokratische Widerstandsgeist

Im 6. Jhd. entstand — wir folgen hier Friedel¹ — der Hauptteil des unter dem Namen des Theognis von Megara erhaltenen Adelsbreviers. Die hellenische Aristokratie wehrt sich darin gegen die Mächte der neuen Zeit, einerseits gegen die Demokratie, andererseits gegen die Tyrannis. Die Stellen, die sich mit der letzteren befassen, sind erfüllt von Haß gegen den Tyrannen, der sich der verachteten unteren Volksschichten bediene, weder den letzteren, noch gar den Adligen zum Heil, auch dann, wenn der Betreffende aus dem Adel stamme. In ihrem Bereicherungsstreben und in ihrem Übermut würden die Tyrannen das Volk vernichten, das ihnen im Kampf gegen die Edlen zur Macht ver helfe, obwohl die Herrschaft der letzteren nie so verderblich gewesen sei wie die neue. Aus dem allgemeinen Unglück zögen die Usurpatoren ihren Vorteil, Bürgerkrieg sei die Folge. Deshalb gelte für den pflichtbewußten Aristokraten: „... ihn strecke zu Boden, des Volkes Feind, den Tyrannen, das verarget kein Gott, jegliches Mittel ist recht!“

II. Harmodius und Aristogeiton

In Sprüchen, Liedern und Statuen — auch in diesem Abschnitt stützen wir uns im wesentlichen auf die Untersuchungen von Friedel² — ehrten die Athener später jene beiden Freunde, die die Befreiung ihrer Vaterstadt von der Herrschaft der Peisistratiden mit dem eigenen Leben bezahlt hatten, Harmodius und Aristogeiton.

⁸⁸ Das ist mindestens das, was sich aus dem Bild einer zunehmenden Neigung zu extremer Demokratie und zur Tyrannis ableiten läßt, welches uns die hier benützte Lit. vermittelt. Vgl. insb. oben Kap. 3 Anm. 42—45, 53 f., 58, Kap. 4 Anm. 19, 59, 64—66, 68 f., 71, 76, 78, 84 (am Schluß des Abs.), sowie unten Kap. 5 Anm. 21—27 und das an allen diesen Stellen im Text Gesagte, ferner Kap. 6 If., V, Kap. 7 VI, Kap. 8 passim.

¹ Friedel, Tyrannenmord, S. 8—11 und dort zit. Lit.

² a. a. O., S. 28—37, 50—56. Vgl. die folgenden Anm.

Die Eupatriden, die Adligen, waren es zunächst, die den Versuch ihrer Standesgenossen, von Leipsydrion aus die Tyrannis in Athen zu stürzen, in „Skolien“ verherrlichten³. Auch die Skolien auf Harmodius und Aristogeiton werden zunächst in jenen am stärksten „legitimistisch“ eingestellten Kreisen gesungen worden sein⁴. Sie „preisen ... diesen Tyrannenmord als eine herrliche, sittlich gute und deshalb der höchsten Belohnung werthe Tat“⁵. Die Tyrannenmörder stellen die *Isonomie*, d. h. das auf der Gleichheit eines kleineren oder größeren Kreises von Bürgern beruhende Recht, wieder her. Die Befreier leben daher weiter in den Gefilden der Seligen, in der Gesellschaft der berühmtesten Helden der Vorzeit, des Achill und des Diomedes⁶. Diese Verehrung wurde selbstverständlich durch den bürgerlichen Mittelstand, der nun den neuen Staat regierte, übernommen, ja sogar noch fortentwickelt⁷.

Bald errichtete denn die junge Demokratie den beiden auch Statuen, die Xerxes nach der Überwindung Athens in sein Reich abgeschleppt, Seleukos später an ihren früheren Ort zurückgeführt, die Rhodier endlich, welche sie einmal an ihr Meerufer hätten treiben sehen (!), von Staats wegen eingeladen und auf heilige Götterpolster gebettet haben sollen.⁸ Die Statuen, die vielleicht überhaupt die ersten persönlich benannten waren, die in Athen für sterbliche Menschen dauernd aufgestellt blieben⁹, standen in der Orchestra des neuen Marktplatzes, den die Peisistratiden erbaut hatten, was zugleich den Widerstandsgeist der *Athener* und die hohe Meinung, die sie von den Geehrten hatten, dokumentieren sollte. Selbstverständlich wurden nach der Wegführung der Statuen durch die *Perser* im Jahre 480 v. Chr. bald neue errichtet; ein eigenes Gesetz verbot die Aufstellung anderer Statuen in ihrer Nähe. Fortan war es die höchste Ehre, die es für einen Bürger der Stadt geben konnte, wenn er ein Loblied oder eine Statue erhielt, wie die beiden Helden.¹⁰

Herodot läßt es sogar den Miltiades, der doch selbst Tyrann auf der Chersones gewesen war, dem Kallimachos vor der Schlacht bei Marathon als höchsten Ruhm in Aussicht stellen, „ein Andenken für alle Zeiten zu hinterlassen, wie es nicht einmal Harmodios und Aristogeiton gewannen“¹¹. Auf ähnliche Weise drückte sich nun in der

³ Aristoteles, *Athener*, Abschn. 19 (S. 30f.); Cornelius, *Tyrannis*, S. 88; Friedel, a. a. O., S. 28.

⁴ Cornelius, a. a. O., S. 83; Friedel, a. a. O., S. 28, 30, 32.

⁵ Friedel, a. a. O., S. 32.

⁶ do., S. 31—33.

⁷ do., S. 30—32. Zum ganzen Abs. vgl. auch Maine, *Law*, S. 65 / *Droit*, S. 57; Schmidt, *Tyrannenmord*, S. 1—8; Nobel, *Mord*, S. 21—23.

⁸ „Brutus“, *Vindiciae*, W. S. 134/Z. S. 146 (nach Plinius und Alexander); Schmidt, a. a. O., S. 5, 7f.; Nobel, a. a. O.; Friedel, a. a. O., S. 34.

⁹ Friedel, a. a. O., S. 36.

¹⁰ do., S. 35—37.

¹¹ do., S. 33.

griechischen Welt immer wieder die Ablehnung außergesetzlicher Herrschaft aus¹². Mit der Zeit wurde es freilich für die Aristokraten gleichgültig, ob ein Tyrann oder der Demos ihre verlorene Führerstellung einnahm. Nun wurden sie oft Anhänger von Tyrannen, und in der Literatur begann die Opposition gegen die Verherrlichung des Tyrannenmords, die umgekehrt von den herrschenden Demokraten einem jeden zuteil wurde, der sich gegen die Zerstörung der Volksherrschaft wandte¹³.

III. Die „Antigone“ des Sophokles und Euripides

Weitherum bewundert man bis auf den heutigen Tag mit Aischylos die griechische *Welt der Freiheit*, die dieser in den „*Persern*“, der östlichen *Welt der Sklaverei*, gegenüberstellte, und nimmt man vor allem Anteil am Schicksal der von Sophokles besungenen *Antigone*, welche die staatlichen Gesetze um des göttlichen Gebotes der Totenehrung willen übertrat. Diese Frau erachtete den königlichen Willen nicht als so mächtig, daß ihm, einem „Sterblichen“, „*der Götter ungeschriebenes, unerschütterliches Gesetz*“ sich beugen müßte“. Dieser Auffassung würden im Volk alle zustimmen, „fesselt ihnen Furcht die Zunge nicht“, könnte der König nicht tun, „was ihm beliebt“.¹⁴

Nicht darauf komme es an, daß Antigone ungehorsam war, sondern darauf, daß sie *nichts Schlechtes* getan habe. Und wenn der König fragt: „Soll denn die Stadt mir sagen, was ich ordnen soll?“, so antwortet ihm sein Sohn: „es gibt den Staat nicht, der nur *eines* Mannes ist.“ Wer meint, der Staat sei sein, würde „allein in einem öden Land“ herrschen.¹⁵

Schließlich verkündet ein Seher dem Herrscher die Rache der Götter, auf deren Befehl sich „alle Städte ... feindselig aufraffen“ werden¹⁶. So weist der Dichter, obwohl er gegenüber den menschlichen Herrschaftsrechten, vor denen die ewigen Gesetze der Götter den Vorrang haben, zunächst nur den *leidenden Ungchorsam* des Einzelnen verherrlicht, doch auch auf den rechtmäßigen Widerstand, ja Aufstand der Untertanen hin.

Auch bei Euripides heißt es, „nichts schädige mehr den Staat als Herrschaft *eines* Mannes“¹⁷. Dabei kündigt sich nun aber bei ihm eine

¹² do., S. 35—38; Knauss, *Hellas*, S. 138.

¹³ Dazu Friedel, a. a. O., S. 35 f., vgl. 50—56; Schmidt, a. a. O.; Nobel, a. a. O.

¹⁴ Sophokles, *Antigone*, V. 449—460 (vgl. 744 f.), V. 504—507. Vgl. Heintzeler, *Tyrann*, S. 11 f. (Sophokles), sowie S. 18—21 (Aischylos); Verdroß, *Grundlinien*, S. 34—39 (*beide*).

¹⁵ Sophokles, a. a. O., V. 692—695, 705 f., 710 f. 730—734, 736—739.

¹⁶ do., V. 1078—1083.

¹⁷ Groß, *WR*, S. 2 (n. Kaerst); dazu Heintzeler, *Tyrann*, S. 12—14. Vgl. aber die bei Friedel [a. a. O., S. X, 54] zit. Stellen, wo der Einzelherrscher, selbst wenn er formelles Recht bricht, nicht an sich schon verurteilt, einmal sogar eher bewundert wird.

Wendung in der Auffassung der *Tyrannis* an. Unter diesem Begriff hatte man *zuerst* einfach generell die Herrschaft eines (reichen) Einzelnen, *später* aber nur noch diejenige, welche in einem bisher republikanisch regierten Staat mit *Gewalt* errungen worden war und *autokratisch* geführt wurde, verstanden, wobei die Bezeichnung dann immer mehr gleichzeitig auch eine *moralische Verurteilung* in sich schloß. *Nun* erschien aber eine solche gegen das bisherige Recht verstoßende Einzelherrschaft schließlich wieder nicht mehr allgemein als unter allen Umständen verwerflich: daher *verlor* die Tyrannis in diesem zweiten Sinn des Worts z. T. wieder ihren schlechten Ruf, wobei jedoch am *Worte* selber ein *übler Beigeschmack* haften blieb, der jetzt im Begriff war, auf einen *dritten*, grundsätzlich *moralischen*, aber dafür vom positiven Recht weitgehend *losgelösten* Tyrannenbegriff übertragen zu werden. So heißt es in einem dem Euripides zugeschriebenen Fragment: „Das nenne ich Tyrannis: Die meisten um Leben und Habe bringen, Eide brechen, Städte vernichten.“¹⁸

IV. Sokrates

Beschäftigen sich so das Volk und seine Dichter mit der Tyrannis und ihrer Bekämpfung, so mahnten die Philosophen zugleich zur Besinnung auf die *Rechtsidee*. Schon um die Mitte des 6. Jhd. hatte Pythagoras die Gerechtigkeit auf die *Naturordnung* zurückgeführt und auf dieser Erkenntnis eine Staatslehre aufgebaut, zu deren „Verwirklichung“ sich dann, vor allem in Süditalien, eher *autoritär* gesinnte *Aristokratenbünde* bildeten. Indessen hat Heraklit einige Jahrzehnte später das Recht als stets im *Streite* neu zu erringenden, aus dem *einen göttlichen Nomos* genährten Ausdruck *menschlichen Gemeinschaftsstrebens* betrachtet und daher, anscheinend ganz im Sinne der *Widerstands Idee*, gesagt, die Bürger einer Polis müßten für ihren *Nomos kämpfen wie für ihre Mauer*; möglicherweise war hier jener gemeinsame ideelle *Nomos* in dem Sinne als *Naturrecht* gedacht, daß man sich auch an ihm *orientieren* müsse, um das positive Recht richtig zu *bewerten* und dementsprechend auch, um zu *entscheiden*, ob in einem bestimmten Fall Widerstand zu leisten sei oder nicht; es kann jedoch auch sein, daß der Denker von Ephesos das Recht als etwas „Wertfreies“ auffaßte, das sich aber nur halten könne, solange man sich dafür wehre.¹⁹

¹⁸ Zit. nach Friedel, a. a. O., S. 54. Zur Auffassung des Euripides vgl. auch: Heintzeler, a. a. O. Zur Entwicklung des Tyrannenbegriffs vgl.: Zeller, Tyrannis, S. 1137—1142; Andelfinger, Tyrannenbegriff, S. 1—4; Friedel, a. a. O., S. 1—5, 50—56, 106 u. a. Vgl. oben Kap. 4(VII) b. Anm. 74, 5 (II) b. Anm. 13, sowie unten Kap. 5 (IV) b. Anm. 20 f., 6 (II) b. Anm. 15 f., 21.

¹⁹ Zu Pythagoras: Verdroß, Antike, S. 26—29; Mommsen, Geschichte, I S. 132 f. Zu Heraklit: Barker, Plato, S. 51 f., 54, 59 (Anm. 1); Verdroß, a. a. O., S. 29—34, 159 (Anm. 5), sowie S. 171 (Anm. zu S. 29 ff.) und dort zit. Lit. Die an der zuletzt genannten Stelle fortgeführte Diskussion dürfte u. a. auch das eine bestätigen, daß Heraklit, weil von ihm so wenig

In der Sophistik wurde dann jedenfalls z. T. ein „Naturrecht“ vertreten, das einfach in einem *Recht des Stärkeren* bestand und sogar gelegentlich zur *Rechtfertigung der Tyrannis* herangezogen wurde; so weit ist der Historiker Thukydides nicht gegangen, aber auch bei ihm beruht nicht nur jedes Recht auf einer *überlegenen Macht* oder auf einem *Gleichgewicht der Kräfte*, sondern dieses „Gesetz“ genügt sogar vollkommen, um im zwischenstaatlichen Verkehr eine *Verletzung* der Billigkeitsregeln zu *rechtfertigen*. Andererseits war es aber in *sophistischen* Kreisen auch zu scharfer *Kritik der Tyrannis* gekommen, wobei offenbar dieser Begriff gelegentlich schon grundsätzlich im *ethischen* Sinn aufgefaßt wurde; so bezeichnete auch Thukydides den Tyrannen zwar das eine Mal als denjenigen, der sich *vom Gesetz entferne*, ein anderes Mal aber als den *egoistischen Monarchen*, wie er sich nach seiner Auffassung freilich wiederum deshalb in Sparta bisher nie auf die Dauer habe durchsetzen können, weil dort *das Gesetz herrsche*. Dieser Nomos, der dem Pythagoräer Hippodamos nur soweit als berechtigt erschienen war, als er Ehre, Vermögen oder Leben der Staatsangehörigen schützte, ist dann von den *Sophisten* auf das *menschliche Bewußtsein* zurückgeführt worden; so kam es zu jener Verherrlichung der *Freiheit*, der *Toleranz* und der *Offenheit*, sowie zu jener Rechtfertigung der Demokratie aus dem *allgemeinen Rechtsbewußtsein*, wie sie uns u. a. in der bereits zitierten begeisternden Rede erhalten sind, die Thukydides dem Perikles in den Mund legte. Zeigten sich hier schon Ansätze zur *Volkssouveränitätslehre*, so sah der Sophist Lykophron die Grundlage des Staates in einem *Gesellschaftsvertrag*, während andere die *prinzipielle Gleichheit* aller Griechen, ja aller Freien, sogar *aller Menschen* mit Einschluß der Barbaren und der Sklaven verkündeten. Daß von sophistischer Seite auch eine eigentliche Widerstandslehre entwickelt worden wäre, ist unwahrscheinlich, da sich sonst wohl Plato oder Aristoteles damit auseinandergesetzt hätten; hingegen mußten alle hier aufgezählten Theorien auch das *Widerstandsproblem* unter neuen Aspekten erscheinen lassen, wobei die *Freiheit zum Widerstand* im allgemeinen wohl mindestens ebenso sehr anerkannt gewesen sein dürfte, wie diejenige, ihn zu *unterdrücken*; Thukydides stellt es sogar als einen Vorzug der Spartaner hin, daß sie bisher am konsequentesten jedem Versuch zu einer Tyrannis *das Recht entgegengestellt* hätten, bejaht also anscheinend die *Widerstandsidee* im Sinne des Heraklit, wobei er freilich den Menschen seiner Natur nach nur im *Frieden* und im *Wohlstand* für fähig hält, sich an gute Grundsätze zu halten, während er sich insbesondere im *Bürgerkrieg* von seinen Leidenschaften fortreißen lasse und über den Begriff der Gerechtigkeit hinwegsetze.²⁰

überliefert ist, nicht eindeutig verständlich ist: schon das Altertum nannte ihn übrigens den „Dunkeln“.

²⁰ Zu Hippodamos vgl.: Aristoteles, Politik, II Kap. 8 (v. K. insb. S. 49, sowie Erl. 48 S. 24f.): Verdroß, Grundlinien, S. 28f. Zu den Auf-

Auf eine neue Stufe hat Sokrates die Philosophie und damit auch die Staatslehre emporgehoben. Dabei hat auch er sich u. a. mit dem Wesen der *Tyrannis* auseinandersetzen müssen; er scheint darunter grundsätzlich eine *moralisch* verwerfliche Regierungsweise verstanden zu haben, aber diese Auffassung, im Gegensatz zur Zeitmode, mit den überkommenen Vorstellungen verbunden zu haben, indem er eben eine gegen die *bestehenden Gesetze* verstoßende persönliche Herrschaft als eo ipso moralisch verwerflich betrachtete. Nach Xenophon soll er jedenfalls die Tyrannis als eine Herrschaft bezeichnet haben, die *gegen den Willen* der Beherrschten und *nicht* nach *gesetzlichen* Formen, sondern nach dem *Belieben* ihres Inhabers ausgeübt wurde. Der *Historiker* hat hier freilich vielleicht das *ethische* Moment etwas zu sehr in den Hintergrund gedrängt; wenn wir dies bei der Deutung jenes Satzes berücksichtigen, so mag aus ihm aber doch die Definition des Philosophen zu ersehen sein. Soweit wir von Sokrates etwas wissen²¹, hat er die Tyrannis stets als die schlimmste Erscheinung der Politik betrachtet; aber er dürfte auch die Auffassung geteilt haben, von deren Richtigkeit, ebenfalls nach Xenophon, Alkibiades seinen Onkel Perikles überzeugte, daß nämlich auch positives Recht mehr *Gewalt* als Gesetz sei, wenn es die Mehrheit der Minderheit *aufgezwungen* habe, ohne sie zuvor von dessen Angemessenheit überzeugt zu haben.²²

Was nun die Auffassung des Sokrates über die richtige Haltung gegenüber diesen verschiedenen Formen staatlicher Willkür anbetrifft, so geht sie aus seiner Überzeugung von der Stellung des Menschen gegenüber dem Staat im allgemeinen hervor. Davon ist die Rede in den unsterblichen Worten, die er nach dem Bericht des Platon vor

fassungen des Thukydides vgl.: dens., Geschichte, I 76f., 91, V 89f., 104f. (Begründung des Rechts durch Macht), II 37—41, 60—65, III 37, V 105 (Möglichkeit besserer Grundsätze in der Innenpolitik), I 17f., III 62 (Tyrann, Ethos und Nomos), III 82—84 (Schrecken des Bürgerkrieges); Barker, Plato, S. 4, 250 (m. Anm. 2); Verdroß, a. a. O., S. 55f. Zu den *Sophisten* vgl.: Plato, insb. Gorgias, Protagoras, Theaitet (passim), Staat (Buch I); Aristoteles, a. a. O., III Kap. 9 — 1280b10—13 / v. K. S. 85 (Gesellschaftsvertrag), I Kap. 3 — 1253b20—22 / v. K. S. 6 (Naturwidrigkeit der Sklaverei); Friedel, a. a. O., S. 105f.; Arnim, Theorien, S. 18—22; Menzel, Soziologie, S. 93; Barker, a. a. O., S. 2, 29, 54, 57—82, 123, 129—132, 134f., 147f., 180 (Anm. 2), 288; Verdroß, a. a. O., S. 40—59 insb. 54, 71, 158. Vgl. oben Kap. 4(VI)b. Anm. 70.

²¹ Besonders nach den Ausführungen von Gigon [Sokrates, passim] ist es sehr problematisch, über Sokrates überhaupt etwas Genaueres auszusagen. Über das Verhältnis des Xenophon und des Plato zu Sokrates vgl. auch: Barker, a. a. O., S. 93, 99f., 289 Anm. 2; Verdroß, a. a. O., S. 53f., 62f.

²² Xenophon, Memorabilia, I Kap. 240ff. (Alkibiades), IV Kap. 612 vgl. 412—24 (Sokrates); s. auch unten bei Anm. 223—225, sowie Kap. 6(II) insb. b. Anm. 21. S. auch: Swoboda, a. a. O., S. 76 (m. Anm. 11—14); Andelfinger, a. a. O., S. 4; Heintzeler, Tyrann, S. 15. Über den Anspruch des Alkibiades: do., S. 60.

seiner Hinrichtung gesprochen hat, wo er nicht nur, wie Sophokles, den Vorrang eines göttlichen „Gesetzes“, sondern überhaupt den Vorrang wahrer göttlicher Berufung vor menschlicher Herrschaft betonte. Auch wenn man ihn, so erklärte er seinen über ihn zu Gericht sitzenden Mitbürgern, unter der Bedingung freisprechen würde, daß er von seinem öffentlichen Wahrheitsstreben ablasse, so würde er keinen Augenblick damit aufhören und „GOTT mehr gehorchen als ihnen“^{23, 24}

An einer späteren Stelle seiner Rede erklärte Sokrates, es sei nicht nur unrühmlich, sondern auch ein untaugliches Mittel, um sich der Verantwortung zu entziehen, wenn man gewaltsam die *freie Kritik* unterdrücke²⁵. Er selbst werde, so hat er schon zuvor erklärt, in Zukunft so wenig schweigen können, wie damals, als er als Ratsmitglied trotz aller Drohungen seiner Mitbürger gegen die Verurteilung der zehn Offiziere, die die Schiffbrüchigen nicht gerettet hatten, für die athenischen Gesetze eingetreten sei, sich so wenig fügen können, wie damals, als an die Stelle der Demokratie die Gewaltherrschaft der Dreißig getreten war, er aber sich durch behördlichen Befehl nicht mehr als verpflichtet erachtete und den Auftrag, einen unbescholtenen Menschen zu seiner Hinrichtung herbeizuschaffen, nicht ausführte, da für ihn seit je die eigentlichen Gesetze mehr galten als die Willkür der Tyrannen, und keine Schreckensherrschaft ihn so hätte einschüchtern können, daß er etwas gegen jene getan hätte²⁶.

Obwohl Sokrates die Gerechtigkeit der athenischen „oder irgendeiner anderen Volksmenge“, welche niemanden am Leben lasse, der ihr „unerschrockenen Widerstand entgegensetzt und Unrecht und Gesetzeswidrigkeit jeder Art im Staat zu verhindern sucht“, anscheinend nicht hoch einschätzte, lehnte er aber, wo es nur um seine Person ging, nicht nur jedes gewaltsame Vorgehen seiner Freunde ab, sondern verschmähte es auch, eine ihm dargebotene Möglichkeit zur Flucht zu ergreifen²⁷. Diese Haltung stand in einem gewissen Gegensatz zu derjenigen, die er gegenüber dem oben erwähnten tyrannischen Befehl, zur Hinrichtung eines unschuldigen Mitbürgers das seine beizutragen, eingenommen hatte. Er anerkannte damit die Herrschaft der Gesetze, welche doch gerade dem Volk die Möglichkeit zu jener Vergewaltigung der Freiheit gaben, selbst wenn sie noch so sinnwidrig ausgelegt wur-

²³ Plato, Apologie, St. 29d; Guardini, Sokrates, S. 79.

²⁴ Plato, a. a. O., St. 28b, d, 29b—e (S. 207—210); Guardini, Sokrates, S. 77—79; vgl. Barker, Plato, S. 96.

²⁵ Plato, a. a. O., St. 39d (S. 226); Guardini, a. a. O., S. 100; Verdroß, Grundlinien, S. 68.

²⁶ Plato, a. a. O., St. 32 (S. 214f.); Guardini, a. a. O., S. 85f.; Verdroß, a. a. O. Vgl. Barker, a. a. O.

²⁷ Plato, a. a. O., St. 31e—32a (S. 213f.) (Ungerechtigkeit der Volkswillkür); Kriton St. 43—51 (S. 237—252) (Verwerfung des Fluchtgedankens). Vgl. Guardini, a. a. O., S. 85, 109—128. Barker, a. a. O., S. 96, 122.

den, wenn es nur die durch sie eingesetzten Richter waren, welche die ungerechte Verurteilung aussprachen. 70 Jahre lang hätte er ja, so löst Sokrates diesen *scheinbaren Widerspruch* auf, Zeit gehabt, Athen zu verlassen, wenn dessen Gesetze ihm nicht gefallen hätten und die „Abmachungen“ mit ihnen ihm „nicht als gerecht erschienen“²⁸ wären. Dadurch, daß er blieb und auch nichts an den nun in Frage stehenden Gesetzen zu ändern vorschlug, habe er nicht nur seiner Vorliebe für seine Vaterstadt, sondern auch seinem Einverständnis mit diesen Gesetzen Ausdruck gegeben²⁹. Schuf freilich nach Sokrates schon die Geburt und das Aufwachsen in einer Stadt eine gewisse Bindung an ihre *Gesetze*, so legte er doch hierauf offensichtlich kein besonderes Gewicht; jedenfalls erachtete er sich an diese Gesetze nicht schon an sich, sondern gleichsam aus einem ständig erneuerten *Gesellschaftsvertrag* gebunden³⁰. Wenn er *diese* „Versprechungen und Vereinbarungen“³¹ bräche und nach einem andern Ort, wo auch eine gute Verfassung herrschte, flöhe, würden ihn dort mit Recht „alle, die um ihre eigene Stadt besorgt sind“, als „Feind für ihre Verfassung“ scheel ansehen, weil sie ihn für einen „Zerstörer der Gesetze“³² hielten, und er würde damit auch das gegen ihn ergangene Urteil rechtfertigen. Er würde Unrecht mit Unrecht, Übeltat mit Übeltat vergelten, sich selber seinen Freunden, seinem Vaterland und den Gesetzen als solchen zu-leide. Dann würden ihm diese Gesetze und selbst noch „ihre Brüder im Hades“³³ zürnen . . .³³

Hat sich also Sokrates zum leidenden Gehorsam bekannt, so hat er doch durch diese Begründung auch die Möglichkeit angedeutet, daß, wenn es um mehr als das eigene Leben ginge, Ungehorsam, ja unter gewissen Umständen gewaltsamer Widerstand gegen die Staatsgewalt das Richtige sein könnte. Die Frage freilich, ob die Stadt nicht über den offen zutage liegenden Inhalt ihrer Gesetze hinaus ihrerseits dem Sokrates als ihrem treuen Bürger gegenüber eine Verpflichtung ein-

²⁸ Plato, a. a. O., St. 52e; Guardini, a. a. O., S. 128.

²⁹ Plato, a. a. O., St. 51c—53a (S. 250—255); Guardini, a. a. O., S. 126f.; Verdroß, a. a. O., S. 68 vgl. 62f.; Barker, a. a. O., S. 123.

³⁰ Barker [a. a. O., S. 122f.] zeigt, daß es sich hier nach Platos Auffassung, die zu derjenigen des Sophisten Lykophron [vgl. oben b. Anm. 19] in scharfem Gegensatz stehen mußte, weder um eine den Staat begründende Übereinkunft zwischen Individuen, noch um eine Verpflichtung des Staates gegenüber dem Einzelnen, sondern nur um des letzteren Zustimmung zur (väterlichen) Gewalt des Staates handeln kann. In der oben wiedergegebenen Stelle mag freilich z. T. auch eine freiheitlichere Auffassung des Sokrates durch die Gedankengänge Platos durchschimmern. Vgl. aber folgenden Abs. sowie die in Anm. 35 zit. Stellen.

³¹ Plato, a. a. O., St. 54c.

³² Plato, a. a. O., St. 53b.

³³ Plato, a. a. O., St. 53—54 (S. 255—258); Guardini, a. a. O., S. 127 bis 129; Verdroß, a. a. O.

gegangen sei, wird von diesem nicht konsequent weiter verfolgt, obwohl er auch sie angedeutet hat: „Werden wir ihnen erwidern: ‚die Stadt hat uns Unrecht getan und den Prozeß nicht recht entschieden‘? Werden wir so antworten oder anders?“; „Kriton“ erwiderte hierauf zwar: „Beim Zeus so, Sokrates!“;³⁴ aber eben diese Auffassung bekämpft nun der Verurteilte mit dem Hinweis auf die bestehenden Gesetze, zu deren Einhaltung er sich durch sein bisheriges Verhalten verpflichtet habe. Auf die Möglichkeit, daß diese Verpflichtung, sofern die Gerechtigkeit von den Vertretern der Gesetze grundsätzlich außer acht gelassen wird, selbst dann gerade im Interesse des *Ganzen* teilweise dahinfallen könnte, wenn es sich um *grundsätzlich anerkannte* Gesetze handelte und es um den Kampf für das *eigene* Leben ginge, geht Sokrates nicht ein; die Möglichkeit, daß dem Einzelnen, trotz dem von ihm bekundeten Einverständnis mit dem Gesetz der Stadt als ganzem, vom Versagen einzelner Bestimmungen im konkreten Fall her ein inneres Recht zustehe, sich ihm zu entziehen oder sich, beispielsweise im Namen eines höheren ethischen „Gesetzes“, gegen es zu wehren, diese für die *menschliche Freiheit* und den Fortschritt der *gesetzlichen Ordnung* doch unter Umständen ebenfalls notwendige Möglichkeit, wird nicht in Betracht gezogen, ein „Naturrecht“ in diesem Sinn nicht behauptet.³⁵

Die *großen griechischen Theoretiker* suchten eben zur Überwindung der von ihnen bekämpften Übel im Staatsleben allgemein das Heil in der stärkeren *Herrschaft*, sei es der Besten, sei es von Gesetzen, sei es eines gemischten Regimes, und zogen die Verteidigung des Rechts durch den Einzelnen und die Gruppe selbst, denen es zugute kommen sollte, kaum in Betracht. Was ihnen vorschwebte, das war immer irgendwie ein geschlossenes *System*, um nicht nur den subjektiven *Machtwillen* Einzelner, sondern auch die nach allen Seiten *auseinanderstrebenden* individuellen und partikularen politischen *Tendenzen* zumindest im Rahmen der einzelnen Polis zu bändigen. Daher sollte gerade auch nach Sokrates der *Nomos* herrschen, aber nach ihm nur, damit es möglich würde, daß der Staat sich aus dem *Ethos* seiner besten Bürger erneuere.³⁶

³⁴ Plato, a. a. O., St. 50c (S. 250).

³⁵ Vgl. ähnlich Guardini [a. a. O., S. 112f.], dessen Formulierungen z. T. übernommen sind; vgl. auch Barker, a. a. O., S. 96, 122f.; Verdroß, a. a. O., S. 12, 68f., 118, vgl. auch 62f.

³⁶ Verdroß, a. a. O., S. 68f.; vgl. Knauss [Hellas, S. 133–140, 232 bis 276, insb. 274f.], der mehr die Bedeutung des *Individuums* im griechischen Staat betont.

Sechstes Kapitel

Der Kampf für den gerechten Staat bei Plato

I. Platos Stellung zum Staat

Entsetzt lehnte Plato die Aufforderung zur Mitarbeit seitens der „Dreißig“, mit denen ihn verwandtschaftliche Beziehungen verbanden, ab, da er offenbar gerade noch zur rechten Zeit merkte, zu welcher gewalttätiger Herrschaft ihr Regime sich entwickelte; im Vergleich zu diesem schien ihm denn doch die vorhergehende demokratische Verfassung Goldes wert¹. Aber die Demokratie verurteilte einige Zeit später den Sokrates; dadurch vor allem hat auch sie nach Platos Meinung sich selbst das Urteil gesprochen². Das Volk werde in ihr von seinen Politikern verhätschelt und verwöhnt und kehre sich sogar gegen diese selbst, indem es sie mit Geldstrafen und Verbannung belege: die „Redner“ der Demokratie seien keine wahren Staatsmänner³; gerade auch bei dieser Staatsform sei der Machtgedanke in der Politik vorherrschend⁴; die Volksversammlung oder gar das Los seien eben nicht Mittel, um eine solche Politik zu verhindern⁵; die „Fachkundigen“, die in der Politik auch auf einem Spezialgebiet, vor allem aber in bezug auf die *Gerechtigkeit* das höchste Wissen haben sollten, kämen in der Demokratie gar nicht zum Wort⁶; ja, sie versuche sogar, jedermann von der Beschäftigung mit *logischen* und *ethischen* Problemen abzuhalten, und verstopfe damit den einzigen Quell, aus dem sie sich erneuern könnte⁷.

Dieses *Forschen* nach der Wahrheit und der Gerechtigkeit, das allein dem damaligen Staat, ja der Welt aus ihrer Not heraushelfen könne, wollte nun Plato trotzdem, ja erst recht, zu seinem Hauptanliegen machen. So hat ihn die *staatliche Unterdrückung*, die sich in seiner Zeit überall bemerkbar machte, zur Flucht aus dem Staat des Alltags veranlaßt, aber nur, damit er diesen um so besser von der Wahrheit her *kritisieren*, den Staat an sich *erkennen* und den Staat der Zukunft *vorbereiten* könnte⁸.

¹ Plato, Briefe, VII — St. 324c—325a; dazu Heintzeler, Tyrann, S. 52f., 60, 88f; Verdroß, Grundlinien, S. 72f.

² Plato, Briefe, VII — St. 385bf.; Heintzeler, a. a. O.; Verdroß, a. a. O., S. 73.

³ Plato, Gorgias, St. 466c, 515—522; Heintzeler, a. a. O., S. 49f.

⁴ Plato, a. a. O., St. 485ff.; Heintzeler, a. a. O., S. 52f., 113f.

⁵ Plato, Staatsmann, St. 298f.; Heintzeler, a. a. O., S. 88.

⁶ Plato, Staat VI — St. 489a; Heintzeler, a. a. O., S. 88a.

⁷ Plato, Apologie, St. 19b, 23d.

⁸ Vgl. Plato, Theaetet, St. 173—177; Staat, VI Kap. 4f., VII Kap. 1—4 — St. 489, 514—519; Barker, Plato, S. 109ff.; Heintzeler, a. a. O., S. 52f., 60—67, 88f., 114; Menzel, Soziologie, S. 11f.

II. Die Kritik des herrschenden Staatsgedankens durch Plato und sein Bild des Tyrannen

Als repräsentativ für den Staat seiner Zeit betrachtet Plato, der den *Pythagoräern*, obwohl ihm ihre „mathematische“ Gerechtigkeitsauffassung ebenfalls als oberflächlich erscheint, nähersteht, den Glauben der *Sophisten* an das *Recht des Stärkeren*⁹. Dieses sogenannte Recht finde seine reinste Ausprägung in der *Tyrannis*¹⁰; doch sei es auch in der Demokratie vorhanden, die übrigens nur eine Vorstufe der Tyrannis¹¹, ja selbst schon fast wie diese sei¹² oder doch sein könne¹³.

So gewinnt der Begriff des *Tyrannen* bei Plato seine zentrale Bedeutung, indem er den dunklen Hintergrund für sein politisches Ideal bildet¹⁴. Sokrates hatte das Wesen der Tyrannis anscheinend nicht mehr allein in der verfassungswidrigen Besitzergreifung, sondern allgemein in der Willkür im Gegensatz zur Bindung an die Gesetze gesehen, so daß bei ihm der Begriff wieder jenen schlechten Klang bekam, den er auch schon, als er einfach die Usurpation bezeichnete, einmal gehabt, aber später bei einem Teil der Griechen wieder verloren hatte¹⁵. Plato ging nun weit über den sokratischen Ansatz hinaus, indem er als Tyrann denjenigen Alleinherrscher bezeichnete, der seine Herrschaft in einer der *Gerechtigkeit* entgegengesetzten Weise ausübt, indem er rücksichtslos seinen Leidenschaften frönt und alle auf grausame Weise bedrückt, weil er nur an das Recht des Stärkeren glaubt und daher auch keine Freunde haben kann; um seine Macht zu behaupten, scheut er vor keinem Mittel zurück und wird zum reißenden Tier in Menschengestalt¹⁶.

⁹ Plato, insb. Gorgias, St. 466 f., 469—473, 483 f., 510 ff.; Staat, I Kap. 15 — St. 342; dazu Heintzeler, a. a. O., S. 45—53 u. a. Bezügl. der Pythagoräer vgl.: Plato, Staat, VI Kap. 20, X Kap. 3 — St. 509 f., 600 b; Gorgias, St. 508 a; Verdroß, a. a. O., S. 27—29, 73, 92 f., 112 f.

¹⁰ Vgl. unten Anm. 14—20.

¹¹ Plato, Staat, VIII Kap. 14 f. — St. 562 f, 565 c; dazu Heintzeler, a. a. O., S. 72 f.

¹² Plato, Gorgias, St. 466 c; Staat, VIII Kap. 10—13 — St. 555—561; dazu Heintzeler, a. a. O., S. 45 f.

¹³ Plato, Staatsmann, St. 302 d, 303 a; Gesetze, I, III f. — St. 627, 694, 702, 712 f.; dazu Heintzeler, a. a. O., S. 90 f., 99.

¹⁴ Heintzeler, a. a. O., S. 71 f. Vgl. Plato, Staat, VIII Kap. 2 — St. 545 a.

¹⁵ Vgl. oben Kap. 4 (VII) bei Anm. 74, 5 (II) bei 13, (III) bei 18, (IV) bei 20 f.

¹⁶ Gorgias, St. 466—474, 483 f., 510 ff., 525; Staat, I Kap. 16, III Kap. 22, V Kap. 11, X Kap. 14 — St. 344 a, 417 b, 463 a, 615 d e; Gesetze, III — St. 691 f., 694—696) Briefe, VII — St. 330 d e f., 332 b c, 335, 351. Schmidt, Tyrannennord, S. 8—11; Swoboda, Staatsaltertümer, S. 76 f.; Andelfinger, Tyrannenbegriff, S. 6; Heintzeler, a. a. O., passim. S. auch unten Anm. 19 bis 21.

Mit Plato fängt nun — abgesehen von den einschlägigen Stellen des Alten Testaments¹⁷ — die Reihe jener umfassenden Beschreibungen des Vorgehens des typischen Tyrannen an, die im *Mittelalter* fortgesetzt und im Sinne der Aufstellung von eigentlichen Merkmalen zum Erkennen einer Tyrannis erweitert wurde¹⁸. Nach Plato beginnt die Tyrannis damit, daß der Herrscher eine *Leibwache* fordert; dann geht es gegen die *Reichen*, von denen viele *getötet* werden, wenn sie nicht vorher *geflohen* sind; dann folgen *Schmeicheleien*, *Schuldenabschreien* und *Äckerverteilungen*; daraufhin zettelt der Tyrann ständig neue *Kriege* an, um sich als *Führer* notwendig zu machen und zugleich das Volk *ärmer* und *ohnmächtiger* zu machen und Freiheitsfreunde in den *Heldentod* zu schicken; dann wird er die Stadt von allen Tapferen, Tüchtigen und Begabten zu „säubern“ versuchen; aber auch von den Schlechten, die nun immer mehr das Übergewicht in der Stadt erhalten, wird er *gehaßt*; nun bedarf er immer größerer und teurerer *Leibwachen* und stellt dazu *fremde Söldner* und *Sklaven*, die er seinen Untertanen wegnimmt und freiläßt, an; um sich die hiefür notwendigen Mittel zu verschaffen, raubt er zunächst die *Güter der Tempel*, bald aber, wenn diese verbraucht sind, das *Vermögen des Volkes*; schließlich fängt dieses an, sich aufzulehnen, aber es wird rechtzeitig *entwaffnet*, und nun wendet sich der Zwang in *verschärftem* Maß gegen alle: jetzt erwacht endlich das ganze Volk aus seinen Illusionen und macht die grauenhafte Entdeckung, daß es von Sklaven hart bedrückt wird, nachdem es den leisesten Schein der Unterwerfung unter Freigeborene hatte vermeiden wollen¹⁹.

Der *Tyrann* macht so alle Mitmenschen unglücklich; ebenso sehr aber, wie jeder *Böse*, sich selbst; er setzt sich zudem den schrecklichen Strafen der Götter aus²⁰.

Damit hatte Plato als erster einen rein *moralischen* Tyrannenbegriff geschaffen, bei dem es überhaupt nicht darauf ankam, ob der Betreffende seine Herrschaft entgegen den *positiven Gesetzen* erworben hatte oder ausübte²¹; sein Tyrann ist zunächst nur der später sogenannte „*tyrannus exercitio*“²². In späteren Jahren hat er freilich

¹⁷ Vgl. oben Kap. 1'II. Für die griechischen Vorgänger vgl. Endt, Tyrann, passim.

¹⁸ Vgl. unten Anhang.

¹⁹ Plato, Staat, VIII Kap. 16—19, vgl. I Kap. 16 — St. 566—569, vgl. 344. Vgl. Heintzeler, a. a. O., S. 73—75; Arnim, Theorien, S. 64f.

²⁰ Plato, Gorgias, St. 466—475, 479, 523—525; Staat, I Kap. 9, 16, IX Kap. 1—6, 10f., X Kap. 13, 16 — St. 335f., 343f., 571—580, 585—587, 615d, 619bc; Gesetze, II, X — St. 660—662, 899f., 905b. Dazu Heintzeler, a. a. O., S. 45f., 48f., 54—56, 75—80, 83, 100f.

²¹ Vgl. Schmidt, a. a. O.; Andelfinger, a. a. O.; Heintzeler, a. a. O., S. 80, 92f., 114—116, 118; Ercole, De Tyranno, S. 33f.; sowie schon Zeller, Tyrannis, S. 1137—1142. Vgl. auch oben b. Anm. 15f. und dort ang. Anm.

²² Ob mit oder ohne Rechtstitel; vgl. oben Einl. (IV) b. Anm. 70.

eingerräumt, daß von der besten Verfassung aus gesehen auf den nächsten qualitativen Stufen diejenigen kämen, wo die Machthaber sich an (wahre) Gesetze hielten, zunächst die Monarchie, dann die Aristokratie, schließlich die gesetzliche Demokratie; dann käme die ungesetzliche Demokratie, ferner die Oligarchie und schließlich die Tyrannis²³. So näherte sich der letztere Begriff wieder mehr dem *sokratischen*, wobei jedoch bei Plato die „Gesetze“, deren Überschreitung nun zum Begriff des Tyrannen gehörte, selber gewissermaßen einen naturrechtlichen Einschlag gewonnen hatten.

Das Erlebnis der staatlichen Unterdrückung hat Plato zur Kritik ihrer Grundlagen und ihrer Erscheinungsformen, vor allem der Tyrannis, geführt. Im *Tyrannen* beschreibt er den *staatlichen Unterdrücker* „par excellence“.

III. Platos Staatsidee

Die *Gerechtigkeit*, die als Idee und oberste Tugend für alles Tun wegleitend sein sollte²⁴, ist es, welcher Plato im Staat die eigentliche Herrschaft verschaffen wollte. Diese Gerechtigkeit ist „das angemessene Tun eines jeden“²⁵; sie bedeutet zugleich auch, daß der Stärkere dem Schwächeren das diesem Zuträgliche, daß daher z. B. der Staatsbegründer „der verschiedenen Natur verschiedene Geschäfte, der gleichen aber die gleichen zuteile“²⁶. Die Gerechtigkeit im gerechten Staat ist nichts anderes als jene im gerechten Mann; der Staat wird so in extremer Weise als Einheit aufgefaßt²⁷. So kommt alles auf den Charakter der Herrschenden an²⁸. Daher kommt Plato zur Forderung nach der Herrschaft der „Besten“, nämlich der am besten um die Wahrheit Wissenden und daher auch an Weisheit und Gerechtigkeit Vortrefflichsten, der wahrhaften *Philosophen*; diese sollten „aus Furcht vor der Herrschaft der Schlechteren“ die eigene anstreben und sie „durch eine glückliche Fügung“ erlangen²⁹.

²³ Plato, Staatsmann, St. 302f.; vgl. Heintzeler, a. a. O., S. 83–93. Die Art und Weise, wie jede Staatsform aus einer vorhergehenden entsteht, hatte eine etwas andere Reihenfolge ergeben, indem sich die Oligarchie und zusätzlich noch die Timokratie zwischen der Aristokratie und der Demokratie einschoben. Vgl. Staat, IV Kap. 19, VIII Kap. 1–13 — St. 445, 543–561.

²⁴ Plato, Staat, passim, insb. IV Kap. 10f., 17, vgl. I Kap. 15 — St. 433 bis 435, 444, vgl. 342. Dazu Arnim, Theorien, S. 26; Nef, Gerechtigkeit, S. 84f.

²⁵ Plato, a. a. O., IV Kap. 10f., V Kap. 4 — St. 433–435, 453. Dazu Nef, a. a. O.

²⁶ Plato, a. a. O., I Kap. 15, V Kap. 3f., insb. 4 — St. 342, 451e, 453f., insb. 454b; vgl. Gesetze, VI — St. 757.

²⁷ Plato, Staat, IV Kap. 17 — St. 444. Vgl. dazu u. a. Menzel, Soziologie, S. 130f.

²⁸ Plato, a. a. O., VI Kap. 9 — St. 495.

²⁹ Staat, I Kap. 19, II Kap. 16, III Kap. 8, 19f., 22, V Kap. 18, VI Kap. 1–5, 12–15, VII Kap. 5 — St. 347b, 376c, 395e, 412–414, 416f., 473f.,

Durch gute *Erziehung* der Fähigsten soll das Aufkommen solcher hervorragender Staatsmänner gefördert werden; am leichtesten wäre es, wenn jeweilen die rechtlich zu künftiger Herrschaft Bestimmten zu Philosophen herangebildet werden könnten. Durch Erziehung soll aber auch der einmal umgestaltete Staat auf dem Weg zur Vollkommenheit bleiben und fortschreiten.³⁰

Jene Kritik der Staatsauffassung seiner Zeit und diese radikal zu Ende gedachte Erkenntnis, daß die Gesundung des Staates nur durch eine bessere Orientierung an seiner Idee, der *Gerechtigkeit*, herbeigeführt werden kann, werden stets ein unvergängliches Verdienst des Plato bleiben. Indem er nun nach einem Weg zur Verwirklichung seiner Herrschaft der „Besten“ suchte, gelangte er jedoch zu der wohl seinem System anscheinend entsprechenden, uns aber als merkwürdig und sogar bedauerlich erscheinenden Empfehlung, man solle im Sinne eines Gegenmittels gegen die von ihm so scharfsinnig als den Gipfel aller Verworfenheit dargestellte Tyrannis zunächst den Allerbesten oder doch mindestens die Besten in die *absolute Herrschaft* einsetzen³¹; demgemäß sollte man also — so sehen wir es an³² — eigentlich gerade das tun, was im Grunde auch dem Ideal derjenigen Staatsform entsprach, die *vor ihm* Tyrannis genannt wurde und zur üblen Nebenbedeutung dieses Begriffes geführt hatte!

Aus der an sich richtigen Erkenntnis heraus, daß Gesetze stets ein Hindernis nicht nur für die Verschlechterung, sondern schließlich immer auch für eine „fortschreitende Vervollkommnung“ des Staates sind, hielt er es nämlich vorerst für töricht, die Kompetenz seiner „Besten“ zur sittlichen Erziehung der andern an feste gesetzliche Schranken zu binden; jene sollten daher ein umfassendstes Herrschaftsrecht erhalten. Dieses Recht sollte zwar so gut wie die einzelnen von ihnen zu erlassenden, aber jederzeit auch wieder der gegebenen Situation anzupassenden und entsprechend abänderbaren „Verfassungs“bestimmungen vollkommen freier Kritik ausgesetzt sein; wenn Plato aber zur Sicherung dieser Freiheit auf alle besonderen

484—490, 499—503, 520 f.; vgl.: Josef Fehr, Theorien, S. 26—28; Heintzeler, a. a. O., S. 58; Barker, Plato, S. 112 f., 126, 129, 169 f., 173 f., 202, 204 f., 294, 305, 349, 384 f., 388 (Anm. 1); Verdroß, a. a. O., S. 83—86, 88—91, 117 f., u. a.

³⁰ Plato, Staat, II Kap. 16—21, III Kap. 16—20, IV Kap. 3 f., V Kap. 3, 6, VI Kap. 14 f., 19, VII Kap. 6—17 — St. 376 c—383, 408 c—414 b, 423 e—425 c, 451 f., 456 f., 473 d e, 502 f., 508 e f., 521 c—541; Staatsmann, St. 308 c—310 a; Gesetze, II—IV, VI f., XII — St. 663 f., 694—696, 720—723, 770 f., 788, 801, 804 f., 817, 823, 966 f.; Briefe, VII — St. 326 ff. Josef Fehr, Theorien, S. 28 bis 31; Arnim, a. a. O., S. 42 f.; Barker, a. a. O., S. 37—40, 130 f., 145 f., 152, 171, 246, 251, 282, 307, 311 (Anm. 1), 318, 327, 349 f., 355; Verdroß, a. a. O., S. 85 f., 91, 103 f., 113.

³¹ Plato, Staat, IV Kap. 19, V Kap. 18, VI Kap. 14 — St. 445, 473 d e, 502 b c; Staatsmann, insb. St. 293, 305, 309, 311; vgl. Gesetze, VII — St. 709 f.

³² Vgl. das Folgende.

rechtlichen Bestimmungen verzichten wollte, lieferte er dann nicht die Einzelnen wehrlos einem allmächtigen Staat aus³³?

Nun sollten freilich die „Wächter“, denen nach Platos „*Staat*“ die Führung zukommen soll, grundsätzlich das Gegenteil von Despoten sein, die immer nur egoistische Herrschergelüste befriedigen³⁴; aber schon hier hat er ja selbst der Erkenntnis Ausdruck gegeben, wie selten diejenigen seien, deren Charakter stark genug wäre, um die von ihm postulierte Herrschaftsweise innezuhalten, und wie wenig Chancen vorhanden seien, daß diese einmal an die Macht gelangen könnten³⁵. In den „*Gesetzen*“ hat er nun aber nach seinen sizilianischen Erfahrungen, mit dem, wie er selbst gesteht, „für dergleichen schärferen Blick des Alters“³⁶ erkannt, daß dies praktisch mehr oder weniger unmöglich sei.

Im „*Staatsmann*“ hatte zwar Plato noch daran festgehalten, daß derjenige, der „das größte und zugleich schwierigste Wissen“, dasjenige um die Gerechtigkeit, habe, „für einen wahrhaften Herrscher gelten [müsse], mag nun seine Regierung vom freien Willen seiner Untertanen getragen sein, oder mag er sie gewaltsam ausüben, mag er nach dem Gesetz herrschen oder ohne Gesetz, mag er reich sein oder arm“; es sei daher besser, die Regierung eines Einzelnen oder Weniger, die sie mit höchster Vernunft ausüben, nicht an die überkommenen Gesetze zu binden³⁷. Aber schon hier war er dazu gelangt, den Fall zu betrachten, daß die Herrschenden „Unkundige“ seien: dann müßten die Staaten „jenen wahren Staat des Einen kunstgerecht Herrschenden aufs beste nachahmen wollen [und], wenn ihre *Gesetze* einmal bestehen, niemals etwas tun, weder gegen das geschriebene [Recht] noch gegen die väterlichen Gebräuche“; so entspräche es dem „nächstbesten Weg“, daß man „weder einen Einzelnen noch die Menge jemals das Mindeste“ gegen einmal errichtete „Gesetze und Vorschriften“ tun lasse³⁸; daraus ergäben sich die ordentlichen und mangels jener besten

³³ Vgl. Plato, insb. *Staat*, IV Kap. 4f. — St. 425f. Dazu: Schmidt, *Vorgeschichte*, S. 104, 107f.; Heintzeler, a. a. O., S. 43f., 87. Vgl. unten b. Anm. 64f., 81.

³⁴ A. a. O., III Kap. 22, V Kap. 11 — St. 416f., 463. Dazu Heintzeler, a. a. O., S. 59. Für die Art und Weise, auf die dagegen der Altruismus „gezüchtet“ werden sollte, vgl. unten b. Anm. 58—63.

³⁵ A. a. O., VI Kap. 6, 14 — St. 491b, 502 a—c.

³⁶ *Gesetze*, IV — St. 714. Die „*Gesetze*“ sind staats-theoretisch gereifter als der philosophisch meisterhafte „*Staat*“; unverständlich ist die gegenteilige Auffassung von Schmidt [*Vorgeschichte*, S. 113]. Heintzeler [a. a. O., S. 93ff.] erweckt wohl etwas zu sehr den Eindruck einer Einheit der „*Gesetze*“ mit den vorhergehenden Werken des Plato; dasselbe gilt bis zu einem gewissen Grad von *Verdroß* [a. a. O., S. 93—98]. Vgl. auch Plato, *Briefe*, VII — St. 329ff.

³⁷ Heintzeler, a. a. O., S. 84 vgl. 85ff., nach Plato, *Staatsmann*, St. 293a vgl. 293ff.

³⁸ a. a. O., St. 300f. vgl. 297de. Dazu Heintzeler, a. a. O., S. 87f., 89f.

Möglichkeit in dieser Reihenfolge durchaus empfehlenswerten Staatsformen der Monarchie, Aristokratie und gesetzmäßigen Demokratie³⁹.

In den „*Gesetzen*“ dringt nun Plato zur Erkenntnis durch, daß es „keinen Sterblichen“ gibt, „dessen Natur, wenn er noch jung ist, und niemandem Rechenschaft zu geben hat, stark genug wäre, die höchste Gewalt unter Menschen zu ertragen, keinen, der nicht gar bald in die größte Krankheit des Unverstandes verfiere und sich einem solchen Sinn überließe, womit der Herrscher auch seinen nächsten Freunden müßte verhaßt werden . . .“. Dabei finde man — das hat Plato nun erfahren — die „verderbliche Lüsternheit nach dem Übermäßigen“⁴⁰ noch eher bei den Königen als bei den Völkern! Überhaupt wären nur Götter hinreichend befähigt, das einem jeden Zuträgliche zu erkennen und den Staat entsprechend zu gestalten, ersteres möge zwar auch einem Menschen ausnahmsweise noch gelingen, aber dann habe er doch sicher nicht den Willen und die Kraft, danach zu handeln.⁴¹ „Wo solches erkannt und verhütet werden“ solle, müsse daher „der Staat . . . *vortreffliche Gesetzgeber* haben“⁴².

Noch immer hat Plato die Hoffnung zwar noch nicht ganz aufgegeben, daß ausnahmsweise einmal ein so vortrefflicher Mensch Herrscher werden könnte, daß es besser wäre, ihn nicht an Gesetze zu binden⁴³, sonst aber empfiehlt er nur noch zur Neuschöpfung einer *Verfassung* eine zeitlich beschränkte *aufgeklärte Tyrannis* im alten, von ihm hier wieder aufgenommenen Sinn dieses Wortes⁴⁴.

Im übrigen unterscheidet jetzt Plato grundsätzlich nur noch *zwei Grundtypen* der Verfassung, Monarchie und Demokratie; aus diesen seien auf verschiedene Weise alle andern Arten zusammengesetzt, und es müsse „auch notwendig eine Staatsverfassung *von beiden etwas* haben, wenn *Freiheit* und *Eintracht* mit *Weisheit* darin herrschen“ sollten; in einem Staate aber, in dem es an diesen drei Dingen fehle, sei „eine gute Regierungsform . . . unmöglich“⁴⁵. Nicht nur der despotischen Gewalt, auch den Ansprüchen der Freiheit müßten freilich gewisse Schranken gesetzt sein; wenn ein Staat, wie das nun Persien tue, die Sklaverei, der andere, wie das jetzt bei Athen der Fall sei, die Volksgewalt aufs äußerste treibe, so bringe das *beiden* Verderben⁴⁶.

Schon im „*Staatsmann*“ hatte Plato die Verbindlichkeit, die die Normen, welche er „*Gesetze*“ nannte, sowohl den nicht im Besitze des höchsten Wissens befindlichen Einzelnen, wie der Allgemeinheit gegenüber haben sollten, damit begründet, daß sie auf langer *Erfahrung* beruhten, daß auch stets einige *verständige Ratgeber* bei ihrem Zu-

³⁹ Plato, a. a. O., St. 302 ff.; vgl. oben Anm. 23.

⁴⁰ Gesetze, III — St. 691.

⁴¹ do., V, IX — St. 732e, 875 ff.; dazu Heintzeler, a. a. O., S. 94, 107.

⁴² Plato, a. a. O., III — St. 691.

⁴³ Gesetze, IX — St. 875 c d. Vgl. Heintzeler, a. a. O., S. 95.

⁴⁴ a. a. O., IV — St. 709—712. Vgl. Heintzeler, a. a. O., S. 101 f.

⁴⁵ !!! a. a. O., III — St. 694.

⁴⁶ do., III — St. 698 ff. Dazu Heintzeler, a. a. O., S. 99.

standekommen beteiligt gewesen wären und daß sie immer irgendwie *Nachahmungen* dessen wären, was der wahrhafte Staatsmann täte⁴⁷. Nun denkt Plato in den „*Gesetzen*“ diesen Gedanken zu Ende und trägt seine Erkenntnis, daß Gesetze das Handeln der Menschen nach Möglichkeit nur soweit beschränken sollten, als diese nicht ohne jene ihr Gemeinschaftsleben besser gestalten würden, in seine Auffassung des von ihm nun generell als notwendig anerkannten „Verfassungsstaates“ hinein: wenn „der eine Teil der Bürger *unumschränkte Herren*, der andere deren *Sklaven* sind“, so könne man gar nicht von „Verfassungen“, sondern nur von „Arten, einen Staat zu bewohnen“, reden; jede derselben habe ihre Benennung von der Macht jenes Herrschers; werden Überwundene von allem Anteil an der Herrschaft, für sie und ihre Nachkommen, gänzlich ausgeschlossen und stets überwacht, damit sich keiner von ihnen zur Herrschaft emporschwinde und die erlittene Unterdrückung räche, so habe eine solche Menschengruppe eigentlich *keine Verfassung*. „so wenig als das rechte Gesetze [seien], die nicht für das *gemeine Beste* des Staates gemacht [worden seien]“; wenn so etwas als Recht ausgegeben werde, sei diese Bezeichnung nur ein „leeres Wort“⁴⁸.

Wenn nämlich ein Staat von der Macht seines Herrschers einen Namen erhalten solle, „so sollte man ihm denjenigen des GOTTES geben, der der wahre Beherrscher aller Vernünftigen [sei]“⁴⁹. Anerkennt man so die „Souveränität GOTTES“ — so könnten wir die Gedankengänge Platos umschreiben —, so bewahrt man sich davor, „den einzigen Zweck“ der Gesetze im Vorteil und in der Verewigung „der einmal eingeführten Regierungsart“ zu sehen⁵⁰.

Hingegen soll demjenigen, der den *wahren Gesetzen* der Gehorsamste ist, auch die höchste „Bedienung“ der Gesetze aufgetragen werden, denn, „wo man über das Gesetz herrscht und wo es ohne Kraft ist, da sehe ich den Staat dem Untergang nahe, wo hingegen das Gesetz der *Oberherr* der Herrschenden ist und diese des Gesetzes *Knechte* sind, da sehe ich Wohlstand und alles Gute blühen ...“⁵¹

Den Maßstab aber sowohl für die Erkenntnis und Verwirklichung dieses Gesetzes, als auch für die Stellungnahme zur bestehenden Ordnung empfangen wir von jenem „GOTT, der nach uralter Sage den Anfang, die Mitte und das Ende aller Dinge umfaßt“. Er „geht immer den geraden Weg, und wandelt überall umher nach der Natur der Dinge. Sein stetes Gefolge ist Gerechtigkeit, die an allen, die das göttliche Gesetz außer acht lassen, Strafe übt“ ...⁵² Solcher Gerechtigkeit

⁴⁷ Staatsmann, St. 300. Dazu Heintzeler, a. a. O., S. 89f.

⁴⁸ Gesetze, IV — St. 712—715.

⁴⁹ do., IV — St. 713.

⁵⁰ do., IV — St. 714f. Dazu Heintzeler, a. a. O., S. 104f.

⁵¹ Plato, a. a. O., IV — St. 715. Dazu Menzel, Soziologie, S. 141; Verdross, a. a. O., S. 141f. Diese Seite Platos hat auch Althusius vermerkt [Politica, Kap. 38 Abschn. 2 (S. 377)].

⁵² Plato, Gesetze, IV — St. 716.

entspreche nicht die höchste Gewalt des Volkes, sondern das „*Recht*“, welches darin bestehe, „daß ungleichen Leuten gegeben werde, was für einen jeden nach seiner Natur das gleiche ist“⁵³. Dies muß derjenige, der im Staate etwas zu sagen haben soll, erkennen können; darum muß er vor allem über die Götter Bescheid wissen⁵⁴. Dann ist es auch möglich, nach gemeinschaftlicher Untersuchung nötigenfalls die starren positiven Gesetze zu verlassen, damit das verwirklicht werden kann, was sich bei der Ausübung als gerecht erweist; die Grundgesetze sollen freilich nur nach gemeinsamer Beratung sämtlicher Behörden und des Volkes und, wenn kein „*Einzelner*“⁵⁵ seinen Widerspruch aufrechterhält, abgeändert werden⁵⁶.

So bekommen Platos „*Nomoi*“, welche nun das Gerüst des der Wirklichkeit angepaßten Idealstaates bilden sollen, eine Grundlage im später sogenannten „*ius divinum*“, mit anderen Worten eine deutliche *naturrechtliche*⁵⁷ Komponente, und zwar in doppeltem Sinn: nicht nur gibt die Gerechtigkeitsidee den Maßstab für die Schöpfung dieses Rechts, sondern das, was ihr völlig entgegengesetzt ist, *ist* überhaupt gar kein Recht; ein Minimum an Gerechtigkeit erscheint so als *zwingendes* Naturrecht.

Was freilich das Ideal anbelangt, das uns Plato als *Inhalt* seines „*Naturrechts*“ empfiehlt, so hätten wohl die meisten Zeitgenossen mit Recht seine Verwirklichung als viel schwerer wiegende staatliche Unterdrückung empfunden als die Maßnahmen der von ihm bekämpften entarteten Demokratie oder sogar der persischen Despotie. In Platos Gedankenwelt spielte „die Freiheitsidee“ im allgemeinen tatsächlich „nur als das Schlagwort“ seiner Gegner eine Rolle⁵⁸. Er hingegen verlangt umgekehrt, wie er im „*Staat*“ für die „*Wächter*“ unter sich absoluten Kommunismus und den andern gegenüber absolute Herrschaft postuliert hatte⁵⁹, in seinen „*Gesetzen*“, daß die Behörden sich in die persönlichsten Angelegenheiten der Bürger einmischen dürften⁶⁰ und diese gehalten sein sollten, sich gegenseitig in allem zu überwachen⁶¹, daß gesetzlich bestimmt würde, „daß Weiber, Kinder, Hab und Gut gemein sind, daß auf alle Weise das Mein und Dein im Leben gänzlich aufgehoben ist“, ja, daß in gewissem Sinne „*Augen, Ohren,*

⁵³ do., VI — St. 757 f.

⁵⁴ do., VI, XII — St. 770 f., 966 f.

⁵⁵ do., VI — St. 772. So nach der Übersetzung von Verdroß [Grundlinien, S. 102]. Es ist jedoch auch möglich, daß Plato hier nicht jeden einzelnen Bürger, sondern jede einzelne an der Verfassungsgesetzgebung beteiligte Körperschaft meint.

⁵⁶ Plato, a. a. O., V f. — St. 757 f., 772.

⁵⁷ Vgl. auch do., X — St. 889 ff. Dazu: Menzel, Soziologie, S. 24 f.; Verdroß, a. a. O., S. 142—146 und dort zit. Lit.

⁵⁸ Schmidt, Vorgeschichte, S. 107 f.

⁵⁹ a. a. O., V Kap. 7—9 — St. 457—461.

⁶⁰ Plato, Gesetze, IV, VII — St. 720, 807.

⁶¹ do., V — St. 730 f.

Hände“ gemeinsam werden, daß „von allen bis ins Einzelne durchaus die gleichen Dinge gelobt oder getadelt werden und alle sich über die gleichen Sachen freuen oder trauern“⁶². Auch die Kunst sollte völlig dem staatlichen Zwang unterstellt werden⁶³! Es ist wohl mehr als fraglich, ob dem weisen Sokrates eine solche „größtmögliche Einheit des Staates“ vorgeschwebt hatte.

IV. Plato und die Widerstandsidee

Kritik der bestehenden Staaten und der hinter ihnen stehenden Theorien, *Erziehung* zum Wissen um die wahre Staatsidee und die *Herrschaft* der Gerechtesten, das waren zunächst für Plato die hauptsächlichsten Mittel, um zum *idealen Staat* zu gelangen. Nachdem er in seinen Hoffnungen, daß diese Ideen in Sizilien bis zu einem gewissen Grad verwirklicht werden könnten, völlig enttäuscht wurde, hat er dann die Verhinderung schlechter Tendenzen durch *gute Gesetze* als notwendige Voraussetzung des *besten menschenmöglichen Staates* erkannt.

Ist aber nicht ein kollektivistischer Staatsglaube⁶⁴ in der platonischen Lehre mitenthalten, der die Verwirklichung dieser vernünftigen Postulate fast ganz verunmöglichen würde? Sagt uns nicht alle geschichtliche Erfahrung, daß aus der Verwirklichung gewisser anderer Postulate des Plato⁶⁴ eine *totalitäre*⁶⁵ Atmosphäre entstehen würde, in der freie Kritik, eine gute Erziehung und eine Herrschaft der Besten, ebensosehr aber auch eine gerechte Gesetzgebung gerade aufs höchste gefährdet wären?

Die Verwirklichung der „etatistischen“ Postulate des Plato würde, so will uns scheinen, die von ihm herbeigesehnte Herrschaft der Gerechtigkeit schließlich auch deshalb gefährden, weil sie jeden *Widerstand* gegen die Herrschenden unmöglich machen würde.

An sich wurde nämlich solcher Widerstand von Plato keineswegs generell verurteilt. Im „*Staat*“ nimmt er freilich zu dieser Frage noch nicht explizite Stellung, obwohl gerade die dort gewählte Umschreibung der Gerechtigkeit als derjenigen Seinsweise, gemäß welcher *jeder das*

⁶² do., V — St. 739, vgl. VI f. — St. 760, 780, 807. Dazu z. B. Schmidt, a. a. O.; Arnim, a. a. O., S. 71 f.; Pöschl, Cicero, S. 135 f., 141—145.

⁶³ Plato, a. a. O., VII — St. 801, 817. Mit dieser Forderung war sogar der sonst gegenüber dem Kollektivismus Platos ablehnende Cicero bis zu einem gewissen Grad einverstanden: vgl. Pöschl, a. a. O., S. 142—145, n. einem Zitat des Johann von Salisbury!

⁶⁴ Vgl. die oben b. Anm. 58—63 wiedergegebenen Stellen; auch Heintzeler [a. a. O., S. 57—60, 68, 81, 85, 108, 122], der aber die negativen Seiten dieses Glaubens und ihre Auswirkungen weitgehend übersieht [a. a. O., S. 122 bis 124]; kritischer: Verdroß, a. a. O., S. 114—121; und vor allem Knauss, Hellas, S. 259—269.

⁶⁵ So auch Verdroß, a. a. O., S. 118. Knauss [a. a. O., S. 263—269]: Plato hebt so die lebendige Spannung Institution-Bürgerschaft-Einzelinitiative auf.

*Seine tue*⁶⁶, die Grundlage für eine Widerstandstheorie abgeben könnte: so konnte man es doch z. B. als „das Seine“ eines von der Herrschaft ausgeschlossenen Volksteiles bzw. einer Behörde, wie sie das *Ephorat*⁶⁷ oder das damals u. W. von den Griechen nicht beachtete römische Volkstribunat⁶⁸ darstellten, betrachten, die Willkür der Herrschenden einzuschränken, d. h. darüber zu wachen, daß diese ihrerseits *nicht mehr als „das Ihre“ tun*.

Es ist aber fraglich, ob dies Platons Auffassung entspricht. Im „Staat“ wird es zwar zu den Missetaten des typischen Tyrannen gezählt, daß er die Untertanen wehrlos mache, damit sie sich ihm nicht widersetzen könnten, und das Volk, das solches geschehen läßt, wird als töricht hingestellt⁶⁹. So wird doch zumindest im Rahmen des altgriechischen und des zeitgenössischen Staates der Widerstand gegen die Willkür der Herrschenden bzw. den Tyrannen, wobei dieser Begriff hier bekanntlich nicht in seiner formalrechtlichen, sondern in einer allgemeineren ethischen Bedeutung verwendet wird, als eine unter Umständen durchaus angemessene Handlungsweise betrachtet. Das wird aber nicht näher erläutert, geschweige denn mit der Forderung in Zusammenhang gebracht, jeder solle das Seine tun⁷⁰.

Indem Plato in den „Gesetzen“ nicht mehr einfach der politischen Wirklichkeit seiner Zeit den Idealstaat gegenüberstellt, sondern den verwirklichtbaren und auch den verwirklichten Staat als naturrechtlich mit der Gerechtigkeitsidee verknüpft auffaßt, wird er nun aber auch dazu gedrängt, das Widerstandsproblem verschiedentlich zu streifen⁷¹. Implicit geschieht dies schon dadurch, daß jede Ordnung, in der ein Volksteil einen andern von *jedem Anteil an der Herrschaft* ausschließt, als „Nicht-Recht“ bezeichnet wird⁷²; insofern also Anordnungen irgendeines Staatsorgans auf die Herbeiführung oder die Aufrechterhaltung einer solchen „Ordnung“ gerichtet sind, sollten sie — so müßte man hier eigentlich schließen — eo ipso als nichtig betrachtet werden; demgemäß müßte auch ein Widerstand gegen sie jedermann gestattet, ja geboten sein, und er könnte sich vielleicht sogar unter Umständen auf diejenigen Teile jener Ordnung stützen, die wirklich Recht sind. Ob aber Plato diese Schlußfolgerung anerkannt hätte?

Zum Teil um Widerstand gegen staatliche Unterdrückung könnte es sich ferner in dem schon im I. Buch untersuchten Fall handeln, wo sich in einer Stadt „eine starke Partei in ungerechten Bestreben zusammenschließt“ und es ihr dabei gelingt, „das kleinere Häufchen

⁶⁶ Vgl. die b. Anm. 25 wiedergegebene Stelle.

⁶⁷ Diese faßte auch Plato später in gewissem Sinn als Widerstandsinstitut auf. S. unten Anm. 71 u. 76.

⁶⁸ Vgl. unten Kap. 9 I I B passim, sowie Kap. 7 (V) b. Anm. 432.

⁶⁹ Staat, VIII Kap. 14—19, insb. 16, 19 — St. 562—569, insb. 566 a b, 569 b.

⁷⁰ Vgl. oben b. Anm. 66.

⁷¹ Ohne dabei freilich die von uns soeben (b. Anm. 66 u. 70) angeführte Formulierung der Gerechtigkeitsidee zu verwenden.

⁷² Vgl. oben b. Anm. 48.

der Rechtschaffenen zu überwältigen und zu unterjochen“, so daß man „mit Recht sagen“ könne, „die Stadt habe eine Niederlage durch sich selbst erlitten ...“⁷³.

Das prädikative Adjektiv „*ἀδικοί*“ heißt eigentlich „als Ungerechte“, doch dürfte es sinngemäß mit „in ungerechtem Bestreben“ richtig wiedergegeben sein. Was Plato unter diesem Ausdruck versteht und welche Bedeutung er für die Beurteilung der Ungerechtigkeit des fraglichen Unternehmens dem positiven Recht beimißt, davon spricht er hier, zu Beginn des Werkes, noch nicht. Das bedeutet, daß er die Frage des Verhältnisses des moralischen „Rechts“, z. B. des moralischen Widerstandsrechts, zum jeweiligen positiven Recht zunächst noch nicht berühren möchte, aber zugleich auch, daß die Bedeutung des letzteren für ihn auch jetzt noch hinter der Frage nach der Gerechtigkeit eines Vorhabens zurücktritt.

Bemerkenswert ist für uns andererseits, was Plato vorsieht für den Fall, daß die Bösen geschlagen werden und die Stadt „den Sieg über sich selbst“ erhält und „eine gute Stadt sein“ wird. Danach dürften, so meint er, die Sieger die „Bösen“ hinrichten lassen, besser sei es freilich, ihnen das Leben zu schenken, „wofern sie gehorsame *Untertanen* der Guten sein wollen“, am besten aber tue man daran, alle, wie *Brüder* einer Familie für die Zukunft auszusöhnen und sie „durch *weise Gesetze* in Freundschaft vereinigt zu erhalten“, damit inskünftig Aufruhr, die grimmigste Form des Krieges, vermieden werde.⁷⁴

Plato betrachtet hier also den Fall eines Versuches zu staatlicher Unterdrückung, wobei einerseits nicht ausgeschlossen wird, daß er in gesetzlichen Formen vor sich gehen könnte, und andererseits nicht gesagt wird, ob die Auffassung, die er für den Normalfall damals anscheinend vertrat, daß ein gegen bestehendes Recht verstoßendes, revolutionäres Unternehmen unverständig sei⁷⁵, ein solches stets als unterdrückerisch erscheinen lassen müßte. Auch die Art der Abwehr des angeführten Unterdrückungsversuches ist nicht näher spezifiziert; jedenfalls dürfte darin nach seiner Auffassung nicht nur die normale Ausübung staatlicher Gewalt, sondern auch das, was wir Widerstand nennen, zumindest der Widerstand gegen die später sogenannte Tyrannis „titulo“, eingeschlossen sein; aber auch derjenige gegen eine Tyrannis „quoad usum“ ist davon nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Ist solchem Widerstand Erfolg beschieden, so stellt sich Plato seinen bestmöglichen Abschluß nun als Erlaß versöhnlicher Gesetze durch die „gute“ Staatsgewalt vor; damit anerkennt er jetzt bis zu einem gewissen Grad die Berechtigung verschiedener Tendenzen innerhalb eines Staatswesens und die Pflicht der Regierenden, auf diese Rücksicht zu nehmen.

⁷³ a. a. O., St. 627.

⁷⁴ do., St. 627 f.

⁷⁵ Vgl. Briefe, VII — 331d, 333c—334a, 350c—e, 351d. Dazu Heintzeler, a. a. O., S. 109f.; Verdroß, a. a. O., S. 138f.

Aber das Ziel der Anstrengungen der „Guten“ bleibt auch hier die *Einheit* des Staates, nicht nur in einem *transzendentalen*, sondern auch in einem *positivrechtlichen* Sinn. Nicht für irgendwelche besonderen Rechte, sondern für *das* von ihnen vertretene bessere Recht der Stadt sollen sich die „Guten“ wehren; nicht durch ein gegenseitiges Übereinkommen soll der Streit überwunden werden, sondern durch die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unter der Herrschaft der „besten Guten“, die zwar versöhnlich wie ein guter Vater, nicht aber kompromißbereit sind.

Die Möglichkeit einer pluralistischen oder auch nur dualistischen Lösung, wie sie im römischen Volkstribunat⁷⁶ zur Überbrückung einer solchen Spannung vorlag, kam für Plato selbstverständlich nicht in Frage. Aber auch die Gewährung autonomer Rechte besonderer Körperschaften auf Grund einer an sich monistischen Ordnung wäre ihm sicher nicht als taugliches Mittel wahrer Politik erschienen. Nur zu einer Aufteilung der *Gewalten* zeigen sich in den „Gesetzen“ gewisse Ansätze; so begrüßt er nun — freilich nicht unter dem Gesichtspunkt politischer oder persönlicher Freiheit, sondern unter demjenigen der Dauerhaftigkeit der Verfassung — die Einführung des *spartanischen Ephorats*, weil dadurch die königliche Gewalt „in die rechten Schranken gesetzt“⁷⁷ worden sei, und sieht auch in dem von ihm postulierten Staat die verschiedenen Organe vor: einen Rat, Volksversammlungen, beamtete Richter, ein Volksgericht, 37 Gesetzwächter,⁷⁸ ferner Euthynen zur Überprüfung der Amtstätigkeit der abtretenden Beamten⁷⁹ und schließlich eine „nächtliche Versammlung“, die aus den hervorragendsten, von Gottbegeisterung erfüllten Greisen und den von diesen zugezogenen mindestens 30jährigen Besten besteht.⁸⁰ Aber das alles soll im Dienste einer staatlich festgelegten Weltanschauung die Staatseinheit nur verstärken und nicht etwa, zum Wohle des Einzelnen, wie auch des Ganzen, auflockern⁸¹.

Gemäß den allzu weitgehenden Schlüssen, die er in bezug auf den postulierten realen Staat aus der Erkenntnis von der ideellen Einheit alles Seienden zog, sah Plato schließlich nur die Alternative einer möglicherweise zwar gesetzlich beschränkten, aber doch auf einem einzigen Grundprinzip beruhenden und alle Beziehungen der Staatsangehörigen umfassenden *Herrschaft* oder aber des *Verderbens* des betreffenden Staatswesens.

⁷⁶ Vgl. oben b. Anm. 67 f.

⁷⁷ a. a. O., III — St. 681—692. Vgl. oben Kap. 3 (II) b. Anm. 22 bzw. 20.

⁷⁸ Gesetze, VI — St. 755—768; Verdroß, a. a. O., S. 100 f.; Arnim, a. a. O., S. 73—75.

⁷⁹ Plato, a. a. O., XII — St. 939 f.; Verdroß, a. a. O., S. 101.

⁸⁰ Plato, a. a. O., XII — St. 960—965; Verdroß, a. a. O.

⁸¹ Vgl. dazu Verdroß, a. a. O., S. 101—106. Vgl. auch oben b. Anm. 28. 31 f., 64 f., insb. Knauss, Hellas, S. 263—269.

So meint er denn schon im „*Staatsmann*“ offenbar — anders interpretiert diese Stelle anscheinend Barker⁸² — nur die Herrschenden, wenn er zeigt, daß nur besonders Erleuchtete etwas in Verletzung bestehender Gesetze, die doch jeweilen auf Grund langer Erfahrung und nicht ohne weisen Rat zustande gekommen seien, unternehmen dürfen; er denkt auch hier an den Souverän, den er an die Gesetze binden möchte, und nicht an untergeordnete Stellen, die zum Widerstand schreiten könnten, obwohl sich die Bemerkung auf solche Vorgänge übertragen ließe⁸².

Deutlich zeigt sich bei Plato die Alternative „monistische Herrschaft — Verderben des Staates“ gerade auch dort, wo er nun direkt die Frage des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung anschneidet. So empfiehlt Plato an einer Stelle der „*Gesetze*“, die einen der Höhepunkte seiner Ausführungen bildet, den an der Neige ihres Lebens stehenden Gründern einer Stadt, sie sollten eine Anzahl Jüngere zu *Gesetzeswächtern* und gleichzeitig zu *Gesetzgebern*, welche die Lücken der bisherigen Gesetze auszufüllen und allfällige Fehler zu korrigieren hätten, bestellen und ihnen ein größeres Verständnis dafür vermitteln, wie man Gesetze in ihrer Bedeutung erhalten und verbessern müsse⁸³. Man solle ihnen zu diesem Zwecke vor allem das *eine* sagen, daß jede Person, ab männlich oder weiblich, jung oder alt, Mitarbeiter an der Gemeinschaft sein und den Besitz jeder der menschlichen Seele zukommenden Tugend erstreben solle; sie „müsse eben das für ihre Bestimmung halten und zur Hauptbeschäftigung ihres ganzen Lebens machen ...; *was dem auch immer im Wege stehen mag, dem dürfe sie, wer sie auch sei, auf keinen Fall höheren Wert beimessen*.“ Daraufhin zählt Plato verschiedenes Ungemach auf, das ihr aus diesem Verhalten in der Auseinandersetzung mit dem Staat zustoßen könnte und stellt abschließend fest: „nämlich alles Derartige auf sich nehmen, das soll man eher, als bei einer *Verfassungsänderung* mitmachen, von welcher für die Menschen verderbliche Folgen zu erwarten sind“⁸⁴.

Nun wäre es für uns natürlich besonders wichtig zu wissen, *was* man da alles eher auf sich nehmen soll, als daß man bei einer verderblichen Verfassungsänderung mitmachen würde, und um was es sich bei dieser Verfassungsänderung handeln würde. Leider widersprechen sich in dieser Hinsicht die verschiedenen Übersetzungen in einigen wesentlichen Punkten; der überlieferte griechische Text ist in der Tat äußerst mißverständlich.

⁸² Staatsmann, St. 300. Barker [Plato, S. 286f. (insb. Anm. 1)] ist wohl allzu kühn, wenn er in dieser Stelle eine „reference to the possibility of resistance“ sieht.

⁸³ Gesetze, VI — St. 769d—770a.

⁸⁴ Gesetze, VI — St. 770d e. Dies scheint uns den Sinn der Stellen am besten wiederzugeben. Unter „mitmachen“ ist auch schon die bloße Zustimmung zu verstehen.

Verdroß⁸⁵ folgt der Übersetzung von Apelt: „und wenn er [= diese Person] im äußersten Fall sich in die Lage gebracht sehen sollte, aus seinem Staat verbannt zu werden oder ihn (aus eigenem Entschluß) lieber zuvor als Flüchtling zu verlassen, als ihn unter das Sklavenjoch elender Gewalthaber gebeugt zu sehen, so wird er, fest überzeugt von der Notwendigkeit solcher Handlungsweise, dies alles lieber über sich ergehen lassen, als sich einer Staatsordnung zu fügen, die darauf angelegt ist, die Menschen sittlich herunterzubringen“⁸⁶. Verdroß interpretiert dies so, daß hier „die *passive Gehorsamsverweigerung* nicht nur zugestanden, sondern geradezu zur Pflicht gemacht“ werde, „wenn die Staatsordnung ein Verhalten vorschreiben sollte, das der ‚dem Menschen ziemenden Seelentugend‘ [wider-spreche]“⁸⁵.

Nun befriedigt uns aber die obige Übersetzung nicht ganz. Auf alle Fälle bedeutet das „ἀλλάζασται πολιτείαν“ nicht einfach „sich einer Staatsordnung fügen“, sondern eine solche „eintauschen“; es ist wohl auch nicht direkt in Parallele zu setzen mit dem „ὑπομείνασα“, dem ja viel eher das „ὑπομενεῖν“ des Schlußsatzes entsprechen würde.

Dies hat Eyth in seiner Übersetzung berücksichtigt; doch will uns der Beginn seines Satzes nicht recht einleuchten: „wenn die ganze Stadt offenbar der Zerstörung anheimfallen müßte, ehe sie sich willig dreingibt, ein Sklavenjoch zu ertragen und sich von schlechten Menschen regieren zu lassen, — oder wenn man als Verbannter die Stadt verlassen sollte, so müßte man sich alles Derartige eher in Geduld gefallen lassen, ehe man die Verfassung gegen eine andere vertauscht ...“⁸⁷. Dieser Übersetzung gegenüber ist u. a. zu bedenken, daß es kaum mit den Auffassungen Platons übereingestimmt haben dürfte, daß die Polis eher hätte zerstört werden sollen, als daß sie die Herrschaft von Schlechteren ertragen hätte.

Dafür zeugt nun vor allem der VII. unter dem Namen unseres Philosophen überlieferte *Brief*, der echt sein, oder doch mindestens die Auffassungen Platons getreulich wiedergeben dürfte. Hier wird denn auch am ehesten seine Einstellung zur praktischen Politik und zum Widerstandsproblem deutlich. Er beschreibt darin, wie er mit Hilfe des Dion den über große Teile Siziliens und Süditaliens sich erstreckenden Staat des Dionysios des Jüngeren vergeblich im Sinne seiner Ideen habe umgestalten und dort eine Verfassung einführen wollen, „welche Freiheit auf Grund eines allgemeinen Rechts und Gleichheit vor dem Gesetze gewährt“⁸⁸.

Auffallend ist hier einmal, wie sehr Plato immer wieder den *Aufbau* der Städte als Kennzeichen einer guten Politik anerkennt⁸⁹; schon im III. *Brief* hatte er sich übrigens deshalb aufs schärfste gegen den Vor-

⁸⁵ Grundlinien, S. 139.

⁸⁶ Gesetze, A. I S. 201.

⁸⁷ Gesetze, E. S. 405.

⁸⁸ Briefe, VII — St. 326 ff. vgl. 324 b, 334 c—e, 336 e f u. a.

⁸⁹ do., VII — St. 332 b, 336 a.

wurf verwahrt, er hätte den Dionysios davon abgehalten, „die von den *Barbaren* verwüsteten hellenischen Städte wieder aufzubauen“⁹⁰. Ebenso wird die Erhaltung des Lebens der Bürger und ihrer Anwesenheit in der Stadt als wichtig angesehen und einer gewaltsamen Verfassungsänderung jedenfalls vorgezogen⁹¹. Die *Zerstörung* einer Stadt kann also nach Platos Auffassung kaum als etwas angesehen werden, was man eher hinnehmen muß, als *Tyrannis*.

Plato verwahrt sich überhaupt verschiedentlich gegen den Vorwurf, Dion habe einfach nach dem Throne des Dyonisios gestrebt und er selbst habe somit eine Revolution unterstützen wollen⁹². Ja, er tadelt sogar den Dion leicht dafür, daß er gegen den Willen des Tyrannen nach Sizilien zurückkehrte⁹³; dabei hatte der letztere den Dion grundlos verbannt und entgegen förmlicher Versprechen nicht nur seine Verbannung aufrecht erhalten, sondern auch über seine Güter verfügt, und zudem den Plato bei seinem zweiten Aufenthalt in Sizilien so behandelt, daß er, um sein Leben bangend, die nächste Gelegenheit zur Flucht ergreifen mußte⁹⁴. In einem Rate an die Verwandten und Freunde des Dion sagt Plato: „Wenn einer einem kranken Manne, der gesundheitswidrig lebt, zu raten hat, was darf er anderes tun als zuerst dessen Lebenshaltung zu ändern und dann erst, wenn jener ihm darin gehorchen will, ihm weitere Anweisungen zu geben. Will er aber nicht gehorchen, so würde ich nur den, der auf weitere Behandlung verzichtet, als *wahren Arzt* und *aufrechten Menschen* bezeichnen ... Ganz gleich liegt nun aber die Sache einer Stadt gegenüber: Wenn ihre Verfassung gewissermaßen auf dem rechten Wege sich befindet, mögen an ihrer Spitze nun ein Einzelner oder Mehrere stehen, und wenn sie dann um Rat fragt, was ihr in einem bestimmten Fall zuträglich sei, dann ist es vernünftig, solchen Leuten zu *raten*; wenn sie aber ganz und gar aus den Bahnen einer rechten Verfassung getreten sind und auf keinen Fall mehr in sie einlenken wollen und ihrem Ratgeber ausdrücklich vorschreiben, ihre Verfassung unangetastet zu lassen, unter Androhung des Todes, falls er sie antaste, und mit aller Rücksichtnahme auf ihre Wünsche und Begierden seinen Rat zu erteilen, wie sie es für alle Zukunft am bequemsten und einfachsten hätten — wenn einer sich eine solche Beschränkung seines Rates gefallen läßt, dann halte ich ihn für einen *schwachen Menschen*, den aber, der sich das nicht gefallen läßt, für einen *tapfern* ...“ Wenn also jemand „mich ... überhaupt nicht fragt und ganz offenkundig die Absicht hat, auf keinen Fall meinen Ratschlägen zu gehorchen, so werde ich einem solchen meinen Rat niemals aufdrängen; zu *Zwangsmaßregeln* greifen werde ich aber erst recht nicht, selbst meinem eigenen Sohne gegenüber. [Nur] einem Sklaven würde ich so raten und würde, falls er

⁹⁰ do., III — St. 315 d, 319 a—d.

⁹¹ do., VII — St. 327 d, 331 d, 351 c.

⁹² do., VII — St. 327 a, 328 c d, 332 a b, 333 d, 350 e.

⁹³ do., VII — St. 326 e, 350 c—e.

⁹⁴ do., VII — St. 329 c, 333 a b, 345 c—350 a, vgl. III passim.

nichts davon wissen wollte, auch Zwang anwenden. Aber Vater und Mutter⁹⁵ gegenüber halte ich es für unrecht, Zwang anzuwenden, außer wenn sie geisteskrank sind ... Und mit gleicher Gesinnung muß sich der Verständige auch seiner Vaterstadt gegenüber benehmen: d. h. wenn sie ihm nicht recht geleitet scheint, nur dann seine Stimme erheben, wenn Aussicht besteht, daß er es nicht umsonst tue und er *nicht den Tod erleiden* müsse für sein Auftreten, *niemals aber soll er Gewalt anwenden zum Umsturz der Verfassung, falls es nicht möglich ist, ohne Verbannung und Niedermetzlung* von Mitmenschen *die beste Verfassung* einzurichten, sondern ... sich ruhig verhalten und sich und die Stadt den Göttern anbefehlen.“⁹⁶

Wir finden also am Schlusse dieser Ermahnungen dieselbe Aufforderung zum duldenden Gehorsam, wie im Schlußsatz der fraglichen Stelle der „Gesetze“, wobei freilich in diesem systematischen Werk das Verbot sich nur gegen die Begünstigung einer Verfassung, die die Menschen verdirbt, richtet, während im *Brief* in zugleich detaillierterer und engerer Weise gegen die umstürzlerische Gewaltanwendung Stellung genommen wird, wenn sie nicht zugleich ohne Hinrichtungen und Verbannungen von Menschen und zugunsten der besten Verfassung geschieht. Dieser Unterschied dürfte daher rühren, daß es hier um die Wiederherstellung einer guten Verfassung in einem bereits verdorbenen Staat geht, während Plato in den „Gesetzen“ offenbar eher die Erhaltung der bereits weitgehend eingerichteten und erst bedrohten besten Verfassung durch die „Gesetzeswächter und Gesetzgeber“ im Auge hat.

Daß aber Plato auch zur Einführung einer besseren Verfassung in einem bisher tyrannisch regierten Staat nicht jede Gewaltanwendung ablehnt, das zeigt sich darin, daß er den Dion — in einem gewissen Gegensatz zu dem oben erwähnten Tadel — auch dafür lobt, daß er „aus dem Peloponnes und von Athen zurückkam“ und „dem Dionysios eine Lektion mit dem Schwerte gab“, indem er „die Stadt zweimal befreite und den Syrakusern zurückgab“⁹⁷.

Warum kann man dieses Unternehmen, diesen Widerstand, der im Begriff war, rasch in eine stark restaurativ gefärbte Teilrevolution umzuschlagen, als gerecht ansehen, und muß man sein Mißlingen bedauern? Weil „Dion, wenn er das Staatsruder übernommen hätte, ... zu keiner andern Regierungsweise sich verstanden hätte als zu folgender: nachdem er erstlich zunächst seine eigene Vaterstadt Syrakus von der Knechtschaft befreit, nachdem er sie wieder in das politische Recht freier Menschen eingesetzt und dadurch ihr neuen Lebensmut gegeben, so hätte er hierauf auf alle mögliche Weise die Bürger dieses Staats mit den jener *Freiheit* entsprechenden und besten *Gesetzen* beglückt, zweitens hätte er sodann mit allem Eifer durchzusetzen gesucht, in ganz Sizilien die verwüsteten Städte wieder *aufzu-*

⁹⁵ = Staat für Plato!

⁹⁶ do., VII — St. 330d—331d (H).

⁹⁷ do., VII — St. 333b (W), vgl. auch IV passim.

bauen und es von dem Joche der Barbaren ganz *frei zu machen*, teils durch Verjagung, teils durch Unterwerfung ...“ Schließlich hätte dann „bei dem syrakusischen Volke sich derselbe Glaube an das Heil der Tugend verbreitet, wie er sich bei der ganzen Menschheit verbreitet und auf die Dauer erhalten hätte, wenn Dionysios mir gefolgt wäre ...“⁹⁸

Ein Dion würde eben stets „Hand anlegen bei einer moralisch-vernünftigen Staatsregierung und bei Aufstellung eines Staatsgrundgesetzes, welches auf der heilsamen Basis der reinsten Gerechtigkeit und der göttlichen Vernunft errichtet wäre und sich verwirklichen ließe ohne die geringste Hinrichtung und Verbannung“. So zog es Dion „vor, eher politische Sünden zu erdulden, als sie zu verüben, nahm dabei aber auch gegen die Erduldung von Unwürdigkeiten seine vernünftigen Maßregeln“.⁹⁹

In diesem letzten Satz scheint uns die ganze Auffassung Platons über die eventuelle Berechtigung von Widerstand (und Revolution) nochmals in knappster Form enthalten zu sein, wobei berücksichtigt ist, daß derjenige, der die Macht dazu hat, unter Umständen auch zu Zwangsmaßregeln greifen muß.

Was nun die fragliche Aufforderung an die „Gesetzeswächter“ anbelangt, so muß es sich irgendwie um eine Übertragung der soeben wiedergegebenen Gedanken auf die Situation derjenigen, die in einem bisher auf den bestmöglichen Grundgesetzen beruhenden Staat von einer „Herrschaft der Schlechteren“ bedroht sind, handeln. Da soll man dann schließlich diese Herrschaft und alles, was sich aus ihr ergeben kann (z. B. die Verbannung), auf sich nehmen, indem man es *dulndend hinnimmt*, wenn man sonst eine üble Verfassungsänderung *begünstigen* würde. Nicht aber soll jemand: (zustimmend) *einwilligen*, daß man jene Herrschaft sich durchsetzen läßt, indem man das *sklavisch* auf sich nimmt, oder *freiwillig* fliehen; sondern schon eher soll er etwas anderes tun: nämlich — hier bleibt es vor allem unklar, welche von den zwei Möglichkeiten im Text gemeint ist — Gewaltmaßnahmen (der Stadt?) gegen die Schlechteren *unterstützen*, sofern sie für die Stadt nötig sind und zudem nicht zu jener schlimmen Verfassungsänderung führen, welche man eben unter allen Umständen vermeiden muß, oder aber, *riskieren*, daß Gewaltmaßnahmen der Stadt gegen einen selber ergriffen werden, wenn es das Schicksal will. Schließlich könnte es noch heißen, daß, wenn es geschehen müßte, daß das *Gewaltsame* in der Stadt die Oberhand erhält, man dann, eher als seinerseits Sklavisches (der Stadt gegenüber?) zu wollen, das Joch auf sich nehmen sollte ... Diese letztere Lösung will uns aber als unwahrscheinlich erscheinen; hingegen wäre es vielleicht möglich, daß die zwei zuvor genannten Varianten sich nur im *Deutschen* nicht gut im gleichen Satz wiedergeben lassen, aber beide bewußt gleichzeitig im griechischen Text enthalten wären.

⁹⁸ do., VII — St. 335ef (W).

⁹⁹ do., VII — St. 351cd (W).

Damit glauben wir, von hinten nach vorne vorgehend, die sinnvollen Möglichkeiten für die Deutung dieser Stelle erschöpfend zusammengefaßt zu haben, wobei wir es den Philologen überlassen müssen, eine genaue Übersetzung gemäß der Reihenfolge und der Ausdrucksweise des griechischen Textes zu finden¹⁰⁰.

Was nun auch der wörtliche Sinn der fraglichen Stelle sein mag, so hat Verdroß¹⁰¹ jedenfalls recht, wenn er betont, daß Plato auch in den „Gesetzen“ das Recht auf passive Gehorsamsverweigerung, wie es nach dessen Darstellung schon Sokrates¹⁰² ausgeübt hatte, weiterhin anerkennt. Darüber hinaus hat Plato jedoch in den *Briefen IV* und *VII*, wie wir gesehen haben, auch das Revolutionsrecht bejaht, für den Fall, daß man auf diese Weise und ohne allzuvielen Gewaltmaßnahmen die „beste“ Verfassung einführen kann. Nach unserer Stelle der „Gesetze“ soll aber gegenüber der drohenden Herrschaft von Schlechteren auch gewaltsamer Widerstand geboten sein, sofern man annehmen kann, daß er ohne Verschlechterung der Verfassung (und wohl ebenfalls ohne blutigen Kampf) rasch zu einem Erfolg führen, nach unserer Terminologie „seine restaurative oder teilweise revolutionäre Ergänzung finden“ dürfte, was hier an sich als wichtiger erscheint als die Frage, ob er für altes oder teilweise auch für neues Recht, gegen eine Tyrannis „titulo“ oder „quoad usum“ geführt wird. Aber das bisherige Recht erhält doch durch das Erfordernis möglicher Gewaltlosigkeit ein besonderes und im relativ guten Staat ein entscheidendes Gewicht für die Beurteilung der Angemessenheit eines allfälligen Widerstandes.

Man spürt es freilich, daß Plato hier einer deutlichen Entscheidung nach Möglichkeit ausweicht, was denn auch mit ein Grund dafür sein könnte, daß die betreffende Stelle der „Gesetze“ so dunkel ist. Er hat jedenfalls, wie später die *christliche* Lehre, den *duldenden Ungehorsam* in den Vordergrund gestellt; wie dort wird bei Geisteskrankheit des Herrschers eine besondere Ausnahme gemacht¹⁰³; fordert hingegen Plato nicht direkt zum *Märtyrertod* auf, so darf man doch auch nicht den Bösen irgendwie *schmeicheln* oder gar *zustimmen*¹⁰⁴.

Stärker, als es später zunächst die Christen taten, verlangt er aber ein aktives Eingreifen der „Besten“ in die Politik. Daß dies im alten Griechenland auch als Bejahung eines gewaltsamen Widerstandes für gewisse Fälle ausgelegt wurde, zeigt die Tat der aus der *Akademie* Platons hervorgegangenen jungen Leute, die 352 v. Chr. den Tyrann Klearch von Herakleia ermordeten, der selbst ebenfalls kurze Zeit auf

¹⁰⁰ Vorläufig kommen freilich neben den bereits zitierten Übersetzern die besten *Plato-bewanderten Altphilologen*, die ich anfragen konnte, zu den verschiedensten Resultaten. Der griechische Text ist jedenfalls äußerst mißverständlich, vielleicht auch verdorben.

¹⁰¹ a. a. O., S. 138f. vgl. 118.

¹⁰² Vgl. oben Kap. 5'IV.

¹⁰³ Vgl. oben b. Anm. 96: Briefe — VII, St. 331c.

¹⁰⁴ do. — VII, St. 331d.

jener Schule gewesen war, dann aber, weil er ein Willkürregime übelster Art führte, als Abgefallener von ihr besonders heftig kritisiert wurde. Plato selber hatte freilich in den uns bekannten Schriften den *Tyrannenmord* nie empfohlen, sein häufiges Vorkommen aber doch verschiedentlich als mehr oder weniger selbstverständlich und gewissermaßen notwendig vorausgesetzt.¹⁰⁵

V. Die Bedeutung Platos für die Widerstandslehre

Trotz allem konnte nun aber die Lehre Platos keine Auflockerung der allzugroßen Spannung bewirken, die im damaligen Griechenland zwischen den maßlosen Aspirationen der Individuen und den gleichzeitig teilweise noch in wachsendem Ausmaß die Regelung ihrer persönlichsten Angelegenheiten beanspruchenden Staatsgewalt entstanden war.

Wir glauben zwar, daß Verdroß recht hat, wenn er „entgegen der herrschenden Lehre“ annimmt, daß sich schon aus der Staatslehre Platos „*menschliche Grundrechte* ableiten lassen, die der Staat nicht verletzen darf, ohne seiner eigenen Idee untreu zu werden“¹⁰⁶, aber die Tatsache, daß Plato glaubte, zur Realisierung dieser Idee müsse der inneren auch die größtmögliche äußere *Einheit* des Staates entsprechen, verhinderte ihn eben daran, die Möglichkeit einer tatsächlich wirkamen Garantie jener „menschlichen Grundrechte“ und einer effektiven Schranke gegen tyrannische Willkür¹⁰⁷ ins Auge zu fassen.

Trotzdem hat er Widerstandslehre, wie der Staats- und Rechtslehre überhaupt, unermessliche Dienste geleistet, indem er einerseits als erster in so konsequenter Weise den wahren Staat als *allein* auf der *Gerechtigkeit* „aufgebaut“ erwies und anderseits in *ethisch* fundierter Kritik ein *Tyrannenbild* entwarf¹⁰⁸, das nun allmählich zu jener systematischen Darstellung¹⁰⁹ führte, die später für den Nachweis tyrannischer Regierungsweise und damit gleichzeitig für deren Bekämpfung mit *rechtlichen* Mitteln eine so wichtige Rolle spielen sollte.

¹⁰⁵ Ermordung Klearchos: Schmidt, *Tyrannenmord*, S. 5f., 10f.; Friedel, *Tyrannenmord*, S. 70—72. Vgl. Plato, *Staat*, VIII Kap. 15—17 — St. 565c, 566d, 567a; dazu Friedel, a. a. O., S. 108 m. Anm. 189.

¹⁰⁶ Verdroß, a. a. O., S. 146.

¹⁰⁷ Das erkennt Heintzeler, wenn er [a. a. O., S. 122—124] es bedauert, daß Platos Lehre, die er als Einheit auffaßt, keine Verwirklichung mehr finden konnte; diese hätte bei genauer Ausführung noch viel tyrannischer ausgesehen als die Politik des Hellenismus! So mochte auch das Mißtrauen der Syrakusaner gegen Dion nicht so unberechtigt gewesen sein, wie es Plato [Briefe, VII — St. 333e—334a, 334b, 335e—336c, 351de] erscheinen mußte.

¹⁰⁸ Vgl. Heintzeler, a. a. O., S. 113—116; Friedel, *Tyrannenmord*, S. 108 m. Anm. 189f.

¹⁰⁹ Vgl. oben Einl. (IV D 2) b. Anm. 71, unten Kap. 7 (VI) b. Anm. 127, Schlußbetr. (I) b. Anm. 14 und Anh. 'II.

Siebentes Kapitel

Die Vermeidung staatlicher Unterdrückung
bei Aristoteles

I. Der Standort des Aristoteles

Während Platos Sehnsüfte also, selbst bei der Abfassung der „Gesetze“, doch noch allzusehr vom hellen Licht der reinen Idee beeinträchtigt war, als daß er die Erfordernisse der irdischen Schattenwelt hätte restlos erkennen und sein Idealbild vom Staat ganz darauf abstimmen können¹, ist die Staatslehre des Aristoteles zwar in ihrer philosophischen Grundlage etwas weniger erhaben und geläutert, hält sich aber dafür mehr an das empirisch Gegebene und ist dabei in ihren Einzelheiten *differenzierter* und, soweit er das Verhältnis der Griechen untereinander im Auge hat, in ihrer Gesamthaltung *freieitlicher*, weil sie mehr vom Vertrauen in die Einzelnen getragen ist². Auch Aristoteles steht der Demokratie oft sehr skeptisch gegenüber; aber er hatte, wie die Schrift vom „*Staatswesen der Athener*“³ zeigt, doch ein sehr positives Verhältnis zu seiner Vaterstadt und hoffte nicht auf die Verwirklichung von Utopien, sondern empfahl eine realistische Art, die von ihm gerügten Mißstände zu beheben: die Annäherung an das von Plato bereits angedeutete, aber nicht in den Vordergrund gestellte Ideal der „gemischten Verfassung“⁴.

Freilich ist auch für Aristoteles „das *Gemeinwesen*“ in gewissem Sinne das Ursprüngliche und „die Familie und der einzelne Mensch nur davon abgeleitet“⁵; aber er bezweifelt nicht nur, ob die extremen Vorschläge des Plato in einer Stadt wirklich die Einheit fördern würden, sondern bezeichnet darüber hinaus diese Einheit als „eine ganz unmögliche Sache“. Das Wesen eines Gemeinwesens bestehe doch gerade „in der Vielheit, in der Menge der beisammenlebenden Menschen“, aus der wir nur eine vollkommene Einheit machen könnten, wenn wir daraus „eine einzelne Familie“, ja „einen einzelnen Menschen“ machen würden ... „und wäre dies nicht an und für sich unmöglich, so würde

¹ Vgl. das Höhlengleichnis Staat [VII Kap. 1—5 — St. 514—521].

² Vgl. u. a. Schmidt, Vorgeschichte, S. 108—110.

³ a. a. O., passim. Vgl. aber ders., Politik, VI Kap. 4 / v. K. VII Kap. 4 — S. 211—214.

⁴ Plato, Gesetze, III — St. 694; Aristoteles, Politik, IV Kap. 7—9, 11—13, 15 f., VII passim / v. K. IV passim, VI Kap. 7—9, 11—13, 15 f.; sowie insb. do., II Kap. 6 — 1265b26—6a30 / v. K. S. 42—44. Vgl. auch unten (IV) Anm. 60.

⁵ Aristoteles, a. a. O., I Kap. 1 f.—1252 f., insb. 1252b32, 1253a 20, 25 / v. K. S. 1—5, insb. 4 f.; Ethik, I Kap. 1. Diese Auffassung scheint *allgemein* von der griechischen Staatstheorie vertreten worden zu sein (wobei vielleicht *einzelne Sophisten* eine Ausnahme machten): vgl. Gierke, Genossenschaft, III S. 17 f.; Menzel, Soziologie, S. 124—128, 139—145 u. a.

es doch nicht gut sein, denn es würde den Staat, den wir regulieren wollen, vernichten“.⁶

Dieser gesunde Realismus des Aristoteles hat zur Folge, daß in seinem Werk vor allem die wissenschaftliche Betrachtung des Bestehenden, dessen Zurückführung auf das ethische Streben aller beteiligten Menschen und eine oft kaum spürbare aufbauende Kritik zum Ausdruck kommen. Erst von daher kommt er dann zu seinem Ideal der „gemischten Verfassung“ und in Weiterentwicklung des Tyrannenbildes Platons zu jener Beschreibung des *Tyrannen*, die später eine theoretische Stütze für die rechtmäßige Verhinderung tyrannischer Unterdrückung bilden sollte⁷.

II. Die rechtsstaatliche Tendenz in den Auffassungen des Aristoteles

Es wäre vielleicht etwas kühn, die Auffassungen des Aristoteles in globo als „rechtsstaatlich“ zu bezeichnen; man kann auch sicher verschiedene Stellen seines Werks anführen, die gegen eine solche Interpretation sprechen. Wenn wir jedoch auf den Tenor des Ganzen abstellen, so ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, daß es Aristoteles nicht weniger und in freiheitlicherer Absicht als Plato darum ging, einer Beschränkung staatlichen *Zwanges* durch das Recht das Wort zu reden. Zwar hatte sich, wie wir gesehen haben, Plato schließlich zu einer Herrschaft der Gesetze als normalerweise einzig verwirklichter, zweitbesten Lösung durchgerungen, aber die Gesetze, die er vorschlägt, atmen selber einen Geist finsternen Zwanges; hingegen bejaht freilich Aristoteles die realen Vorzüge der monarchischen Gewalt für gewisse Menschen, doch verlangt er eine „*liberale*“ Monarchie und zeigt für jede Staatsform, wie segensreich im Normalfall eine *Beschränkung* der Machthaber ist, die dem *freien Willen* und der *Eigenart* des betreffenden Volkes und seiner Teile entspricht. Man spürt es Aristoteles an, daß er, im Gegensatz zu Plato, jedem Rigorismus und jedem Totalitarismus abhold ist und das Recht als besten und daher soweit möglich zu respektierenden Schutz der allgemeinen Interessen und damit zugleich der Mannigfaltigkeit des Bestehenden vor

⁶ Aristoteles, Politik, II Kap. 1f., vgl. 3—6. Mit Recht kritisiert er, wie Knauss [Hellas, S. 264] feststellt, daß Plato die *Bürger*, vorab im „Staat“, gänzlich und unwiderruflich nach „oben und unten“ scheiden will, was insb. „bei mutigen und kriegerischen Männern“ leicht Anlaß zu *Aufständen* gebe.

⁷ Vgl. unten (IV) b. Anm. 60 und VI sowie Anhang. Wie sehr Aristoteles in seinen ethischen Werken das Sein-sollende von der jeweiligen Wirklichkeit abhängig sein läßt, zeigt sich z. B. daran, daß sie heute als eigentliche soziologische Abhandlungen herangezogen werden können. Vgl. Menzel, Soziologie, passim, insb. S. 9 (Anm. 7), 12f. m. Anm. 9 und dort zit. Lit.; dazu Nef, Polis, S. 265—267.

der subjektiven Willkür der Herrschenden betrachtet⁸. Woraus schließen wir das?

Von Natur aus sucht der Mensch nach Aristoteles die Glückseligkeit⁹ in der Gemeinschaft durch „Freundschaft“¹⁰. Soweit diese „Freundschaft“ reicht, erstreckt sich das *Gerechte* in Familie, Dorf, Staat und Bundesgenossenschaft; von diesen Gebilden steht der Staat am höchsten, weil er um eines vollkommenen und sich selbst genügenden Lebens willen besteht¹¹. Im Gegensatz zur bloßen Verabredung unter Völkern, bei der jedes in der Eigenschaft eines *Paktgenossen* als der Art nach *gleiches* beteiligt ist, bestimmt der Staat, wo jeder Einzelne dadurch seine natürliche Erfüllung als „*Zoon politikon*“ findet und die ihm gemäße Funktion ausüben kann, daß er in der *Besonderheit* seines Charakters erfaßt und zur Tugend geführt wird, eine Verfassung „die Rechte der verschiedenen Regierungsämter“, vor allem „der höchsten Obrigkeit“¹². Da diese aber das Ganze nur glücklich macht, indem sie „alle seine Teile oder die meisten oder wenigstens einige glücklich macht“¹³, ist es für die Frage, *wer* höchster Gewalthaber sein soll, vor allem wichtig, ob er bloß den eigenen Vorteil verfolgt, wie z. B. ein zügelloses Volk in der „Demokratie“¹⁴, oder zum Besten Aller regiert, wie ein edles und gutes Volk in der „Politeia“. Sowohl diese, wie die Monarchie und die Aristokratie haben alle eine „gute und regelmäßige“ Verfassung, denn sie werden „nach den wesentlichen Grundsätzen der

⁸ Vgl. dazu das Folgende inkl. III—V. Etwas anders sieht dies Verdroß [Grundlinien, S. 141—143]; im Gegensatz zu diesem sehen wir übrigens in Platos Politeia zwar einen Gerechtigkeitsstaat, aber keinen Rechtsstaat: ein solcher ist für uns nur derjenige, der sich grundsätzlich an „Regeln des Rechts“, somit an Gesetze oder — wie im Mittelalter — an Verträge, hält. So auch Knauss, Hellas, S. 273 f.

⁹ Ethik, I Kap. 5; Politik, VII Kap. 2, 8 / v. K. IV Kap. 2, 8.

¹⁰ Ethik, VIII Kap. 1, 11. Vgl. Menzel, a. a. O., S. 106—113; Knauss, a. a. O., S. 203.

¹¹ Ethik, VIII Kap. 10—14; Politik, I Kap. 1 f., II Kap. 2 (am Ende), III Kap. 5 f., 9; vgl. do., VII Kap. 1 / v. K. IV Kap. 1. Dazu z. B. Althusius, Politica, Kap. 39 Abschn. 1 f. Vgl. Menzel, a. a. O., S. 87—89, 92—95, 106 f., 110 f., 113—116. Der Staat beruht nach Aristoteles auf dem Willen jedes Beteiligten, aber doch wohl nicht auf eigentlichem Gesellschaftsvertrag, trotz gewisser Anklänge an diese *sophistische* Lehre. (Vgl.: do., S. 93 f.; sowie das im Text Folgende).

¹² Ethik, VIII Kap. 11; Politik, I Kap. 2, II Kap. 2, III Kap. 1—4, 6, 9 — 1253 a 1—19, 1261 a 10—b6, 1275 a, 1275 b 37—1276 a 5, 1276 b—7 b, 1280 a 32—b12 / v. K. S. 4, 29 f., 69—72, 74—77, 85. Vgl. dazu u. a. Menzel, a. a. O., S. 78 f., 119—133, 141, 144—146. Barker [Plato, S. 5] betont, die Verfassung sei erst von den Römern streng als „legal structure“ aufgefaßt worden; sie sei für Aristoteles vor allem „a moral spirit“ gewesen.

¹³ Politik, II Kap. 5 — 1264 b 18 f. / v. K. S. 39 (andere Übers.). Im Anschluß an diese Auffassung bezeichnete Cicero [De republica, V] das „bene et honeste vivere“ Aller als das oberste Ziel der Gemeinschaft: Pöschl, Cicero, S. 144.

¹⁴ Darunter versteht Aristoteles die schrankenlose Volksherrschaft.

Gerechtigkeit“ regiert; trotzdem die entarteten Verfassungen, bei denen die Herrschenden bloß auf ihr eigenes Bestes schauen, auch „gewisse Grundsätze der Gerechtigkeit zu ihrer Basis“ haben und „dieselben zu befolgen“ suchen, folgen sie aber der Gerechtigkeit „nur bis zu einem gewissen Punkt“; sie betrachten als absolut recht, was es nur beziehungsweise und unter gewissen Einschränkungen ist“¹⁵. So machen viele Menschen z. B. eine falsche Anwendung von der Gleichheit, weil sie gewöhnlich die Beziehung auf den Sondercharakter und die Stellung der Personen, für die sie gelten sollen, nicht berücksichtigen¹⁶.

Damit die Herrschenden nicht den eigenen Vorteil verfolgen, werden sie an *Gesetze* gebunden. Wer nämlich verlangt, daß diese herrschen sollen, „verlangt gleichsam, daß GOTT und die Vernunft herrschen“. Denn die Gesetze sind das „Mittlere“, das „Unparteiische“ und dadurch das „Gerechte“; sie sind „die reinen Ausdrücke vernünftiger, von Leidenschaften freier Überlegungen“.¹⁷ Völlig entartete Staatsformen sind daher die gesetzlose Demokratie, die gesetzlose Oligarchie und die Tyrannis, welche am wenigsten eine Verfassung genannt werden können. Aber auch gesetzmäßig regierte Staaten können entartet sein, wenn die Gesetze schlecht sind; hingegen halten sich die Herrschenden in den *guten Verfassungen*, vor allem in der *Politeia*, normalerweise an Gesetze.¹⁸

Freilich, gerade weil die zu regelnden Handlungen stets individuell sind, kann, wer wahrer Gerechtigkeit gemäß regieren will, sich nicht in allem genau und auf immer durch im voraus schriftlich abgefaßte Regeln, also durch allgemeine Sätze, bestimmen lassen. Andererseits rechtfertigen es geringfügige Verbesserungen nicht, daß durch Abschaffung oder Mißachtung grundlegender Gesetze überhaupt die Ehrfurcht vor diesen verloren geht.¹⁹ Am höchsten stehen diejenigen Gesetze, die auf der Sitte beruhen²⁰.

So kann man nach Aristoteles eigentlich die oberste Herrschaft weder den Gesetzen noch den Menschen allein zusprechen. Bei einer ersten Gesetzesschöpfung ist zwar die unumschränkte Gewalt eines einzelnen Guten (vorübergehend) notwendig. Daraufhin muß man sich an die Gesetze halten, außer dort, „wo die buchstäbliche Befolgung

¹⁵ Politik, III Kap. 6f., 9 — 1278b30—9b10, 1280a8—b8; vgl. oben Kap. 6 b. Anm. 26, 34, 48, 74 (Plato). Vgl. dazu auch Althusius, *Politica*, Kap. 39 Abschn. 1f. (S. 403).

¹⁶ Politik, III Kap. 9, 12f., vgl. VII Kap. 8f. — 1280a8—b8, 1282b14ff., vgl. 1328a23—b2, 1328b23—9a37 / v. K. S. 84f., 92ff., vgl. IV Kap. 8f. — S. 124—128.

¹⁷ do., III Kap. 16 — 287a28—32, a39—b4 / v. K. S. 105f.

¹⁸ do., III Kap. 10f., 14, IV Kap. 4f., 8, 10 — 1281a12—2b14, 1284b34—5b35, 1292a4—b22, 1293b24—4a29, 1295a1—25 / v. K. III Kap. 10f., 14, VI Kap. 4f., 8, 10 — S. 87—91, 98—101, 177—179, 182—184, 186f.

¹⁹ Aristoteles, *Ethik*, V Kap. 14 — 1137b11—8a4 / v. K. S. 115f.; *Politik*, II Kap. 8 — 1268b27—9a29 / v. K. S. 51—53.

²⁰ do., III Kap. 16 — 1287b5f / v. K. S. 106.

der Gesetze den Zweck derselben zerstören würde“, oder in bezug auf das, „was das Gesetz gar nicht oder nicht gut zum voraus hat bestimmen können“: hiefür taugen aber die Vielen, wenn es Freie sind, besser als ein Einzelner, auch wenn dieser an sich einem jeden andern gegenüber der Bessere wäre.²¹ Jedenfalls halten es „Manche für unnatürlich, daß Einer der Herr über alle Bürger da sein solle, wo der Staat aus gleichen Personen bestehe“ ...; es sei auch besser, Mehrere zu *Wächtern und Dienern der Gesetze* zu machen, denn, „was die Gesetze nicht tun konnten, wird der Verstand eines einzigen Menschen nicht ergänzen“. Wohl aber sollen, durch gute Gesetze gebildet und unterrichtet, die verschiedenen Behörden „das nach ihrem besten Wissen und Gewissen entscheiden und einrichten“ können, was jene „unausgemacht lassen“, und Bürger Änderungen herbeiführen können, wo ihnen genügende Erfahrung die Gewißheit verschafft, daß etwas verbessert werden kann.²²

Immerhin steht es nicht fest, welches allgemein die angemessenste Verfassung ist, und im Falle, daß einer alle andern im Übermaß an Tugend überragt, ist sogar die *absolute Monarchie gerade das Richtige*²³; ja, Menschen mit knechtischem Sinn sollen gerade im „*besten Staat*“ an diesem keinen Anteil haben, sondern für die der Tugend fähigen Bürger die „niedrige“ Arbeit verrichten²⁴.

Hingegen kann es nach Aristoteles *kein Volk, keine Umstände* geben, denen „die Tyrannei oder irgend eine der anderen aus ihren Schranken gewichenen Verfassungen angemessen“ wäre. „Denn diese sind an und für sich der Natur entgegen.“ Insbesondere die Tyrannis verdient eigentlich gar nicht, „eine Verfassung, d. h. eine Ordnung genannt zu werden ...“²⁵ Ebenso widersinnig ist aber die bloß auf Sieg gegründete, despotische Beherrschung der Nachbarn durch eine Stadt; „denn wie könnte wohl dergleichen dem Staate angemessen oder wie durch Gesetze anzuordnen sein, was *an sich nicht gesetzlich ist*?“ *Ungesetzlich* ist die Herrschaft aber insbesondere auch dann, wenn sie *ungerecht* ausgeübt wird; *ungerechterweise* unterwirft oder beherrscht man seine Mitmenschen, soweit nicht diese von Natur zum Beherrschtwerden und man selber zum Herrschen geeignet ist.²⁶ Insofern ein solcher fundamentalen Unterschied nicht vorhanden ist, soll eben kein Einzelner und keine Gruppe mehr als *anteilweise* oder *turnusgemäß* herrschen,

²¹ do., III Kap. 15 — 1286a20—30 / v. K. S. 102.

²² do., III Kap. 16 — 1287a11f. 1287a20—28, vgl. 1287b19—36 / v. K. S. 104f. vgl. 106f.

²³ do., III Kap. 13, 17f., IV Kap. 1 / v. K. III Kap. 13, 17f., VI Kap. 1 — S. 96, 98, 107—109, 167f.

²⁴ do., VII Kap. 8—10, 13ff. / v. K. IV Kap. 8—10, 13ff. S. unten bei Anm. 31.

²⁵ do., III Kap. 17, IV Kap. 8 — 1287b37—39, 1293b28—30 / v. K. III Kap. 17, IV Kap. 8 — S. 107, 182f. Vgl. oben b. Anm. 48 (Plato).

²⁶ do., VII Kap. 2 — 1324b23—39 / v. K. IV Kap. 2 — S. 114f.

hiez u aber dafür jeder in mehr oder weniger starkem Ausmaß im Sinne der *Gesetze* berechtigt und sonst seinerseits nur solchen gesetzlichen Magistraten unterworfen sein²⁷.

III. Die Freiwilligkeit als Prinzip der Monarchie und der Widerstand gegen die Willkür eines Einzelnen

Aus dieser Grundauffassung hat Aristoteles in bezug auf die beste *Organisation* in den verschiedenen Staatsformen im Verlaufe seiner Ausführungen die verschiedenartigsten Schlußfolgerungen gezogen. Diese ließen sich zwar, so will uns scheinen, weitgehend zu einem Gesamtsystem vereinigen; da er selbst aber nicht mehr dazu gekommen ist, die anscheinend zu den verschiedensten Zeiten seines Lebens entstandenen Teile seiner ethischen und politischen Schriften in eine systematisch voll durchgebildete Einheit zu bringen²⁸, da dies im Altertum unseres Wissens auch nachher nicht getan wurde, können wir nur summarisch den uns hier interessierenden Teil seiner Konzeption in einem kurzen Überblick einigermaßen auf einen Nenner bringen. Dabei müssen wir uns auch stets vergegenwärtigen, daß damals die Gedanken des Stagiriten, mit denen dann im Laufe der Zeit so mancher Standpunkt begründet wurde, weder in ihrer Gesamtheit, noch in den hier zu erörternden Fragen einheitlich aufgefaßt wurden. So ist die Gefahr unvermeidlich, daß wir eben unsererseits ein etwas einseitiges Bild erhalten, wenn wir nun einiges aus der Fülle seiner Gedanken herausgreifen; das Folgende sei daher als *eine* mögliche Interpretation gewertet.

Eine ganz einseitige *Herrschaftsordnung*, die überhaupt den Staat auf die Herrschenden beschränkt, und die Übrigen nur als Produzenten verwendet, befürwortet Aristoteles dort, wo Griechen es mit Barbaren zu tun haben, die sich ja auch im Gegensatz zu jenen normalerweise von Natur aus als *Sklaven* eignen²⁹. Ein Glücksfall ist es, wenn sie als solche zur Verfügung stehen, wobei man sie aber gut behandeln und ihnen sogar Freiheit in Aussicht stellen sollte³⁰, falls sie sich ihrer als würdig erweisen; auch als *Hintersassen* könnten aber jene auf solche Weise von den Herrschenden zur Befriedigung aller ihrer materiellen Bedürfnisse benutzt werden. So wären diese in der Lage, unter sich einen verfassungsmäßigen Staat aufzubauen, der ihnen ein vollkommen tugendhaftes Leben ermöglichen würde³¹. Diese Regierungsweise, die uns ein wenig an diejenige der heutigen Südafrikani-

²⁷ Vgl. das Folgende.

²⁸ Vgl. dazu z. B.: Verdroß, Grundlinien, S. 172 f. (Anm. zu S. 126 ff.) und die dort zit. neuere Literatur; sowie Swoboda, Staatsaltertümer, S. 26 (insb. Anm. 2) und dort zit. Lit. S. Aristoteles, Politik, passim.

²⁹ do., I Kap. 6, 13 — 1255a29—b15, 1259b18—60b8 / v. K. S. 11 f., 24—26.

³⁰ do., VII Kap. 10 — 1330a33 f. / v. K. IV Kap. 10 — S. 131; vgl. Ökonomie, I Kap. 5 — 1344b16 f.

³¹ S. oben (II) Anm. 24 u. 26.

schen Union gemahnt, mag auf die Errichtung griechischer Kolonien in den von Alexander eroberten Gebieten zugeschnitten gewesen sein³²; diesen hat Aristoteles nämlich anscheinend auch in einem Brief ermahnt, die Barbaren dürften wohl auf *despotische* Weise behandelt werden, den Griechen aber solle er nur *Hegemon*, Anführer, sein³³.

Sobald nämlich auch nur ein Minimum an *Gleichheit* im Charakter aller Angehörigen eines Staates besteht, ist es schlecht, wenn ein Teil oder ein Einzelner über alle andern wie über Sklaven herrscht; denn eine solche Festlegung der Herrschaftsgewalt bedeutet, daß man Leute, die im Gegensatz zu Sklaven der Tugend fähig sind, behandelt, als ob sie dies nicht wären und nur für einen selbst da wären, daß man bereit wäre, gerade auch dann, wenn sich jemand zeigen sollte, der einem ganz ebenbürtig wäre, diesen unter allen Umständen zum Gehorsam zu zwingen; alles das würde aber von den Betroffenen mit Recht nicht *freiwillig* hingenommen und müßte zu *Trug und Gewalt* führen³⁴.

Hingegen kann nach Aristoteles, wie wir gesehen haben, das *absolute Königtum* sehr wohl mit einer minimalen Gleichheit aller vereinbar sein, und zwar nicht nur bei den Barbaren, sondern auch bei den Griechen; denn es ist eine *freiwillig* hingenommene Herrschaft, die auf der *Wertschätzung* desjenigen beruht, der alle andern im Idealfall an *Tugend* überragt und der *Wächter* darüber sein will, daß „die Vermögenden kein *Unrecht* erleiden und die große Menge nicht *übermütig* behandelt werde“³⁵.

Aber besteht denn nicht ein unlösbarer Widerspruch zwischen „absoluter“ und „freiwillig hingenommener“ Herrschaft? Leider setzt sich Aristoteles mit dieser Frage nicht in systematischer Weise auseinander. Er sagt nur einerseits, eine noch so gute Herrschaft sei noch *kein Königtum*, wenn sie „die Macht festhalte, mit der die Herrschaft nicht bloß über die Gutwilligen, sondern auch über die Widerspenstigen sich erhalte“³⁶, andererseits aber doch, wenn einer „auch ein *gesetzmäßiger Herrscher*“ sei und „nichts gegen das Gesetz und aus bloßer Willkür“ tue, so müsse er dennoch „eine *Macht* haben, um damit über die Er-

³² Vgl. Verdroß, a. a. O., S. 173 (Anm. zu S. 126ff.) und dort zit. Lit.

³³ Triepel, Hegemonie, S. 350, 415, n. Plutarch, *Moralia*, *G-L*. De Alexandri Magni fortuna aut virtute I'6 — II'1 S. 322f. (349/329B) / *F*. De la fortune ou vertu d'Alexandre, I'4'1 — I S. 982f. / *D*. Über das Glück ... I. Rede (Mitte). Vgl. unten Kap. 8 (II) b. Anm. 20—24 u. 28.

³⁴ Diese Ableitung wird von Aristoteles nicht direkt ausgeführt, aber sie ergibt sich doch wohl aus Politik, I Kap. 5f., 13 (passim); Ferner III Kap. 7f., V Kap. 10f. u. a. — 1279b5—20, 1313a4—10, 1313a33—35, 1314a33—38 u. a. / v. K. III Kap. 7f., VIII Kap. 10f. u. a. — S. 82f., 257f., 260.

³⁵ do., III Kap. 13f., 17, V Kap. 10, vgl. IV Kap. 2, 10 — 1284a3—b33, 1285a26—29, b4f., 29—35, 1288a7—32, 1310b9—11, 1310b32—1a2, 1313a1—18. vgl. 1289a40—b2, 1295a22—24 / v. K. III Kap. 13f., 17, VIII Kap. 10, vgl. VI Kap. 2, 10 — S. 96—101, 107f., 251, 257, vgl. 170, 187. Vgl. die ausgezeichnete Kennzeichnung dieses Königsbegriffs bei Verdroß [a. a. O., S. 130].

³⁶ Politik, V Kap. 11 — 1314a33—36 / v. K. VIII Kap. 11 — S. 260.

haltung der Gesetze zu wachen“³⁷, wobei ausdrücklich auf eine *Leibwache*³⁸ hingewiesen wird, „durch die er die Ungehorsamen durch Gewalt zwingen kann“³⁹; mindestens die gleiche Macht muß nun aber doch wohl der König in jenem extremsten Fall haben, wo er „Alles nach seinem Ermessen bestimmt“⁴⁰ und „sich selbst das Gesetz“⁴¹ ist, mag er auch als tugendhafter Held hiezu keine eigentliche Leibwache benötigen.

Dieser anscheinende Widerspruch läßt sich wohl im Rahmen der Lehre des Aristoteles nicht restlos beheben, aber doch, mindestens so sehr wie in den meisten *mittelalterlichen* und *modernen* Lehren, wo er oft in ziemlich ähnlicher Weise hineinspielt, auf ein Minimum reduzieren, wenn wir seine erste Begriffsbestimmung dieses „absoluten“ Königtums heranziehen: es besteht nämlich darin, „eine Stadt oder ein oder mehrere Völker auf dieselbe Weise zu *beschützen* und zu *verwalten*, wie derjenige, der die Verantwortung für das Wohlergehen der Familie trägt, eine Art Königtum über das Haus ausübt“⁴².

Diese Hausherrschaft umfaßt nun aber vor allem die Ehefrau, dann die Kinder und erst in letzter Linie die Sklaven; vor allem der erst- und den zweitgenannten gegenüber war aber im damaligen Griechenland die rechtliche Stellung des Familienvaters viel schwächer als etwa in Rom; die *Sitte* schützte ihn gegen Vätermord anscheinend so stark, daß man es lange Zeit nicht für nötig gehalten hatte, dafür eine Strafe vorzusehen⁴³. So wird ein absoluter König in erster Linie die ihm annähernd Ebenbürtigen überreden und die Bildungsfähigen anleiten, und eben nur Sklaven oder nicht am Staat beteiligte Hintersassen u. U. durch Einflößung von *Furcht* zu *aktivem Tun*, jene andern hingegen nur zu einem *Geschehenlassen zwingen*, um sie am *Unrecht tun zu hindern* oder gegebenenfalls dafür zu *strafen*, und wohl auch das nur *mit Hilfe* solcher, die dies *freiwillig* und nicht aus *Furcht* tun. Deshalb erscheint es denn auch dem Aristoteles als notwendig, daß der König für sich selbst aus eigenem Besitz genug habe und sogar alle andern an Gütern überraage⁴⁴.

Einem solchen König gegenüber kann es nun leicht zu *Widerstand* kommen, wenn ihm einigermaßen ebenbürtige Gegner entstehen; gefährdet dieser Widerstand seine Herrschaft über diejenigen, die willens sind, ihn weiterhin zu unterstützen, nicht, so wird er ihn wohl sogar

³⁷ do., III Kap. 15 — 1286b32—34 / v. K. S. 104.

³⁸ do. — 1286b36—39 / v. K. do.

³⁹ do. — 1286b30 / v. K. do.

⁴⁰ do., III Kap. 15 f. — 1285b35—6a3, 1287a1 f., / v. K., S. 101, 104.

⁴¹ do., III Kap. 13 — 1284a12—14 / v. K. S. 96.

⁴² do., III Kap. 14 — 1285b33—35 / v. K. S. 101 (andere Übers.).

⁴³ Berve, Geschichte, I S. 151.

⁴⁴ Vgl. zum ganzen Absatz: Ethik, VIII Kap. 12 f. Eine restlose Abklärung der Problematik der aristotelischen Definition des Königtums würde natürlich eine umfangreiche Spezialarbeit erfordern. Zum Begriff der Freiwilligkeit vgl.: do., III insb. Kap. 1, V Kap. 11.

anerkennen; sonst soll er den Kampf aufnehmen und versuchen, jene in ihre Schranken zu weisen, wobei er natürlich sehr wohl unterliegen kann. Hält er diese Linie nicht ein, so wird er zum Tyrann!⁴⁵

Es fragt sich nun, ob das betreffende Volk sich jeweils eine solche Widerstandsmöglichkeit *von vornherein* sichern soll. Gegenüber dem an Tugend Ausgezeichnetsten wäre dies unnötig; aber, da man auch von einem solchen nicht erwarten kann, daß er als Nachfolger seinem Sohn einen Besseren vorziehen würde, so stellt sich die Frage doch auch hier; immerhin wird er ja von sich aus nicht eine zu große bewaffnete Macht unterhalten. Aber da entsteht nun die Frage, ob es in diesem Königtum überhaupt eine *feste Größe* für die Begrenzung der königlichen Macht geben kann, da ja hier, wo die Herrschaft an kein Gesetz gebunden ist, auch für die Frage, ob zum Widerstand geschritten werden soll, kein verpflichtender Maßstab da ist, sondern allein das Ermessen der Menge entscheiden müßte. Diese Problematik, die wir hier breit ausgeführt haben, deutet Aristoteles freilich bloß an; auch entscheidet er sich, so wie wir ihn verstehen, diesbezüglich nicht für eine bestimmte Lösung⁴⁶.

Jedenfalls kann nur der Tugendhafteste ein *absoluter König* bleiben: ein anderer kann *keine* solche *Machtstellung* bewahren, oder seine Macht erhält einen *tyrannischen* Einschlag⁴⁷; wenn also einer z. B. durch königliche Abstammung oder vorwiegend durch eine große Hausmacht zum Königtum gelangt⁴⁸, so muß entweder sein Volk einen entsprechend *knechtischen Sinn* haben, damit solche Herrschaft für es paßt oder aber seine Macht doch irgendwie durch eine reale Schranke *begrenzt* sein, damit es mindestens nicht zu einer reinen Tyrannis komme. Bei den *Persern* und anderen „*rohen*“ *Völkern* ist das zweite Erfordernis mehr hypothetisch vorhanden dadurch, daß die Leibwache des Königs aus Angehörigen des eigenen Staates besteht; daß diese sich nicht erheben, ja sogar den Willen des Herrschers eifrig durchsetzen helfen, das zeigt hingegen, daß die Herrschaft doch *freiwillig* ertragen wird, wie sie ja hier auch althergebracht und „gesetzlich“⁴⁹ ist; demgemäß handelt es sich doch um ein allerdings stark *tyrannisch* gefärbtes *Königtum*: die *Despotie*. Bei den *rohen Völkern Europas*, die einen weniger knechtischen Sinn haben als diejenigen Asiens, mag die erwähnte Schranke der Herrschermacht auch eine entsprechend realere Bedeutung gehabt haben, so daß man hier eher von einem eigentlichen *barbarischen Königtum* sprechen müßte, was Aristoteles

⁴⁵ Vgl. Politik, V Kap. 10 — 1312b40—3a17 / v. K. VIII Kap. 10 — S. 257.

⁴⁶ Vgl. do., III Kap. 15f. — 1286b23—7a9 / v. K. S. 103f.

⁴⁷ Vgl. do., IV Kap. 2, V Kap. 10 — 1289a40—b2, 1312b40—3a17 / v. K. VI Kap. 2, VIII Kap. 10 — S. 170, 257.

⁴⁸ Vgl. do., V Kap. 10 — 1310b33—40 / v. K. VIII Kap. 10 — S. 251.

⁴⁹ Es ist nicht klar, ob Aristoteles hier die gesetzliche Grundlage der Monarchie oder die den besten Perserkönigen ebenfalls nachgerühmte Gesetzesform und Nichtrückwirkung ihrer Erlasse und die Bindung an diese meint.

freilich wiederum nur schwach andeutet. Wenn schließlich bei den *Griechen* ein Einzelner herrschen sollte, ohne daß er alle andern an Tugend überragen würde, dann müßte seine Macht noch viel *effektiver beschränkt* werden, damit seine Herrschaft *freiwillig* hingenommen und daher als *königlich* gelten könnte: er müßte „gesetzmäßig“⁵⁰ herrschen, und „zwar eine Macht haben, aber nur eine gewisse, so daß sie zwar *stärker* ist, als die jedes Einzelnen und auch Mehrerer, aber schwächer als die Macht der Menge“, also jenem Prinzip unterworfen werden, nach welchem man „in alten Zeiten“ den „*Aesymneten*“ „die Leibwache bewilligte“, wie es auch vor kurzem „jemand den Syrakusanern gegenüber dem Dionys geraten hat“; bei diesen Aesymneten war dadurch zugleich das *Wahlprinzip* gesichert, welches die Herrschaft eines ungeeigneten Nachfolgers verhinderte. Die Herrschaft dieser Aesymneten selber, welche manchmal auch „*Tyrannen*“ genannt wurden, wird nun freilich nur in der Weise als „gesetzlich“⁵¹ bezeichnet, wie diejenige der Barbarenkönige: so „ist und war [sie] wegen ihrer tyrannischen Gewalt von *despotischer Natur*, dagegen im übrigen [doch auch noch] ein *Königtum*, weil sie auf der Wahl beruhte und mit dem Willen des Volkes [das ja, wenn nötig, Widerstand leisten konnte] weiterbestand“.⁵²

Die weitestgehende Sicherung gegen Tyrannei, aber dafür auch nicht die Kraft des absoluten Königtums, bestand bei jener Herrschaftsweise, die an der Scheide zwischen *Monarchie* und *Verfassungsstaat* steht: bei den „in den *heroischen Zeiten* mit Willen des Volkes entstandenen *Königtümern*, welche althergebracht waren und gesetzmäßig ausgeübt wurden“. Hier war die Herrschaft „auf bestimmte Geschäfte beschränkt, denn der König war nur *Feldherr* und *Richter* und *Leiter der Opfer* für die Götter“. „Später gaben die Könige selbst einzelne dieser Rechte auf; andere wurden ihnen von der Menge genommen und so blieben in den meisten Staaten nur noch die Besorgung der Opfer und da, wo man allenfalls noch von einem Königtum sprechen kann, dazu die Führung in den auswärtigen Kriegen“. Aber durch diese Beschränkung, die sich schon bei Agamemnon abzuzeichnen beginnt, verschwindet im Grunde das wirkliche Königtum und entsteht ein eigentlicher Verfassungsstaat, indem hier die Gewalt, die ein Einzelner dort noch im Rahmen der Sitte hatte, ebenfalls noch den Gesetzen unterworfen wird, die nun auch stets nur noch von mindestens Mehreren zusammen gegeben werden können. Diese Entwicklung ist in Griechenland durchaus verständlich und berechtigt, da „es jetzt der einander Gleichen *viele* gibt und *keiner* sich so auszeichnet, daß er für die Größe und die Anforderungen einer [königlichen] Herrschaft paßt“; so entstehen denn „jetzt ... keine Königsherrschaften mehr, sondern,

⁵⁰ Hier dürfte es sich um die Gesetzesform und die Nichtrückwirkung der königlichen Erlasse und die Bindung an diese handeln. Vgl. Anm. 49.

⁵¹ Vgl. Anm. 49f.

⁵² Für den ganzen Abs. s. Politik, III Kap. 14f. — 1285a17—b5, 24—27, 1286b28—40 / v. K. S. 99—101, 104.

wenn es noch zu Alleinherrschaften kommt, so sind es mehr Tyrannenherrschaften, weil das Königtum eine freiwillige Herrschaft ist, die mit großer Macht ausgestattet ist“, und bei „einander Gleichen“ die „Alleinherrschaft“ eben „nicht freiwillig ertragen“ wird.⁵³

Auf eine andere Weise steht die *Aristokratie* zwischen dem eigentlichen Königtum und dem Verfassungsstaat. Sie besteht einerseits im Idealfall darin, daß alle ganz besonders Tugendreichen zusammen dieselbe Herrschaft ausüben, wie der Tugendreiche als König; andererseits sind hier die Herrschenden unter sich bereits durch eine Rechtsnorm verbunden. Dementsprechend hat denn auch die Aristokratie nicht nur so wie das Königtum, sondern an sich schon die Tendenz sich zu einem eigentlichen *Verfassungsstaat* zu entwickeln.⁵⁴

Generell gilt es nun, daß der Herrschaft des oder der Tugendhaftesten gegenüber eine innere Schranke gesetzt ist, die es diesen verbietet, jeden allfälligen Widerstand von vornherein zu verhindern und widerstrebende Freie zu mehr als einem Geschehenlassen zu zwingen: sonst werden sie zu Tyrannen, denen gegenüber der Widerstand als schwieriger, aber innerlich um so eher als berechtigt erscheint⁵⁵. Gut ist es daher, den Herrscher, wenn seine Tugend nicht über alle Zweifel erhaben ist, an eine gesetzmäßige Regierungsweise zu binden und hierfür eine Widerstandsmöglichkeit vorzusehen, d. h. mindestens implizite ein eigentliches *positives Widerstandsrecht* zu begründen⁵⁶.

IV. Verfassungsstaat und Gewaltenteilung

In den bisher besprochenen Staatsformen sollten der oder die Tugendhaftesten durch ihre *Herrschaft* den Ausgleich zwischen Armen und Reichen bewirken. Der *eigentliche Verfassungsstaat*, welcher für Menschen, die sich nicht prinzipiell unterscheiden, die allein angemessene Staatsform ist, geht hingegen stets irgendwie von der richtigen Voraussetzung aus, daß, soweit eben eine gewisse Gleichheit vorhanden ist, der einfache oder besonders qualifizierte *Mehrheitsentscheid* einer Vielheit, ob diese nun alle Bürger oder eine besondere Auswahl derselben umfaßt, besser sein dürfte als derjenige eines Einzelnen; diese Annahme dürfte selbst dann zutreffen, wenn dem letzteren gegenüber jeder andere einzeln genommen weniger gut zur Beurteilung der betreffenden Frage geeignet wäre. Zudem kann ja auch derjenige, für dessen Bedürfnisse eine Leistung bestimmt ist, oft besser darüber urteilen als derjenige, der die dazu notwendige Arbeit noch so gut ver-

⁵³ do., III Kap. 14—16, V Kap. 10 — 1285a2,17,b5—23, 1286a3—5, 1287a2—9, 1313a3—9 / v. K. III Kap. 14—16, VIII Kap. 10 — S. 98—101, 104, 257.

⁵⁴ do., III Kap. 7, 13, IV Kap. 2, 7, V Kap. 10 — 1279a33—37, 1284a3—8, b26—33, 1289a26—34, 1293a34—b23, 1310b32—35 / v. K. III Kap. 7, 13, VI Kap. 2, 7, VIII Kap. 10 — S. 82, 96, 98, 169, 181f., 251.

⁵⁵ Vgl. die in Anm. 47 zitierten Stellen.

⁵⁶ Vgl. die in Anm. 52 zitierten Stellen.

steht, wie der Steuermann besser als der Zimmermann sein Steuer-
ruder und der Gast besser als der Koch das Gericht, das er bestellt hat,
beurteilen können. Immerhin kann dafür das *Einzelne* vielfach vom
Spezialisten besser beurteilt werden; hingegen ist es richtig, daß das
Gericht, die Ratsversammlung und das Volk, wovon die Magistrate jeder
nur ein Teil sind, über die *bedeutenderen Staatsangelegenheiten* ent-
scheiden.⁵⁷

Dabei ist nun aber die Art und Weise der *Bildung* dieser Körper-
schaften und der *Willensbildung* in ihnen wesentlich. Mit dem *Mehr-
heitssystem* allein ist es nicht getan, denn auf einem solchen bauen ja
gerade auch *Oligarchie* und *Demokratie* jene *Alleinherrschaft* auf, die
sie als *ausgeartete Verfassungen* kennzeichnet. Wenn nämlich die haupt-
sächlichsten Rechte der Bürger nur den Reichen zustehen, so erleichtert
diesen das Mehrheitssystem die Unterdrückung der andern und wird
zu einem Instrument der *Oligarchie*; werden alle Bürger zur Mit-
entscheidung herangezogen, so verschafft dies gewöhnlich den Armen
die Möglichkeit, die Reichen zu vergewaltigen, was nach Aristoteles
das Merkmal der extremen *Demokratie* ist, während in dem allerdings
unwahrscheinlichen Fall, wo „die Reichen“ im Volk die Mehrheit wären
und sich damit begnügen würden, durch das Mittel der *Volksbeschlüsse*
zu regieren, wiederum eine *Oligarchie* vorhanden wäre; denn der Stagi-
rite unterscheidet diese beiden Staatsformen grundsätzlich nicht da-
nach, ob alle Bürger gleicherweise mitentscheiden dürfen, sondern
nach den zwei einander entgegengesetzten Möglichkeiten, die sich für
die Herrschaftsordnung aus der „sozialen“ Struktur des Volkes er-
geben, indem er diese zunächst entsprechend der materialistischen Nei-
gung seiner Zeitgenossen einfach nach dem Gegensatz „Reich-Arm“
beurteilt. So müßte er an sich auch die Regierung einer *Minderheit* von
Armen, wie sie in der „Neuzeit“ der „Marxismus“ als Durchgangs-
stadium zur klassenlosen Gesellschaft unter der Bezeichnung „Diktatur
des Proletariats“ postuliert hat, als *Demokratie* bezeichnen; er wertet
aber eine solche Ordnung anscheinend nicht als eine *realisierbare*
Staatsform, worin ihm denn auch alle bisherige Erfahrung, einschließ-
lich der Praxis der heutigen „Sowjetrepubliken“ und „Volksdemo-
kratien“ recht gegeben hat.⁵⁸

Oligarchie und Demokratie zeigen nun nach der Auffassung des
Aristoteles, daß die Beteiligung an der obersten Gewalt mit Hilfe
eines Mehrheitssystems weder, wenn sie auf einen bestimmten Kreis
beschränkt wird, noch, wenn sie allen gleichmäßig zukommt, den nötigen

⁵⁷ Politik, III Kap. 11 (passim); IV Kap. 8 — 1294a13—16 / v. K. VI
Kap. 8 — S. 183f. Vgl. z. B. Arnim, Theorien, S. 95; Menzel, Soziologie,
S. 50—53.

⁵⁸ Vgl. zum ganzen Abs.: a. a. O., III Kap. 8. Zu der schon bei Plato
[Staat, St. 422d, 551d] vorkommenden, aber weniger stark hervorgehobenen
Zurückführung der politischen Gegensätze auf denjenigen von *Reich* und
Arm bei A. vgl. insb. Menzel, Soziologie, S. 150, 156—158.

Ausgleich zwischen Arm und Reich herbeiführen kann. Dazu braucht es eine Verfassung, die an sich schon die beiden Klassen zu einer *Verständigung* nötigt; eine solche Verfassung wird notwendigerweise auf einem *Kompromiß* beruhen und aus einer *Mischung* der Prinzipien jener beiden extremen Staatsformen bestehen⁵⁹.

Durch eine solche „*gemischte Verfassung*“ soll der „Demos“, die Allgemeinheit der Bürger, einerseits an der obersten Gewalt irgendwie beteiligt sein und diese zugleich andererseits auf keinen Fall unumschränkt innehaben. Wenn wir nun feststellen wollen, *wie* dieses Verhältnis erreicht werden soll, so müssen wir nach Aristoteles davon ausgehen, daß es „in *allen Verfassungen* dreierlei Dinge“ gibt, „in bezug auf welche der tüchtige Gesetzgeber das für jeden Staat Zuträgliche in Betracht ziehen muß. Ist in diesen Dingen alles richtig angeordnet, so muß auch der Staat sich wohl befinden und der Unterschied der Verfassungen liegt nur in den Unterschieden bei diesen Dingen. Von denselben ist nun das eine die Körperschaft, welche die gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten hat, das zweite, wie es sich mit den Staatsämtern verhalten soll . . ., und das dritte ist die Rechtspflege.“⁶⁰ Dies ist der älteste uns erhaltene Text, wo im Staat „*drei Gewalten*“ systematisch unterschieden werden; das geschieht zunächst freilich nur in *funktionellem* Sinn.

Indem Aristoteles nun auf die Obliegenheiten der einzelnen Gewalten eingeht, gelangt er aber bereits einen Schritt weiter, indem er die Bedeutung des *gegenseitigen Verhältnisses* der ersten beiden Gewalten hervorhebt. Damit ein Staat gut und gesetzmäßig regiert werde, so sagt er, braucht es mittlere Verfassungen und daher Körperschaften und Ämter, die sich je nach Regierungsform und Staatsumfang auf verschiedene Weise bei der *Gesetzgebung* gegenseitig in Schranken halten. So sollen die Magistrate einerseits mehr oder weniger umfangreiche selbständige Kompetenzen haben, andererseits aber stets durch die Volksversammlung zur Rechenschaft gezogen werden können. Das letztere gilt nun gerade auch für die *verfassungsmäßige Aristokratie*⁶¹, wo sonst das Hauptgewicht der Macht durchaus bei einer kleineren

⁵⁹ Vgl. a. a. O., III Kap. 13, IV Kap. 7—9, 11 (insb. 9) u. a. — 1283b28—4a3, 1293a34—4b40, 1295a25—6b13 (insb. 1294b6—39) u. a. / v. K. III Kap. 13, VI Kap. 7—9, 11 (insb. 9) u. a. — S. 95 f., 181—191 (insb. 186).

⁶⁰ do., IV Kap. 14 — 1297b35—8a3 / v. K. VI Kap. 14 — S. 195. Mit Recht bemerkt zwar Pöschl [Cicero, S. 18], daß A. die „gemischte Verfassung“ nirgends als die beste bezeichnet; aber sie ist bei ihm nicht nur „sehr weit ausgebildet“ [do., S. 23 (Anm. 22 am Ende)], sondern wird von ihm mit dem Ehrennamen „Politeia“ bedacht und mit derjenigen der „verfassungsmäßigen Aristokratie“, welche im Grunde auch eine „gemischte“ ist, als die für den *damaligen griechischen Staat beste*, ja einzig zuträglichste hingestellt. Vgl. Politik, IV Kap. 7—9 / v. K. VI Kap. 7—9; sowie oben (III) b. Anm. 53 f. und dort zitierte Stellen.

⁶¹ Politik, IV Kap. 14 — 1298b4—7 / v. K. VI Kap. 14 — S. 196 f.

Ratsversammlung und bei den Magistraten liegt, welche hier z. B. auch einen Einfluß auf die *Wahlen* ausüben können, damit die Besetzung der Magistraturen stets auf die Fähigsten und Tugendhaftesten beschränkt bleibe, und sich einem verderblichen *Volksbeschluß* nicht an sich schon beugen müssen. Überdies können bei der Aristokratie auch noch zusätzlich diejenigen Beschränkungen der Gewalt des Demos durch *zensusmäßige* Vorrechte bestehen, welche das Kennzeichen jener *eigentlichen gemischten Verfassung* sind, die nun grundsätzlich auf einem *Kompromiß* zwischen Arm und Reich beruht und von Aristoteles „*Politeia*“ genannt wird. Hier können jetzt der Volksversammlung stärkere Kompetenzen verliehen werden, sofern schon in ihr eine zensusmäßige Beschränkung vorhanden ist, die aber wiederum nicht allzu rigoros sein und u. U. eine abwechselnde Beteiligung auch der ärmsten Schichten zulassen sollte. Können hingegen alle gleichmäßig an der allgemeinen Volksversammlung teilnehmen, so sollen deren Rechte schwächer sein und die zensusmäßige Beschränkung um so stärker bei der Auswahl der Behörden, vor allem, wenn diese durch das *Los* geschehen sollte, wirksam sein. Auf alle Fälle hängt natürlich das richtige Verhältnis der Stellung der beiden Gewalten einerseits, der Berücksichtigung der beiden Klassen anderseits vom zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Arm und Reich ab, indem das Übergewicht der einen Klasse jeweils zwar die Staatsform bestimmen, aber gleichzeitig auch durch die institutionelle Stützung der andern kompensiert werden soll.⁶²

Am besten kann sich aber, wie Aristoteles mit seinem Scharfblick erkennt, die Eintracht zwischen Armen und Reichen, welche die Grundlage *aller Verfassungsstaaten* darstellt, erhalten, wenn ein kräftiger *Mittelstand* vorhanden ist, der „stärker ist als beide andern Klassen zusammen oder doch wenigstens *stärker* als jede einzelne derselben; denn dann gibt der Mittelstand durch seinen Hinzutritt den Ausschlag und verhindert die Übermacht des einen oder des andern Extremes“. „Da kann die Verfassung dauerhaft sein“, denn „überall genießt der Schiedsrichter das meiste Vertrauen und der Schiedsrichter ist hier der Mittelstand“, und dieser wird in dieser Rolle eine Verfassung aufrecht erhalten wollen, welche möglichst gut gemischt und entsprechend dauerhaft sein wird.⁶³

Ist nun der Mittelstand sehr stark, so ist eine *zensusmäßige* Beschränkung der Teilnahme an der Volksversammlung nicht nötig und

⁶² Politik, IV Kap. 7—9, 14f., vgl. II Kap. 11f. — 1293a34—4b40, 1298a3—b40, 1299b21—300b12, vgl. 1272b24—4a22 / v. K. VI Kap. 7—9, 14f., vgl. II Kap. 11f. — S. 181—186, 195—199, 200—202, vgl. 62—66; vgl. auch ders., Athener, Abschn. 8, 23, 25 (S. 11f., 38f., 41—43). Aristoteles erwähnt auch die Möglichkeit einer *Repräsentation* [Politik, IV'14 — 1298a20—29 / v. K. VI Kap. 14 — S. 159f.] des *Gesamtvolkes* zur Beratung eines Teiles der Geschäfte. Dazu Barker, Plato, S. 36.

⁶³ Politik, IV'11f. / v. K. VI Kap. 11f. u. a. (insb. 1295b34—39, 1296b37—7a13 / v. K. S. 189, 192). Vgl. Menzel, Soziologie, S. 150, 156—158.

diese muß auch in ihrer *Kompetenz* nicht so weitgehend eingeschränkt werden; insbesondere kann ihr das völlig freie *Wahlrecht* der Beamten zustehen, wobei sich immerhin eine Beschränkung des passiven Wahlrechts zu den oberen Ämtern auf die Wohlhabenderen empfiehlt⁶⁴. Interessanterweise ist für Aristoteles diese Verfassung eine Abart, freilich die *beste*, der *Demokratie*, mag er es nun vergessen haben, daß er bloß die (selbststüchtige) Regierung der Armen so bezeichnen wollte, oder mag er in einer starken allgemeinen Volksversammlung eben stets die Gefahr der Entwicklung zu einem solchen Regime sehen. Aus dem letzteren Grunde wohl sieht er in derjenigen Regierung durch Mehrheitsbeschlüsse des Gesamtvolkes, die wir heute „*direkte Demokratie*“ nennen, auch dann keine gute Verfassung, wenn darin der Mittelstand eine noch so starke Position hat; dessen Schiedsrichterrolle erscheint ihm wohl nur dann als dauerhaft gesichert, wenn das Volk die Regierung nicht einfach überstimmen kann, jedenfalls nicht auf Grund eigener Initiativen. Daß sich auch dauernd oder von Fall zu Fall Mehrheiten *quer zur Scheidelinie Arm-Reich* bilden können, wie das im *modernen liberalen* Staat der Fall war und teilweise auch noch ist, diese Möglichkeit wird bei Aristoteles überhaupt nicht in Betracht gezogen.

Stets sollen also die Magistrate eine unumschränkte, über einen festen gesetzlichen Rahmen hinausgehende Gewalt des Volkes verhindern können, nicht zuletzt, um die Reichen vor Bedrückung zu bewahren. Als *dritte Gewalt* haben nun die Gerichte die Aufgabe, dem Volk den Frieden zu sichern, indem Gesetzesverletzungen, die sich Einzelne der Gesamtheit oder Einzelnen gegenüber haben zuschulden kommen lassen, irgendwie korrigiert werden. Dabei ist es nun bemerkenswert, daß Aristoteles unter den Arten der *Gerichtshöfe* als ersten denjenigen über die (normale, nicht von der Volksversammlung noch besonders verlangte) Rechenschaftsablegung der Beamten, dann diejenigen für Verbrechen gegen Magistrate und den Staat und denjenigen für die von den Beamten beantragten und von den Privaten angefochtenen Bußen aufzählt. Diese „Staatsgerichtshöfe“ erscheinen Aristoteles als die wichtigsten, da aus ihnen, „wenn die Einrichtung derselben nicht richtig geschieht, Aufstände und Verfassungsänderungen hervorgehen“.⁶⁵ Während Aristoteles eine Aufgabe, die derjenigen ähnlich ist, die wir heute als Verfassungsgerichtsbarkeit bezeichnen, nicht als eigentlich gerichtliche betrachtet, aber doch besonderen Magistraten zuweist, so soll nun also im übrigen das Verhältnis der Beamten zu den Einzelnen von diesen auf verschiedene Weise vor *Gericht* gezogen werden können. An dieser *Rechtsprechung* sollen nun auch, jedenfalls soweit ein starker Mittelstand vorhanden ist, wie bei der *Wahl* und der (*politischen*) *Rechenschaftsablegung der Magistrate* in der *Versamm-*

⁶⁴ Politik, VI Kap. 4 vgl. IV Kap. 14 — 1318b7—9a40 vgl. 1298a20—29 / v. K. VII Kap. 4 vgl. VI Kap. 14 — S. 211—213 vgl. 195 f.

⁶⁵ Politik, IV Kap. 16 — 1300b19—24, 37 f. / v. K. VI Kap. 16 — S. 203 f.

lung der Bürger, alle beteiligt sein, was hier durch Auslosung der Reihe nach oder vielleicht auch durch Wahl geschehen mag, und dabei soll in diesem Sinn die *Mehrheit* entscheiden⁶⁶.

Es wäre wohl zuviel gesagt, wenn man auf Grund aller dieser Stellen behaupten wollte, Aristoteles sei also für das Prinzip der *Trennung der Gewalten* in materiellem Sinn eingetreten: einmal teilt er den verschiedenen Organen ihre Funktionen nicht genau nach der Unterscheidung Gesetzgebung — Gesetzesausführung — Rechtsprechung zu; sodann will er zunächst eigentlich nur die verschiedenen Möglichkeiten aufzählen, die hier theoretisch gegeben sind und fast alle in irgendeiner der von ihm gesammelten, zahllosen tatsächlich existierenden griechischen Verfassungen entwickelt waren. Nur so nebenbei gibt er da und dort zu verstehen, welche von diesen Einrichtungen die vorteilhaftesten wären, indem er die damals in vielen griechischen Staaten bestehende gegenseitige Beschränkung der verschiedenen Staatsorgane als eine Garantie verfassungs- und gesetzmäßiger Regierungsweise erkennt und alle diejenigen Arten der Kompetenzverteilung aufzählt, die ihm in dieser Beziehung als günstig erscheinen. Damit geht er von seiner Grundauffassung aus, daß im Staat stets irgendwie der Demos den reichen Vornehmen gegenüberstehe, und deshalb kommt er zu jener Zuteilung der staatlichen Aufgaben an die einzelnen Gewalten, die nicht ganz im Sinne der heutigen Lehre ist. Das will uns aber, vor allem im Zusammenhang mit der Widerstandsfrage, als nebensächlich erscheinen, denn die *Aufteilung* der staatlichen Macht an sich ist es zunächst, die, wenn sie nicht auf die Spitze getrieben wird, der *Garant* einer auf *Recht* beruhenden *Freiheit* und damit auch der *Rechtsstaatlichkeit* im w. S. ist; erst im einzelnen Fall läßt sich dann entscheiden, *welches* Schema hierfür zu verwenden ist.

Aber der Stagirite hat darüber hinaus tatsächlich den Unterschied zwischen dem generellen Gesetz und der individuellen Norm (Verfügung) bei der Besprechung der Demokratie mit seinem Verfassungsbegriff in Verbindung gebracht, wobei er offenbar sogar der damaligen Praxis Gewalt antat, indem er das „Psephisma“, das anscheinend gegenüber dem „Nomos“ juristisch nicht genau abgrenzbar war, als „nicht allgemeiner Natur“ bezeichnete. Wenn, so sagt er, alles nur durch solche Volksbeschlüsse und nicht im Rahmen der für alle gültigen Gesetze (durch die darin vorgesehenen Magistrate) geregelt werde, dann könne man gar nicht von einer Verfassung (nicht einmal von einer Demokratie!) reden; dasselbe dürfte aber seiner Auffassung nach wohl mutatis mutandis auch für die andern Staatsformen zutreffen. So darf man wohl mit Recht sagen, bei Aristoteles seien doch auch beachtliche theoretische Ansätze für die, freilich von ihm noch

⁶⁶ do., II Kap. 12, III Kap. 11, IV Kap. 16, VI Kap. 4 u. a. — 1273b36—4a18, 1281b26—36, 1282a29—40, 1300b13—1a18, 1318b21—9a5 u. a. / v. K. II Kap. 12, III Kap. 11, VI Kap. 16, VII Kap. 4 u. a. — S. 66, 89, 91, 203—205, 211 f.

nicht als klares *Prinzip* herausgearbeitete Lehre von der *rechtsstaatlichen* Trennung der Gewalten zu finden.⁶⁷

Er deutet dabei auch schon, freilich noch unscharf, den Zusammenhang solcher Formen mit der *Freiheit* des Einzelnen an⁶⁸. Diese besteht nämlich nach seiner einzigartig prägnanten Definition darin, einerseits „abwechselnd zu regieren und regiert zu werden“, anderseits „zu leben nach eigenem Belieben“⁶⁹. Ausdrücklich zeigt Aristoteles, daß jenes erste Kennzeichen der Freiheit mit dem zweiten zusammenhängt: von diesem „kommt es, daß man möglichst von niemandem beherrscht werden will und, soweit dies doch nicht möglich ist, doch nur abwechselnd“⁷⁰.

Diesen Zusammenhang beleuchtet Aristoteles freilich, ohne positiv dazu Stellung zu nehmen, dort, wo er sich mit den uns leider nicht im Original überlieferten Auffassungen der *Verfechter des demokratischen Ideals* auseinandersetzt, wobei er durchblicken läßt, daß er der Meinung sei, es gäbe auch in anderen Staatsformen Freiheit⁷¹. Zudem steht er dem, was er die zweite Form der Freiheit bezeichnet, sehr skeptisch gegenüber. Das zeigt sich dort, wo er die nach seiner Auffassung *beste Demokratie* beschreibt, diejenige der Bauern mit mittelgroßem Besitz — man wäre versucht, an einen schweizerischen Landsgemeindestaat des Mittelalters zu denken! —; die regierenden Bürger und die andern seien da durch die staatlichen Institutionen *gegenseitig* voneinander abhängig; „diese Abhängigkeit“ aber „und, daß sie nicht alles tun dürfen, was ihnen beliebt“, so sagt er, „ist nützlich, da die Macht, zu tun, was einem beliebt, nicht vermag, das *Schlechte* in jedem Menschen im Zaume zu halten: somit muß da der für den Staat nütz-

⁶⁷ Ähnlich lautet das Gesamturteil Arnims [Theorie, S. 114—120] über die Gewaltenteilungslehre des Aristoteles; keine rechtsstaatliche Tendenz erkennt hier Schmidt [Vorgeschichte, S. 110—112]; auch Swoboda [a. a. O., S. 31] geht, im Anschluß an Rehm [Geschichte, S. 84ff. insb. 88], unseres Erachtens zu weit, wenn er sagt, die Einteilung der Gewalten sei bei Aristoteles „*lediglich*“ Hilfsmittel, um die Organisation der verschiedenen Staatsformen zu erfassen; daß er im allgemeinen einfach das Schema der in *Griechenland* tatsächlich unternommenen Versuche zur Realisation der Gesetzesherrschaft (vgl. a. a. O., S. 13—15, 31) wiedergibt, ist richtig, daß er aber dieses Ziel in einer systematischen Darstellung der Politik als solches anerkennend hervorhebt und die entsprechende Gestaltung des Staates als beispielhaft hinstellt, das ist doch das Wesentliche! Menzels [Soziologie, S. 153f.] Interpretation steht in der Mitte zwischen der *unsern* und derjenigen Schmidts. Für das Postulat des Aristoteles nach gesetzmäßiger Verwaltung s. dens., Politik, IV Kap. 4 — 1291a30—37 / v. K. VI Kap. 4 — S. 178; vgl. Ethik, V Kap. 14 — 1137b13—33 / v. K. S. 115f.; sowie Swoboda, Staatsaltertümer, S. 122 (m. Anm. 6—8); ders. [S. 122f. (m. Anm. 1)] weist auf die Dehnbarkeit des „Psephisma“-Begriffs in der Praxis hin.

⁶⁸ Das übersieht Schmidt [do.].

⁶⁹ Politik, VI Kap. 2 — 1317b2f., 12 / v. K. VII Kap. 2 — S. 208.

⁷⁰ do. — 1317b14f. / v. K. do. (andere Übers.).

⁷¹ do. — 1316a38—40 / v. K. do.

liche Zustand eintreten, daß die guten Bürger regieren, ohne sich Fehler zuschulden kommen zu lassen, und daß das Volk nicht bedrückt wird⁷².

Sieht also Aristoteles vielleicht zu wenig, daß die Freiheit im Sinne des Beliebens, soweit sie nicht zu weit getrieben wird, auch eine positive Seite für die von ihm als letztes Ziel der Politik betrachtete Tugend hat, so glaubt er doch auch, daß diese am meisten dadurch gefördert werden kann, daß das Volk den Magistraten gegenüber Beeinflussungs- und Kontrollmöglichkeiten durch Wahlen und Rechenschaftsabnahmen hat, so daß diese gut regieren und jenes nicht *unterdrückt* wird⁷³.

Durch die Gewaltenteilung, die Aristoteles als richtig ansieht, soll also „das Volk“ zunächst als Ganzes geschützt werden, dies aber doch gerade auch in Gestalt der Einzelnen, die es ausmachen: deren wahre Glückseligkeit sollte sich nach Aristoteles der Staat zum Ziel setzen, indem seine Gesetze es ermöglichen, daß den Personen, soweit sie gleich sind, *Gleiches*, soweit sie ungleich sind, *Ungleiches* zugeteilt⁷⁴ und ihnen dadurch zu einem *tugendsamen Leben* verholfen wird; das geschieht, indem gleichzeitig ein solches jedem, soweit er dazu fähig ist, ermöglicht wird und sowohl die Tugendhaften die Herrschaft erhalten, wie die Herrschenden daran gehindert werden, allzusehr vom Pfade der *Tugend* abzuweichen. Wenn demgegenüber die spätere Gewaltenteilungslehre weitgehend vom Schutz der Einzelnen ausging, so sah der Begründer dieser Lehre, Montesquieu, doch auch in der *Tugend* den Sinn einer solchen Verfassung und in dieser ein Mittel zur Förderung des Wohles des gesamten Volkes⁷⁵. Erst recht weisen manche

⁷² a. a. O., VI Kap. 4 — St. 1318b36—9a4 / v. K. VII Kap. 4 — S. 212.

⁷³ do. — 1318b21—9a4 / v. K. S. 211 f.

⁷⁴ Ethik, V Kap. 4—7, 9 f.; Politik, III Kap. 6 (am Ende), 9, 12 f., VII Kap. 8 f. (v. K. IV Kap. 8 f.). Dazu Nef, Gerechtigkeit, S. 89—91 und dort zit. Lit. Zur Anerkennung einer staatsfremden Sphäre des Individuums ist es hingegen, wie Swoboda [a. a. O., S. 13 f.] betont, in der *griechischen Theorie* nicht gekommen; der Nomos als ideale Grundlage des Gemeinwesens wird geschützt.

⁷⁵ Ohne Tugend gehen die Demokratie und auch die Aristokratie zugrunde, deshalb macht schon deren Erhaltung jene notwendig: es ist also nicht genau der gleiche Gedanke wie bei Aristoteles. S. Montesquieu, Lois, III Kap. 3 f., 11, XI Kap. 1—6, 9, 12—19, XII passim. Vgl. Menzel [Soziologie, S. 153 f.], der aber mehr die Unterschiede betont. Swoboda [a. a. O., S. 31] verwirft im Anschluß an Hildenbrand und Zeller allzusehr den Zusammenhang der beiden Lehren. Aristoteles glaubt zwar, wohl im Gegensatz zu *einzelnen Sophisten*, daß der Mensch dem Staat gehöre [Politik, insb. VIII Kap. 1 — 1337a25—32 / v. K. V Kap. 1 — S. 150], aber es zeigt sich bei ihm doch hie und da etwas von einer den damaligen griechischen Theoretikern und Politikern ziemlich fremden Furcht vor der *Staatsmacht an sich*, so daß er manchmal der Auffassung recht nahe kommt, gemäß welcher es unantastbare heilige Rechte gibt: so Barker, a. a. O., S. 7, 26 f.; vgl. unten (VI) b. Anm. 121, 123, aber oben Anm. 74.

Gedanken des Aristoteles auf das System der „*Gewichte und Gegengewichte*“ hin, von dem in diesem Zusammenhang die *angelsächsischen Staatstheoretiker* sprechen.

V. Verfassungsstaat und Verhinderung unterdrückerischer Herrschaft

Die Lehre des Aristoteles vom Verfassungsstaat enthält also ein ganzes System zur *Vermeidung* staatlicher Unterdrückung. Wie aber soll nun verhindert werden, daß es entgegen einer guten Verfassung zu unterdrückerischer Herrschaft kommt? Soll man auch noch gegen eine solche *ankämpfen*, wenn sie sich trotzdem einmal durchgesetzt hat, und wie soll man das gegebenenfalls tun?

Als das weitaus Wichtigere erscheint Aristoteles die *Erhaltung* der bestehenden guten Verfassung. Zu diesem Zweck hat man nun „in den Verfassungen von richtiger Mischung ... überhaupt nur darauf achtzugeben, daß nichts gegen die Gesetze geschehe, aber besonders muß man die kleinen Anfänge sorgsam beachten, denn die unmerklich eindringenden Überschreitungen bleiben leicht verborgen, ... weil sie einzelt eintreten“. Es ist aber ein Trugschluß, zu meinen, wenn vieles zusammenkomme, das einzeln genommen klein sei, sei das Ganze auch klein. „Auch kleine Dinge ... können zu Umwälzungen führen, und sobald man auch nur etwas von der Verfassung fallen läßt, so wird allmählich auch Größeres leichter erschüttert, bis endlich die ganze gute Ordnung aufgelöst ist“; besonders stark wirkt sich bei den *Magistraten*, von deren Mäßigung Wohl und Wehe der Staaten am meisten abhängt, schon der kleinste Fehler aus. „Man muß deshalb eine besondere Aufmerksamkeit auf diese Anfänge richten; und dann darf man auch nicht den Sophistereien trauen, die für die *Menge* herbeigeholt werden ...“, das heißt für Aristoteles⁷⁶ wohl wie für Plato⁷⁷, man solle nicht versuchen, eine Freiheit im Sinne reinen Beliebens dem Volk als Ganzem und den Einzelnen zukommen zu lassen.⁷⁸

Wichtig für die Erhaltung der Verfassung und die Vermeidung von Aufständen ist es natürlich, daß die *Verfassung selbst* in einem Zustand erhalten werde, in dem sie möglichst viele befriedigt. So muß sich „in der gemischten Verfassung ... deren Inhalt so verhalten, als wenn sie sowohl eine Oligarchie wie eine Demokratie und auch wieder keine von beiden wäre“; und sie muß sich „nicht von außen her erhalten, sondern durch sich selbst, und dies nicht dadurch, daß die Mehrzahl außerhalb der Staatsordnung lebt, indem sie ihr ‚gute Gesundheit!‘ wünscht ... sondern dadurch, daß überhaupt keine Klasse des Staates eine andere Verfassung auch nur verlangt.“ Auf alle Fälle muß die Verfassung den

⁷⁶ Vgl. Politik, I Kap. 3 — 1250b20—22 sowie oben b. Anm. 71.

⁷⁷ Vgl. oben Kap. 6 (If.) b. Anm. 2—7, 9, 11.

⁷⁸ Politik, V Kap. 3f., 7f., VI Kap. 5 — 1302b6—3b20 insb. 3b17—20, 1307b2—6, 1307b31—8a1, 1319b33—37 / v. K. VII Kap. 5, VIII Kap. 3f., 7f. — S. 215, 228—231 insb. 31, 242f.

Mittelstand einbeziehen und ihn fördern; nur so kann sie sich von Aufständen freihalten. Wo aber die Verfassung selber schwach oder fehlerhaft ist, da macht es das Regime oft zugleich erhaltenswerter und haltbarer, wenn mindestens die Regierenden den Mangel ausgleichen, indem sie „sich sowohl gegen die innerhalb, wie gegen die außerhalb der Regierung Stehenden gut verhalten“.⁷⁹

Das heißt nun freilich nicht, daß die Regierenden allerseits nachgiebig sein sollten, denn die größte Gefahr für die Verfassungen kommt davon her, daß entweder die angesehensten und mächtigsten Bürger (in der Demokratie Volksführer, in der Oligarchie Angehörige der mächtigsten Geschlechter) oder die lange in ihrem Amt verbleibenden obersten Magistrate nach der Tyrannis streben. Allen diesen Verderbern der Verfassung gegenüber müssen nun alle (bzw. die übrigen) Magistrate unerschütterlich *fest* bleiben; damit diese die Verfassung besser schützen können, müssen die Bewaffneten aus allen Bürgern nach dem Alter und dem Maß ihrer Beteiligung am Staat genommen werden; dann können diejenigen von ihnen, die an der Verfassung festhalten wollen, sie verteidigen, solange sie die *Stärkeren* sind.⁸⁰

Aber auch den Anhängern der guten Verfassung gegenüber ist es gut, wenn die Regierung manchmal ihre abschreckende Seite zeigt. Denn erstens bleiben die Bürger gegenüber der Möglichkeit der Vernichtung der Verfassung wachsamer, wenn sie die Gefahr hie und da aus der Nähe spüren, und zweitens sollen Eifersüchteleien und Aufstände der Vornehmen schon, bevor sie zu Unheil führen, auf gesetzlichem Wege bekämpft und dabei ein Eingreifen Dritter zunächst verhindert werden, „denn es ist nicht Jedermanns, sondern nur eines Staatsmannes Sache, das Übel schon in seinem Entstehen zu erkennen“⁸¹.

Erscheint uns ein solches Darniederhalten der wachsamen Anhänger der Verfassung als ziemlich fragwürdiges Unterfangen, so können wir Aristoteles wieder eher zustimmen, wenn er schließlich die der Verfassung entsprechende *Erziehung* als das wichtigste und „trotzdem jetzt überall vernachlässigte“ Mittel zu ihrer Erhaltung bezeichnet⁸².

⁷⁹ Politik IV Kap. 9, 11f., V Kap. 8, VI Kap. 5 — 1294b36—39, 1295b38—6a9, 1296b34—7a8, 1307b31—8a22, 1319b33—20a18 / v. K. VI Kap. 9, 11f., VII Kap. 5, VIII Kap. 8 — S. 186, 189, 192, 215—217, 243f. Über den Charakter und die Fähigkeiten, welche die Regierenden haben müssen, vgl. do., V Kap. 9 / v. K. VIII Kap. 9; dazu z. B. Althusius, *Politica*, Kap. 18 Abschn. 47 (S. 143).

⁸⁰ Politik, IV Kap. 12, V Kap. 8, VII Kap. 8f. — 1296b16f., 1308a22—25, 1328b7—10, 1329a2—18 / v. K. Kap. 8f. VI Kap. 12, VIII Kap. 8 — S. 125 bis 127, 191, 244.

⁸¹ Politik, V Kap. 8 — 1308a26—36 / v. K. VIII Kap. 8 — S. 244. Vgl. eine etwas andere Übersetzung und Auslegung des Anfangs dieser Stelle bei Verdroß, *Grundlinien*, S. 153.

⁸² do., V Kap. 9 — 1310a12—37 / v. K. VIII Kap. 9 — S. 249f.; do., VIII passim / v. K. V passim. Vgl. Verdroß, a. a. O., S. 131, 152f.; Arnim, *Theorien*, S. 88f.

Sehen sich die Regierenden nicht auf solche Weise vor, so kommt es über kurz oder lang, sei es durch Betrug, sei es durch Gewalt, zu einer *Staatsumwälzung*. Dabei wird die *Gewalt* entweder gleich zu *Beginn* angewendet oder die neuen Herren gebrauchen sie, wenn sie die Regierung durch *Betrug* *erlangt* haben und nicht mehr auf solche Weise *weiterführen* können.⁸³

Auf die Frage nun, was hier seitens der unterlegenen Verfassungspartei noch zu machen sei, geht Aristoteles leider nicht im Zusammenhang ein. Einesteils stellt er in der „*Ethik*“ fest, daß es Fälle gibt, wo man um des Besseren und Edleren willen „selbst dem *Zwang widerstehen* und auch das Schrecklichste auf sich nehmen muß“⁸⁴. So dürfte wohl auch nach Aristoteles der *leidende Ungehorsam*, ja sogar *aktiver Widerstand* für den Einzelnen der Willkür der Regierenden gegenüber u. U. geboten sein.

Ferner stellt der Stagirite, wenn unsere Textinterpretation zutrifft, in der „*Politik*“ fest, es sei zwar eine Seite der Anwendung guter Gesetze, daß man den positiven Gesetzen gehorche, hingegen bestehe die andere darin, daß die Gesetze, deren Bewahrung und Aufrechterhaltung man auf sich nehme, (inhaltlich) gut *abgefaßt* seien; nichts sei nämlich dagegen einzuwenden, daß man sogar Gesetzen gehorche, die auf fehlerhafte Weise *zustandegekommen* seien; so könne aber auch jenes (daß man sich an gut abgefaßte Gesetze halte) auf zweierlei Weise vor sich gehen: indem man nämlich entweder den besten Gesetzen gehorche, die im Rahmen der betreffenden Verfassung möglich seien, oder aber den besten schlechthin⁸⁵. Diese Ermahnung zu evolutionärem oder sogar revolutionärem Vorgehen richtet sich aber wohl freilich mehr an die *Regierenden* in der extremen Oligarchie und gilt auch für diejenigen in einer Demokratie; sie soll wohl andeuten, wie sie von da zu einer gemischten Verfassung gelangen könnten.

Aber auch die andern sollten entsprechend handeln. Deshalb beklagt es Aristoteles, daß es „jetzt ... in den Staaten schon zur Gewohnheit bei den Bürgern geworden [ist], daß sie nicht nach der *Gleichheit* verlangen, sondern entweder die *Herrschaft* für sich zu gewinnen suchen, oder, wenn sie überwunden worden sind, es dann *geduldig ertragen*“⁸⁶. Daß der Stagirite hier den *Widerstand* der Betroffenen lieber sähe, ist offensichtlich; dadurch sollten die Regierenden dazu gebracht werden, auf die vorhin erwähnte Weise eine evolutionäre oder revolutionäre (bzw. restaurative) Ergänzung zu diesem Widerstand durchzuführen, indem sie die „gemischte Verfassung“ (wieder) einführen.

Diese freilich von Aristoteles nur angedeutete, positive Stellungnahme zum Widerstandsgedanken steht nun in einem gewissen Zusammenhang mit seiner Vorstellung der Aufspaltung der Gesellschaft

⁸³ Aristoteles, Politik, V Kap. 4 — 1304b7—18 / v. K. VIII Kap. 4 — S. 233 f.

⁸⁴ Ethik, III Kap. 1 — 1110a27 f. / v. K. S. 42.

⁸⁵ Politik, IV Kap. 8 — 1294a5—8. Anders v. K. VI Kap. 8 — S. 183.

⁸⁶ Politik, IV Kap. 11 — 1296a40—b2 / v. K. VI Kap. 11 — S. 190.

in Reiche und Arme. Die letzteren sollen gegen die Anmaßungen der ersteren und diese gegen die Vermögensaufteilungen jener Widerstand leisten, wobei der Mittelstand jeweilen dem unterdrückten Teil helfen und einen Kompromiß herbeiführen soll⁸⁷.

Es scheint, daß Aristoteles auch einen *gewaltsamen* Widerstand nicht verurteilen möchte, wenn er zur (Wieder-)Herstellung besserer Gesetze führt. Jedenfalls stellt er fest, daß die Bürger zur Erhaltung der Herrschaft und der Gesetze Waffen brauchen und daß „diejenigen, welche Herren der Waffen sind, ... auch Herren über den Bestand oder die Abänderung der Verfassung sind“. Die Macht, die damals die Waffe dem *Einzelnen* verlieh, ist heute angesichts der modernen Kriegsmittel kaum mehr vorstellbar; daß er eine solche Macht gebrauchte, wenn er damit Erfolg haben konnte, erschien ihm in *Griechenland* wohl als selbstverständlich. Wenn ein Staatslehrer hier anderer Ansicht war, so mußte er es schon, wie Plato, ausdrücklich feststellen; der *Stagirite* erklärt aber im Gegenteil, daß, „soweit es unmöglich ist, daß diejenigen, welche *Gewalt zu brauchen* und andere zu *hemmen* vermögen, immer bloß Gehorchende bleiben wollen“, insoweit diesen auch ein Recht mitzuberaten und in Rechtssachen mitzuentcheiden, einzuräumen sei.⁸⁸

Diese unsere Auffassung von der Einstellung des Aristoteles zum Widerstandsproblem wird noch dadurch bestätigt, daß in seiner Geschichte vom „*Staatswesen der Athener*“ seine Sympathien deutlich fühlbar auf der Seite derjenigen, die den „dreißig Tyrannen“ Widerstand leisteten, sowie der gemäßigten Restauratoren der Demokratie stehen, die dank jenes Vorgehens zunächst die Oberhand erhielten⁸⁹.

Indem nun Aristoteles in der „*Politik*“ vom *Untergang* der schlechten Verfassungen spricht, untersucht er denn auch ganz sachlich die oft sehr gewaltsamen Vorgänge, die zum Sturz der Unterdrücker führen; zwar gibt er als Motiv der *Aufstände* regelmäßig eine *Leidenschaft* derjenigen an, die vom Tyrannen oder den Gewalthabern ungerecht behandelt wurden, aber er betont doch immer wieder, und zwar ganz besonders stark bei der Tyrannis, mit Befriedigung, daß eine schlechte Herrschaft über kurz oder lang zugrunde gehen müsse, wenn sie sich nicht in eine gute verwandle⁹⁰.

⁸⁷ do., IV Kap. 11f. / v. K. VI Kap. 11f. Vgl. oben (IV) b. Anm. 58.

⁸⁸ Politik, VII Kap. 8f. — 1328b7—9, 1329a9—13 / v. K. IV Kap. 8f. — S. 125—127. Über die *aristotelische* Auffassung vom Zusammenhang zwischen Bewaffnung und Staatsform vgl. Menzel, Soziologie, S. 159—161. Aristoteles betrachtet es [a. a. O., II Kap. 5 — 1264b9f. / v. K. S. 39 (andere Übers.)] als selbstverständlich, daß „sogar *Leute* ohne *Selbstgefühl*, erst recht aber *Männer* von *Mut* und kriegerischem Geist aufständisch werden“, wenn sie auf immer von den Staatsgeschäften ausgeschlossen bleiben; dazu Knauss, Hellas, S. 264.

⁸⁹ Vgl. oben Kap. 4 (VIII) b. Anm. 80.

⁹⁰ Politik, V Kap. 2—7, 10, 12 / v. K. VIII Kap. 2—7, 10, 12. Vgl. unten Anm. 107.

Im allgemeinen geschehen die Aufstände freilich, weil *beide* Teile die Gleichheit einseitig auffassen. Sowohl die Oligarchie wie die Demokratie „besitzen das Gerechte in etwas, aber schlechthin haben sie es nicht, und deshalb erheben die Bürger Aufruhr, weil sie nicht so an der Regierung Teil haben, wie sie das Gleiche auffassen“ (sie folgen einer andern „Regel des Rechts“⁹¹). „Mit Recht“ aber könnten dies „von allen ... am meisten ... die tun, welche in der Tugend hervorragen ...; denn bei diesen allein kann man am ehesten sagen, daß sie die Ungleichen schlechthin seien“, ... „aber diese tun es am wenigsten!“⁹² Hier denkt aber Aristoteles an einen Aufstand zur Begründung einer *Sonderstellung* der Tugendhaften, z. B. einer echten Aristokratie, und nicht an *Widerstand* im Verein mit einer ganzen Bevölkerungsschicht, die ebenfalls allzu ungleich behandelt wird. Das erhellt auch aus seiner Feststellung, daß ein richtiger Aufstand nur gewagt werde, wenn man nicht in offenkundiger Weise dem Gegner unterlegen sei, und „*deshalb* die, welche in Tugend hervorragen, wohl niemals einen Aufstand [begannen], da es nur ihrer Wenige gegen Viele [seien]“⁹³. Hat hingegen ein Tugendhafter die Möglichkeit, durch seine Beteiligung an gewaltsamem Widerstand, die Milderung unterdrückerischer Herrschaft zu begünstigen, so sollte er dies doch wohl gerade nach Aristoteles tun, denn nach ihm soll man ja, wenn man wirklich die Möglichkeit hat, die Tugend dadurch besser zur Geltung zu bringen, ins politische Leben eingreifen, wobei freilich das Ziel ein beschauliches Leben sein soll⁹⁴.

So kann man also zusammenfassend feststellen, daß Aristoteles die Begründung einer Art *positiven Widerstandsrechts*, die er für gewisse Formen der Monarchie empfohlen hat⁹⁵, im Verfassungsstaat nicht in Betracht zieht. Hingegen könnte seine Feststellung, daß „diejenigen, welche Gewalt zu brauchen und andere zu hemmen vermögen“, an der Staatsgewalt beteiligt werden müßten, „soweit es unmöglich ist, daß sie nicht immer bloß Gehorchende bleiben wollen“⁹⁶, darauf hinweisen, daß er hier einen allfälligen Widerstand als Selbstverständlichkeit voraussetzt, ja vielleicht sogar als *naturrechtlich*⁹⁷ begründbar ansehen würde; die letztere Auffassung könnte sich auch noch darauf stützen, daß Aristoteles die vollkommen der *Natur* zuwiderlaufende *Beherrschung* von Nachbarvölkern einerseits der *Tyrannis* gleichsetzt und andererseits als *an sich ungesetzlich* bezeichnet⁹⁸; einen ähnlichen Sinn hat es, wenn Aristoteles sagt, wer „die Ungleichheit durch Gesetze beseitigen“ wolle,

⁹¹ Vgl. oben Einl. V'B. Vgl. über die soziologische Bedeutung dieser Feststellung: Menzel, Soziologie, S. 190 f., 194.

⁹² Politik, V Kap. 1 — 1301a36—b2 / v. K. VIII Kap. 1 — S. 224 f.

⁹³ do., V Kap. 4 — 1304a34—b6 / v. K. VIII Kap. 4 — S. 233.

⁹⁴ do., VII Kap. 3 / v. K. IV Kap. 3.

⁹⁵ Vgl. oben (Abschn. III) b. Anm. 52.

⁹⁶ Vgl. oben b. Anm. 88.

⁹⁷ Vgl. dazu Ethik, V Kap. 10 — 1134b14—5a10 / v. K. S. 107 f.

⁹⁸ Vgl. oben (II) b. Anm. 26.

der beseitige „die Verfassung selbst“⁹⁹; dieselbe Feststellung müßte nach ihm doch wohl noch viel mehr für die Tyrannis gelten¹⁰⁰; es scheint also, daß Aristoteles, die tyrannische Gewalt nicht nur moralisch verurteilt, sondern auch als eigentlich nicht rechtsgültig betrachtet¹⁰¹; bei einem unterdrückten „fremden“ Volk dürfte das automatisch die Geltung eines andern eigenen Rechts zur Folge haben, aus dem sich ein Widerstand ableiten ließe¹⁰²; ob aber Aristoteles so etwas andeuten wollte und es gar „innerstaatlicher“ Tyrannis gegenüber auch hätte gelten lassen? Dies alles ist jedenfalls ebenso unsicher wie seine Auffassung dessen, was im Falle der Unterdrückung das tugendhafteste Verhalten des Bürgers ist, wenn nicht von vornherein bewaffneter Widerstand vorgesehen worden ist; es kann bloß auf Grund des Gesamteindrucks angenommen werden, daß der Stagirite in *ethischer* Hinsicht den Widerstand für die bessere Ordnung z. T. bejaht, und zwar selbst den *aktiven, bewaffneten* Widerstand, wenn mit einem Erfolg gerechnet werden kann, was aber für die Tugendhaftesten *allein* jedenfalls kaum möglich sein dürfte (aber vielleicht z. B. dann, wenn es diesen gelingt, das Vertrauen zwischen den *Gegnern* der *tyrannischen* Gewalt herzustellen, so daß dieser allmählich die Macht entgleitet¹⁰³). Die Widerstandsfrage war freilich kein zentrales Anliegen des Aristoteles; das Hauptgewicht legte er denn auch auf das, was die Herrschenden tun sollen, damit die *bestehende Ordnung* auf eine *gute* Art und Weise *stabil* bleibe und sich gleichzeitig verbessere; auch allfälliger Widerstand soll im Verfassungsstaat stets zur raschen Wiederherstellung *gesetzlicher Einheit*¹⁰⁴ führen.

Leider befaßte sich Aristoteles nicht mit dem *föderativen Repräsentativstaat*, wie er doch gerade zu seiner Zeit ein (freilich in der Praxis

⁹⁹ Politik, V Kap. 9 — 1310a2f. / v. K. VIII Kap. 9 — S. 249.

¹⁰⁰ Vgl. z. B. do., V Kap. 10 / v. K. VIII Kap. 10 (am Anfang).

¹⁰¹ Anders Menzel, Soziologie, S. 141.

¹⁰² Vgl. dazu auch Politik, V Kap. 3 — 1303a26—b3 insb. a 31—33 / v. K. VIII Kap. 3 — S. 230.

¹⁰³ In diesem Sinne könnte wohl die Auffassung Arnims [Theorien, S. 139] zu verstehen sein, Aristoteles sei der Auffassung, dem *Tyrannen* müßten „seine Machtbefugnisse nicht auf einmal, sondern Stück um Stück entzogen werden“.

¹⁰⁴ Über die Betonung der Notwendigkeit einer stabilen Ordnung durch A. vgl. z. B. Verdross, Grundlinien, S. 130. Die Verderblichkeit der Revolution, soweit es sich nicht um Restauration oder um die Berücksichtigung einer durch die natürliche Entwicklung herbeigeführte Veränderung des Kreises der „*einander Gleichen*“ [vgl. oben (III) b. Anm. 53] handelt, setzt Aristoteles einfach als Selbstverständlichkeit voraus [a. a. O., V Kap. 8f. / v. K. VIII Kap. 8f.]. Über die Pflicht, die Staatseinheit zu fördern, s. z. B. u. a. do., VIII Kap. 1 — 1337a26 / v. K. V Kap. 1 — S. 150; vgl. dazu Swoboda, a. a. O., S. 12f. Mit der Betonung der Staatseinheit weist Aristoteles implicite, wie die uns bekannte *griechische* Staatslehre überhaupt, bereits auf den späteren Begriff der *Souveränität* und sogar dessen moderne Ausprägung hin: vgl. Menzel, Soziologie, S. 139—141.

noch nicht ernsthaft angestrebtes) politisches Ziel zu werden begann und anscheinend bereits früher einmal in Boiotien verwirklicht gewesen war; hier, wo Staatsrecht und Völkerrecht sich ineinanderschachteln, wäre wohl die Widerstandsproblematik deutlicher sichtbar geworden; aber gerade wegen ihres lockeren Aufbaus erschienen eben solche Gebilde damals gar nicht als „Poleis“¹⁰⁵. Bedauerlicherweise blieben aber zudem die Institutionen des noch ziemlich unbedeutenden *Rom* und damit auch das *Volkstribunat*, das die vom Stagiriten gewünschte Verbindung einer Sonderstellung der Vornehmen mit dem Schutz des Demos auf die originellste Art und Weise und ganz im Sinn des Widerstandsrechts löste, wie dem Plato, so auch dem Aristoteles offenbar völlig unbekannt. Weniger als jener würdigte übrigens der letztere auch das *spartanische Ephorat* als eine aus dem Widerstand hervorgegangene und zum Widerstand geschaffene Institution; ihm erschien es nämlich einerseits als an sich vorteilhaftes Mittel zur *Beteiligung* der Allgemeinheit an den Staatsangelegenheiten, dem aber leider ein verderblicher tyrannischer Zug anhafte, und anderseits immerhin, wie auch die *molottische* Institution des *Prostatas*, als eine *Schranke* des königlichen Beliebens, welche die Könige daran hindere, herrschsüchtig zu werden, was er zwar hier scheinbar nur darum lobend hervorhob, weil es die Herrschaft dauerhafter mache, aber bestimmt an sich schon als gut betrachtete¹⁰⁶. Merkwürdigerweise gingen *beide* großen griechischen Staatstheoretiker auf die Frage des *Tyrannenmordes*¹⁰⁷, die doch damals bis in die *Gesetze Athens* hinein eine große Rolle spielte, nicht ein. Wohl aber befaßte sich auch der Stagirite mit dem *Wesen* der Tyrannis.

VI. Der Tyrannenbegriff des Aristoteles

Bei Aristoteles finden sich, wie wir gesehen haben, viele fruchtbare Ansätze zu einer Widerstandstheorie; aber im Zusammenhang hat er sie nicht behandelt; im Gegensatz hiezu steht seine viel geschlossenere Lehre von der *Tyrannis*. Als Verkörperung des Gegensatzes zur Regierung im guten Staat, zu der nur im Ausnahmefall möglichen *idealen Monarchie* einerseits, zu der auf die reale Wirklichkeit zugeschnittenen *gemischten Verfassung* anderseits, erscheint bei Aristoteles

¹⁰⁵ Vgl. Barker, Plato, S. 35f; Arnim, Theorien, S. 5f. Vielleicht bezieht sich immerhin eine Bemerkung des Aristoteles über die *Arkader* auf eine bundesstaatliche Gliederung derselben [Politik, II Kap. 2 — 1261a28—30 / v. K. S. 29 (m. Anm. 33 — Erl. S. 17f.: andere Deutung)].

¹⁰⁶ Politik, II Kap. 9, IV Kap. 9 — 1270b7—1a26, 1294b19—35, 1313a18—33 / v. K. II Kap. 9, VI Kap. 9. VIII Kap. 11 — S. 56—58, 185f., 257f. Vgl. oben Kap. 2 (II) b. Anm. 22. Über das römische Volkstribunat vgl. unten Kap. 9'II B passim; über den molottischen Prostatas vgl. unten Kap. 8 (IV) b. Anm. 47.

¹⁰⁷ U. a. damit, daß Aristoteles den Tyrannenmord (noch deutlicher als Plato) einfach als tatsächlichen Vorgang würdigt, ist im Mittelalter dann verschiedentlich das Recht zur Ermordung von *Tyrannen* gestützt worden: vgl. Schmidt, Tyrannenmord, S. 11—19.

teles der *Tyrann*. Dieser wird bei ihm zunächst, ähnlich wie bei Plato und weitgehend im Anschluß an dessen Lehre¹⁰⁸, als der Monarch geschildert, der die Herrschaft nicht im Sinne des Gemeinwohls, sondern in einer nur selbstsüchtigen Zwecken dienenden und dem Interesse der Beherrschten zuwiderlaufenden Weise ausübt.¹⁰⁹

Nach Aristoteles ist im Gegensatz zur *Ehre*, die das Prinzip der Monarchie bildet, die *Lust* das Ziel solcher *eigentlicher, konsequenter Tyrannis*¹¹⁰. Zu dieser Herrschaftsweise gehört es schon per definitionem, daß sich der Tyrann gegenüber den Bürgern eine *Leibwache* aus fremden Söldnern hält¹¹¹, deren große Ansprüche nebst der eigenen Habsucht die Anhäufung von Reichtum zum eigentlichen Ziel seiner Politik werden lassen¹¹², daß er der Menge *mißtraut*, weshalb er ihr auch *die Waffen wegnehmen läßt*¹¹³, daß er die ärmsten Schichten *mißhandelt*, ja u. U. aus der Stadt vertreibt oder in Kolonien absendet¹¹⁴, daß er die hervorragenden Untertanen auf verschiedenste Weise beseitigt¹¹⁵, daß er überhaupt mit *Trug* und *Gewalt* herrscht¹¹⁶.

Näher beschreibt der Stagirite diese Herrschaftsweise dort, wo er untersucht, wie sie am Leben erhalten werden könne, und folgendes als das zu diesem Zweck übliche Vorgehen beschreibt: *Schwächung* der hervorragenden Untertanen; *Beseitigung* der Männer von Charakter; *Verbot* von Tischgenossenschaften und Hetärien, sowie des freien Unterrichts; *Überwachung* von all dem, aus dem sich Verstand und Treue zu bilden pflegt; *Verbot* von Vorträgen, anderer wissenschaftlicher Unterhaltungen und aller Gelegenheiten, wo die Untertanen miteinander *Bekanntschaft* schließen und *Vertrauen* zueinander fassen können; *Gebot*, möglichst nichts hinter geschlossenen Türen zu tun; *Bestellung* von Spionen, damit nichts verborgen bleibe, was die Untertanen sprechen und tun; *Anstiftung* der Leute zu gegenseitiger *Verleumdung* und *Feindschaft* zwischen den Einzelnen, vorab wenn diese befreundet oder reich sind, sowie zwischen den Klassen; *Ausplünderung* der Untertanen, um sich einerseits eine *dienstbereite Leibwache* zu erhalten und anderseits jenen die *Zeit für Nachstellungen* zu nehmen;

¹⁰⁸ Endt, Tyrann, passim.

¹⁰⁹ Politik, III Kap. 6f., IV Kap. 2, 10, V Kap. 10 u. a. — 1279a17—22, b4—10, 1289a24—b3, 1295a17—24, 1311a3—23, 1313a8—10 u. a. / v. K. III Kap. 6f., VI Kap. 2, 10, VIII Kap. 10 u. a. — S. 81f., 169f., 187, 251f., 257. Vgl. Andelfinger, Tyrannenbegriff, S. 5; Heintzeler, Tyrann, S. 93. S. auch Swoboda, Staatsaltertümer, S. 77.

¹¹⁰ Politik, V Kap. 10 — 1311a4f. / v. K. VIII Kap. 10 — S. 251.

¹¹¹ Politik, III Kap. 14, V Kap. 10 — 1285a24—29, 1311a9f., 13 / v. K. III Kap. 14, VIII Kap. 10 — S. 99, 252.

¹¹² do., V Kap. 10 — 1311a8f., 12f. / v. K. VIII Kap. 10 — S. 252.

¹¹³ do. — 1311a14 / v. K. do.

¹¹⁴ do. — 1311a14—16 / v. K. do.

¹¹⁵ do., III Kap. 13, V Kap. 10 — 1284a26—37, 1311a16—23 / v. K. S. 96f., 252.

¹¹⁶ do., V Kap. 10 — 1313a9f. / v. K. S. 257.

ferner *Anfangen* von *Kriegen*, um den Untertanen ihre *Muße* zu *nehmen* und sich selbst als *Anführer notwendig* zu *machen*; *Mißtrauen* gegen die eigenen Freunde, aus Furcht, von ihnen beseitigt zu werden; *Förderung* der Freiheit der Weiber und der Sklaven, damit sie, die ihm nicht schaden werden, das, was die Männer vorhaben, *ausplaudern*; *Begünstigung* der Schmeichler und der Schlechten; *Haß* gegen die Ehrwürdigen und Freimütigen; *Bevorzugung* der Fremden vor den Bürgern im Umgang.¹¹⁷

Aristoteles hat hier also offensichtlich die Darstellung des Plato¹¹⁸ vor sich gehabt und weiter ausgebaut. Wie dieser, stellt er übrigens fest, daß der *Tyrann* meist als *extremer „Demokrat“* an der Spitze der Armen zur Macht gelangt; hingegen erwähnt der Stagirite die Forderung nach Landaufteilungen nicht als typisch für den Tyrannen, vielleicht deshalb, weil sie ihm als u. U. segensreich erscheinen mochte; ebenso zeigt er im Gegensatz zu Plato, daß die Tyrannis auch vielfach aus oligarchischen Tendenzen hervorgehe¹¹⁹. Oft sind diese auch indirekt für das Entstehen einer Tyrannis verantwortlich: jedenfalls geht „die Verfassung mehr durch die Habsucht der Reichen, als durch die der Armen zugrunde“¹²⁰.

Wichtiger als alles das ist nun aber, daß Aristoteles der Schilderung der typischen Tyrannenhandlungen das Verbot von *Tischgenossenschaften* und *Hetärien*, sowie des freien *Unterrichts* und die Überwachung alles dessen, aus dem sich *Verstand* und *Treue* zu bilden pflegt, hinzufügt¹²¹, während Plato in diesem Punkt im Gegenteil dem Staat das Recht zu Eingriffen aller Art gesetzlich sichern wollte! Mit der Aufnahme jenes Vorgehens unter die typischen Untaten eines Tyrannen hat hingegen Aristoteles nichts Geringeres als die Respektierung weitestgehender *Freiheiten* auf dem Gebiete der *Vereinsbildung*, der *Forschung* und des *Unterrichts* zu einer Pflicht des nicht-tyrannischen Staates erklärt. Auf dem Gebiet der *Erziehung*, der *Eheschließung* und der *Kindererzeugung* ist freilich auch der Stagirite für staatliche Kontrolle¹²².

Das typische Vorgehen des Tyrannen reduziert nun Aristoteles schließlich auf *drei Grundmotive*. Erstens strebt er „nach einer *kleinmütigen Gesinnung* bei seinen Untertanen, weil ein Kleinmütiger ihm nicht wohl *nachstellen* wird“; zweitens versucht er zu erreichen, „daß niemand dem andern traut, denn die Tyrannis kann nicht eher gestürzt

¹¹⁷ do., V Kap. 11 — 1313a33—4a14. Vgl. dazu auch unten Anhang und Althusius, *Politica*, Kap. 38 Abschn. 13, 20, 23f. (S. 379—381).

¹¹⁸ Vgl. oben Kap. 6 (II) b. Anm. 19. S. zu der Benützung dieser und anderer Quellen durch Aristoteles: Endt, *Tyrann*, passim.

¹¹⁹ *Politik*, V Kap. 10 — 1310a37—b32 / v. K. VIII Kap. 10 — S. 250f.

¹²⁰ *Politik*, IV Kap. 12 — 1297a12f. / v. K. VI Kap. 12 — S. 192.

¹²¹ do., V Kap. 11 — 1313a40—b3 / v. K. VIII Kap. 11 — S. 258. Vgl. oben (IV) Anm. 75.

¹²² do., VII Kap. 16, VIII Kap. 1 / v. K. IV Kap. 16, V Kap. 1. Verdroß, *Grundlinien*, S. 131f., 151.

werden, als bis einige einander vertrauen“, weshalb „die Tyrannen ... auch die rechtlichen Leute [verfolgen], weil sie ihrer Herrschaft Schaden bringen, nicht bloß, indem sie solche herrische Regierung *nicht haben* mögen, sondern auch, indem sie unter sich und andern als *zuverlässig* gelten und weder sich noch andere anklagen mögen“; drittens schließlich erstrebt der Tyrann „die Unfähigkeit seiner Untertanen zu Geschäften, denn niemand unternimmt etwas, das nicht möglich ist, und so wird auch die Tyrannis nicht *beseitigt*, wenn die Macht dazu nicht vorhanden ist“.¹²³

Nun sind zwar alle diese Unterdrückungsmaßnahmen für den Tyrannen *typisch*, gehören aber nicht notwendigerweise zur Tyrannis. *Begrifflich* ist diese vielmehr eine *unfreiwillige Monarchie*, d. h. eine mindestens teilweise *über den Gesetzen* stehende Herrschaft eines Einzelnen, die auch über die „Widerspenstigen“ ausgeübt und demgemäß nicht „freiwillig“ ertragen wird¹²⁴. Darunter fällt auf alle Fälle die oben beschriebene *schlechte* Herrschaftsweise, aber dazu auch noch eine relativ gute Art der Regierung eines Einzelnen, soweit diese prinzipiell auf ungesetzlichem *Zwang* beruht. Durch die Spannung zwischen den in ihm vereinigten Prinzipien, dem formalen einerseits, dem ethischen andererseits, hat so der Tyrannenbegriff des Aristoteles die spätere Unterscheidung zwischen der Tyrannis „titulo“ und „propter titulum“ einerseits und der Tyrannis „exercitio“ andererseits¹²⁵ wesentlich vorbereitet; die Merkmale zur Feststellung der letzteren hat der Stagirite zudem durch sein oben¹²⁶ wiedergegebenes Tyrannenbild vervollständigt und so die Aufstellung der „cautelae tyrannicae“¹²⁷ entscheidend gefördert. Schließlich hat seine Gleichsetzung der *Oligarchie* und der *extremen Demokratie* mit der Tyrannis¹²⁸ den Boden geebnet für die Ausweitung dieses Begriffes auf alle gegen das Gesetz oder gegen die grundlegende Moral verstoßenden Staatsakte durch Bartolus¹²⁹.

So hat Aristoteles wohl am meisten durch seine umfassende Definition und Beschreibung des Tyrannen zur Widerstandslehre beigetragen. Im übrigen ermöglichte nun, bei richtiger Kombination der

¹²³ Politik, V Kap. 11 — 1314a14—30 / v. K. VIII Kap. 11 — S. 260.

¹²⁴ do., — 1314a31ff. / v. K. S. 260ff. Mit der Unfreiwilligkeit ist aber nicht „ausschließlich der nicht rechtmäßige Erwerb der Herrschaft“ gemeint (anders Andelfinger, a. a. O., S. 5). Vgl. oben (III) b. Anm. 35—45, sowie die Übersicht bei Swoboda, a. a. O., S. 77f.

¹²⁵ Vgl. oben Einl. (IV D 2) b. Anm. 67—70.

¹²⁶ Vgl. oben b. Anm. 111ff., insb. 117.

¹²⁷ Vgl. oben Einl. (IV D 2) b. Anm. 71, unten Schlußbetr. (I) b. Anm. 14 und Anh. 'II.

¹²⁸ a. a. O., IV Kap. 4f., V Kap. 10f. — 1292a18—37, b5—11, 1310b2—5, 1312b36f., 1313b35—40 / v. K. VI Kap. 4f., VIII Kap. 10f. — S. 178f., 250, 256, 259. Vgl. u. a. Andelfinger, a. a. O.

¹²⁹ Vgl.: Ercole, Tyranno, S. 34f., 46f., 86f., 127f.; Andelfinger, Tyrannenbegriff, S. 61; u. a.; sowie oben Einl. (IV) bei Anm. 65—71.

aristotelischen Erkenntnis mit Platos erhabener Schau der Staatsidee, unter Berücksichtigung der vom Stagiriten abgelehnten, von der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen ausgehenden *sophistischen* Doktrinen vom Gesellschaftsvertrag und von der Naturwidrigkeit der Sklaverei¹³⁰, die von gewaltiger innerer Kraft getragene *griechische* Staatslehre eine umfassende Einsicht in die Struktur des Staates. Damit war aber wohl der Höhepunkt erreicht, den die Theorie damals erreichen konnte; insbesondere blieb deren Weiterentwicklung in freiheitlichem Sinn zunächst aus, während in der politischen Praxis von den Ideen der *Philosophen*, außer vielleicht durch *Demosthenes*¹³¹, höchstens die autoritär-etatistischen in die Tat umgesetzt wurden. Erst aus dem Kontakt mit Rom entstanden dank Polybios und Cicero wieder Werke, die einen entscheidenden Schritt weiterführten, während im Rahmen der *Stoa*¹³² Gesellschaftslehren heranreiften, die die gleichmäßige Zusammenfassung der abendländischen Menschheit in einer organischen Einheit und die Übernahme der auf der *israelitischen* weiterbauenden *christlichen* Staatsauffassung vorbereiten halfen.

Achstes Kapitel

Die letzten Versuche zum Widerstand und zur rechtlichen Sicherung der Freiheit bei den alten Griechen

I. Der Untergang des „klassischen“ altgriechischen Freiheitsgeistes

Hatte insbesondere Aristoteles in weitgehendem Ausmaß die „Denkform für die Synthese der Staatsgewalt und der Einzelsphäre“ erarbeitet, so hat dieser Synthese doch die praktische Politik nicht mehr „im Staat zum Leben verholfen“. Während jeder Wille zum Widerstand für das gute Alte erlahmt war, reichte die schöpferische Kraft auch nicht mehr aus zu einer *verfassungsmäßigen* Gestaltung gemäß den neu gewonnenen prinzipiellen Einsichten.¹

Der Versuch allzu direkter „Verwirklichung“ philosophischer Theorien führt übrigens schon an sich zunächst selten zu einem festen rechtlichen Schutz der Freiheit; zudem hatte ja Plato selber immer wieder nach der absoluten Herrschaft eines philosophisch geschulten „Besten“ gerufen. Dieser Forderung hatte schon zu seiner Zeit — wir

¹³⁰ Vgl. oben Kap. 5 (IV) b. Anm. 20.

¹³¹ Vgl. unten Kap. 8 (If.) b. Anm. 13 f., 27.

¹³² Dazu Verdroß, Grundlinien, S. 159—161. In der Stoa finden sich auch Gedanken, die von den *Sophisten* und Heraklit stammen (do., S. 31, 54), aber auch solche, die von Plato zum *Christentum* überleiten (do. S. 120, 160).

¹ Schmidt, Vorgeschichte, S. 103, vgl. auch 105 f.

folgen hier im wesentlichen Barker und Verdroß² — bis zu einem gewissen Grad die Regierungsweise des Thebeners Epameinondas entsprochen, der als ein Schüler des *Pythagoräers* Lysis die Zentralisation Boiotiens vollendete, das Land zu rascher Blüte führte, die Untertanen Spartas befreite und einen mittelgriechischen Bund begründete half, in welchem, wie im zweiten attischen Seebund, ein Syndrion mit festen Kompetenzen die Verbündeten vertrat, wobei er aber, obschon meist in verfassungsmäßigen Formen, durchaus selbstherrlich regierte und seine Landsleute aufopferte³; der *Pythagoräer* Archytas, der in Tarent ein autoritäres Regime führte, war gar ein Freund des Plato⁴, und auch dessen Anhänger und Freund Dion warf man vielleicht nicht zu Unrecht vor, er strebe nach einer Tyrannis⁵. Verschiedene Versuche zur Errichtung einer (anscheinend freilich gemäßigten) Tyrannis, vor allem auf dem Weg über eine finanzielle Vormachtstellung, gingen, wie Ure⁶ zeigt, jedenfalls von Männern aus, die unter dem Einfluß des großen Utopisten gestanden hatten: so lieb der *Platoschüler* Euaion der Stadt Lampsacus solange Geld, bis sie ihm gegenüber mit ihrem Schuldendienst in Rückstand geriet, wonach er ihre Akropolis als Pfand zu „verwerten“ und sich zum Tyrannen aufzuwerfen versuchte; aber die Bürger griffen zum *Widerstand*, und, nachdem sie ihm das Geld ausbezahlt hatten, warfen sie ihn zur Stadt hinaus; ähnlich erging es dem *Platoschüler* Timaios in Kyzikene⁷. Mehr Glück hatte der reiche Freigelassene Hermias, der jahrelang die Städte Assos und Atarneus als „*Tyrann*“ beherrschte; dabei wurde er u. a. von *zwei Platoschülern* assistiert, er selber hatte anscheinend gewisse Beziehungen zur Akademie, und Aristoteles hat seine *Nichte* zur Frau genommen; sein Gerechtigkeitssinn mag es auch gewesen sein, der Hermias gegen den persischen Oberherrn seinerseits zum *Widerstand* trieb; da dieses Unternehmen aber fehlschlug, mußte er es mit dem Tode bezahlen⁸.

Andererseits fiel noch um die Mitte des 4. Jhd. der gewalttätige Tyrann Klearch in Herakleia der Verschwörung *zweier in Platos Umgang gebildeter Jünglinge* zum Opfer⁹. Timoleon brachte gar den eigenen Bruder um, weil dieser seine Vaterstadt Korinth als Tyrann beherrschte; ja, es gelang ihm, eine Zeitlang alle Griechen Siziliens, die von ihrer Mutterstadt einen „Ordner“ erbeten hatten, von den Karthagern und zugleich von den einheimischen Tyrannen zu *befreien*, was, wie z. T. sogar jener *Brudermord*, bis in die Spätantike hinein die

² Vgl. die beiden folgenden Anm.

³ Barker, Plato, S. 50, 114f.; Verdroß, Grundlinien, S. 29. Vgl. Berve, Geschichte, II S. 103—112.

⁴ Barker, a. a. O.; Verdroß, a. a. O., S. 29, 73, 92f., 113.

⁵ Vgl. oben Kap. 6 (V) Anm. 107.

⁶ Vgl. die beiden folgenden Anm.

⁷ Ure, Tyranny, S. 281 und dort zit. Lit.

⁸ do., S. 280f. m. Anm. und dort zit. Lit.

⁹ Vgl. oben Kap. 6 (IV) b. Anm. 105.

Bewunderung der Nachwelt hervorrief; aber der Erfolg dieses restaurativ-revolutionären Abschlusses des sizilianischen Widerstandes überdauerte den Befreier nicht, obwohl dieser sein Werk durch die Einführung einer Art „gemischter Verfassungen“ zu untermauern versucht hatte¹⁰. Eine eigentlich *juristische* Begründung erhielt nun die freilich noch unfruchtbarere Tat jener *Bürger von Sikyon*, die vom Tyrannen Euphron aus ihrer Polis verbannt worden waren, und ihn dafür in Theben, als er in dieser *befreundeten* Stadt zu Besuch weilte, auf offenem Markt erschlugen: sie konnten geltend machen, Euphron sei seinerseits vor seiner Machtergreifung vom *rechtmäßigen* Staat aus Sikyon infolge des Vertrages, der zwischen dieser Stadt und Theben bestand, auch aus dessen Gebiet verbannt und damit für den Fall des Bannbruches *vogelfrei* erklärt worden, dieser Beschluß stehe aber noch in Kraft; sie hatten mit dieser widerstandsrechtlichen Argumentation in ihrem Gastland anscheinend auch Erfolg, aber in Sikyon selber wurde der Sohn Euphrons dessen *Nachfolger*¹¹.

Für sich allein nützten solche Bluttaten eben tatsächlich kaum etwas. Der *Freiheitsgeist* aber, der eine echte Regeneration hätte bewirken können, war schon seit langem, vor allem durch die *Unterdrückung* abhängiger Menschengruppen, nicht nur bei diesen, sondern gerade auch bei den führenden Kommunen in Auflösung begriffen; zudem war deren gegenseitiges *Einvernehmen* durch das Streben nach *Vorherrschaft* gestört¹².

Als nun der makedonische König Philipp, der seine Beteiligung am „Heiligen Krieg“ dazu benützt hatte, mit Trug und Gewalt einen Sitz im gesamtgriechischen Amphiktyonenrat zu erobern, jenen imperialistischen Tendenzen mit seinen Eroberungsplänen ein neues gemeinsames Ziel gewiesen hatte, hätten sich wohl viele griechische Bürger von Anfang an am liebsten durch ihn „einigen“ lassen, während anderseits die in ihrer Freiheitsliebe Festgebliebenen, die solchen Unfall noch hinderten, nur mit Widerstreben der Aufforderung des Demosthenes zu einem *freien Bund freier Kommunen* Folge leisteten¹³.

¹⁰ Vgl. Plutarch, *Moralia*, *G. R. Praecepta gerendae Reipublicae* 13 — VI 1 S. 203 (808 ab/242) / *F. Instruction pour ceux qui manient affaires d'etat* 84 — I. S. 528f. / *D. Politische Vorschriften* (Beginn des mittleren Drittels) — VI S. 216f. Berve, a. a. O., II S. 121—123. Friedel [Tyrannenmord, S. 98—100] ist der Auffassung, Timoleons Brudermord hätte auch vor antiker Moral in Wahrheit nicht bestehen können. Der eher ordnungsfreundliche Plutarch lobte hingegen die Tat ausdrücklich; vgl. immerhin auch Plutarchs Beschreibung der Reaktion von Timoleons Umgebung und von letzterem selbst auf die Tat: ders., Timoleon, *G. u. D.* Abschn. 3—7 / *F.* Abschn. II f.

¹¹ Friedel, a. a. O., S. 100f.

¹² Vgl. oben Kap. 3 (IV) b. Anm. 52 f., 4 (V f.) b. Anm. 62, 65—69, 71, (IX) b. Anm. 87.

¹³ Müller, *Allgemeine Geschichte*, IV. Kap. 11 (S. 61f.); Berve, *Geschichte*, II S. 135—152; Knauss, *Hellas*, S. 189f.; Kahrstedt, *Alter-*

Dieser kämpfte einerseits vielfach unerschrocken gegen Willkürakte der damaligen athenischen Demokratie, verteidigte aber andererseits auch mit Vehemenz diese Staatsform als einzige, bei der die *Herrschaft der Gesetze* und ihre *Nichtrückwirkung*, sowie der *Frieden* einigermaßen gesichert wären. So rief er seinen Mitbürgern zu: „Wonach begehrt Ihr? ... Nach Freiheit, und seht Ihr nicht, daß schon Philipps *Titel* gerade das Gegenteil besagen? Denn jeder König und Tyrann ist ein Widersacher der *Freiheit* und ein Feind der *gesetzlichen Ordnung*“¹⁴. Solche Worte mochten wohl jeweilen die meisten Zuhörer für den Augenblick überzeugen, aber sie entsprachen nicht mehr einem allgemeinen Grundgefühl.

II. Das „Widerstandsrecht“ des korinthischen Bundesvertrages und der Widerstand gegen die von Alexander eingeführte Herrschaftsweise

So war die Widerstandskraft der endlich verbündeten Republiken bereits im Innern gelähmt, als ihre Freiheit bei Chaironeia, wohin ihre Milizen zur Unterstützung boiotischen Widerstandes geeilt waren, von außen her vernichtet wurde; der Sieger Philipp aber konnte sich durch eine griechische „Nationalversammlung“ zum gemeinsamen *Oberfeldherrn* gegen Persien wählen lassen und seinem Königshaus die *Hegemonie* über alle Griechenstädte *vertraglich* sichern; einzig *Sparta* hielt sich trotz abseits.¹⁵

tum, S. 82—85. Vor allem der letztere ist aber gegenüber dem Anliegen des Demosthenes sehr kritisch.

¹⁴ Demosthenes, Reden, VI'25/2. philipp. R. — Reisk. 72. Vgl. für die Qualifikation der Demokratie als einziger Staatsform, in der der Rechtsstaat und die persönliche Freiheit (!) wirksam gesichert sind und die eines freien Mannes würdig ist: do., XXI'219—224, XXII'50—57, XXIV'76, 78/R. gegen Midias — Reisk. 584—586; R. gegen Androtion — Reisk. 608—610; R. gegen Timokrates — Reisk. 724f. Bezügl. der Unfähigkeit der *Tyrannen* und *Oligarchien* zum Wohlwollen gegenüber *freiheitlichen Völkern* und daher zu wahren Frieden mit allen, vgl. I'4f., 21—23, II'5—22 insb. 9, IV'4, VI'1—25 insb. 20—25, XV'17—19/1. olynth. R. — Reisk. 10, 15f.; 2. olynth. R. — Reisk. 19—24 insb. 20; 1. philipp. R. — Reisk. 41; 2. philipp. R. — Reisk. 65—72 insb. 70—72; R. über die Freiheit der Rhodier — Reisk. 195f. Vgl. für die Geißelung der Mißstände in der damal. athen. „Demokratie“: do., III'30—32, IX'2—4, X'28f., XIX'23, XX'166f., XXI'31f., 37/3. olynth. R. — Reisk. 36f.; 3. philipp. R. — Reisk. 100f.; 4. philipp. R. — Reisk. 138f.; R. über d. Truggesandtschaft — Reisk. 348; R. gegen Leptines (Schluß) — Reisk. 508; R. gegen Androtion — Reisk. 602f., 604f. Dazu Verdroß, a. a. O., S. 49f., 57f.; vgl. Knauss, Hellas, S. 189f. Es würde sich wohl lohnen, trotz des schließlichen Mißerfolges des Demosthenes näher auf seine Stellung zur Widerstandsidee einzugehen, was aber im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist.

¹⁵ Müller, a. a. O. (S. 62); Berve, a. a. O., II S. 152—155; Triepel, Hegemonie, S. 395f., 405; Kahrstedt, Altertum, S. 85f. Vgl. die Würdigung des zit. Werkes von Triepel durch Nef, Polis, S. 264.

Es mag zunächst überraschen, daß nun gerade der so abgeschlossene „*korinthische Bund*“ ein „Widerstandsrecht“, ja eine *Widerstandspflicht* gegenüber dem makedonischen Hegemon enthielt. Indem der Vertrag jedem Kontrahenten *Freiheit und Autonomie* zusicherte, sollten zwar vor allem die nach Vorherrschaft strebenden Griechenstädte getroffen werden, gleichzeitig entstand aber dadurch doch auch für „Philipp und seine Nachkommen“ eine entsprechende rechtliche Bindung; indem das Abkommen gleichzeitig jedem Beteiligten die Pflicht auferlegte, jedem Vertragsbruch wenn nötig mit *bewaffneter Hand entgegenzutreten*, verlangte es von ihm auch implicite, daß er gegebenenfalls selbst die Vormacht mit Gewalt in ihre Schranken weise, zumindest, wenn das neue achtzig- bis hundertköpfige *Synedrion*, in welchem die einzelnen Poleis nach ihrer Wehrkraft vertreten waren, ihn dazu aufforderte.¹⁶

Scheinbar handelte es sich dabei auch hier wieder sogar um mehr als ein Widerstandsrecht, nämlich um die Wahrung der eigenen Unabhängigkeit oder um die Erfüllung der Bündnispflicht durch „soveräne“ Staaten, aber gleichzeitig hatte man doch die Vormachtstellung Philipps so sehr anerkannt, daß dies, viel eindeutiger als in den bisher besprochenen attischen und spartanischen Symmachien, einer eigentlichen *Unterwerfung* unter Vorbehalt eines *wirklichen Widerstandsrechtes* (das stets auch eine entsprechende Pflicht enthält) gleichkam. Es war zwar sehr zweifelhaft, ob der König die Rechte der Poleis auch nur in diesem Sinn zu respektieren gedachte, aber das bestätigt bloß die Tatsache, daß die Griechenstädte hier gezwungen waren, tatsächlich ein *wirkliches Herrschaftsrecht* zur Führung des Kampfes gegen Persien anzuerkennen, das ihr eigenes formal weiterbestehendes Herrschaftsrecht zumindest potentiell weitgehend zu einem „*Widerstandsrecht*“ degradierte; dessen Anerkennung durch die Hegemonialmacht konnte aber dadurch, daß der letzteren von den Städten ihrerseits implicite starke Herrschaftsrechte eingeräumt wurden, nicht ungültig gemacht werden: im Gegenteil, gerade die dadurch entstehende Kombination von staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Elementen erwies sich einmal mehr als Quelle widerstandsrechtlicher Machtbeschränkung. Zwar, als nun Philipp sich bald nach Abschluß dieses Vertrages zum „Gott“ ausrufen lassen wollte, da trieb freilich wieder nach alter griechischer Art ein Gemisch von *persönlichen* und *allgemein staatsethischen* Motiven einen *Einzelnen* zur Ermordung des „Tyrannen“, bevor jenes noch kaum tangierte „Widerstandsrecht“ hätte in Funktion treten können; schließlich sollten aber die unterdrückten Städte doch noch Gelegenheit erhalten, sich effektiv auf jenes Recht zu berufen.¹⁷

¹⁶ Triepel, a. a. O., S. 400, 414f. und dort zit. Lit.

¹⁷ do., S. 394ff. insb. 412—414; Kahrstedt, *Altertum*, S. 87. Nach Triepel hätte freilich Philipp im Gegensatz zu Alexander noch kein „Herrschaftsrecht“ durchgesetzt; wir gebrauchen hier aber diesen Begriff in einem etwas weiteren Sinn, so daß er jedenfalls für die Stellung anzuwenden ist, die Philipp als Oberbefehlshaber gegen Persien erhielt.

Zunächst konnte jedoch Philipps Sohn Alexander nicht nur sich die Stellung des Vaters bestätigen lassen, sondern sie auch effektiv zu einer kaum mehr getarnten Oberherrschaft der makedonischen Krone ausbauen; ja, es gelang ihm sogar, die Zustimmung der griechischen Bundesgenossen zur Zerstörung des aufständischen Theben zu erhalten, womit der Kampf um die *Selbständigkeit* der Griechenstädte eigentlich besiegelt war. Um so wichtiger wurde nun jedes *Recht*, auf das sich der *Freiheitsgeist*, der insbesondere in *Sparta* und *Athen* später doch noch verschiedentlich wieder aufflammen sollte¹⁸, würde stützen können, damit man den jetzt auch hier schließlich aufgegebenen Widerstand bei passender Gelegenheit mit guten Gründen würde wiederaufnehmen können.¹⁹

Für den Augenblick vermochte freilich Alexander, der sich höchstens an die weniger wertvollen Theorien seines Lehrers Aristoteles hielt, seine tyrannische Gewaltherrschaft in *Griechenland* ungehindert durchzusetzen²⁰ und von da bis an die Tore *Indiens* zu tragen²¹. Förderte er damit kulturellen Austausch²², so knickte er doch fast alles, was im heutigen „Näheren Orient“ auch in den barbarischen Despotien u. U. noch eine Schranke staatlicher Unterdrückung bilden mochte²³. Bei den Griechen Kleinasiens hat er einerseits, indem er als „Befreier“ von oben herab die Oligarchien der persisch gesinnten Reichen beseitigte und demokratische Verfassungen einführte, zwar auch da und dort eine Tyrannis, jedenfalls aber meistens die letzten Reste der *städtischen Autonomie*, die er scheinbar wiederherstellte, vernichtet; andererseits hat er auch mit der Zeit entweder für Tyrannen Partei ergriffen, u. a. sogar für solche, die als Söldnerführer in persischem Auftrag auf bedruckerische Weise die Oligarchie gegen demokratische Umsturzversuche gestützt hatten, oder doch als „Vermittler“ strenge Maßnahmen der Tyrannenfeinde verhindert und deren allfälligen Widerstand gewaltsam brechen lassen²⁴.

Noch zeugten freilich die standhafte und unerbittliche Haltung der Städte *Ephesos* und *Eresos* im Kampf gegen die Tyrannen²⁵, sowie ins-

¹⁸ Vgl. z. B. Knauss, *Hellas*, S. 277, aber 186 f.

¹⁹ Triepel, a. a. O., S. 410; Berve, a. a. O., II S. 161–163; Kahrstedt, a. a. O., S. 89. Vgl. Knauss, a. a. O., S. 186–188.

²⁰ Vgl. z. B. Triepel, a. a. O., S. 414–416 und dort zit. Lit.

²¹ Vgl. z. B. Müller, a. a. O., IV Kap. 12 (S. 62 f.); Knauss, a. a. O., S. 190 f., 257, 278 f.; Triepel, a. a. O., S. 350, 415 f.; Kahrstedt, a. a. O., S. 90 f.

²² So z. B. Knauss, a. a. O., S. 278 f.

²³ Vgl. z. B. oben Kap. 7 (III) b. Anm. 49, 52. Den heftigsten Widerstand fand Alexander in den *Berglandschaften*, die auch den *Persern* getrotzt hatten: Kahrstedt, a. a. O., S. 90.

²⁴ Friedel, a. a. O., S. 64 ff. insb. 68–70 u. 77, vgl. 101 f., sowie dort passim zit. Lit.; Triepel, a. a. O., S. 415 f. und hier zit. Lit.; Kahrstedt, a. a. O.

²⁵ Friedel, a. a. O., S. 69, 72–81 insb. 77, vgl. auch 81 f.

besondere die gegen den gewalttätigen Eroberer selber gerichteten Widerstandshandlungen des Ritters Philotas, des Philosophen Kallisthenes, eines Neffen des Aristoteles, und zahlreicher weiterer *Freiheitsfreunde*, die Alexander bis zu seinem unabgeklärt gebliebenen *Tode* als „Verschwörer“ hinrichten ließ,²⁶ von makedonischem und griechischem *Freiheitsgeist*. Und nun unternahmen die unter Führung Athens vereinigten *griechischen Poleis* einen letzten Versuch, die alte Freiheit zu retten, wobei sie sich tatsächlich auf den durch Alexander seinerzeit erneuerten, seither aber durch ihn und seine Stellvertreter vielfach verletzten Bundesvertrag von Korinth und auf das somit gegebene „*Widerstandsrecht*“ stützten; dabei bestand wohl freilich die Absicht, die makedonische Hegemonie nicht einfach in ihre Schranken zurückzuweisen, sondern überhaupt wieder abzuschütteln, was dann doch noch im Sinne der formell über ein bloßes Widerstandsrecht hinausgehenden Garantien des Vertrages gewesen wäre²⁷.

Nach ihrer Niederlage im lamischen Krieg konnte sich aber, wie in Asien die andern Statthalter Alexanders, Antipater der Alleinherrschaft im eigentlichen Griechenland bemächtigen, und der alte Freiheitskämpfer Demosthenes wurde in seiner Vaterstadt unter der Führung der dort ans Ruder gelangten „Kollaborationisten“ zum Tode verurteilt. Jetzt verzweifelte anscheinend auch *er* an der Sache der griechischen Freiheit; er versuchte zwar zu entkommen, aber es fehlte ihm nunmehr die Kraft, seine Flucht erfolgreich durchzuführen, und, während der ebenfalls flüchtige Aristoteles eines natürlichen Todes starb, wurde jener von seinen Häschern eingeholt: da nahm er Gift.²⁸

III. Widerstand gegen „unterdrückerische“ Versuche zur „Einigung“ des griechischen Mutterlandes und gegen die davon profitierenden Tyrannen

Schon bei Plato finden wir einzelne Auffassungen, welche die Polis, obwohl er diese gleichsam in eine Festung verwandeln wollte, sprengen mußten²⁹; erst recht galt das letztere von der national-imperialistischen Theorie des Isokrates³⁰ und dann von der um 312 in Athen begründeten *Stoa*, wo vor allem der semitische Kaufmann Zeno die griechische

²⁶ Müller, a. a. O., IV Kap. 13 (S. 63); Friedel, a. a. O., S. 108; Kahrstedt, a. a. O., S. 91–96; Nobel, Mord, S. 23–25.

²⁷ Vgl. Triepel, a. a. O., S. 396f., 400, 414–416 und dort zit. Lit.; sowie oben b. Anm. 16–19.

²⁸ Müller, Allg. Geschichte, IV Kap. 13 (S. 63); Kahrstedt, a. a. O., S. 97; Nobel, Mord, S. 235–240; Knauss, a. a. O., S. 277; Berve, a. a. O., II S. 207f.

²⁹ Plato, Briefe, VI passim, VII St. 332f., 335; Heintzeler, Tyrann, S. 43, 110; Knauss, a. a. O., S. 274–276; Verdroß, Grundlinien, S. 111f., 122–124.

³⁰ Pirenne, Courants, I S. 213f., 241f.; Kahrstedt, Altertum, S. 86; Verdroß, a. a. O., S. 122, 158f.

Philosophie in universalistischem Geist erneuerte³¹. Dem entsprachen jetzt auch in der Wirklichkeit, die wir im folgenden im wesentlichen in Anlehnung an die Darstellung Kahrstedts³² beschreiben, ständige Versuche zur staatlichen Zusammenfassung größerer oder kleinerer Teile des ungeheuren Gebietes, das nun seit Alexander für geraume Zeit unter griechischer oder doch griechisch gefärbter Herrschaft blieb. Aber während die neue Oberschicht den Ländern des Ostens die griechische Kultur vermittelte, reichte die moralische Kraft selbst im Mutterland nicht mehr aus zu starken politischen Gestaltungen. Die jeweilige Kraft der „Diadochen“, die sich dann Ende des 4. Jhd. allenthalben zu *Königen* erklärten, und ihrer Nachfolger entschied oft über die Zugehörigkeit selbst der größten Städte zu den verschiedenen politischen Gebilden. So kam Athen schon 317 v. Chr. mehr durch Zufall als durch eigenes Zutun unter die selbständige Herrschaft des einige Zeit zuvor vor Polyperchon geflohenen früheren „Chiliarchen“ Kassander; dieser verhalf nun dort den Gemäßigten, soweit sie nicht der Raserei der extremen „Demokraten“ zum Opfer gefallen waren, die von seinem Gegner freie Hand erhalten hatten, und an ihrer Spitze dem Aristoteles-Schüler Demetrios von Phaleron als „Epimeleten“ zur Herrschaft. In Sparta leisteten die Ephoren im Sinne des Kassander Widerstand gegen den *dortigen König*, weil dieser für die makedonische Königinmutter Olympias, die Mörderin ihres Stiefsohnes, des schwachsinnigen Philipp III., Partei ergriff. Schließlich gelang es Kassander, seinen „Widerstand“ zu einem zunächst mehr restaurativen, schließlich aber doch revolutionären Abschluß zu bringen, indem er für sich selbst das Königtum über Makedonien und Griechenland erwarb (306).³³

Schon 311 hatten er und Ptolemaios von Ägypten mit dem in Asien über weite Gebiete herrschenden Diadochen Antigonos „den von aller Welt ersehnten Frieden“ geschlossen. Im Vertrag fand auch der Satz von der „*Freiheit der Hellenen*“ Aufnahme, der bis dahin immer wieder das Propagandawort eines jeden der verschiedenen Machthaber bei ihren Kämpfen um die alten Poleis gebildet hatte, indem jeder Vorstoß in Griechenland und Westkleinasien „im Zeichen der Erlösung irgendeiner griechischen Stadt von der Bedrückung durch die Gegenseite“ erfolgt war. Jene Bestimmung bildete vor allem für Kassander, aber auch für Antigonos eine unbequeme Fessel. Um die Klausel zu umgehen, griff der letztere außer zu dem nun allgemein praktizierten Abschluß hegemonialer „Bündnisse“ zur Einführung des *Herrscherkults*, schon bevor er den Königstitel annahm. Die Niederwerfung eines Aufstandes im Hellespont gab dann dem Ptolemaios Anlaß zur Erneuerung der Kämpfe, wobei der letztere sich schließlich wiederum mit

³¹ Verdroß, a. a. O., S. 159f.

³² Vgl. die folgenden Anm.

³³ Kahrstedt, a. a. O., S. 100f., 104. Über die ephemere Wiederherstellung des korinthischen Bundes durch Polyperchon (319 v. Chr.) vgl. Triepel, a. a. O., S. 416f.

Kassander verbündete; dadurch erhielt Demetrios, der siegreiche *Sohn des Antigonos*, 407 v. Chr. seinerseits die Möglichkeit, zusammen mit seinem Sohn im alten Mutterland als „Befreier“ und Wiederhersteller der Volksherrschaft aufzutreten; in Athen hielt er dabei zwar die von Stratokles geführten Radikalen davon ab, die *Schüler des Aristoteles* zu verfolgen, hatte aber die Stirn, seine und seines Vaters *Statuen* neben denjenigen des Harmodius und des Aristogeiton³⁴ aufstellen zu lassen! So war es also möglich geworden, die *edelsten Freiheitstraditionen* des alten Griechenland gleichsam zur Unterstützung des neuen Herrscherkultes, der zwar auch gewisse *Untertanenrechte* sichern und vor schlimmster Tyrannis *bewahren* sollte, im großen und ganzen aber doch nur als Mittel zur Sicherung absoluter, stets zur *Tyrannis* neigender Herrschaft diene, zu mißbrauchen! War das nicht eine Verhöhnung jenes Ethos der Freiheit, das die besten Athener immer wieder zum Widerstand gegen staatliche Unterdrückung aufgerufen hatte?³⁵

Die Welt wurde immer monarchischer. Hatte die makedonische Heeresversammlung nach Alexanders Tod noch auf ihrem uralten Recht der Königswahl bestanden, so wurde dieses „Maifeld“ doch bald nur noch in Umdeutung des alten Widerstandsrechtes zur Verurteilung besiegter Rivalen (Eumenes, Olympias) mißbraucht und fiel der Zersplitterung des makedonischen Heeres zum Opfer. In den griechischen Städten, die fast alle durch ein „Bündnis“ in der Abhängigkeit von einem der Monarchen waren, setzte sich der *Königskult* immer allgemeiner durch. Dabei wurden diese Könige selber meist tatsächlich gar nicht so sehr als Tyrannen empfunden, da es ihnen mehr um die Sicherung persönlicher Macht ging, wobei sie in die Verwaltung der einzelnen Städte nur zu diesem Zweck und damit zur Sicherung des Friedens einzugreifen gewillt waren; die alten klassen- und ideologiebedingten Parteigegensätze wurden dadurch bis zu einem gewissen Grad nebensächlich. Aber, wenn die sachlichen Programmpunkte auch mehr oder weniger zufällig von diesem oder jenem Herrscher unterstützt wurden, so behielten sie doch für die *Bürger* ihre Wichtigkeit, und die Anhänger einer Partei rächten sich oft für die Unsicherheit der Dauer ihres Sieges durch dessen um so gewalttätigere momentane Ausnützung.³⁶

In den einzelnen Städten des Mutterlandes regierte schon Kassander durch ein System von Vertrauensleuten, die in Tat und Wahrheit mehr oder weniger gut regierende *Tyrannen* waren, wie sie von den Gegnern auch genannt wurden, und sich, obschon sie meist aus den Reihen der *Aristoteliker* stammten, naturgemäß kaum je großer Beliebtheit erfreuten. So half u. a. dem Demetrios bei verschiedenen Vorstößen

³⁴ Friedel, Tyrannenmord, S. 37.

³⁵ Wiedergegeben nach Kahrstedt, a. a. O., S. 102—104. Über die letzten Versuche zur Wiederherstellung des korinthischen Bundes vgl. Triepel, a. a. O., S. 417.

³⁶ Kahrstedt, a. a. O., S. 110f., 146 u. a.

gegen Kassander die Passivität oder die Hilfe der unterdrückten Poleis, wobei er schließlich gegen den Sohn jenes makedonischen Königs dessen Thron erobern konnte. In ähnlicher Weise gelang es aber dem mit *Epikuriern* umgebenen Lysimachos, von Nordosten her den Demetrios zu verstoßen; aber schließlich gelangte dessen Sohn Antigonos Gonatas, der sich einen *Stoiker* nannte, wiederum vom alten Griechenland aus, nachdem er seinerseits manchen Widerstand zerschlagen hatte, zum Thron. Er begründete eine neue makedonische *Dynastie* (275 v. Chr.), nachdem der erste Schwarm der einfallenden *Kelten*, denen im Norden zunächst nur die vom Landedelmann Sosthenes organisierten Ortswehren hatten standhalten können, durch eine gemeinsame Anstrengung *aller Festlandgriechen* vor Delphi und der zweite durch das tatkräftige Eingreifen des Antigonos schon nahe bei der Nordgrenze hatten vernichtet werden können.³⁷

Unterdessen war in Asien das Reich der Seleukiden hochgekommen, die ihrerseits als „Befreier“ auftraten. In diesem Zusammenhang kam es denn zur Zeit Antiochos I. z. B. in *Ilion* zu einer Umwälzung, indem dort die *Demokratie* wiederhergestellt und dabei gleichzeitig Bestimmungen erlassen wurden, die von einem ungeheuren Haß und Vernichtungswillen des Demos gegen die Tyrannis und jedwede Oligarchie zeugen; immer mehr stand so diejenige Form des Widerstandes, die, wenn sie für sich allein angewendet wird, die unfruchtbarste ist, im Mittelpunkt des Freiheitsstrebens: der *Tyrannennord*, der auch zu einem ständig an Beliebtheit zunehmenden Diskussionsstoff der *Rhetoren* wurde.³⁸

Auf der andern Seite sah aber gerade ein König wie Antigonos Gonatas, der auf das Gottkönigtum verzichtete, kein besseres Mittel, um seine Herrschaft zu sichern, als das System der Vertrauensmänner, dessen Unbeliebtheit doch eben seinem Vater im Widerstand gegen Kassander zugute gekommen war. In ganz ähnlicher Weise konnte nun seinerseits gegen den Gonatas, der von seinem unglücklichen Italienfeldzug heimkehrende Pyrrhus halb Griechenland in Aufruhr versetzen: doch starb dieser in einem Straßenkampf, ehe seine Aktion zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen wäre (272 v. Chr.), und jener konnte abermals seinen Anhängern zum Erfolg verhelfen, wobei es wiederum oft zu übelster *Tyrannis* kam.³⁹ Ein besonders krasser Vertreter dieses neuen Tyrannentypus war Aristotimos, der sich nun in den Wirren nach Pyrrhus' Tod mit Hilfe des makedonischen Königs und italischer Söldner (!) in Elis des Regimentes bemächtigte, ohne daß er zu dieser Stadt irgendwie in einem inneren Verhältnis gestanden hätte; das war nun freilich auch für das damalige Empfinden zuviel: er wurde auf offenem Markt von Verschwörern unter Führung

³⁷ do., S. 112—117, 167.

³⁸ Friedel, a. a. O., S. 82 f., vgl. 84—97, und 104—106. Über die Begünstigung eines demokratischen Föderalismus durch die Seleukiden vgl. Pirenne, *Courants*, S. 299. Vgl. ferner Kap. 9 I.

³⁹ Kahrstedt, a. a. O., S. 121; Berve, *Geschichte*, II S. 282 f.

seines eigenen Vertrauten Kyllon überfallen und, in Mißachtung des Asylrechts, im Tempel, wo er Schutz suchte, umgebracht; dem Kyllon aber wurden eine Statue errichtet und delphische Ehren erwiesen, während die Stadt, unterstützt von Aitolien, sich keinen neuen Tyrannen gefallen ließ.⁴⁰

266 v. Chr. kam es nun abermals zu einem allgemeinen Widerstand gegen das Regime des Gonatas. *Sparta* und *Athen*, aber auch das oben erwähnte *Elis* und das an Bedeutung zunehmende *Achaia* eröffneten mit *ägyptischer* Unterstützung den Angriff auf den eigentlichen „makedonischen Bund“, innerhalb dessen sich aber auch *Euböa*, Teile *Arkadiens* und *Epirus* erhoben. Doch die unter Führung des spartanischen Königs Areus zum Widerstandskampf antretenden verbündeten Orte wurden bei Korinth völlig geschlagen.⁴¹ In Argos schwang sich, wohl im Zusammenhang mit diesem erneuten Machtgewinn des makedonischen Königs, dessen Anhänger Aristomachos zum *Tyrannen* auf, während freilich der in *Megalopolis* ebenfalls mit Unterstützung des Gonatas zur Macht gelangte und als *Tyrann* des Demos regierende Aristodamos von Schülern des *Akademikers* Arkesilaos ermordet wurde.⁴² Doch wurde bald darauf eben bei dieser Stadt bei einem erneuten Angriff der aufständischen Orte deren vom Sohn des gefallenen Areus, Akrotatus von Sparta, angeführtes Heer abermals geschlagen, wobei auch dieser im Kampf um die Freiheit den Tod fand.⁴¹

IV. Letzte Versuche zur rechtlichen Sicherung der Freiheit

Nun hatten sich aber seit einiger Zeit zwei neuartige politische Gebilde im griechischen Mutterland bemerkbar gemacht: der *aitolische* und der *achaische Bund*. Dieser war die zirka um 280 v. Chr. entstandene, erweiterte und stark veränderte Neuauflage eines im 5. Jhd. aus einer sakralen Föderation herausgewachsenen Bundes, wobei sich nun eine *Synode*, auf der die Einzelstaaten *proportional* zu ihren Beitragsleistungen *vertreten* waren, und eine *allgemeine Bundeslandsgemeinde*, zu der sich alle über 30jährigen Bürger versammelten, in die oberste Gewalt teilten; in beiden Organen wurde so abgestimmt, daß die Stimmkraft des einzelnen „Kantons“ *ungeteilt* im Sinne der Mehrheit seiner anwesenden Stimmberechtigten das Gesamtergebnat beeinflusste. Die Regierung lag in den Händen von elf Archonten mit dem Strategen an der Spitze. Die erstmals 314 v. Chr. nachweisbare aitologische Liga war ziemlich ähnlich organisiert: während eine allgemeine Versammlung die Wahl der Bundesbeamten vornahm, und über die Aufnahme ins gemeinsame Bürgerrecht, sowie vor allem in wichtigen auswärtigen Angelegenheiten den letzten Entscheid hatte, übte ein *proportional* zu den *Steuerleistungen* und zur *Heeresstärke* der ein-

⁴⁰ Friedel, a. a. O., S. 102; Kahrstedt, a. a. O., S. 126.

⁴¹ Kahrstedt, a. a. O.; Berve, Geschichte, II S. 283 f.

⁴² Friedel, a. a. O., S. 102 f.

zelen Regionen aus deren *Vertretern* zusammengesetztes *Synedrion* anscheinend mehr beratende und richterliche Funktionen aus, während das Schwergewicht der staatlichen Tätigkeit bei den wohl aus der Mitte dieser Volksvertreter von diesen gewählten Apokleten und dem leitenden Beamten, dem Bundesstrategen, lag. In beiden Bünden war die Abänderung der Gesetze durch besondere Verfahren erschwert, für die *Achaier* sind zudem ein gewisser gerichtlicher Schutz der *Gesetzmäßigkeit* der Bundeserlasse sowie die *Rechenschaftsablegung* der Beamten vor der Bundeslandsgemeinde oder einem von dieser bestellten Spezialgericht bezeugt. Sowohl hier als auch bei den *Aitolern* hatten die Gliedstaaten weitgehende Autonomie; in den Bünden bestand wohl ein erhöhter Einfluß der altachaischen und altaitolischen Gemeinden, aber keine eigentliche Hegemonie wofür noch besonders dadurch Sorge getragen wurde, daß sich die Bundesorgane zum Teil gleichsam auf neutralem Boden, hier im heiligen Bezirk von Thermon, dort im heiligen Hain von Aigion, weitab von irgendeiner führenden Polis, zum Teil abwechselnd in den verschiedenen Städten versammelten. Damit waren, gewissermaßen unter der Hand, neue *republikanische Formen* entstanden, mit denen sich die der Zeit entsprechenden größeren politischen Gebilde ebensogut regieren ließen wie mit der *Monarchie*, die nicht zuletzt deshalb überall durchgedrungen war, weil sie dieser neuen Aufgabe besser entsprochen hatte als die von den einzelnen Poleis her bekannten republikanischen Formen⁴³. Das, was im kleinen, übrigens 313 v. Chr. wieder auferstandenen und sich unter makedonischer Oberherrschaft seit 288 v. Chr. ziemlich frei entfaltenden, freilich seit dem 4. Jhd. weitgehend zentralisierten *boiotischen* Bundesstaat wohl zum ersten Mal in der Geschichte eine feste „staatsrechtliche“ Gestalt angenommen hatte, das, was sodann der Monarchist Isokrates für die einzelne Polis gefordert hatte, eine Art *Repräsentativsystem*, das wurde nun dazu verwendet, *größere politische Gebilde* zu schaffen, die als Schutzwälle der Freiheit gegen tyrannische Unterdrückung sogleich in einem mehr oder weniger stark betonten *Gegensatz* zum Königtum traten.⁴⁴

Als nun 252 v. Chr. der makedonische Kommandant auf Chalkis und Akrokorinth sich gegen die Krone empörte und dabei die Unter-

⁴³ Der boiotische Bundesstaat, von dem man sich hätte inspirieren können, war damals strukturell und bis zu einem gewissen Grad auch physisch zerstört. Vgl. das im Text unmittelbar Folgende, ferner die in der folgenden Anm. zit. Swoboda-Stellen, sowie oben Kap. 3 (IV) Anm. 54, 4 (IV) Anm. 58 u. 9 (II) b. Anm. 19.

⁴⁴ Swoboda, Staatsaltertümer, S. 328—331, 354—365, 368 f. (*Aitolern*); do., S. 370—375, 382—385, 387 f., 390 f., 393—399, 403 f., 414 f. (*Achaier*); do., S. 272 f., 279—283, 288 f. (*Boioter*). Vgl. Berve, a. a. O., II S. 286—288; Pirenne, Courants, I S. 209 f.; Kahrstedt, a. a. O., S. 134 f., 146; Triepel, a. a. O., S. 420 f. Vgl. auch Wilamowitz, Griechen, S. 128—130, 168 f. Der Letztere ist freilich der *achaischen* Staatsschöpfung gegenüber kritisch. Vgl. zudem oben Kap. 3 (IV) Anm. 54, 4 (IV) Anm. 58.

stützung Ägyptens und des Seleukiden Antiochos II. erhielt, benützte zunächst Aratos die Lage, indem er in *Sikyon* die antigonosfreundliche Tyrannis stürzte, die Wiederherstellung der *Demokratie* und den Anschluß an den achaischen Bund durchsetzte, dem er überdies bald ägyptische Subsidien und weitere Glieder zu gewinnen wußte. Unter der Führung dieses Freiheitsfreundes schlugen sodann 245 v. Chr., während der makedonische König wiederum gegen Ägypten engagiert war, die *Achaier* los. Daraufhin gingen, zwar als Verbündete der Krone, aber für eigenen Vorteil, die *Aitolier* gegen die „Rebellen“ vor, so daß schließlich die beiden mehr oder weniger „nomokratischen“ Bundesstaaten zusammen den größten Teil Griechenlands umfaßten. Auch Sparta schloß sich unter dem Helotenbefreier Agis IV. den Achaiern, unter dem „Restaurator“ Leonidas aber wieder dem makedonischen „Bunde“ an, während nun nach zweieinhalb Jahrzehnte langer Herrschaft auch der bereits erwähnte Tyrann Aristomachos von Argos ermordet wurde, wonach aber Aristippos die Tyrannis und das makedonische Bündnis aufrechterhielt. Doch nun gelang es Aratos, auch die Aitolier für den Kampf gegen Makedonien zu gewinnen, und, nachdem hier Demetrios II. um 239 v. Chr. *König* geworden war, dehnten sich nicht nur die beiden bestehenden Bünde noch weiter aus, sondern es wurde sogar ein *weiterer* in *Epirus* seit dem Ende des 4. Jhd. *föderalistisch* organisierter Staat zu einer der aitolischen ähnlichen Bundesrepublik, indem dort der Widerstand gegen die makedonienfreundlichen Monarchen mit deren *Sturz* abgeschlossen wurde (zirka 230 v. Chr.). Kurz nachdem in Makedonien Antigonos Doseon die Regentschaft angetreten hatte (229 v. Chr.), zweifelte der letzte Tyrann von Argos, wie ein paar Jahre vorher sein Kollege Lydrados von Megalopolis, an der Fortdauer des makedonischen Schutzes; wie jener führte er daher seine Stadt den Achaiern zu und dankte ab. Auch *Aigina* trat nun dem achaischen Bunde bei, während mit dessen Hilfe die Bürger *Athens*, nachdem sie den *Stadtkommandanten* durch eine *Erhebung* zum Nachgeben veranlaßt hatten, die Söldner, welche die Stadtbesatzung bildeten, finanziell abfanden⁴⁵ und von Makedonien abfielen, von dem sich nun auch *Boiotien* löste, wonach die beiden selbständig gewordenen Republiken mit Ägypten in Verbindung traten, während *Sparta* sich nun den Aitoliern *zuwandte* und die *südlichen Illyrierstämme römisch* wurden.⁴⁶

Vor allem aber wurden alle diese republikanischen Entwicklungen von einem Ereignis ergänzt, das bei der Übernahme der Regentschaft in *Makedonien* selber stattfand: es kam zu einer wirklichen *Wahlkapitulation*. War das „Maifeld“ im Ptolemäerreich verschwunden, bei den Seleukiden „zu einer Parade bei repräsentativen Anlässen erstarrt“,

⁴⁵ So Kahrstedt, a. a. O., S. 141: etwas anders dagegen Berve, a. a. O., II S. 290.

⁴⁶ Berve, Geschichte, II S. 285f., 289f.; Kahrstedt, a. a. O., S. 134 bis 136, 138f., 141f.; Swoboda, a. a. O., S. 210f. Für Einzelheiten s.: do., S. 342—345 (*Aitolien*), S. 375—378 (*Achaier*): sowie f. Anm. (*Epirus*).

so hatte es dank der größeren Kraft der Tradition und der wiederholten Thronwirren in Makedonien sich eine größere Bedeutung bewahrt und nun einen neuen Inhalt erhalten. In den Urkunden erschien nun neben der Krone das *Koinon*, der Verband der Makedonen, der vielleicht aus einer Versammlung von Notabeln, vielleicht aus einer solchen der Delegierten der Selbstverwaltungskörper, vielleicht einfach aus dem wieder politisch organisierten „Maifeld“ bestand; damit erhielt das makedonische Reich eine *Verfassung*, die wohl derjenigen ähnlich sein mochte, welche *Epirus*, bevor auch dieser Staat zirka 230 v. Chr. zu einer *föderalistischen Republik* wurde, besessen hatte: dort beschränkten nämlich eine allgemeine Volksversammlung, anscheinend auch ein Rat, und, als eigentliches, dem spartanischen Ephorat verwandtes, aber echter gebliebenes *Widerstandsorgan*, der das *Volk vertretende Prostatas* die Macht des Königs, der jeweilen beim Herrschaftsantritt einen *Eid* auf die Rechte der Nation ablegen mußte.⁴⁷ Jedenfalls darf man wohl annehmen, daß auch die aus dem Widerstand gegen die Übermacht der Krone heraus entstandene dualistische makedonische Verfassung mindestens implicite das bei einer solchen Staatsform übliche *Widerstandsrecht* enthielt.

Nicht nur die autonome *Selbstverwaltung* der Städte, die mindestens in der politischen Theorie ein von allen bejahtes Anliegen geblieben war und im ganzen Altertum auch bleiben sollte⁴⁸, auch die eigentliche *Selbstregierung* war jetzt, hundert Jahre nach Alexander, in neuer Form wieder aufgeblüht. Dabei „überschlug“ sich freilich abermals der *demokratische* Gedanke, indem in Sparta Kleomenes III. wieder eine radikale Revolution durchführte und, nachdem er die eigenen Heloten befreit hatte, die Segnungen der neuen Ordnung auch einem Großteil der Staaten des achaischen Bundes mit Waffengewalt aufzwang, obwohl diese keineswegs solch radikaler Reformen bedurften; infolgedessen suchte Aratos jetzt im Namen der Achaier Unterstützung bei Makedonien, das nun seine der Wiederherstellung der alten Ordnung dienende Beihilfe dazu benützte, auch die eigene frühere Machtstellung mindestens teilweise zurückzugewinnen. Dabei schuf aber Antigonos Doson einen *echten Staatenbund*, der nun vor allem den achaischen Bund sowie u. a. das von diesem abgetrennte Argos, ferner bald auch das bei Selasia besiegte Sparta, zudem Boiotien, mit dem erneuerten Makedonien verband und die föderalistische, aus monarchischen, oligarchischen und demokratischen Elementen gemischte Ordnung eines großen Teils des kontinentalen Griechenland — Aitolien und Athen standen freilich abseits — vollendete (223 v. Chr.). Bei dem an sich eher lockeren⁴⁹ Bund war nun Makedonien nicht ein „Organisator

⁴⁷ Kahrstedt, a. a. O., S. 141, 145f. Bezüglich *Epirus* s. Swoboda, a. a. O., S. 310—314; vgl. Aristoteles, Politik, V Kap. 11 — 1313a24 / v. K. VII Kap. 11 — S. 257.

⁴⁸ Arnim, Theorien, S. 5.

⁴⁹ So Triepel, Hegemonie, S. 417; anderer Meinung ist vor allem Berve, a. a. O., II S. 292.

von außen“, sondern selbst *Mitglied*; im Vertrag wurde ihm zwar die außenpolitische und militärische *Führung* zugesichert, im übrigen aber die Selbständigkeit der Glieder vorbehalten, wobei freilich z. B. die Achaier anscheinend noch durch ein besonderes Bündnis an den Hegemon gekettet waren, gegen das sie weder referieren noch eine Abstimmung veranstalten durften.⁵⁰

Philipp V. setzte, als er zwei Jahre später den Thron bestieg, zunächst die relativ gemäßigte Politik seines Vormundes fort, indem er dem Selbständigkeitswillen der Bundesglieder nach Kräften entgegenkam und die Führer einer gegen diese Selbstbeschränkung frondierenden nationalistischen Opposition umbringen ließ. So schien es, als ob, aus dem *Widerstand* der einzelnen Stadtvölker und Völkerschaften gegen die Tyrannen im Innern der Gemeinden sowie gegen die selbstherrliche und tyrannenfreundliche Politik makedonischer Könige im Rahmen Altgriechenlands einerseits, aus einem gewissen *Entgegenkommen* der Krone andererseits, sich auf *föderalistischer* Grundlage eine neue *freiheitliche* Entwicklung anbahnen könnte.⁵¹

Aber die Versuche des Königs, Griechenland zu einer Beteiligung am Kampf gegen Rom zu gewinnen, das sich damals in jahrelangem Ringen gegen Hannibal und das karthagische Reich nur mühsam behauptete, verhinderten nun eine Festigung der noch überaus schwachen Ansätze zu jener freiheitlichen Gesamtordnung und führten im Innern des führenden Königreiches anscheinend sogar dazu, daß das „Koinon der Makedonen“ wieder ausgeschaltet wurde. Vollends hoffnungslos wurde aber die Lage für die Verwirklichung einer eigenständigen freiheitlichen Ordnung, als nun die Römer in jenem zweiten punischen Krieg die Oberhand gewonnen hatten und immer mehr in die inneren Auseinandersetzungen der in sich gespaltenen griechischen Staatenwelt hineingezogen wurden. Andererseits war nun bei den seit Alexander zuerst unter ptolemäischer, dann unter seleukidischer Oberherrschaft stehenden *Juden* angesichts der gewaltsamen Hellenisierungspolitik des Antiochos Epiphanes der alte Widerstandsgeist wieder erwacht und trieb das bald auch von Rom moralisch unterstützte „Volk GOTTES“ zu ungeahnter Kraftentfaltung.⁵²

Erinnern wir uns! Wir stehen in der historischen Landschaft auf einem Berggipfel, der sich an der Wende des Altertums zum Mittelalter erhebt; von da aus blicken wir zurück auf die altgriechische Bergwelt, die rechts vom römischen Massiv begrenzt wird, während sich auf der linken Seite die jüdische Gebirgskette um sie herumschwingt. Nun sind

⁵⁰ Triepel, a. a. O.; Kahrstedt, a. a. O., S. 142—144. Swoboda, [a. a. O., S. 411f.] betont die Abhängigkeit der *Achaier*; darüber hinaus schätzen Berve [a. a. O., II S. 290—293] und Wilamowitz [a. a. O., S. 169] die ganze Lage etwas anders ein als die beiden zuerst genannten Autoren, auf deren Auffassung sich hier unsere Darstellung stützt.

⁵¹ Vgl. Kahrstedt, a. a. O., S. 183f.

⁵² Triepel, a. a. O., S. 489f.; Kahrstedt, a. a. O., S. 187—195, 197 bis 208, 217—235. Vgl. unten Kap. 9I passim.

wir mit unseren Beobachtungen an einem Punkt angelangt, wo sich die drei Höhenzüge zu überlagern beginnen, so daß es dort zur Begegnung der *griechischen* Politik mit *jüdischem* Widerstandsgeist und mit den im Widerstand für die Bürgerfreiheit gefestigten *römischen* Rechtsauffassungen kommen mußte. Die Bedeutung dieser Vorgänge wollen wir nun in einem weiteren Kapitel noch kurz zu skizzieren versuchen.

Neuntes Kapitel

Begegnung griechischer Politik mit jüdischem Widerstandsgeist und mit den im Widerstand für die Bürgerfreiheit gefestigten, aber im Imperialismus entartenden römischen Rechtsauffassungen

I. Die Begegnung mit dem jüdischen Widerstandsgeist

Wir haben im ersten Kapitel die Betrachtung der jüdischen Gebirgskette dort abgebrochen, wo diese mitsamt dem persischen Massiv, dem ihr vorangehender Teilabschnitt angehörte, in die *hellenistische* Bergwelt einbezogen wird. Da erscheint sie nun zunächst als ein deutlich abgegrenzter Bestandteil des *ägyptischen* Massivs; etwas näher gegen uns zu gerät sie dann in den Bereich des unruhigen Syrergebirges, das, mindestens in seinen oberen Regionen, äußerlich den soeben (im vorigen Kapitel) betrachteten Ausläufern am ähnlichsten ist, welche rechts davon in gleichem Abstand von uns die klassischen griechischen Höhenzüge fortsetzen, bei deren Beschreibung wir uns etwas länger verweilt haben. In jenen asiatischen Gefilden haben sich nun die Juden in langen Widerstandskämpfen, die wir entsprechend der Beschreibung Dubnows¹ darstellen wollen, mit den *Seleukiden* und dem von diesen gewaltsam geförderten Hellenismus auseinandergesetzt.

Während des zwanzigjährigen Kampfes des Seleukiden Antiochos III. gegen die Ptolemaier um die Herrschaft über die Gebiete zwischen dem syrischen Nordosten und Ägypten hatte in *Judäa* die antiägyptische, seleukidenfreundliche Partei die Oberhand gewonnen. So konnte der ägyptische Oberherr nicht an jüdische Hilfe denken, während dem syrischen Herrscher die Eroberung des Landes erleichtert wurde, das denn auch nach seinem Sieg bei Paneion 198 v. Chr. seinem Reich einverleibt wurde. Um nun die jüdischen „Sympathien zu befestigen und den Judäern zu zeigen, daß die Herrschaft der Seleukiden ihnen mehr Vorteile biete als diejenige der Ptolemaier, verlieh ihnen Antiochos verschiedene *Privilegien* und *Freiheiten*“². In einem ersten Erlaß wurde nebst der Auszahlung von Hilfgeldern für den Wieder-

¹ Vgl. die folgenden Anm.

² Dubnow, Geschichte, II S. 33.

aufbau und den Gottesdienst (!) eine *Garantie der Selbstverwaltung* nach eigenen Gesetzen, sowie *Steuerfreiheit* für die Mitglieder der „Gerusia“, die Priester und Schriftgelehrten und Steuerermäßigung für alle Landesbewohner festgesetzt; ein zweiter Erlaß bestätigte das für jeden Fremden gemäß jüdischem Recht bestehende Verbot des Betretens der inneren Tempelräume; durch einen dritten Erlaß schließlich wurden in den aufrührerischen Provinzen Lydien und Phrygien 3000 jüdische Familien aus der Diaspora von Mesopotamien angesiedelt, da die letzteren dort zweifellos treue Wächter der Seleukidenherrschaft sein würden. Der Jerusalemer Hohepriester und die als „Gerusia“ bezeichnete „Große Versammlung“ wurden als gesetzliche Regierung Judäas im Rahmen der gegenüber der Perser- und Ptolemaierzeit sich noch mehr beschränkenden Oberherrschaft Antiochos III. anerkannt, der, nach abermaliger Erweiterung seines Reiches nach Nordwesten, die jüdische Autonomie durch *neue Vorrechte und Freiheiten* erweiterte.³

Nun mußte aber der König bei Magnesia 190 v. Chr. eine entscheidende Niederlage von den *Römern* einstecken, die den Widerstand der in Kleinasien vor kurzem von Antiochos unterworfenen *Griechenstaaten* mit der Restauration einer „Freiheit“ abschließen halfen, welche freilich schon weitgehend Abhängigkeit von Rom bedeutete. Schwer lastete nun aber auch die römische Kriegsschuld auf Antiochos, der sich jetzt sogar, ganz entgegen seinen den Juden gegenüber immer noch hochgehaltenen Prinzipien, am Schatz des reichen Tempels zu *Elymais* zu vergreifen suchte, worauf er aber dem Widerstand der empörten Stadtbewohner begegnete und von ihnen erschlagen wurde.⁴

Schon sein Nachfolger, Seleukos IV., der wegen jener Kriegsschuld in ein eigentliches Abhängigkeitsverhältnis von Rom geraten war, versuchte aber auf Anstiften des Intriganten Simon, auch den *jüdischen Tempelschatz* für Staatszwecke heranzuziehen; obwohl man seinen Abgesandten Heliodor darauf aufmerksam machte, daß das im Tempel aufbewahrte Vermögen aus Depositen Privater, insbesondere aus Erbschaften von Witwen und Waisen bestand, drang dieser in das Heiligtum ein, wurde aber auf mysteriöse Weise von seinem Vorhaben abgehalten; einige Zeit später ermordete derselbe Beamte seinen eigenen König ...⁵

Unter dem inzwischen aus römischer Gefangenschaft zurückgekehrten Sohn Antiochos III., Antiochos IV. Epiphanes (dem Erlauchten), den man aber insgeheim „Epimanes“ (den Wütenden) nannte, kam es nunmehr zur eigentlichen Auseinandersetzung zwischen den von

³ Dubnow, Geschichte, II S. 33—35, 39f., 44 (z. T. nach Josephus, Altertümer, XII Kap.3).

⁴ Dubnow, a. a. O., II S. 45; vgl. A. T., Daniel, 11 V. 18f. Schon ein einfacher Befehl des Antiochos genügte übrigens 217 v. Chr. zur Hinrichtung des Achaïos von Sardes: vgl. Brecht, Perduellio, S. 23; zu Polybios, Historien, VIII²23.

⁵ Dubnow, a. a. O., II S. 45—47.

ihm auf gewalttätigste Weise geförderten „Hellenisten“ und der Partei des religiösen und kulturellen Widerstandes, den „*Chassidäern*“. Zunächst wurde der Hohepriester Onias III. durch seinen hellenistisch gesinnten Bruder Josua, der sich Jason nannte, ersetzt; als dieser eine judäische Mannschaft zu olympischen Spielen mit dem Auftrag absandte, sich mit einer beträchtlichen Geldsumme an den Opfern zu Ehren des phönizischen Herakles (!) zu beteiligen, kam es zum ersten markanten öffentlichen Widerstandsfall, diesmal noch in der Form des *bloßen Ungehorsams*: die *jüdischen Jünglinge* trotzten dem Befehl ihres „Hohepriesters“ und übergaben das Geld dem königlichen Fiskus zu Schiffsbauzwecken.⁶

Bald wurde aber an die Stelle „Jasons“ der noch hellenistischere und zudem zur Mithilfe bei der Beraubung des Tempelschatzes bereite „Menelaos“ eingesetzt; aus dem Apollotempel zu Daphne, wo er als politisch Verfolgter ein *Asyl* gefunden hatte, beschuldigte nun der zuerst abgesetzte Ex-Hohepriester Onias III. den im nahen Antiochia weilenden unwürdigen jetzigen Inhaber dieser Würde öffentlich der *Ausplünderung* des Jerusalemer Heiligtums und zudem der Bestechung des königlichen Stellvertreters Andronikos. Diesem gelang es zwar, den greisen Ankläger aus seinem sicheren Zufluchtsort herauszulocken und ihn zu ermorden; das empörte aber nicht nur die Juden, sondern auch die griechische Bevölkerung der Hauptstadt, und auf deren Anklage hin ließ Antiochos immerhin den verbrecherischen Beamten am Tatort hinrichten. So haben sich für einen Augenblick *griechischer* und *jüdischer* Widerstandsgesit zum Kampf gegen staatliche Unterdrückung vereinigt.⁷

Menelaos blieb jedoch Hohepriester, und in seinem Auftrag wurde der Tempel von seinem Bruder weiter ausgeplündert, bis schließlich der letztere von der empörten Volksmenge in der Schatzkammer erschlagen wurde; die drei Abgesandten, die dieses Vorgehen vor Antiochos rechtfertigen sollten, wurden ihrerseits von diesem hingerichtet. Angesichts dieser wahrhaft tyrannischen Maßnahme sahen die Judäer, daß sie zum eigentlichen Widerstand gegen den königlichen Willen selber schreiten mußten, wenn sie ihre Sache nicht aufgeben wollten. Als der Gewaltherrscher nun vom Engagement der Römer in Makedonien zu profitieren versuchte und 170 v. Chr. in Ägypten einfiel, glaubten die Judäer dem Gerücht, der Verhaßte sei gestorben, begrüßten jubelnd das Ende der gewalttätigen Regierung des seiner Stütze beraubten Menelaos und unterstützten den gemäßigeren Jason, der an der Spitze einer tausendköpfigen Schar aus dem transjordanischen Exil zurückkehrte, während sich jener in die Jerusalemer Festung unter den Schutz der syrischen Garnison flüchtete.⁸

⁶ do., S. 48 f., vgl. S. 43.

⁷ do., S. 49—51.

⁸ do., S. 52. Vgl. Berve [Geschichte, II S. 330 f.], der freilich diesen Aufstand ins Jahr 168 v. Chr. setzt und damit die hier im folgenden Abs. ge-

Auf diese Kunde zog nun Antiochos IV. unverzüglich nach Jerusalem und vergalt der Einwohnerschaft in grausamer Weise ihren Aufruhr. Viele Juden wurden erschlagen oder in Gefangenschaft verschleppt; der Tempel wurde mit Hilfe des Menelaos anscheinend „restlos“ ausgeplündert. Der letztere hielt sich nun mit Hilfe der syrischen Garnison an der Spitze der ihn verabscheuenden Nation, während Jason von Land zu Land floh, bis er schließlich in Verschollenheit starb. Als nun 168 v. Chr. der *König* abermals einen Zug gegen Ägypten unternehmen wollte, wurde dieses von den *Römern* in Schutz genommen, worauf Antiochos, um seine Wut auszulassen, erst recht die Juden heimsuchte. Er ging nun daran, dieses widerspenstige Volk endgültig zu unterjochen, seine *Selbstverwaltung* völlig *abzuschaffen* und es gänzlich zu *hellenisieren*. An einem Sabbattage ließ er die Hauptstadt nach einem Überfall auf ihre friedlich feiernde Bevölkerung ausplündern und verwüsten. Daraufhin siedelte er Griechen und Syrer in Jerusalem an und baute ein Quartier zur *Festung Akra* aus, die er mit einer syrischen Garnison belegte und so zu einer *Zwingburg* machte, wo jederzeit zügellose Kriegerbanden zur Züchtigung der Bevölkerung bereitstanden. Zur Durchführung der königlichen Hellenisierungspolitik schritten nun die Beamten, während gleichzeitig die *Ausplünderung* noch zunahm, zu eigentlichen *Religionsverfolgungen*; die wichtigsten rituellen Vorschriften der jüdischen Lehre wurden bei *Todesstrafe* verboten; der Jahwealtar im Jerusalemer Heiligtum diente als Untersatz für einen neuen Altar zu Ehren des Zeus Olympios! Empört ruft der biblische Chronist aus: „Allen Mutwillen trieben sie im Land und verjagten das Volk Israel, daß es sich verbergen und verstecken mußte in die Höhlen⁹ ...“ Antiochos „ließ den Greuel der Verwüstung auf GOTTES Altar setzen ...“, die Bücher des Gesetzes GOTTES zerreißen und verbrennen, und alle, die GOTTES Gesetz hielten, totschiagen ... Die Eltern wurden in ihren Häusern erwürgt, und die Kinder darin aufgehängt!¹⁰¹¹

Da erwachte aber der alte israelitische Widerstandsgeist. Der gelehrte Greis Eleasar weigerte sich nicht nur, Schweinefleisch zu essen, sondern auch, anderes Fleisch im Angesicht des Volkes, als handelte es sich um Schweinefleisch, zu sich zu nehmen; er mußte diese Weigerung, seinen Brüdern ein Beispiel der Abtrünnigkeit zu geben, mit einem scheußlichen Martertod bezahlen; wir kennen auch die Geschichte der Jüdin Hanna, die ihren sieben Söhnen standhaft Mut zuredete, während sie vor den Augen der Mutter zu Tode gemartert wurden, bevor auch sie noch hingerichtet wurde. Aber es kam

schilderten Ereignisse in direkten Zusammenhang setzt. Vgl. auch Kahrstedt, *Altertum*, S. 232f.

⁹ Ap. A. T., Makkabäer, I Kap. 1 V. 52f.

¹⁰ do., I Kap. 1 V. 54, 56f., 60f.

¹¹ do., I Kap. 1 insb. V. 56—63; Dubnow, a. a. O., II S. 52—56. Vgl. Berve, a. a. O., II S. 331; Kahrstedt, a. a. O., S. 234.

auch zu aktiverem Widerstand. So antwortete der Priester Mattathias auf die Aufforderung, ebenfalls, „wie alle Länder getan haben und die Leute Juda, so noch zu Jerusalem sind“, dem fremden König zu gehorchen, „frei heraus: Wenn schon alle Länder Antiocho gehorsam wären und jedermann abfiele von seiner Väter Gesetz und willigte in des Königs Gebot, so wollen doch ich, meine Söhne und meine Brüder nicht vom Gesetz unserer Väter abfallen ... und eine andere Weise annehmen!“ Bald schrie er „laut durch die ganze Stadt: Wer um das Gesetz eifert und den Bund halten will, der ziehe mit mir aus der Stadt!“¹²

Daß sie sich gegen die syrischen Eroberer, die wider alles Recht ihre Religion unterdrückten, wehren dürften, das stand für die senkrechten Israeliten, welche jenem Ruf ihres Priesters Folge leisteten, außer Diskussion, nicht aber, ob dies auch am Sabbat gestattet war; viele glaubten, an diesem Tage dürfe nur *leidender Ungehorsam* geübt werden. So ergaben sich alle, die am Tag des HERRN in einer Höhle aufgegriffen wurden und sprachen: „Wir wollen also sterben in unserer Unschuld; Himmel und Erde werden Zeuge sein, daß ihr uns mit Gewalt und Unrecht umbringt!“¹³ Mattathias und seine Freunde ließen sich dies jedoch eine Warnung sein: „Wollen wir alle tun wie unsere Brüder und uns nicht wehren wider die *Heiden*, unser *Leben und Gesetz* zu retten, so haben wir uns selbst leichtsinnig ganz vertilgt!“¹⁴ Und sie beschloßen, sich auch am Sabbat *mit Gewalt zu wehren*.¹⁵ Und es gelang ihnen, „das Gesetz zu erhalten wider alle Macht der Heiden und der Könige, daß die Gottlosen nicht über sie Herren wurden.“¹⁶

Vor seinem Tode ermahnte Mattathias seine Söhne, sie sollten weiterhin für das Gesetz eifern und ihr Leben hingeben für „den Bund, der mit ihren Vätern geschlossen ward“¹⁷. „Fürchtet euch nicht vor den Drohungen eines sündigen Mannes, denn seine Herrlichkeit wird zu Kot werden und den Würmern anheimfallen. Heute wird er hoch erhoben und morgen ist er nicht mehr zu finden, denn er wurde wiederum zu Erde, und mit seinen Anschlägen ist es vorbei ... Ihr aber, versammelt zu euch alle, die das Gesetz erfüllen, und nehmt Rache für euer Volk! Übt Vergeltung an den Heiden und haltet fest an den Vorschriften des Gesetzes.“^{18,19} Nachdem Mattathias gestorben war, vollendeten seine Söhne das Befreiungswerk.²⁰

¹² Ap. A. T., a. a. O., I Kap. 2 insb. V. 18—21 u. 27, II Kap. 1 V. 19—31, Kap. 7; Dubnow, a. a. O., II S 57—60.

¹³ Ap. A. T., a. a. O., I Kap. 2 V. 37.

¹⁴ do., I Kap. 2 V. 40.

¹⁵ do., I Kap. 2 V. 29—41; Dubnow, a. a. O., II S. 60f.

¹⁶ Ap. A. T., a. a. O., I Kap. 2 V 42—48, insb. 48.

¹⁷ do., I Kap. 2 V. 50.

¹⁸ do., I Kap. 2. V 62f., 67f.

¹⁹ do., I Kap. 2 V. 49—68. Dubnow, a. a. O., II S. 61.

²⁰ do., II S. 61—90.

Wenn aus dieser Geschichte im 16. Jhd. gefolgert wurde, daß nach der *Bibel* „nicht nur der Religion wegen, sondern auch für Vaterland und Haus mit gleichem Recht wie für die Altäre gegen einen Tyrannen ... die Waffen ergriffen werden können“, ²¹ so ist das insofern richtig, als eben in der altjüdischen Theokratie Haus, Vaterland und Religion nur als Emanation des gleichen allmächtigen GOTTES begriffen und erlebt wurden.

Aus dieser Einstellung heraus hat man nun auch die gemäßigten Hellenisten, die „einen Bund“ hatten „machen wollen mit den Heiden umher“, verurteilt. ²² Es ist nicht ganz klar, ob unter den so nachträglich von den Hütern der jüdischen Idee verfemten Bestrebungen einfach die Wirksamkeit der Hellenistenpartei als Ganzes oder insbesondere jene Tätigkeit, die zur Abwendung von Ägypten und damit zu den *Freiheitsgarantien* Antiochos III. geführt hatte, zu verstehen ist. Jedenfalls lehnte sich die nationale Partei seit dem *Bruch* jener Zusicherungen wieder an Ägypten an, wo insbesondere Ptolemaios Philometer sich den Ruf eines Judenfreundes zu erwerben wußte; u. a. gestattete er dem gleichnamigen Sohne des zu Daphne ermordeten früheren Hohepriesters Onias die Schaffung eines neuen Tempels zu Leontopolis, der den befleckten von Jerusalem ersetzen sollte. Aber die Judäer werden ihren Widerstand gegen Antiochos IV. doch nach außen hin sicher vor allem gerade auf die Zusicherung seines Vaters, durch die ja wiederum ein völkerrechtliches Element in die freilich monistisch gebliebene Herrschaftsordnung der *Seleukiden* eingefügt worden war, abgestützt haben; dabei mochten die Judäer einerseits die Nichteinhaltung der betreffenden Erlasse als Grund für die *Nichtigkeit* ihrer Untertanenpflichten hingestellt oder aber anderseits aus der Verletzung der königlichen Pflichten ein Recht auf *bessere Garantie* der ihnen zugestandenen Rechte abgeleitet haben. Formal kam es schließlich zur letztgenannten Lösung, indem nach des „Epimanes“ Tod der Vormund seines Sohnes Antiochos V. Eupator, der „Strategie“ Lysias, in regelrechten Feldschlachten die Söhne des Mattathias, das Haus der „*Hasmonaier*“, zwar zur Anerkennung der seleukidischen Oberhoheit und der jüdischen Tributpflicht zu zwingen vermochte, aber die volle Autonomie Judäas wieder anerkennen und auf Bestrafung des Volkes verzichten mußte. Im Verlaufe ständiger *syrischer* Thronstreitigkeiten, bei denen die Judäer sogar verschiedentlich die sich auf *griechische* Oppositionsgruppen stützenden Gegenspieler der Könige Demetrios I. und II. unterstützten und sich u. a. auch mit *Rom* verbanden, gelang es den Juden, nicht nur die *syrischen* Truppen, zuletzt auch diejenigen der Festung Akra (141 v. Chr.), aus dem Lande zu jagen, sondern auch, von den syrischen Herrschern immer wieder die vertragliche Zusicherung weitestgehender Unabhängigkeit, manchmal sogar völliger Souveränität zu erhalten, so daß sie um *Rechtstitel* für ihren Wider-

²¹ „*Brutus*“, a. a. O., W. S. 148, 151/Z. S. 163f., 168.

²² Ap. A. T., Makkabäer, I Kap. 1 V. 11; vgl. A. T., Daniel, 11 V. 13—19. Dazu Dubnow, a. a. O., II S. 34.

stand nicht mehr verlegen waren, ja, dieser sogar immer mehr den Charakter eigentlicher *Landesverteidigung* annahm.²³

Im Innern war freilich die *theokratische* Legitimation wichtiger, die nun zunächst auch das Fundament des neuen Staates bildete.²⁴ Seit der Entstehung der jüdischen Theokratie bestand ein höchster Volksältestenrat, der, als der König wegfiel, wohl zur obersten Instanz im Rahmen der jüdischen Selbstverwaltungsrechte wurde, wobei nur der Hohepriester und das „Volk“ noch einzelne Rechte besaßen haben dürften, die denjenigen des Rates gleichwertig waren. So war es zur Herrschaft der „Großen Versammlung“ gekommen.²⁵ „Auch noch in der Epoche der griechischen Herrschaft tritt uns diese Institution in verschwommenen Umrissen als ‚Gerusia‘, ein aristokratischer Senat, entgegen, der von dem Hohepriester, als dem offiziellen Vertreter Judäas der souveränen Gewalt gegenüber, geleitet wird.“ Nun wurde dieser Rat aber „aus einem Organ der untergeordneten Selbstverwaltung ... zu einem [solchen] der höchsten Staatsgewalt ... An der Spitze dieser kollegialen Behörde steht jetzt der Fürst-Hohepriester, der Repräsentant der unabhängigen Staatsgewalt Judäas, und zu ihren Mitgliedern gehören nunmehr nicht nur Vertreter von geistlichen, sondern auch schon von politischen Parteien ...“ Dieser umgebildete Staatsrat, dessen Betätigungsfeld bedeutend umfassender war, erhielt nun den in *Griechenland* üblichen Namen *Synedrion*, was gleichzeitig auf den Einfluß der dortigen Philosophie und der ihr entsprechenden politischen Ideen hinweist, die auf diesem Wege doch noch in *Judäa* eindringen, indem sie gleichzeitig den Widerstand gegen hellenistische Willkürherrschaft befruchteten!²⁶

Das Synedrion hatte Gesetzgebungs- und Gerichtskompetenzen. „Da ... der gesamten jüdischen Gesetzgebung der geheiligte *Thora-Kodex* mit all seinen unantastbaren Vorschriften zugrunde lag, so beschränkten sich die Aufgaben des Synedrion formell auf die *Auslegung* der einen oder anderen Bestimmung des Gesetzbuches für den vorliegenden praktischen Rechtsfall; in Wirklichkeit erweiterte sich aber diese ‚Auslegung‘ bis zu den Grenzen selbständiger *Rechtsschöpfung*, wie sie das ... Leben gebieterisch verlangte.“ Dem „*Talmud*“ nach hätte das Synedrion auch das Recht der *Entscheidung über Krieg und Frieden*, sowie der *Ernennung* von lokalen Richtern und Beamten besessen; ebenso hätte es in seiner Kompetenz gelegen, Leute, die Juden zum Abfall vom wahren Glauben verführen wollten, „falsche Propheten“ und sogar einen vom rechten Wege *abgeirrten Hohepriester* zu *verurteilen*.²⁷

²³ Für den ganzen Abs. vgl.: Berve, a. a. O., II S. 332—334, 336—338; Kahrstedt, a. a. O., S. 234—239, 282f.; Dubnow, a. a. O., II S. 60—90. Vgl. oben Anm. 22 und b. Anm. 1.

²⁴ Dubnow, a. a. O., II S. 90, 139ff.

²⁵ Vgl. oben Kap. 1 (II) b. Anm. 24 und in diesem Abschn. b. Anm. 2.

²⁶ do., II S. 140 vgl. 143.

²⁷ do., II S. 141f.

Die Zusammensetzung dieser obersten Behörde, deren genaue Beststellungsart nicht abgeklärt ist, war recht bunt. Dominierend waren anfänglich die Vertreter des Geschlechtsadels und die geistlichen Würdenträger, später „die Vertreter des Gelehrtenstandes, erfahren in der *Rechtsauslegung* und streng in der Hochhaltung der *nationalen Gebote*“. In den Auseinandersetzungen im Rat fanden auch die Kämpfe zwischen den *politischen* Parteien, die sich nun bildeten, ihren Niederschlag: die *Pharisäer* traten für Fortführung der inneren Festigung unter Absonderung gegen außen ein; die *Sadduzäer* wollten, daß das jüdische Volk eine eigentliche *politische* Nation werde, „gleich den andern Völkern seines Ranges“, daß sich ein von der Kirche emanzipiertes Staatswesen bilde, das „gleich jedem anderen regen Anteil an dem Getriebe der internationalen Politik [nehmen], Krieg führ[en], Bündnisse schließ[en] und die Erweiterung seines Landgebietes und seiner Einflußsphäre anstrebb[en] sollte“. ²⁸

So mußten denn die *Pharisäer* zur Verwirklichung ihrer „*civitas Dei*“ bald wieder die *Widerstandstradition der alten Propheten* gegen die etatistischen Tendenzen der *Sadduzäer* und die monarchistischen Priesterfürsten fortsetzen. Andererseits wehrten sich die *Sadduzäer* gegen allzugroße religiöse Intoleranz, wobei sie zwar nicht etwa den jüdischen Glauben verunreinigen wollten, wie das früher die Förderer fremder Kulte und diejenigen der Mischkulte taten; naturgemäß waren aber die oft grauenhaft blutigen politischen Kämpfe doch auch mit religiösen und dogmatischen Streitigkeiten verbunden. ²⁹ Dabei konnte sich vor allem der Widerstand der *Sadduzäer* auf das Synedrion stützen: die *konstitutionelle* Grundlage des Staates war jetzt anscheinend zeitweise verwirklicht ³⁰.

Wenn nun die *Hasmonäer* auch selbst eine Monarchie begründeten und, als sie über die Besetzung des Thrones in Streit gerieten, schließlich sogar den Pompeius ins Land riefen, der die Gelegenheit benützte, es vom nunmehr *römischen Syrien* abhängig zu machen ³¹, so blieb doch jener Widerstandsgeist erhalten, der das „Volk GOTTES“ seit seinen Anfängen erfüllt hatte; ja, gegenüber den Willkürlichkeiten zunächst der von den Römern protegierten Syrer, später der römischen Verwaltung selber, nahm dieser Widerstandsgeist immer mehr eine ausgesprochen nationale Färbung an, während das eigentlich religiöse Moment zurücktrat. Es waren nun eben wieder wie z. T. in den frühesten Zeiten weniger die Verehrung „Jahwes“ und die Verkündigung seiner seiner Lehre beeinträchtigt als die Möglichkeit, sein Gesetz und die in seinem Sinne verstandene Gerechtigkeit zur Auswirkung zu bringen.

²⁸ do., II S. 143 f.

²⁹ do., II S. 143—147, 149, 187—200, 517—574 (Anhang N. 2). Über die blutigen Kämpfe vgl. z. B. do., II S. 159—162.

³⁰ Es sind hier freilich nur Vermutungen möglich; vgl. do., II S. 140, 165—169.

³¹ Dubnow, a. a. O., II S. 70—83; Kahrstedt, a. a. O., S. 318, 335, 343, 364 f.; vgl. auch „Brutus“ a. a. O., W. S. 148/Z. S. 164.

In diesem Falle war aber naturgemäß die Einigkeit gegen die Bedrücker nie ganz zu erreichen. Zwar wurde die Berechtigung des Widerstandes gegen unrechtmäßige Gewalt nicht nur für die staatlichen Würdenträger, auch für „Erweckte aus dem Volk“ in der jüdischen Lehre, wie früher, im großen und ganzen bejaht; doch stellte sich die Frage, wie wir wissen, kaum als eine juristische, sondern als eine ethisch-religiöse, eine theologische. An die Rechtmäßigkeit einer Herrschaft wurden dabei uns heute eigenartig anmutende Maßstäbe angelegt: Abfall vom Glauben galt als schlimmer als ein paar Morde!³²

Die *Pharisäer* hatten eben, „wie sie das religiöse Widerstandsrecht ausbildeten, so anderseits die Lehre vom duldenden Gehorsam [schon] in wesentlich derselben Weise wie [später] die *Christen* dem Widerstandsrecht entgegengestellt ...“ Sie betrachteten vielfach wie diese „die Politik lediglich unter religiösem Gesichtspunkt, mit dem einzigen Ziel der strikten Erfüllung des ‚Gesetzes‘. Wo die weltliche Macht sie hieran hinderte, organisierten sie sich zum Widerstand, im übrigen fügten sie sich allem ... Die Herrschaft der Heiden über Israel konnte ... hingenommen werden als eine Prüfung und Strafe des auserwählten Volkes für seine Sünde.“ Man hat diese Züchtigung geduldig zu ertragen, bis GOTT sie beseitigen wird, „soweit eben nicht die Befolgung des Gesetzes in Frage gestellt wird“. Eine andere Richtung vertrat freilich eine aktivere Politik; deren Vertreter verbanden mit der Vorstellung der „Erwählung Israels“ diejenige „von zwei einander ausschließenden Staaten, Israel mit seinem König GOTT und Heidenherrschaft“. „Mit allen Mitteln“ wäre deshalb „das Reich des auserwählten GOTTES“ jeweilen „herzustellen und die widerrechtliche Okkupation des Gotteslandes durch die Gottlosen zu bekämpfen.“ „Da jede Heidenherrschaft im Grunde doch die Ausübung des Gesetzes einengte, so konnte diese Richtung wohl volkstümlicher ... werden“ als jene.³³

Von solchem unversöhnlichen Standpunkt aus hat dann später die Masse der *Pharisäer* dem Herodes den Eid verweigert und hat sich schließlich auch die Umsturzpartei der *Zeloten* gebildet.³⁴

Immer mehr gelangten nun die Judäer in die Abhängigkeit der *Römer*, die in den Ostgebieten in die Fußtapfen der Griechen traten, nachdem sie diese im Mutterland unterworfen hatten. Der griechische Einfluß und der Einbezug ins Römische Reich schufen die Bedingungen, unter denen Christus die jüdische Lehre durch seine gewaltige Glaubensbotschaft ausweiten und erneuern konnte. Hatten schon im 6. Jhd. in Ägypten und Babylon, dann seit dem 1. Jhd. v. Chr. und vor allem nach der Zerstörung *Judäas* im 1. und 2. Jhd. n. Chr. in Griechenland und Rom zahlreiche jüdische Emigranten durch ihre Wirksamkeit

³² Vgl. Kern, WR, S. 206—209 m. Anm. 385—387.

³³ Schürer, Geschichte, II S. 395 f.

³⁴ do., II, S. 396; Dubnow, a. a. O., II S. 283 f., 293, 367, 376, 408 bis 413 u. a.

und durch die Werbung von Proselyten *israelitischen* Geist verbreitet, so trugen dann vor allem die *Christen*, nicht zuletzt dank griechischer Vermittler den Geist des *duldenden Ungehorsams*, gleichzeitig aber auch den *biblischen Widerstandsgeist* ins Herz des siegreichen Imperiums und damit in alle Völker der Welt.³⁵

Damit wären wir mit unserer Betrachtung an dem Punkte angelangt, wo die jüdische Gebirgskette wie die griechische Bergwelt für lange Zeit im *römischen* Massiv aufgeht. Mit einer kurzen Beschreibung der römischen Rechtsauffassungen und der Begegnung der griechischen Politik mit ihnen wollen wir daher unsere Untersuchung abschließen.

II. Der Widerstand für die Bürgerfreiheit bei den alten Römern und die Begegnung der griechischen Politik mit den römischen Rechtsauffassungen

A. Revolutionäre Vorgänge und Widerstand in frühester Zeit

Wenn wir mit der Betrachtung des „Römergebirges“ dort beginnen, wo es sich aus den „Niederungen vorgeschichtlicher Entwicklung“ zu erheben beginnt, so sehen wir am Anfang nur in gröbsten Umrissen durch die „Nebelschwaden“ der Sage hindurch, daß es dort zur Vereinigung verschiedener, im Laufe der Zeit angesiedelter Kolonengruppen unter einem *König* kam, während sie sich alle von ihren *latinischen* und *sabinischen* Muttergemeinden lösten³⁶; zu ihnen stießen anscheinend bald auch Leute, die sich in den Grenzgebieten *Privat-eigentum* abgesteckt hatten (*Horatier*)³⁷, ferner die Bürger erobelter Grenzorte und Einwanderer verschiedenster, teilweise wohl *etruskischer* Nationalität, welche in *Rom* entweder das Gastrecht behielten oder, ob sie nun ein solches erhalten hatten oder nicht, ins patrizische *Bürgerrecht* aufgenommen wurden oder in die „*Klientel*“ einer Patrizierfamilie traten oder schließlich, wie auch die ehemaligen „*Klienten*“, die das Verhältnis zu ihrem „*Patron*“ gelöst hatten, in der an den *Kuriatskomitien* nicht stimmberechtigten *Plebs* aufgingen; als dann um 600 v. Chr. herum die *Etrusker*³⁸ ihre Macht über einen

³⁵ Für die Entwicklung im 1. u. 2. Jhd. n. Chr. vgl.: Kern, WR, S. 206 bis 208 (m. Anm. 386); Dubnow, a. a. O., II S. 430—470, II S. 47—67.

³⁶ Vgl. Fustel, Staat, S. 153—159 / Cité, S. 151—157; Mommsen, Geschichte, I S. 47—55; Piganiol, Rome, S. 27f., 33f., 37 (Lit.); Meyer, Staat, S. 17—20.

³⁷ Diese Deutung des Kampfes zwischen *Horatiern* und *Curiatiern* ist freilich erst eine unsichere Hypothese. Sie müßte in einer besonderen Arbeit auf ihre Wahrscheinlichkeit untersucht werden. Vgl. für verwandte Vorgänge in der griechischen Geschichte: oben Kap. 2 (If.) Anm. 3 u. 21, Kap. 3 (II) b. Anm. 17.

³⁸ Vgl. Pirenne, Courants, S. 175; Kahrstedt, Altertum, S. 23; Piganiol, Rome, S. 28f., 34, 39 (Lit.); Meyer, Staat S. 18—20, vgl. S. 422

großen Teil Italiens ausbreiteten, errichteten sie auch über Rom zumindest eine Art Protektorat, während ein reicher etruskischer Unternehmer³⁹ angeblich *korinthischer* Abstammung die römische Königswürde erlangte, worauf es zur Aufnahme zahlreicher etruskischer Vornehmer als römischer Bürger und sogar als Senatoren kam, während sich auch der griechische Einfluß, der vielleicht schon bei der Gründung der Mutterstadt Alba („*Aeneas*“) eine Rolle gespielt hatte, durch etruskische Vermittlung und wohl auch einzelne Einwanderer spürbar machte. Unter „*Servius Tullius*“⁴⁰ scheint die staatliche Integration dadurch vollendet worden zu sein, daß die *Plebs* in die *Armee* aufgenommen wurde und die letztere erstmals in Form der *Zenturiatskomitien* mit Beteiligung aller Römer nach Vermögensklassen zu politischen Zwecken zusammengerufen wurde;⁴¹ gleichzeitig hatte sich die römische Stadtgemeinde als Ganzes, die anfänglich wohl eine *Untertanengruppe*, dann ein *Glied* des *latinischen Bundes* war, nun zu dessen *Haupt* entwickelt, wobei wohl auch Sabinergemeinden mittaten^{42, 43}. Ähnlich wie später in *Franco-Gallien* bei der Loslösung vom Römerreich und bei dessen Erneuerung durch Karl den Großen oder noch eher wie beim *nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg*, den darauffolgenden Kämpfen und der nunmehrigen Führung der Angelsachsen und ihrer Verbündeten durch die USA., kündete sich hier, freilich in einem mehrhundert- bzw. tausendfach kleineren Maßstab und bei viel weniger fortgeschrittenem Gesellschaftszustand, ebenso ein neues, *freiheitlicheres* politisches Ethos an.

Dabei scheint hier von Anfang an jeder volljährige und vollbürtige Angehörige einer gens durch Teilnahme an der *Volksversammlung* in direkter Beziehung zur Einheit gestanden zu haben, während bei den *Griechen* zunächst einzig die durch ihre Oberhäupter vertretenen Geschlechter als Ganze die Phratrien, diese wiederum durch ihre Vorsteher die umfassendere Einheit bildeten; dafür mußte aber die griechische Geschlechterorganisation wie später der *französische* Feudaladel im Zuge der Demokratisierung rasch sowohl ihre politische als auch ihre soziale Bedeutung verlieren; die römischen „Väter“ hingegen konnten den eigenen Bereich, den sie sich, ähnlich wie die *englischen Lords* bei der Bildung des Parlaments oder die *schweizerischen Kantone*

bis 424 (Anm. 25—28). Die Verneinung entscheidender etruskischer Einflüsse durch Mommsen [Geschichte, I S. 43 f.] gilt heute als widerlegt.

³⁹ So vor allem Ure, *Tiranny*, S. 216—226.

⁴⁰ oder in der so benannten Zeitperiode.

⁴¹ Livius, a. a. O., I Kap. 41, 46; Fustel, *Staat*, S. 320 f., 350 f. / *Cité*, S. 294, 340 f.; Mommsen, a. a. O., I S. 88—90, 92—95; Meyer, a. a. O., S. 23 f.

⁴² Vgl.: Livius, a. a. O., I Kap. 45; Dionys, *Altertümer*, IV Kap. 48 f.; Fustel, *Staat*, S. 440 f. / *Cité*, S. 430; Triepel, *Hegemonie*, S. 440—443 und dort zit. Lit.

⁴³ Vgl. für alles Vorstehende insb. die Übersicht bei Meyer, *Staat*, S. 11—34.

bei der Schaffung des Bundesstaates, sowohl in ihren *Familien* als Freiheit *vom* gemeinsamen Staat als auch in der Institution des *Senates* für ihre persönliche Mitwirkung *im* Staat gesichert hatten, gerade darum hartnäckig und sicherer behaupten, weil sie die Verantwortung für das Ganze früh mit der nichtplebejischen Gesamtbürgerschaft geteilt hatten.⁴⁴

Wenn sich z. B. das auf dem pluralistischen altgermanischen Staatsaufbau beruhende *angelsächsische* Widerstandsrecht nach der normannischen Eroberung nur in um so schärfer profilierter Form allmählich wieder durchsetzte und über die *Magna Charta* und die *Oxford Provisions* bald zum dualistischen Widerstandsrecht des *britischen Parlaments* führte, so hat sich wohl auch in *Rom* seinerzeit im kleinen etwas Ähnliches vollzogen; das scheint uns aus der heute in den meisten Punkten angezweifelte, aber für die Beurteilung der großen Züge der Entwicklung noch immer maßgebenden Königssage hervorzugehen; diese und die Kommentare römischer Autoren dazu spiegeln, soweit sie den tatsächlichen Geschichtsablauf nicht richtig wiedergeben, doch mindestens die später bei ihrer Abfassung vorherrschenden Rechtsauffassungen wider, die ihrerseits dank solcher anschaulicher Form nachhaltiger und länger auf das *Volk* einwirken konnten; für das Gebiet des Verfassungsrechts wurde übrigens die Überlieferung noch von Mommsen⁴⁵ sogar als weitgehend glaubwürdig angesehen. Wenn wir Fustel de Coulange⁴⁶ so weit folgen, als dem nicht die Kritik Piganiols⁴⁷ entgegensteht, so haben jedenfalls in der römischen Königszeit tatsächlich einerseits die jüngeren Patriziersöhne, die Klienten und die Plebejer für ein *besseres Recht* gekämpft und die meisten Könige zu einem entsprechenden *revolutionären Vorgehen* geneigt, andererseits das Patriziat, insbesondere der Senat, *Widerstand* für das *alte Recht* geleistet. Dabei gingen nach der Überlieferung insbesondere die Senatoren oft recht *gewaltsam* vor, was sie freilich anfänglich auch nach vollbrachter Tat zu verheimlichen suchten, so indem sie vorgaben, die Himmlischen hätten Romulus zu sich genommen⁴⁸; immer offener schritt man jedoch zur Ermordung „tyrannischer“ Herrscher und sogar ihrer Familien⁴⁹, je stärker die Berechtigung dazu *moralisch* anerkannt wurde und je mehr sich der Vorsatz, auf

⁴⁴ Das ergibt sich einerseits aus Mommsen [Geschichte, I S. 23—26, vgl. 62, 67—69], andererseits aus Huber [Staatsbegriff, S. 3]. Vgl. Meyer, Staat, S. 17—20, 24—30, 32 f.; Fustel, Staat, S. 283 f., 300, 311—321 / Cité, S. 275 f., 292, 302—312.

⁴⁵ Geschichte, I S. 66. Sonst war schon er kritisch: do., I S. 45—47; vgl. Meyer, a. a. O., S. 34.

⁴⁶ Staat, S. 284 ff. / Cité, S. 277 ff.

⁴⁷ Rome, S. 31.

⁴⁸ Livius, Geschichte, I Kap. 15 f.; Fustel, Staat, S. 300 f. / Cité, S. 292 f.

⁴⁹ Livius, a. a. O., I Kap. 30 f., 40, 47, 49—52, 57—60; Fustel, Staat, S. 302—305 / Cité, S. 294—296.

solche Weise das alte Recht zu schützen, zu einem eigentlichen *Widerstandsrecht* verdichtete; es scheint, daß ein solches seit der Wahl des „zweiten“ Königs (Numa) vor allem der Senat, aber auch die Kuriatskomitien zumindest implizite auf eine gegenseitige, wohl eidlich bekräftigte Vereinbarung⁵⁰ stützen konnten, die auch für den jeweiligen König verbindlich sein sollte; diese „Wahlkapitulation“, ferner wohl der patrizischen Volksversammlung als Gegenleistung für die Erteilung besonderer Vollmachten⁵¹ seitens des „*Tullus Hostilius*“ gemachte Zusicherungen, sowie aus der durch „*Servius Tullius*“ vorgenommenen Befragung der patrizisch-plebejischen Zenturiatskomitien hergeleitete *Mitwirkungsrechte*⁵² derselben ermöglichten es schließlich „*Brutus*“, „*Lucretius*“ und ihren Helfern, ihren Widerstand gegen die Tyrannis des gewalttätigen und maßlosen Tarquinius Superbus, sowie indirekt die darauffolgende restaurative Revolution, zu legitimieren.⁵³ Daß dazu ein *Reiteroberst*⁵⁴ die Initiative würde ergreifen dürfen, das war freilich kaum vorgesehen; jedenfalls hat später Cicero⁵⁵ auf diesen Mangel einer speziellen amtlichen Kompetenz hingewiesen, indem er sagte: „*Brutus*, obwohl ein *Privatmann*, nahm sich des ganzen Staates an und lehrte so als erster, daß, wenn es um die Erhaltung der Freiheit der Bürger geht, *keiner* ein *Privatmann* sei.“ Damit gab der große Staatsmann und Staatstheoretiker fast fünf Jahrhunderte später die erste und zugleich konziseste Definition des monistisch gedachten, einem jeden zustehenden Widerstandsrechts, dessen Keim in Rom wohl effektiv in der Tat des „*Brutus*“ gelegen haben dürfte, der aber seinerseits sich auf das ältere *dualistische Widerstandsrecht*⁵⁶ der freiheitlichen Monarchie gestützt hatte. Besonders interessant ist es, daß die Tradition dabei nicht auf die etruskische Herkunft, ja nicht einmal generell auf den fehlenden *Rechtstitel* des Tarquinius ein besonderes Gewicht legt, sondern vor allem seine unrechtmäßige *Ausübung* der Herrschaft betont, also schon den Widerstand auch gegen diejenige Tyrannis, die wir „*quoad usum*“ (sowohl „*propter titulum*“, als auch „*exercitio*“) nennen, verherrlicht.⁵⁷

⁵⁰ Livius, a. a. O., I Kap. 17f.; Cicero, *De re publica*, II Kap. 12f. Fustel, Staat, S. 300f. / Cité, S. 292f. Vgl. Meyer, Staat, S. 23f.

⁵¹ Livius, a. a. O., I Kap. 22; Fustel, Staat, S. 301f. / Cité, S. 293f.; vgl. Meyer, Staat, S. 23f., 26. Vgl. auch Cicero, a. a. O., II Kap. 13, 17, 20.

⁵² Vgl. oben b. Anm. 41.

⁵³ Livius, a. a. O., I Kap. 47—52, 57—60; „*Brutus*“, *Vindiciae*, W. S. 143/Z. S. 157f.; Fustel, Staat, S. 303—305 / Cité, S. 295f.; Mommsen, Geschichte, I S. 245f.; Ure, *Tiranny*, S. 223—226. Vgl. auch Mommsens [a. a. O., I S. 80] Aufzählung der dem *römischen Bürger* selbst der *Gemeinde* gegenüber damals zustehenden Rechte.

⁵⁴ Vgl. dazu z. B.: Mommsen, Staatsrecht, II¹, S. 177 (m. Anm. 1—4) / 2. Ausg. S. 169; Geschichte, I S. 246 (Anm. *).

⁵⁵ *De re publica*, II Kap. 25 (I, S. 202f.); vgl. auch Livius, I Kap. 57—60.

⁵⁶ Als Beispiel für das Widerstandsrecht wird die Verteidigung der Könige von Althusius [Politica, Kap. 38 Abschn. 45 (S. 386)] erwähnt.

⁵⁷ Vgl. oben Einl. (IV D) b. Anm. 67—70.

B. Der Widerstand gegen staatliche Willkür in der Republik und die institutionelle Verkörperung des Widerstandsrechts im Volkstribunat

Das Resultat des erfolgreichen Abschlusses dieser Widerstandstat war jedenfalls die Gründung einer *aristokratischen Republik*, in der nun der Senat dank der *Annuität* des höchsten Amtes, dessen Inhaber damals noch „Prätoren“ genannt wurden, eine starke Stellung hatte.⁵⁸ Fast alles Übrige ist umstritten; wir sind geneigt, anzunehmen, daß die Prätoren schon damals zum Kampf gegen die ehemaligen Königsanhänger sowie gegen die unzufriedene Plebs⁵⁹ einen großen Teil des *königlichen Imperiums*⁶⁰ erhielten, daß aber der *Senat* zur Verhinderung von Willkürakten auch in der allerersten Zeit die *Doppelbesetzung* des Amtes⁶¹ und somit die Möglichkeit des *kollegialen Dazwischentretens* („Interzession“)⁶¹, sowie, zusammen mit den *Kuriatskomitien*, seine Beschränkung einführte, vielleicht durch ein zumindest mehrheitlich patrizisches *Konsilium* der *Tribunen* und in Kapitalsachen wohl durch die bei Uneinigkeit der Behörden eintretende *Provokation* an jene allgemeine patrizische Versammlung⁶², womit gleichzeitig, ähnlich wie in *Sparta*, der patrizische Staat eine möglichst breite Basis erhalten sollte.

Wer somit aus dem alten dualistischen, ja teilweise pluralistischen Widerstand eine weitgehend monistische, staatlich fest organisierte

⁵⁸ Vgl. Mommsen, Staatsrecht, I S. 208, 310—314 / 2. Ausg. S. 294, 296—299; III² insb. S. 994, 1022—1044, 1063—1099, 1111—1140, 1148, 1174; Geschichte, I S. 247 f., 255—257; Piganiol, Rome, S. 45 f.; Meyer, Staat, S. 64, 196, 199, 205, 262. Weiter geht Heuss [Oberbeamten, S. 79—84]. Vgl. auch Althusius, a. a. O., Kap. 38⁸¹ (S. 394).

⁵⁹ Wie das Heuss [a. a. O., S. 119—121] als eine Voraussetzung für die Gewährung eines eigentlichen konsularischen Imperiums annimmt; diese Situation war aber wohl schon zu Beginn der Republik vorhanden und dürfte sich später nur leicht verstärkt haben. Unsere Erkenntnis muß freilich auch hier hypothetisch bleiben (so auch do., S. 133).

⁶⁰ Über dessen Kraft und deren Übertragung auf die konsularische Gewalt s. Meyer, Staat, S. 20—23, 35, 109 ff. u. a.; Francisci, Storia, S. 203 f.; Piganiol, a. a. O., S. 47. Als noch stärker faßte Mommsen [Staatsrecht, I S. 6 f., 116 ff., II¹ S. 16 f., 74, 93 f. / 2. Ausg. I S. 6 f., 114 ff., II S. 15 f., 71, 89 f.] die königliche Gewalt auf, während Heuss [a. a. O., S. 59 f., 64—67] sie umgekehrt als schwach und die Macht des „Prätors“ als anfänglich ganz gering ansieht. Vgl. dazu oben Anm. 58 f.

⁶¹ Vgl. Mommsen, Staatsrecht, I S. 27 ff., insb. S. 28—32, 34—44, 48—54, II¹ S. 89 f. / 2. Ausg. S. 27 ff. insb. S. 28—31, 33—43, 47—53, II¹ S. 85 f. S. insb.: Francisci, Storia, S. 202 f., und Meyer, Staat, S. 35 f., 103—111 insb. 106 f. (Wiedergabe und Zurückverweisung neuerlich geäußerter Zweifel), 196.

⁶² Dies ist erst eine vorläufige, auf der Auffassung von Schmidt [Vorgeschichte, S. 115 f. (m. Anm.)] aufgebaute Hypothese, die noch eingehend in einer besonderen Arbeit auf ihre Wahrscheinlichkeit untersucht werden müßte.

Sicherung der Rechte der Patrizier hervorgegangen, so entstand aber zwischen der von diesen geführten Aristokratie und den *Plebejern* sofort ein neuer Dualismus; die letzteren, die im patrizischen Staat nun wirklich nichts als *Privatleute* waren, machten jetzt ihm gegenüber in neuer Form jenes Widerstandsrecht geltend, dem er seine Entstehung verdankte. Die willkürliche Behandlung seitens des Patriziats gab ihnen den inneren Grund, die von den Patriziern zur Schau getragene freiheitliche, antihierarchische Gesinnung aber zugleich den Ansporn und der Geist, den die neue Verfassung atmete, vielleicht den ungeschriebenen Rechtstitel, die Gleichstellung in bezug auf den Rechtsschutz des Einzelnen zu verlangen;⁶³ *griechischer* Einfluß⁶⁴ war vielleicht als Katalysator am Werk, änderte aber nichts am *römischen* Sondercharakter der Bewegung.

So leistete denn anscheinend bald das über den Anblick eines in Schuldknechtschaft Mißhandelten empörte Volk erfolgreichen Widerstand gegen die Wiedereinbringung des Flüchtlings und ging gewaltsam gegen die „unmenschlichen“ Formen dieser Institution vor.⁶⁵ Da der Senat aber die bei diesem Anlaß abgegebenen Zusicherungen nicht eingehalten hätte, kam es dann erneut zum Widerstand durch den berühmten Auszug der Plebejer auf den „*heiligen Berg*“.⁶⁶ Hier schlossen sie sich, wie das damals bei den *italischen* Völkerschaften des öftern die Teilnehmer an Kriegszügen und in Kampanien auch die Kampfgenosser in der Auseinandersetzung zwischen den Ständen taten, zu einer eidlich gebundenen und militärisch organisierten Gemeinschaft zusammen; dabei verpflichteten sie sich den Göttern gegenüber besonders, Leib und Leben ihrer Führer zu schützen, so daß diese ihnen fortan ihrerseits einen um so wirksameren Schutz gegen die Willkür der Patrizier würden verschaffen können; so wählten sie anscheinend zunächst

⁶³ In diesem Sinn auch: Cicero, *De re publica*, I Kap. 40, II Kap. 31—33 (I S. 106f., 210—219). Vgl. Niccolini, *Tribunato*, S. 47 (Parallele zwischen patrizischen und plebejischen Widerstandsformen).

⁶⁴ Vgl.: Ure, *Tiranny*, S. 231f., 240 (Anm. 2), 250—253; Niese, *Römer*, S. 210 vgl. 215 (z. T. überholt); Altheim, *sacrata*, S. 24, 44; Pirenne, *Courants*, S. 182f.; Kahrstedt, *Altertum*, S. 23f., 34f. über den auffälligen Rückgang der Beziehungen zu Griechenland im 5. Jhd. vgl.: Ernst Meyer, *Staat*, S. 34f., sowie die do., S. 426f. (Anm. 2) zit. Lit. Niccolini [*Tribunato*, S. VII f.] lehnt die Auffassung ab, wonach das Volkstribunat selber irgendwie auf griechische Beispiele zurückgehe, was aber sonstigen griechischen Einfluß in der damaligen Zeit nicht ausschließt. Einfach von einer Parallelität der römischen mit der griechischen Entwicklung sprechen vor allem Fustel [a. a. O., *passim*] und Eduard Meyer [u. a. *Tribunat*, S. 353, 369f., 372]. Vgl. oben Kap. 4 (IV) Anm. 55.

⁶⁵ Cicero, *De re publica*, II Kap. 33f. (I S. 218—221); Montesquieu, *Lois*, XI Kap. 15 (I S. 171).

⁶⁶ Cicero, a. a. O.; Livius, a. a. O., II Kap. 23f., 32f.; Niccolini, *Tribunato*, S. 29f.; Altheim, *sacrata*, S. 22 (m. Anm. und dort zit. Lit.), 23, 28; Francisci, *Storia*, S. 243; eine andere Darstellung gibt Eduard Meyer [*Tribunat*, S. 372—279 (Anh.)].

zwei Standesgenossen, von denen der eine vielleicht bereits vorher „Tribun für die Plebs“ gewesen war, zu „Volkstribunen“.⁶⁷

Daraufhin kam es ähnlich wie zwischen zwei selbständigen Völkern⁶⁸ zu Verhandlungen, die damit endeten, daß die Patrizier den plebejischen Volkstribunen anscheinend die *cooptatio* (dreier?) weiterer, von den Kuriatskomitien ernannter „Tribunen für die Plebs“⁶⁹ ermöglichten und allen diesen Volksbeschützern innerhalb des Stadtgebietes die *Unverletzlichkeit*, wohl durch Anerkennung des plebejischen Eides, der vielleicht erst dadurch zur ersten „*lex sacrata*“ wurde⁷⁰, zusicherten, wogegen sich die Plebs zur Rückkehr in die Stadt und wohl auch zum Gehorsam gegenüber dem gemeinsamen Staat verpflichtete, soweit nicht die Willkür der Magistrate einen der Volkstribune veranlassen würde, *dazwischenzutreten*. So erhielten die letzteren durch eine Art „Bundesvertrag“⁶⁸ das Recht „*auxilium ferendi*“, d. h. „auf eigenen Antrieb oder auf Hilferuf hin, den [plebejischen] Bürger zu schützen, der sich durch Handlungen und Befehle der staatlichen Beamten, die ja immer noch ausschließlich Patrizier waren, bedroht und in seinem Recht verletzt fühlte“.⁷¹ Aber dieses „*Interzessionsrecht*“ der Volkstribune war vorläufig weder von den Patriziern *innerlich* anerkannt, noch durch den patrizischen Staat gegen *Privataktionen* patrizischer Bürger geschützt; anderseits benützten es die Tribune nicht nur, um an plebejischen Komitien rechtlich bindende Beschlüsse fassen zu lassen, sondern sie betätigten sich auch als *Richter*, selbst gegenüber Patriziern, und scheuten zudem nicht davor zurück, ziemlich zweifelhafte Elemente, ja wohl sogar Verbrecher in Schutz zu nehmen.⁷²

So kam es immer wieder zu Zwischenfällen und eigentlichen Kämpfen,⁷³ bei welchen die die Innerstadt beherrschende *Plebs* dem auf der Landschaft noch allmächtigen *Patriziat* jeweilen mit Erfolg Widerstand leistete⁷², bis schließlich um die Mitte des 6. Jhd. dieser

⁶⁷ So Ernst Meyer, Staat, S. 40—43; nach Altheim, *sacrata*, insb. S. 25—29, 33f. Die ursprüngliche Zahl der Tribunen ist umstritten.

⁶⁸ Livius [a. a. O., IV Kap. 6] sprach gelegentlich von einem „*foedus ictum cum plebe*“, was Dionys [Altertümer, VI Kap. 84, 89, VII Kap. 40, XI Kap. 55] weiter ausmalte. Vgl.: Fustel, Staat, S. 357 / Cité, S. 347; Mommsen, Staatsrecht, II¹ S. 287f. (Anm. 2) / 2. Ausg. S. 277; und vor allem die Darstellung Franciscis [Storia, S. 248f.].

⁶⁹ Dies ist freilich nur eine Hypothese, die in einer besondern Arbeit begründet werden müßte.

⁷⁰ Entsprechend den Vorstellungen Franciscis [a. a. O., S. 243—249]. Anders sieht es Altheim [*sacrata*, insb. S. 23], mit dessen Interpretation [do., passim] unsere Darstellung im übrigen nicht im Widerspruch steht.

⁷¹ Ernst Meyer, Staat, S. 43. Vgl. Niccolini, Tribunato, S. 27—36, 47; Franciscis, a. a. O., S. 250f.

⁷² Livius, II Kap. 34ff., IV Kap. 1ff.; Fustel, Staat, S. 360—363 / Cité, S. 351—353; Eduard Meyer, Tribunat, S. 369f.

⁷³ Vgl. auch die heute freilich angezweifelte Berichte über den Sturz der *Decemviri* z. B. bei Cicero. De re publica, II Kap. 37, III Kap. 22 (I S. 224—227, II S. 50f.); Montesquieu, Lois, XI Kap. 15.

bürgerkriegsähnliche Zustand durch ein neues Übereinkommen überwunden wurde. Der Plebs wurden nun zehn Volkstribune zugestanden und diesen die Unverletzlichkeit durch eine neue, wohl von der Gesamtgemeinde (Zenturiatskomitien) beschworene „*lex sacrata*“ in dem Sinne garantiert, daß derjenige, der sich an einem von ihnen vergriff, im Namen Jupiters von jedermann, sogar von einem Patrizier, getötet werden durfte, ohne daß dieser eine Strafe riskierte; anderseits mußte nun der *Tribun*, während er anscheinend mindestens in der Praxis auch die Urteile der Zenturiatskomitien anerkennen mußte, sich jedenfalls an diese wenden, wenn er erreichen wollte, daß ein Bürger mit einer höheren Buße oder einer *Kapitalstrafe* belegt würde.⁷⁴ In einzigartiger Weise hat sich so das *dualistische Widerstandsrecht*, welches der römische Staat, um die an sich gerade in ihm den Magistraten verliehene Allmacht zu beschränken, gegen sich selber anerkannte, im Volkstribunat institutionell verkörpert; niemals in der bisherigen Geschichte ist wohl in so kühner und zugleich fruchtbarer Weise ein *völkerrechtliches* Element ins *Staatsrecht* einer Nation eingefügt worden, wie in Rom durch das Vetorecht der plebejischen Tribune.⁷⁵

Während nun dieses Volkstribunat immer mehr in den gemeinsamen Staat hineinwuchs, entfaltete es eine auch für das Ganze segensreiche⁷⁶ Tätigkeit. Die Interzession der plebejischen Führer sicherte die Rechte des Einzelnen, zunächst nur des Standesgenossen, jedoch bald oft ebenso des Patriziers, bei der *Behandlung des Schuldners* durch seinen Gläubiger, so daß es schließlich nach anderthalb Jahrhunderte langen Kämpfen zur völligen *Abschaffung der Schuldknechtschaft* kam; die Interzession dehnte aber auch den Schutz gegenüber dem willkürlichen magistratischen *Hinrichtungsbefehl* auf die Plebejer aus und erweiterte ihn zugleich zu einer Sicherung gegen willkürliche Behandlung bei der *Steuereintreibung*, beim *Heeresaufgebot* und bei der *polizeilichen Verfügung*.⁷⁷ Die im Schutze des tribuzinischen Interzessionsrechts abgehaltenen Plebejerversammlungen erließen nun „*plebis scita*“, welche bald auch für die Gesamtbürgerschaft verbindlich wurden, sofern die

⁷⁴ Livius, a. a. O., III Kap. 55; Dionys, Altertümer, VI Kap. 89, X Kap. 32, 42, XI Kap. 55; Fustel, Staat, S. 357—360 / Cité, S. 347—351; Mommsen, Geschichte, I. S. 283—286; Staatsrecht, II¹ S. 297—301 / 2. Ausg. II S. 287—290; Niccolini, Tribunato, S. 37—52; Ernst Meyer, Staat, S. 42, 65, 163.

⁷⁵ Vgl. die ausgezeichneten Ausführungen Meyers [Staat, S. 43 f., 163], der hier ausdrücklich den widerstandsrechtlichen Charakter des Instituts betont, und schon das Lob des Volkstribunats als eines Widerstandsinstituts durch Althusius [Politica, Kap. 18 Abschn. 110].

⁷⁶ So Eduard Meyer [Tribunat, S. 354, 371, 377], Niccolini [Tribunato, insb. S. 187], Ernst Meyer [Staat, a. a. O.] und schon Bluntschli [Staatsrecht, 10 E (S. 682 f.)] u. Rousseau [Montagne, II⁹ (Beginn d. 2. Drittels) — S. 231 f. (m. Anm.)]. Vollkommen anderer Meinung ist hier Mommsen [Geschichte, I S. 275 vgl. 279].

⁷⁷ So stellt es Schmidt [Vorgeschichte, S. 115 f. (m. Anm.)] dar. Vgl. Eduard Meyer, Tribunat, S. 370 f.

„senatus auctoritas“ hinzukam, die schließlich (seit 287 v. Chr.) sogar im voraus dem „concilium plebis“ generell erteilt wurde, das aber nur über Anträge beschließen durfte, welche die Volkstribune gestellt und der Senat zuvor durchberaten hatte. Auch im Senat hatte man den Volkstribunen übrigens zur Vermeidung ihrer nachträglichen Interzession gegen Senatsbeschlüsse ebenfalls bald Aufnahme gewährt.⁷⁸ Gegen die Magistrate hatten unterdessen die Führer der Plebs die alte Perduellionsklage zum sogenannten *tribunizischen Perduellionsprozeß* vor den Zenturien umgestaltet, der sich zum eigentlichen Rechenschaftsprozeß gegen jeden Mißbrauch der Amtsgewalt entwickelte.⁷⁹

Die Interzession der Volkstribune, möglicherweise in der Frühzeit auch der Einspruch patrizischer Organe, zwang zudem anfänglich die Magistrate, sich jeweilen an die „größte Versammlung“, diejenige der Zenturien, zu wenden („referre“), wenn sie eine hohe Geld- oder gar eine Kapitalstrafe durchsetzen wollten.⁸⁰ Spätestens im Jahre 300 v. Chr. wurde nun dieser Rechtsschutz weiter ausgestaltet, so daß jetzt im Stadtgebiet jedem Bürger *automatisch* die Provokation an die Zenturien gegen einen Hinrichtungs- oder Auspeitschungsbefehl der ordentlichen Magistrate gewährt werden mußte; gleichzeitig oder etwas später wurde aber, wie (vielleicht schon etwas vorher) das tribunizische Interzessionsrecht, so auch das Provokationsrecht des Bürgers sogar gegenüber dem Diktator⁸¹ eingeführt. Schließlich wurde zu Beginn des 2. Jhd. v. Chr., also gerade in der Zeit, wo sich Rom in Griechenland einzumischen begann, das Auspeitschen römischer Bürger allgemein, auch im Felde, verboten und kurz darauf das Provokationsrecht in dem Sinne ausgedehnt, daß es von nun an den römischen Bürgern auch dann zustand, wenn sie sich außerhalb des Stadtgebietes befanden.⁸²

Bis zum Ende des 4. Jhd. hatten sich die Plebejer aber auch den Zugang zu allen Ämtern erkämpft, während sie die Patrizier allmählich ihrerseits in die *Widerstandsrolle* drängten, die der Senat seinerzeit schon gegenüber den Königen gespielt hatte. Durch die Zähigkeit und die freiheitliche Gesinnung, womit die *Patrizier* diesen durchaus „ehrenhaften und staatsklugen Widerstand“ führten⁸³, gaben sie der Plebs zu spüren, welchen Wert für einen richtigen alten Römer

⁷⁸ Vgl. die ausgezeichnete Darstellung bei Ernst Meyer, Staat, S. 179 bis 181, 185—189, 199. So „vereinigten“ sich also die Widerstandsorgane: s. insb. Niccolini, Tribunato, S. 64—68, vgl. 114—118.

⁷⁹ Mommsen, Staatsrecht, I S. 699, 702f., 705—708 / 2. Ausg. I S. 673, 676f., 679—682; Niccolini, Tribunato, S. 70 ff., 99—101; Brecht, Perduellio, S. 5 u. a.; Meyer, Staat, S. 164f.

⁸⁰ Diese Hypothese würde bis zu einem gewissen Grad der Auffassung von Heuss [a. a. O., passim] Rechnung tragen. Es würde zu weit führen, die im Text wiedergegebene, noch nicht gesicherte Interpretation hier zu begründen.

⁸¹ Mommsen, Staatsrecht, II¹ S. 164—166 / 2. Ausg. S. 156—158.

⁸² Meyer, Staat, S. 61f., 80, 87, 96, 124f., 150.

⁸³ Anders Mommsen, Geschichte [I S. 290f. vgl. 296ff.], der für die Widerstandsidee keinen Sinn hatte. Vgl. oben Anm. 76.

seine ererbten Rechte besaßen; dieses jahrhundertelange Ringen war kein „Bürgerkrieg“, sondern die notwendige politische Auseinandersetzung, um die *Plebs* ihre *Rechte achten* und den Sinn der *Freiheit* in seiner vollen Größe *erfassen* zu lehren. In ihrer Auseinandersetzung steigerten sich so Patrizier und Plebejer in einen Wettlauf um die Freiheit hinein, dank dessen sich die römische Republik zu jenem kunstvollen Wunderwerk entfaltete, das den „*civis romanus*“ so wirksam gegen jede staatliche Willkür schützte und dadurch die Bewunderung und den Neid der antiken Welt erweckte.

C. Die Schaffung des Römischen Reiches und die Widerstandsfrage

Hatte sich so aus der früheren *Selbständigkeit* der Volksteile etappenweise der *Schutz der Persönlichkeit* ihrer einzelnen Angehörigen entwickelt, so fragt es sich, ob es auf ähnliche Weise gelang, auch den Völkern, die nun allmählich in den Machtbereich Roms gerieten, gegenüber diesem eine Rechtsstellung zu verschaffen, die ihnen und ihren Angehörigen ebenfalls in neuen Formen eine Freiheit sicherte, die ein vollwertiger Ersatz für den Verlust der Unabhängigkeit sein konnte.

Nach der Vertreibung der Könige lag *Rom* zunächst in offenem Kampf mit einem abermals erneuerten oder sogar neuen *Latinerbund*, von dem es ausgeschlossen war; mit diesem als ganzem schloß nun aber die römische Gemeinde bald ein ewiges Bündnis für den Angriff wie für die Verteidigung, wobei auch gleichmäßige Verteilung der Kriegsbeute vereinbart wurde. „*Connubium*“ und „*commercium*“ — das letztere bestand sicher seit alters her; beim ersteren ist das auch wahrscheinlich —, ferner allgemeine Niederlassungsfreiheit und das Verbot, den freien Bewohner eines latinischen Ortes innerhalb des Bundesgebietes in die Knechtschaft zu verkaufen, verbanden sich mit der politischen Selbständigkeit einer jeden Stadt sowie des Bundes gegenüber *Rom*. Sowohl dieses wie der Bund stellten im Kriege je ein Kontingent, wobei anfänglich anscheinend jedes normalerweise unter eigenem Kommando stand; für die Bundesgenossen verbindliche Beschlüsse über Krieg und Frieden wurden unter Mitwirkung des latinischen Bundesrates gefaßt.⁸⁴ Schließlich schienen die *Latiner* nun gegen den Mißbrauch der Hegemoniestellung *Roms* auch noch durch eine besondere Verpflichtung dieser Stadt geschützt: gemäß einer Bestimmung des Vertrages durfte Rom nach Mommsen⁸⁵ mit keiner latinischen Einzelgemeinde ein neues Sonderbündnis eingehen, nach Triepel⁸⁶ jeden-

⁸⁴ Livius, a. a. O., II Kap. 33, VIII Kap. 2, 4 u. 8; Dionys, Altertümer, IV Kap. 95; Mommsen, Geschichte, I S. 100—103 (die bei diesem Autor a. a. O. beschriebene militärische Kommandoregelung entspricht aber nach Triepel, dem wir hier folgen, einem spätern Stadium); Triepel, Hegemonie, S. 445—447, 453.

⁸⁵ a. a. O., I S. 103.

⁸⁶ a. a. O., S. 446 f.

falls kein solches abschließen, das gegen die Neutralitäts- und Allianzverpflichtung des neuen Bundes verstoßen könnte.

Es ist klar, daß somit der Bund als Ganzes und, soweit keine Bestimmungen desselben entgegengestanden, jedes einzelne Bundesglied das freie Recht hatten, sich gegebenenfalls auch gegen römische Übergriffe im Sinne einfacher *Landesverteidigung* zu wehren; sollte dieses Recht nicht praktisch illusorisch sein, so mußte aber damit auch ein eigentliches *Widerstandsrecht* gegen eine „Tyrannis“ des Hegemons, die sich auf Kompetenzen stützte, welche an sich Bundesorganen (z. B. später einem von *Rom* zu ernennenden gemeinsamen Feldherrn) zustanden, verbunden sein. Eine spezielle innerrömische *institutionelle* Garantie, wie diejenige der Plebs im Volkstribunat, hat dieses Widerstandsrecht freilich schon deshalb nicht gefunden, weil das Recht der *Latiner* eben wiederum, wie dasjenige der *attischen* und *spartanischen* Bundesgenossen, scheinbar mehr, nämlich das, was wir heute Souveränität nennen, umfaßte, obwohl es mit der Zeit faktisch schwächer wurde als das plebejische. Während *Rom* nämlich die latinischen Kontingente immer mehr als bloßen *Annex* des eigenen Heeres behandelte, ihren Umfang einseitig festsetzte und ihre Befehlshaber, freilich zunächst noch aus ihren eigenen Reihen, selber ernannte⁸⁷ und auch in der *Außenpolitik* des Bundes und bei der Errichtung gemeinsamer *Kolonien* allein entschied⁸⁸, glichen nun die latinischen Städte ihre innere *Verfassung*, sei es spontan, sei es unter römischem Druck, derjenigen des Hegemons in wichtigen Dingen an;⁸⁹ ja, dieser verleibte Tusculum als „*civitas sine suffragio*“, verschiedene andere Latinerstädte als eigentliche *Untertanengemeinden* dem eigenen Staate ein;⁹⁰ einen Streit zwischen Ardea und Aricia sollen die Römer dazu benützt haben, um sich das strittige Gebiet *selbst* anzueignen, und einen Parteienzwist in Ardea selber, um die Stadt in eine *latinische Kolonie* zu verwandeln⁹¹. Auch als die vom römischen Staat als Gesamtheit über den Bund errichtete „Tyrannis“ zur *offenen Auflehnung* der *Latiner* (340 v. Chr.) führte, wurde, anders als anderthalb Jahrhunderte zuvor im Kampf zwischen *Patriziern* und *Plebejern*, keine vermittelnde Formel gefunden; Rom zog den Krieg vor, und es gelang ihm auch, in zweijährigen Kämpfen jeden Widerstand niederzuringen⁹². Aber, was nützte dieser äußere Erfolg, wenn damit gleichzeitig die Keime der inneren Krankheit der späteren Weltmacht in deren Staatsverfassung einbrachten?

⁸⁷ Polybios, Historien, VI („Archäologie“) Kap. 26⁵; Mommsen, Geschichte, I S. 103, 340; Staatsrecht, IIF1 S. 618f.; Triepel, a. a. O., S. 453.

⁸⁸ Mommsen, Geschichte, I S. 351; Staatsrecht, III S. 612; Triepel, a. a. O., S. 452—454, 462.

⁸⁹ Mommsen, Geschichte, I S. 342f.; Triepel, a. a. O., S. 454.

⁹⁰ Mommsen, a. a. O., I S. 346; Triepel, a. a. O., S. 449—451.

⁹¹ Livius, a. a. O., III Kap. 71f., IV Kap. 11; dazu Triepel, a. a. O., S. 451.

⁹² Vgl. z. B. do., S. 453f.

Nachdem nun der latinische Bund als politische Einheit aufgelöst, einzelne seiner Gemeinden *Rom* inkorporiert, andere durch neue Sonderverträge an diese Stadt gefesselt wurden, wobei sie nur noch mit dieser und nicht mehr *unter sich* *connubium* und *commercium* haben durften,⁹³ traten dann an die Seite dieser föderativ unter sich nicht mehr verbundenen latinischen Staaten bald fremdstämmige Gemeinwesen, die, ebenso wie jene, von Rom aus ihrem bisherigen politischen Zusammenhang gelöst wurden und *nur mit ihm* in ein Bündnis traten, so daß es zum Zentrum eines völlig von ihm beherrschten Vertragssystems wurde, für das die Bezeichnung „*italischer Bund*“ ziemlich euphemistisch ist.⁹⁴ Indem die Römer alle andern Gemeinden isolierten, konnten sie nicht nur diejenigen beherrschen, die sich ihnen durch „*foedus iniquum*“ einseitig zur Heerfolge verpflichteten, sondern auch diejenigen, die mit ihm ein „*foedus aequum*“ mit gegenseitigen Rechten und Pflichten eingingen; nicht minder abhängig waren natürlich die latinischen Kolonien, welche nun die geeignetsten Werkzeuge der römischen Machtentfaltung geworden waren; aber auch über die römischen Bürgerkolonien übte Rom, obwohl sie formal zu ihm gehörten und selbst wenn sie mit „*suffragium*“ ausgestattet waren, eine Herrschaft ohne wirksame Gegengewichte aus, da das Stimmrecht nur in der „Hauptstadt“ mit Wirkung für den Gesamtstaat ausgeübt werden konnte.⁹⁵ Nun waren freilich die *Bundesgenossen* formal betrachtet weiterhin „*souveräne*“ Gemeinwesen, welche in ihren inneren Angelegenheiten an sich völlige *Autonomie* genossen und in bezug auf Verfassung, Verwaltungsorganisation und materielles Recht wohl vielfach das römische *Beispiel* nachahmten, aber anscheinend vom Hegemon kaum behelligt wurden; dieser mischte sich nur auf *Anrufen* der verschiedenen Beteiligten, oder, wenn seine *eigene Sicherheit* bedroht war, so z. B. bei *Sklavenaufständen*, ein.⁹⁶ Aber die institutionell beinahe unbeschränkte Vormachtstellung mußte eine allzu große Versuchung selbst für die von Haus aus so „rechtlich gesinnten“ Römer sein; zudem nahmen sowohl die Zahl der *Sklaven* als auch diejenige der „*peregrini dediticii*“, der Rom „völlig anheimgefallenen Fremden“, insbesondere nachdem 241 v. Chr. *Sizilien* unterworfen worden war und

⁹³ Livius, a. a. O., VIII Kap. 14 u. a.; Mommsen, Geschichte, I S. 357 bis 359; Triepel, a. a. O., S. 454f. Vgl. Mommsen, Staatsrecht, III S. 619, und die Kritik dieser Auffassung bei Triepel [a. a. O., S. 457, 459].

⁹⁴ do., S. 455—457.

⁹⁵ Vgl. do., S. 454—463, 466—468, 475—482, sowie dort zit. Lit. Über Aufstände von *cives*, z. T. zusammen mit *socii*, vgl. Brecht, Perduellio, S. 66f. und dort zit. Stellen.

⁹⁶ In diesem Sinne sagt Althusius, daß beim „*foedus aequum*“ und beim „*foedus iniquum*“ eine confederatio entstehe, die „non plena“ sei, weil jeder Teil sein „*ius majestatis*“ bewahre [Politica, Kap. 17 Abschn. 30, 43, 51 vgl. 48—50]. S. heute: Mommsen, Staatsrecht, II¹ S. 117f. / 2. Aufl. S. 110, do., III¹ S. 663, 686—715; Mitteis, Reichsrecht, S. 116—118; Triepel, a. a. O., S. 460f.

damit die Schaffung von „*Provinzen*“ begonnen hatte⁹⁷, ständig zu, und so mußte die Behandlung, die solche Minderberechtigten seitens des römischen Staates erfuhren, auch auf die faktische Stellung der Bundesgenossen irgendwie abfärben.⁹⁸

So kam es einmal zu *generellen Eingriffen*, indem Rom nach dem Kriege gegen Pyrrhos „nicht nur den latinischen Kolonien, sondern auch den *italischen Bundesgenossen* die Münzhoheit beschränkte“ und im Jahre 186 v. Chr. durch Senatsbeschluß in ganz Italien die Feier der Bacchanalien unterdrückte. Ferner haben oft Ausnahmegerichte entgegen formellem Recht in den Kompetenzbereich verbündeter Staaten eingegriffen.⁹⁹ Wohl noch öfter wurde aber die Autonomie der Bundesgenossen durch *Übergriffe einzelner Beamter* verletzt, indem die im Amtsbereich *militiae* fungierenden Oberbeamten, entgegen der in der Regel selbst den verbündeten Gemeinden in den *Provinzen* und den verbündeten *Dynasten* zustehenden *Gerichtshoheit*, Kriminalurteile fällten.¹⁰⁰ Ja, nicht nur die Provinzialen, sondern fast ebenso sehr die *Italiker* mußten oft *reinste Willkürakte* der an Zahl ständig wachsenden römischen Beamten erdulden.¹⁰¹ Dieses Treiben nahm freilich erst in der 2. Hälfte des 2. Jhd. so richtig überhand und führte dann auch 125 v. Chr. zum erfolglosen Aufstand der Wortführerin der latinischen Kolonien, der Stadt *Fregellae*, und schließlich in den Jahren 91—88 v. Chr. zum erfolgreicheren Krieg der italischen Bundesgenossen gegen den Hegemon, wobei jene nicht die veralteten *Souveränitätsansprüche* durchsetzten, wohl aber einen institutionellen Ersatz für ihr *Widerstandsrecht* errangen, indem ihre Bürger das ihnen entgegen verschiedenen Versprechen bisher nicht gewährte *römische Bürgerrecht* und damit das so begehrte Recht der *Provokation* erhielten, womit sich die meisten Gemeinden klugerweise begnügten, obwohl sie, was bedenklich war, dafür ihren Bund aufgeben mußten.¹⁰²

Diese Lösung war freilich auch sonst problematisch, weil das römische Bürgerrecht für gesamtstaatliche Angelegenheiten eben nur in der

⁹⁷ Pirenne, *Courants*, S. 224; Kahrstedt, *Altertum*, S. 131 f.

⁹⁸ Vgl. über diese im 2. Jhd. anschwellende Entwicklung: Meyer, *Staat*, S. 259 ff. Faktisch hatte *Rom* ein Widerstandsrecht der *Verbündeten* nie gegen sich selber anerkannt (vgl. z. B. Kuhn, *Reich*, II S. 41), aber die Konsequenzen wurden für ihre innere Freiheit erst jetzt schlimm.

⁹⁹ Triepel, a. a. O., S. 460 (m. Anm. 83 f.). Vgl. Mommsen, *Staatsrecht*, III¹ S. 695 f., 710, vgl. I (3. Ausg.) S. 207 (m. Anm. 1).

¹⁰⁰ Mommsen, *Staatsrecht*, II¹ S. 115 f. / 2. Ausg. S. 109; Triepel, a. a. O., S. 462 und dort zit. Lit.

¹⁰¹ Vgl.: Mommsen, *Geschichte*, II S. 102 f., 219 ff.; Meyer, *Staat*, S. 279 f.

¹⁰² Livius, a. a. O., LXXXI—LXXX Inh. (S. 3241—3246); Müller, *Allg. Geschichte*, VI Kap. 22 f. (S. 108—110); Gierke, *Genossenschaft*, III S. 70 f.; Mommsen, *Geschichte*, II S. 222—231, 238 f., 247 f., 307, 309 f., 314 f., 342; Triepel, a. a. O., S. 463 f.; Meyer, *Staat*, S. 293—295. Für das 2. Jhd. und den Aufstand der Stadt *Fregellae* vgl.: Mommsen, a. a. O., II S. 221; Meyer, a. a. O., S. 279 f.

„Hauptstadt“ ausgeübt werden konnte; zugunsten der *Provinzialen* wäre sie damals für diese selber kaum von nennenswertem Vorteil und in den Augen der Römer undenkbar gewesen; sollte hier die Freiheit neu gesichert werden, so mußte ein anderes Mittel gefunden werden, um die Beamten in Schranken zu halten. Zur Zeit, als die *Griechen* allmählich in den Machtbereich Roms gerieten, war freilich noch eine Organisation vorhanden, die diese Aufgabe leidlich erfüllte: wie seinerzeit der Wille zur Überwindung des Gegensatzes zwischen Patriziern und Plebejern zu einer Machtsteigerung der auf die Zenturiatskomitien sich stützenden Oberbeamten geführt hatte, so hatte jetzt die Notwendigkeit einer Überbrückung der Kluft zwischen dem herrschenden Rom und den Beherrschten lange Zeit bloß eine Machtsteigerung der *Konsuln* und vor allem des diese unterstützenden und eine großartige politische Tradition verkörpernden *Senats* zur Folge, während die kommunalen Angelegenheiten der Hauptstadt nun immer mehr den Unterbeamten, den Tribunen und ihren Komitien überlassen wurden. Aber, der Senat war eine bloß *römische Behörde*: würde er da immer die *momentanen römischen Interessen* zugunsten der *dauernden Interessen aller* zurückstellen, würde er insbesondere stets die *egoistisch Interessierten* unter den *Landsleuten* zugunsten *wohlmeinender Provinzialen* zurückbinden können? Das war die Frage, die sich ein Freund rechtlich gesicherter Freiheit stellen mußte, als Rom sich anschickte, *im Namen des Rechts* den Mittelmeerraum und damit vor allem die bis dahin *griechische*, bzw. griechisch beherrschte Welt zu ordnen. Und, als sich, wie wir bereits gesehen haben, herausstellte, daß der Senat in seiner damaligen Gestalt die *staatliche Unterdrückung* in den Provinzen auf die Dauer doch nicht verhindern konnte, da mußte in neuer Form abermals die Frage nach dem *Widerstand* und den Mitteln, mit denen man ihn würde *unnötig machen* können, erstehen. Wir haben gesehen, auf welchen Wegen das die italischen Bundesgenossen teilweise (und, eben weil die Reichspolitik noch völlig aus den Fugen war und der Bürgerzwist in Rom selten aufhörte, fast nur in der Theorie) nach blutigsten Kriegen erreichten; konnte nun der Kontakt zwischen Rom und Griechenland, obwohl dieses jenen rechtlichen Ausgleich zwischen Individuum und Kollektivität, welcher in Rom lange Zeit verwirklicht gewesen war und erst jetzt ins Wanken kam, jetzt noch weniger als früher finden konnte¹⁰³, dem *Kampf ums Recht* eine Richtung geben, die für das Gesamtreich wieder eine *Ära der Freiheit* einleiten würde? Die Beantwortung dieser Frage im Sinne unserer Untersuchung

¹⁰³ Wenn Mommsen [Geschichte, I S. 23—25] und Triepel [a. a. O., S. 349 f., 436 f.] dem *griechischen* Individualismus und Partikularismus den *römischen* Sinn für Bindung und Autorität entgegenhalten, Huber [Staatsbegriff, S. 3 f.] aber den *römischen* Freiheitssinn dem *griechischen* Staatsglauben entgegensetzt, so löst sich der scheinbare Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen weitgehend auf, wenn man sich klarmacht, daß die *Römer* sich an ein freiheitliches Recht gebunden fühlten und die *Griechen* sowohl Individualismus als auch Staatsglauben übertrieben.

würde eine eingehende Analyse der ganzen weiteren Geschichte des Römerreiches verlangen, also Bände füllen! Wir können daher hier nur noch kurz andeuten, in welcher Richtung weiter gearbeitet werden müßte.

D. Die Begegnung zwischen Griechenland und Rom und die Bedeutung ihrer Kontaktnahme für die Entwicklung der Widerstandsidee und der rechtlichen Sicherung der Freiheit

In engeren Kontakt mit der griechischen Welt trat Rom, als es an der Wende des 4. zum 3. Jhd. v. Chr. einen Freundschaftsvertrag mit Tarent schloß, bald darauf sich mit Pyrrhos und seinen Elefanten herumschlagen mußte und nach dem Mißerfolg dieser Expedition die Griechenstädte Süditaliens, 272 v. Chr. als letzte auch *Tarent*, in den italischen Bund zwang. Die Beziehungen verdichteten sich, als die Römer 241 v. Chr. das großenteils griechische *Sizilien* als erste Provinz unter ihre Herrschaft gebracht hatten und, nachdem 228 v. Chr. *Kerkyra* und die *illyrischen* und *dalmatinischen* Griechen unter ihren Schutz getreten waren, das neue Reich, um „jede ungerechte Herrschaft zu beseitigen und im Leben der Staaten die Gewalt durch das Regime des Rechts zu ersetzen“¹⁰⁴, weiter ausdehnten, wobei sie 200 v. Chr. in *Athen* landeten, um insbesondere die vom freihändlerischen rhodischen Seefahrervolk gegen Philipp V. in Schutz genommenen *Dardanellenstädte*, aber, wie sie sagten, dabei die griechische *Poleis* überhaupt „und vor allem die geknechteten *Thessalier*“ zu „befreien“^{105, 106}

Nun konnten sich die Römer das eine Mal auf Gruppen von Staaten, die ihre *Autonomie* verteidigten, das andere Mal umgekehrt auf die Macht eines *zentralistischen* Monarchen, zudem stets auf die „*einsatzbereiten*“ Anhänger, die ihnen allmählich in jedem Gemeinwesen erwachsen und dafür oft das *römische Bürgerrecht* erhielten, stützen, um immer fester in das politische Getriebe der griechischen Staaten und Bünde einzugreifen; mit der Unterwerfung der *Aitolier* (189 v. Chr.) und einem zweiten Sieg über *Makedonien* (168 v. Chr.) wurde Rom nun völlig in die „höchstverfeinerte und komplizierte“ griechische Kulturwelt mit ihrem „überwiegend städtischen Gepräge“ hineingezogen.¹⁰⁷

¹⁰⁴ Kahrstedt, a. a. O., S. 198.

¹⁰⁵ do., S. 199.

¹⁰⁶ Berve, Geschichte, II S. 303, 306f., 312—315; Kahrstedt, a. a. O., S. 109, 119f., 131f., 187ff., insb. 198f.; Pirenne, a. a. O., I S. 217—219, 224—226, 250—252; Triepel, Hegemonie, S. 484; Piganiol, Rome, S. 75 bis 83, 85—87 (Lit.), 101, 110—113. Vgl. u. a. Polybios, Historien, XVIII Kap. 46 (29); Fustel, Staat, S. 426—434, 450f. / Cité, S. 416—424, 439f.; Kuhn, Reich, II S. 58ff.

¹⁰⁷ Berve, a. a. O., II S. 317f., 325—328; Pirenne, a. a. O., I S. 259; Kahrstedt, a. a. O., S. 207, 226—229; Meyer, Staat, S. 258f.; Piganiol, a. a. O., S. 114f.

Ja, bis nach *Asien* hinein wollte Rom jetzt die *Freiheit* als *Schiedsrichter* in Schutz nehmen, ging aber oft äußerst gewalttätig vor und ertotete recht zweifelhafte Erfolge. Während ganz Griechenland verwüstet und das Königreich Makedonien in vier „selbständige“ Republiken zerlegt wurde, warf sich König Prusias II. von Bithynien im Senat nieder und rief aus: „Seid begrüßt, ihr rettenden Götter!“ (167 v. Chr.). Zwei Jahre später mußte es sich Eumenes II. von Pergamon, obwohl ein wahrer Freund Roms, gefallen lassen, daß der römische Gesandte seine Untertanen aufforderte, bei ihm ihre Beschwerden gegen den König anzubringen, und diese tatsächlich zehn Tage lang im Gymnasion von Sardes entgegennahm!¹⁰⁸

In Asien erhielt eine solche Politik noch anderthalb Jahrhunderte lang so etwas wie Freiheit am Leben; im griechischen Mutterland aber verwandelten die Römer ihren politischen Einfluß immer mehr in eine eigentliche *Fremdherrschaft*, besonders nach dem Sündenfall der römischen Weltpolitik, dem feigen und wohl auch vertragswidrigen Angriff auf das wehrlose *Karthago*, das nach heldenhaftem Kampf um sein Lebensrecht unterging¹⁰⁹. Nun rafften sich aber freilich viele *Griechen*, während es gleichzeitig zu verzweifelten Versuchen einer sozialen Revolution kam, noch zu tapferem, fast im ganzen Stammland aufflackerndem Widerstand auf (148/146 v. Chr.); zunächst standen die Makedonen unter dem Agitator Andriskos gegen die Römerherrschaft auf; sodann wollten vor allem die *Achaier*, die seit 30 Jahren in einem foedus aequum mit Rom standen, gegen dessen Willen das vor einiger Zeit in ihren Bund hineingezwängte Sparta zwingen, die Autorität ihrer Zentralgewalt anzuerkennen; aber die Römer besiegten zunächst die makedonischen Aufständischen und machten aus der einstigen Großmacht eine *Provinz* ihres Reiches; als nun bei den Achaiern die sozialrevolutionäre Partei sich erst recht durchsetzte und von *Korinth* aus jeden Vermittlungsversuch der Gemäßigten zu verhindern vermochte, *vernichteten* die Römer diese Stadt fast vollständig, richteten allenthalben entsetzliche Blutbäder an, lösten den achaischen Bund auf, nahmen *Athen*, *Sparta* und *Delphi* als *Verbündete* an und belegten die übrigen Städte des Landes mit einem Tribut. Dadurch kam nun ganz Griechenland unter ihre direkte Herrschaft, mochte auch Athen im Jahre 89 v. Chr. bei einem abermaligen Aufstandsversuch noch einmal durch Sulla erstürmt werden müssen und aus dem eigentlichen Griechenland erst 27 v. Chr. die besondere Provinz Achaia gebildet worden sein.¹¹⁰

¹⁰⁸ Triepel, a. a. O., S. 483, 489; Kahrstedt, a. a. O., S. 220—226, 230f.

¹⁰⁹ Müller, Allg. Geschichte, VI Kap. 16; Kahrstedt, Altertum, S. 250—252; Piganiol, Rome, S. 119.

¹¹⁰ Berve, a. a. O., II S. 339f.; Pirenne, a. a. O., I S. 269—271; Kahrstedt, a. a. O., S. 242—244, vgl. 218 u. 224; Triepel, a. a. O., S. 484f., 487f. vgl. 464f; Knauss, Hellas, S. 277; Piganiol, Rome, S. 115f.

Indem *Rom* nun in Griechenland die Verantwortung übernahm, verhalf es dort immerhin gegenüber den absolutistischen Bestrebungen der hellenistischen Könige und der von ihnen unterstützten Tyrannen, sowie gegenüber den etatistischen und totalitären Maßnahmen „demokratischer“ Revolutionäre, vielfach den Kräften, die die *persönliche Freiheit* verteidigten, zum Sieg und sicherte den einzelnen Poleis eine Zeitlang oft eine nicht weniger umfassende *innere Autonomie*, als sie sie zuvor besessen hatten; insofern bewährte sich wohl doch noch die alte römische Freiheitstradition. Aber die neuen Herren zerstörten doch den letzten Rest der *nationalen Freiheit*, indem den griechischen politischen Gebilden nicht nur jedes Recht zur selbständigen Betätigung nach *außen*, sondern praktisch auch das mindestens dem äußeren Scheine nach doch der „foedus“-Form entsprechende Recht, für jene *inneren Freiheiten* u. U. auch Rom gegenüber bewaffneten Widerstand zu leisten, genommen wurde.¹¹¹

Aber, was schlimmer war, solche Machtpolitik führte auf die Dauer zu wachsender Rücksichtslosigkeit der Reichsverwaltung, die vom Senat¹¹² kaum mehr gebändigt und vor den zunächst aus dessen Angehörigen, dann aus den Reihen der *Ritterschaft*, schließlich aus beiden Ständen durch einen *Magistraten* ernannten Geschworenen¹¹³ seitens des gewöhnlichen Reichsuntertanen nur schwer belangt werden konnten. Ja, der Imperialismus und die mangelnde Anpassung des Komitialverfahrens an die um die Italiker vermehrte Bürgerzahl hatten schließlich den *Untergang der persönlichen Freiheit* bei den neuen Herren zur Folge und vernichtete sie also schlußendlich nur um so sicherer auch bei den „Befreiten“.¹¹⁴

¹¹¹ Vgl. dazu: Mommsen, Staatsrecht, III¹ S. 652—660, 663—667, 669 bis 672, 683—693, 696f., 700—704, 716f., 720, 723—728, 730—733 u. a.; und schon Kuhn [Reich, II S. 64ff., 388ff.], der sogar die „*civitas foederata*“ bezügl. Selbständigkeit mit einem alteidgenössischen Ort vergleicht [do., I S. 289—291]. Wir folgen hier aber Autoren, die weniger weit gehen: insb. Mitteis, Reichsrecht, S. 83—90; Swoboda, Staatsaltertümer, S. 171—183, 212, 239—248, 290—294, 303f., 316, 322f., 370, 415f., 436f., 439f., 442f., insb. 171—173, 239, 291; ferner Berve, Geschichte, II S. 314f., 317f., 339 bis 343; Triepel, a. a. O. An völlige Knechtschaft der *Griechen* glaubt Kahrstedt [a. a. O., S. 244f., 268f., vgl. immerhin S. 292, 295f., 305f.]; Piganiol [Rome, S. 317f.] und Meyer [Staat, S. 215—220, 301f., 312f., 374f.] zeigen, daß dies erst allmählich und nach Gegenbewegungen so wurde. Vgl. auch oben Kap. 8 (IV) b. Anm. 48.

¹¹² Mommsen, Staatsrecht, III² S. 1194—1216, 1221—1223, 1235 ff.; Meyer, Staat, S. 196—200, 300f. Vgl. auch die in den beiden folgenden Anm. zit. Stellen.

¹¹³ Polybios, Historien, VI¹⁷; Mommsen, Staatsrecht, I S. 319 (Anm. 4) / 2. Ausg. S. 305; II¹ S. 223f., 229f. (3. Ausg.), 583 / 2. Ausg. S. 569; III¹ S. 528—538 insb. 529 (Anm. 3); III² S. 897f. Meyer, Staat, S. 86, 159, 219, 262f., 290f., 300f., 307, 316, 378f.

¹¹⁴ Vgl. Pirenne, a. a. O., S. 274f., 278—280, 286—289; Meyer, Staat, S. 259 ff., 380f., 391 ff.

Aber konnte nun nicht Griechenland selber einen *Beitrag* zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der *römischen Freiheit* leisten? Hierzu brauchte es freilich mehr als bloß *verbales Eintreten* für eigene *Autonomie*; auch der bereits erwähnte blutige Sezessionskrieg unter der Führung des Mithridates (89 v. Chr.)¹¹⁵ konnte keine dauernde Besserung bringen, obwohl er indirekt zu den Reformen Sullas führte; noch unwirksamer mußte naturgemäß die Aufstellung von *Statuen* der Caesarmörder Brutus und Cassius neben denjenigen von Harmodius und Aristogeiton¹¹⁶ sein.

Aber, wenn auch der damalige griechische Freiheitssinn weder in seinen innenpolitischen noch in seinen nationalen Äußerungen etwas Imponierendes hatte,¹¹⁷ so machten nun doch viele Römer nähere Bekanntschaft mit den Erzeugnissen jener einzigartigen Kultur, die in den griechischen Stadtstaaten meteorenhaft aufgeleuchtet hatte, und der Weg war frei für die Eroberung des Westens durch den *griechischen Geist*;¹¹⁸ mit zu diesem gehörte aber doch eine mannigfaltige Freiheitstradition. Seither hat sich denn insbesondere auch *politisches*¹¹⁹ Denken oft an griechischer Geschichte und griechischen Staatstheorien geschult und geschärft. Konnte denn nicht auch damals ein freiheitlicher Impuls vom griechischen Geist kommen?

Da gab es doch zunächst einmal die *bündische* Entwicklung der letzten hundert Jahre vor der Unterwerfung unter Rom und das *Repräsentativsystem*;¹²⁰ aber eigenartigerweise wurden diese für größere Räume am besten geeigneten *republikanischen* Abwehrmittel gegen staatliche Unterdrückung damals von den Politikern derjenigen Republik, die sich anschickte, die Welt zu organisieren, kaum beachtet. Da zudem diese Gebilde selbst in Griechenland wohl nicht von der heiligen Begeisterung des Volkes getragen wurden, konnte sich die ihnen zugrunde liegende Weltanschauung auch nicht den gewöhnlichen römischen Bürgern, ja, nicht einmal den Gebildeten mitteilen.

Anders mochte es freilich mit dem weitverbreiteten Glauben an die *Volkssouveränität*¹²¹ bestellt sein, der anscheinend gerade in den letzten griechischen Aufstandsversuchen wieder eine starke Rolle spielte; bald drangen denn auch solche Ideen, unterstützt von Theorien der *stoischen* Philosophie, nach *Rom*, wo sie aber meistens nicht aufbauend wirkten, sondern bei den *gracchischen* Unruhen und dann beim Vorgehen des

¹¹⁵ Vgl. oben b. Anm. 110.

¹¹⁶ Friedel, Tyrannenmord, S. 37f.

¹¹⁷ Vgl. dazu z. B. Burckhardt, Kulturgeschichte, I insb. S. 273f.

¹¹⁸ So auch Berve, II S. 345f.

¹¹⁹ Das Wort selbst weist darauf hin. Vgl. im Zusammenhang mit der Widerstandsfrage die in der Einleitung Anm. 39—41 zit. Lit. Ausgezeichnet hebt Knauss [Hellas, S. 26—29] die politische Bedeutung Griechenlands hervor.

¹²⁰ Vgl. oben Kap. 8'IV passim.

¹²¹ Vgl. z. B. Arnim, Theorien, S. 5; sowie Verdross [Grundlinien, S. 45—51, 58], der aber den Ausdruck „Volkssouveränität“ meidet.

Marius, Caesars, des Antonius und vieler anderer die *Gegensätze verschärfen* und die Hemmungen vor *revolutionärer Mißachtung überlieferter Rechte* überwinden halfen, während sie immer mehr in monarchische Tendenzen umschlugen;¹²² die hellenistische Staatsauffassung unterstützte¹²³ dann später freilich die fortschreitende staatliche Integration des Reichs, aber schließlich auch die fast gänzliche Vernichtung der Freiheit. Doch im *Mittelalter* ist dann interessanterweise gerade die im *griechischen* Sinn als Ausfluß des Rechtes des Volkes verstandene römische Geschichte, u. a. gestützt auf das *Corpus Iuris*¹²⁴, neben der *Heiligen Schrift* zur Begründung der Volkssouveränitätslehre herangezogen¹²⁵ worden.

Aber konnte denn nicht an *Sage* und *Literatur* der Griechen der Freiheitsgeist der Römer sich neu entzünden? Da waren einmal die von uns erwähnten Stellen bei Homer und Aristoteles, die auf ein *Widerstandsrecht* der Untertanen gegenüber den Königen des heroischen Zeitalters hinwiesen¹²⁶; da war die u. a. von Thukydides und Plato betonte Entstehung des Ephorats aus dem und für den *Widerstand* gegen staatliche Unterdrückung durch die Könige¹²⁷; da war die Verherrlichung des *Tyrannenmords* in den *Skolien* der Frühzeit¹²⁸ und seine Erhebung zur rechtlich sanktionierten, vom Staat zu belohnenden Heldentat in den Gesetzen verschiedener Demokratien, insbesondere *Athens*¹²⁹; da waren die in einem weiteren Sinn dieses Worts *rechtsstaatlichen* Institutionen der meisten Poleis, insbesondere zu Beginn der klassischen Zeit¹³⁰; da war die aus dem *Widerstand* der Bundesgenossen geborene *Sicherung* ihrer Rechte im zweiten attischen Seebund¹³¹; da war die *Kritik* jeder Art von Despotie und das Bekenntnis zum *unwandelbaren göttlichen Recht* bei den *Dramatikern*¹³²; da war

¹²² Vgl. vor allem Meyer, Staat, S. 246 f., 275, 283, 321—324, 327 f.

¹²³ Vgl.: do., S. 379—383, 393, 407 f., aber 398; Gierke, Genossenschaft, III S. 26 f. (m. Anm. 59 u. 61), 32 f. (m. Anm. 75 f. u. 79), 45, 50 f., 59 f., 69 f.

¹²⁴ Justinian, Corpus, D 1'2'2'3 u. 1'2'2'24—26.

¹²⁵ Althusius, Politica, Kap. 18'84 (S. 149); Gierke, a. a. O., III S. 165 (Anm. 120), 541 f. (m. Anm. 54 f.), 569—572 (m. Anm. 138 f., 146), 621 f. (m. Anm. 283); Althusius, S. 77 f., 123 f.; Wolzendorff, WR, S. 11 f.; Kern, WR, S. 202 f.; u. a.

¹²⁶ S. oben Kap. 2 (II) b. Anm. 16—19, 22—34, (III) b. Anm. 49, (IV) b. Anm. 52; 7 (III) b. Anm. 36—44 u. 53.

¹²⁷ S. oben Kap. 2 (IV) b. Anm. 53; 3 (I) b. Anm. 3 f., 7, 22; 5 (IV) b. Anm. 20.

¹²⁸ S. oben Kap. 5 (II) b. Anm. 2—7.

¹²⁹ S. oben Kap. 4 (III) b. Anm. 41—44, (IV) b. Anm. 45, (VIII) b. Anm. 78, 80.

¹³⁰ S. oben Kap. 3 (III) b. Anm. 33—37, (IV) b. Anm. 46 f.; 4 (II) b. Anm. 13, 16—23, (IV) b. Anm. 49—51, 56—59, (VI) b. Anm. 70, (VIII) b. Anm. 78, 81—84, 7 (IV) Anm. 67. Vgl. Swoboda, Staatsaltertümer, S. 13 f., 122—136.

¹³¹ S. oben 4 (IX) b. Anm. 86.

¹³² S. oben 5'III passim.

der Aufruf des Heraklit zum *Kampf ums Recht*¹³³; da waren die *sophistischen* Lehren vom *Naturrecht* und der *Gleichheit* aller Menschen und diejenige vom *Gesellschaftsvertrag*, welche sogar in Gestalt einer Rede des Demosthenes Eingang ins „Corpus Iuris“ gefunden hat¹³⁴; da waren die leidenschaftlichen Appelle dieses Verteidigers der *freiheitlich-demokratischen Gesetzesherrschaft*¹³⁵; da war die Forderung des Sokrates nach *freier Kritik* auf Geheiß des einen GOTTES¹³⁶; da waren die Aufforderung des Plato zur Besinnung auf die *Idee der Gerechtigkeit* in allem staatlichen Tun, seine Umgestaltung der Naturrechtslehre ins *Ethische* und sein von Aristoteles weiterentwickeltes *Tyrannenbild*¹³⁷; da waren die Definition der Monarchie als einer *freiwilligen* Herrschaft durch den Stagiriten, sowie dessen Empfehlungen für die Schaffung einer *Widerstandsmöglichkeit der bewaffneten Bürger*, insbesondere gegenüber der Herrschaft eines Einzelnen, seine Hinweise auf die *Ungesetzlichkeit naturwidriger* Herrschaft und auf die Notwendigkeit einer *gegenseitigen Kontrolle* durch die verschiedenen Gewalten des *Verfassungsstaates* und endlich seine hiermit zusammenhängende Empfehlung der „*gemischten Verfassung*“,¹³⁸ die an der Wende zum 3. Jhd. v. Chr. an Hand des *spartanischen* (und vielleicht auch des römischen Vorbildes vom Sizilianer Dikaiarch zum Ideal der griechischen Staatslehre erhoben wurde¹³⁹; da war schließlich das in allen diesen Auffassungen mehr oder weniger stark durchschimmernde Bekenntnis zur Herrschaft des Nomos¹⁴⁰.

Zu all dem kamen in der *hellenistischen Zeit*, wo sich der Einzelne mehr in sein Inneres zurückzog und ihn an Stelle des Staates *religiöse* und *philosophische* Lebensgemeinschaften zur Unterwerfung unter ihr Gesetz aufriefen¹⁴¹, die *Weiterentwicklung* des *Tyrannenbildes* durch die *Kyniker* unter Berücksichtigung der tyrannischen Regierungsweise Alexanders und der persischen Großkönige¹⁴², die *tyrannenfeindliche Einstellung* der *Akademie*¹⁴³, die *Tyrannenmordsdiskussionen* der *Rhetoren*¹⁴⁴, die *Erneuerung* der *Gesellschaftsvertragslehre* in der sonst fast ganz apolitischen *epikuräischen Schule*¹⁴⁵, der *weltbürgerliche*

¹³³ S. oben 5 (IV) b. Anm. 19.

¹³⁴ Justinian, Corpus, D 1'3'2 (Demosthenes zit. n. Marcianus).

¹³⁵ S. oben Kap. 8 (I) b. Anm. 14.

¹³⁶ S. oben 5 (IV) b. Anm. 23—26.

¹³⁷ Vgl. oben Kap. 6'II—V passim; 7'VI passim.

¹³⁸ Vgl. oben Kap. 7'I—V, insb. b. Anm. 34—53, 59 f., 67.

¹³⁹ Die Schrift ist verloren. Vgl. Arnim, Theorien, S. 144; Schmidt, Vorgeschichte, S. 118 f.; Pöschl, Cicero, S. 22 f. (m. Anm. 22 und dort zit. Lit.).

¹⁴⁰ Vgl. Knauss, Helas, passim.

¹⁴¹ do., S. 281—285.

¹⁴² Friedel, Tyrannenmord, S. 108.

¹⁴³ do., S. 71, 103.

¹⁴⁴ do., S. 106 f.

¹⁴⁵ Menzel, Soziologie, S. 93; vgl. Arnim, Theorien, S. 148 f.; Kahrestedt, a. a. O., S. 169.

Idealismus der ebenfalls dem politischen Leben fernstehenden *alten Stoa*¹⁴⁶ und schließlich im 2. Jhd. die Lehre von einem vergangenen „*goldenen Zeitalter*“, die abermalige *Verurteilung jeglicher Tyrannis*, die Diskussionen um *Monarchie und Republik* und die Neubelebung des Ideals der *gemischten Verfassung* durch die *mittlere Stoa*¹⁴⁷.

Mit den Überzeugungen, die in allen diesen Äußerungen des griechischen Geistes bis dahin zum Ausdruck gekommen waren, begannen sich nun die gebildeten Römer immer mehr zu befassen; ferner lebte wohl vieles davon in der Phantasie und in den Auffassungen der damaligen Griechen und gelangte auch auf diesem Weg in die Vorstellungswelt des römischen Volkes.

Aber, direkt konnte dies alles noch viel weniger als die altrömischen Ideale zur Schaffung eines *freiheitlichen Weltreiches* beitragen. Dazu wäre eine schöpferische Übertragung der alten Grundprinzipien auf die neuen Begebenheiten nötig gewesen; aber diese Aufgabe hat, soweit wir dies aus den überlieferten Bruchstücken seiner „*Historien*“ erkennen können, selbst Polybios nicht gelöst, der doch am ehesten dazu fähig gewesen wäre, da er einer der führenden Köpfe des achaischen *Bundes*¹⁴⁸ gewesen war und nun nach dessen „vergeblichem“ Widerstandskampf die hohe *Mission* der römischen Republik aus ihrer Geschichte sich, seinen Landsleuten und wohl auch den Römern selber verständlich zu machen suchte. Immerhin hat der geniale Historiker bei diesem Unterfangen eine Lehre von der Entstehung der *Verfassungen* aus dem *Kampf* gegen die jeweiligen zur egoistischen Herrschaft entartete vorangehende Staatsform aufgestellt¹⁴⁹ und in den Aufbau des römischen Staates das politische Ideal der besten griechischen Staatstheoretiker, die Idee der „*gemischten Verfassung*“, hineininterpretiert¹⁵⁰. Eine solche hatte nach ihm vor allem den langen Bestand eines geordneten Staatswesens in Sparta bewirkt, indem dort immer wieder „das Königtum durch die *Furcht* vor dem Volk verhindert worden war, sich über das rechte Maß hinaus auszudehnen, da auch dem Volk ein genügend großer Anteil am Staate gewährt worden war; umgekehrt hatte auch das Volk es nicht wagen können, die Könige gering zu achten, aus *Furcht* vor den Geronten, die, auf Grund eines qualitativen Wahlprinzips auserkoren, alle jedesmal sich der gerechten Sache anzuschließen bereit gewesen waren, so daß der Teil, der zu kurz zu kommen drohte, weil er den *alten Sitten* treu war, jedesmal *größer und schwerer* wurde, dadurch, daß sie sich zu ihm *hinüber-*

¹⁴⁶ Arnim, a. a. O., S. 146 f.; Kahrstedt, a. a. O. Vgl. oben Kap. 8 (III) Anm. 31.

¹⁴⁷ Arnim, a. a. O., S. 145 f.; Menzel, a. a. O., S. 182.

¹⁴⁸ Die Qualität dieser Staatsform hat er sehr hoch eingeschätzt: vgl. Polybios, *Historien*, II³⁸; Pöschl, Cicero, S. 64.

¹⁴⁹ Polybios, a. a. O., VI², VI⁵—9; Pöschl, a. a. O., S. 14, 47 ff.; Menzel, *Soziologie* S. 195—197.

¹⁵⁰ Polybios a. a. O., VI⁹ ff.; Arnim, a. a. O., S. 146; Schmidt, *Vorgeschichte*, S. 119 f.; Pöschl, Cicero, S. 17, 47—74, 81, 177; Menzel, a. a. O.

lehnten und so den Ausschlag gaben“; ein solcher Staat könne wie ein Segelschiff gegen den Wind fahren (und werde so nicht von jedem politischen Lüftchen an den Strand gespült)¹⁵¹. So faßte also Polybios die Mischverfassung ganz im Sinn eines monistisch gedachten Widerstandsrechts für die alten Sitten auf, was bei der Beschreibung der Entwicklung der römischen Verfassung, die er als in zahlreichen Kämpfen entstanden und nicht aus einem einheitlichen Plan hervorgegangen erkannte¹⁵², noch deutlicher werden mochte. Während der Stoiker Panaitios von Rhodos als „Begleiter und Unterweiser des Scipio Aemilianus“ mit einer ähnlichen, den Lieblingsthemen der griechischen Staatslehre entsprechenden *Verfassungstheorie* persönlich die politische *Praxis* „eines führenden Staatsmannes“ beeinflussen und inspirieren“ konnte¹⁵³, hat Polybios den Gebildeten beider Nationen eine gemeinsame *geistige Grundlage* vermittelt, von der aus sowohl die *römische Freiheit* besser verstanden, als auch die *griechische politische Theorie* besser in die Tat umgesetzt werden konnte. Damit hat er mitgeholfen, das geistige Klima zu schaffen, in dem Cicero¹⁵⁴ seinen großartigen praktischen und theoretischen Versuch unternehmen konnte, die römische Freiheit mit Hilfe griechischer Philosophie¹⁵⁵ zu *erneuern*.

Ist dieser Versuch freilich in der zeitgenössischen Praxis gescheitert¹⁵⁶ und hat Cicero auch in der Theorie *keine* Wege zu einer schöpferischen Neugestaltung des Reiches im republikanischen Sinn, etwa durch Übertragung der Idee des *Volkstribunates* auf außerrömische Verhältnisse oder durch die Einführung des *Repräsentativsystems* in einem *Reichsrat*, gewiesen¹⁵⁷, ja nicht einmal den „im Nationalbewußtsein“ lebenden Gedanken des Rechts der *persönlichen Freiheit* zu klarem logischem Ausdruck gebracht¹⁵⁸, so dürfte doch seine Betonung der *Widerstands-*¹⁵⁹ und der *Freiheitsidee*¹⁶⁰ in der römischen Geschichte,

¹⁵¹ Polybios, a. a. O., VI 10'6; Pöschl, a. a. O., S. 52f.

¹⁵² Polybios, a. a. O., VI 10'13f.; dazu Pöschl, a. a. O., S. 73f.

¹⁵³ Schmidt, a. a. O.; Kahrstedt, *Altertum*, S. 280; Pöschl, *Cicero*, S. 7f., 177.

¹⁵⁴ Dazu do., S. 14, 17, 21, 47—89.

¹⁵⁵ Insb. Platos (vgl. Pöschl, a. a. O., S. 8, 17, 32—39, 67f., 94f., 108 bis 183), aber auch des Aristoteles (was Pöschl [a. a. O., S. 10f. (Anm. 1), 23 (Anm. 22 a. E.), 36, 144] nur z. T. sieht).

¹⁵⁶ Livius, *Geschichte*, CXX—CXXIV Inh. (VII S. 3268f.); Müller, *Allg. Geschichte*, VI Kap. 28—30 (S. 124—127); Schmidt, *Vorgeschichte*, S. 120f.; Kahrstedt, a. a. O., S. 359f.; Pöschl, a. a. O., S. 175.

¹⁵⁷ Vergleich der *römischen* Herrschaft über das *Reich* mit derjenigen der Seele über den Körper (!): De re publica, III Fragm. (II S. 58—63) bei Augustin, *Gottesstaat*, XIX Kap. 21.

¹⁵⁸ So Gierke, *Genossenschaft*, III S. 25—34, 43 ff.

¹⁵⁹ Bezüglich der Begeisterung für den *ersten Brutus* vgl. oben (II) b. Anm. 55; dazu Pöschl, a. a. O., S. 88f. Für seine Bejahung des *Volkstribunates* vgl.: Cicero, De re publica, II Kap. 57; De legibus, III 3, III 10 (15—26); dazu Bluntschli, *Staatsrecht*, 10'E — S. 682f.; Pöschl, a. a. O.,

ferner der Rechtsstellung des einzelnen „*civis Romanus*“¹⁶¹ und der Pflicht der Römer, überall das *Recht* zu schützen¹⁶², sowie die naturrechtliche Zurückführung des letzteren auf die Idee der *Gerechtigkeit*¹⁶³ und die Behauptung der Rechtlosigkeit der *Tyrannis*¹⁶⁴ immer wieder die Kräfte¹⁶⁵ inspiriert haben, welche dann die Despotie des Kaiserreiches *kritisierten* oder doch zu *mildern* versuchten. Erfolgreich widmete sich der *Stoiker* Seneca, der sich schließlich auf den „Rat“ seines ehemaligen Zöglings Nero das Leben nahm, dieser Aufgabe,¹⁶⁶ während das Wirken Plutarchs, der u. a. die alte Tyrannis- und Tyrannenmordslehre in anschaulicher Form seiner Zeit näherbrachte und das Ideal einer integren und gerechten Staatsverwaltung verfocht¹⁶⁷, in eine Epoche fiel, wo das Reich in relativer Ruhe wieder *aufgeblüht* war und sich wirklich so etwas wie eine Renaissance der *Freiheit* ereignete¹⁶⁸.

S. 97f. (Anm. 96). Auch den Mördern des Tib. Gracchus und Caesars hat Cicero Lob gespendet: ders., *Tusculanes*, IV 23; resp. *Ad familiam*, IV 7. Vgl. auch unten Anm. 160 u. 164.

¹⁶⁰ In diesem Sinn kritisiert er Platos Weiber- und Gütergemeinschaft: vgl. Pöschl, a. a. O., S. 135f., 141—145 und dort zit. Stellen. Auch die Gesellschaftsvertrags- und zugleich eine Art Volkssouveränitätslehre (aber nicht im Sinne der Regierung durch Mehrheitsentscheide aller) finden in Ciceros Staatslehre Platz, indem er sagt, der Staat sei als „Sache des Volkes“ durch „rechtliche Übereinkunft und Gemeinsamkeit der Interessen“ entstanden: vgl. *De re publica*, I Kap. 25; III Kap. 21/K. Kap. 31; VI Kap. 6 u. 19/K. Kap. 13 u. 26; dazu z. B. Gierke, *Genossenschaft*, III S. 25 (Anm. 57 und dort zit. Stellen). Vgl. ferner Anm. 159, 161 u. 164.

¹⁶¹ *De re publica*, II Kap. 25, 31f. (I S. 202f., 210—217) u. a. Cicero wies nach diesem Ideal überhaupt den Individuen eine der Gesellschaft gegenüber selbständige und von ihr zu schützende Rechtssphäre zu: vgl. Gierke, a. a. O., III S. 23.

¹⁶² Das gehört zu der oben in Anm. 157 wiedergegebenen Auffassung. Vgl. z. B. auch die Ermahnungen Ciceros: *De legibus*, III Kap. 3 u. 8 u. a.; vgl. Pöschl, a. a. O., S. 127—132, 153.

¹⁶³ *De re publica*, II Kap. 41f./K. Kap. 42—44; III Kap. 17/K. Kap. 23; *de legibus*, I Kap. 15—23, II Kap. 4—7; *Tusculanes*, I 13 u. 15; u. a. Vgl.: Augustin, *Gottesstaat*, II Kap. 21; Pöschl, *Cicero*, S. 120, 127—133, 150f., 174f.

¹⁶⁴ *De re publica*, II Kap. 26 u. 37; III Kap. 21/K. Kap. 31 u. a. Vgl. Althusius, *Politica*, Kap. 18'84, Kap. 38'2; Andelfinger, *Tyrannenbegriff*, S. 6. Vgl. oben Anm. 159.

¹⁶⁵ Vgl. z. B. Tacitus, *Annalen*, II Kap. 42. In der Spätzeit wurde er dann von Augustin [a. a. O.] aufgegriffen.

¹⁶⁶ Vgl. u. a. „*Brutus*“, *Vindiciae*, W. S. 85; Althusius, a. a. O., Kap. 21'2; Schmidt, *Vorgeschichte*, S. 121f.; Kahrstedt, *Altertum*, S. 433f.; Pirenne, *Courants*, I S. 322f., 339; Friedel, *Tyrannenmord*, S. 106f.

¹⁶⁷ S. hinten Anhang.

¹⁶⁸ Pirenne, *Courants*, I S. 342—346; Kahrstedt, *Altertum*, S. 446ff. Merkwürdigerweise erwähnt der letztere den Plutarch mit keinem Wort!

Dazu hatten wohl drei Faktoren wesentlich beigetragen. Einmal kam es zu einer neuen Entfaltung des kommunalen Lebens durch *autonome Selbstverwaltung*.¹⁶⁹ Sodann traten in den einzelnen Provinzen alljährlich die Delegierten der einzelnen Gemeinwesen zu *Provinzversammlungen* zusammen, um einen *Oberpriester* zu wählen und dem *Kaiserkult* obzuliegen, jedoch auch, um die Abordnung zu bestimmen, welche in Rom den Statthalter einfach *loben* oder aber zudem allfällige *Beschwerden* der Provinz gegen ihn, sei es beim Senat, sei es beim Kaiser, vorbringen sollte; diese Einrichtung dürfte sich nicht zuletzt unter *griechischem* Einfluß herausgebildet haben.¹⁷⁰

Aber auch das vom *Hellenismus* stark beeinflusste *Fürstenideal* hat wohl viel zur Besserung der Verhältnisse beigetragen. Nicht nur war es jenen Kaisern, die guten Willens waren, eine wertvolle Stütze für ihre Bestrebungen, sondern es verschaffte den Untertanen auch die Möglichkeit, einen allgemein anerkannten *Maßstab* an das Wirken ihres Herrschers anzulegen und ihn u. U. wie die Tyrannen der alten Griechen zum *Staatsfeind* („Polemios“) zu erklären¹⁷¹. Tat dies der *Senat* meist¹⁷² nur hinterher, wenn der Sieg der Gegenpartei bereits feststand, so war doch die Stimmung in diesem Rat, wo nun bald aus allen Provinzen stammende römische Bürger saßen¹⁷³, für die Frage wichtig, ob man es wagen dürfte, zum *Widerstand* zu schreiten; aber auch der Feldherr, der hiezum die Initiative ergriff, bedurfte doch wohl einer moralischen Grundlage, um seine Tat vor dem *Reich* ... und vor *sich selber* als „bellum iustum“¹⁷⁴ erscheinen zu lassen. In diesem Sinn ist vor allem der Widerstand gegen Nero seitens der *Gallier* unter Vindex und der *Helvetier* für Galba¹⁷⁵ zu verstehen: *romanisierte Kelten* waren es hier, die während des gleichzeitigen *jüdischen Verzweiflungskampfes* im Osten jene *Empörung* des gesamten Westens auslösten, die endlich zum *Sturze Neros* führte; damit leiteten sie eine Bewegung ein,

¹⁶⁹ Meyer, Staat, S. 374f.

¹⁷⁰ Fustel, Gaule, S. 210—224, insb. 210—214, 220, vgl. 174—192; Pirenne, Courants, I S. 319, 332; Meyer, Staat, S. 379f.

¹⁷¹ Dazu vor allem Vittinghoff, Staatsfeind, S. 87 (m. Anm. 383) (Calligula), 99f. (Nero), 84, 104 (m. Anm. 480) (Domitian), 100f. (m. Anm. 462) (griechischer Einfluß), 103f. (ungeschriebene Gesetze des Principatsgedankens). Vgl. Mommsen, Staatsrecht, III² S. 1240 ff. insb. 1250f., 1266f.; vgl. II S. 753 / 2. Ausg. S. 731f. Vgl. ferner Justinian, Corpus, D II⁷35⁵; dazu Althusius, Politica, Kap. 18 Abschn. 84 vgl. 68; Ercole, de tyranno, S. 147f.; sowie die weiteren bei diesen beiden zit. *Corpus-Iuris*-Stellen.

¹⁷² Soviel wir wissen, wurden nur Nero und Didius Julianus zu *Lebzeiten* vom Senat als Staatsfeinde ausgerufen: Vittinghoff, a. a. O., S. 99.

¹⁷³ Vgl. z. B. Pirenne, Courants, I S. 340; sowie unten f. Anm.

¹⁷⁴ Vgl. Vittinghoff, a. a. O., insb. S. 100f. (Anm. 462). Über die Beteiligung der *Griechen* an solchen Kämpfen seit den römischen Bürgerkriegen des 1. Jhd. v. Chr., vgl. Kuhn, Reich, II S. 50—56.

¹⁷⁵ Fustel, a. a. O., S. 74f.; Mommsen, Geschichte, V S. 75; Stähelin, Schweiz, S. 155f.; Kahrstedt, Altertum, S. 437; Piganiol, Rome, S. 254.

durch die zwar den *Griechen*, welche inmitten der allgemeinen Knebelung vom Despoten bevorzugt worden waren, die von diesem allen Poleis erteilte „libertas“ wieder genommen wurde¹⁷⁶, aber dafür im ganzen Reich die unterdrückten Rechte der Provinzialversammlungen wiederhergestellt wurden¹⁷⁷, das erwähnte „Polemiosverfahren“ gefestigt wurde¹⁷⁸ und durch die überhaupt jene Epoche eingeleitet wurde, die in der „*Silbernen Latinität*“ recht eigentlich eine Synthese zwischen griechischer und römischer Kultur verwirklichen sollte¹⁷⁹.

Aber, trotzdem der *Senat* nun wieder, wie in der allerersten Zeit, ein eigentliches *Widerstandsrecht*¹⁸⁰ geltend machen konnte, entwickelte er sich nicht zu einem *kräftigen* Widerstandsorgan¹⁸¹, und gerade der „griechischste“ und „philosophischste“ der Kaiser jener Zeit, Marc Aurel, leitete durch die Übertreibung der *Zentralisation* des Reiches und die Einsetzung seines *unfähigen* Sohnes zum Erben¹⁸² die endgültige *Vernichtung* der *römischen Freiheit*, nach welcher man übrigens im allgemeinen gar nicht mehr verlangte¹⁸³, unter den *Severen*¹⁸⁴ ein. Unter dem Druck der *Germanen* und anderer *Barbaren* kam es dann zu jener Epoche der Soldatenkaiser¹⁸⁵, wo fast nur noch *Beutegier* und *persönlicher Machtwille*, ungeachtet der in der Regel weiterhin zusammentretenden Provinzialversammlungen¹⁸⁶ und der zur abgenützten Formel gewordenen Polemioserklärungen¹⁸⁷ die Reichspolitik beherrschten.

Hingegen hätte vielleicht die im 2. Jhd. wohl noch zunehmende Verbreitung, welche die erwähnten *philosophischen Lehren* fanden, zu einer allgemeinen *ethischen Besinnung* beitragen können, aus der heraus dann wie von selbst die der Lage entsprechenden gerechten politischen Entschlüsse und diejenigen staatsrechtlichen Gestaltungen entstanden wären, mit denen allfällige staatliche Unterdrückungsversuche hätten am Erfolg verhindert werden können. Dazu blieb aber doch die ganze Bewegung im allgemeinen zu schwach; soweit man solche philosophische

¹⁷⁶ Mitteis, *Reichsrecht*, S. 87 (Anm. 2); Swoboda, *Staatsaltertümer*, S. 289 (b. Anm. 7).

¹⁷⁷ Fustel, *Gaule*, S. 221.

¹⁷⁸ Vittinghoff, a. a. O., S. 84, 100; Pirenne, a. a. O., S. 327—329, 339; Kahrstedt, a. a. O., S. 437, 445f.

¹⁷⁹ Vgl. oben b. Anm. 168.

¹⁸⁰ Vittinghoff, a. a. O., S. 99f., 102f.

¹⁸¹ Vgl. z. B. Pirenne, a. a. O., I S. 340.

¹⁸² Gierke, *Genossenschaft*, III S. 32f. (m. Anm. 75f., 79); Pirenne, a. a. O., S. 341f., 350f.; Kahrstedt, a. a. O., S. 483f., 486f.

¹⁸³ Fustel, *Gaule*, S. 224, 272 vgl. aber 263f.

¹⁸⁴ Trotz eines letzten Versuchs des Ulpian, die Monarchie auf konstitutionelle Grundlage zu stellen: so Pirenne, a. a. O., I S. 352—359.

¹⁸⁵ do., I S. 360—363; Kahrstedt, a. a. O., S. 502ff.; Piganiol, *Rome*, S. 420—435.

¹⁸⁶ Fustel, *Invasion*, S. 23—31.

¹⁸⁷ Vgl. z. B. Vittinghoff, a. a. O., S. 100 (*Legitimation der Usurpation*).

Lehren zu „verwirklichen“ versuchte, geschah es zudem auf allzu *direkte* Weise und allzusehr auf dem Weg über die *staatliche Herrschaft*, als daß daraus wirkliche *Freiheit* hätte entstehen können. So blieb es einer andern Lehre, die die Menschen stärker mit ihrem ganzen Wesen erfassen und *von unten her* schließlich auch die staatliche Struktur umgestalten sollte, vorbehalten, auf wirksame Weise der immer mehr sich ausbreitenden *Despotie* Widerstand zu leisten und sie dann zeitweise sogar weitgehend zu überwinden: dem auf der Grundlage des Glaubens der alten Israeliten entstandenen *Christentum*.

Schlußbetrachtung

I. Überblick

Nun sind wir bei unserer historischen Landschaftsbetrachtung dort angelangt, wo sich, fast schon im Vordergrund unseres Panoramas, alle beschriebenen Höhenzüge im römischen Massiv „vereinigen“. Unter dessen ist es aber heller Mittag geworden, und so erscheint nun manches in klarem Licht, was noch im Schatten lag, als wir die betreffende Gegend beschrieben. Doch wir müssen innehalten, wenn wir den Abstieg in die Gegenwart noch bei Tag hinter uns bringen wollen. So können wir denn manches nicht mehr berücksichtigen, was unterdessen sichtbar geworden ist. Aber auf den Mittag folgt ja auch wieder ein Morgen, und dann wird die Landschaft wieder ungefähr so aussehen, wie sie in unserer Beschreibung erscheint; diese behält deshalb trotz ihrer Lückenhaftigkeit und vielleicht sogar Einseitigkeit ihren Wert. Während wir uns für den Heimweg rüsten, wollen wir nun versuchen, vom Gesehenen in einem kurzen Überblick einige Grundzüge festzuhalten.

Während die „genossenschaftliche“ Staatsform vieler Stämme der Frühzeit¹ allmählich der absolutistischeren Monarchie fortgeschrittener „Kulturvölker“ zum Opfer fiel, konnten die *Juden* in immer neuen Kämpfen die Herrschaft ihres „*Gesetzes*“ erhalten, für das Jahwe (später GOTT) den Widerstand der Volksältesten und besonders von ihm dazu Berufener erlaubte, so daß dieser sich sowohl auf (religiöse) *Moral* als auch auf „*ius divinum*“ im Sinne eines eigentlichen Naturrechts, aber nicht direkt auf *positives* Recht stützen konnte².

Bei den *Griechen* erscheinen grobe Umriss eines Widerstandsrechts gegenüber den Königen der *homerischen Zeit*³, ähnlich viel später noch gegenüber dem *makedonischen* und insbesondere dem *molottischen* Herrscher⁴; hier hat es sich sogar zu einem *eigentlichen*

¹ S. oben Kap. 1 (I) b. Anm. 5.

² S. oben Kap. 1'II passim, 9'1 passim, sowie unten (III) b. Anm. 31.

³ S. oben Kap. 2 (II) b. Anm. 16—19, 22—31, 33 f., III f. passim.

⁴ S. oben Kap. 8 (III) b. Anm. 36, (IV) b. Anm. 47.

Widerstandsinstitut, dem Amt des *Prostatas* entwickelt, während es im übrigen anscheinend hie und da auf eidlicher Festsetzung der Herrscherrechte, jedenfalls aber ursprünglich auf der allgemeinen Überzeugung von der Bindung des Königs an die Sitte beruhte.^{3,4} Im Laufe der Entwicklung hat sich dieses Widerstandsrecht in *Sparta* in eine strenge Bindung der beiden Könige an die Gesetze verwandelt und den *Ephoren* zu einer Machtstellung verholfen, mit der sie dann einer kollektivistischen Staatsgesinnung und einem Herrenmenschentum dienten, die der Widerstandsidee völlig widersprachen.⁵ Andererseits hat sich in *Athen* der Widerstand gegen monarchische Willkür zu einem solchen gegen die *Tyrannis* und später gegen jeden Versuch zum Umsturz der bestehenden *freiheitlichen Verfassung* entwickelt; dieses Widerstandsrecht hatte zuerst eine starke moralische Grundlage, wurde aber auch schon früh gesetzlich normiert, schließlich verfestigte es sich in einem monistisch gedachten Schutz der bestehenden Verfassung, während sich ein besonderer, direkt von der Ethik hergeleiteter Tyrannenbegriff herausbildete, der dann auch z. T. zum moralischen Maßstab für die Frage des Widerstandes wurde.⁶

An dieser Entwicklung war vor allem auch die eben entstehende *Philosophie* beteiligt. Während Heraklit die Notwendigkeit des Kampfes ums Recht betonte, kamen die *Sophisten* zur Vorstellung eines *Naturrechts*, ja, einzelne von ihnen zur Überzeugung von der grundsätzlichen *Gleichheit aller Menschen* und zur Begründung des Rechts durch *Gesellschaftsvertrag*;⁷ dann gab Sokrates das Beispiel des leidenden Ungehorsams, nachdem er die Rechtslehre mit tiefem ethischem Gehalt erfüllt hatte⁸, welcher dann von Plato gleichsam verabsolutiert wurde⁹. So geißelte dieser die schlechten Herrscher, wollte aber den „Besten“ (wer es auch sei) um so mehr Rechte (u. U. auch dasjenige zum Widerstand und zur Revolution) zugestehen, während er später für den Normalfall die Herrschaft der „Gesetze“ verlangte, wobei er gleichzeitig ein *ethisch bedingtes Naturrecht* philosophisch begründete.¹⁰ Aristoteles versuchte, auf Grund seiner von Plato entscheidend beeinflussten Kategorien das empirisch Gegebene zu verstehen¹¹, betonte die Notwendigkeit, sich gegenüber einem Monarchen

³ S. oben Kap. 3, insb. (I) b. Anm. 14, (II) b. Anm. 20—32, III passim, (IV) b. Anm. 47.

⁶ S. oben Kap. 4 (I) b. Anm. 2—10, (II) b. Anm. 14f., 21, III passim, (IV) b. Anm. 45, (VI) b. Anm. 70, (VII) b. Anm. 73f., 76, VIII passim, Kap. 5 passim, insb. (III) b. Anm. 18 und dort zit. Anm.

⁷ S. oben Kap. 5 (IV) b. Anm. 19f.

⁸ S. do. b. Anm. 21—36.

⁹ S. oben Kap. 6 (I) b. Anm. 2, 15f., (II) b. Anm. 29—33, (IV) b. Anm. 64f.

¹⁰ S. oben Kap. 6 passim insb. (II) b. Anm. 16—23 (Tyrann), (III) b. Anm. 48—54, 57, (IV) b. Anm. 71 (Naturrecht), (IV) b. Anm. 101—105 (Widerstand), 'V passim (Gesamtwürdigung).

¹¹ S. oben Kap. 7'I passim.

eine Widerstandsmöglichkeit zu sichern¹², vervollständigte die Beschreibung des Tyrannen zu einem Bild, das die mittelalterliche Lehre befruchtete, und sah den *Rechtsstaat*, in welchem auf Grund einer „gemischten Verfassung“ verschiedene Gewalten sich gegenseitig beaufsichtigten und die Herrschaft der Gesetze, sowie die Freiheit der öffentlichen Zusammenkünfte und der Wissenschaft¹³, sichern sollten, als für das zeitgenössische Griechenland allein geeignet an, wobei ihm der Widerstand für dieses Recht anscheinend als Selbstverständlichkeit erschien.¹⁴ Gleichzeitig kämpfte in Athen der Freiheitsfreund Demosthenes für die Erhaltung des *demokratischen Rechtsstaates* und seiner Grundlage, der Achtung vor den *Rechten der Bürger*.¹⁵

Nachdem schon die mit Sparta, Athen und Theben verbündeten Poleis jeweilen auf Grund ihrer formell weiterbestehenden Unabhängigkeit das Recht beansprucht hatten, sich gegen Übergriffe des Hegemons zu wehren¹⁶, so daß es schließlich in den beiden letztgenannten Städten zur Bildung eigentlicher *Bundesorgane* kam¹⁷, brachten dann die verschiedenen *panhellenischen* Bündnisse der *makedonischen* Könige eine noch stärkere rechtliche Anerkennung der *Vorherrschaft* der letzteren, wofür aber das Verteidigungsrecht der Poleis effektiv zu einer Art „Widerstandsrecht“ für ihre Autonomie wurde¹⁸, zu deren Sicherung sich nun auch eigentliche *Bundesstaaten* bildeten¹⁹. Schließlich interpretierte dann Polybios, während in Asien die *Juden* ihren *Widerstandskampf* gegen die Hellenisierungspolitik der Seleukiden erfolgreich abschlossen²⁰, das unterdessen weiterentwickelte Ideal der „*gemischten Verfassung*“ in den Aufbau des römischen Staates hinein²¹, der sich eben Griechenland und bald auch den Osten unterwarf²².

Griechische Philosophie regte nun die *Römer*, insbesondere Cicero, zur Weiterentwicklung ihres *ethisch fundierten Naturrechts* und zum Nachdenken über den eigenen Staat mit seinen *freiheitlichen* Institutionen an.²³ Doch blieben das *Volkstribunat*, das konsequenteste

¹² S. oben Kap. 7 III, insb. b. Anm. 45 f., 49—53.

¹³ S. oben Kap. 7 (VI) b. Anm. 121.

¹⁴ S. die drei vorhergehenden Anm. und oben Kap. 7 (I) Anm. 4, (II) b. Anm. 17 f., (IV) b. Anm. 59—63, 65—70, 73—75 (Rechtsstaat), V passim (Widerstand), VI passim (Tyrann) sowie unten Anh. 'II („cautelae tyrannicae“).

¹⁵ S. oben Kap. 8 (I) b. Anm. 13 f.

¹⁶ S. oben Kap. 3 (II) b. Anm. 29 f., IV passim, 4 (VI) b. Anm. 65—68, (VII) b. Anm. 72, IX passim.

¹⁷ S. oben Kap. 4 (IX) b. Anm. 86, 8 (I) b. Anm. 2.

¹⁸ S. oben Kap. 8 (II) b. Anm. 16—19, III f. passim insb. bei Anm. 48—51.

¹⁹ S. oben Kap. 8 (IV) b. Anm. 43—47.

²⁰ S. oben Kap. 9 I passim.

²¹ S. oben 9 (II D) b. Anm. 148—153.

²² S. do. b. Anm. 106—110.

²³ S. do. b. Anm. 154—166.

Widerstandsinstitut der Antike, auf Rom und das mit Hilfe der Tribunen ausgestaltete *Provokationsrecht*, das alle übrigen Rechte der römischen Bürger bis zu einem gewissen Grad sicherte, auf die römischen Bürger beschränkt.²⁴ Die Provinzen und selbst die dortigen Bundesgenossen waren auf die Gunst des Senats und der Konsuln, später der Kaiser angewiesen;²⁵ nicht zuletzt unter griechischem Einfluß hatte den letzteren gegenüber der Senat das widerstandsrechtliche Druckmittel der „Polemios“-erklärungen ausgebildet, waren gegenüber der Reichsverwaltung die Provinzen durch alljährliche *Delegiertenversammlungen* mit Beschwerderecht und die einzelnen staatlichen Gebilde durch reichsrechtliche Sicherung einer gewissen Autonomie geschützt;²⁶ aber all dies blieb zu schwach, um der *zunehmenden Despotie* Einhalt zu gebieten;²⁷ praktisch konnte das theoretisch mehr oder weniger anerkannte Widerstandsrecht zwar die Begründung für die Beseitigung einzelner Herrscher abgeben²⁸, nach der Mitte des 2. Jhd. aber kaum mehr zu dauernder Wiederherstellung freiheitlicherer staatlicher Verhältnisse führen²⁹.

II. „Moral“

So ergibt sich aus unserer Untersuchung auch eine Art Moral. Wo wir hingeblickt haben, hat der Versuch zur *Konzentration* der über einen bestimmten Bürger gebietenden Staatsgewalt an einem Punkt, sei es im partikularistischen, sei es im zentralistischen Sinn, jenem jede eigenständige Widerstandsmöglichkeit genommen und zugleich die auf rechtem Ausgleich beruhende Freiheit zerstört. Dagegen war auch die allein übriggebliebene Verteidigungsmöglichkeit, der Tyrannenmord, auf die Dauer unwirksam geworden, soweit nicht gleichzeitig eine Erneuerung von innen her stattfand, welche erst die Möglichkeit für eine fruchtbare Lockerung der äußeren staatlichen Bande und damit für eine freiheitlichere Entwicklung der Einzelnen, der Gruppen und der gesamten Gesellschaft schuf.

III. Ausblick

Bevor wir nach diesen Überlegungen zum Abstieg aufbrechen, wollen wir einen letzten Blick auf unser historisches Panorama werfen, um festzustellen, wie es sich ins Ganze der uns bekannten Welt einordnet.

²⁴ S. oben 9(II'B) passim, (C) b. Anm. 102f.

²⁵ S. do. b. Anm. 103, (D) b. Anm. 108f., 112—114, 168, 170, 172f., 176f., 181—187.

²⁶ S. oben Kap. 8 (IV) b. Anm. 44, 48, 9(II'D) b. Anm. 110f., 142—147, 154, 166—180.

²⁷ S. do. b. Anm. 181—187.

²⁸ do. b. Anm. 171f., 174f., 178f.

²⁹ do. b. Anm. 183—187, sowie unten b. Anm. 30f.

Da sehen wir zunächst, wie gerade Ulpian, der in einer seiner prägnanten Formulierungen die Gerechtigkeit des Staates als die „voluntas constans et perpetua ius suum cuique tribuendi“ definierte³⁰, die Reichsverwaltung wieder einmal in rechtlichere Bahnen zu leiten versuchte, aber Kaiser Alexander Severus es nicht verhindern konnte, daß jener vor seinen Augen ermordet wurde.³¹ Aber schon mitten in der „Silbernen Latinität“ hatten die letzten, unter der Führung Bar Kochbas unternommenen Versuche, das römische Joch abzuschütteln, mit einem entsetzlichen Blutbad und der völligen Verödung *Judäas* geendet.³² Damit hatten aber die römischen Kaiser eben doch das letzte sichere Refugium, welches ethisch fundierten Widerstandsgeist in der ihnen damals unterworfenen „Kulturwelt“ übrig blieb, vernichtet.

Auch in *Indien*, das schon seit dem Alexanderzug, und in *China*, das im 2. Jhd. n. Chr. ebenfalls, freilich spärlich, mit der griechisch-römischen Welt in Kontakt stand, hatte die Widerstandsidee zur Zeit des Aristoteles, unabhängig von dessen Lehre, ihren theoretischen Ausdruck gefunden und war seither die Freiheit ebenfalls wieder untergegangen.³³

Damals hatte der Inder Arthasastra den Ursprung aller Herrschaft auf einen Beschluß des Volkes zurückgeführt und erklärt, der König sei als Gegenleistung für die Abgaben der Untertanen zu deren Schutz verpflichtet und hiefür vor ihnen verantwortlich, er sei an die Gesetze gebunden und die Untertanen u. U. zu bewaffnetem Widerstand berechtigt, während in China, die im Feudalismus der Tschou-Zeit verbreitete Widerstandsidee, wie schon von Confucius, von dessen Nachfolger Mencius in seine Morallehre aufgenommen wurde, welche bestimmte, daß kein Beamter seinen Amtsauftrag überschreiten und kein Richter das Gesetz beugen durfte, unter das auch Fürsten und Staat gestellt waren.³⁴

Befreite sich *Indien* an der Wende zum 3. Jhd. n. Chr. von der Fremdherrschaft der Indoskythen, so erlangte es aber dadurch weder dauernde Unabhängigkeit, noch ausgewogene freiheitliche Institutionen;³⁵ lockerten die *konfuzianischen* Lehren damals trotz der Bücherverbrennung des Shi-hwang-ti den zentralistischen Organisationsstaat

³⁰ Justinian, Corpus, D 1'1'10'pr; vgl. Inst. 1'1'pr. Dazu Nef, Gerechtigkeit, S. 81f.

³¹ Pauly-Wissowa, Altertumswissenschaft, V'1 Sp. 1436—1438 (Domitius 88 — Jörs).

³² Kern, WR, S. 206—208 (m. Anm. 386); Dubnow, a. a. O., II S. 430 bis 470, III S. 47—67.

³³ Gross, WR, S. 1f. (n. Topa); Haenisch, Reich, S. 5; Pirenne, a. a. O., I S. 293—295, 301—307, 459—467, 469f., 478f.

³⁴ Gross, a. a. O., Haenisch, a. a. O. Vgl. Pirenne, a. a. O., I S. 302, 461f., 468f.; Triepel, Hegemonie, S. 322—328.

³⁵ Gross, a. a. O. Vgl.: Ruben, Indien, S. 38f.; Pirenne, a. a. O., I S. 306, 478f.

der *chinesischen* Han-Monarchie wieder auf, so blieb China doch ein reichlich absolutistischer Staat.³⁶

Im *Mittelmeerbecken* vereinigte sich nun aber *christliche* Liebe mit *alttestamentarischem*, *griechischem* und *römischem* Widerstandsgeist zunächst zu jenem unerschütterlichen *duldenden Ugehorsam*, der u. a. in unserm Lande zum Martyrium der *thebaischen Legionäre* führte³⁷, gegenüber kaiserlicher Despotie; die letztere sollte zwar im *Osten* auch die freiheitliche Kraft des neuen Glaubens überwinden, lange bevor ihn dann die weniger einheitlich, aber meist nicht minder despotisch regierten Söhne Allahs weitgehend aus Asien und Afrika verdrängten;³⁸ und wenn die *Slawen* ihn unterdessen auch wieder mit der altrussischen Überzeugung verbunden hatten, daß „jeder Mensch sein Recht habe“³⁹, so wurde doch ihr Versuch, entsprechende freiheitliche Institutionen zu schaffen, gerade dann von der *mongolischen* Gewaltherrschaft geknickt, als der Erfolg sich einzustellen und dank der Lockerung ihrer wirtschaftlichen und geistigen Abgeschlossenheit sogar auf die Umwelt auszustrahlen begann.⁴⁰

Aber im *Westen* waren sowohl der alte Widerstandsgeist wie die klassische Idee der politischen Freiheit noch lebendiger, so daß zusammen mit ihnen der von Augustin „z. H. des *Mittelalters*“ so meisterhaft in klare Begriffe gefaßte und dem Niedergang des *römischen Staates* gegenübergestellte göttliche Auftrag der *Christen* zur *Mitarbeit* am „*Gottesstaat*“⁴¹, ergänzt durch den Freiheitsdrang der *keltischen* Untertanen, die Zertrümmerung der despotischen Reichs-

³⁶ Haenisch, a. a. O., S. 5f.; Pirenne, a. a. O., I S. 303f., 306f., 460f., 469f.

³⁷ Besson, Acauneuse, passim. Vgl. Stähelin, Schweiz, S. 500; Meyer, Älteste Zeit, S. 16. Gegen gewaltsamen Widerstand sprach das *Vorbild* des Christus, sowie gewisse Stellen des N. T. [z. B. Johannes, Kap. 14 V. 30, 19 V. 11ff.]; umgekehrt können aber andere Stellen [z. B. Matthäus, 5 V. 21f., V. 38—48, 22 V. 17—21; Markus, 12 V. 14—17; Lukas, 6 V. 27—36, 20 V. 21 bis 25; Apostel, 25 V. 11 u. 25; Petrus, I'2 V. 13—17] gedeutet werden; umstritten ist die Bedeutung von N. T., „Paulus“, Römer 13 V. 1—7 vgl. Titus 3 V. 1, 1. Kor. 6 V. 1ff., 1. Tim. 2 V. 2. Jedenfalls war nun die Spannweite sowohl für einseitige Dogmatisierung als auch für einen fruchtbaren Ausbau der Widerstandslehre viel größer. Zum ganzen Problem vgl. z. B. Kern, WR, S. 204—209, insb. Anm. 384—387.

³⁸ Müller, Allg. Geschichte, XII Kap. 3f., XIII Kap. 7f., XIV Kap. 2—10.

³⁹ Laserson, Revolution, S. 563.

⁴⁰ Müller, a. a. O., XIV Kap. 18, 29, XVII Kap. 16, 31.

⁴¹ Augustin, Gottesstaat, S. IX, XXXII f. (Eспенberger, Einl.), I Kap. 21, 24 (vgl. 15—23), 26, III Kap. 10, IV Kap. 3—7, 15, XV Kap. 5, XIX Kap. 7, 21, 23f. Vgl.: Gierke, Genossenschaft, III S. 122—128; Lossen, Tyrannenmord, S. 8f., 44 und hier zit. Lit.; Troeltsch, Augustin, S. 35—40, 130—141 insb. 135, 137; Böhme, Tyrannenmord, S. 12f.; Andelfinger, Tyrannenbegriff, S. 10—13.

gewalt unter Verwendung der alten „foedus“-Form⁴² den *germanischen* Eindringlingen erleichterte⁴³ und im Verein mit dem rechtlichen Freiheitsgeist der letzteren es bewirken konnte, daß die Bewohner Europas sich immer wieder gegen Übergriffe der Staatsgewalt zur Wehr setzten und stets von neuem rechtliche Formen entwickelten, welche die Macht Einzelner, ja des „Staates“ im ganzen, wirkungsvoll beschränkten.⁴⁴

⁴² Fustel, *Invasion*, S. 420—436; Pirenne, a. a. O., I S. 397 f. Vgl. für das damalige Verhältnis der Germanen zum Römischen Reich auch Schröder, *Lehrbuch*, S. 91, 101—105, 222, 227, 230, insb. 103—105 m. Anm. 15 f./7. A. S. 99, 108—110, 248 f., 252 f., 256 f. insb. 108 f., m. Lit.

⁴³ Kern, *WR*, S. 206, 210—213, 224 f., m. Anm.; Lossen, a. a. O., S. 23; Troeltsch, a. a. O., S. 45; Rahner, *Kirchenfreiheit*, S. 54—56, 139 f., 152, 163—165.

⁴⁴ Vgl. oben Einleitung. Vgl. zum germanischen Freiheitsgeist auch Schiller, *Abfall* (Einl.), S. 17 f.

Die Einstellung Plutarchs zur Widerstandsfrage

I. Plutarch und das Widerstandsproblem

Soweit wir sehen, hat Plutarch das Widerstandsproblem nicht deutlicher als solches gesehen, als dies Plato und Aristoteles getan hatten. Er schreibt zwar mit Begeisterung von den alten Republiken und den Taten ihrer großen Staatsmänner, von deren Achtung vor Freiheit und Recht; nicht weniger rühmt er aber den Freiheitsfeind Alexander. Diesen betrachtet er im großen ganzen als einen Förderer der Gerechtigkeit; in ähnlichem Sinn bezeugt er sich als Anhänger der Kaiseridee seiner Zeit (2. Jhd. n. Chr.).

Was auch Plutarch verurteilt, das ist die reine Willkür, die nach ihm eben bei Alexander doch nicht das dominierende Element war. Am stärksten kommt seine Verurteilung rein willkürlicher Regierungsweise in seiner Rechtfertigung der Ermordung des Tyrannen Timophanes durch dessen Bruder Timoleon zum Ausdruck, den er dafür lobt, daß er das öffentliche Wohl der Verwandtschaftspflicht vorgezogen und die Gerechtigkeit über den eigenen Nutzen gestellt habe¹. Die Regierungsweise des Timophanes beschreibt er als im Übergang vom tyrannischen Amtsmißbrauch des Söldnerführers zur Anmaßung eines eigentlichen Tyrannentitels befindlich².

II. Die Merkmale der Tyrannis

Nach der in Venedig im Jahre 1596 erfolgten Ausgabe der Werke des Bartolus hätte dieser in seinem „*Tractatus de Tyrannia*“ seine zehn „*cautelae tyrannicae*“ auf Grund einer Aufzählung des Plutarch zusammengestellt³. Ist also der große Fortschritt, den die Aufstellung jener Merkmale der Tyrannis für die Widerstandslehre bedeutet, ein Werk des späteren Altertums gewesen?

¹ Plutarch, Timoleon, *G. u. D.* Abschn. 4 (*D. S.* 8f.) / *F.* Abschn. II (*S.* 504f.); vgl. auch die oben Kap. 8'I Anm. 461 erw. Stelle der „*Moralia*“.

² ders., Timoleon, *G.—D.* Abschn. 4 (*D. S.* 7) / *F.* Abschn. II (*S.* 503). Vgl. oben Einl. (III D) b. Anm. 66 u. 68.

³ Bartolus, *De Tyrannia*, Bl. 118 Nr. 28. Vgl. oben Einl. (III D) b. Anm. 70.

Nun, wir konnten die erwähnte Aufzählung der zehn Kautelen in den moralischen Schriften Plutarchs nirgends finden. In den „*Politischen Ratschlägen*“⁴ befindet sich wohl die Ermahnung, Tyrannei zu vermeiden, aber keine systematische Darstellung derselben, abgesehen davon, daß es hier nicht um die Ausübung der obersten Gewalt in einem unabhängigen Staat geht. Der (übrigens vielleicht gar nicht von Plutarch stammende) kleine Abriß über „*Monarchie, Demokratie und Oligarchie*“ enthält, soweit er uns überliefert ist, noch weniger Details über die Tyrannis⁵. Richard Schmidt⁶ behauptet ohne nähere Begründung, Bartolus habe den „*Hegemon apaideutos*“ zur Vorlage genommen; in diesen Ermahnungen „An einen schlecht unterrichteten Fürsten“ sind aber nur ein paar anekdotenhaft ausgeschmückte Bemerkungen über die Übel der Tyrannis enthalten⁷. Freilich scheint zu diesem Exposé seinerzeit noch ein heute verlorener Schlußteil gehört zu haben, wo möglicherweise u. a. eine solche Charakterisierung des Tyrannen gestanden haben könnte; auch in den verlorenen Teilen einer Abhandlung, von der anscheinend die bereits erwähnten Ausführungen über die drei Staatsformen⁵ ein Fragment sind oder zu der sie die Einleitung bilden mochten, könnte unser Text gestanden haben. Doch es ist schwer denkbar, daß eine solche Stelle aus Plutarch seit der Zeit des Bartolus untergegangen wäre.

Natürlich kommt alles, was der letztere unter den Merkmalen der Tyrannis aufzählt, in den Lebensbeschreibungen des Plutarch, insbesondere im „*Timoleon*“⁸ und im „*Antonius*“⁸, irgendwo mehr oder weniger deutlich vor, aber es ist hier weniger systematisch zusammengestellt — nicht nur als nachher bei Bartolus, sondern auch als vorher bei Plato und Aristoteles⁹.

Auf letzteren¹⁰, den er einfach als „*Philosophus*“ bezeichnete, berief sich denn auch Aegidius Romanus Colonna Eremita, als er

⁴ *Moralia*, G—L. *Praecepta gerendae Reipublica* z. B. 10 f., 15—17 — IV¹ S. 192—197 (804 e, 805 c—806 b / 230, 232—235), 216—221 (812 b—813 d / 257—262) / *F.* *Instruction pour ceux qui manient affaires d'estat* z. B. VI¹, 3 f., VII¹—3, XI — I S. 522—525, 536—538 / *D.* *Politische Vorschriften* z. B. Anf. d. 2. Viertels, Anf. d. 2. Hälfte — VI S. 204, 207—210, 233—236. Vgl. auch oben Anm. 1.

⁵ *Moralia*, G—L. *De unius in Republica Dominatione, populari Statu et paucorum Imperio* — IV¹ S. 262—267 (826 a—827 c / 311—316) / *F.* *Des trois sortes de gouvernement* — II S. 453—455 / *D.* *Über M., D. u. O.* — VI S. 286—291.

⁶ *Vorgeschichte*, S. 136.

⁷ *Moralia*, G—L. *Ad principem ineruditum* — IV¹ S. 108—119 (779 d bis 782 f / 192—142) / *F.* *Qu'il est requis qu'un prince soit savant* — I S. 424 bis 431 / *D.* *An. . .* — VI S. 113—125.

⁸ Vgl. die Bemerkungen, die über die ganze Erzählung zerstreut sind; wir können sie hier nicht einzeln anführen.

⁹ Vgl. oben Kap. 6^{II} u. 7^{VI}.

¹⁰ *Politik*, V Kap. 11 (v. K. VIII Kap. 11).

schon einige Jahrzehnte vor Bartolus dieselben zehn „cautelae tyrannicae“ in seiner Abhandlung „*de regimine principum*“ aufstellte¹¹. So könnte es sich bei dem „ut egregius Plutarchus de regimine principum clarius enumerat“ sehr wohl um einen Verschied handeln, um so mehr als die Schriften der mittelalterlichen Juristen, so auch diejenigen des Bartolus, bekanntlich vielfach auf recht unzuverlässige Weise zustandegekommen, z. B. aus Aufzeichnungen von Hörern seiner Vorlesungen zusammengestellt worden sind¹². Die Stelle wäre demnach z. B. folgendermaßen zu lesen: „ut Egidius Col. ab Arist. (oder: Egidius a Plat. Ar. que) (in) de regimine Principum clarius enumerat“; es könnte aber auch einfach aus dem „Philosophus“ des Aegidius, sei es durch Bartolus selber, sei es durch einen Schreiber ein „Plutarchus“ entstanden sein. Wir haben hier die Frage nach der Art des Verschiedes nicht näher zu untersuchen; es genügt, wenn irgendein solcher als wahrscheinlich erscheint; das aber ist der Fall, selbst wenn man den von Richard Schmidt zitierten Bartolus-Text heranzieht, der die zehn „cautelae“ sogar direkt dem Plutarch in den Mund legt: „Ita dicunt dicta Plutarchi, quae examinemus. Primum ...“¹³. Da Schmidt eine Ausgabe von 1615¹⁴ als Quelle angibt, ist es durchaus möglich, daß der Herausgeber zur Verdeutlichung der Stelle den Irrtum verdeutlicht hat, wobei freilich festzustellen wäre, daß er seine Phantasie ziemlich stark hat walten lassen, da der von Schmidt wiedergegebene Text keineswegs wörtlich, ja vielfach nur dem Sinne nach mit dem „unsrigen“ von 1596³ übereinstimmt. Ungefähr in demselben Ausmaß weichen beide Texte von demjenigen des Aegidius Romanus ab¹⁴. Etwas stärker entfernt sich der letztere vom 11. Kapitel des V. (v. K. VIII.) Buches des Aristoteles, der seinen „Katalog“ insbesondere noch nicht numeriert hatte. Aber gerade diese Neuerung dürfte schwerlich auf den unschematischen Plutarch, sondern viel eher auf den Thomisten Aegidius zurückzuführen sein. So dürften wohl die „cautelae tyrannicae“, soweit sie nicht bei Aristoteles schon vorgebildet waren, eine Leistung des *Hochmittelalters* und nicht der hellenistischen Spätantike gewesen sein. Sicherheit könnte in dieser Frage freilich, wenn überhaupt, so nur durch eine eingehende Untersuchung der älteren Bartolus- und eventuell auch Aegidius-Ausgaben, insbesondere der Handschriften, gewonnen werden, was die Aufgabe einer besonderen Arbeit sein müßte.

¹¹ Principum, III/2 Kap. 10 vgl. 11—14.

¹² Vgl. dazu z. B. Savigny, Geschichte, VI S. 156 f., 161, 172—174.

¹³ Vorgeschichte, S. 137 (Anm. 1).

¹⁴ do., S. 135.

Verzeichnis der verwendeten Sammelwerke

mit der Angabe der Stellen (—/—), an denen das betr. Werk in dieser Arbeit erwähnt ist

- Ap. A. T.: Apokryphen des Alten Testaments. Textbibel des alten und neuen Testaments. Hgg. v. D. E. Kautsch. 2. T. (neupagin.). Tübingen 1904.
 — Kap. 1 Anm. 24, Kap. 9 Anm. 9—19, 22. —
- A. T.: Altes Testament. Textbibel ... (wie Ap. A. T.) 1. T. Tübingen 1904.
 Einl. Anm. 41, Kap. 1 Anm. 5, 10—14, 16—24, Kap. 4 Anm. 67, Kap. 9 — Anm. 4, 22. —
- Bibel: s. A. T., Ap. A. T., N. T.
- Homer: *Odyssee. Griechisch u. deutsch*, von Joh. Heinrich Voss, bearb. v. E. K. Weiß. Tempel-Klassiker. 2 Bde. Berlin und Leipzig o. D.
 — Kap. 2 Anm. 12, 16, 22, 24, 29—32, 52. —
- Ders.: *Iliade (Ilias)*. Erklärt von J. U. Faesi. Slg. griech. u. lat. Schriftsteller m. deutschen Anm. Bd. I, 7. Aufl., F. R. Franke. Berlin 1888. Bd. II, 7. Aufl., J. Sitzler. Berlin 1919. Bd. III, 6. Aufl., F. R. Franke. Berlin 1886. Bd. IV, 6. Aufl., F. R. Franke. Berlin 1887.
 Übers. v. Joh. Heinr. Voss. 3. verb. Aufl. 2 Bde. Tübingen 1806.
 — Kap. 2 Anm. 12, 16f., 22, 24, 29, 32f. —
- Justinian: *Corpus iuris civilis*. Bd. I: *Institutionen* bearb. v. P. Krueger. *Digesten* bearb. v. Th. Mommsen. 9. Aufl. Berlin 1902.
 — Kap. 9 Anm. 124, 134, Schl. Anm. 30.
- N. T.: Textbibel d. alten u. neuen Test. Hgg. v. D. E. Kautsch. Übersetz. v. Karl Weizäcker. 3. T. (neupagin.). Tübingen 1904.
 — Einl. Anm. 41, Schl. Anm. 37. —
- Pauly, August — Wissowa Georg H.: *Paulys Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft* u. Mitw. zahlr. Fachgenossen hgg. v. G. Wissowa. Bd. I. Stuttgart 1894. Bd. IV' 2 (8. Halbbd.). Stuttgart 1901. Bd. V' 1 (9. Halbbd.). Stuttgart 1903. Bd. XI' 1 (21. Halbbd., hgg. v. W. Kroll). Stuttgart 1921.
 — Kap. 3 Anm. 47, Kap. 4 Anm. 55, Schl. Anm. 31. —
- Recueil de diverses pièces concernant les franchises et libertés des Peuples de la Principauté de Neuchâtel et Valangin. Neuchâtel 1762.
 — Einl. Anm. 12. —
- Schiele, Friedrich Michael — Zscharnak, Leopold: *Die Religion in Geschichte und Gegenwart*. Hdwb. in gemeinverständlicher Darstellung. 1. Aufl.! Bd. III. Tübingen 1912.
 — Einl. Anm. 30. —
- Verschiedene: *Le major Davel, 1670—1723*. Etude historique écrit à l'occasion du deuxième centenaire de la mort de Davel. Lausanne 1923.
 — Einl. Anm. 13. —

Literatur- und Autorenverzeichnis I

(zur Einleitung)

Allgemeine Literatur über das Widerstandsrecht

mit der Angabe der Stellen (—/—), an denen das betr. Werk in dieser Arbeit zitiert ist

Aegidius Romanus Colonna: Aegidii Romani... *De regimine principum*, libri III. Rom 1556.

— Anm. 32. —

Althusius, Johannes: *Politica methodice digesta* of... (Althaus), reprinted from the third edition of 1614, augmented by the Preface to the first ed. of 1603..., with an *Introduction* by Carl Joachim Friedrich. Cambridge 1932.

— Anm. 38, 86. —

Andelfinger, Andreas: Die Entwicklung des *Tyrannenbegriffes* in der philosophisch-theologischen Literatur des Mittelalters und seine antiken Quellen. Diss. Masch.-Schrift, München 1920, Abschr. d. Univ.-Bibl. 1934.

— Anm. 29—34, 41. —

Aristoteles: *Politikon*. Gr. rec. Immanuel Bekker, S. 1252ff. (Bd. II) + De Re Publica. Lat. Übers. v. Dionysius Lambinus, S. 627ff. Beides hgg. v. d. „Academia regia borussica“. Berlin 1831.

Politik. Übers. u. erl. v. J. H. v. Kirchmann. Philos. Bibl., Bd. LXXXIV. Leipzig 1880.

— Anm. 71, 77. —

Barker, Ernest: *Plato*: s. Litverz. II.

— Anm. 42. —

Bartolus von Sassoferrato: Bartoli a Saxoferrato — *Omnium Juris Interpretum Antesignani Consilia, Quaestiones et Tractatus*.

De Guelphis et Ghibellinis: Bl. 151.

Super Const. qui sunt rebelles: Bl. 104.

De regimine Civitatis: Bl. 152f.

Tractatus super Const. ad reprimendum: Bl. 95.

Tractatus de Tyrannia: Bl. 1 u. 117—9.

Opera, Tomus Decimus. Venedig 1596.

— Anm. 84. —

Bluntschli, Johann Caspar: Allgemeine *Staatslehre*. Lehre v. mod. Staat, 1. T., 5. umgearb. Aufl. d. I. Bd. d. allg. Staatsr. Stuttgart 1875.

— Anm. 42, 86. —

Ders.: Allgemeines *Staatsrecht*. Lehre v. mod. Staat, 2. T., 6. Aufl., durch. v. Lening. Stuttgart 1885.

— Anm. 18, 40, 52, 86. —

Roth, Widerstand.

- Böhme, R.: *Der Tyrannenmord nach der Lehre der katholischen Kirche.*
— Anm. 19, 41. München 1905. —
- Brunner, Andreas: *Rechtsstaat gegen Totalstaat.* Bd. I: Rechtstheoretischer Teil. Zürich 1948.
— Anm. 25, 60. —
- „Brutus“, Stephanus Junius: *Vindiciae contra tyrannos: sive, de Principis in Populum, Populique in Principem, legitima potestate.*
W.: Hubert Languet, Wider die Tyrannen, hgg. von Laure Wyss. Zollikon-Zürich 1946.
Z.: hgg. v. Lazarus Zetzner. Frankfurt 1608.
— Anm. 37, 86. —
- Burckhardt, Jacob: *Die Cultur der Renaissance in Italien.* Ein Versuch. 13. Aufl.: Neudruck d. Urausgabe, durchges. v. Walter Goetz. Stuttgart 1922.
— Anm. 6, 41. —
- Burckhardt, Walther: *Methode und System des Rechts, mit Beispielen.* Zürich 1936. Anm 26.
- Busche, Axel von dem: *Eid und Schuld.* Göttinger Universitäts-Ztg., Jg. 2 (1946/47), Nr. 7, S. 1—4. Göttingen 1947.
— Anm. 25. —
- Calvin, Johannes: *Institutio christianae religionis in libros quatuor nunc primum digesta certisque distincta capitibus . . . aucta etiam tam magna accessione ut propemodum opus novum haberi possit . . . 1559.* Corpus Reformatorum Band XXX. Braunschweig 1864.
Institution de la Religion Chrétienne. Nouv. Edition critique . . . hgg. v. Baum, Cunitz u. Reuss, Bd. II (Buch III f). CR. Band XXXII. Braunschweig 1866.
— Anm. 36. —
- Cardauns, Ludwig: *Die Lehre vom Widerstandsrecht [WR] des Volks gegen die rechtmäßige Obrigkeit im Luthertum und im Calvinismus des 16. Jhd.* Diss. Bon 1903.
— Anm. 8, 41. —
- Constant, Benjamin: *Über die Freiheit.* Die schönsten politischen Abhandlungen des großen Lehrers der Freiheit. Basel 1946.
— Anm. 15, 41, 81. —
- Ders.: *Cours de politique constitutionnelle.* Bd. I. Paris 1818. Bd. IV. Paris u. Rouen 1920.
— Anm. 15, 41, 81. —
- Ders.: *De l'esprit de conquête et de l'usurpation, dans leurs rapports avec la civilisation européenne.* Ohne Ortsang. 1814.
— Anm. 15, 68. —
- Doumergue, Emile: *Calvins Wesen.* Der Mensch — der Gedankenaufbau — die Kirche — der Staat. Deutsche Aus. v. Wilhelm Boudriot. Neukirchen 1934.
— Anm. 8, 36. —
- Ders.: *Les origines historiques de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen.* In: *Revue du droit public et de la science pol. en France et à l'étranger.* Bd. XXI (11. Jg.). Paris 1904.
— Anm. 15, 36. —

- Ercole, F.: *Tractatus de tyranno* von Coluccio Salutati (mit *Einl.* von Josef Kohler). In „Quellen der Rechtsphilosophie“, Bd. I. Berlin 1914.
— Anm. 6, 20f., 31f., 34, 67, 69f. —
- Farner, Alfred: Die Lehre von Kirche und Staat bei *Zwingli*. Diss. Zürich 1930.
— Anm. 8, 35. —
- Fehr, Hans: Die *Ausstrahlungen* des Naturrechts der Aufklärung in die neue und neueste Zeit. Vortrag gehalten am internat. Historikerkongreß in Zürich 1938. Bern-Leipzig 1938.
— Anm. 23, 58—60. —
- Ders.: Kunst und Recht. Bd. II: Das Recht in der *Dichtung*. Bern 1931.
— Anm. 15. —
- Ders.: Die *Entstehung* der schweizerischen Eidgenossenschaft. Vortrag. Bern 1929.
— Anm. 5. —
- Ders.: *Thesen* als Grundlagen für eine Aussprache über den Bund der Urkantone von 1291. Ohne Ortsangabe 1929.
— Anm. 5. —
- Ders.: Die *Tragik* im Recht. Zürich 1945.
— Anm. 23, 58f. —
- Ders.: Das Widerstandsrecht [WR]. In Mittlg. d. Inst. f. österr. Geschichtsforschung. Red. v. Oswald Redlich. Bd. XXXVIII, Heft 1, S. 1. Innsbruck 1918.
— Anm. 1, 3, 6, 8, 10f., 15f., 23, 27, 52. —
- Fehr, Josef: Über die Entwicklung und den Einfluß der politischen *Theorien*. Innsbruck 1855.
— Anm. 10, 17, 41. —
- Frick, Simon: Die *Gleichheit* aller Schweizer vor dem Gesetz. Ihre Bedeutung im freiheitlich-demokratischen Staatsrecht. Aarau 1945.
— Anm. 56. —
- Gasser, Adolf: Entstehung und Ausbildung der *Landeshoheit* im Gebiet der schweiz. Eidgenossenschaft. Aarau 1930.
— Anm. 2. —
- Ders.: Geschichte der *Volksfreiheit* und der Demokratie. Aarau 1939.
— Anm. 24, 41. —
- Gierke, Otto von: Johannes *Althusius* und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Rechtssystematik. 3. verm. Ausg. Breslau 1913.
— Anm. 27, 41. —
- Ders.: Das deutsche *Genossenschaftsrecht*. 4 Bde. Berlin 1868—1913.
— Anm. 1—3, 8f., 30, 41. —
- Gneist, Rudolf: Das englische *Parlament* in tausendjährigen Wandlungen vom 9. bis zum Ende des 19. Jhd. Berlin 1886.
— Anm. 4, 10. —
- Grabmann, Martin: Studien über den *Einfluß* der aristotelischen Philosophie auf die mittelalterlichen Theorien über das Verhältnis von Kirche und Staat. Sitzungsber. d. b. Akad. d. Wiss., philos.-histor. Abt. Jg. 1934, Heft 2. München 1934.
— Anm. 41. —

- Groß, Annemarie: Der Streit um das Widerstandsrecht [WR]. Ein Beitrag zur Geschichte der englischen Revolution. Berlin-Grünwald 1929.
— Anm. 10, 24, 37. —
- Guisan, François: Note sur le *droit naturel*. Lausanne 1940.
— Anm. 25, 60. —
- Häberlin, Paul: *Ethik* im Grundriß. Zürich 1946.
— Anm. 57. —
- Ders.: Die Idee der *Gerechtigkeit*. ZSR nF. Bd. LXVI, Heft 6. Basel 1948.
— Anm. 57. —
- Haensel, Werner: Kants Lehre vom Widerstandsrecht [WR]. Ein Beitrag zur Systematik der Kantischen Rechtsphilosophie. Berlin 1926.
— Anm. 16. —
- Haller, Carl Ludwig von: *Restauration* der Staatswissenschaft oder Theorie des natürlich-geselligen Zustands der Chimäre des künstlich-bürgerlichen entgegengesetzt. 2. verm. u. verb. Aufl. Bd. I u. II. Winterthur 1820.
— Anm. 2, 16. —
- Haug, Hans: Die *Schranken* der Verfassungsrevision. Das Postulat der richtigen Verfassung als normative Schranke der souveränen verfassungsgebenden Gewalt (Betrachtung zum Wiederaufbau einer materialen Rechtslehre). Studien zur Staatslehre und Rechtsphilosophie, hgg. von Giacometti und Schindler. Zürich 1947.
— Anm. 80, 82. —
- Hauriou, Maurice: *Principes de droit public*. Paris 1910.
— Anm. 25. —
- Heyland, Carl: Das Widerstandsrecht [WR] des Volkes gegen verfassungswidrige Ausübung der Staatsgewalt im neuen deutschen Verfassungsrecht. Zugleich ein Beitrag zur Auslegung des Art. 147 der Hessischen Verfassung vom 1. Dezember 1946. Tübingen 1950.
— Anm. 1, 3, 8, 10f., 14—16, 25, 27, 52, 60. —
- Hippel, Ernst von: Untersuchungen zum Problem des fehlerhaften *Staatsaktes*. Berlin 1924.
— Anm. 25. —
- Huber, Eugen: *Recht* und Rechtsverwirklichung. Probleme der Gesetzgebung und der Rechtsphilosophie. 2. Aufl. Basel 1925.
— Anm. 19, 58. —
- Huber, Max: Die Entwicklungsstufen des *Staatsbegriffs*. Akademische Antrittsrede. ZSR nF. Bd. XXIII, Heft 1, S. 1. Basel 1904.
— Anm. 43, 51, 83. —
- Ders.: Die soziologischen Grundlagen des *Völkerrechts*. Internat. rechtl. Abhdl. Bd. II, 2. Aufl. (Neudruck). Berlin 1928.
— Anm. 58. —
- Hundeshagen, Carl Bernhard: *Calvinismus* und staatsbürgerliche Freiheit. Hgg. v. Laure Wyss. Zollikon-Zürich 1946.
— Anm. 10, 17, 37. —
- Imboden, Max: Der nichtige *Staatsakt*. Eine verwaltungsrechtliche Studie. Zürich 1944.
— Anm. 78. —
- Jellinek, Georg: Die *Erklärung* der Menschen- und Bürgerrechte. 3. neubearb. Aufl. München u. Leipzig 1919.
— Anm. 14. —

- Johannes von Salisbury (Saresberiensis, episc. Carnotensis): *Policraticus de nugis curialium et vestigiis philosophorum*. Libri octo. Leyden 1639.
— Anm. 30. —
- Ders.: *Metalogicus* e codice manuscripto accademiae cantabrigiensis. Ed. altera, priore accuratior et emendatior. Leyden 1639.
— Anm. 30. —
- Jouvenel, Bertrand de: *Du Pouvoir*. Histoire naturelle de sa croissance. Genf 1947.
— Anm. 25. —
- Kägi, Werner: Die *Verfassung* als rechtliche Grundordnung des Staates. Untersuchungen über die Entwicklungstendenzen im modernen Verfassungsrecht. Zürich 1945.
— Anm. 25, 60. —
- Kahrstedt: *Altertum*: s. Litverz. II.
— Anm. 87. —
- Kant, Immanuel: *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*. Königsberg 1797.
— Anm. 16. —
- Kelsen, Hans: Die philosophischen Grundlagen der *Naturrechtslehre* und des Rechtspositivismus. Charlottenburg 1928.
— Anm. 59. —
- Kern, Fritz: Recht und Verfassung im *Mittelalter*. Hist. Zeitschr., hgg. v. Meinecke & Vigener. 120. Bd. = 3. Folge 24 Bd., Heft 1. München u. Berlin 1919.
— Anm. 1, 76. —
- Ders.: Gottesgnadentum und Widerstandsrecht [WR] im früheren Mittelalter. Zur Entwicklungsgeschichte der Monarchie. Mittelalterl. Studien Bd. I, Heft 2. Leipzig 1915.
— Anm. 1f., 4, 6, 27, 29. —
- Kirn, Paul: *Saul*: s. Litverz. d. Hauptteils.
— Anm. 31, 36, 39. —
- Kreutzer, Jakob: *Zwinglis Lehre von der Obrigkeit*. Kirchenrechtl. Abh. hgg. v. Ulrich Stutz, Heft 57. Stuttgart 1909.
— Anm. 8, 35. —
- Laserson, Max: *Revolution* und Recht. Ztschr. f. öfffl. R., hgg. v. Hans Kelsen, Bd. VIII. Wien u. Berlin 1929.
— Anm. 54f. —
- Lavater, Johann Caspar: *Ausgewählte Werke*. Hgg. v. Ernst Staehelin. Bd. IV: Gerechtigkeit, Freiheit, Unendlichkeit, 1791—1801. Zürich 1943.
— Anm. 15. —
- Locke, John: *Du Gouvernement Civil*. Où l'on traite de l'Origine, des Fondemens, de la Nature, du Pouvoir et des Fins des Sociétés Politiques. Traduit de l'Anglois. Amsterdam 1691.
— Anm. 49f., 57. —
- Lossen, Max: Die Lehre vom *Tyrannenmord* in der christlichen Zeit. Festrede gehalten in der öffentlichen Sitzung der k. b. Akademie der Wissenschaften zu München ... München 1894.
— Anm. 6, 19, 30f., 37, 67. —
- Marsilius, Patavinus: *Opus insigne cui titulum fuit autor Defensorem Pacis, quod quaestionem illam olim controversam, de potestate Papae et*

- imperatoris excussissime tractet ... ad Ludovicum Caesarem ...
o. O. (Basel) 1522.
— Anm. 33. —
- Meyer, Ernst: *Staat*: s. Litverz. II.
— Anm. 42, 44, 91. —
- Meyer, Karl: *Die Urschweizer Befreiungstradition* ... m. K. u. T. Zürich
1927.
— Anm. 5. —
- Ders.: *Die Stadt Luzern von den Anfängen bis zum eidgenössischen Bund.*
In: *Geschichte des Kantons Luzern* v. Wilhelm Schnyder, Karl Meyer
und P. X. Weber, hgg. im Auftrag d. Reg.Rats d. Kt. Luzern. Luzern
1932.
— Anm. 5. —
- Ders.: *Blenio und Leventina von Barbarossa bis Heinrich VII. Ein Beitrag
zur Geschichte der Südschweiz im Mittelalter.* Luzern 1911.
— Anm. 5. —
- Ders.: *Der Ursprung der Eidgenossenschaft.* Hgg. v. d. Allg. Geschichts-
forsch. Gesellschaft d. Schweiz. SA Zeitschr. f. schweiz. Gesch. Jg. 21,
Heft 3. Zürich 1941.
— Anm. 5. —
- Montesquieu: *De l'esprit des lois.* Avec des notes de Voltaire, Crevier,
Mably, La Harpe etc. Nouv. éd. entièrement refondue revue sur les
meilleurs textes. Paris (Garnier) o. D.
— Anm. 86. —
- Müller, Karl: *Luthers Äußerungen über das Recht des bewaffneten Wider-
standes gegen den Kaiser.* Sitzungsber. d. k. b. Akad. d. Wiss. philos.-
philol. u. histor. Klasse Jg. 1915, 8. Abh. München 1915.
— Anm. 8. —
- Müller, Johannes von: *allg. Geschichten*: s. Litverz. II.
— Anm. 86. —
- Nef, Hans: *Gleichheit und Gerechtigkeit.* Zürich 1941.
— Anm. 57. —
- Ders.: *Materielle Schranken der Verfassungsrevision.* ZSR nF. Bd. LXI,
Heft 1, S. 108ff. Basel 1942.
— Anm. 46, 77, 80, 82. —
- Nobel, Alphons: *Mord in der Politik.* Hamburg-Berlin 1931.
— Anm. 24. —
- Pestalozzi, Heinrich: *Werke.* Säkularausg. in 3 Bd. ausgew. u. hgg. v. Willi
Schohaus. Bd. II. Landschlacht & Konstanz 1927.
— Anm. 15. —
- Pirenne, Jacques: *Courants*: s. Litverz. II.
— Anm. 87—90. —
- Rolland, Romain: *Mahatma Gandhi.* Übers. v. Emil Roniger. Zürich,
München u. Leipzig 1923.
— Anm. 45. —
- Schiller, Friedrich von: *Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande
von der spanischen Regierung.* In: Sch. sämtl. Werke, Säkular-Ausg.
Bd. XIV (Histor. Schriften, 2. T.). Stuttgart u. Berlin o. D.
— Anm. 9. —

Schiller, Friedrich von: *Don Carlos*. Do. Bd. IV, do. o. D.

— Anm. 15. —

Ders.: *Fiesco*. Do. Bd. III, do. o. D.

— Anm. 15. —

Ders.: *Die Räuber*. Do. Bd. III, do. o. D.

— Anm. 15. —

Ders.: *Wilhelm Tell*. Schauspiel. Do. Bd. VII, do. o. D.

— Anm. 15, 48. —

Schilling, Otto: Die Staats- und Soziallehre des hl. *Thomas* von Aquino. 1. Aufl. Görres-Ges., Veröffentlichung d. Sekt. f. Rechts- u. Sozialwiss. Heft 41. Paderborn 1923.

— Anm. 31. —

Schindler, Dietrich: *Verfassungsrecht* u. soziale Struktur. 2. Aufl. Zürich 1944.

— Anm. 58. —

Schlosser, Joseph: Die Lehre vom Widerstandsrecht [*WR*] der Untertanen gegen legitime Fürstengewalt bei den Katholiken des 16. Jhd. Diss. Bonn 1914.

— Anm. 8. —

Schmidt, Hans Georg: Die Lehre vom *Tyrannenmord*. Ein Kapitel aus der Rechtsphilosophie. Tübingen u. Leipzig 1901.

— Anm. 8, 31, 37f. —

Schmidt, Richard: Die *Vorgeschichte* der geschriebenen Verfassung. In: Zwei öfl.-rl. Abhdl. als Festgabe f. Otto Mayer, S. 79ff. Leipzig 1916.

— Anm. 4, 6, 30f, 33f. —

Schönfeld, Walther: Die logische *Struktur* der Rechtsordnung. Wissenschaftl. Gründe. Bd. VII. Leipzig 1927.

— Anm. 58. —

Schoenstedt, Friedrich: Der *Tyrannenmord* im Spätmittelalter. Studien zur Geschichte des Tyrannenbegriffs und der Tyrannenmordtheorie. Neue deutsche Forschungen, hgg. v. Günther & Rothacker. B. CIIC, Abt. mittelalterl. Gesch., hgg. v. Friedr. Baethgen, Bd. VI. Berlin 1938.

— Anm. 6, 32, 34, 67. —

Sismondi, Jean Charles Léonard Simonde de: *Histoire des républiques italiennes du moyen âge*. 16 Bde. Bd. I—IV. Zürich 1807—8.

— Anm. 6. —

Spoendlin, Kaspar: Die verfassungsmäßige Garantie der persönlichen *Freiheit*. Zürich 1945.

— Anm. 4, 10. —

Stammler, Rudolf: Lehrbuch der *Rechtsphilosophie*. Berlin u. Leipzig 1922.

— Anm. 57. —

Steiger, Johann Friedrich: *Idea Politicae Universalis in Disputationis Modum Digesta* ... Sub Praesidis Da. Samuelis Henzii, Linguae Graecae et Philosophiae Practicae in Inclito Bernatum gymnasio Professoris Celeberrimi ... Bern 1673.

— Anm. 41. —

Thieme, Hans: Das *Naturrecht* und die Privatrechtsgeschichte. Schriftenreihe d. Inst. f. internat. Recht und internat. Bezgh. Juristische Fak. d. Univ. Basel. Basel 1947.

— Anm. 59. —

Thomas von Aquino: *De regimine Principum ad regem Cyprum* ... Taurini 1924.

— Anm. 31. —

Tischleder, Peter: Ursprung und Träger der *Staatsgewalt* nach der Lehre des hl. Thomas und seiner Schule. München u. Gladbach 1923.

— Anm. 31, 57, 67. —

Troeltsch, Ernst: Die *Soziallehren* der christlichen Kirchen und Gruppen. Gesammelte Schr. v. E. T. Bd. I. Tübingen 1912.

— Anm. 8. —

Ders.: *Augustin*: s. Litverz. d. Hauptteils.

— Anm. 31, 41. —

Troxler, Ignaz Paul Vital: *Fürst und Volk* nach Buchanans und Miltons Lehre. Aarau 1821.

— Anm. 17, 39. —

Ders.: Philosophische *Rechtslehre* der Natur und des Gesetzes mit Rücksicht auf die Irrlehre der Liberalität und Legitimität. Zürich 1820.

— Anm. 17, 79. —

Vinogradoff, Paul: Roman Law in *Medieval Europe*. 2. Aufl. Oxford 1929.

— Anm. 41. —

Voegelin, Erich: Der Sinn der *Erklärung* der Menschen- und Bürgerrechte von 1789. Ztschr. f. öffl. R., hgg. v. Hans Kelsen. Bd. VIII, S. 82ff. Wien u. Berlin 1929.

— Anm. 15. —

Weisz, Leo: Die alten *Eidgenossen*. Geist und Tat der Innerschweizer in Zeugnissen aus dem 14. und 15. Jhd. Zürich 1940.

— Anm. 5. —

Ders.: Die Politische *Erziehung* im alten Zürich. S. A. aus der NZZ mit 145 Abb. Zürich 1940.

— Anm. 41. —

Westermarck, Eduard: Ursprung und Entwicklung der *Moralbegriffe* Deutsch v. Leopold Katscher. Bd. I. Leipzig 1907.

— Anm. 58. —

Wolzendorff, Kurt: Staatsrecht und Naturrecht in der Lehre vom Widerstandsrecht [WR] des Volkes gegen rechtswidrige Ausübung der Staatsgewalt. Unters. z. dtsh. Staats- u. Rechtsgesch. Hgg. v. Otto v. Gierke. Heft 126. Breslau 1916.

— Anm. 1, 3f., 8—11, 14—16, 22, 30, 36f., 52, 85. —

Zwingli, Huldricus: *Complanationis Isaiae Prophetae foetura prima* ... Opera, hgg. v. Schuler & Schulthess, V, S. 483—788. Zürich 1835.

— Anm. 35. —

Zwirner, Eberhard: *Gehorsam* gegen die Obrigkeit. Göttinger Universitäts-Zeitung, Jg. 2 (1946/7), Nr. 10, S. 7f. Göttingen 1947.

— Anm. 25. —

Literatur- und Autorenverzeichnis II

(zum Hauptteil und zu den Schlußbetrachtungen)

Literatur zum Widerstand gegen staatliche Unterdrückung bei den alten Griechen

mit der Angabe der Stellen (— / —), an denen das betr. Werk in dieser Arbeit erwähnt ist

Altheim, Franz: *Lex Sacrata*. Die Anfänge der plebejischen Organisation. In „*Albae vigiliae*“, hgg. v. K. Kerényi. Amsterdam 1940.

— Kap. 9 Anm. 64, 66f., 70. —

Althusius: *Politica*: s. Litverz. I.

— Kap. 1 Anm. 5, 7, 11, 13f., 19, 27, 29f.; Kap. 3 Anm. 27, 29f., 48; Kap. 4 Anm. 44; Kap. 6 Anm. 51; Kap. 7 Anm. 11, 15, 79, 117; Kap. 9 Anm. 56, 58, 75, 96, 125, 164, 166, 171. —

Andelfinger, Andreas: *Tyrannenbegriff*: s. Litverz. I.

— Kap. 5 Anm. 18, 22; Kap. 6 Anm. 16, 21; Kap. 7 Anm. 109, 124, 128f.; Kap. 9 Anm. 164, Schlußanm. 41. —

Aristoteles: Schrift vom Staatswesen der *Athener*. Verdeutscht v. Georg Kaibel u. Adolf Kiessling. Straßburg 1891.

— Kap. 4 Anm. 3, 7, 11f., 16f., 19—21, 23—29, 32, 34—38, 40, 44, 48f., 56, 58f., 62, 64, 69, 75, 79, 81f.; Kap. 5 Anm. 2; Kap. 7 Anm. 3, 62. —

Ders.: *Ethikon Nikomacheion*. Gr. rec. Immanuel Bekker, S 1094ff. (Bd. II) + *Ethica Nicomachea*. Lat. Übers. v. Dionysius Lambinus, S. 537ff. Beides hgg. v. d. „*Academia regia borussica*“. Berlin 1831/Des A. Nikomachische *Ethik*. Übers. u. erl. v. J. H. v. Kirchmann. Philos. Bibl. od. Samml. d. Hauptw. d. Philos. alter u. neuer Zeit, unter Mitwirk. namh. Gelehrter, hgg. v. J. H. v. Kirchmann, Bd. LXVIII. Leipzig 1876.

— Kap. 4 Anm. 84; Kap. 7 Anm. 5, 7, 9—12, 19, 44, 67, 74, 84, 97. —

Ders.: *Oekonomie*. De cura rei familiaris. Gr. rec. Immanuel Bekker, S. 1343 bis 53 (Bd. II) u. Lat. Übers. v. Ioachimus Camerarius, Bd. II, S. 689ff. Beides hgg. v. d. „*Academia regia borussica*“. Berlin 1831.

Über Hauswirtschaft. Die Lehrschriften, hgg., übertr. u. in ihrer Entst. erl. v. Dr. P. Gohlke. Paderborn 1947.

— Kap. 7 Anm. 30. —

Ders.: *Politik*: s. Litverz. I.

— Kap. 1 Anm. 5; Kap. 2 Anm. 14, 25, 29; Kap. 3 Anm. 39—43; Kap. 4 Anm. 18, 28, 35, 69, 75, 84, 87; Kap. 5 Anm. 20; Kap. 7 Anm. 3—7, 9, 11—3, 15—26, 28—30, 34—42, 45—67, 69—76, 78—83, 85—8, 90, 92—4, 99f., 102, 104—6, 109—17, 119—24, 128; Kap. 8 Anm. 47. —

- Arnim, Hans von: Die politischen *Theorien* des Altertums. Sechs Vorlesungen geh. b. Gelegenheit d. Salzburger Ferialhochschulkurse im Sept. 1908. Wien 1910.
- Kap. 4 Anm. 70, 74f.; Kap. 5 Anm. 20; Kap. 6 Anm. 19, 24, 30, 62, 78; Kap. 7 Anm. 57, 67, 82, 103, 105; Kap. 8 Anm. 48; Kap. 9 Anm. 121, 139, 145—7, 150. —
- Augustinus, Aurelius: *Gottesstaat*. Aus d. Lat. übers. v. Alfr. Schröder. Des hl. Kirchenvaters Aurelius Augustinus ausgew. Schriften mit *Einleitung* v. Joh. Nepomuk Espenberger, Bd. I (Buch 1—VIII), Bd. II (Buch IX—XVI), Bd. III (Buch XVII—XXII). Ausw. patristischer Werke, hgg. v. Bardenhewer-Schermann-Weyman. Kempten u. München 1911.
- Kap. 1 Anm. 14; Kap. 9 Anm. 157, 163, 165; Schluß Anm. 41. —
- Barker, Ernest: *Greek Political Theory. Plato and his Predecessors*. 2. Aufl. London 1925.
- Kap. 4 Anm. 16f., 58, 70, 84; Kap. 5 Anm. 19—21, 24, 26f., 29f., 35; Kap. 6 Anm. 8, 29f., 82; Kap. 7 Anm. 12, 62, 75, 105; Kap. 8 Anm. 3f. —
- Berve, Helmut: *Griechische Geschichte*. Bd. I u. II (Geschichte d. führenden Völker, Bd. IV u. V). Freiburg i. Br. 1931 u. 1933.
- Kap. 1 Anm. 2; Kap. 2 Anm. 2—10, 16, 21f., 55; Kap. 3 Anm. 4f.; Kap. 4 Anm. 1—4, 12f., 16, 18, 20f., 23f., 28f., 38, 46, 48—50, 55f., 59—61, 64, 69, 71f., 75, 86f.; Kap. 7 Anm. 43; Kap. 8 Anm. 3, 10, 13, 15, 19, 28, 39, 41, 44—6, 49f.; Kap. 9 Anm. 8, 11, 23, 106f., 110f., 118. —
- Ders.: *Miltiades*. Studien zur Geschichte des Mannes und seiner Zeit. Hermes-Einzelschr. 2. Berlin 1937.
- Kap. 4 Anm. 31, 33, 60f. —
- Ders.: *Sparta*. Meyer kleine Handbücher 7. Leipzig 1937.
- Kap. 2 Anm. 7, 19, 40, 50f.; Kap. 3 Anm. 4—8, 10f., 15—17, 23, 26—30, 38, 52—55, 59; Kap. 4 Anm. 61. —
- Besson, Marius: *Monasterium Acaunense*. Fribourg 1913.
- Schl. Anm. 37. —
- Bluntschli, Johann Caspar: *Staatslehre, Staatsrecht*: s. Litverz. I.
- Kap. 3 Anm. 38, 45; Kap. 9 Anm. 76, 159. —
- Böhme, R.: *Tyrannenmord*: s. Litverz. d. Einl.
- Schl. Anm. 41. —
- Brecht, Christoph Heinrich: *Perduellio*. Eine Studie zu ihrer begrifflichen Abgrenzung im röm. Strafrecht bis z. Ausgang der Republik. Münchner Beitr. z. Papyrusforschg. u. antiken Gesch., hgg. v. L. Wenger, W. Otto u. M. San Nicoló, Heft 29. München 1938.
- Kap. 9 Anm. 4, 79, 95. —
- „Brutus“, Stephanus Junius: *Vindiciae*: s. Litverz. I.
- Kap. 1 Anm. 5, 10, 12—14, 16, 20f.; Kap. 3 Anm. 22, 27f., 37, 47; Kap. 4 Anm. 17, 45; Kap. 5 Anm. 9; Kap. 9 Anm. 21, 31, 53, 166. —
- Burckhardt, Jakob: *Griechische Kulturgeschichte*. Hgg. v. Jakob Oeri. 2. Aufl. Bd. I. Berlin u. Stuttgart 1898.
- Kap. 4 Anm. 21, 28, 46f., 71, 74; Kap. 9 Anm. 117. —
- Busolt, Georg: *Die Lakedaimonier und ihre Bundesgenossen*. Bd. I. Leipzig 1878.
- Kap. 3 Anm. 50. —
- Caesar, Caius Julius: *Bellum Gallicum*. Jules César. Guerre des Gaules, texte latin. Mit Einl., Komm. u. Anm. hgg. v. L. A. Constans. Paris 1932.
- Kap. 1 Anm. 5. —

- Cicero, Marcus Tullius: *Ad Familiam. P.*: Lettres de Cicéron qu'on nomme vulgairement familières, trad... av. des notes continues p. l'abbé Prévost. 3 Bde. Paris 1745—2.
T: Briefe des M. T. C. u. mehrerer seiner Zeitgenossen. Hgg. u. erl. v. A. Thospann. Bd. I. Leipzig 1833.
M: M. T. Cnisi. epistularum libri XVI ed. Lud. Mendelssohn. Lipsiae 1893.
 — Kap. 9 Anm. 159. —
- Ders.: *De legibus*. Recognovit Reinholdus Klotz. Leipzig 1857.
 — Kap. 9 Anm. 159, 162f. —
- Ders.: *De Re publica*. La république de Cicéron, d'après le texte inédit, récemment découvert et commenté par M. Mai, avec une trad. franç., un discours prélim. (*Einleitung*) et des dissertt. historr. par M. Villemain. 2 Bde. Paris 1823.
K: Librorum de re publica sex quae supersunt recognovit Reinholdus Klotz. Leipzig 1857.
 — Kap. 3 Anm. 19; Kap. 7 Anm. 13; Kap. 9 Anm. 50f., 55, 63, 65f., 73, 157, 159—61, 163f. —
- Ders.: *Tusculanes. B*: Traduites par Mrs. Bomhier et d'Olivet, avec des remarques. 3 Bde. Paris 1737.
K: Cs. Tusculanen. Übers. u. erkl. v. Raph. Kühner. Stuttgart 1866.
T: Tusculanarum disputationum ad M. Brutum libri quinque. Erkl. v. Gust. Tischler. Bd. I 8. A. Berlin 1884; Bd. II 7. A. Berlin 1878.
 — Kap. 9 Anm. 159, 163. —
- Cornelius, Friedrich: *Die Tyrannis* in Athen. München 1929.
 — Kap. 4 Anm. 4, 24, 28—32, 35—40, 48, 51, 53f., 58, 60f.; Kap. 5 Anm. 3f. —
- Demosthenes: *Reden*: Griechisch, numeriert, in Abschn. einget. sowie mit S.-Zahlen gem. Reisk. versehen, mit krit. Apparat hgg. v. G. Dindorf. 3. Aufl., Bd. I (R. I—XIX), Bd. II (R. XX—IX). Leipzig 1855.
G.-Lat., numeriert, in Abschn. einget. sowie mit S.-Zahlen gem. Reisk. versehen, mit krit. Apparat hgg. v. I. Th. Voemelius. R. I—XVII. Halle 1857. Contra Aeschinem, de corona et de falsa legatione. Leipzig 1862. Adversus Leptinem. Leipzig 1866.
G.-Deutsch. Werke. Numeriert, in Abschn. einget. sowie mit S.-Zahlen gem. Reisk. versehen. 10. T. gegen Androtion u. Timokrates. Leipzig 1861.
D. Werke. R. I—XXIV. Bd. I Übers. v. L. Döllderlin. Stuttgart 1860; Bd. II Übers. v. H. A. Pabst. Stuttgart 1858; Bd. III—X Übers. v. H. A. Pabst. Stuttgart 1839—40.
 — Kap. 8 Anm. 14. —
- Dionys von Helikarnass: *Römische Altertümer: G*. Di. H. Antiquitatum Romanorum quae supersunt. Ed. Carol. Jacoby. 4 Bde. Leipzig 1885 bis 1925.
D. In: Werke. 1 Abt. 12 Bde. (Griech. Prosaiker). Stuttgart 1827—49.
 — Kap. 9 Anm. 42, 68, 74, 84. —
- Dubnow, Simon: *Weltgeschichte des jüdischen Volkes*. Von seinen Urfängen bis zur Gegenwart. Autorisierte Übersetzung aus dem Russ. v. A. Steinberg, 10 Bde.
 Bd. I: Orientalische Periode. Die älteste Geschichte des jüd. V. v. d. Entst. d. V. Israel bis zum Ende d. pers. Herrsch. in Judäa. Neudruck. Berlin 1930.
 Bd. II: Orient. Per. D. alte Geschichte d. jüd. V. v. Beginn d. griech. Herrsch. in Judäa b. z. Zerstörg. Jerusalems durch d. Römer. Berlin 1925.

- Bd. III: Orient. Per. D. Gesch. d. jüd. V. im Orient v. Unterg. d. jüd. Staates b. z. Verfall d. autonomen Zentren im Morgenland. Berlin 1926.
 — Kap. 1 Anm. 2, 7, 9, 11—21, 23f.; Kap. 4 Anm. 67; Kap. 9 Anm. 1—8, 11f., 15, 19f., 22—4, 26—31, 34f., Schl. Anm. 32. —
- Endt, Joh.: Die Quellen des Aristoteles in der Beschreibung des *Tyrannen*. Wiener Studien z. Gesch.-Wiss. Bd. XXIV. Wien 1902.
 — Kap. 4 Anm. 28; Kap. 6 Anm. 18; Kap. 7 Anm. 108, 118. —
- Ercole, F.: *De tyranno*: s. Litverz. I.
 — Kap. 6 Anm. 21; Kap. 7 Anm. 129; Kap. 9 Anm. 171. —
- Fehr, Josef: *Theorien*: s. do.
 — Kap. 6 Anm. 29f. —
- Francisci, Pietro de: *Storia del diritto Romano*. Bd. I Verb. Neudruck. Mailand 1941.
 — Kap. 9 Anm. 60f., 66, 68, 70f. —
- Friedel, Hans: Der *Tyrannenmord* in Gesetzgebung und Volksmeinung der Griechen. Würzburger Studien z. Altertumswiss. Hgg. ... von Karl Hosius, Friedr. Pfister u. Joseph Vogt. 11. Heft. Stuttgart 1937.
 — Kap. 4 Anm. 4, 6—12, 14f., 21, 24, 27—29, 34f., 37, 41—45, 60, 62f., 66, 74f., 78—80; Kap. 5 Anm. 1—13, 17f., 20; Kap. 6 Anm. 105, 108; Kap. 8 Anm. 10f., 24—6, 34, 38, 40, 42; Kap. 9 Anm. 116, 142—4, 166. —
- Fustel de Coulanges, Numa-Denis: *Cité*: s. unten Ders., *Staat*.
 Ders.: *La Gaule romaine*. Hist. d. institutions pol. de l'anc. France, rev. et compl. ... p. Camille Jullian. Paris 1891.
 — Kap. 1 Anm. 5; Kap. 9 Anm. 170, 175, 177, 183. —
- Ders.: *L'invasion germanique et la fin de l'empire*. Hist. d. inst. ... Paris 1891.
 — Kap. 9 Anm. 186; Schl. Anm. 42. —
- Ders.: Der antike *Staat*. Studie über Kultus, Recht und Einrichtungen Griechenlands und Roms. Autor. Übers. v. Paul Weiß, mit e. Begleitw. v. Heinrich Schenkl. Berlin u. Leipzig 1907.
 La *Cité antique*. Etude sur le culte, le droit, les institutions de la Grèce et de Rome. 16. Aufl. Paris 1898.
 — Kap. 1 Anm. 1—3, 5, 8, 11; Kap. 2 Anm. 3, 8, 11; Kap. 3 Anm. 48f.; Kap. 4 Anm. 2f., 12, 16, 28, 48; Kap. 9 Anm. 36, 41f., 44, 46, 48—51, 53, 64, 68, 72, 74, 106. —
- Gasser, Adolf: *Volksfreiheit*: s. Litverz. I.
 — Kap. 1 Anm. 1f., 5—7. —
- Gierke, Otto von: *Althusius*: s. do.
 — Kap. 9 Anm. 125. —
- Ders.: *Genossenschaft*: s. do.
 — Kap. 7 Anm. 5; Kap. 9 Anm. 102, 123, 125, 158, 160f., 182; Schl. Anm. 41. —
- Gigon, Olof: *Sokrates*, sein Bild in Dichtung und Geschichte. Slg. Dalp, Bd. 41. Bern 1947.
 — Kap. 5 Anm. 22. —
- Gomme, George Lawrence: *Primitive folk-moots* ... in Britain. London 1880.
 — Kap. 1 Anm. 1. —
- Groß, Annemarie: *WR*: s. Litverz. I.
 — Kap. 5 Anm. 17; Schl. Anm. 33—5. —

- Guardini, Romano: *Der Tod des Sokrates*. Eine Interpretation der platonischen Schriften Euthyphron, Apologie, Kriton und Phaidon. Slg., Überlieferung u. Auftrag, hgg. d. Ernesto Grassi, Reihe Probleme u. Hinweise Bd. I. Bern 1945.
— Kap. 4 Anm. 84; Kap. 5 Anm. 23—9, 33, 35. —
- Haenisch, Erich: Aus einem tausendjährigen *Reich*. Amtspflicht und Widerstandsrecht im Konfuzianischen Staat. Göttinger Universitäts-Ztg., Jg. 1948, Nr. 10, S. 5f. Göttingen 1948.
— Schl. Anm. 33f., 36. —
- Heierli, Jakob: *Urgeschichte der Schweiz*. Zürich 1901.
— Kap. 1 Anm. 1. —
- Heintzeler, Gerhard: Das Bild des *Tyrannen* bei Platon. Ein Beitrag zur Geschichte d. griech. Staatsethik. Tübinger Beiträge z. Altertumswiss. 3. Stuttgart 1927.
— Kap. 4 Anm. 12—14, 47, 74, 85; Kap. 5 Anm. 14, 17f., 22; Kap. 6 Anm. 1 bis 6, 8f., 11—14, 16, 19—21, 23, 29, 33f., 36—38, 41, 43f., 46f., 50, 64, 75, 107f.; Kap. 7 Anm. 109; Kap. 8 Anm. 29. —
- Heuss, Alfred: Zur Entwicklung des Imperiums des römischen *Oberbeamten*. Zeitschr. d. Sav. Stiftung f. Rgesch., hgg. v. Koschaker u. a. Roman. Abt. Bd. LXIV, Abt. 2 (S. 57ff.). Weimar 1944.
— Kap. 9 Anm. 58—60, 80. —
- Homer: *Odyssee, Ilias*: s. Verzeichnis d. Sammelwerke.
- Huber, Eugen: *Recht*: s. Litverz. I.
— Kap. 1 Anm. 4. —
- Huber, Max: *Staatsbegriff*: s. do.
— Kap. 9 Anm. 44, 103. —
- Ders.: *Völkerrecht*: s. do.
— Kap. 1 Anm. 4. —
- Josephus, Flavius: *Jüdische Alterthümer*. Übers. v. Fr. Kaulen. 2. Aufl. Köln 1883.
Antiquitates Judaicae. In: Opera, Rec. Benedictus Niese. Editio minor. Bd. I—IV. Berlin 1888.
— Kap. 9 Anm. 3. —
- Jouvenel, Bertrand de: *Pouvoir*: s. Litverz. d. Einl.
— Kap. 1 Anm. 1, 5. —
- Kahrstedt, Ulrich: Geschichte des griechisch-römischen *Altertums*. Weltgeschichte in Einzeldarst. München 1948.
— Kap. 1 Anm. 24; Kap. 8 Anm. 13, 15, 17, 19, 21, 23f., 26, 28, 30, 33, 35—7, 39—41, 44—7, 50—2; Kap. 9 Anm. 8, 11, 23, 31, 38, 64, 97, 104—11, 145f., 153, 156, 166, 168, 175, 178, 182, 185. —
- Ders.: Staatsgebiet und Staatsangehörige in *Athen*. Studien z. öffrtl. R. Athens, I. T. Stuttgart-Berlin 1934.
— Kap. 4 Anm. 7, 9, 17, 27, 45, 83f. —
- Ders.: *Sparta* und seine Symmachie. Mit vier Exkursen über den Kretischen Staat, das Korinthische Kolonialreich, das Wesen des archaischen Staates, die Amphiktyonie von Delphoi. Griechisches Staatsrecht Bd. I. Göttingen 1922.
— Kap. 2 Anm. 2, 5, 7, 11—4, 16f., 19f., 22—5, 29, 32f., 36—8, 41—4, 50—2; Kap. 3 Anm. 12f., 16, 22, 24—28, 30—36, 50—52; Kap. 4 Anm. 61. —

Kern, Fritz: *Mittelalter*, WR: s. Litverz. d. Einl.

— Kap. 9 Anm. 32, 35, 125; Schl. Anm. 32, 37, 43. —

Kirn, Paul: *Saul* in der Staatslehre. In: Staat und Persönlichkeit, Festschr. f. Brandenburg. Leipzig 1928.

— Kap. 1 Anm. 11, 13f. —

Knauss, Bernhard: Staat und Mensch in *Hellas*. Berlin 1940.

— Kap. 2 Anm. 3, 8, 16, 26—31, 33, 35, 46—52, 54; Kap. 3 Anm. 4, 55f.; Kap. 4 Anm. 1, 12f., 17f., 45f., 49, 55, 58—60, 70, 76f., 83f.; Kap. 5 Anm. 12, 36; Kap. 6 Anm. 64f., 81; Kap. 7 Anm. 6, 8, 10, 88; Kap. 8 Anm. 13f., 18f., 21f., 28f.; Kap. 9 Anm. 110, 119, 140f. —

Kuhn, Emil: Die städtische und bürgerliche Verfassung des römischen *Reichs* bis auf die Zeiten Justinians. I. T. (= Bd. I). Leipzig 1864.

2. T. (= Bd. II). Leipzig 1865.

— Kap. 9 Anm. 98, 106, 111, 174. —

Laserson, Max: *Revolution*: s. Litverz. I.

— Schl. Anm. 39. —

Livius, Titus: *Römische Geschichte*: Übers. v. C. F. Kleiber. 27 Bdchen ausgef. z. 7 Bd. 45 Bücher u. Inh. der verlorenen Bücher XLVI—CXL. München 1827—34.

T. Livi ab urbe condita libri. Erkl. v. W. Weissenborn. 10 Bde. 2.—7. Aufl. bes. v. H. J. Müller. Berlin 1873—83.

— Kap. 9 Anm. 41f., 48—51, 53, 55, 66, 68, 72, 74, 84, 91, 93, 102, 156. —

Lossen, Max: *Tyrannenmord*: s. Litverz. I.

— Schl. Anm. 41, 43. —

Maine, Sir Henry Sumner: *Ancient Law*, its Connection with the Early History of Society and its Relations to Modern Ideas, with Introduction and Notes by Sir Frederick Pollock. London 1930.

L'ancien droit considéré dans ses rapports avec l'histoire de la société primitive et avec les idées modernes. Traduit sur la 4e éd. angl. p. J. G. Courcelle Seneuil. Paris 1874.

— Kap. 1 Anm. 1, 3; Kap. 5 Anm. 7. —

Menzel, Adolf: *Griechische Soziologie*. Sitzungsber. d. Akad. d. Wiss. in Wien philos.-histor. Kl. Bd. CCXVI Abb. 1. Wien u. Leipzig 1936.

— Kap. 4 Anm. 58; Kap. 5 Anm. 20; Kap. 6 Anm. 8, 27, 51, 57; Kap. 7 Anm. 5, 7, 10—2, 57f., 63, 67, 75, 88, 91, 101, 104; Kap. 9 Anm. 145, 147, 149f. —

Meyer, Eduard: Der Ursprung des *Tribunats* und die Gemeinde der vier Tribus. In: Kl. Schr. z. Gesch.-Theorie u. z. wirtschaftl. u. polit. Gesch. d. Altertums. S. 351—439. Halle 1910.

— Kap. 2 Anm. 57; Kap. 9 Anm. 64, 66, 72, 76f. —

Meyer, Ernst: *Römischer Staat* und Staatsgedanke. Zürich 1948.

— Kap. 1 Anm. 2, 5; Kap. 5 Anm. 36, 38, 41, 43—5, 50f., 58, 60f., 64, 67, 71, 74—6, 78f., 82, 98, 101f., 107, 111—4, 122f., 169f.

Meyer von Knonau, Gerold: *Die ältesten Zeiten* bis zum Jahre 1218. Schweiz. Kriegsgesch., hgg. v. Feldmann, Heft 1. Bern 1915.

— Schl. Anm. 37. —

Mitteis, Ludwig: *Reichsrecht* und Volksrecht in den östlichen Provinzen des römischen Kaiserreichs. Mit Beiträgen zur Kenntnis des griechischen Rechts und der spätrömischen Rechtsentwicklung. Leipzig 1891.

— Kap. 9 Anm. 96, 111, 176. —

- Mommsen, Theodor: *Römische Geschichte*. 4 Bde. Bd. I: Bis zur Schlacht von Pydna. 12. Aufl. Berlin 1920.
 Bd. II: V. d. Schlacht v. Pydna b. auf Sullas Tod. 13. Aufl. Berlin 1921.
 Bd. III: V. Sullas Tode b. 3. Schlacht v. Thapsus. 12. Aufl. Berlin 1920.
 Bd. V: D. Provinzen v. Cäsar b. Diocletian. 8. Aufl. Berlin 1919.
 — Kap. 1 Anm. 2, 5; Kap. 3 Anm. 48; Kap. 5 Anm. 19; Kap. 9 Anm. 36, 38, 41, 44f., 53f., 58, 74, 76, 83—5, 87—90, 93, 101—3, 175. —
- Ders.: *Römisches Staatsrecht*. Hdb. d. röm. Altertümer v. Joachim Marquardt u. Th. M. Bd. I, II¹ u. II², III₁ u. III₂. 3. Aufl. Leipzig 1887.
 Bd. I u. II. 2. Aufl. Leipzig 1876f.
 — Kap. 9 Anm. 54, 58, 60f., 68, 74, 79, 81, 87f., 93, 96, 99f., 111—3, 171. —
- Montesquieu: *Lois*: s. Litverz. I.
 — Kap. 7 Anm. 75; Kap. 9 Anm. 65, 73. —
- Müller, Johannes von: *Vierundzwanzig Bücher allgemeiner Geschichten*, besonders der europäischen Menschheit. Stuttgart u. Tübingen 1839.
 — Kap. 1 Anm. 1, 12; Kap. 3 Anm. 5, 21f., 28, 39, 57, 59; Kap. 4 Anm. 1, 17f., 45—47, 68f., 73, 76, 83, 87; Kap. 8 Anm. 13, 15, 21, 26, 28; Kap. 9 Anm. 102, 109, 156; Schl. Anm. 38, 40. —
- Nef, Hans: *Gerechtigkeit*: s. Litverz. I.
 — Kap. 6 Anm. 24f.; Kap. 7 Anm. 74; Schl. Anm. 30. —
- Ders.: *Zum Staatsrecht der Polis*. Forschungsber. in Schweizer Beitr. z. allg. Gesch. im Auftr. d. allg. geschforsch. Ges., hgg. v. Werner Naef, Bd. I. Aarau 1943.
 — Kap. 3 Anm. 50f.; Kap. 4 Anm. 45, 59, 72; Kap. 7 Anm. 7; Kap. 8 Anm. 15. —
- Niccolini, Giovanni: *Il tribunato della plebe*. Mailand 1932.
 — Kap. 9 Anm. 63f., 66, 71, 74, 76, 78f. —
- Niese, Benedictus: *Staat und Gesellschaft der Römer*. In: *Die Kultur der Gegenwart, ihre Entwicklung und ihre Ziele*. Teil 2, Abt. 4¹. Staat u. Ges. d. Griechen u. Römer, S. 208ff. Berlin u. Leipzig 1910.
 — Kap. 9 Anm. 64. —
- Nobel, Alphons: *Mord*: s. Litverz. I.
 — Kap. 4 Anm. 35; Kap. 5 Anm. 7f., 13; Kap. 8 Anm. 26, 28. —
- Piganiol, André: *Histoire de Rome*. „Clio“, Introduction aux études historiques. Paris 1949.
 — Kap. 1 Anm. 5; Kap. 9 Anm. 36, 38, 47, 58, 60, 106f., 109—11, 175, 185. —
- Pirenne, Jacques: *Les grands courants de l'histoire universelle*. Bd. I: *Des origines à l'Islam*. Neuchâtel 1944.
 — Kap. 1 Anm. 6f., 11f., 14, 21, 24; Kap. 3 Anm. 18; Kap. 8 Anm. 30, 38, 44; Kap. 9 Anm. 38, 64, 97, 106f., 110, 114, 166, 168, 170, 173, 178, 181f., 184f., Schl. Anm. 33—6, 42. —
- Plato: *Des Sokrates Verteidigung (Apologie)*. Werke v. F. Schleiermacher, I. T., Bd. II (= Bd. II), S. 189ff. 2. verb. Aufl. Berlin 1818.
 — Kap. 5 Anm. 23—7; Kap. 6 Anm. 7. —
- Ders.: *Briefe. II*. (Die echten . . . Platons). Übertr. u. eingel. v. Ernst Howald. Bibl. d. alten Welt, hgg. v. Karl Hoenn. Gr. Reihe. Zürich 1951.
 W. Übers. v. Wilhelm Wiegand. Werke verl. b. Lambert Schneider. III, S. 695f. Berlin o. D.
 — Kap. 6 Anm. 1f., 16, 30, 36, 75, 88—94, 96—99, 103f., 107; Kap. 8 Anm. 29. —

- Plato: Unterredung über die *Gesetze*. Übers. v. J. G. Schulthess. 2. Aufl., neu bearb. v. Salomon Vögelin. 2 Bde. Zürich 1842.
E. Übers. v. Eduard Eyth. Werke, verl. b. Lambert Schneider. III, S. 215ff. Berlin o. D.
A. Übers. u. erl. v. Otto Apelt. 2 Bde. Leipzig 1916.
 — Kap. 2 Anm. 53; Kap. 3 Anm. 3f., 7, 9, 20, 22, 27; Kap. 6 Anm. 13, 16, 20, 26, 30f., 36, 40—46, 48—57, 60—64, 73f., 77—80, 83f., 86f.; Kap. 7 Anm. 4. —
- Ders.: *Gorgias* v. F. Schleiermacher, 2. T., Bd. I (= Bd. III), S. 24ff. 2. verb. Aufl. Berlin 1818.
 — Kap. 4 Anm. 74, 85; Kap. 5 Anm. 20; Kap. 6 Anm. 3f., 9, 12, 16, 20. —
- Ders.: *Kriton*. Werke v. F. Schleiermacher, 1. T., Bd. II (= Bd. II), S. 231ff. 2. verb. Aufl. Berlin 1818.
 — Kap. 5 Anm. 27—9, 31—4. —
- Ders.: *Protagoras*. Werke von F. Schleiermacher, 1. T., Bd. I (= Bd. I), S. 235ff. 2. verb. Aufl. Berlin 1817.
 — Kap. 5 Anm. 20. —
- Ders.: *Staat*. Übers. v. F. Schleiermacher u. erl. v. J. H. v. Kirchmann. Philos. Bibl. od. Slg. d. Hptw. d. Philos. alter u. neuer Zeit, hgg. v. J. H. v. Kirchmann, Bd. XXVII. Berlin 1870.
 Dazu: 4. Aufl., neu übers. v. Otto Apelt, philos. Bibl., Bd. LXXX. Leipzig 1916.
 — Kap. 5 Anm. 20; Kap. 6 Anm. 6, 8f., 11f., 14, 16, 19f., 23—31, 33—5, 59, 64, 69, 105; Kap. 7 Anm. 1, 8, 58. —
- Ders.: *Der Staatsmann*. Werke v. F. Schleiermacher, 2. T., Bd. II (= Bd. IV), S. 256ff. Berlin 1807.
 — Kap. 6 Anm. 5, 13, 23, 30f., 37—39, 47, 82. —
- Ders.: *Theaitet*. Werke v. F. Schleiermacher, 2. T., Bd. I (= Bd. III), S. 169ff. 2. verb. Aufl. Berlin 1818.
 — Kap. 5 Anm. 20; Kap. 6 Anm. 8. —
- Ders.: [*Werke (griechisch)*]. Krit. Ausgabe v. J. Burnet. 5 Bde. Oxford 1899 bis 1907.
- Plutarch von Chaironeia: *Opera Moralia: G—L*. Hgg. v. Daniel Wyttenbach. Bd. I'2. Leipzig 1799. Bd. II'1 Neuausg. Leipzig 1827. Bd. III'1 Neuausg. Leipzig 1828. Bd. IV'1 Neuausg. Leipzig 1830.
F. Les Oeuvres morales de Plutarque, traduites de grec en français, revues et corrigées p. Jacques Amyot (E. d'Auxerre). 2 Bde. Genf 1613.
D. Plutarchs moralisch-philosophische Werke. Übers. v. J. F. S. Kaltwasser. 7 Bde. 2. u. 6. T. (Bd. II u. VI). Wien u. Prag 1797.
 — Kap. 7 Anm. 33; Kap. 8 Anm. 10. —
- Ders.: *Timoleon: G*. In: Plutarchi Chaeronensis quae supersunt omnia. Bearb. v. Joh. Georg Hutten. 14 Bde. Bd. II, S. 116—67. Tübingen 1792.
F. In: Les vies des hommes illustres. Transl. par M. Jacques Amyot, 2 Bde. Bd. I. o. O. (Genf) 1613.
D. In: Biogr. d. Plut. m. Anm. v. J. F. S. Kaltwasser. 10 Bde. T. 3 (Bd. III), S. 1—68, S. 499—537. Wien u. Prag 1805.
 — Kap. 8 Anm. 10. —
- Polybios Megalopohtos: *Historien. G.—L*. Polybii Megalopolitani Historiarum quidquid superest. Hgg., übers. u. kommentiert v. Johannes Schweighauser. 9 Bde. Leipzig 1789—95.
 Insb. Bd. I u. II 1789, VI 1792.

- G. Polybii Historiae. Rec. etc. Fridericus Hultsch. 2 Bde. 2. Ausg. Berlin 1888, 1892.
- Kap. 9 Anm. 4, 87, 106, 113, 148—52. —
- Pöschl, Viktor: Römischer Staat und griechisches Staatsdenken bei *Cicero*. Unters. z. C. Schr. de re publica. Neue deutsche Forsch. Bd. CIV (Abt. Klass. Philol. Bd. V). Berlin 1936.
- Kap. 6 Anm. 62f.; Kap. 7 Anm. 13, 60; Kap. 9 Anm. 139, 148—56, 159f., 162f. —
- Rahner, Hugo: Abendländische *Kirchenfreiheit*. Kirche und Staat im frühen Christentum. Menschen der Kirche in Zeugnis und Urkunde, hgg. v. H.-U. v. Balthasar. Bd. III. Einsiedeln u. Köln 1943.
- Schl. Anm. 43. —
- Rehm, Hermann: *Geschichte der Staatsrechtswissenschaft*. In: Hdb. d. öffentl. Rechts d. Gegenwart in Monographien. Hgg. v. H. v. Marquardsen u. M. v. Seydel. Einleitungsband. 1. Abt. Freiburg i. Br. 1896.
- Kap. 7 Anm. 67. —
- Rousseau, Jean-Jacques: Lettres écrites de la *montagne*. In: Oeuvres compl. avec ... notes hist. p. V. D. Musset-Pathay. Bd. XVII (Suite d. lettres de la montagne). Genf 1830.
- Kap. 9 Anm. 76. —
- Ruben, Walter: *Indien* im Rahmen der Weltgeschichte. Cihan tirihinde Hindistan. Nr. 9d. „Istanbuler Schr.“. Zürich o. D.
- Schl. Anm. 35. —
- Scheffer, Thassilo von: Die Kultur der *Griechen*. Große ill. Phaidonausg. Wien 1935.
- Kap. 2 Anm. 3; Kap. 4 Anm. 71, 74, 84. —
- Schiller, Friedrich von: *Abfall*: s. Litverz. I.
- Schl. Anm. 44. —
- Ders.: Die *Gesetzgebung* des Lykurgus und Solon. Do. Bd. XIII (Hist. Schr., 1. T.), do. o. D.
- Kap. 3 Anm. 14, 39, 42, 44, 58; Kap. 4 Anm. 13, 18, 28, 69. —
- Schindler, Dietrich: *Verfassungsrecht*: s. Litverz. I.
- Kap. 1 Anm. 4. —
- Schmidt, Hans Georg: *Tyrannenmord*: s. do.
- Kap. 1 Anm. 19; Kap. 4 Anm. 35; Kap. 5 Anm. 7f., 13; Kap. 6 Anm. 16, 21, 105; Kap. 7 Anm. 107. —
- Schmidt, Richard: *Vorgeschichte*: s. do.
- Kap. 6 Anm. 33, 36, 58, 62; Kap. 7 Anm. 2, 67f.; Kap. 8 Anm. 1; Kap. 9 Anm. 62, 77, 139, 150, 153, 156, 166. —
- Schönfeld, Walter: *Struktur*: s. do.
- Kap. 1 Anm. 4. —
- Schröder, Richard: *Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte*. 1. Aufl. Leipzig 1889.
7. v. E. Künssberg neu bearb. Aufl. 1932.
- Kap. 1 Anm. 5, Schl. Anm. 42. —
- Schürer, Emil: *Geschichte des jüdischen Volkes im Zeitalter Jesu Christi*. Bd. II, 4. Aufl. Leipzig 1907.
- Kap. 9 Anm. 33f. —
- Schulthess, Otto: Das attische *Volksgesetz*. Rektoratsr., geh. an d. 86. Stiftungsfeier d. Univ. Bern. Bern 1921.
- Kap. 4 Anm. 18—20, 64, 82, 84. —

- Sophokles: *Antigone*. Tragödien, Urschr. u. Übers. v. Friedr. Wilh. Georg Stäger, Bd. II. Halle 1842.
— Kap. 5 Anm. 14—6. —
- Stachelin, Felix: *Die Schweiz in römischer Zeit*. Hgg. du. d. Stift. v. Schnyder v. Wartensee. 3. Aufl. Basel 1948.
— Kap. 9 Anm. 175; Schl. Anm. 37. —
- Swoboda, Heinrich: *Lehrbuch der griechischen Antiquitäten*, v. K. F. Hermann. Bd. I: *Staatsaltertümer*. 3. Abt., 6. Aufl. neu bearb. v. H. Swoboda. Tübingen 1913.
— Kap. 2 Anm. 2, 12, 18, 51; Kap. 4 Anm. 45, 56—9, 82; Kap. 5 Anm. 22; Kap. 6 Anm. 16; Kap. 7 Anm. 28, 67, 74f., 104, 109, 124; Kap. 8 Anm. 43f., 46f., 50; Kap. 9 Anm. 111, 130, 176. —
- Tacitus, P. Cornelius: *Annalen*: *Annalium ab excessu Divi Augusti quae supersunt*. Ed. Harald Fuchs. Edit. Helveticae, Series Latina, 4^I u. II (2 Bde.). Frauenfeld 1946 u. 1949.
— Kap. 9 Anm. 165. —
- Ders.: *Germania: L.—D.* In: *Germanische Alterthümer*. Mit Text, Übers. u. Erkl. v. Adolf Holtzmann. Hgg. v. Alfred Holder. Leipzig 1873.
— Kap. 1 Anm. 5. —
- Thukydides: *Geschichte* (des peloponnesischen Krieges): *G. Historia*. Cur. Ludovicus Dindorfius. Leipzig 1824.
D. Übers. v. J. F. C. Campe. 2 Bde. Stuttgart 1856f.
— Kap. 4 Anm. 70, 72, 75; Kap. 5 Anm. 20. —
- Triepel, Heinrich: *Die Hegemonie*. Ein Buch v. führenden Staaten. Stuttgart 1938.
— Kap. 1 Anm. 12, 14; Kap. 3 Anm. 49—52, 55; Kap. 4 Anm. 61f., 65, 69, 72, 85f.; Kap. 7 Anm. 33; Kap. 8 Anm. 15—7, 19—21, 24, 27, 33, 35, 44, 49f., 52; Kap. 9 Anm. 42, 84, 86—96, 99f., 102f., 106, 108, 110f.; Schl. Anm. 34. —
- Troeltsch, Ernst: *Augustin*, die christliche Ethik und das Mittelalter. München u. Berlin 1915.
— Schl. Anm. 41, 43. —
- Ure, Percy Neville: *The Origin of Tyranny*. Cambridge 1922.
— Kap. 4 Anm. 24, 28, 30, 38; Kap. 8 Anm. 7f.; Kap. 9 Anm. 39, 53, 64. —
- Verdross-Drossberg, Alfred: *Grundlinien der antiken Rechts- und Staatsphilosophie*. Rechts- u. Staatswiss., hgg. v. Adamovitch-Verdross-Wolff. 2. erw. Aufl. Wien 1948.
— Kap. 4 Anm. 12—14, 16, 21, 46, 48f., 56, 64, 70, 74f., 84; Kap. 5 Anm. 14, 19—21, 25f., 29, 33, 35f.; Kap. 6 Anm. 1f., 9, 29f., 36, 51, 55, 57, 64f., 75, 78—81, 85, 101, 106; Kap. 7 Anm. 8, 28, 32, 35, 81f., 104, 122, 132; Kap. 8 Anm. 3f., 14, 29—31; Kap. 9 Anm. 121. —
- Vittinghoff, Friedrich: *Der Staatsfeind in der römischen Kaiserzeit*. Neue dtsh. Forsch. Bd. LXXXIV (Abt. alte Geschichte Bd. II). Berlin 1936.
— Kap. 9 Anm. 171f., 174, 178, 180, 187. —
- Westermarck, Eduard: *Moralbegriffe*: s. Litverz. I.
— Kap. 1 Anm. 3—5. —
- Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich von: *Aristoteles und Athen*. 2 Bde. Berlin 1893.
— Kap. 4 Anm. 45. —

Ders.: Staat und Gesellschaft der *Griechen*. In: Die Kultur der Gegenwart, ihre Entwicklung und ihre Ziele. Teil 2, Abt. 4'1. Staat und Ges. d. Griechen u. Römer, S. 1ff. Berlin u. Leipzig 1910.

— Kap. 1 Anm. 2; Kap. 2 Anm. 3, 5, 8, 21f., 24, 33, 35, 40, 46, 51—3, 55—7; Kap. 3 Anm. 5, 7, 10, 13, 15f., 27f., 50, 55f.; Kap. 4 Anm. 16f., 28, 45, 50, 52f., 55, 57f., 84; Kap. 8 Anm. 44, 50. —

Wolzendorff, Kurt: *WR*: s. Litverz. I.

— Kap. 9 Anm. 125. —

Xenophon: *Memorabilien*: *G.* erkl. v. Ludw. Breitenbach. 6. Aufl. Berlin 1889.

D. Erinnerungen an Sokrates. Übertr. v. Otto Kiefer. Jena 1906.

— Kap. 4 Anm. 73; Kap. 5 Anm. 22. —

Zeller, Eduard: Über den Begriff der *Tyrannis* bei den Griechen. Sitzungsber. d. preuß. Akad. d. Wiss. S. 1137ff. Berlin 1887.

— Kap. 5 Anm. 18; Kap. 6 Anm. 21. —

Zwingli, Huldricus: *Isaiae*: s. Litverz. I.

— Kap. 1 Anm. 24. —

Literatur- und Autorenverzeichnis des Anhangs

mit der Angabe der Stellen (— / —), an denen das betr. Werk in dieser Arbeit zitiert ist.

Aegidius Romanus Colonna: *De regimine*: s. Litverz. I.

Archiepiscopus Bituricensis Ordinis Fratrum Eremitarum.

— Anm. 11. —

Aristoteles: *Politik*: s. Litverz. II.

— Anm. 10. —

Bartolus von Sassoferrato: *De tyrannia*: s. Litverz. I.

— Anm. 3. —

Plutarch von Chaironeia: *Antonius: G.* In: Plutarchi Chaeronensis quae supersunt omnia. Bearb. v. Joh. Georg Hutten. 14 Bde. Bd. VI, S. 67 bis 167. Tübingen 1794.

F. In: Les vies des hommes illustres grecs et romains comparées l'une avec l'autre. Transl. par M. Jacques Amyot, 2 Bde. Bd. II, S. 649—731. o. O. (Genf) 1613.

D. Marcus A. In: Biographien des Plutarch, m. Anm. v. J. F. S. Kaltwasser. 10 Bde. T. 9 (Bd. IX), S. 105—266. Wien u. Prag 1806.

— Anm. 8. —

Ders.: *Moralia*: s. Litverz. II.

— Anm. 4f., 7. —

Ders.: *Timoleon*: s. do.

— Anm. 1f., 8. —

Savigny, Friedrich Carl von: *Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter*. Bd. VI. 2. Aufl. Heidelberg 1850.

— Anm. 12. —

Schmidt, Richard: *Vorgeschichte*: s. Litverz. I.

— Anm 6, 13f. —

